

HAMILTON FISH ARMSTRONG

Tito und Goliath

Durch den dichten schwarzen Vorhang
kann niemand schauen,
weil es hinter dem Vorhang
kein Licht gibt.

James Thomson

VERLAG WELSERMÜHL WELS UND STARNBERG



Staatschef Marschall Josip Broz Tito

Zu seinen Verdiensten siehe hier:

<https://www.eurasischesmagazin.de/artikel/Hitler-und-Tito-waren-Schulfreunde/20070612>

Titel der amerikanischen Originalausgabe:
«TITO AND GOLIATH»
Erschienen bei The Macmillan Company, New York
Copyright 1951 by Hamilton Fish Armstrong
Übersetzung von Camilla Balaszy

Alle Rechte vorbehalten
Copyright, 1954 by Verlag Welsermühl, Wels
Bruck von Ferdinand Repper, Wien. Printed in Austria
[Eingescannt mit OCR-Software ABBYY Fine Reader](#)

Vorbemerkung

des deutschsprachigen Herausgebers

Das Werk des amerikanischen Diplomaten und Publizisten Hamilton Fish Armstrong schildert das Verhältnis Titos zur Sowjetunion und ihrem Beherrscher vom Beginn des Partisanenkampfes während des zweiten Weltkrieges bis zu Anfang des Jahres 1951. Dem Werk kommt besondere Bedeutung zu in einem Zeitpunkt, zu dem eine Biographie Titos «in jugoslawischem Lichte» auf dem Buchmarkt ist – während die vorliegende Arbeit Tito in westlicher Schau darstellt.

Durch den Tod Stalins längere Zeit nach dem Erscheinen der amerikanischen Originalausgabe hat sich eine ergänzende Darstellung der historischen Geschehnisse als unumgänglich notwendig erwiesen. Diese Ergänzungen wurden durch den deutschsprachigen Herausgeber besorgt, der allein dafür verantwortlich ist und die einzelnen Ergänzungen durch eckige Klammern [] kenntlich gemacht hat.

STIMME AUS DEM HADES

Lenin nannte kurz vor seinem Tode Nikolaus Bucharin «den grössten und wertvollsten Theoretiker». Solange Bucharins Theorien mit seinen eigenen übereinstimmten, war Stalin derselben Meinung. Aber schon im April 1936, als ich mit Bucharin in Paris zusammentraf, gab es zwischen beiden Reibereien. Bucharin gehörte damals nicht mehr dem Politbüro an. Er war aber noch Herausgeber der «Iswestia» und immer noch ein oft zitiertes Orakel aller Kommunisten. In seinem Zimmer im Hotel Lutetia entwickelte er mir, auf der Kante seines Bettes sitzend, ein kommunistisches Dogma, das, wenn es in die Wirklichkeit umgesetzt würde, völlig umstürzlerisch auf die Beziehungen der Staaten zueinander wirken müsste. Damals liess sich seine Richtigkeit nicht beweisen. Jetzt aber hat sich die Lage geändert, und die Wahrheit tritt zutage.

Bucharin sah mich an wie ein wohlwollender, überarbeiteter Professor. Er erklärte mir ausführlich und mit apodiktischer Sicherheit, jede nationale Rivalität zwischen kommunistischen Staaten sei – «dem Sinn des Begriffes nach eine Unmöglichkeit». Er sagte: «Kriege entstehen durch den Wettbewerb der kapitalistischen Monopole um das Rohmaterial und den Absatzmarkt. Die kapitalistische Gesellschaft setzt sich aus egoistischen und rivalisierenden nationalen Einheiten zusammen, bedeutet also im reinsten Sinn des Wortes eine kriegerische Welt. Eine kommunistische Gesellschaft besteht nur aus selbstlosen und harmonischen Einheiten, ist also im reinsten Sinn des Wortes eine friedliche Welt. So wie der Kapitalismus ohne Kriege nicht leben kann, so kann der Krieg nicht mit dem Kommunismus Hand in Hand gehen.»

Ich kam dialektisch nicht gegen ihn auf, doch gelang es mir, wenigstens einige Zweifel zu äussern. Lassen sich nationale

Rivalitäten so einfach erklären und erledigen? Werden Menschengruppen von verschiedenen Erbanlagen und differenzierenden Fähigkeiten und aus anderen Entwicklungsstadien, im Besitz verschiedener natürlicher Hilfsquellen und Produktionsstätten durchaus einer Meinung sein über das Wesen des allgemeinen Gutes und seiner Verteilung?

Bucharin schüttelte nur leicht den Kopf. Solche Einwände schienen ihm zu ärmlich, um widerlegt werden zu müssen.

Ich fragte weiter, welche Instanz über das allgemeine Gut beschliessen solle? Und wenn wirklich eine solche Instanz die Rechnung bis in die kleinsten Einzelheiten erstellt hätte, würden dann nicht alle Berechnungen von der rebellischen menschlichen Natur über den Haufen geworfen werden? In jedem Menschen steckt ein Stückchen Don Quichotte. Auch der eindeutige Selbsterhaltungstrieb nimmt je nach Zeit und Raum oft unerwartete Formen an. Die Geschichte zeigt, dass Nationen oft zeitweise auf ihre Eigenart verzichten müssen, um überhaupt am Leben zu bleiben.

Bucharin antwortete liebenswürdig, war aber zu keinen Konzessionen bereit. Die massgebliche Stelle sei «der Consensus der marxistischen Wahrheit». Was ist Wahrheit? Man braucht sie nicht zu definieren, es genügt, sie zu umschreiben. Die Einheitlichkeit und Harmonie der kommunistischen Staaten sei keine Theorie, sondern «eine spontane Realität».

Ungefähr zehn Jahre mussten vergehen, ehe es möglich wurde, die Richtigkeit dieser dogmatischen Äusserungen zu überprüfen. Zurzeit unserer Unterredung gab es ausser der Sowjetunion keinen kommunistischen Staat, mithin auch keine internationale kommunistische Gesellschaft, und so keine Möglichkeit, zu beweisen, dass kommunistische Staaten, nur weil sie kommunistisch sind, untereinander keine Rivalität kennen, sondern, mit dem ihnen zugewiesenen Platz zufrieden, freudig ihre Aufgaben erfüllen und miteinander in Frieden und Harmonie leben.

Doch nach dem zweiten Weltkrieg entstand eine internationale kommunistische Gesellschaft. Jetzt gab es ausser

der Sowjetunion noch andere kommunistische Staaten, also Staaten, die nicht bourgeois, nicht kapitalistische Widersacher waren, sondern marxistische Brüder, die wie ihresgleichen behandelt werden mussten.

Kaum waren diese Bedingungen geschaffen, brach das Gebäude, das Bucharin im Geist errichtet hatte, zusammen. Innerhalb von drei Jahren wurde einer der grössten der Staaten der neuen kommunistischen Familie als reaktionär, bourgeois und nationalistisch gebrandmarkt, und die übrigen kommunistischen Länder bekamen den Befehl, ihn politisch, wirtschaftlich und kulturell zu ächten. Als der kommunistische Führer dieses kommunistischen Landes seinen Standpunkt zu erklären versuchte, wurde das als ein weiteres Verbrechen betrachtet, denn es war eine Beleidigung jenes Mannes, dessen Worte für die Kominform, das oberste Tribunal der internationalen kommunistischen Gesellschaft, ein kanonisches Gesetz waren.

Nach der Kominform-Resolution, wie sie Ende 1948 veröffentlicht wurde, hat Marschall Tito die Schuld auf sich geladen, «die kommunistische Front gegen den Imperialismus zerbrochen», und mit seiner Partei «den Weg zum Nationalismus eingeschlagen» zu haben. Tito antwortete, nicht er, sondern die Bolschewiki seien den nationalistischen Versuchungen erlegen. Er warf ihnen vor, sie hätten versucht, sich die jugoslawische kommunistische Partei zu unterwerfen und das Land als russische Kolonie auszubeuten, wie es alten kapitalistischen und imperialistischen Traditionen entspricht.

Bucharin lebte nicht mehr, so dass er diesen peinliche» Widerspruch mit seiner Maxime, es könne zwischen kommunistischen Staaten keine Rivalität und keinen Wettbewerb geben, «das ist im reinsten Sinn des Wortes eine Unmöglichkeit», nicht mehr auf klären konnte. Zu Beginn des Jahres 1938, also zwei Jahre, nachdem ich mit ihm im Hotel Lutetia zusammen war, wurde diesem Lieblingstheoretiker Lenins von Stalin der Prozess gemacht, weil er mit seinen Ideen vom Consensus der marxistischen Lehre abgewichen sei. Der Prozess hatte mit seiner Hinrichtung geendet.

1

DIE UNMÖGLICHE SPALTUNG

*In allen Dingen liegt die ganze Wahrheit beschlossen.
Walt Withman.*

Wie konnte es so weit kommen, dass einer der jungen kommunistischen Staaten die «spontane Realität» der internationalen kommunistischen Solidarität verleugnete und die «unmögliche» Spaltung herbeiführte? Wie konnten die Spuren von Individualismus und Unabhängigkeit, die innerhalb des mächtigen Russland längst ausgelöscht sind, in einem Lande weiterleben, das Stalin für einen blossen Satrapenstaat hielt? Und da nun einmal das unmöglich Scheinende zur Wirklichkeit geworden ist, – wie stellte Tito es an, dem würgenden Boykott Stalins und den wütenden Angriffen seiner Presse standzuhalten? Wie weit macht der Abfall Titos bei andern, wankend gewordenen Kommunisten Schule?

Man kann die Antwort von der Ideologie her formulieren: Dogmatische Weltanschauungen haben immer Häresien im Gefolge, und Ketzerei wirkt ansteckend. Oder man kann die Gründe psychologisch sehen und sagen, Stalins Diktatur unterschätzte ebenso wie die Hitlers den eingeborenen Drang des Menschen nach Eigenleben und danach, die Früchte der eigenen Arbeit selbst zu geniessen, und Schmied des eigenen Schicksals zu sein. Man kann die Antwort auch in historischen Gegebenheiten suchen und feststellen, dass der verschiedene Werdegang der Völker jeweils eigenbestimmte Werte schafft, die nicht ohne Weiteres auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen sind: Die Serben etwa waren freie Bürger und grundbesitzende Bauern, als in Russland noch Leibeigenschaft herrschte. Kroatien

und Slovenen gehören der westlichen Kultur und einer westlichen Kirche an und haben die technische Entwicklung des Westens mitgemacht, während Tolstoi in «Anna Karenina» beschreibt, wie russische Bauern den eisernen Pflug ablehnen, den Levin ihnen «aus Europa» mitgebracht hat. Und schliesslich kann man die Antwort auch in Gründen persönlichen Machtstrebens sehen. Der greise Diktator in Moskau und sein Schüler in Belgrad mussten notwendig um den Besitz Jugoslawiens in Streit geraten, und aus mehrfachen Gründen siegte der Mann am Ort über den Mann in der Ferne.

Jede einzelne dieser Antworten enthält einen Teil der Wahrheit. Diese Teile sind natürlich nicht alle gleich gross, und ihre Bedeutung ändert sich im Lauf der Zeit und mit den wechselnden Zielen der Propaganda. Manche Einzelheiten scheinen einander geradezu zu widersprechen. Aber in ihrer Gesamtheit bewirkten sie Titos Entschluss, Stalins Bevormundung abzuschütteln und Jugoslawien der russischen Hand zu entziehen. Sein unabhängiges kommunistisches Regime gewinnt durch die Tatsache an Bedeutung, dass Menschen unterschiedlichster Art seinen Abfall bejahen. Patriotische Idealisten, ausländische Radikale, die erkannt haben, dass Stalins Kuss den politischen Tod bedeutet, und die in dem Anschluss an die Belgrader Version des marxistischen Evangeliums neue Hoffnung auf Ruhm und Ehre sehen, Reformatoren, käufliche Subjekte und Abenteurer, sie alle finden an Titos Abtrünnigkeit etwas Verlockendes.

Natürlich kann Tito einem Attentat zum Opfer fallen. Die Folgen für das Regime und für die Spaltung innerhalb des Kommunismus sind nicht vorauszusagen. Mit einem solchen Attentat ist jetzt eher zu rechnen als zu Beginn der Spaltung. Früher war den Sowjets mehr daran gelegen, Tito zu ruinieren und mit Schande zu bedecken, als ihn zu töten. Jedenfalls musste eine Degradierung seinem Sterben vorausgehen. Tod allein war zu gut für ihn, aber nicht gut genug für die sowjetischen Ziele. Doch je geringer die Hoffnung wurde, ihn durch propagandistische und wirtschaftliche Massnahmen mit Schande zu be-

decken und zugrunde zu richten, desto grösser musste die Versuchung werden, ihn mit einem Schlage zu erledigen, und damit den Berg von Unannehmlichkeiten und Schwierigkeiten, die er für Stalin bedeutete, zu beseitigen. Natürlich wird Tito schärfstens bewacht, aber ein Attentat ist auch in dieser Situation möglich, wenn sich Leute finden, die das eigene Leben bedenkenlos aufs Spiel setzen. Doch wie immer Titos weiteres Schicksal auch verlaufen mag, sein Platz in der kommunistischen Geschichte ist ihm sicher, d.h. falls die Kommunisten weiterhin eine Geschichtswissenschaft überhaupt anerkennen. Allein schon die Tatsache, dass er und seine Abtrünnigkeit existieren konnten, genügt, um die zukünftige Entwicklung des Kommunismus entscheidend zu beeinflussen. Der Weltkommunismus wird nie wieder sein, was er war.

Damit soll nicht gesagt werden, dass die Bedeutung Titos nur auf doktrinärem Gebiet liegt oder ihren Niederschlag hauptsächlich in Geschichtsbüchern finden wird. Seine Bewegung ist für uns von unmittelbarer politischer Bedeutung, ebenso wie Jugoslawiens Stellung im internationalen Kräftespiel heute von strategischer Wichtigkeit ist. Wie die Dinge gelagert sind, wird diese Bedeutung sich nicht verringern, sondern im Gegenteil noch wachsen.

Stalins Presse leugnete mit aller Kraft, dass die Signale aus der jugoslawischen Hochburg von kommunistischen Gesinnungsgenossen Antwort bekamen. Im Widerspruch zu diesen Dementi stehen jedoch die zahlreichen Verhaftungen kommunistischer Führer aus den osteuropäischen Staaten, die des Titoismus angeklagt werden. Die allgemeine Verwirrung wird noch verstärkt durch kommunistische Intellektuelle, Mitläufer und Radikale aller Art aus den westlichen Staaten, die einander wechselseitig des Irrglaubens und der Abweichung vom orthodoxen Marxismus beschuldigen. Die Auseinandersetzungen haben einen Grad erreicht, dass man sich fragt, wer denn eigentlich der Abtrünnige sei, Stalin oder Tito. Sogar hinter den undurchsichtigen Mauern des Kremls scheint es ideologische Debatten zu geben. Frühere Erfahrungen lassen den Schluss zu,

dass sich aus solchen Debatten akute politische Streitigkeiten entwickeln. Die Vergangenheit lehrt ferner, dass eine Reihe von Erschiessungen das Ende zu sein pflegt.

Man hat Titos Bedeutung für den Kommunismus mit der Martin Luthers für das Europa des 16. Jahrhunderts verglichen. Ich möchte eher Heinrich VIII. zum Vergleich heranziehen. Es geht beiderseits mehr um weltliche als um geistliche Belange, mehr um machtpolitische Vormachtstellungen als um ideologische Auseinandersetzungen. Aber mag man nun Tito mit Luther oder Heinrich VIII. vergleichen, auf jeden Fall hat er durch seinen Angriff auf die innere Moral der militanten Kirche auch ihre äussere Macht geschwächt.

In den Kriegs- und ersten Nachkriegsjahren war sich Tito noch nicht bewusst, dass sein Auftreten die kommunistische Welt erschüttern würde. Er glaubte lediglich, dass seine Rolle als nationaler Führer ihn von den übrigen Kommunisten Osteuropas unterscheide, und er meinte, dass er, seine Partei und sein Land die Anerkennung dieser Tatsache verdienen. Als Begründung konnte er die Partisanenbewegung, deren selbständigen Beitrag zum Sieg über die Nationalsozialisten, Jugoslawiens geographische Schlüsselstellung und seine eigene, unbestrittene Führerstellung angeben. Soweit waren seine Überlegungen richtig, doch in der Folge begann er falsche Schlüsse zu ziehen. Er nahm an, dass seine besonderen Verdienste und seine Eignung zum nationalen Führer, die ihn von den Oberhäuptern der übrigen Satellitenstaaten unterschieden, ihm auch bei Stalin einen besondern Platz sichern mussten.

Damit aber begann sich jene Situation zu entwickeln, von der Bucharin sagte, dass sie im Verhältnis kommunistischer Staaten untereinander unmöglich sei. Tito erwartete, als Gleichberechtigter behandelt zu werden. Stalin aber kam es überhaupt nicht in den Sinn, ihm oder jemandem andern Gleichberechtigung zuzubilligen. Es schien ihm ganz einfach unglaublich, dass Tito solche Forderungen überhaupt erheben könne.

Nur wenige unter uns sahen in der damaligen Situation

den Keim zu einem Konflikt von solchen Ausmassen. Titos Verhältnis zu Stalin liess sich durch die übliche totale Kontrolle der Presse und aller sonstigen Nachrichten- und Informationsquellen, sowie durch das eiserne Schweigen der lückenlosen Parteidisziplin nicht klar erkennen. Es brauchte ferner einen Katalysator, um die Reaktion auszulösen, und es war kaum anzunehmen, dass einer der beiden Beteiligten ihn stellen würde.

Schliesslich jedoch lieferte Stalin selbst mit dem Gleichmut des Mannes, der an Widerspruch einfach nicht glaubt, den auslösenden Faktor. Wohl war ihm klar, dass Tito von anderem Format sei als die Lakeien, die er in den übrigen Satellitenstaaten als Hausmeister und Botenjungen eingesetzt hatte: ein Gottwald in der Tschechoslowakei, eine Pauker in Rumänien oder ein Bierut in Polen. Aber Stalin, das politische und militärische Genie, das keine Götter neben sich duldet, keine gleichberechtigten Partner anerkennt – Stalin hatte einfach keine Antenne für die Unterschiede und Gegebenheiten, die schliesslich Titos Rückhalt wurden: die effektive Stärke von Jugoslawiens Stellung in Europa und die Macht Titos im eigenen Staate. Aus diesem Nichtverstehen heraus beging Stalin den grössten Fehler seiner Laufbahn und erlebte dabei eine seiner bösesten Überraschungen.

2

JUGOSLAWIEN WÄHLT DIE FREIHEIT

*Der Patriotismus im Sowjetstaat ist ein revolutionärer
Dienst, während der Patriotismus in einem Bourgeoisstaat
Verrat ist.*

Trotzki: «Die 3. Internationale nach Lenin.»

Titos Überlegenheitsgefühl gegenüber seinen kommunistischen Kollegen in den anderen osteuropäischen Hauptstädten hatte seine verständlichen Gründe. Zunächst schon war die Rolle Jugoslawiens im Kriege eine andere als die der anderen Satellitenstaaten – anders von Anfang an und anders im weiteren Verlauf der Ereignisse. Jugoslawien war nie ein Verbündeter Hitlers gewesen wie Ungarn, Rumänien und Bulgarien, die gegen Ende des Krieges von der Roten Armee «befreit» wurden. Seine Haltung unterschied sich auch von jener der Tschechoslowakei, deren Passivität eine natürliche Folge davon war, dass die Alliierten Benes im Jahre 1938 im Stiche liessen und das Land zum deutschen Protektorat wurde. Das kleine Albanien war noch rechtloser. Die Opposition der Bevölkerung gegen die Italiener und nach der italienischen Kapitulation gegen die Nationalsozialisten war teilweise mit jugoslawischer Unterstützung erfolgt, und nach Kriegsende wurde das kommunistische Albanien vollends zum Mond, der um die jugoslawische Sonne kreiste. Polen hatte wohl den Widerstand gegen die Nationalsozialisten eröffnet, konnte aber letzten Endes nicht denselben Erfolg wie Jugoslawien erreichen. Das Regime Beck hatte die Gefahr des Krieges willig auf sich genommen, aber seine Arroganz und Sturheit setzten den Heldenmut des polnischen Volkes umsonst aufs Spiel und führten nur zu rasch eine Niederlage herbei. Danach kämpften

polnische Patrioten in einer Exilarmee und verbanden sich daheim zu verzweifelten Aufstandsversuchen gegen die Besatzung; aber aus Gründen, die später erläutert werden sollen, waren alle Opfer der polnischen Resistance, die im Augenblick der Befreiung nicht entscheidend einzugreifen vermochte, umsonst. Die Jugoslawen aber warfen sich Hitler offen entgegen. Und obwohl die deutschen Invasoren die jugoslawische Armee ebenso rasch erledigten wie die polnische und die Städte und strategischen Schlüsselstellungen des Landes besetzten, gelang es ihnen doch nie, vom Land zur Gänze Besitz zu ergreifen oder es sicher zu beherrschen. Das jugoslawische Terrain ist für die Führung eines Guerillakrieges geradezu ideal. Gut organisierte Banden, deren Stärke zeitweise sechsstelligen Zahlen erreichte, unterbrachen fortgesetzt die deutschen und italienischen Verbindungslinien und lieferten den Besatzungstruppen regelrechte Schlachten. Obwohl die Partisanen unter sich uneins waren, hatten sie doch beträchtliche Teile des Landes in ihrer Gewalt. Und jene Gruppe, die Tito unterstand, und die er mit überlegenem Können leitete, nahm an der schliesslichen Befreiung als vollwertiger Verbündeter teil. So kam es zu der entscheidenden Tatsache, dass Jugoslawien als einziger osteuropäischer Staat das Glück hatte, der Besetzung durch die Sowjettruppen zu entgehen¹).

Zu diesen historischen Momenten steuerte die Geographie einen weiteren entscheidenden Faktor bei. Jugoslawien ist von Russland weiter entfernt als die anderen fünf Länder, die dazu ausersehen waren, in die Bahn des sowjetischen Planeten einbezogen zu werden. Auch ist es infolge des Verlaufs der Zonengrenzen in Deutschland und Österreich das einzige Land, das direkt an einige nichtkommunistische Staaten angrenzt und dazu noch eine offene Meeresküste besitzt. Jugoslawien hatte also rein physisch die Möglichkeit, wenn seine Führer es wünschten, der Umarmung des russischen Bären zu entschlüpfen.

Bevor wir diesen Wunsch seiner Führer zu verstehen versuchen, müssen wir uns der Frage zuwenden, wie es überhaupt

kam, dass jene Männer, die am Ende des Krieges in Jugoslawien die Macht in Händen hielten, Kommunisten waren. Wie ging es zu, dass Tito und seine Parteigenossen, Anhänger der sowjetischen Diktatur, die Gewalt über ein Volk erlangen konnten, das so durch und durch national und individualistisch ist wie das jugoslawische? Dies erscheint um so unverständlicher, als die Kommunistische Partei erst nach dem Eintritt des Landes in den Krieg Anspruch darauf erhob, als national zu gelten. Zu jener Zeit standen nirgendwo in der Welt Kommunisten im Geruch des Patriotismus. Erst nach dem Angriff Hitlers richtete Stalin die Helden und Heiligen vergangener russischer Kriege – Newsky, Suworow, Kutuzow – als Vorbilder auf, die ihm helfen sollten, den Krieg als «heiligen Kampf der Nation» zu führen. Erst dann auch erlaubte er den Kommunisten Osteuropas, mit den vaterländischen Bewegungen ihrer Länder zusammenzuarbeiten und sich der Schatten einer heldischen Vergangenheit zu bedienen. Sicherlich befanden sich unter den jugoslawischen Kommunisten patriotische Gemüter – Männer, die mit dem langsamen sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt unter den halbparlamentarischen oder halbdiktatorischen Regimes der Zeit zwischen den Kriegen unzufrieden waren und die marxistischen Schlagworte von der sozialen Revolution in die Termini nationalen Fortschritts umzumünzen hofften. Im Grossen und Ganzen aber war die Kommunistische Partei Jugoslawiens in der Zeit vor dem nationalsozialistischen Angriff lediglich ein kleines Steinchen in einer übernationalen revolutionären Organisation, die sich nur an den Ehrgeiz und Entwicklungsdrang der unterdrückten Klassen, nicht aber an nationale Gefühle wandte.

Diese Grundlage war ein Handikap für Tito. Doch es gelang ihm trotzdem, die Kommunistische Partei Jugoslawiens in eine Kampfgruppe umzuwandeln, zu der viele Nichtkommunisten, Nationalisten und Patrioten stiessen. Schritt für Schritt erlangten seine Partisanenverbände die Überlegenheit über seine nichtkommunistischen Rivalen, obwohl diese vor ihm Verteidiger der Heimat Erde und in vielen Fällen alterprobt Vaterlands-

kämpfer gewesen waren. Schliesslich stürzte er die jugoslawische Exilregierung, die den Krieg als Bundesgenosse sowohl der westlichen Alliierten als auch Russlands begonnen hatte und während der ganzen Kampfzeit nie offiziell abgesetzt worden war. Den Höhepunkt aber bildete seine Entthronung der Dynastie Karageorgewic, die zu Beginn des 19. Jahrhunderts die Serben zur Freiheit geführt und nach dem Weltkrieg die erste Einigung der südslawischen Völker zustande gebracht hatte.

Das waren Meisterstücke von Mut und Schlauheit, von politischem Scharfsinn und von wahrer Taschenspielergeschicklichkeit. Um dies durchzuführen, bedurfte es eines Mannes von bemerkenswerter Findigkeit und grosser Entschlossenheit. Von einem solchen Mann aber war kaum zu erwarten, dass er die Kontrolle über eine Regierung, die er mit der Waffe in der Hand geschaffen hatte, später ohne Weiteres an Aussenseiter abgab, an Aussenseiter, die den Anspruch erhoben, über die innerpolitische Situation und die konkreten ideologischen Grundlagen seines Sozialprogrammes besser unterrichtet zu sein als er, und die behaupteten, er sei ihnen mehr verpflichtet als sich selbst.

Aus diesem Zündstoff entfachte im Jahre 1948 plötzlich ein Riesenbrand, der weithin am östlichen Himmel zu sehen war und dessen Licht staunenden Beobachtern Einblick in die entlegensten, bisher im Dunkel gelegenen Winkel der stalinistischen Welt gab.

Der Prolog des Schauspiels beginnt im Jahre 1941. Damals, im zweiten Jahr des Krieges, war Jugoslawien noch frei, stand aber isoliert innerhalb des sich ausweitenden Einflusses der Achse. Die Vereinigten Staaten waren noch neutral. Aber im Jänner hatte Oberst William J. Donovan nach Belgrad ermutigende Nachrichten im Namen Präsident Roosevelts überbracht: eine Bestätigung – wenn das nicht schon ein zu starker Ausdruck ist – der reichlich unbestimmten britischen Hilfsangebote für den Fall, dass die Lage des Prinzregenten Paul unhaltbar würde und seine Regierung sich in ihrer Verzweiflung zum Kampf entschliessen sollte. Am 9. Februar versuchte die USA-Regie-

rung erneut, die jugoslawische Regierung zum Widerstand gegen die Achse zu ermuntern. Staatssekretär Hüll übermittelte der amerikanischen Gesandtschaft in Belgrad Einzelheiten über den enormen Anstieg der amerikanischen Kriegsproduktion, und deutete an, dass ein erheblicher Teil davon den Briten und anderen Achsengegnern zur Verfügung gestellt werde. Er schloss mit der Zitierung eines Ausspruches von Roosevelt: «Wir wissen, dass der Preis, den ein Land für den totalen Frieden mit den Nationalsozialisten zahlen muss, in seiner totalen Unterwerfung besteht»²⁾. Er hoffte, dass dieser Ausspruch den Widerstandswillen der jugoslawischen Regierung stärken werde. Selbst wenn aber die Vereinigten Staaten zu jener Zeit schon im Krieg gestanden wären, hätten sie kaum mehr tun können, als Jugoslawien mit Hinweisen auf seine geographische Lage Mut zuzusprechen. Und angesichts der grossen deutschen Siege schienen sich die Versprechungen Englands auf eine sehr weit entfernte und reichlich unsichere Zukunft zu beziehen.

Durchaus konkret und unmittelbar aber waren auf der anderen Seite Hitlers und Mussolinis Drohungen und Versprechungen. Prinzregent Paul mochte schauen, wohin er wollte, überall sah er ihre massierten Bajonette, Flugzeuge und Tanks. Ministerpräsident Zvetkovic hat geschildert³⁾, wie er versuchte, der Drohung zu begegnen, indem er sich an die russische Regierung um Waffenlieferungen und mit Vorstellungen an Berlin wandte. Er schreibt, dass von russischer Seite zwar viel versprochen, aber nichts getan wurde. Überdies verschwand kurz darauf der Belgrader russische Gesandte, der eben die Versprechungen abgegeben hatte, auf Nimmerwiedersehen nach Moskau. Zvetkovic berichtete auch von einer Konferenz zwischen den englischen, griechischen und jugoslawischen Stabschefs in Athen am 8. und 9. März, auf der man versuchte, gemeinsame Massnahmen im Fall eines deutschen Angriffs auf Griechenland (der auch nicht lange auf sich warten lassen sollte) festzulegen, ohne aber zu konkreten Entschlüssen zu kommen. Am 25. März gab die jugoslawische Regierung den Drohungen der Achse nach und unterzeichnete den Dreierpakt, den Deutsch-

land, Italien und Japan im Herbst des vergangenen Jahres unter-
schrieben und dem sich Jugoslawiens Nachbarn, Ungarn und
Rumänien, begeistert angeschlossen hatten⁴). Jugoslawien kann
für sich buchen, dass es das Angebot der Achse, ihm den Hafen
Saloniki einzugliedern ablehnte, und auf einer Klausel bestand,
die Achsenmächte dürften «für deutsche Truppen weder Durch-
zugsrecht durch jugoslawisches Gebiet noch den Gebrauch
jugoslawischer Strassen und Eisenbahnen für militärische
Zwecke verlangen».

Achtundvierzig Stunden später war das Abkommen gegen-
standslos geworden. In der Nacht des 27. März stürzte eine
Gruppe von Patrioten, der auch ein Generalstabsoberst namens
Drascha Mihailovic angehörte, unter der Führung des
Generals Duschan Simovic, Chefs der Luftwaffe, die Regent-
schaftsregierung, brachte den jungen König Peter auf den
Thron und beendete Jugoslawiens Karriere als Achsenmacht.

An diesem patriotischen Unternehmen hatte die kommuni-
stische Partei Jugoslawiens, die im Jahre 1921 wegen des Mord-
versuches an Prinzregent Alexander und dem Ministerpräsi-
denten Pasic und des geglückten Attentats auf den Innen-
minister Drascovic verboten worden war, nicht teilge-
nommen. Das Hauptquartier der illegalen Partei befand sich in
Agram, und ihr Leiter war der Generalsekretär des Zentral-
komitees, Josip Broz, ehemals Walter genannt, der zu dieser
Zeit auch den Namen Babiö oder Tomanek führte und später
als Tito bekannt wurde. In dieser Periode des Krieges war
Stalin immer noch Deutschlands Verbündeter. Und als linien-
treuer Kommunist war Tito im selben Ausmass ebenfalls Hitlers
Gefolgsmann.

Es war nicht Hitlers Art, einen Widerstand hinzunehmen,
dem er sich gewachsen glaubte. Hier aber war seine erste
Reaktion, Zeit zu gewinnen. Er bot der neuen Regierung Simo-
wic den Hafen Saloniki als Gegengabe für Hilfeleistung im
griechischen Feldzug an. General Simowic lehnte ab, versuchte
aber, Hitler durch das Versprechen zu besänftigen, Jugoslawien
werde zunächst keine Änderung seines aussenpolitischen Kurses

vornehmen. Dazu gehörte auch die Einhaltung des Dreierpaktes, den sein Vorgänger unterzeichnet hatte. Inzwischen stellte Hitler zusätzliche Truppenkontingente für eine Strafexpedition auf, und am Morgen des 6. April erschienen seine Flugzeuge ohne Weiteres am bewölkten Himmel über Belgrad und legten grosse Teile der Stadt in Trümmer. Dann folgte die Invasion, und am 15. April sah sich das jugoslawische Kommando zur Waffentreckung gezwungen. Obwohl all das für Hitler unmittelbar zufriedenstellend verlief, hatte es doch mittelbare Folgen, die er anscheinend für unwesentlich hielt, die aber in ihrem Verlauf den ganzen weiteren Krieg beeinflussen sollten.)Der Beginn des deutschen Angriffs auf Russland war für Mitte Mai geplant gewesen. Die Notwendigkeit, mit Jugoslawien abzurechnen, verschob ihn bis zum 22. Juni. Dieser Aufschub war entscheidend, denn er bedeutete, dass die deutschen Streitkräfte erst nach Beginn des Winters Moskau erreichten. Die kalte Jahreszeit wurde ein mächtiger Verbündeter der Roten Armee und die Deutschen konnten die Stadt nicht sofort einnehmen, was den Russen wiederum Zeit zum Ausbau der Verteidigungsanlagen liess, so dass die Stadt allen weiteren Angriffen standhalten konnte. Es ist eine Ironie der Geschichte, dass der Belgrader Staatsstreich, den Männer durchführten, die ebenso überzeugte Gegner des Kommunismus wie des Nationalsozialismus waren, letzten Endes die Rettung der kommunistischen Hauptstadt bewirkte⁵).

Die Haltung der jugoslawischen Kommunisten nach dem deutschen Angriff vom 6. April ist der Gegenstand vieler Mutmassungen und Debatten gewesen. Das kann nicht verwundern, denn die Haltung der Sowjetunion war damals mindestens undurchsichtig zu nennen. Am Abend des 5. April unterzeichnete Stalin in Moskau einen Vertrag mit dem jugoslawischen Gesandten, worin er versprach, die Unabhängigkeit des Landes zu achten und sich im Falle eines Angriffs als Freund zu verhalten. Das kann entweder als ein in letzter Minute erfolgter Versuch zur Entmutigung Hitlers verstanden werden, oder es war, mit den Worten Churchills, «eine lebenswürdige Grimasse». Als

Abschreckungsmittel jedenfalls blieb es erfolglos, denn wenige Stunden darauf begann die Bombardierung Belgrads. Vielleicht ist dieser Vertrag der Grund, dass der Brigadier Fitzroy Maclean, Leiter der englischen Militärmission in Titos Hauptquartier in den Jahren 1943 und 1944, Überlegungen anstellt, ob Stalin Hitler nicht vielleicht schon vor dem deutschen Einfall in Russland misstraute und Tito Instruktionen schickte, die «mit dem Inhalt des deutsch-sowjetischen Paktes nicht ganz in Einklang stehen⁶⁾». Einen Grund für diese seine Annahme führt Maclean nicht an. Allgemein geht die Ansicht dahin, dass die Männer im Kreml trotz aller eingehenden Warnungen des britischen Intelligence Service und den mehr allgemein gehaltenen des amerikanischen Aussenamtes⁷⁾ doch nicht an einen direkten Angriff auf Russland glaubten. Im Dezember 1939 hatte Stalin gesagt, dass nicht Deutschland, sondern England und Frankreich für den Ausbruch des Krieges verantwortlich seien. Obwohl sich die Beziehungen der Sowjetunion zu Hitler nach November 1940 verschlechtert hatten, leistete Russland den Deutschen immer noch praktische Unterstützung, und die kommunistische Propaganda nannte den verzweifelt englischen Widerstand gegen die Faschisten immer noch den «zweiten imperialistischen Krieg». So stellte sich der Krieg auch in den jugoslawischen Veröffentlichungen des ganzen Jahres 1941 dar. Die erbeuteten deutschen Dokumente enthalten keinen Hinweis darauf, dass Berlin den kommunistischen Elementen Jugoslawiens vor dem Angriff auf Russland irgendwie misstraute.

Tito hatte nach seinem Bruch mit Stalin im Jahre 1948 für sich das Verdienst beansprucht, in der Periode zwischen dem deutschen Einfall in Jugoslawien und dem Angriff auf Russland in Jugoslawien patriotische kommunistische Umtriebe organisiert zu haben. Am 21. Juli 1948 äusserte er in einer Ansprache auf dem 5. Parteitag der kommunistischen Partei Jugoslawiens, dass dieser Zeitraum von zwei Monaten im Jahre 1941 «von allen Parteiorganisationen des Landes zu abschliessenden Vorbereitungen für den Aufstand, zu Ablenkungsmanövern, zur Bewaffung usw.» und zur Sammlung «aller jener ehren werten

Männer, die bereit waren, sich dem Angreifer entgegenzustellen», verwendet worden sei. Er stellt weiter fest, dass unmittelbar nach Eintreffen der Nachricht von dem «meuchlerischen Angriff» auf die Sowjetunion durch «Hitlers faschistische Horden» (eben noch Stalins Verbündete) das Zentralkomitee der Partei zusammentrat und eine Proklamation verfasste, die zur «allgemeinen Volkserhebung» aufrief und alle Patrioten aufforderte, «unter der Führung der kommunistischen Partei Jugoslawiens» den Kampf um die Freiheit zu unterstützen. In der Proklamation hiess es weiter, dass «der Kampf der Sowjetunion auch unser Kampf» sei. Titos Auffassung wurde den Parteimitgliedern wie folgt dargelegt: «Wir wussten, dass die faschistischen Verbrecher den Krieg gegen die Sowjetunion und gegen die Arbeiterklassen der ganzen Welt vorbereiteten, . . . wir nehmen den Kampf auf, denn wir erwarteten ihn, und wir sind für ihn gerüstet.» Moskau muss Titos Warnungen ebenso in den Wind geschlagen haben wie die Londons und Washingtons.

Ein Belgrader Freund liess mir zwei Proklamationen zukommen, die angeblich am 15. April und am 1. Mai vom Zentralkomitee der kommunistischen Partei Jugoslawiens erlassen wurden. Wenn sie authentisch sind, würden sie die Richtigkeit der Annahme bestätigen, dass die Parteiführung es trotz Hitlers Bündnis mit Stalin nicht für nötig hielt, den deutschen Angriff auf Jugoslawien zu beschönigen. Die erste der beiden Proklamationen erklärte dem jugoslawischen Volk, das «im Kampf für die Unabhängigkeit sein Leben einsetzt», dass der Kampf letzten Endes vom Erfolg gekrönt sein werde, «auch wenn wir zunächst dem mächtigen Feind unterlegen sind», und sie machte geltend, dass «die Kommunisten und die gesamte Arbeiterklasse Jugoslawiens im Befreiungskampf des Volkes gegen den Angreifer in vorderster Front stehen werden». Die zweite Proklamation begründete «das schreckliche Unglück» mit der «verbrecherischen Politik der Belgrader Führer, die, solange sie an der Macht waren, sich einzig um ihre kapitalistischen Interessen bekümmert», die Verteidigung des Landes vernachlässigt, sich

„an die Achsenbanditen gebunden» und es verabsäumt hätten, «zur rechten Zeit mit der mächtigen und grossen Sowjetunion im Interesse des Friedens und der Unabhängigkeit des jugoslawischen Volkes einen wechselseitigen Beistandspakt abzuschliessen». Das bekräftigt wohl die Behauptung der jugoslawischen Kommunisten, dass die Partei zu einer allgemeinen Widerstandsbewegung aufgerufen habe, aber es beweist nicht, dass sie zwischen dem Prinzregenten Paul «kapitalistischen Führern» und den Patrioten unterschied, die jene am 27. März gestürzt hatten, oder dass sie beabsichtigte, deren Politik späterhin zu unterstützen. Die Proklamation nimmt ferner keine Notiz von jenem Vertrag, der nur wenige Stunden vor der deutschen Bombardierung Belgrads von Stalin und dem jugoslawischen Geschäftsträger in Moskau unterzeichnet worden war, und sie übergeht die Tatsache mit Stillschweigen, dass Stalin es ganz und gar unterliess, dem Land in der Stunde seiner grössten Not im Sinne des Vertrags zu Hilfe zu kommen.

In diesem Zusammenhang ist eine Anekdote, die mir Tito berichtete, von Interesse. In der Zeit zwischen Jugoslawiens Niederlage im April und dem deutschen Angriff auf Russland im Juni kam er – natürlich verkleidet – von Agram nach Belgrad und traf auf der Strasse zufällig den sowjetischen Militärrattaché. Er hatte vorher jeden auch noch so geheimen Kontakt mit den russischen Stellen vermieden, um sein eigenes Inkognito aufrechtzuerhalten und die Vertreter Russlands nicht in Ungelegenheiten zu bringen. Dieses zufällige Zusammenreffen aber schien eine zu günstige Gelegenheit, und er teilte dem rotarmistischen Offizier mit, er arbeite den Plan zu einem Guerilla-Widerstand gegen die Nationalsozialisten aus, und fragte, ob er auf russische Unterstützung rechnen könne. Der Anekdote zufolge versprach der Offizier bereitwillig die Hilfe der Sowjetunion, obwohl sich späterhin etwas Derartiges nie realisierte.

Am ehesten noch beweisen gewisse Bemerkungen in den Dokumenten, die Aussenminister v. Ribbentrop seiner Note an die Sowjetunion vom 21. Juni 1941 beischloss, den Anspruch der

Kommunisten, vor dem Angriff Deutschlands auf Russland als Patrioten und Nationalisten gehandelt zu haben. Als Erklärung für den Angriff Deutschlands auf seinen Verbündeten führte Aussenminister v. Rippentrop unter anderem auch an, dass die Russen in verschiedenen europäischen Staaten eine antideutsche Propaganda durchgeführt hätten. Die Zeitung, die unter der deutschen Ägide in Belgrad erschien, brachte Details dazu, soweit sie sich auf Jugoslawien bezogen⁸⁾. So soll zum Beispiel am 23. August, dem Jahrestag des deutsch-russischen Abkommens, in Slowenien eine Flugschrift erschienen sein, welche die jugoslawische Regierung angriff, weil sie sich so eng an Berlin und Rom gebunden habe und «versuche, sich vor den imperialistischen Kampfwagen Deutschlands und Italiens zu spannen.» Eine andere in Agram erschienene Flugschrift klagt Macek, den Führer der kroatischen Bauernpartei, der Anlehnung an das deutsche Reich und Italien an. Und eine dritte, die im November, zurzeit der russischen Revolutionsfeiern, in Slowenien in Umlauf gesetzt wurde, protestiert gegen «Jugoslawiens Kottieren mit Berlin und Rom.» Um die Echtheit dieser Flugschriften zu belegen, führt v. Rippentrop den Text eines Rundschreibens vom 5. August 1940 an, in dem die örtlichen Regierungsstellen von Laibach die Beamten ihres Kreises darauf vorbereiten, dass die kommunistischen Flugschriften in Zukunft mehr als bisher gegen Italien und Deutschland gerichtet sein würden. Er zitiert ferner einen Bericht der deutschen Gesandtschaft in Belgrad vom 13. September 1940, dass Moskauer Propagandastellen die Agramer Kommunisten dahingehend beruhigten, dass «entsprechend der zu erwartenden militärischen Schwächung Deutschlands» verschiedene Länder, darunter auch Jugoslawien, die derzeit unter deutscher Besetzung stünden, im Verlauf der Ereignisse russische Protektorate werden würden. Er publizierte auch ein angeblich in der Belgrader sowjetischen Gesandtschaft aufgefundenes Dokument, das der serbischen Bevölkerung «das Eingreifen der UdSSR im rechten Augenblick» gegen die deutsche Expansion in Rumänien und Ungarn versprach.

Nun ist es wohl wahr, dass die Sowjetunion innerhalb der noch immer bestehenden deutsch-russischen Zusammenarbeit und, soweit es Berlin zuließ, ihren Einfluss in Osteuropa zu halten und auszuwerten versuchte⁹⁾. Trotzdem bleiben v. Ribbentrops Anklagen eine ziemlich fadenscheinige Rechtfertigung für den deutschen Angriff auf seinen Verbündeten. Und selbst, wenn v. Ribbentrops Behauptungen von den kommunistischen Flugschriften und Moskauer Aussendungen auf Wahrheit beruhen, sind sie immer noch nicht der vollgültige Beweis dafür, dass, abgesehen von einigen Parteimitgliedern – Radikalen, die sich als Kommunisten gaben, oder Agents provocateurs – die kommunistische Partei Jugoslawiens Deutschland gegenüber einen anderen Standpunkt einnahm als die kommunistischen Parteien der anderen Länder.

Doch ist die Behauptung, dass jugoslawische Kommunisten sich schon im Jahre 1940 als Patrioten zu fühlen begannen, nicht ganz und gar von der Hand zu weisen. Andererseits wäre es nur natürlich gewesen, wenn die Parteiführung die unerwarteten Ereignisse des 27. März 1941 für ihre eigenen Zwecke ausgenutzt und die nichtkommunistischen Gruppen gespalten und aufgerieben hätte. An verschiedenen Stellen wurde eine Veröffentlichung abgedruckt, die den Eindruck einer Proklamation des Zentralkomitees vom 30. März 1941 (drei Tage nach dem Staatsstreich und zwei Wochen vor dem Erscheinen der oben angeführten beiden Proklamationen) machen sollte. Darin wird das jugoslawische Volk aufgefordert, der Simovic-»Clique« Widerstand zu leisten, die mit Hilfe «englischer Agenten» die Macht an sich gerissen habe und Jugoslawien zum Spielball ausländischer «Imperialisten» mache. Ferner publizierte einer der englischen Offiziere von Brigadier Maclean, der nach seinen Angaben Zugang zu den kommunistischen Archiven hatte (vielleicht durch die Polizeidossiers über die kommunistischen Führer?) einen Geheimbefehl, den Tito in der Zeit zwischen dem nationalen Staatsstreich und der deutschen Invasion erlassen haben soll³⁰⁾. Darin gibt er seinen Gefolgsleuten Anweisung, «alle Elemente», unbeschadet «ihrer ideologischen Einstellung

und Zugehörigkeit», zu unterstützen, die «das gegenwärtige monarchistische System zu stürzen versuchen». Insbesondere aber sollten sie «den Widerstand der jugoslawischen Armee in Verwirrung bringen». Titos autorisierte Sprachrohre haben mir gegenüber die Echtheit dieser Dokumente geleugnet.

Milowan Djilas, ein Unterführer Titos, der ihm sehr nahesteht, ging so weit, zu behaupten, dass der Sturz der Regierung Zvetković und die jugoslawische Weigerung, sich dem Dreierpakt anzuschliessen, ein Werk des jugoslawischen Volkes «unter der Führung der kommunistischen Partei Jugoslawiens» sei¹¹). Das ist natürlich völlig aus der Luft gegriffen. Tito selbst ist vorsichtiger. Wie wir gesehen haben, beanspruchte er in der Rede vom 21. Juli 1948 für die kommunistische Partei das Verdienst, sich unmittelbar nach Simović' Staatsstreich auf den Widerstand gegen den ihm unvermeidlich scheinenden Achsenangriff vorbereitet zu haben. Er ging so weit, zu behaupten, dass «die Volkserhebung» nach der Unterwerfung der jugoslawischen Armee «einzig und allein durch unsere Partei organisiert und geleitet wurde». Bezüglich des eigentlichen Staatsstreiches, der den Auftakt zu den grossen Ereignissen gab, begnügt er sich, mit allgemeinen Ausdrücken festzustellen, dass die Regierung Zvetković «unter dem Druck der Massen fiel und dass dies unsere Partei nicht unvorbereitet traf», ferner, dass «an diesem Tage während der grossen Demonstrationen in Belgrad unsere Partei völlig Herr der Situation» war. An dem betreffenden Tage war Tito selbst in Agram.

Es ist zurzeit nicht möglich, festzustellen, und wird es vielleicht auch nie sein, was von all diesen Ex-post-facto-Anklagen und Ansprüchen der jugoslawischen Hauptakteure, ihrer Freunde und Feinde inner- und ausserhalb des Landes auf Wahrheit beruht. Dies ist auch nicht unbedingt nötig, denn ich will hier nur zeigen, wie es zu der unheilvollen Spaltung der jugoslawischen Resistanceführer kam und wieso das Land am Ende des Krieges eine kommunistische Führung haben konnte, trotzdem die ausgeprägt individualistische und nationale Einstellung der Bevölkerung in normalen Zeiten und innerhalb

einer demokratischen Staatsform einer kommunistischen Propaganda nur wenig Aussicht geboten hätte.

Ausser allem Zweifel steht die Tatsache, dass der Staatsstreich, der des Prinzregenten Paul Regierung stürzte, ohne Teilnahme der Kommunisten vor sich ging. Selbst wenn die Kommunisten der Regierung Simovic ihre Unterstützung angeboten hätten, was sie gar nicht behaupten, wäre diese nicht angenommen worden. Es ist nur natürlich, dass Tito im Augenblick des deutschen Überfalls auf Russland automatisch in die Resistance gehen musste. In der schon erwähnten Rede am 5. Parteitag stellt er fest, er habe am 27. Juni den Entschluss gefasst, in Belgrad ein Hauptquartier zur Organisierung «nationaler Partisanengruppen zur Befreiung» aufzustellen, und er habe die Arbeit in Belgrad «bis Mitte September 1941» fortgesetzt. Das lässt auf keine starke Aktivität schliessen, denn Belgrad war damals von deutschen Truppen besetzt und wimmelte von Gestapo-Agenten. Aber im September ging das Partisanenhauptquartier «in die Wälder». Es wurde zuerst im westserbischen Krupanj stationiert, wo man einen Teil des Landes von feindlichen Elementen gesäubert hatte, und dann in Uzhice. Von da an riss die Partisanentätigkeit gegen die Deutschen und ihre italienischen Verbündeten nicht mehr ab – sie bestand in räuberischen Überfällen zur Erlangung von Munition und Verpflegung, in Nachhutgefechten, wenn die Gruppen ihren Standort wechselten, aber auch in ausgesprochenen Nahkämpfen.

Anmerkungen zu Kapitel 2

1) Sowjettruppen waren ein Jahr lang, bis November 1945, in der Tschechoslowakei, und obwohl dies nicht Besetzung genannt wurde, hatte es doch denselben Effekt.

2) «The Memoirs of Cordell Hull», New York: MacMillan, 1948, 2. Bd., pag. 929.

3) «Le Figaro», Paris, 4. April 1950.

4) Der Dreierpakt trägt das Datum des 27. September 1940. Die ungarische Regierung trat am 20. November und die rumänische drei Tage später bei. Beide Länder hatten damals schon deutsche Truppen im Lande. Die bulgarische Regierung schloss am 1. März 1941 ein besonderes Übereinkommen mit der Reichsregierung ab, worin der schon erfolgte Einmarsch der deutschen Truppen legalisiert wurde. Italien, das Albanien im Frühling 1939 annektiert hatte, fiel am 28. Oktober 1940 in Griechenland ein. Als Jugoslawien schliesslich dem Dreierpakt beitrug, grenzte es überall, ausser an das noch belagerte Griechenland, an besetzte Länder, die unter der Kontrolle der Achsenmächte standen.

5) Deutsche Autoritäten haben festgestellt, dass die deutsche Kriegsmaschinerie sich von diesem Rückschlag nie ganz erholte. Vizeadmiral Kurt Assmann, ein deutscher Militärgeschichtler, nennt den fehlgeschlagenen Versuch der Deutschen, Moskau zu nehmen, «den Wendepunkt des Krieges». Hitlers nicht einkalkulierter Feldzug gegen Jugoslawien zog neun Divisionen ab, die für das Unternehmen Barbarossa (der Deckname für den Angriff auf Russland) bestimmt gewesen waren. Das deutsche Oberkommando hatte angenommen, dass die Niederwerfung Jugoslawiens Barbarossa um vier Wochen verzögern würde. Diese Frist wurde um zehn Tage überschritten. (Siehe «The Battle for Moskau» von Kurt Assmann, Foreign Affairs, Jänner 1950.)

6) «Eastern Approaches» von Fitzroy Maclean, London, Jonathan Cape, 1949, pag. 312. Die amerikanische Ausgabe bei Little, Brown. Boston, 1950, trägt den Titel «Escape to Adventure».

7) Im Jänner 1941 erhielt Staatssekretär Hull Geheiminformationen aus Berlin über deutsche Vorbereitungen zu einem Angriff auf Russland. Sobald er deren Echtheit geprüft hatte, gab er sie dem russischen Botschafter in Washington, Oumansky, weiter. Die letzte detaillierte Warnung erhielt Oumansky durch Unterstaatssekretär Welles am 20. März (Hüll, a. a. O., 2. Bd., pag. 968). Die Sowjetregierung teilte wohl die Ansicht ihres Berliner Botschafters Dekanozow, dass Hitler Angriffspläne auf Russland vortäusche, damit sie dem russischen Geheimdienst zu Ohren kommen und so die Sowjetregierung zu weiteren praktischen Unterstützungen bereitmachten. (Cyrill Kalinow: «Les Maréchaux Soviétiques vous parlent». Paris, Stock, 1950, pag. 31.

8) «Nowo Vremye», Belgrad, 23. Juni 1941. Die meisten, wenn auch nicht alle der in Belgrad veröffentlichten Anklagen finden sich in dem umfangreichen Dokument, abgedruckt im Berliner «Völkischen Beobachter», im Zusammenhang mit der deutschen Note, die Ribbentrop über den Berliner Sender verlas. Der «Völkische Beobachter» veröffentlichte auch weitere Anklagepunkte auf Grund jugoslawischer Dokumente, die angeblich von den deutschen Truppen in Belgrad gefunden worden sind. Eines davon ist ein Bericht eines jugoslawischen Vertreters in Moskau namens Georgevié, dass die Sowjetregierung Deutschland «als den mächtigen Feind von morgen» betrachte. Ein anderes Schriftstück beläuft sich darauf, dass der russische Generalstabschef dem jugoslawischen Militärrattaché als Antwort auf die Bitte um Waffenlieferung im November 1940 erwidert habe: «Wir werden sofort alles Nötige liefern.»

9) Vergl. den russischen Protest gegen das Abkommen Ribbentrop-Ciano vom 7. September 1940 – den sogenannten Wiener Preis – das ungefähr ein Drittel von Rumänisch-Transsylvanien an Ungarn abtrat; den Wettlauf Berlins und Moskaus um die Kontrolle der Donau; und das Verlangen Russlands vom November 1940 nach einer «Sicherheitszone» in Bulgarien.

¹⁰⁾ «Whirlwind» von Stephan Clissold, London, Cresset Press, 1949. pag. 27. Auch in der Philosophical Library, New York, 1950, abgedruckt.

¹¹⁾ «Borba», Belgrad, 7. Mai 1948.

3

TITO IN VOLLER FAHRT

*An den engen Toren, die ins Gebiet der Geschichte
führen, sehe ich die Lügen sich drängen und sich zusammen
mit den Wahrheiten den Einlass erzwingen.
Samuel Butler: Notizbuch.*

Drascha Mihailovic, jener Generalstabsoffizier, der an dem Staatsstreich gegen die Achse am 27. März teilgenommen und sich dem Übergabebefehl des Hauptquartiers vom 15. April widersetzt hatte, war schon «in den Wäldern». Da er sich nicht ergeben, sondern in die Berge geflohen war und bereits im Mai einen Aufruf zur Fortsetzung des Widerstandes erlassen hatte, nahmen seine Anhänger für ihn den Ruhm in Anspruch, er habe faktisch den Kampf nie unterbrochen. Um ihn sammelten sich frühere Soldaten und Freiwillige aus der Landbevölkerung zu Guerillabanden, die sich Tschetniks nannten. Diesen Namen hatten ihre Vorfahren im uralten Kampf gegen die Türken getragen. Mihailovic leitete die Operationen der Tschetniks von seinem Hauptquartier in den Bergen Serbiens und Ostbosniens aus. Er sorgte für ständige Beunruhigung der deutschen Garnisonen und unterbrach die deutschen Eisenbahnlinien, besonders jene wichtige Strecke nach Süden, auf welcher der Feind Truppen und Nachschub zum Einsatz gegen die Alliierten auf dem griechischen Kriegsschauplatz und im östlichen Mittelmeer beförderte.

Im Vergleich zu Mihailovic begann Tito seine Laufbahn als Partisanenführer unter ungünstigen Bedingungen. Er befand sich in derselben peinlichen Lage wie die kommunistischen Parteiführer der anderen alliierten Länder, als Hitlers Angriff auf Russland aus dem «grossen imperialistischen Krieg» einen

«grossen patriotischen Krieg» gemacht hatte. Die Kommunisten, die sich der französischen Resistance anschlossen, hatten schwer zu kämpfen, um das Stigma des deutsch-sowjetischen Paktes zu tilgen. Es brauchte ihres ganz besonderen Heldenmutes, um ihre Landsleute vergessen zu machen, wie schäbig sich die französischen Agenten Moskaus – Thorez, Marty und Genossen – in den Tagen von München und dann späterhin, als Frankreich den waffenstarrenden Divisionen von Stalins Verbündetem erlag, betragen hatten. In Polen konnte auch das Blutopfer der feurigsten Idealisten unter den polnischen Kommunisten nie ganz die Erinnerung daran verblassen lassen, wie Molotow nach dem Fall Warschau und der Hinmetzelung hunderttausender polnischer Soldaten durch Hitler seine Glückwünsche dargebracht und v. Ribbentrop in Moskau mit dem Nazigruss empfangen hatte. Wo überall im Lager der Alliierten aus Kommunisten Patrioten wurden, mussten sie für Stalins Rechenfehler schwer bezahlen, der geglaubt hatte, mit Hitler Geschäfte machen zu können, und für sein Verlangen, Anteil an dem Blutgeld der hingemordeten Völker zu erhalten, büssen.

Vieles von dem, was sich in Jugoslawien während des Krieges zugetragen hat, bleibt in Dunkel gehüllt. Die Jugoslawen werden untereinander nie zu einer gemeinsamen Version über das Verhalten der einzelnen Patrioten und nationalen Führer unter dem Druck der einander oft zuwiderlaufenden Stammes-, Klassen- und Gruppeninteressen kommen. Einem Ausländer wird dies schon gar nicht gelingen.

Mindestens drei Kriege liefen gleichzeitig nebeneinander und griffen oft genug ineinander über. Da war der patriotische Krieg gegen die deutschen Invasoren, ihre italienischen Verbündeten und ungarischen und bulgarischen Mitläufer. Dann gab es den uralten Kampf zwischen Kroaten und Serben, den die antiserbischen Ausschreitungen der achsenfreundlichen Miliz (Ustaschi) zeitweise zu einem regelrechten Bürgerkrieg machten, und der durch spezielle montenegrinische, bosnische, mazedonische und andere regionale Interessen noch weiter verwirrt wurde. Drittens gab es einen sozialen Kampf

zwischen Kommunisten und Nichtkommunisten. Stammesfehden und die soziale Revolution gaben also dem nationalen Befreiungskrieg einen immer wechselnden Anstrich. Diese kaleidoskopartig durcheinandergewürfelten Verhältnisse und Bedingungen ermöglichten es Tito, den antinationalen Ruf abzustreifen, der ihm und anderen Kommunisten in der ersten Phase des Krieges angehaftet hatte, und seine Bewegung, die zuerst nach dem v.-Ribbentrop-Molotow-Pakt noch, zu einer umfassenden kämpferischen Organisation umzuformen, der sich zur Verteidigung des Vaterlandes auch Patrioten unbedenklich anschliessen konnten.

Nach und nach besserte sich angesichts der verworrenen und unklaren inneren Lage Jugoslawiens Titos Ruf auch im Ausland. Dazu trugen auch die Umstände bei, unter denen in einigen westeuropäischen Hauptstädten Politik gemacht wurde. Die meisten alliierten Staatsmänner, denen die Verantwortung, für so weite Teile Europas entscheidende Entschlüsse zu fassen, ohnehin schon schwer auf der Seele lag, hatten überhaupt keine Kenntnis von der Geschichte des Balkans und standen seinen Problemen hilflos gegenüber. Manchmal waren auch ihre Berater trotz allem ehrlichen Bemühen ebenso ahnungslos. Sie kannten den Balkan nicht, und die einander widersprechenden, tendenziösen Meldungen der über das Land verstreuten Agenten versetzten sie vollends in Verwirrung. Wenn dann einer der grossen Strategen in seiner Verzweiflung einen alten Freund oder vertrauenswürdigen Verwandten ausschickte, um für ihn wahrheitsgetreue Untersuchungen anzustellen, stieg die Verwirrung ins Masslose. In manchen Kreisen Amerikas war man der Ansicht, dass London den gerade aktuellen Balkanproblemen zuviel Aufmerksamkeit schenke. Die Schwierigkeiten in Washington ergaben sich aus der unzureichenden Korrelation der Informationen und Entschlüsse des Office of Strategie Service mit jenen des Aussenamtes. Auch waren die in Jugoslawien befindlichen Offiziere des O. S. S. (s. o.) oft untereinander und mit den Vertretern des Innenministeriums (Home office) uneins, die wieder ihrerseits ihre Meinungsverschiedenheiten mit dem

Aussenamt hatten. Es ist leicht zu begreifen, dass das Nachrichtensystem und die daraus abgeleiteten Entschlüsse, die zudem in grosser Hast und unter ungünstigen Voraussetzungen gefasst wurden, angesichts der besonders undurchsichtigen jugoslawischen Situation vollends in Verwirrung geraten mussten. Titos Ruf wurde in ausländischen und heimischen Kreisen dabei immer besser, besonders in den Augen jener, die wenig oder nichts von der Vergangenheit wussten, sich nach der geläufigen Darstellung der militärischen Lage richteten und der Ansicht waren, man müsse der politischen Entwicklung ohnehin ihren Lauf lassen.

Dies sind die Hauptakteure im jugoslawischen Drama, das wahrlich selbst ein Librettist von Verdi-Opern verwickelt nennen müsste:

General Nedić, der serbische Pétain, schlug sein Hauptquartier im August, vier Monate nach der Waffenstreckung der jugoslawischen Armee, im besetzten Belgrad auf. Ihm liefen vor allem regelrechte Verräter und Opportunisten sowie solche Defaitisten zu, die meinten, das Land könne einen längeren Widerstand und einen Blutzoll wie im ersten Weltkrieg nicht ertragen.

In Agram machten Hitler und Mussolini ihre Marionette Ante Pavelic zum Führer der Kroaten. Dies geschah im April, einige Monate bevor sie einen geeigneten serbischen Kollaborateur auftreiben konnten. Pavelić war ein erfahrener internationaler Spion und berufsmässiger Attentäter, der sich als schwärmerischer kroatischer Patriot gab. Der Führer und der Duce setzten ihn im «Königreich Kroatien» als Verweser für ihr abwesendes italienisches Prinzchen ein. Als sie ihn immer enger an ihre Weltanschauung banden, konnte er seine patriotische Pose nicht mehr aufrechterhalten. Er predigte Rassenreinheit und Rassenhass, tötete Juden und schickte seine wilden Ustaschibanden aus, um jene in Kroatien lebenden Serben einfach abzuschlachten, die sich weigerten, von der orthodoxen Kirche zum Katholizismus überzutreten. Er konnte nicht lange verbergen, dass er ein Mietling von Kroatiens verhassten Fein-

den war, und damit verfiel er, wie sie, dem Hass der vaterländisch Gesinnten.

Von der Organisation, die vordem in Kroatien die erste Rolle gespielt hatte, der kroatischen Bauernpartei, kam keine entscheidende Abwehr gegen Pavelic und die Nationalsozialisten. Ihr Führer, Dr. Macek, hatte sich bei dem Staatsstreich vom 27. März sehr lau verhalten, wahrscheinlich, weil dessen Führer Serben waren, zum Teil wohl auch, weil er solche tollkühnen Taten ablehnte. Nach einigem Zögern schloss er sich der Regierung Simović an. Als sich die jugoslawische Armee ergeben musste, weigerte er sich, König Peter und dem Grossteil der Minister ins Exil zu folgen und blieb in Pavelic' Territorium, zwar unter Hausarrest, sonst aber unbelästigt. Er und die meisten seiner Anhänger gehörten der römisch-katholischen Kirche an, es war also selbstverständlich, dass er den Hass und die Furcht aller Katholiken dem Kommunismus gegenüber auch auf die unter kommunistischer Führung stehende Partisanenbewegung übertrug. Der alte Routinier beging aber nicht denselben Fehler wie einige der Geistlichen, die der Bauernpartei nahestanden, nämlich Pavelic zu unterstützen, weil dieser ebenfalls ein Feind der Kommunisten war. Diese Geistlichen hielten für die Ustaschitruppen Feldmessen und liessen sich bei Pavelic' politischen Versammlungen mit seinen Anhängern photographieren. Jedenfalls blieb die kroatische Bauernpartei aus verschiedenen Gründen während des ganzen Befreiungskampfes ein ausschliesslich negativer Faktor.

Tito nützte die Situation in Kroatien natürlich dazu aus, sowohl die orthodoxen Serben als auch die gegen Pavelic eingestellten kroatischen Patrioten um sich im Kampf gegen die Ustaschi sowie ihre deutschen und italienischen Verbündeten zu sammeln. Anfänglich waren seine Gefolgsleute fast ausschliesslich Serben. Ein leidenschaftlicher Serbe, der jetzt eine hohe Regierungsstelle bekleidet, teilte mir mit, dass in jener Frühzeit der Anteilssatz 95 Prozent betrug. Langsam stieg aber die Zahl der kroatischen Partisanen, und es schlossen sich Katholiken und sogar Priester an. Obwohl Tito eingestandener-

massen Kommunist war und seine Männer den roten Stern auf den Mützen trugen, unterdrückte er doch alles allzu offene Gerede über das Ziel der Errichtung einer kommunistischen Diktatur. Dies entsprang seiner eigenen Einsicht ebenso wie den Anweisungen Stalins, der die Gefühle der demokratischen Engländer und Amerikaner nicht verletzen wollte. Pavelić' unterwürfige Achsenabhängigkeit liess jedenfalls Titos Bindung an Moskau im Vergleich dazu schwach erscheinen. Ausserdem gab es in Kroatien und mehr noch in Serbien und Montenegro immer noch Reste des aus dem 19. Jahrhundert stammenden Panslawismus, und man neigte dazu, Russland, mochte es sein wie es wolle, mit einen Glorienschein zu umgeben. Über alle sozialtheoretischen Differenzen hinweg schien es immer noch verlockender, sich an Russland als an irgendein anderes Land anzulehnen.

Hauptakteur im jugoslawischen Drama war natürlich Mihailovic. Seine Tschetniks waren vorwiegend der Dynastie Karageorgevic treu ergebene Serben, die hier länger als in jedem anderen Teil des Landes geherrscht hatte. Es lässt sich feststellen, dass Stalin, trotz seiner notorischen Abneigung gegen Könige, den Einfluss dieser Dynastie auf die Serben richtig einzuschätzen verstand. Das tat auch Churchill, Titos bester Anwalt im Westen. Mihailovic' Klugheit, Ehrlichkeit und Standfestigkeit begann man im Verlauf des Krieges trotz seiner vaterländischen Vergangenheit und seines patriotischen Hintergrundes anzuzweifeln. Tito klagte ihn der Kollaboration mit Nedic an, der, wie ausgeführt, mit den Italienern und Nazi zusammenarbeitete. Wie Tito die Bewegung von Mihailović einschätzte, lässt sich aus seiner Beschreibung der Tschetniks schliessen. Sie sind ihm «die letzten Überreste der bewaffneten Streitkraft des alten, faulen bürgerlichen Systems», die den Freiheitskampf führen, um «die sterbende soziale bourgeoise Ordnung vor jenen zu schützen, die, ihrem Kampf gegen die Invasoren entsprechend, eine eigene Staatsführung bilden wollen»¹⁾.

Wenn man von der Formulierung absieht, würde Mihailo-

vic dieser Definition wahrscheinlich zugestimmt haben. Er war ebenso antikommunistisch, wie er antinationalsozialistisch war. Er nahm den Posten eines Kriegsministers in der königlich jugoslawischen Exilregierung an und suchte während des Krieges und für die Nachkriegszeit nur bei den Weststaaten Unterstützung und Hilfe. Zweifellos empfand er gegen Tito das gleiche Misstrauen und die gleiche Abneigung, wie dieser gegen ihn. Tschetniks und Partisanen kämpften zunächst um die bessere Position und lieferten sich schliesslich regelrechte Schlachten. Engländer und Amerikaner schildern aus direkter Beobachtung, wie viele von Mihailovics Unterführern ihn entmutigt verliessen. In manchen Landesteilen knüpften sie Verbindung mit dem Feind an, besonders mit den Italienern, die ihnen ihrerseits Waffen zur Bekämpfung der Partisanen lieferten. Im Grossen und Ganzen wurde Mihailoviös Verhalten im Verlauf des Krieges immer passiver und zögernder. Es gibt aber auch englische und amerikanische Zeugnisse für seine persönliche Anhänglichkeit zum Westen und für den ununterbrochenen Kampf treuer Tschetnikabteilungen unter schlechtesten, ja ausgesprochen tragischen Bedingungen bis zum bitteren Ende.

Ich persönlich gestehe Amerika nicht das Recht zu, Mihailovic zu verurteilen. Meiner Ansicht nach müssen wir uns selbst einen Teil Schuld an seinem mangelnden Erfolg und seinen schliesslichen Sturz zuschreiben. Im Frühling 1941 schürte unsere Regierung ebenso wie die englische den Widerstandswillen Belgrads, und als jugoslawische Patrioten, zu denen auch Mihailovic gehörte, den Nationalsozialisten Widerstand leisteten, priesen wir dies als einen Beweis besonderen Heldenmutes, was es entschieden auch war. Als die jugoslawische Armee die Waffen streckte, hörten wir mit Befriedigung, dass Mihailović weiterkämpfte, und wir versprachen ihm Hilfe. Ich bin recht gut im Bilde über die Versprechungen, die man dem jungen König Peter machte, als er auf Einladung Präsident Roosevelts im Juni und Juli 1942 in den USA weilte. Wir sicherten ihm insbesondere zu, für Mihailovic durch Flugzeuge Waffen

kleineren Kalibers, Munition und Konserven abzuwerfen, und versandten sodann fast nichts. Dies geschah aus verschiedenen Gründen – Veränderung in den Kriegsplänen, einander widersprechende Berichte über die unterschiedlichen Verdienste der Partisanen und der Tschetniks, vordringlicher Materialbedarf an anderen Stellen des Mittelmeerkriegsschauplatzes, Beanspruchung der für den Balkan vorgesehenen Lufttransportflotte durch die Befehlshaber anderer Luftstützpunkte usw. Als ich hörte, dass ein Teil der für Jugoslawien vorgesehenen Lieferungen nach Malta umgeleitet worden war, konnte ich mich nur wundem, was die schwerbedrängten Malteser zu den aufmunternden Botschaften in cyrillischen Lettern, unterzeichnet von Präsident Roosevelt, sagen würden, die um einen Teil der Nahrungsmittelpakete gewickelt waren.

Am 6. Oktober 1943 übergab in Bölling Field Präsident Roosevelt persönlich an 42 jugoslawische Piloten vier Flugzeuge von Typ «Liberator». Die Piloten waren in den USA ausgebildet worden und sollten als Freiwillige für die Exilregierung König Peters kämpfen. Tito protestierte gegen dieses «Geschenk an eine Regierung, die mit unserem Befreiungskampf nichts zu tun hat». Drei der «Liberators» wurden später auf Langstreckenbombenflügen mit der 15. amerikanischen Luftdivision über Deutschland und Bulgarien abgeschossen, der vierte führte 50 Langstreckenkampfeinsätze durch²⁾. Sie blieben das einzige wertvolle «Geschenk» der USA an die jugoslawische Regierung. Sie kämpften wohl gegen den gemeinsamen Feind, aber sie standen nicht unter Mihailovics Befehl und versorgten auch nicht, wie er gehofft hatte, seine in den Bergen liegenden Tschetniks. Ich habe keine genaue Aufstellung der Hilfeleistungen gesehen, welche die Engländer in jenem Abschnitt des Krieges den Partisanen zukommen liessen. Einem Partisanenführer zufolge informierte Tito im Zusammenhang mit seinen verzweifelten aber vergeblichen Bitten um russische Hilfe Stalin am 20. Juli 1943, dass die Partisanenbewegung von England bisher «sieben Flugzeuge mit verschiedenem Kriegsmaterial» erhalten habe³⁾. Das war zwar nicht viel, aber immer

noch mehr, als Mihailovic erhielt. Dass Mihailovic die vom Westen versprochene Munition und Verpflegung nicht bekam, erschütterte seine Moral. Seine Unfähigkeit, den eigenen Leuten gegenüber seine Versprechungen wahr zu machen, schwächte sein Prestige und seine Autorität bei den örtlichen Tschetnikführern.

Es gab anfangs verschiedene Versuche, die kommunistischen und die antikommunistischen Führer miteinander zu versöhnen. Sie scheinen auch zwei- oder dreimal zusammengetroffen zu sein, das erstemal im September 1941, und zuletzt am 27. Oktober desselben Jahres in Braici. Ihre Bemühungen um eine gemeinsame militärische Führung, einheitliche Kriegspläne oder die Grundlage eines gemeinsamen Waffenstillstands blieben jedoch erfolglos. Sie warfen sich wechselseitig Hinterhältigkeit vor. Einzelabkommen, die zwischen örtlichen Unterführern zustande kamen, wurden bald von der einen, bald von der anderen Seite gebrochen und die daraus entstehenden bitteren Gefühle und heftigen Vorwürfe und Anklagen machten weitere Zusammenkünfte der Resistanceführer unmöglich.

Mihailović begründete Titos Unfähigkeit zur Zusammenarbeit mit dessen radikal-kommunistischen Zielen, die an ein wirklich freies Jugoslawien nach dem Krieg nicht glauben liessen. Um diese Befürchtung zu rechtfertigen, führte er Titos Einberufung von Abgeordneten seines antifaschistischen Rats der nationalen Befreiung (AVNOJ) zu einer eindeutig politischen Tagung in Bihac im November 1942 und ein zweites Mal im November 1942 in Jajce an. Beim ersten Mal gab Tito sich besondere Mühe, seine Bewegung durch den Eintritt von Nichtkommunisten zu vergrössern, und das Manifest wurde ziemlich vorsichtig abgefasst. Es wandte sich zwar gleichermassen gegen die Invasoren wie gegen die Tschetniks und Ustaschi, aber es versprach dem Volk nach der Befreiung die Wahrung der demokratischen Rechte, insbesondere die Unverletzlichkeit des Privateigentums und jede mögliche Förderung der Privatinitiative in Industrie, Handel und Landwirtschaft. Bei der Tagung von 1943 gab die AVNOJ sich als gesetzgebende Kör-

perschaft, nahm eine Verfassung an, verbot König Peter die Rückkehr, ausser wenn er besonders dazu aufgefordert würde, und verlieh Tito den Titel eines Marschalls von Jugoslawien. Gleichzeitig wurde Titos nationales Befreiungskomitee zur vorläufigen Regierung unter seiner Führung ausgerufen. Mihailovic erklärte, diese Vorgänge seien der Beweis für die Absicht der kommunistischen Führer, das jugoslawische Volk nach Vertreibung der Angreifer seine eigene Regierungsform nicht frei wählen zu lassen.

Tito seinerseits wieder beschuldigte Mihailovic serbisch-nationaler Tendenzen, um deretwillen er die allgemeinen Interessen Jugoslawiens den speziell serbischen unterordne. Er betonte, Mihailovic sei als Offizier der königlich jugoslawischen Armee und als Verteidigungsminister der Londoner Exilregierung ein Konservativer und Monarchist, der jeden Preis zu zahlen bereit sei, um die Errichtung einer Republik oder den Sieg der Kommunisten zu verhindern. So wie die Partisanen die Tschetniks des Verrats und abscheulicher Schandtaten bezichtigten, so warfen die Tschetniks den Partisanen vor, sie hätten sich gegen die Kriegsgefangenen und die Familienangehörigen der Partisanen noch grausamer betragen als die Faschisten. All das war natürlich ein vortrefflicher Nährboden für Agenten, die doppeltes Spiel trieben, und für Agents provocateurs, die alle diese Hassgefühle schürten und die rivalisierenden Resistancegruppen in noch schärferen Gegensatz trieben. Einige der Berichte über Verrat, die jede Seite von der andern bereitwillig glaubte, haben sicherlich in solchen Quellen ihren Ursprung.

Schon 1942 klagte Tito, dass die Tschetniks nicht nur gegen die Partisanen kämpften, sondern auch keinen wirklichen Widerstand gegen die Deutschen und Italiener leisteten. Als Antwort darauf bewies Mihailovic, dass die Tschetnikoperationen gegen die deutschen Nachschublinien wirkungsvoller seien als die offenen Scharmützel der Partisanen, wenn sie auch nach aussen hin nicht so grossartig aussehen. Und er führte Direktiven westlicher Strategen an, die ihm bedeuteten, Verluste zu vermeiden und seine Untergrundbewegung für den Zeitpunkt auszubauen,

an dem die alliierten Truppen auf der Balkanhalbinsel landen würden. Noch zu Anfang des Jahres wurden seine Leistungen seitens der Alliierten offiziell gewürdigt.

Doch schon in den ersten Monaten von 1943⁴⁾ begann Mihailovic Englands Gunst zu verlieren. Seine bittere Kritik über die ausbleibende britische Hilfe verstimmte Churchill. Dieser Zwischenfall wurde wieder beigelegt, aber als Eden am 7. Mai die jugoslawische Exilregierung davon unterrichtete, dass die englische Regierung «in Kürze» an Mihailovic Kriegsmaterial zu liefern hoffe, «in einem Ausmass, das die bereits erfolgten Sendungen übersteige», fand er es nötig, den Tschetnikführer zu ermahnen, er müsse «jede Kollaboration mit den Italienern und dem General Nedic endgültig aufgeben». Im Herbst unterbrach Eden nach dem Moskauer Zusammentreffen mit Hüll und Molotow seine Rückreise in Kairo. Dort berichtete ihm Brigadier Maclean, dass die Partisanenbewegung «von weit grösserer Bedeutung sei, als ausserhalb Jugoslawiens allgemein angenommen würde», und ihre Schlagkraft «durch Unterstützung der Alliierten bedeutend erhöht werden könne⁶⁾». Am 8. Dezember berichtete Staatssekretär Richard Law dem Unterhaus, dass «einfach deshalb, weil der Widerstand der Partisanen gegen die Deutschen bedeutend grösser sei, künftighin Tito bevorzugt werden solle».

Damals war Stalin noch nicht sicher, welcher der beiden jugoslawischen Nebenbuhler schliesslich siegen würde. Es lag ihm auch daran, den Westmächten keine Gelegenheit zu geben, ihm die Bildung einer künftigen kommunistischen Einfluss-sphäre auf dem Balkan vorzuwerfen. Er hütete sich daher, Titos Bemühungen, über Mihailovic die Oberhand zu gewinnen, offen zu unterstützen, und er liess den militärischen Operationen der Partisanenbewegung keine direkte Hilfe zukommen. Diese vorsichtige Haltung vergrämte und enttäuschte Tito. Es muss festgestellt werden, dass dies bis zu einem gewissen Grad seine spätere Haltung Stalin gegenüber erklärt. Vielleicht war aber auch zum Teil sein eigenes Verhalten zu Stalin, sein ständiges Bitten, Klagen und sogar Fordern die

Ursache, dass Stalin ihn im Jahre 1948 so rasch fallen liess.

Wir haben verschiedene Beweise dafür, dass Stalin in den Jahren 1942 und 1943 Titos Berichte über Mihailovic nicht nur nicht glaubte, sondern ihm sogar ernstlich nahelegte, sich mit dem Tschetnikführer zu einigen. Solche Beweise hat Moscha Pijade am 22. und 23. Mai 1950 in zwei bemerkenswerten Artikeln in der «Borba», der führenden kommunistischen Tageszeitung Belgrads, publiziert. Pijade gibt darin zahlreiche Abschnitte aus Briefen und Telegrammen wieder, die im Krieg zwischen Tito und Stalin gewechselt wurden, und zitiert aus seinem eigenen gleichzeitigen Briefwechsel mit Tito. Im Februar 1942 wurde Pijade nach Montenegro gesandt, um alles für den Empfang der angekündigten russischen Flugzeuge vorzubereiten. Diese kamen aber ebensowenig an wie die Waffen und Ausrüstungsgegenstände, um die Tito in den folgenden zwei Jahren so flehentlich bat.

Stalin trägt in Titos Briefen die Bezeichnung «Grossvater». Am 5. März fragte Grossvater telegrafisch bei Tito an, warum dieser es für nötig gehalten habe, ausschliesslich Proletarierbrigaden aufzustellen, und ob er wirklich alles in seiner Macht Stehende täte, um «eine geeinte nationale Front» zu schaffen. Tito berichtete Pijade, er habe in seiner Antwort versucht, Grossvater zu überzeugen, dass seine Partisanen nicht nur aus Kommunisten und ihnen nahestehenden Elementen bestünden, die «für die Sowjetregierung» kämpften. Er sagte auch, er habe ihm mitgeteilt, dass die Moskauer Ansichten von den Vorgängen in Jugoslawien sehr fehlerhaft seien.

Trotzdem fand Grossvater es nötig, Tito über die höheren politischen Interessen zu belehren, die auf dem Spiel stünden:

«Die elementarste Forderung, die über allen anderen steht, ist jetzt die Niederwerfung der faschistischen Banden und die Befreiung von der Okkupation. Überlegen Sie, dass die Sowjetunion Bündnispflichten gegen den König und die Regierung von Jugoslawien hat, deren offene Verletzung neue Schwierigkeiten in die gemein-

same Kriegführung und in die Beziehungen zwischen der Sowjetunion, England und Amerika bringen würde. Betrachten Sie Ihren eigenen Kampf nicht nur von Ihrem nationalen Standpunkt aus, sondern vom Standpunkt der englisch-amerikanisch-russischen Koalition. Stärken Sie Ihre Stellung im Befreiungskampf Ihres Volkes und zeigen Sie gleichzeitig mehr Elastizität und Geschicklichkeit ..

Im Zusammenhang damit schrieb Tito am 26. März an Pijade lediglich: «Ich habe Grossvater nicht zu viele Erklärungen gegeben.» Stattdessen habe er ihm bedeutet, der beste Weg zur Erfüllung von Grossvaters Wunsch, eine «nationale Befreiungsfront» zu schaffen, sei die Unterstützung der Partisanen mit Waffen. Grossvater jedoch entschuldigte sich immer wieder mit «technischen Schwierigkeiten». Die Antwort auf ein Telegramm Titos mit der Anfrage, ob die Ankunft von Flugzeugen mit Munition bald zu erwarten sei, war, dass die Partisanen damit nicht rechnen könnten. Um die Pille zu verzuckern, gab er Tito die Erlaubnis, «die verräterische Handlungsweise der Tschetniks» zu entlarven. Doch was er mit der einen Hand gab, nahm er mit der andern wieder, indem er hinzufügte, dass es «gegenwärtig klüger sei, dies durch ein allgemein gehaltenes Ansuchen an die jugoslawische Regierung» zu erreichen, alle patriotischen Elemente zu unterstützen. Das hielt Tito für ein blosses Beschwichtigungsmanöver. Zu diesen bitteren Enttäuschungen kam der schwere Schlag vom Sommer 1942, als die Sowjetregierung die königlich jugoslawische Legation in Moskau in den Rang einer Gesandtschaft erhob. Tito telegraphierte am 1. August an Grossvater, dass dies «unseren Befreiungskampf sehr erschwere», und fügte beinahe empört hinzu: «Kann denn nichts die Sowjetregierung von der verräterischen Rolle der jugoslawischen Regierung und von den unmenschlichen Opfern unseres Volkes überzeugen? Glauben Sie denn nicht, was wir Ihnen jeden Tag berichten? ... Wir betonen nochmals: Die jugoslawische Regierung arbeitet offen

mit Italien und im geheimen mit Deutschland.» Solche Töne war Stalin von einem Untergebenen nicht gewöhnt und ein Ressentiment blieb unzweifelhaft zurück. Jedenfalls liess er sich nicht überzeugen oder tat wenigstens so, weil er dies im Augenblick für besser hielt. Im September forderte er von Tito Beweise für seine Anschuldigungen gegen die Tschetniks und deutete an, dass er sie für feindliche Fälschungen hielt. Tito schlug ihm als Antwort darauf vor, eine gemischte Kommission aus Vertretern aller alliierten Länder nach Jugoslawien zur Einsicht in die wahren Verhältnisse zu entsenden. Das muss Stalin besonders missfallen haben; er ging darauf überhaupt nicht ein. «Im Jahre 1943», sagt Pijade, «war es dasselbe wie 1942.» Tito bat um Waffen, und Moskau schützte «technische Schwierigkeiten» vor.

Es war zu erwarten gewesen, dass das Nebeneinander eines kommunistischen und eines antikommunistischen Widerstandsführers in einem Krieg, in dem die Sowjetunion der Verbündete der westlichen Demokraten war, zu Schwierigkeiten führen musste. Pijades Artikel weisen darauf «hin, dass die Differenzen zwischen Tito und Grossvater zunächst grösser waren als die zwischen Stalin und seinen westlichen Verbündeten. Wir erhalten jedenfalls den Eindruck, dass Stalin, wenigstens in jener Phase des Krieges, Russlands militärische und politische Lage nicht für so günstig hielt, wie es westliche Beobachter taten.

Stalins Haltung wurde durch die Tatsache nicht erleichtert, dass Churchill gegen Ende 1943 alle seine jugoslawischen Karten auf Tito setzte. Während des ersten Weltkrieges hatte Churchill versucht, die Mittelmächte zu umgehen, indem er eine Expedition durch die Dardanellen schickte. Das kühne Unternehmen wäre um ein Haar geglückt, und es schien ihm jetzt günstig, etwas Ähnliches zu wagen. Gegen Mihailovic lagen schon Klagen wegen militärischer Untätigkeit und ärgeren Dingen vor, und Eden hatte aus Kairo aus erster Hand stammende Berichte über die grosse militärische Bedeutung der Partisanen gebracht. Churchills Mann wurde also Tito. Mit besonderer Vorliebe sprach er von Jugoslawien als von «Titoland».

Stalin war gegen den Plan einer grossangelegten Invasion auf dem Balkan, weil er fürchtete, dies würde die Eröffnung einer zweiten Front in Westeuropa verzögern, die ihm wichtig war, um den deutschen Druck von der russischen Front abzuweichen. Roosevelt und die amerikanischen Befehlshaber waren ebenfalls dieser Ansicht. Wie Stalin, begünstigten sie den Plan einer Rieseninvasion in Westeuropa und lehnten einen Angriff durch die Hintertür des Balkans ab. Im Dezember 1943 wurde in Teheran der endgültige Beschluss gefasst, dass die zweite Front in Nordfrankreich gebildet werden solle. Churchill war nicht der Ansicht, dass dies zweitrangige Operationen auf anderen Schauplätzen verhindere. Wir wissen durch General Eisenhower, dass er bis August 1944 an einer geänderten Version seines alten Projektes festhielt⁰), nämlich den Übergang über den Karst im Norden der Adria zu erzwingen, und dann durch die Pforte der Laibacher Ebene in Österreich einzufallen. Zweifellos hoffte er, dass Titos starke Partisanenverbände in Slowenien ihm dabei helfen würden. Vielleicht glaubte er sogar, Tito selbst vom Kommunismus abkehren zu können. Sein beharrliches Festhalten an diesen seinen Lieblingsplänen ist ebenso bemerkenswert, wie sein aufopfernder Einsatz für die grossen strategischen Linien des Krieges, die uns schliesslich gerettet haben.

In Teheran war Stalins Haltung der jugoslawischen Situation gegenüber noch nicht endgültig festgelegt. Es war ihm natürlich daran gelegen, den örtlichen Kommunistenführer zu unterstützen, aber er zögerte immer noch, alles auf die Karte Tito zu setzen. Ein Amerikaner, der anwesend war, als Eden seiner Enttäuschung über Mihailovics Verhalten Ausdruck gab, erzählte mir, dass Molotow ihm zu bedenken gab, der Tschetnikführer vertrete die Mehrheit der serbischen Bevölkerung und könne nicht gut vernachlässigt werden. Zu jener Zeit befanden sich die russischen Armeen im Vormarsch. Sie hatten die Deutschen aus dem Kaukasus und teilweise auch von der Dnjeprfront vertrieben und bereiteten sich auf den grossen Schlag vor, der sie nach Odessa und weiter nach Rumänien

und Bulgarien führen sollte. Dies gab Ursache, sich mit den künftigen politischen Massnahmen auf dem Balkan zu beschäftigen, und es zeigte sich, dass Stalin Tito brauchte. Die entscheidende Tagung der AVNOJ war gerade beendet worden, und einer ihrer Beschlüsse war die Ernennung Titos zum Marschall von Jugoslawien gewesen. Sein Stern war sichtlich im Steigen. Stalin hatte jetzt auch keinen Grund mehr, mit der Unterstützung Titos zu zögern, um nicht beim Westen den Anschein der Errichtung einer kommunistischen Hochburg zu erwecken. Churchill und Eden hatten ihre Gunst schon von Mihailoviö auf Tito übertragen, und sie übernahmen es, Präsident Roosevelt zur selben Anschauung zu bekehren, was ihnen auch gelang. Auf der Rückreise von Teheran machte Churchill in Kairo Station. Maclean erwartete ihn dort, und Churchill erzählte ihm, er habe «das jugoslawische Problem mit Stalin besprochen» und «als Ergebnis dieser Besprechung sei beschlossen worden, unsere Unterstützung ganz den Partisanen zuzuwenden». Maclean fragte, ob es von Bedeutung sei, dass Titos Bewegung «zugegebenermassen kommunistisch» sei, und dass das Regime, das er später aufrichten werde, sicherlich «stark sowjetisch orientiert sein würde». Churchill riet Maclean, sich um Jugoslawiens künftige Regierungsform vorläufig keine Sorgen zu machen. Wichtig sei jetzt nur, welcher der einheimischen Führer den Deutschen am meisten unmittelbaren Schaden zufüge⁷⁾. Es lässt sich nicht sagen, inwieweit Roosevelt sich darüber klar wurde, was man in Teheran über Jugoslawien eigentlich beschloss, vor allem, ob er verstand, dass die praktische Folge das Aufhören jeder Unterstützung für Mihailovic hiess. Es gab Männer im Aussenamt, die mit Bedauern von diesem Beschluss hörten.

Die Sowjetpropaganda ist heute so sehr bemüht, Tito zu schaden, dass sie ihm auch schon für die Kriegszeit Untreue gegen Stalin vorwirft. Als Beweis dafür ist sie unvorsichtig genug, anzuführen, dass Tito sich mehrfach an die Westmächte um Unterstützung mit Kriegsmaterial gewandt und es gegen Ende des Krieges auch erhalten habe. Damit gibt sie Tito

Gelegenheit festzustellen, dass die einzigen Lieferungen, die er überhaupt bekam, vom Westen gegeben worden sind. Ausserdem lässt die sowjetische Anklage die Tatsache ausser Acht, dass die Grossen Drei in Teheran übereingekommen waren, die Partisanen «so ausreichend wie möglich mit Vorräten und Ausrüstung und auch mit Überfallstruppen zu unterstützen». Das lässt die Anklage in sich zusammenfallen. Stalin selbst hatte der Hilfe für Tito keine Grenzen gesetzt und er hatte besonders der Unterstützung mit Überfallstruppen zugestimmt, die zweifellos nur von den Engländern gestellt werden konnten.

Um die neue Lage der direkten Berührung der Roten Armee mit den Partisanen vorzubereiten, entschloss sich Stalin kurz nach Teheran, zu Tito eine Militärmission zu entsenden. Sie erreichte das Partisanenhauptquartier, das sich in Bosnien befand, im Februar 1944, und eine Partisanenmission unter Milowan Dschilas kam im April nach Moskau. Die Ankunft der sowjetischen Mission mit einer Verspätung von zweieinhalb Jahren wurde nicht gerade begeistert begrüsst. Verschiedene englische und amerikanische Offiziere waren bereits seit Mai 1942 bei Tito. Und Brigadier Macleans Mission, die schon fast ein Jahr unter den Partisanen war, zählte mehr als ein halbes Hundert Offiziere, die über das ganze Land verteilt und mit dem Hauptquartier durch Radio verbunden waren. Der sowjetische Generalleutnant kannte die bosnischen Berge nicht, und Tito, der sich gerade in einer schwierigen Lage befand, empfand die verspäteten Ankömmlinge als einen Klotz am Bein.

Kurz nachher wurde Tito in seinem Hauptquartier in Dvar von deutschen Stukas ausgebombt. Einige Tage zog er in den bosnischen Wäldern umher, bis er schliesslich mit einem Flugzeug auf die Adria-Insel Vis (Lissa) gebracht wurde. Er benützte eine Dakota, die den Russen unter dem Pacht-Leih-Vertrag geliefert worden und die auf Bari stationiert war. Als Pilot fungierte ein Sowjetrusse, der englischen Befehl unterstand. Tito legte Wert auf die Feststellung der russischen Nationalität des Piloten, um zu zeigen, dass sein Verlassen des Festlandes mit Zustimmung der sowjetischen Militärmission erfolge.

Maclean seinerseits legte Wert auf die Feststellung, dass England den entscheidenden Schritt gemacht habe, Tito aus der gefährlichen Situation zu befreien, und er fügt mit verständlichem Stolz hinzu, dass in der Woche nach dem Stuka-Angriff auf Dwar «unsere Flugzeuge tausend Angriffe zur Unterstützung der Partisanen flogen». In Titos Reden finde ich nichts darüber, obwohl er auf dem 5. Parteitag zugibt, dass «einige alliierte Flugzeuge die Verwundeten ab transportierten». Mihailovic-Anhänger weisen darauf hin, dass der Führer der Tschetniks auch in den schlimmsten Augenblicken das Festland nicht habe verlassen müssen. Die Partisanen erwidern, dies sei nur ein neuer Beweis für sein geheimes Einverständnis mit dem Feind. Dieser Einzelfall ist ein Beispiel für viele, wie die Berichte aus der jugoslawischen Resistance mit Worten herummanövrieren.

Mit Stalins Zustimmung ging Tito von Lissa nach Italien, um mit General Sir Henry Maitland Wilson über Strategie und Nachschubprobleme, und mit Premierminister Churchill über strategische und politische Fragen zu sprechen. In seinem schon erwähnten Buch gibt Stephen Clissold unter Anführungszeichen die Unterhaltung mit Churchill wieder⁸⁾. Danach richtete Churchill eingehende Fragen an Tito, ob er die Absicht habe, nach dem Krieg in Jugoslawien ein kommunistisches Regime «zu erzwingen» oder «einzuführen». Tito verneinte das entschieden. Tito zufolge war die bei diesem Gespräch einzig anwesende dritte Person seine eigene Dolmetscherin Olga Nincic. Ihre Aufzeichnungen der Unterhaltung, die Tito durchgesehen und genehmigt hat, lauten, dass Churchill fragte, ob Tito in Jugoslawien ein Regime nach Sowjetmuster zu errichten beabsichtige, und dass Tito antwortete, die Erfahrungen der Sowjetunion seien wohl wertvoll, er werde aber auch «seine eigene Situation in Betracht ziehen»⁹⁾.

Churchills Beruhigung nach diesem Gespräch hielt nicht lange an. Im September, nach seiner Rückkehr von der Insel Lissa, verschwand Tito plötzlich, oder, wie Churchill es nannte, er «brannte durch». Später wurde bekannt, er habe sich nach

Moskau begeben, um wegen des Eintritts von Marschall Tolbuchins Armeen auf Balkangebiet eine militärische Zusammenarbeit zwischen den Sowjets und den Partisanen zu besprechen.

Das war wohl das erste persönliche Zusammentreffen Titos mit Stalin. Der Zeitpunkt schien günstig. Rumänien und Bulgarien waren überrannt worden und hatten sich ergeben. Die Rote Armee näherte sich den Grenzen Jugoslawiens. Tolbuchin erbat höflich die «Erlaubnis», das Land betreten zu dürfen, und Tito «gewährte» sie gnädig. Die russischen und jugoslawischen Soldaten trafen in der Nähe der Donau zusammen und verwickelten die deutschen Truppen in schwere Kämpfe in den Tälern unterhalb von Awala, wo ich im Jahre 1919 die Andenken von General Mackensens Invasionsarmee, von der Beschiessung umgepflügte Felder und rostigen Stacheldraht, gesehen habe. Am 20. Oktober 1944 wurde Belgrad genommen. Dann wandte sich die Rote Armee in der Verfolgung wichtigerer Ziele der ungarischen Ebene zu. Sie liess die in Bosnien verbliebenen deutschen Verbände zunächst unangefochten und umging Agram, wo sich Pavelic bis zur endgültigen deutschen Kapitulation hielt. Aber die alte Hauptstadt am Steilufer bei der Mündung der Save in die Donau blieb fest im Besitz Titos.

Rückblickend erkennt man, dass das nicht zur Entscheidung über die Zukunft Jugoslawiens beitrug, sondern dass darüber schon die Beschlüsse von Teheran bestimmt hatten. Sobald die allgemeine politische Linie Tito zum auserwählten jugoslawischen Werkzeug aller Alliierten gemacht hatte, bekam er ebenso Oberhand über Mihailovic, wie der Kommunismus Oberhand über den demokratischen Gedanken gewann. Es war vergebliches Hoffen, das politische Gleichgewicht könne später wiederhergestellt werden. In Jugoslawien verblieb keine andere Macht oder bewaffnete Gruppe, die Tito Kontra bieten, mit ihm wenigstens auf annähernd gleicher Ebene verhandeln oder ihn durch irgendwelche Druckmittel zu freien Wahlen zwingen konnte. Mihailovic, vereinsamt, desavouiert, verbittert und an allem verzweifelnd, musste mitansehen, wie seine Unter-

führer mit dem Feind verhandelten, seine Hauptmacht sich zerstreute und seine politischen Hoffnungen zerrannen. Er hielt mit einigen Getreuen bis zum Ende und noch länger aus. Nach dem Kriege, während des Prozesses, der mit seinem Todesurteil endete, sagte er: «Ich habe viel gewollt und viel begonnen. Aber der Sturm der Welt hat mich und mein Werk hinweggefegt.»

Tito hingegen setzte in diesem Sturm alle Segel und nützte ihn zu voller Fahrt, bis er ausserhalb des Bereiches aller Anklagen war.

Anmerkungen zu Kapitels

1) Politischer Rechenschaftsbericht an den 5. Parteitag der jugoslawischen Kommunisten, Belgrad, 21. Juli 1948.

2) «The War We Lost» von Constantin Fotic (dem jugoslawischen Gesandten in den Vereinigten Staaten während des Krieges). New York: Viking, 1948, pag. 211–216.

3) Moscha Pijade, «Borba», Belgrad, 23. März 1950.

4) Ein Telegramm von Admiral Sir Henry Harwood, General Sir Claude Auchinlek und Luftmarschall Tedder im Namen des englischen Oberkommandos im Mittelmeer und im Mittleren Osten, datiert vom 16. August 1942, dankte Mihailovic und seinen Tschetnikbanden für das Unterbrechen der deutschen Verbindungslinien mit Saloniki, wodurch die deutschen Operationen gegen die Alliierten in Lybien und Ägypten geschwächt worden seien. Neujahr 1943 schickte General Eisenhower Mihailovic ein Glückwunschtelegramm. Hitler beklagte sich häufig über den andauernden Guerillakrieg in Serbien und, setzte gleichhohe Belohnungen auf die Gefangennahme von Mihailović und Tito. (Wegen einer ausführlichen Darlegung des Falles Mihailović siehe Fotic a. a. O.)

5) Maclean a. a. O., pag. 390.

6) Dwight D. Eisenhower, «Kreuzzug in Europa», Beermann-Fischer, Wien 1949, Kapitel 11.

7) Maclean, a. a. O., pag. 402–403. Wladimir Dedijer, ein Partisanenoberst und späterer Leiter des Nachrichtenwesens in Titos Regierung, gibt ein Gespräch zwischen General Eisenhower und General Veleit, dem Vertreter Titos in London, wieder, welches kurz vor der Invasion

in Frankreich stattfand und beweist, dass dies die allgemeine Stellungnahme war. Eisenhower sagte zu Velebit, «wir werden die Deutschen zur Hölle jagen», und fügte hinzu, er werde jeden begünstigen, der ihm dabei helfe. (Wladimir Dedijer, «Dnewnik», Bd. 3, Belgrad, Jugoslovenska Knjiga, 1950.)

⁹⁾ «Whirlwind», pag. 196. Clissold bemerkt in seiner Einleitung, «er habe Churchills Erlaubnis, die Unterhaltung wiederzugeben».

¹⁰⁾ Dedijer, a. a. O., pag. 196.

4

WER – WEN

*Es greift mir immer ans Herz, wenn ich sehe, wie
die Menschen in Massen der Führung solcher Männer fol-
gen, die nicht an die Menschen glauben.
Walt Whitman.*

Moscha Pijade ist ein kleiner, untersetzter Mann mit leuchtenden Augen und einem borstigen Schnurrbart, der die Malerei um der Politik willen auf gab und infolgedessen fünfzehn Jahre im Gefängnis zubrachte, wo er Marx ins Jugoslawische übersetzte und Chinesisch lernte. Jetzt ist er der führende Intellektuelle der Kommunistischen Partei Jugoslawiens und ihr Hauptfeldherr im Kampf gegen die Bolschewisten. Er ist ferner der einzige kommunistische Dialektiker unserer Generation – oder überlebender der Vergangenheit –, der sprühenden Witz besitzt. Pijade hat einmal mit ätzendem Sarkasmus bemerkt, es wäre natürlich «eine grosse Hilfe» gewesen, dass die Rote Armee an der Befreiung Belgrads teilgenommen habe. Allerdings sei die Dankbarkeit der Jugoslawen seither auf eine schwere Probe gestellt worden, da man erfuhr, dass in den gleichen Oktobertagen, in denen Sowjets und Partisanen die jugoslawische Hauptstadt einnahmen, in Moskau zwischen Churchill und Stalin abgemacht wurde, Jugoslawien sollte zu gleichen Teilen dem englischen und dem russischen Einfluss unterstehen. Pijade, der zurzeit des Churchill-Besuches selbst in Moskau war, erzählt, dass man ihn in den Kreml zum Empfang zu Ehren des britischen Premiers einlud. Er berichtet, wie Molotow zu ihm trat, ihn auf die Schulter klopfte und zur «ausgezeichneten Weiterentwicklung in Jugoslawien» gratu-

lierte. Pijade fügt hinzu: «Aber er sagte nichts über die ausgezeichnete Art, in der sie unser Fell zwischen sich teilten.» Dieses Unterhandeln zwischen Stalin und Churchill machte Staatssekretär Hüll viel Kummer. Als Lord Halifax ihm zuerst im Mai 1944 vorschlug, man solle den Russen einen kontrollierenden Einfluss auf Rumänien einräumen, wenn England zum Ausgleich dafür den kontrollierenden Einfluss in Griechenland erhalte, wandte Hüll sich scharf dagegen. Wie er in seinen Memoiren berichtet²⁾, war er «ganz und gar gegen irgendeine Aufteilung Europas in Einflussphären». In einer darauffolgenden Konferenz zwischen Premierminister Churchill und dem Präsidenten Roosevelt, von der Hüll erst im Nachhinein erfuhr, nahm der Präsident den Vorschlag einer dreimonatigen Probezeit an und England und Russland schlossen ihr Übereinkommen im Juni ab. Später erwies es sich, dass man auch Bulgarien und Jugoslawien einbezogen hatte und das Geschick aller vier Balkanstaaten Gegenstand direkter Besprechungen zwischen Moskau und London gewesen war. Hulls Standpunkt blieb unverändert, man habe auf der Moskauer Konferenz im Oktober des vergangenen Jahres jede Bildung von Einflussphären endgültig zugunsten eines grossangelegten Systems der allgemeinen Sicherheit, an der alle Staaten Anteil haben sollten, abgelehnt. Hüll schreibt:

«Als Premierminister Churchill und Aussenminister Eden im Oktober 1944 zu Besprechungen mit Stalin und Molotow nach Moskau kamen, wurde das Übereinkommen noch weiter ausgebaut und man bestimmte den relativen Einfluss, den England und Russland in den einzelnen Balkanländern haben sollten, sogar in genauen Prozentzahlen. Kabelgramme unserer Gesandtschaften in Moskau und Ankara berichteten, das Verhältnis sei für Bulgarien, Rumänien und Ungarn mit 75 :25 zugunsten Russlands festgesetzt, während es in Jugoslawien 50 : 50 betragen sollte. Später stützten sich die Russen darauf, England und die USA hätten ihnen gewisse Teile des Balkans, darunter Rumänien und Bulgarien, als Einflussphären zugestanden.

Dies hatte seine direkten Auswirkungen auf die Konferenz von Jalta im Februar 1945.

Hätten wir uns dem russisch-englischen Abkommen ebenso energisch entgegengestellt, wie wir es mit Erfolg gegen jene territorialen Klauseln des englisch-russischen Bündnisses vom Mai 1942 taten, die sich auf die baltischen Staaten und Teile Finnlands, Polens und Rumäniens bezogen, so wären vielleicht verschiedene unserer späteren Schwierigkeiten auf dem Balkan nie entstanden³).»

Die Frage, wer heute erstaunter sein mag, sich mit dem andern in Übereinstimmung zu finden, Moscha Pijade oder Cordell Hüll, entbehrt nicht der Pikanterie. Sicherlich ist Hulls Haltung sowohl politisch als auch moralisch unanfechtbar. Rein praktisch ist es schwierig, sich vorzustellen, wie England und Russland ein Land nach Prozenten verwalten wollten. Pijade hätte Churchill und Eden genau sagen können, wie Russland sich die Sache dachte. Aber er hätte geschwiegen, selbst wenn er damals unterrichtet worden wäre. Wenn Cordell Hüll ihm heute eine Botschaft zukommen lassen wollte, würde sie wohl nur in den Worten bestehen: «Besser spät als nie».

Wie wir gesehen haben, war Stalins Weigerung, die Partisanen offen und zur Gänze kommunistisch zu wollen, für Tito eine grosse Enttäuschung, ebenso Stalins Unfähigkeit, ihm während des Krieges Unterstützung zukommen zu lassen. Dazu kam noch Stalins, wenn auch nur strategische, Anerkennung der Dynastie Karageorgevic. Und jetzt fügte sich dazu noch das 50 : 50 Abkommen mit den Engländern hinzu, das Tito wieder treffen musste, selbst wenn Stalin dabei seine Hintergedanken hatte. Doch wir müssen uns fragen, ob Tito trotz seiner gläubigen Parteitreu und der folgsamen Anerkennung des übergeordneten Führers nicht schon früher unbestimmte Unlustgefühle, wenn nicht noch Ärgeres, hatte unterdrücken müssen.

Titos kommunistische Überzeugung geht auf den ersten Weltkrieg zurück. Er wurde als Josip Broz am 25. Mai 1892 in einem kroatischen Dorf geboren. Kroatien war damals ein habsburgisches Kronland. Über seine Kindheit sind natürlich viele

Geschichten im Umlauf, aus denen deutlich seine wichtigsten Charakterzüge hervorgehen. Ein alter Kamerad Titos erzählte mir, Tito sei bis zum 12. Jahr Katholik gewesen und habe in seiner heimatlichen Dorfkirche ministriert. Eines Tages stellte er sich beim Aufhaken eines Messgewandes des dicken Pfarrers ungeschickt an. Der Priester gab ihm eine Ohrfeige. Josip lief davon und hat seitdem nie wieder den Fuss in eine Kirche gesetzt. Eine andere Geschichte aus derselben Quelle bezeugt das gleiche Temperament und den gleichen Unabhängigkeitsdrang. Josip war Lehrling bei einem Schlosser. Sein Lehrherr warf ihm irgendeine Unregelmässigkeit vor und Josip lief davon. Später erkannte der Meister seinen Irrtum, Josip aber weigerte sich, zurückzukehren. Kurz nachher wurde er für das österreichisch-ungarische Heer ausgehoben, um als Soldat im ersten Weltkrieg mitzukämpfen. Er kam in russische Gefangenschaft, wurde zum Kommunismus bekehrt und trat in die Rote Armee ein. Als er nach dem Krieg aus Russland heimkehrte, wurde er Sekretär der Metallarbeitergewerkschaft in Agram und betätigte sich aktiv bei der Errichtung kommunistischer Zellen. Die Arbeiter liebten ihn. «Er war nicht so theoretisch», sagt ein Mann, der ihn damals kannte, «aber andererseits war er auch nicht nur Aktivist.» Im Jahre 1928 verhaftete man ihn wegen illegaler Umtriebe und schickte ihn auf fünf Jahre ins Gefängnis. Dort lernte er Moscha Pijade kennen, der ihn tiefer in das Verständnis von Marx einführte. Er schloss auch noch andere politische und intellektuelle Freundschaften. König Alexanders Gefängnisse scheinen mehr Raum für Kameradschaft und geistige Weiterbildung gegeben zu haben als die entsprechenden modernen kommunistischen Anstalten. Nach seiner Freilassung ging er nach Moskau, um an der Lenin-Schule Fortbildungskurse zu besuchen. Dann schickte man ihn als Parteiagenten nach Westeuropa. In Paris arbeitete er als Verbindungsmann für die Kommunisten, die aus allen Ländern nach Spanien strebten, um am Bürgerkrieg teilzunehmen. Im Gegensatz zu den meisten anderen Kommunisten, die in der Folgezeit wegen ihres Unabhängigkeitsdranges aus der Partei ausgestossen wur-

den, kämpfte er nicht selbst mit. Im Jahre 1937 machte man ihn zum Führer der Untergrundbewegung in seinem Heimatland Jugoslawien.

Dort lebte die Kommunistische Partei, die jahrelang verboten gewesen war, kaum noch. Titos Vorgänger, Gorkié, lag mit anderen führenden Männern in internen Streitigkeiten. Einige von ihnen wichen von der Doktrin nach rechts, andere nach links ab, und es gab darunter sogar Agenten des herrschenden Regimes. Im Jahre 1929 zählte die Partei nur ungefähr 3500 Mitglieder, und die Führer waren nach Wien geflohen, um den Verfolgungen der Regierung Zivkovic zu entgehen. Tito verlegte die Parteizentrale wieder nach Jugoslawien und ging daran, sich eine Gefolgschaft aufzubauen. Schon jetzt zeigten sich die Grundzüge der späteren Abweichung von der Moskauer Ideologie, denn er sah sofort, dass er sich vor allem an das bäuerliche Gros der jugoslawischen Bevölkerung halten müsse, wenn er die Partei wirklich über das ganze Land ausbreiten wollte. Es war zwar kaum anzunehmen, dass sich aus der Landbevölkerung jemals Aktivisten gewinnen liessen, aber er durfte sie zum mindesten nicht, wie Stalin es bei den russischen Bauern tat, als Hauptfeinde der Kommunistischen Partei hinstellen. Titos Getreue behaupten heute, dass sein damaliges kluges Verhalten die Früchte im Krieg trug, als die Partisanen sich hauptsächlich aus dem Bauernstand rekrutierten, während sich zurzeit der russischen Revolution die bäuerliche Bevölkerung nicht nur abseits hielt, sondern der kommunistischen Aktivität sogar entgegenarbeitete. Sie behaupten auch, Titos Politik hätte schon in den Jahren 1937 und 1938 zu Auseinandersetzungen mit der Komintern geführt. In dem langen historischen Überblick, den Tito auf dem 5. Parteitag im Sommer 1948, nach dem Bruch mit Moskau, gab, findet man keine Beweise für diese Behauptung. Die Parteiproklamation und Direktiven, die er zitiert, sprechen ebenso wie seine eigenen Kommentare vom «Appell an die Massen», aber nicht vom «Appell an die Bauern». Doch hat in einem Land mit vorwiegend bäuerlicher Bevölkerung die An-

sicht einige Wahrscheinlichkeit, Tito habe es in den von den russischen so verschiedenen Verhältnissen schwierig gefunden, die Befehle Moskaus durchzuführen.

Auch sein vaterländisches Herz, vielleicht sogar sein Gewissen, mag manches gelitten haben.

Im Jahre 1938 annektierte Hitler Österreich und postierte die nationalsozialistische Kriegsmaschine an den Kamm der Karawanken und an den Rand der Laibacher Ebene. Dies in Verbindung mit dem festeren Zugriff Italiens in Albanien erschwerte Jugoslawiens militärische Lage sehr. Als Hitler im Jahr darauf der Tschechoslowakei die Unabhängigkeit nahm, führte er zu seiner Entschuldigung den Bedarf an «Lebensraum» an, – ein unheilrohendes Wort für andere kleine slawische Länder. Das nationalsozialistische Netz schloss sich und trotz aller kommunistischen Lehren, dass der Krieg der beste Nährboden für die Revolution sei, bleibt es zweifelhaft, ob Tito nicht vielleicht doch Hitlers und Mussolinis Oberhoheit über Jugoslawien einem von vornherein aussichtslosen Krieg vorgezogen hätte. Sowjetrußland war zwar für diese Entwicklung der Dinge nicht verantwortlich zu machen, es war aber auch nicht imstande, sie aufzuhalten. Dank der Schlauheit Litwnows, des letzten in der Reihe der sowjetischen Politiker, die Verständnis für die westliche Mentalität und propagandistisches Geschick aufwiesen, ist die Sowjetunion aus der Münchner Krise mit einem «guten Ruf» herausgestiegen. Das englische Prestige hingegen war durch Neville Chamberlain und Horace Wilson so unterminiert worden, dass Hitler die englischen Versprechungen an Polen nicht ernst nahm. Auch Daladier, dem George Bonnet im Weg stand, hatte nicht vermocht, sich mit einem Schein von Ehrenhaftigkeit aus den Verpflichtungen Frankreichs gegen die Tschechoslowakei herauszuziehen und dadurch Frankreich das Recht zum Mitreden zu geben, als es um Polens Leben und Tod ging. Im August 1939 dann tat sich Stalin mit Hitler zusammen. Damit hatte der «Führer» freien Weg nach Polen für seine Kriegsmacht. Sobald Stalin sich seinen Teil Polens gesichert hatte, verleibte er sich die baltischen

Staaten ein, kündigte den sowjetisch-finnischen Nichtangriffspakt aus dem Jahr 1932, rüstete sich, wie Präsident Roosevelt es nannte, zur «Vergewaltigung Finnlands» und besetzte Bessarabien und die nördliche Bukowina.

Als Tito zusah, wie Hitler ein Land nach dem anderen überrannte und Stalin sich an den Überbleibseln gütlich tat, mochte er sich wohl bewusst geworden sein, wie wenig diesen zwei grossen skrupellosen Machthabern die Unabhängigkeit und Sicherheit eines anderen Landes im Grunde bedeutete.

Als es im Jahre 1942 Zeit wurde, den Partisanenwiderstand zu organisieren, hatte Tito die Zahl der kommunistischen Parteimitglieder in Jugoslawien auf 12.000 gebracht. Nur ein Viertel davon überlebte den Guerillakrieg. Von den ungefähr 470.000 Parteimitgliedern des Jahres 1948 kann also höchstens der Bruchteil eines Prozentes für sich den Ruhm, «alter Kämpfer» zu sein, in Anspruch nehmen. Stalin übersah ganz die Tatsache, dass fast keiner von Titos gegenwärtigen Gefolgsleuten je einen anderen Führer als Tito gekannt hat. Mehr als die Kommunistische Partei irgendeines anderen Landes ist die Jugoslawiens die Schöpfung eines einzigen Mannes. Ihre Mitglieder sind Kommunisten durch und durch. Aber ihr Blick gilt zuerst Tito und dann erst sehen sie, mit Titos Augen, Stalin.

Nach der Einnahme Belgrads, im Oktober 1944, entwickelten sich die heimischen Verhältnisse für Tito günstiger, als er in seinen kühnsten Plänen hatte annehmen können. Im Frühling dieses Jahres war das englische Foreign Office auf der Suche nach einem geeigneten Mittelsmann zwischen dem in England lebenden jungen König Peter und Tito auf Doktor Branco Subacic, den letzten Ban von Kroatien, gekommen, der zurzeit in den USA lebte. Subacic war ein unbedeutender, ehrgeiziger Mann, aber wohlgeleit von jenen amerikanischen Kreisen, die mit der Tito-Politik des englischen Foreign Office nicht übereinstimmten und der Ansicht waren, dass sich nach dem Kriege die inner jugoslawischen Schwierigkeiten schon beilegen liessen und ein konstitutionelles Regime

errichtet werden konnte. Subacic nahm auf Anraten seiner amerikanischen Freunde aus dem O.S.S. den britischen Vorschlag an, als deus ex machina aufzutreten, und flog nach London. Dort musste er jedoch feststellen, dass König Peter zögerte, ihm die Vollmachten für die Verhandlungen mit einem so selbstbewussten und starrköpfigen Widersacher zu erteilen. Churchill und Eden, die ihn zur Zustimmung drängten, meinten zweifelsohne, im Interesse sowohl Jugoslawiens als auch der Dynastie zu handeln. Auch war es tatsächlich der nächste Schritt, wenn auf Grundlage der im Jahre 1943 eingeschlagenen Politik in Jugoslawien noch etwas gerettet werden sollte. Am 1. Juni 1944 gab König Peter ihrem Zureden, das schon an politischen Zwang grenzte, nach, ernannte Subacic zum Ministerpräsidenten und schickte ihn zu Tito.

Tito war damals auf der Insel Lissa, und dort einigte er sich am 16. Juni mit Subacic auf eine reichlich vieldeutige Formel der Zusammenarbeit. Tito hat später festgestellt⁴), dass er von den Alliierten zu diesem Zusammentreffen gezwungen worden sei, die «mit allen Mitteln das alte System erhalten wollten, anfänglich wenigstens teilweise, später aber zur Gänze.» Die Lage verlangte, um Titos eigene Worte zu gebrauchen, «grosse Wachsamkeit und Anpassungsfähigkeit» seinerseits. Doch er war den Anforderungen entschieden gewachsen. Das Übereinkommen stellte fest, dass die Exilregierung reformiert werden würde, um zur Gänze «aus fortschrittlich-demokratischen Elementen» zusammengesetzt zu sein. Es legte der neuen Regierung zwei besonders wichtige Pflichten auf: «der nationalen Befreiungsarmee einen Hilfsdienst zu organisieren» und «für die Ernährung der jugoslawischen Bevölkerung zu sorgen». Als dritte Verpflichtung nahm die Regierung auf sich, «die Arbeit der Gesandtschaften in den anderen Ländern sowie der interalliierten Kommission mit der Wahrung der Rechte unseres Volkes, mit seinen Bedürfnissen und mit den Erfordernissen des nationalen Befreiungskampfes zu vereinen». Tito seinerseits unterschrieb, dass es «zurzeit überflüssig sei, das Problem des Königs und der Monarchie aufzu-

werfen oder einer Lösung zuführen zu wollen», da «beide Teile darin übereinstimmten, dass das Volk selbst nach Befreiung des Landes die letzte Entscheidung bezüglich der Staatsform treffen sollte». Dr. Subacic nahm es ferner auf sich, die «gegenwärtige Verwaltung des Landes durch die AVNOJ mit dem nationalen Befreiungskomitee als ihrer Exekutive» anzuerkennen⁵). Sein öffentlicher Aufruf sollte «die Organisation des unter dem Marschall von Jugoslawien, Josip Broz-Tito, stehenden Volks Widerstandes gegen die Nazis» voll anerkennen. Titos gleichzeitig erlassener Aufruf hingegen hatte nur ein einziges Versprechen zu enthalten: «Während der Dauer des Krieges die Frage der endgültigen Regierungsform nicht zur Diskussion zu stellen⁶).»

Als Tito dann seine Deklaration erliess, warf er darin den ehemaligen «Emigranten-Regierungen» vor, sie hätten sich gegen die Nationale Befreiungsbewegung «hart und feindselig» verhalten und den Tschetniks geholfen, «einen bewaffneten Kampf an der Seite der Angreifer gegen ihr eigenes Volk» zu führen. Doch nahm er als Grundlage für eine künftige Zusammenarbeit die Betrauung Subacic mit dem Posten des Ministerpräsidenten, und die Entlassung von Mihailovic als Kriegsminister (eine der ersten Amtshandlungen von Subacic) an. Er machte auch folgende Feststellung:

«Die Nationale Befreiungsbewegung Jugoslawiens ist grundsätzlich national, das ganze Volk umfassend und demokratisch. Wir betonen deshalb noch einmal, dass die Führung der Nationalen Befreiungsbewegung Jugoslawiens sich nur mit dem einen und vordringlichen Ziel befasst, nämlich dem Kampf gegen den Angreifer und seine Helfer und mit der Errichtung eines demokratischen Jugoslawien auf föderativer Grundlage, nicht aber, wie unsere Feinde uns vorwerfen, mit der Festigung des Kommunismus.»

Als Tito in seiner Rede vom Juli 1948 diese Stelle zitierte, machte er dazu eine bedeutsame Bemerkung: «Diese Feststellung war damals natürlich durchaus richtig.» Dazu, sowie

zu den Bemerkungen Titos zu Churchill, die in Clissolds Buch angeführt sind, kann man nur wieder sagen, dass der Konflikt durch die verschiedenartige Auslegung des Begriffs «Demokratie» entsteht, der im kommunistischen Wörterbuch eine von der unseren ganz verschiedene Bedeutung hat. Dort versteht man darunter einen Staat, in dem die Arbeiterklasse durch systematische Anwendung von Gewalt herrscht.

Im Hinblick auf diese historischen Ereignisse muss hier noch eine weitere Bemerkung Titos vom Juli 1948 angeführt werden, denn sie beleuchtet ebenfalls seine damaligen Absichten und sein späteres Verhalten:

«Wir mussten diesem Übereinkommen zustimmen, weil die westlichen Alliierten hartnäckig darauf bestanden. Sie wollten uns durchaus wieder den König aufdrängen, und damit die diskreditierte Monarchie samt ihrem Anhang, den ärgsten Reaktionären. Der König sollte die Rolle des trojanischen Pferdes spielen, mit Hilfe dessen man eine Rückkehr zur alten Lebensform bewerkstelligen würde. Bestenfalls hätte das Volk noch einmal zu den Waffen greifen müssen, um das schon einmal Er kämpfte wiederzugewinnen. Wir haben uns trotzdem entschlossen, das Abkommen zu unterzeichnen, weil wir uns unserer Stärke bewusst waren und weil wir wussten, dass die grosse Mehrheit des Volkes hinter uns stand und im Notfall immer zu uns halten wird. Ausserdem besaßen wir eine bewaffnete Macht, deren Stärke unseren Widersachern nicht einmal annähernd bekannt war, wogegen der König nichts Derartiges hatte, denn Drascha Mihailovic war nicht nur als Kollaborateur mit der Besatzungsmacht diskreditiert, sondern zudem noch von unseren Truppen besiegt worden. Wir brauchten deshalb nichts zu fürchten und konnten unbedenklich einem Abkommen zustimmen, das uns, wenn wir nur richtig vorgingen, niemals Schaden, sondern nur Nutzen bringen konnte. Und so ist es denn auch gekommen.»

Ich habe schon von Churchills Besuch bei Stalin im Oktober 1944 gesprochen, als Jugoslawiens Zukunft die gemeinsame und gleich schwere Sorge der englischen wie der russischen Politik wurde. Bald nachher, am 1. November, schlossen Tito und Subaöic ein weiteres, mehr ins Einzelne gehendes, «endgültiges» Abkommen. Es besagte, dass bis zum endgültigen Entscheid über das Schicksal der Monarchie durch eine Volksabstimmung, im Namen des Königs eine Regentschaft eingesetzt werden sollte. Die politische Körperschaft, die während des Krieges durch die AVNOJ geschaffen worden war, sollte durch solche Mitglieder des letzten Vorkriegsparlaments vergrössert werden, die sich nicht durch Zusammenarbeit mit dem Feind kompromittiert hatten. Die Beschlüsse dieser neuen, gesetzgebenden Körperschaft sollten durch eine konstituierende Versammlung Rechtsgültigkeit erlangen. Dieses «endgültige» Abkommen wurde in Jalta den Grossen Drei vorgelegt, die am 11. Februar 1945 empfahlen, «es unverzüglich in Wirkung zu setzen». Wieder blieb König Peter keine Wahl. Stettinius schreibt, dass nach Churchills Worten, Peter «zur Zustimmung zu einer Regentschaft überredet, man kann sagen, gezwungen» worden sei⁷⁾. Am 6. März bildete sich in Belgrad eine provisorische Regierung mit Tito als Ministerpräsidenten, Subaöic als Aussenminister und Milan Grol, einem der Führer der alten serbisch-demokratischen Partei, als stellvertretendem Ministerpräsidenten.

Die Konferenz von Jalta billigte das Abkommen zwischen Tito und Subaöic, da es im Sinne der allgemeinen Bestrebungen, in Osteuropa kommunistische und antikommunistische Streitigkeiten und Vormachtskämpfe aus der Welt zu schaffen, lag. Zumindestens hofften die beiden westlichen Konferenzteilnehmer, Präsident Roosevelt und Premierminister Churchill, dass sich als seine Folge die Verhältnisse des Landes im Sinne der wohlklingenden «Deklaration für ein befreites Europa» entwickeln würden, die sie zusammen mit Stalin in jener Zeit unterzeichneten. Die Deklaration enthielt das Versprechen der Vereinigten Staaten, Grossbritanniens und Sowjetrusslands, den

befreiten ehemaligen Achsen-Satelliten beizustehen, «ihre dringenden politischen und wirtschaftlichen Probleme im demokratischen Sinne zu lösen». Sie zitierte die Atlantik-Charta über «die Rechte aller Völker, ihre eigene Regierungsform zu wählen», und sie stellte eine gemeinsame Aktion der drei Signatarmächte und Frankreichs in Aussicht, die den Völkern Osteuropas helfen sollte, freie Wahlen abzuhalten und eine allgemein vorbildliche Regierung aufzustellen⁸⁾. In keinem der betreffenden Länder wurden diese Hoffnungen erfüllt.

Was den Fall Jugoslawiens anlangt, so war jetzt die Inszenierung weit genug gediehen, um den letzten Akt einer Zusammenarbeit zwischen Kommunisten und Nichtkommunisten innerhalb einer vom Kommunismus beherrschten «Volksfront» spielen zu können. Subacé und Grol mussten sehr bald feststellen, dass sie in der Regierung weder einen Rückhalt noch irgendwelchen Einfluss hatten und Tito nicht daran dachte, seine Versprechungen zu erfüllen, sondern diese nur dazu gedient hatten, die beiden Politiker als Auslagenstücke zu gewinnen. Tito hat sich in der Folgezeit ganz offen über seine damaligen Absichten ausgesprochen: «Da wir während des Krieges die hauptsächlichen Grundbedingungen geschaffen haben und uns völlig klar darüber waren, dass wir die alte Staatsform durch eine ganz bestimmte neue ersetzen wollten, konnten wir während der Zeit der Koalitionsregierung keinerlei Zugeständnisse an jene Elemente im Kabinett machen, die in Wahrheit die Interessen der gestürzten Monarchie, der Bourgeoisie und ihrer Schutzherrn im Ausland, der internationalen Reaktion, vertraten.» Weiters: «Dies war nur eine vorübergehende Epoche in der Entwicklung der Innenpolitik eines neuen Jugoslawien. Aber sogar noch in dieser Zeit bestanden bei unseren Gegnern im In- und Ausland falsche Vorstellungen darüber, ‚wer eigentlich wen besiegt hat‘. Wir hingegen hatten keine solchen falschen Vorstellungen, wir wussten genau, wie die Sache enden würde⁹⁾.»

Als Subacé und die anderen entdeckten, dass sie hilflos im Strom trieben, der Jugoslawien der kompletten Kommuni-

sierung zuführte, wandten sie sich an jene Regierungen, die dem Abkommen zugestimmt und ihre Rechte und Sicherheiten im Einzelnen festgelegt hatten. England und Amerika sahen sich in der beschämenden Lage, nichts unternehmen zu können, das zur Erfüllung entweder der «Deklaration für ein befreites Europa» oder des Subacic-Tito-Abkommens beitragen konnte. Am 20. August 1945 trat Grol als Protest gegen Titos Vorgehen zurück und zwei Monate später folgte ihm Subacic. Es war zu spät, um in Jugoslawien irgendeinen Ausgleich zwischen Demokratie und «Demokratie» zustande zu bringen. Zu ungleich hatte man in Teheran die Waagschalen belastet, und Worte allein konnten das Gleichgewicht nicht herstellen.

Mit dem Finale wartete man nur so lange zu, bis Tito seine Vorbereitungen für die Wahlen zur konstituierenden Versammlung abgeschlossen hatte. Als man sie dann im November abhielt, entsprachen sie genau dem Schema, das uns seither aus allen kommunistischen Ländern vertraut geworden ist. Die Kandidaten für die Liste der sogenannten «nationalen Front» wurden mit äusserster Sorgfalt ausgesucht und waren die einzigen, die aufgestellt werden durften. Da Tito die Polizei in seiner Hand hatte, konnte es weder eine legale noch eine illegale Opposition geben. Ungefähr vierzig Vertreter der alten politischen Vorkriegsparteien hatten sich bereit erklärt, bei der Farce mitzutun. Sie liessen sich als Kandidaten der Wahlliste der «nationalen Front» aufstellen und wurden gewählt. Die Kommunistische Partei wählte 470 ihrer Mitglieder. Als solcherart die Zusammensetzung der konstituierenden Versammlung gesichert worden war, ging man daran, die Monarchie zu stürzen. Das geschah beim ersten Zusammentritt am 29. November 1945. An ihrer Statt wurde die föderative Volksrepublik Jugoslawien ausgerufen. Subacic und Grol stellte man unter Hausarrest, wo sie sich auch heute noch befinden. Von Zeit zu Zeit heisst es, man hätte sie unter Bewachung eines Polizeiamtens auf der Strasse spazierengehen gesehen.

Vom 29. November 1945 an konnte es auch nicht mehr den Schatten eines Zweifels geben, «wer» «wen» besiegt hatte. Am

Ende des Krieges hatte Tito uneingeschränkt in der jugoslawischen kommunistischen Partei, der Partisanenarmee und im Nationalen Befreiungskomitee geherrscht. Jetzt besass er eine Regierung und ein Parlament, die beide wenigstens innerhalb der neuen kommunistischen Welt als rechtmässig gelten konnten. Dieser Umgebung mussten Titos Regime, seine Partei und er selbst vollkommen in Ordnung erscheinen. Alles hatte den Anschein von Sicherheit und Harmonie. Jugoslawien war ein typisches Mitglied der kommunistischen Völkerfamilie. Abgesehen von der bolschewistischen Partei selbst, genoss die kommunistische Partei Jugoslawiens unter all ihren Schwesterparteien das grösste Ansehen. Und in der kommunistischen Hierarchie und der jugoslawischen Armee galt Tito, als das unbestrittene Oberhaupt der Partei und Regierung, als «secundus inter pares». Oder es schien doch zum mindesten so.

Anmerkungen zu Kapitel 4

1) «Borba», Belgrad, 22. März 1950.

2) a. a. O., II., pag. 1451.

3) a. a. O., Bad. II., pag. 1458.

4) Fünfter Parteitag, 21. Juli 1948.

5) Leser des vergangenen Kapitels werden wissen, dass Mihailovic über diese Vorkehrungen nicht erstaunt gewesen sein dürfte, als er davon in seinem Zufluchtsort in den serbischen Bergen las.

6) Subaëië' Deklaration, die sich im Grossen und Ganzen innerhalb der besprochenen Linien hielt, war vom 8. August 1944 in London datiert. Tito erliess seine Deklaration am 17. August. Beide Texte wurden von Tito in seinem politischen Bericht an den 5. Partei-Kongress am 21. Juli 1948 zitiert. Die Texte des Abkommens vom 16. Juni und von Titos Erklärung vom 17. August sind auch in der «United Nations Review», New York, vom 15. September 1944, p. 240, nachzulesen.

7) Edward R. Stettinius, Jr. «Rosevelt and the Russians: The Yalta Conference.» New York, Doubleday, 1949, pag. 217.

8) Der autorisierte Bericht der Krim-Konferenz ist in Stettinius'

angeführtem Werk enthalten. Zur Unterrichtung über den allgemeinen Aufbau der Konferenz und was mit dem Abkommen tatsächlich geschah, siehe «The United States in World Affairs» 1945–47, 1947–48, und 1948–49, von John C. Campbell, und für 1949 von Richard P. Stebbins (New York, Harper, gedruckt für das Council on Foreign Relation).

⁹⁾ Fünfter Parteitag, 21. Juli 1948.

5

STALIN UND TITO

«Ich sitze lieber auf einem Kürbis und bin für mich allein, als mit vielen anderen auf einem samtenen Kissen.»

Henry David Thoreau, «Walden»

Die Lage wirkte in jeder Beziehung so sicher und ausgeglichen, dass kein Grund zur Besorgnis gegeben schien. Das jugoslawische Volk war natürlich nicht sehr glücklich, als es feststellen musste, dass es zu einer Diktatur «befreit» worden war. Aber die Gefühle des jugoslawischen Volkes interessierten niemanden. Im April 1945 fuhr Tito wieder zu Grossvater nach Moskau, und diesmal kehrte er mit einem auf zwanzig Jahre abgeschlossenen gegenseitigen Freundschafts- und Beistandspakt zurück. Dies war der Höhepunkt ihrer Zusammenarbeit.

Im Verlauf der Zeit musste Tito einsehen, dass er den Ausdruck «gegenseitig», was den Beistand betraf, nicht so ganz wörtlich nehmen durfte. Stalin hatte einen Plan aufgestellt, nach dem die verschiedenen Haushaltspflichten auf die Mitglieder der neuen kommunistischen Familie aufgeteilt wurden, und seine Ansichten vom Familienleben entsprachen nicht ganz denen seiner Enkel. Als es darum ging, Jugoslawien seine Rolle und Aufgabe zuzuweisen, nahm er nach Titos Ansicht zu wenig Rücksicht auf die früher geschilderten Umstände. Die zahlreichen wirtschaftlichen, militärischen, politischen und kulturellen Missionen, die er nach dem Krieg nach Belgrad schickte, wetteiferten geradezu miteinander in der Überbringung von unangenehmen und schwierigen Befehlen. Natürlich durfte man die daraus entspringende Unzufriedenheit nach aussen hin nicht zu erkennen geben. Aber sie war da und mit der Zeit wurde sie gegenseitig.

Eines musste Tito mit besonderem Missfallen feststellen: Stalin billigte, aus welchem Grund immer, seinen Entschluss nicht, die Segnungen der Industrialisierung, die jenen immer besonders erstrebenswert erschienen, die sie nicht haben, so rasch und so vielfältig wie möglich für Jugoslawien erreichbar zu machen. Daraus erwachsen die bittersten Urteile Titos über die Sowjetpolitik, und es war einer seiner Hauptgründe für den Bruch mit Moskau. Tito war, wie alle guten Sozialisten, ein Planer; so hatte er im Jahre 1947 einen Fünfjahresplan auf gestellt, dem er stolz seinen eigenen Namen gegeben hatte. Heute führt er zu seiner Entschuldigung an, dass die sowjetische Presse diesen Plan wohl lobte, die Sowjetregierung jedoch alles andere als erfreut war über die hohen Ziele, die darin aufgestellt wurden, über Titos Energie bei der Durchführung und vor allem über die selbstbewusste Art, in der er mit den sowjetischen Handelsmissionen verhandelte und sich verschiedenen ihrer ausbeuterischen Methoden widersetzte. Der Plan sah eine Steigerung im Maschinenbau vor, dazu Ausbau des Verhüttungswesens, und der Prozentsatz dieser Produktionssparte innerhalb der allgemeinen Fabrikation sollte von 43% im Jahr 1939 auf 57% im Jahr 1951 erhöht werden. Tito wirft Moskau vor, die Erfüllung dieses Programmes durch allerlei Benachteiligungen, Widerstände und Verzögerungen sowohl auf dem Gebiet des Handels als auch auf dem der Finanzierung erschwert zu haben. Überhaupt hatte er den Eindruck, dass das neue Jugoslawien innerhalb der allgemein russischen Ziele seinen Platz hauptsächlich als Lieferant von Rohmaterialien und Agrarprodukten finden sollte. Diese sollten in die Sowjetunion und in solche Satellitenstaaten ausgeführt werden, die sie, wie die schon weitgehend industrialisierte Tschechoslowakei oder wie Ungarn und Polen, denen eine forcierte Entwicklung der Industrie zudedacht war, mit grösserem Vorteil ausnutzen konnten. Im Lauf der Zeit hätte Tito also seinen eigenen Plan entweder aufgeben oder bis zur Unkenntlichkeit abändern müssen, und alle Kräfte seines Volkes wären zur Erfüllung der sowjetischen Planwirtschaft eingesetzt worden.

Tito erkannte auch, dass man ihm über kurz oder lang die entscheidenden Entschlüsse über die Entwicklung und das Tempo des Klassenkampfes aus der Hand nehmen würde. Dies bezog sich besonders auf die Agrarreform, eine höchst wichtige Sache in einem Land, dessen Bevölkerung zu 70 bis 80% dem Bauernstand angehört. Wollte man die russischen Methoden der Kollektivierung von Grund und Boden ohne Weiteres auf jugoslawische Verhältnisse übertragen, so würde es unvermeidlich zu schweren Kämpfen zwischen den Bauern und der Regierung und Polizei kommen. Als notwendige Folge der hierdurch entstehenden geringeren Nahrungsmittelproduktion mussten ernste ökonomische Schwierigkeiten erwachsen, und Jugoslawien wäre womöglich für eine Zeit in seiner Ernährung auf unangenehme Weise von den grosszügigen Planern in Moskau abhängig.

Dazu kamen andere Keime der Unzufriedenheit, die bald wuchsen und sich entwickelten. Die Rote Armee entsandte eine Anzahl von Offizieren zur Instruktion ihrer ungebildeten Vettern nach Belgrad. (Der jugoslawische Staatssäckel musste ihnen eine hohe Löhnung zahlen.) Den Partisanen war zwar sehr daran gelegen, neue Waffen und Unterweisungen für deren Handhabung zu erhalten, aber sie hatten das Gefühl, selbst ganz gute Soldaten zu sein und sahen nicht ein, dass ihnen die Russen Neues über die Taktik in jugoslawischem Terrain beibringen sollten.

Russland schickte der jugoslawischen Elite auch Lehrer für den Unterricht in Marxistischen Theorien, besonders aber für die Stalinschen Kommentare, die diese Politik stützen sollten. Dazu gehörte unter anderem, dass man zwar öffentlich die Herrschaft der «schwer arbeitenden Massen» proklamierte, in ausgewählten Kreisen jedoch besonderen Ausdruck auf die Marxistische Doktrin legte, nicht die Bauern, sondern die Fabrikarbeiter seien die Pioniere des Fortschritts und der Revolution und müssten daher innerhalb der kommunistischen Gesellschaft die führende politische Rolle spielen. 1948 betonte man, wie wir noch sehen werden, diese besondere Stellung der Fabrikarbeiter ganz offen. Im Augenblick verschleierten die Russen

jedoch ihre wahren Absichten in Übereinstimmung mit ihrer allgemeinen Taktik. Tito wusste genau, wohin das führen musste. Er kannte die oft ausgesprochene Ansicht Stalins, dass der marxistische Leninismus kein feststehendes Dogma, sondern «ein Leitfaden für die Aktion» sei, und dass die praktische Ausrichtung der Aktion «sich entsprechend den geschichtlichen Wendungen verändern kann». Das ist der Grund, warum die Kommunisten dem Marxistisch-Leninistischen Dogma ebenso widersprechende, jeder Lage angepasste Direktiven entnehmen können wie die Christen der Bibel. Die Moskauer Emissäre drängten Tito, den Bauern die politischen Rechte zugunsten des städtischen Proletariats zu nehmen, obgleich die Landbevölkerung die Fabrikarbeiter zahlenmässig immer übertreffen würde. Diese und andere Unstimmigkeiten zwischen den Interessen der jugoslawischen Partei und den Befehlen, die aus Moskau kamen, schienen Tito wie absichtlich hervorgerufen, um ihn gegenüber seinem Lande und der ganzen kommunistisch orientierten Welt, in der er natürlich eine Rolle zu spielen wünschte, zu diskreditieren.

Er war selbstverständlich nicht der einzige kommunistische Führer, dem es so erging. Alle Staatsoberhäupter der Volkdemokratien bekamen Vorschriften für ihre Länder. Es gab eine bis ins Einzelne ausgeführte Lichtpause des neuen Palastes, der für Stalin erbaut werden sollte, und einen genauen Stundenplan zur Herstellung jedes einzelnen Betonblocks, für die Verwendung jedes Stück Holzes, jeder Schraube und jedes Bolzens und für den Zeitpunkt, an dem auf der Kuppel der rote Stern angebracht werden sollte. Jedes Mitglied der kommunistischen Familie bekam seine Arbeit zugewiesen, aber nicht nach dem Gesichtspunkt der Freiwilligkeit, sondern nach dem Willen Stalins. Niemand wurde gefragt, ob ihm der Bauplan gefiel oder ob er sich in dem fertigen Gebäude wohlfühlen würde. Nichts deutete darauf hin, dass man nach der Fertigstellung unabhängiger sein würde. Im Gegenteil, wenn die Satelliten den Sozialismus aufgebaut hatten, würden sie den Gesetzen der sozialen Planung mehr denn je unterstehen, und alles deutete

darauf hin, dass diese Gesetze nur unter einem Gesichtspunkt, nämlich dem der Stärkung Russlands und der Fortdauer seiner Vormachtstellung ausgelegt werden würden. Die wirtschaftliche Kapazität der einzelnen Staaten sollte zunächst für Russland eingesetzt werden und dann erst, nach Massgabe der verbliebenen Reserven, für das eigene Land. Produktion und Konsumation der einzelnen Länder würden auf einfache Weise durch die Verteilung des Rohmaterials und aller Fertigprodukte von einer zentralen Stelle aus gelenkt werden.

Wir wissen nicht, wie schnell Tito dies alles durchschaute. Sicher fand er es nicht erfreulicher, dass es den andern Satellitenoberhäuptern, die ihm keine Achtung einflössten, auch nicht besser ging. Jedenfalls kam ihm bald zum Bewusstsein, dass Jugoslawien nach dem allbeherrschenden Sowjetplan in seiner bisherigen Lage als armes, zivilisatorisch zurückgebliebenes und deshalb schwaches Land verbleiben sollte.

Sicher besass Tito ganz falsche Vorstellungen von dem Tempo, in dem man eine ungünstige wirtschaftliche Struktur umändern konnte, ohne gleichzeitig der Bevölkerung unerträgliche und ungerechte Lasten aufzuerlegen, und es ist fraglich, ob er sich überhaupt darüber klar war, wie rasch man zu Werke gehen kann, selbst wenn man bereit ist, jeden Preis zu zahlen. Es war also vorauszusehen, dass sein Plan, in Jugoslawien rasch und rücksichtslos eine umfassende Industrie aufzubauen, bald auf Schwierigkeiten stossen musste. Tito machte sich keine Gedanken darüber, wo Jugoslawien Abnehmer für seine vielen Industrieprodukte finden sollte, wenn der heimische Markt einmal gesättigt war. Er folgte lediglich der marxistischen Terminologie, die besagt, Industrialisierung sei eine notwendige Vorstufe zur Sozialisierung, und er konnte sich nicht damit abfinden, dass die sowjetischen Befehle ihn zwangen, die dafür notwendigen Vorarbeiten entweder abzubrechen oder sie bis in eine ferne Zukunft zu verschieben. Er war der Ansicht, die Ziele des Marxismus seien für Jugoslawien mit Hilfe der brüderlich russischen Hand leicht erreichbar. Verfolgte man aber den bisher eingeschlagenen Weg weiter, dann wäre die

jugoslawische Bevölkerung in der kommunistischen Zukunft dazu verdammt, stärker als in der kapitalistischen Vergangenheit auf dem Feld und im Bergwerk schwerste körperliche Arbeit zu verrichten. Vielleicht erhielte sie mit der Zeit mehr Werkzeuge und Maschinen, aber diese kämen aus dem Ausland, das über Art und Zeitpunkt der Einfuhr bestimmen konnte. Jugoslawien musste also von der Gnade des Auslandes abhängig bleiben. Zugegeben, dieses Ausland wäre dann Russland, der kommunistische Bruder. Wenn aber Grossvater schon jetzt, in dieser frühen Periode des sozialen Aufbaus, so egoistisch nur die russischen Interessen wahrnahm, hatte dann nicht die Annahme einige Wahrscheinlichkeit für sich, er würde seinen Einfluss auch weiterhin geltend machen und Jugoslawien bleibe, was es gewesen war, ein Ausbeutungsobjekt für das Ausland? Gerade dagegen hatte es Zeit seines Bestehens gekämpft.

Die Situation hatte ferner praktische Nachteile, die auch bürgerlichen Politikern verständlich sind. Er hatte dem jugoslawischen Volk versprochen, nach dem Krieg würden gemäss seinem Industrialisierungsplan Verstaatlichung und Kollektivierung, die er mit allen Kräften und ungehindert durchzuführen hoffte, zahlreiche Fabriken und Wasserkraftwerke entstehen und sofort zu arbeiten beginnen, Bewässerungsanlagen dürre Gegenden fruchtbar machen und jahrhundertlang gewohnte Überschwemmungen eindämmen. Ölfelder sollten erschlossen, ihre Produkte raffiniert und auf modernen Autostrassen über das ganze Land verteilt werden. Neben der Schaffung einer starken Schwerindustrie wollte er auch Fabriken für die so dringend benötigten Gebrauchsartikel errichten. Seife, Käme Nadeln, Rasierklingen, Zahnbürsten, Scheren, Zwirn, alle die Dinge, die Jugoslawien seit Kriegsbeginn kaum zu sehen bekommen hatte, würden wieder frei käuflich sein, diesmal aber in den neuen staatlichen Geschäften. Stellte Russland jedoch die notwendigen Maschinen und das Kapital nicht, dann liessen sich diese Pläne nur sehr langsam oder überhaupt nicht durchführen. Das Rohmaterial, das der einheimischen Industrie zur Verarbeitung zukommen sollte, würde stattdessen nach Russland oder in jene

Satellitenstaaten gehen, denen die Rolle von Industriestaaten zugefallen war. Blinder Klassenkampf in den Dörfern würde die Nahrungsmittelerzeugung so zurückgehen lassen, dass nicht einmal die derzeitig geringere Zahl von Arbeitern, geschweige denn die im Fünfjahresplan vorgesehene grosse ernährt werden konnte. Was er bisher unter dem Gesichtspunkt seines eigenen Planes mit Nachbarstaaten an Handelsverträgen abgeschlossen hatte, musste entweder abgeändert oder nach den Bedürfnissen des Sowjetplanes ganz neu abgefasst werden. Die anderen Satelliten würden gezwungen sein, von Jugoslawien zu fordern, was sie zur Erfüllung des von den Sowjets vorgeschriebenen Solls benötigten. Jugoslawien hätte zu liefern, aber es bekäme als Entschädigung nicht jene Dinge, die Tito und seinen Planern für die jugoslawische Wirtschaft wichtig erschienen, sondern was die sowjetischen Planer für richtig hielten. Jugoslawien hätte also seiner Aufgabe nachzukommen und Lieferant für Rohmaterialien zu sein.

Es war die krasse Erfüllung von Bucharins Prophezeiung, in einer internationalen kommunistischen Gesellschaft der Zukunft gäbe es keinen Raum für wirtschaftliche Konkurrenz zwischen den einzelnen Staaten.

Tito war sich über die politischen Folgen dieser Entwicklung im Klaren. Er musste seinen Landsleuten bedeuten, er habe ihren dringenden Bedarf an Schmelzöfen, Dämmen und elektrischen Kraftanlagen überschätzt. Schlimmer noch, er hatte sie zu überzeugen, dass es nicht vorteilhaft sei, Fabriken zur Herstellung von Knöpfen, Zündhölzern, Kämmen und Nadeln zu errichten. Er musste ihnen einreden, Papierkoffer aus Polen und der Tschechoslowakei, Fahrräder und schlecht riechende Seife aus Russland seien besser als die aus den heimischen Häuten, Fetten und Stählen hergestellten Waren. Besonders unangenehm aber war es, dass man von ihm verlangte, der Minderheit der städtischen Arbeiterklasse die führende Rolle zuzusprechen und in Regierung und Partei die bäuerliche Überzahl auf den zweiten Platz zu verweisen. Die Landbevölkerung war ohnehin schon durch sein energisch angepacktes Kollektivie-

rungsprogramm verstimmt und unzufrieden. Denn dieses Programm, mochte es mit den russischen Befehlen in Einklang stehen oder nicht, wurde jedenfalls mit aller Macht verwirklicht. Die meisten Partisanen kamen, ebenso wie einige von Titos vertrautesten und ältesten Mitkämpfern, aus dem Bauernstand. Sie alle würden durch die von Moskau diktierte Parteilinie vor den Kopf gestossen werden. Dazu kam ein Faktor persönlicher Natur, der Tito sofort auffiel. Die politische Zurücksetzung seines Bauernstandes würde unfehlbar auch seine Stellung den anderen Ländern gegenüber beeinflussen. Als Vertreter eines bäuerlichen Jugoslawien hätte er selbst im kommunistischen Rat weniger zu bedeuten als die Vertreter der in höherem Mass industrialisierten, proletarisierten und deshalb politisch reiferen Länder.

Vom 27. Mai bis zum 10. Juni 1946 weilte Tito wieder in Moskau und kehrte mit der Nachricht zurück, die UdSSR würde die jugoslawische Armee mit modernen Waffen ausrüsten. Er war gezwungen, dies als einen Erfolg hinzustellen, um einen peinlichen Fehlschlag zu vertuschen. Stalin war Titos Ansinnen, für ein jugoslawisches Triest einen Krieg zu riskieren, mit bitteren Vorwürfen begegnet und hatte alle diesbezüglichen Erwartungen enttäuscht. In Wirklichkeit war das russische Angebot, die jugoslawische Armee neu auszurüsten und zu reorganisieren, für Tito ein Schlag, den er nicht zu parieren wusste. Die ehemaligen Partisanenstreitkräfte brauchten wohl dringend neue schwere Waffen, es war jedoch kein angenehmer Gedanke, dass das sowjetische Oberkommando mit der Entscheidung über die Art der Bewaffnung auch Einfluss auf die Zusammensetzung und die zukünftige Bestimmung des Heeres in die Hand bekam. Er wollte auch dem sowjetischen Nachrichtenwesen innerhalb seiner Armee keinen Platz einräumen. Es lag nicht in seiner Absicht, der Armee den Charakter einer Guerillatruppe, der im jugoslawischen Terrain das Gegebene war, ganz und gar zu nehmen und es stattdessen eigentlich zu einer Hilfstuppe der Roten Armee, zu einem Teil der grossen Horde von Fusssoldaten werden zu lassen. Er musste aber feststellen, dass

einige der sowjetischen Berater und Instrukto­ren gerade dies beabsichtigten. Das liess sich unschwer aus der vorgesehenen Ausrüstung und dem Aufmarschplan ersehen. Jugoslawien sollte jährlich eine bestimmte Anzahl von neu ausgehobenen Rekruten ausbilden, aber kein nennenswertes stehendes Heer unterhalten. Es sollte keine nationale Rüstungsindustrie aufbauen. Als ich im Frühjahr 1950 mit Tito sprach, meinte er, er habe den Eindruck, dass die sowjetischen Offiziere den Partisanen ihren Ruhm neideten. Es gefiel ihnen nicht, dass die Partisanen ihre Erfolge ohne die Wohltaten der sowjetischen Führung vollbracht hatten, und sie wünschten, in seinem Heer die Reste von Nationalgefühl und Selbstsicherheit auszurotten. Alles in allem kann man annehmen, dass die Probleme der Art und Zusammensetzung und Führung des neuen jugoslawischen Heeres ein Hauptgrund für Titos zunehmende Unzufriedenheit wurden.

Gerüchte von seinem Missmut drangen bis nach Moskau. Es kam den Machthabern im Kreml zu Ohren, dass man in Belgrad über die Forderungen der sowjetischen Handelsdelegationen, über das Benehmen der rotarmistischen Offiziere und über die Art, wie der russische Nachrichtendienst jugoslawische Staatsbürger anwerbe und ähnliche sowjetische Umtriebe unfreundlich urteilte. Die Fälle mehrten sich, dass Mitglieder der Sowjetdelegationen keine Auskünfte und Nachrichten über die innere Lage Jugoslawiens bekamen, die dazu dienen konnten, die Vorgänge im Land unter Kontrolle zu halten und seine natürlichen Hilfsquellen auszubeuten. Es entstand der Verdacht, dass gewisse Besprechungen, die Tito mit hohen Funktionären der benachbarten Länder, etwa Ungarn und Bulgarien führte, ein gemeinsames Vorgehen der Satelliten gegen den russischen Druck zum Inhalt hatten.

Diese Entwicklung ging auf keiner der beiden Seiten nach einem vorgesezten Plan vor sich. Man muss den Fehler vermeiden, sie ausserhalb des Zusammenhangs mit der allgemeinen Entwicklung der Dinge in Osteuropa zu beurteilen. Im Krieg und unmittelbar nachher hatte Moskau die örtlichen Kom-

munistenführer zum Gebrauch gewisser Notbehelfe ermutigt, die es später, als die Sowjets das Gebiet fest in der Hand hatten, als überflüssig betrachtete. Während die kommunistischen Parteien der einzelnen Satellitenstaaten damit beschäftigt gewesen waren, ihre Positionen auszubauen, hatten sie es nützlich gefunden, nationale Traditionen und Bestrebungen zu achten und sogar zu fördern. Der Kreml unterstützte sie darin und liess sie glauben, es würde ihnen erlaubt sein, die sozialistischen Ziele durch Mittel und Wege ihrer eigenen Wahl zu erreichen. Die kommunistischen Aussendungen vermieden es ängstlich, den Eindruck zu erwecken, das neue Regime errichte die «Diktatur des Proletariats» oder strebe eine solche in Zukunft an. Statt dessen kündete man die neue Gesellschaftsordnung mit vielen schönen Worten als «Herrschaft der arbeitenden Bevölkerung» an und es gab keine unnötigen Hinweise auf die Tatsache, dass Bauern und Intellektuelle dabei eine untergeordnete Rolle spielen würden. Ausserdem wurde sich die Bauernschaft, durch die Agrarreform zunächst geblendet, der Tatsache nicht bewusst, dass nach den kommunistischen Gedankengängen die Verteilung von Grund und Boden aus Kirchen-, Guts- und Grossbauernbesitz nur der erste Schritt zur unvermeidlichen totalen Kollektivierung sei. Natürlich achtete man darauf, dass die breite Masse keinen Anteil an politischen Entscheidungen nehmen konnte. Aber man hielt den Schein aufrecht, indem man den nichtkommunistischen Gruppen erlaubte, mit der dominierenden kommunistischen Partei in Form einer Koalitions-»Front« zusammenzuarbeiten und man Teile der Bevölkerung in kommunistisch geführten Gewerkschaften und «Massenorganisationen» von Jugendlichen, Frauen und Konsumenten zusammenfasste.

Die Reibereien, die sich zwischen den sowjetischen Delegationen und dem jugoslawischen Regime entwickelten, zeigten Stalin, wohin solche Improvisationen unweigerlich führen mussten. Die Anwendung von Notbehelfen war nicht länger notwendig, ja, sie war geradezu gefährlich geworden. Stalin beschloss daher vorderhand, die Übergangsmethode nicht nur

einfach fallen zu lassen, sondern auch die Kommunistenführer in Polen, in der Tschechoslowakei oder wo immer auch sie sich befanden, öffentlich anzuklagen. Die Führer, die sich lediglich damit begnügt hatten, die alte Methode anzuwenden, sollten nach und nach als Abtrünnige vom orthodoxen Marxismus gebrandmarkt werden. Sie hatten sich dem Tadel, der ihnen ob ihrer Verirrung zuteil wurde, zu beugen, eine entsprechende Bestrafung zu erwarten, und konnten schliesslich hoffen, wieder verwendet zu werden, wenn es wahrscheinlich erschien, dass sie der neuen Ordnung ebenso gut dienen würden wie der alten. Im Fall Jugoslawiens aber war die Sozialisierung schon sehr energisch durchgeführt worden. Tito musste also ganz offen der entgegengesetzten Verbrechen angeklagt werden. Da seine Kollektivierungsmassnahmen und sein Programm zur Tilgung «aller Reste des Kapitalismus in Handel und Industrie» (veröffentlicht zu Beginn des Jahres 1948) nicht als Abweichung von der richtigen Lehre angeprangert werden konnten, wollte man sie als unsachgemäss, übereilt und trotzistischen Tendenzen nahestehend angreifen.

In der neuen Ordnung sollten dem Nationalgefühl und der Tradition weniger Konzessionen gemacht, die selbständige Initiative beschnitten und die wahren Ziele des Kommunismus ins rechte Licht gesetzt werden. Ohne Beschönigung sollte gesagt werden, dass halbe Massnahmen auf die Dauer unerträglich seien und mangelhaft erreichte Ziele nicht hingenommen würden. Das Endziel war die totale Sowjetisierung. Alle Methoden, jede nötige Gewaltanwendung und Grausamkeit galt als erlaubt. So sollte die vollständige Kollektivierung von Grund und Boden erreicht werden, in Übereinstimmung mit Lenins warnenden Worten, dass die gefährlichsten Keime des Kapitalismus im Bauernstand enthalten seien. Es galt seine Forderung einer uneingeschränkten Diktatur des Proletariats, dass die arbeitenden Klassen die Macht mit keiner anderen zu teilen hätten, zu realisieren. Die politischen Notbehelfe der jüngsten Vergangenheit – die Erlaubnis zur Bildung von Volksfrontorganisationen als Vertreter der Massen und die Zu-

lassung alter liberaler, nichtkommunistischer Parteien zur Zusammenarbeit mit der kommunistischen Elite – hatten sofort aufzuhören. «Bürgerliche» Parteien müssten liquidiert werden. Die sozialdemokratischen Parteien sollten nach einer gründlichen Säuberung von den kommunistischen Parteien aufgesaugt werden. Was aber die kommunistischen Parteien selbst anbelangt, die zu gross und daher nicht mehr ganz zuverlässig geworden waren, so sollten sie gereingt und in Übereinstimmung mit Lenins Anweisung gebracht werden, dass die kommunistische Partei mit begrenzter Mitgliedschaft und strenger Parteidisziplin das wichtigste Werkzeug zur Erreichung der Sozialisierung und der völligen Kommunisierung sei.

Die Umstellung sollte natürlich nicht mit einem Ruck vor sich gehen und ihre ausführliche ideologische Rechtfertigung nicht der Gegenstand eines eigenen Traktats sein. Man wollte nicht um jeden Preis einen Widerstand wachrufen, sondern nur vereinzelte Aufsässige einer exemplarischen Strafe zuführen. Auch brauchte man keine neue Ideologie. Es genügte, wenn man die reine Lehre in ihrem ganzen furchtbaren Gehalt wieder erstehen liess und sie zugunsten von Stalins Dienern in der neuen Sowjetzone einsetzte, die Vorschriften und Praktiken wieder geltend machte, die gebräuchlich gewesen waren, ehe die Kriegsverhältnisse und später die Gewinnung neuer Massen für den sowjetischen Gedanken gewisse Notbehelfe erfordert hatten. Das Nachkriegs-»Zack« sollte ganz einfach zu dem vor dem Krieg üblich gewesenen »Zick« zurückkehren¹).

Jugoslawien war das erste Land, das man unter die Lupe nehmen wollte, denn es hatte ja den Anlass zur Korrektur des sowjetischen Vorgehens gegeben. Es lässt sich nicht feststellen, ob Stalin von allem Anfang an die Absicht hatte, an Tito ein Exempel zu statuieren, oder ob sich eine solche Notwendigkeit erst im Verlauf der Auseinandersetzungen ergab. Wir wissen lediglich, dass zu Beginn des Jahres 1948 im Politbüro der bolschewistischen Partei Besprechungen mit ausgewählten Mitgliedern der Zentralkomitees der zur Kominform gehörigen kommunistischen Parteien stattfanden, in denen über die Schritte

verhandelt wurde, die geeignet seien, den überhandnehmenden Unabhängigkeitsdrang der jugoslawischen Parteiführung zu brechen.

Als im Februar dieses Jahres der erfolgreiche kommunistische Putsch in der Tschechoslowakei stattgefunden hatte, entfiel damit ein Grund für die Notwendigkeit, vorsichtig vorzugehen. Die andern osteuropäischen Länder hatten sich ihrer Volksfrontregierung schon entledigt, und waren kommunistische Diktaturen und Vasallen Moskaus geworden. Bis dahin hatten Benesch und der jüngere Masaryk den Tschechen und Slowaken noch Reste der Demokratie und der alten tschechoslowakischen Republik, und wenigstens eine gewisse Unabhängigkeit bewahrt. Jetzt aber entledigte man sich endlich dieser schwachen Bastion in der russischen Front. Masaryk starb auf dem Pflaster vor dem Palais Czernin, und Beneš demissionierte –, um bald darauf auch zu sterben mit einem gebrochenen Herzen und einem kaum weniger zerstörten Körper als der Masaryks gewesen war. Mit dem Verschwinden der letzten unabhängigen Republik fiel zugleich der letzte Grund zur Verschleierung und Beschönigung der Tatsache, dass der Zweck aller Volksdemokratien letzten Endes immer dasselbe war –, Gleichschaltung mit dem sowjetischen Reich.

Es gibt keinen Beweis für die Annahme, dass der seinerzeitige Beschluss der Kominform im bolschewikischen Politbüro einmütig angenommen worden und besonders, ob Andrej Zdanow, Generalsekretär der Kominform und damals nach Stalin der einflussreichste Mann des Politbüros, dafür war. Die Umstände, unter denen Zdanow mit dem Aufbau der Kominform betraut worden war, liessen annehmen, er habe Stalins Zuneigung, die einst fast väterlich gewesen war, verloren. Während des Krieges war er der oberste Parteifunktionär von Leningrad gewesen und hatte die Verteidigung der Stadt mit Erfolg und Bravour geleitet. Vielleicht hatten seine Leistungen ihm zu viel Ruhm eingebracht? Störte die Tatsache, dass man von ihm als von der Nummer zwei sprach, die Nummer eins? Im Jänner 1945 besuchte Kalinin die ehemalige Haupt-

stadt, um ihr die Auszeichnung für die heldenhafte Verteidigung zu überbringen. Zwei Tage vor seiner Ankunft wurde Zdanow durch einen anderen Mann ersetzt, und sein Name fand in den tagelang dauernden Feierlichkeiten nur oberflächlich Erwähnung. Aller Wahrscheinlichkeit nach wies Stalin ihm damals einen anderen Tätigkeitsbereich zu, wo er mit der kommunistischen Führerschicht nicht in so engen Kontakt kommen konnte. Er wurde zunächst Kommissar für Finnland, dann bestimmte man ihn dazu, die Kominform aufzubauen, deren Generalsekretär er schliesslich wurde. Kaum hatte er die neue Organisation ins Leben gerufen, begann sich die Affäre Tito zu entwickeln und drohte die Kominform in zwei Teile zu spalten.

Jene Beobachter, die der Meinung sind, Zdanow und Stalin seien in der jugoslawischen Angelegenheit verschiedener Meinung gewesen, sind sich untereinander nicht einig, wer von den beiden für energische Massnahmen gegen Tito und wer für behutsames, unauffälliges Vorgehen war.

Der Fall musste nach dem Gesichtspunkt betrachtet werden, welche Bedeutung er für die internationalen kommunistischen Belange einerseits und die nationalrussischen Interessen andererseits hatte. Es wurde zwar immer behauptet – was allerdings nicht die ehrliche Überzeugung der Sprecher war –, dass die Sache des Weltsozialismus und die Interessen des sozialistischen Vaterlandes untrennbar verbunden seien. Hier aber gab es eine schwerwiegende Frage. War den Staaten, die der sowjetischen Machtsphäre erst kürzlich eingegliedert worden waren, wegen ihrer möglichen Verdienste um die Weltrevolution oder wegen ihres möglichen Beitrages zur Stärkung der nationalen Macht Russlands grössere Bedeutung zuzumessen? War ersteres der Fall, dann mussten diese Staaten zu selbständigen kommunistischen Gemeinwesen, vorgeschobenen Propagandaposten im westwärts gerichteten Marsch des Kommunismus aufgebaut werden. Sie durften dann nicht allzu offenkundig zugunsten des sowjetischen Wirtschaftsplans geschröpft werden. Ihre heimische kommunistische Führerschicht durfte nicht zu eindeutig

herumkommandiert oder in ihrem Einfluss geschwächt werden, indem man von ihr die Durchführung so unpopulärer Dinge, wie die der Diktatur des Proletariats oder der kollektiven Bewirtschaftung des Bodens, verlangte. Die Durchdringung ihrer Armee konnte nur langsam erfolgen. Gab man aber der zweiten Forderung den Vorzug, dann mussten die Satelliten so rasch und so gründlich als möglich dem politischen, wirtschaftlichen und militärischen System der Sowjetunion assimiliert werden, vielleicht sogar mit dem Ziel ihrer Eingliederung in die UdSSR. Man musste dann die natürlichen Reichtümer und die Reserven dieser Staaten einzeln und gruppenweise überprüfen, um sie möglichst rasch, gründlich und unmittelbar dem russischen Nutzen zuzuführen. Es war ganz klar, dass sich die beiden Programme nicht ohneweiters vereinen liessen. Die Frage war nur, welchem der Vorzug gegeben werden sollte.

Es ist ziemlich wahrscheinlich, dass sich Stalin, ohne zu zögern, für die Vermehrung von Russlands Macht und nationaler Stärke entschlossen hat. Es ist auch logisch, anzunehmen, es sei Zdanow daran gelegen gewesen, die Einheitlichkeit der Organisation, die er gerade aufgebaut hatte, nicht zu zerstören. Er besass innerhalb der Kominform eine beträchtliche Macht, wodurch er zum Teil für den Verlust seines Einflusses in Russland entschädigt wurde. Es musste ihm klar sein, dass der Erfolg der Kominform sich auf die bereitwillige Zusammenarbeit starker nationaler kommunistischer Parteien stützte, die zwar unter Führung des Kremls standen, ohne aber seine Sklaven zu sein. Diese Interpretation der damaligen Lage erfährt eine Stützung durch das im September 1947 von massgebenden ausländischen Beobachtern bemerkte Verhalten verschiedener hoher Beamter des Belgrader Kominformbüros nach der ziemlich aggressiven Rede Titos vom 27. September, in der er den Führern der anderen kommunistischen Parteien Furchtsamkeit vorwarf und so weit ging, einige von ihnen der Duldung «verräterischer reaktionärer Elemente in der Führung» ihrer jeweiligen Volksfront zu bezichtigen. Einer der Beobachter berichtet (einige Monate vor der ersten Andeutung eines möglichen Bruches

zwischen Stalin und Tito), dass gewisse, Zdanow nahestehende Kominformbeamte in Tito den ihrer Ansicht nach schon lange erforderlichen draufgängerischen Juniorpartner sahen, der den verschiedenen Volksfronten neues Leben einhauchen und als Führer eines Kreuzzuges auftreten sollte, um dem internationalen Kommunismus mehr kämpferischen Geist zu geben.

Es ist auch ziemlich sicher, dass unter den massgeblichen Kommunisten, die mit Zdanow zusammen die Kominform aufgebaut hatten, verschiedene ein offenes, scharfes Vorgehen gegen Tito ablehnten. Dazu gehörte Dimitroff, der bulgarische Ministerpräsident. Er war nicht nur das Oberhaupt der Kommunisten in Bulgarien, sondern als Held des Reichstagsbrandprozesses und wegen seiner langjährigen Tätigkeit als Generalsekretär der alten Komintern, gewissermassen also als Vorgänger Zdanows, eine Persönlichkeit von weltweiter Bedeutung. Gheorghiu-Dej, der stellvertretende rumänische Ministerpräsident und Generalsekretär der (kommunistischen) «Rumänischen Arbeiterpartei», gehörte ebenfalls dieser Gruppe an. Er beging den Fehler, seine Ansichten dem jugoslawischen Gesandten in Bukarest telefonisch darzulegen. Das war ein folgenschwerer Schritt, denn der Gesandte war das einzige bedeutende Mitglied der jugoslawischen Diplomatie, das sofort zur Kominform überging und dabei Gheorghiu prompt anzeigte. Um seinen Kopf zu retten, wurde der Rumäne zum leidenschaftlichsten Gegner Titos. Thorez in Frankreich und Togliatti in Italien waren dafür, Tito nach und nach wieder zur Vernunft zu bringen. Der polnische Kommunist Gomulka, einer der Mitbegründer der Kominform, lehnte jedes scharfe Vorgehen gegen Tito und die jugoslawische Partei ab. Er hatte seine eigenen, sehr klaren Ansichten über die Aufgaben der Kominform, das Verhältnis zwischen den einzelnen kommunistischen Parteien und zwischen den kommunistischen Staaten Osteuropas und der Sowjetunion. Er wusste genau, dass das uneingeschränkte Vorgehen des Kremls für alle Satellitenhauptstädte schliesslich das Ende aller Unabhängigkeit von Partei und Staat sein würde. Seine Argumente waren so überzeugend, dass der

Befehl an die polnische Partei erging, ihn nicht als ihren Abgesandten zu jenen entscheidenden Sitzungen zu entsenden, in denen die letzten Entschlüsse gefasst wurden. Alle Gegner Stalins wurden überstimmt. Wenn sich Zdanow wirklich unter ihnen befand, wurde auch er überstimmt. Er war so entgegenkommend, kurz nachher, am 21. August 1948, zu sterben.

Die Tatsache allein, dass so viele kommunistische Führer es gewagt hatten, die Weisheit der Entschlüsse des Kremls anzuzweifeln, genügte, um diese Entschlüsse mit besonderem Nachdruck durchzudrücken. Es lässt sich schwer sagen, in welchem Stadium der Entwicklung die Jugoslawen bemerkten, was eigentlich gespielt wurde, doch scheinen sie zu Beginn des März 1948 etwas gewittert zu haben, bald nach der Rückkehr einer unter dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Kardelj nach Moskau entsandten Mission, die erfolglos versucht hatte, von den sowjetischen Regierungsstellen eine Beschleunigung der Aufnahme der Handelsbeziehungen und besonders die endliche Einfuhr russischer Maschinen, die für den Fortschritt von Titos Fünfjahresplan notwendig waren, zu erwirken. Am 18. März wurde Belgrad in einer offiziellen Note mitgeteilt, die Sowjetregierung habe sich entschlossen, alle militärischen Ratgeber und Instrukteure zurückzuziehen, weil man ihnen «durchwegs feindselig» begegnete. Einen Tag später benachrichtigte der sowjetische Geschäftsträger in Belgrad Tito, dass auch die Zivilmissionen wegen «Mangels an Gastfreundschaft und Vertrauen» zurückgezogen werden müssten. Nach einer Bedenkzeit von zwei Tagen entschloss sich Tito, eine Entscheidung herbeizuführen. Am 20. März ersuchte er Moskau um eine Erklärung. Er schrieb an Molotow: «Wir sind sehr erstaunt, wir verstehen es nicht, und wir sind tief verletzt.» Er bat, man möge ihn über «die wahren Gründe» des sowjetischen Vorgehens unterrichten. Kann die Sowjetunion «uns nicht offen mitteilen, was eigentlich vorliegt?»

Das konnte die UdSSR, und sie hielt mit ihrer Meinung nicht hinter dem Berg. Die russische Note vom 27. März schlug in Belgrad wie eine Bombe ein. Sie räumte mit der Annahme

auf, die Gründe für Stalins Missfallen seien untergeordneter Natur oder auf ein Missverständnis zurückzuführen. Stalin wusste genau, was er wollte, wenn er auch seine Möglichkeiten überschätzte, diese Absichten in die Tat umzusetzen.

Anmerkung zu Kapitel 5

1) Eine eingehende Analyse der Wendung in Stalins Politik findet sich in einem Artikel von Ruth Amende Rosa in «World Politics», New Haven, Conn., Juli 1949.

6

TITO UND STALIN

*Welche Lügen sie sagten, und schlimmer noch,
welch skandalöse Wahrheiten!*

Winston Churchill:
«*Great Contemporaries*», 1937.

Der bemerkenswerte Notenwechsel, der damit im März 1948 zwischen Moskau und Belgrad begann, wirft mehr Licht auf die inneren Verhältnisse des kommunistischen Systems als jede andere Quelle. Wenn es möglich gewesen wäre, ihn zu unterdrücken, hätte man ihn bestimmt nicht veröffentlicht. Aber als der Bruch am 28. Juni 1948 endgültig wurde, sah sich jeder Partner gezwungen, seinen Anteil an der Korrespondenz zugänglich zu machen, um seinen Standpunkt zu rechtfertigen und die Verantwortung für den kommunistischen Bruderkampf auf den anderen abzuschieben¹).

Von dem ersten Schuss an, vom 27. März, dem Tag der russischen Antwort auf Titos unschuldige Bitte um Aufklärung, war der Ton jeder Note aus Sowjetrußland kalt und beleidigend. Dieser Brief liess Tito keinen Zweifel mehr, dass man ihn durch einen willfähigeren Führer zu ersetzen wünschte. Die anderen Mitglieder des kommunistischen jugoslawischen Parteikomitees (die Sowjetnoten waren an Tito und seine Kollegen zugleich adressiert) erkannten ebenfalls, dass ihre Tage gezählt seien, wenn sie sich nicht von Tito distanzieren. Zwei versuchten es zu tun. Andrija Hebrang und Sretan Zujovic wurden später als überzeugte «Fraktionisten» gebrandmarkt. Man erhob gegen sie den Vorwurf, den sozialistischen Plan sabotiert und Klatsch und Verleumdung nach Moskau berichtet zu haben. Man stiess sie aus dem Zentralkomitee aus und

warf sie ins Gefängnis²). Alle anderen Mitglieder des Zentralkomitees und die massgeblichen Mitglieder von Partei und Regierung hielten zu Tito. Die sowjetische Anklageliste führt einige von ihnen mit Namen an. Die übrigen teilten entweder Titos Ansichten, hielten ihm persönlich die Treue oder taten beides.

Obgleich die erste Aussendung Moskaus sich hauptsächlich mit den Einzelheiten im Verhalten der kommunistischen Führer befasste, enthielt sie doch eine oder zwei Bemerkungen über ihre allgemeine Einstellung und die ihr zugrunde liegenden Theorien. Ein Abschnitt behandelte ausführlich die weitere Entwicklung. Trotzki, so hiess es, hatte anfangs die bolschewistische Partei kritisiert, weil sie «an den typischen Begrenzungen des engstirnigen Nationalismus der Grossmächte leide», obwohl er diese Einstellung natürlich «mit sozialistischen Phrasen von der Weltrevolution überdeckte». Trotzki selbst war es, der von der reinen Lehre abwich und schliesslich, als man ihn stellte, in das Lager der geschworenen Feinde der Sowjetunion und der CPSU hinüberwechselte. Der Schlusssatz zeigt, welche Richtung der Angriff der Russen einzuschlagen beabsichtigte. «Wir sind der Meinung, dass die politische Karriere Trotzkis sehr aufschlussreich ist.»

Im bolschewistischen Politbüro lachte man über Titos Worte, er sei über die Rückberufung der russischen Handelsmissionen und Instruktionsoffiziere «tief verletzt». Seinerzeit hatte er selbst um ihre Entsendung gebeten, später dann sie aber von seinen Leuten beleidigen lassen und ihnen die Auskünfte verweigert. Man hatte von jugoslawischen Offizieren Aussprüche gehört wie: «Das Reglement der sowjetischen Armee sei kleinlich, schematisch und für die jugoslawische Armee unbrauchbar.» Oder: «Man sehe nicht ein, warum man die russischen Ratgeber bezahlen solle, obgleich sie keinen Vorteil bringen.» Einer von Titos engsten Freunden, Milovan Djilas, ging noch weiter. Er machte die «beleidigende Feststellung», dass «die Sowjetoffiziere vom moralischen Standpunkt aus den englischen unterlegen seien». «Dieser schlechte Marxist» schien

keine Ahnung zu haben «von dem grundlegenden Unterschied zwischen der sozialistischen Sowjetarmee, die die Völker Europas befreit hat, und der bürgerlichen englischen Armee, die im Gegensatz dazu die Völker der Erde unterdrückt». Die Antwortnote führte weiter aus, dass die zivilen Missionen zurückgezogen worden seien, weil einer jugoslawischen Verlautbarung zufolge «den staatlichen Organen verboten worden sei, wirtschaftliche Informationen, sei es an wen immer», ohne Genehmigung «des staatlichen Sicherheitsdienstes auszugeben». Das ging zu weit, denn es bedeutete, dass «der jugoslawische Sicherheitsdienst die Vertreter der Sowjetunion kontrolliere und überwache». Ausserdem liefen «unter den führenden Genossen Jugoslawiens» antisowjetische Gerüchte um, etwa «die CPSU sei degeneriert», «in der UdSSR herrsche ein zügelloser Grossmachtchauvinismus», «die UdSSR versuche Jugoslawien wirtschaftlich unter ihre Knute zu bekommen», und «die Kominform sei das Instrument der CPSU, die Parteien der anderen Länder zu überwachen». Man billige jeder kommunistischen Partei das Recht der Kritik zu; in Jugoslawien jedoch hätte die Kritik die Form von «Verleumdungen» angenommen.

Mit der Ausbreitung und Vertiefung des Konflikts liess sich sein historischer Hintergrund besser übersehen. Im Jahre 1945 hatte sich der erste Zwischenfall ereignet, über den Moskau Klage führte. Wie schon dargelegt, gab es sogar noch früher Dinge, die Titos Vertrauen zu Stalin beeinträchtigen konnten, aber wir haben keinen Grund, anzunehmen, dass seine kommunistische Parteitreu dadurch einen Stoss erhielt. Wenn hierzu ein Ansatz vorhanden war, so wurde er vermutlich durch seinen Besuch in Moskau, im Frühjahr 1945, beseitigt. Der Vertrag, der damals unterzeichnet wurde, versprach Jugoslawien auf die Dauer von zwanzig Jahren die Freundschaft und die Hilfe der Sowjets. Tito bildete gerade seine Pseudo-«übergangs»regierung mit Subacic. Er muss über die Erfolge dieses Schrittes mit Stalin und Molotow gesprochen und sicherlich auch die Zusage der Sowjetunion erhalten haben, ihn gegen die unvermeidbare Reaktion des Westens zu schützen, die er-

folgen musste, sobald man dort erkannte, wohin der Kurswechsel führen sollte. Stalin war gewiss mit der Ausschreibung von Wahlen zu einem Zeitpunkt einverstanden gewesen, der Tito sicher genug erschien, um die Farce einer «Demokratie westlicher Prägung» in Jugoslawien zu beenden. Aber er konnte für die Balkanprobleme nicht viel Zeit aufwenden. Der Krieg im Fernen Osten dauerte weiter an, die Zukunft Deutschlands war noch immer Gegenstand von Konferenzen und seine weltweiten strategischen Pläne beschäftigten ihn sicher mehr als alles andere. Wenn Tito damals Anzeichen von Starmanieren zeigte, so meinte Stalin wohl, er werde sie ihm zur gegebenen Zeit schon austreiben.

Eine Anekdote, die der damalige Staatssekretär Stettinius erzählt, zeigt jedenfalls, dass Stalin schon 1945 vermutete, Tito könnte einmal Schwierigkeiten machen. Bei der Konferenz von Jalta, einige Monate vor Titos Besuch in Moskau, sagte Premierminister Churchill, «zwei Worte» von Marschall Stalin würden genügen, um bei Tito eine beabsichtigte Verbesserung des Tito-Subacic-Abkommens durchzusetzen. Stettinius schreibt: «Stalin erwiderte, Tito sei ein stolzer Mann, und da er jetzt ein populärer Volksführer geworden sei, wäre es möglich, dass er den Ratschlag zurückweise. Der Premier antwortete, das könnte Stalin seiner Ansicht nach riskieren. Dieser bemerkte, er fürchte sich nicht, Tito einen Rat zu geben³⁾.» Diese Äußerung ist ein wenig spitz, selbst wenn Stalin damals gerade nichts gegen Tito einzuwenden hatte. Aber sicher kam es ihm nicht in den Sinn, dass der Schuljunge, so keck und vorlaut er sich auch zuweilen aufführte, jemals die Lehren seines Herrn und Meisters ablehnen, womöglich sich sogar zum Schulmeister aufspielen könnte.

Etwas Derartiges scheint jedoch im Verlauf einer Rede, die Tito bald nach seiner Rückkehr aus Moskau, im Mai 1945, hielt, vorgekommen zu sein. Es ist das erste Mal, dass wir sicher wissen, dass er Stalins Zorn auf sich gezogen habe.

Eines von Titos ersten Zielen nach dem Krieg war die Eingliederung von Triest mit einer teilweise slowenisch be-

siedelten Umgebung. Bei einer Rede in Laibach, der slowenischen Hauptstadt, äusserte er:

«Es heisst, dass dieser Krieg gerecht sei, und wir schliessen uns dieser Meinung an. Aber wir wollen auch ein gerechtes Ende dieses Krieges haben. Wir verlangen, dass jeder im eigenen Haus der Herr sein soll. Wir wollen nicht die Schulden anderer Leute bezahlen. Wir wollen im internationalen Kuhhandel nicht als Bestechungsobjekt dienen. Wir wollen nicht in eine Politik der Einflussphären hineingezogen werden.»

Stalins Reaktion auf die Feststellung, dass Jugoslawien seine eigenen Ziele verfolge und sie nicht zum Vorteil der Sowjetunion aufgeben wolle, war sehr heftig. Zunächst entstanden durch Titos Aussprüche Schwierigkeiten in Italien, denn Togliatti, der Führer der italienischen Kommunisten, wusste, dass er sehr viele Anhänger verlieren müsste, wenn er Italiens Anspruch auf Triest aufgäbe. Deshalb war Stalin natürlich dagegen, diese Angelegenheit weiter zu verfolgen. Zweitens gewann Stalin den Eindruck, Tito wolle ihn in aller Öffentlichkeit warnen, um nicht zu sagen, erpressen. Er teilte dem russischen Gesandten in Belgrad mit, solche Sachen «könnten nicht geduldet werden». Er war besonders über Titos Art aufgebracht, die Politik der UdSSR mit jener der imperialistischen Staaten in einen Topf zu werfen. Am 5. Juni übergab der sowjetische Gesandte dem jugoslawischen Aussenministerium die formelle Warnung: «Sagen Sie dem Genossen Tito, wenn er sich einen derartigen Ausfall gegen die Sowjetunion noch einmal erlaubt, dann sind wir zur kritischen Stellungnahme in der Presse und zu offener Distanzierung von ihm gezwungen.»

Die erste Drohung mit einer Exkommunikation!

Tito fiel aus allen Wolken. In einem Gespräch im Frühling 1950 versicherte er mir, seine Warnung sei lediglich an die Adresse der Westmächte gerichtet gewesen. Er fand jedoch die Reaktion der Sowjetunion sehr aufschlussreich. Daraus liess sich entnehmen, dass Stalin ein schlechtes Gewissen habe und im

Fall Triest ein doppeltes Spiel treibe. Sie weckte Zweifel in ihm, wie die Russen sich bei anderen noch auszutragenden Auseinandersetzungen zwischen Jugoslawien und seinen Nachbarn verhalten würden. Da war einmal die mazedonische Frage, immer schon ein Zankapfel zwischen Jugoslawien und Bulgarien, und dann die Kärntner-Frage, nämlich die der Grenzbezirke Österreichs mit teilweiser slowenischer Bevölkerung.

Die Laibacher Rede stellt einen deutlichen Wendepunkt in der Beziehung beider Männer dar. Stalin war von seinem Untergebenen mit Ungehorsam, ja mit Drohungen begegnet worden. Das war nach den Worten des russischen Gesandten «unerträglich». Tito erkannte, dass die nationalen Interessen Jugoslawiens von jenen der Russen erheblich ab weichen könnten, und dass Stalin in einem solchen Fall zu keinerlei Kompromissen bereit sei.

Unmittelbar darauf ereignete sich der peinliche Zwischenfall mit Djilas. Selbst wenn dieser an der oben zitierten Äusserung unschuldig sein sollte, hätte man doch ähnliche Aussprüche von vielen Partisanen hören können, – Klagen über die hohen Bezüge der russischen Missionen und Gerede über gewisse Beobachtungen bei der Roten Armee, als Tolbuchins Truppen in Belgrad wie in einer feindlichen Hochburg einmarschierten. Tito war mündlich und schriftlich bemüht, die Affäre Djilas aus der Welt zu schaffen. Stalin zeigte sich schliesslich versöhnlich, die Tatsache aber, dass er im Jahre 1948 die Angelegenheit wieder ausgrub, offenbart, dass er sie nicht vergessen konnte. Auch die Art, in der er sie aufgriff, liess tief blicken. In der Sowjetnote heisst es, «die grosse Masse der jugoslawischen Parteimitglieder würde zweifelsohne von dieser feindseligen antisowjetischen Kritik abrücken, wenn sie davon wüsste». Das ist über den Kopf Titos hinweg eine eindeutige Drohung an die Partei.

Tito erwähnte im Jahre 1950 mir gegenüber noch zwei andere Vorkommnisse aus jener Zeit, die zwar in der Kominformchronik nicht aufscheinen, jedoch in unsere Untersuchung passen. Das eine ergab sich im Zusammenhang mit den Friedensverhandlungen zwischen den Alliierten mit Italien und

den kleineren Achsenstaaten. Jugoslawiens Interessen wurden dabei direkt betroffen und es erwartete, dass seine Vertreter zu den Vorbereitungen der alliierten Aussenminister zugelassen würden. Sowjetrussland kam mit den Westmächten jedoch überein, dass die kleineren alliierten Staaten nicht eingeladen werden sollten. Jugoslawien konnte also an den entscheidenden Verhandlungen nicht teilnehmen und wurde auf der am 29. Juli in Paris eröffneten Konferenz nur wegen einiger Einzelheiten angehört.

Das zweite Vorkommnis scheint Titos Verdacht, dass er sich auf Stalins Wohlwollen nicht verlassen könne, besonders verstärkt zu haben. Die Partisaneneinheiten, die Teile von Steiermark und Kärnten besetzt hatten, erhielten ohne vorherige Verständigung von den russischen Militärbehörden den Befehl, sich hinter die Vorkriegsgrenzen von Jugoslawien zurückzuziehen. Daraus konnte man schliessen, dass Stalin Jugoslawiens Ansprüche auf diese Gebiete nicht mit besonderem Nachdruck vertreten werde. Noch unangenehmer fiel die Form auf, in der sich die Angelegenheit abspielte. Moskau übergab nämlich nicht ein begründetes Ansuchen um Abzug, sondern erliess einen kurzen militärischen Befehl. Als solcher wurde er befolgt – und erweckte viel Bitterkeit.

Einen weiteren Stein des Anstosses stellte Titos früher erwähnte Rede vom 27. September 1947 dar. Seine Forderung nach einem mehr kämpferischen Programm des internationalen Kommunismus und seine Kritik an der Führerschaft der anderen kommunistischen Parteien, besonders an denen Frankreichs und Italiens, mag zwar den Leitern der neugegründeten Kominform gefallen haben, in Stalins Ohren jedoch klang sie wie eine Anmassung. Tito vertrat Prinzipien der Organisation und Aktion, die man zur Gänze fallen lassen wollte. Wirklich unverzeihlich jedoch war sein Anspruch, neben seiner lokalen Aufgabe noch eine internationale Rolle spielen zu wollen. Wahrscheinlich begann man sich damals im bolschewistischen Politbüro mit dem Gedanken zu beschäftigen, man müsse sich Titos auf irgendeine Weise entledigen.

Die gerade laufenden Verhandlungen zwischen Jugoslawien und Bulgarien zur Bildung eines südslawischen Staatenbundes machten einen solchen Entschluss noch wünschenswerter. Stalin hatte ursprünglich jenen Plan gebilligt, wenn er auch aus verschiedenen Gründen die Durchführung nicht gestattet hatte⁴). Als der bulgarische Ministerpräsident Dimitroff im Sommer 1947 Tito einen Besuch in Veldes machte, drohte das Projekt allzu ehrgeizige Formen anzunehmen. Vielleicht führte es sogar zu einem Bund aller kommunistischen Staaten Osteuropas! Ein solcher Zusammenschluss war für die Sowjetunion natürlich untragbar, weil sich damit ein gefährlicher Selbständigkeitswille und eine zu grosse Macht verbanden. Von Moskau aus rief man Dimitroff zur Ordnung und er musste in der «Iswestija» und «Prawda» widerrufen und sich entschuldigen. Tito glaubt, man habe ihn nicht «gebeten», dasselbe zu tun, weil man in Moskau genau wusste, dass er sich weigern würde. Ausserdem hatten die russischen Machthaber wahrscheinlich schon beschlossen, die unhaltbar gewordene Entwicklung in Jugoslawien mit energischen Mitteln abzustoppen.

Im Herbst 1947 erfuhr die Weltöffentlichkeit von der Bildung der Kominform als der Wiedergeburt der alten Komintern, unter Anpassung an die neuen internationalen Verhältnisse. Die Kommunistische Partei Jugoslawiens nahm daran natürlich teil und buchte die Tatsache mit Genugtuung, dass Belgrad zum Tagungsort gemacht wurde. Pijade und auch andere haben später darauf hingewiesen, der Kreml habe gerade diesen Zeitpunkt zur Gründung der Kominform gewählt, weil er damit ein Instrument zu schaffen hoffte, mit dem er Tito und einige andere Oberhäupter von Satellitenstaaten zur Vernunft bringen könnte. Sicherlich war es vorteilhaft, autoritäre Massnahmen mit dem Schein einer zwischenstaatlichen Zusammenarbeit tarnen zu können. Vielleicht hatte Moskau auch nach Kodifizierung des Kominformplanes erkannt, dass sich bei einer Verlegung des Hauptquartiers nach Belgrad und einer Konzentrierung der kommunistischen Grössen in der jugoslawischen Hauptstadt die dortige Kommunistische Partei

leichter in Schach halten liess, während man die Clique um Tito säuberte.

Noch etwas, um unsere Zeittafel abzuschliessen. Zu Beginn des Jahres 1948 hatte man in ganz Europa das Gefühl, die Kälte zwischen Ost und West könnte im Verlauf des Sommers zum Feuerbrand werden. Es folgten die russischen Massnahmen gegen Berlin, die mit einem Fiasko endeten. Am 24. Juli begann die Blockade. Amerika und England antworteten mit Errichtung der Luftbrücke. Ihr ausserordentlicher Erfolg bedeutete das Ende von Russlands Hoffnung, die Westmächte könnten so sehr an Gesicht verlieren, dass sie in der Folge auch offenen Aggressionen untätig zusehen würden. Bevor es noch so weit kam, suchten die Russen die Frage zu klären, ob die sowjetische Armee und die Truppen der Satellitenstaaten von Ungarn und Rumänien aus freien Durchzug über Jugoslawien nach Triest und von dort in die norditalienische Ebene und nach Südfrankreich zugestanden bekämen. Dabei sollte der jugoslawischen Armee eine bedeutsame Rolle zugewiesen werden. Die Flanke der Alliierten in Mittel- und Westeuropa sollte während des Durchbruchs der russischen Hauptmacht durch Deutschland zum Kanal umgangen werden. Tito gab sich nicht damit zufrieden, lediglich Hilfstruppen für den westlich gerichteten Vormarsch der russischen Divisionen zu stellen. Wie schon geschildert, wünschte er die Ausbildung seiner Hauptstreitkräfte in der gewohnten Guerillataktik, so dass sie während des ganzen Krieges unter seiner Führung im eigenen Land kämpfen konnten. Moskau mochte behaupten, was es wollte, er wusste genau, dass ein neuer Krieg sehr lange dauern musste. Titos Widerstand gegen den russischen Oberbefehl war ein weiterer Grund, seine unverzügliche Ablösung in die Wege zu leiten⁵).

Der jugoslawisch-russische Notenwechsel enthüllt ferner die wirtschaftlichen Schwierigkeiten zwischen den beiden Ländern, ohne sie aber so stark herauszustellen, wie es den Tatsachen entsprechend möglich gewesen wäre. Die Jugoslawen beklagen sich in ihrem Schreiben vom 13. April, dass eine Handelsdelegation gerade im Begriff gewesen sei, nach Moskau

zu reisen, als die Nachricht kam, im Verlauf des Jahres 1948 würden keine weiteren Verträge über einen Warenaustausch abgeschlossen werden, und man könnte derartige Verhandlungen erst gegen Ende des Jahres wieder aufnehmen. Das war ein Schlag gegen Tito. Die UNRRA-Lieferungen waren aufgebraucht, der Import zurückgegangen. Die daraus folgenden Stockungen bei der Durchführung des Fünfjahresplanes wurden von ausländischen Beobachtern bereits Ende 1947 festgestellt. Im Februar schickte Tito den stellvertretenden Ministerpräsidenten Kardelj nach Moskau und hoffte, er würde die dringend benötigten Maschinen erhalten. Man speiste ihn jedoch mit Ausreden ab und schickte ihn schliesslich Anfang März mit leeren Händen wieder heim. In Jugoslawien klagte man ferner darüber, dass die Bolschewisten während Kardeljs Aufenthalt in Moskau den anderen Kominformmitgliedern ihre Anklagen gegen die jugoslawische Partei bekanntgaben, ihm gegenüber jedoch kein Wort darüber erwähnten.

Die Weigerung der Sowjets, Tito bei der Durchführung des Fünfjahresplanes zu unterstützen, sollte demonstrieren, dass man die wirtschaftliche Peitsche für politische Zwecke zu verwenden gedachte. Man gebrauchte sie aber auch zur Durchdrückung finanzieller Vorteile. Russland übte auf Jugoslawien einen Druck aus, indem es diktatorisch entschied, welche Waren es kaufen wollte und welche Jugoslawien von Russland und den anderen Volksdemokratien einführen dürfe. Auf diese Weise hielt es den Aufbau der nationalen Wirtschaft unter Kontrolle. Es bestimmte auch eigenmächtig die Preise der jugoslawischen Waren und der russischen Einfuhrobjekte.

Aufsehenerregende Einzelheiten über dieses Vorgehen wurden im Wirtschafts- und Finanzausschuss der UN-Generalversammlung vom Herbst 1949 bekanntgegeben. Anscheinend bildeten sich gleichzeitig zwei in Verbindung stehende jugoslawisch-sowjetische Gesellschaften, «Juspad» und «Justa», die einen jugoslawischen Transport zur See und in der Luft ins Leben rufen und durchführen sollten. Beide Regierungen hätten zu gleichen Teilen das Kapital beizusteuern und sich an der

Durchführung zu beteiligen. Bei den Besprechungen in Lake Success erklärte der jugoslawische Beauftragte, Dr. Josef Vilfan, dass im Jahr 1948 der russische Partner nur 9,38%, der jugoslawische Partner aber 76,25% seines Anteils gezahlt habe. Der russische Delegierte, A. A. Arutiunian, antwortete wütend, das sei «Verleumdung». Die sowjetische Regierung sei verhindert gewesen, ihren Verpflichtungen voll nachzukommen, weil die Jugoslawen sich weigerten, Investitionsgüter auf die Zahlungen zu verrechnen, oder die Errichtung gewisser bedeutender Fabrikanlagen zu bewilligen⁶). Die Sowjetregierung behauptete, im Fall «Justa» 41,2% ihres Anteils gezahlt zu haben, während Jugoslawien nur 5,9% entrichtet habe. Jugoslawien wendete ein, dass Russland zu diesem Resultat käme, weil es die Transportkosten russischer, an Jugoslawien verkaufter und umgekehrt aus Jugoslawien nach Russland exportierter Waren mit einbeziehe. Ferner wurde erklärt, dass der geschäftsführende Direktor ein Günstling Russlands sei, der seine jugoslawischen Kollegen ausschalte und die Rechnungen so abfasse, dass Jugoslawien für seine Frachten um 52% mehr bezahle als die Sowjetunion und um 30% mehr als andere Staaten. Dies erwähnte Tito mir gegenüber. Sein Zorn beruhte weniger auf der finanziellen Übervorteilung als auf der Tatsache, dass die Vereinbarungen über den Luftverkehr so starke Unterschiede zwischen den beiden Ländern machten. Sowjetische Flugzeuge durften nach Belieben in Jugoslawien einfliegen, während den jugoslawischen das Überfliegen der russischen Grenzen verboten war. Der Widerstand Russlands gegen die Zubilligung gleicher Privilegien im Flugverkehr war von beleidigendem Misstrauen gegenüber den jugoslawischen Piloten.

Eine andere russische Handelstransaktion mit Jugoslawien, ein propagandistisch gross herausgestelltes «Geschenk» von 500.000 Tonnen Weizen unmittelbar nach Beendigung des Krieges, gab den Anlass zu einer Flut unhöflicher Anspielungen von Seiten Belgrads. Man sagte mir, man habe in Wirklichkeit nur 50.000 Tonnen erhalten, und diese wären seinerzeit in Jugoslawien von den Faschisten gestohlen, dann von der Roten

Armee beschlagnahmt und somit nur den rechtmässigen Besitzern wieder zugestellt worden. Es hiess allgemein, die Russen hätten dies auch zunächst offen zugegeben, dann aber vorgeschlagen, den Weizen im Interesse der jugoslawisch-russischen Freundschaft als Geschenk hinzustellen, und wenn man dann schon dabei sei, könne man die Menge auch gleich mit zehn multiplizieren. Das mag wahr sein oder nicht, es zeigt in jedem Fall, welche Meinung man heute von der russischen Mildtätigkeit in Jugoslawien hat.

Nicht einmal die erste grosse Warenladung, die Sowjetrussland versprochen hatte, traf ein, und dabei war sie schon im voraus bezahlt oder sollte durch jugoslawische Waren, die bereits unterwegs waren, kompensiert werden. Die Lieferungen von Kriegsmaterial für die jugoslawische Wehrmacht kamen wohl an, enthielten jedoch bezeichnenderweise keine Ersatzteile. Dadurch blieben die jugoslawischen Einheiten von der Sowjetarmee abhängig, eine Tatsache, die heute eine ernste Schwächung der militärischen Schlagkraft Jugoslawiens bedeutet. Es wurde auch festgestellt, dass den Lieferungen keine spezifizierenden Anweisungen beigelegt waren⁷). Inzwischen wurden in jugoslawischen Bergwerken Kupfer, Manganerze, Blei und verschiedene Minerale gefördert und in die Fabriken Russlands und der Satellitenstaaten gesandt. «Tausend Waggonladungen jugoslawischer Eisenerze haben wir in die Tschechoslowakei geschickt», klagte mir ein jugoslawischer Beamter in Belgrad. «Und was glauben Sie, erhielten wir dafür? Die versprochenen Maschinen, dass wir unsere eigenen Werke zur Produktion von Lastkraftwagen aufbauen konnten? Oh nein, wir bekamen einen Waggon voll Lastwagen.» Hinter diesen Enttäuschungen lauerte der Hauptgrund zur Klage, die ich schon erwähnt habe. Es schien den Jugoslawen höchst ungerecht, dass die Sowjetunion ihrem Handel mit Jugoslawien (und natürlich ebenso ihrem Handel mit den anderen Volksdemokratien) die Welthandelspreise zugrunde legte, die nach marxistischer Ansicht durch die Monopole in den hochentwickelten Ländern diktiert werden. Wenn man diese Preise dem Handel zwischen

einem sozialisierten Staat mit hoher Arbeitsproduktivität, wie Russland, und einem Staat mit geringer Arbeitsproduktivität, wie Jugoslawien, zugrunde legt, dann ergeben sich ungleiche Wettbewerbsbedingungen. Jene Staaten können diese zwingen, ihren Export auf gewisse, sehr hochwertige Produkte zu beschränken und kontrollieren auf diese Weise die Volkswirtschaft der betroffenen Länder, wie es hier auch tatsächlich der Fall war. «Borba», die kommunistische Zeitung in Belgrad, gibt in ihrer Nummer vom 31. März 1949 ein Beispiel dafür. Molybdän, ein wichtiger Faktor in der Stahlerzeugung, kostet Jugoslawien in der Produktion 500.000 Dinar pro Tonne. Sowjetrußland erwarb sich das Ausfuhrmonopol und zahlte Weltmarktpreise. Das bedeutet laut «Borba» für die jugoslawische Regierung einen Verlust von 455.000 Dinar je gelieferter Tonne.

Unter diesen Umständen sahen die jugoslawischen Kommunisten wenig Unterschied in der Wirtschaftspolitik der Sowjetunion und jener der kapitalistischen und imperialistischen Länder, über die sie zu klagen pflegten, bevor sie «Sozialismus und Freiheit» gewannen. Sie nannten solche Methoden in beiden Fällen: Ausbeutung.

Anmerkungen zu Kapitel 6

1) Übersetzungen von neun Noten und Dokumenten finden sich in einer Schrift «The Soviet-Yugoslav Dispute», herausgegeben vom Royal Institute of International Affairs, London 1948. Vor dem 18. März gab es einige vorbereitende Briefe von beiden Seiten, die nicht in die Veröffentlichung aufgenommen wurden. Und eine jugoslawische Note vom 20. Mai wurde aus bestimmten Gründen ebenfalls zurückgehalten.

2) Das Urteil im Hebrang-Zujovic-Prozess, datiert vom 8. Mai 1948, ist im «Statement of the Central Committee of the Communist Party of Yugoslavia» enthalten. Belgrad, «Jugoslovenska Knjiga», 1948.

3) Stettinius, a. a. O., pag. 217.

4) Siehe Kap. XVII.

5) Es handelte sich auch um Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Persönlichkeiten. General Arso Jovanovic, ein hervorragender Partisanenführer und Titos Generalstabschef im Krieg, ging nach Kriegsende nach Moskau zu einem Kurs an der sowjetischen Militärakademie und kam, bekehrt zur Sowjetstrategie, nach Belgrad zurück. Infolgedessen betraute man ihn nicht mit dem führenden militärischen Posten, den er sich erwartete. Nach dem Bruch mit der Kominform versuchte Jovanovic nach Rumänien zu fliehen und wurde von Grenzposten erschossen. Vermutlich beabsichtigte er, in Bukarest, dem neuen Sitz der Kominform, eine jugoslawische Exilregierung zu errichten.

6) Vorläufiger zusammenfassender Bericht des Wirtschafts- und Finanzausschusses der UN-Generalversammlung, A/C. 2/SR, 93 und 94.

7) Generalleutnant Otmar Kreacic, Chef des politischen Departements der jugoslawischen Armee, hat festgestellt, dass die nach dem Krieg aus Russland bezogenen Artilleriewaffen nicht, wie behauptet, neu seien, sondern «alte, frisch angestrichene Ausrüstung», und dass die Munition «sich als unbrauchbar erwies und zumeist weggeworfen werden musste». («The New York Herald Tribune» und «The New York Times», 22. Dezember 1949.)

7

KETZEREI

Die Welt ist voller Söldnerseelen, die sich jedoch verschiedenen Armeen verpflichtet haben. Niemand kämpft für die Freiheit, sondern darum, das eigene Söldnertum über die ganze Welt zu verbreiten.

George Santayana: «Der letzte Puritaner.»

Die scharfen Angriffe und Gegenangriffe, die mit einzelnen Handlungen, Reden und Gesprächen zusammenhingen, waren nichts gegen die Erbitterung in den grossen Schlachten, die auf ideologischem Boden ausgetragen wurden. Der Kreml unterstützte mit allem Nachdruck und seinem Unfehlbarkeitsanspruch bezüglich kommunistischer Weltanschauungen und prinzipieller Fragen die Anklagen, die in der bolschewistischen Note vom 27. März gegen Titos Unabhängigkeitsbestrebungen (Insubordination) und seinen Nationalismus (Chauvinismus) erhoben wurden. Aus dem Konglomerat beleidigender Ausdrücke und deutlicher Hinweise auf das Schicksal früherer Gegner und Verräter, angefangen von den Menschewiken und Trotzki bis zu Bucharin und anderen Abtrünnigen aus den dreissiger Jahren, schälte sich schliesslich das Thema heraus: Tito habe die jugoslawischen Kommunisten zu Irrtümern verleitet, welche nur durch seine Absetzung und durch die Einsetzung einer neuen, Stalin und der Sowjetunion ergebenden Führerschicht wiedergutmacht werden konnten.

Die erste ideologische Attacke richtete sich gegen den Mangel an «Demokratie» im jugoslawischen Zentralkomitee und die daraus erwachsenen verheerenden Schäden für den jugoslawischen Klassenkampf. Die Note beschuldigte das Zentralkomitee, es kenne keine «Kritik und Selbstkritik». Die marxi-

stischen Anschauungen verlangen, dass die Partei den Staatsapparat unter Kontrolle halte, in Jugoslawien sei jedoch das Gegenteil der Fall: Der Minister des Inneren kontrolliere die Partei, deshalb sei «die Initiative der breiten Parteimasse nicht stark genug». Die Mehrheit des Zentralkomitees sei nicht gewählt worden (wie es bei Abhaltung eines regulären Parteitages der Fall gewesen wäre), sondern man habe sie zusätzlich ernannt. «Eine derartige Organisation einer kommunistischen Partei entspricht in unseren Augen nicht dem Sinn des marxistisch-leninistischen Bolschewismus¹⁾.» Daher sei es nicht verwunderlich, dass der Klassenkampf ohne Stosskraft sei. «In der Stadt und auf dem Lande wächst das kapitalistische Element ständig.» Dann folgte der beleidigende Vergleich: «Die jugoslawische Partei hat sich von den verfälschten und opportunistischen Theorien eines Bernstein, Vollmar und Bucharin verleiten lassen. Diese haben die friedliche Aufsaugung der kapitalistischen Elemente durch ein sozialistisches System für möglich gehalten²⁾.» Die Note endete mit der Schlussfolgerung:

Den Lehren des marxistisch-leninistischen Bolschewismus zufolge ist die Partei die führende Macht im Staat. Sie hat ihr eigenes Programm und kann sich mit der Masse der Nichtparteimitglieder nicht vermischen. In Jugoslawien jedoch betrachtet man die Volksfront als die führende Macht, und es sind Bestrebungen im Gang, die Partei in der Front aufgehen zu lassen. Genosse Tito sagte in seiner Rede auf dem zweiten Kongress der Volksfront: «Hat die KPJ ein anderes Programm als die Volksfront? Nein, die KPJ hat kein anderes Programm. Das Programm der Volksfront ist auch ihr Programm ...»

Vor vierzig Jahren schlugen die russischen Menschewiken vor, die marxistische Partei in eine parteilose Massenorganisation der Arbeiter und Bauern überzuleiten, mit dem Ziel, jene ganz aufzusaugen. Bekanntlich hat Lenin die Menschewiken als schädliche Opportunisten und Totengräber der Partei gebrandmarkt.

Mit dieser deutlichen Sprache wollte man Tito und seinesgleichen, «die dieselben verfälschten und opportunistischen Ideen» vertraten, in Angst versetzen, damit sie das reife Stadium der «Selbstkritik» erreichten und sich entweder dem bolschewistischen Orakel beugten oder das Feld räumten, um würdigeren Männern Platz zu machen, die dem heiligen Feuer im orthodoxen stalinistischen Sinn dienten. Tito jedoch beugte sich nicht reuevoll und zeigte sich auch nicht ängstlich. Jetzt konnte der Vorhang auf gehen vor einer der grossen ideologischen Auseinandersetzungen, die die Kommunisten so sehr lieben, wenn sich ihnen ein wirklich grossartiger Vorwurf bietet, wie die Erledigung eines Gegners oder eine Schwenkung in der Parteilinie.

Vielleicht war Tito wirklich über den Ton und Inhalt der sowjetischen Anschuldigungen «höchst erstaunt», wie er in seiner Antwortnote vom 13. April schrieb. Jedenfalls wollte er zunächst Zeit gewinnen. Zu diesem Zweck schien es ihm am zweckmässigsten, so zu tun, als ob er der Meinung wäre, das russische Urteil gründe sich auf falsche Informationen oder auf solche aus zweiter Hand. Warum wurden die Quellen der Nachrichten nicht genannt, so dass man sie, wie es unter Freunden üblich ist, in aller Öffentlichkeit auf ihre Echtheit prüfen konnte? Der versteckten Drohung mit dem Zorn der Massen begegnete er mit dem Aphorismus: «Es ist unstatthaft, die Massen gegen ihre Führerschaft auf zu wiegeln.» Tito sah in diesem Zusammenhang eine Möglichkeit, den Russen einen Hieb zu versetzen. Er sagte, bei «vielen Sowjetrussen» bestände die Ansicht, die jugoslawischen Massen hegten eine spontane Sympathie für die Sowjets «auf Grund gewisser Überlieferungen, die auf die Zeit des Zarismus zurückgehen». Dies sei jedoch ein Irrtum, denn «die Liebe zu der UdSSR ist nicht von selbst entstanden», sondern sei ihnen «von den gegenwärtigen Führern des neuen Jugoslawien eingedrillt worden».

Die jugoslawische Antwortnote behandelte dann die Kritik an der jugoslawischen Parteiorganisation. Beruhte die «falsche Unterrichtung» der Bolschewiken auf Informationen des rus-

sichen Gesandten? War dies der Fall, dann wäre es besser, dieser kümmere sich mehr um Regierungs- als um Parteiangelegenheiten. Wenn das bolschewistische Zentralkomitee Auskünfte in Parteifragen wünschte, so solle es sich an das jugoslawische Zentralkomitee wenden. In jedem Fall gäbe es innerhalb der jugoslawischen Partei freie Kritik und Selbstkritik. Ein Parteitag werde vorbereitet³). Bezüglich der Bemerkung, dass der Klassenkampf zu lax geführt werde, wurde gesagt, dass «die ganze Welt wüsste, dass in keinem anderen Land so tiefgreifende, ständige soziale Umwälzungen» vor sich gegangen wären. In höchstem Masse befremdend sei die sovjetsche Kritik an der Volksfront, wenn man die Tatsache berücksichtige, dass diese sowohl in ihrer Organisation als auch in ihrer Aktivität bedeutend besser sei, als viele kommunistische Parteien. In einigen Ländern, beispielsweise in Bulgarien und Polen, habe die kommunistische Partei, nicht nur ihre Methoden, sondern sogar ihren Namen aufgegeben, indem sie sich mit anderen Parteien fusioniert habe, «und trotzdem wirft diesen Parteien niemand vor, sie gingen in der Masse des Volkes unter». Moskau sollte sich keine Sorgen darüber machen, dass die jugoslawische Partei in der Volksfront aufgehen könnte. Das Programm der Volksfront sei das der Partei, und «alle wichtigen Entscheidungen, angefangen mit denen der föderativen Regierung bis zu den Fragen über das soziale und staatliche Leben, sind entweder Beschlüsse der Partei oder auf Grund ihrer Initiative entstanden».

Tito schloss mit der deutlichen Feststellung, dass er diese Erklärungen nur abgebe, um «allen Zweifel und Unglauben an die kameradschaftliche und brüderliche Treue» der jugoslawischen Partei zu tilgen. Er schickte zwei bemerkenswerte Äusserungen voraus, von denen er annehmen musste, sie würden Stalins Unwillen hervorrufen. Damit gab er zu erkennen, dass er genau wusste, es ginge um Leben oder Tod und dass er bereits Stellung bezog. Eine der beiden Äusserungen befasste sich damit, wie wichtig es für die UdSSR in ihrem eigenen Interesse sei, Jugoslawien als Bundesgenossen gegen die kapitali-

stische Welt zu besitzen, die nicht nur Jugoslawien, sondern «die anderen Volksdemokratien und sogar die Entwicklung der UdSSR» in gleicher Weise bedrohe. Das Wort, Jugoslawien könne der mächtigen Sowjetunion im Kampf gegen die kapitalistische Aggression helfen, klang in den Ohren Stalins und Molotows gewiss wie eine monströse Anmassung⁴). Das muss auch bei Titos zweiter Bemerkung der Fall gewesen sein, dass viele Erfahrungen des in Jugoslawien in Gang befindlichen sozialen Experiments «für die revolutionäre Entwicklung anderer Länder von Vorteil sein kann. Manche davon haben schon Nachahmer gefunden». Tito schloss seine Ausführungen in fast herablassendem Ton:

Das heisst nicht, dass wir die Rolle der Kommunistischen Partei in der Sowjetunion und das soziale System der UdSSR gering achten. Im Gegenteil, wir studieren das System und machen es uns zum Vorbild, aber wir entwickeln in unserem Land eine etwas abgeänderte Form des Sozialismus. Wir ziehen die speziellen Bedingungen unseres Staates und die internationalen Verhältnisse nach dem Befreiungskrieg in Betracht, und wir versuchen, diesen entsprechend den Sozialismus so gut wie möglich zu verwirklichen. Das tun wir nicht, um zu zeigen, der von uns eingeschlagene Weg sei besser als jener der Sowjetunion, oder wir hätten etwas Neues erfunden, sondern weil unser tägliches Leben uns zwangsläufig dazu führt.

Die bolschewistische Partei brauchte mehr als zwei Wochen, um sich mit den anderen Mitgliedern der Kominform zu beraten und die Antwortnote zu formulieren, die dann das Datum vom 4. Mai trug. Sie brandmarkte Titos Schreiben als «masslos ehrgeizig», «kindisch» und «lächerlich». In der Hauptsache befasste sie sich summarisch mit jenen jugoslawischen Irrtümern, über die der Leser schon im Bilde ist, aber sie fügte einige interessante Bemerkungen hinzu.

Die Jugoslawen hatten beispielsweise gesagt, der russische

Gesandte möge sich auf seine eigentlichen Aufgaben beschränken. Der Kommentar Moskaus wirft helles Licht auf die wirklichen Aufgaben eines sowjetischen Gesandten in einem Satellitenstaat und auf die verschiedene Einstufung von Diplomaten aus kommunistischen und nichtkommunistischen Staaten seitens der Sowjetunion. Die sowjetische Note führt aus, es sei «unkorrekt und antisowjetisch», einen sowjetischen Gesandten, also einen «vollverantwortlichen Kommunisten, der die kommunistische Regierung der UdSSR vertrete», mit «einem gewöhnlichen Bourgeois-Gesandten, dem einfachen Beamten eines bürgerlichen Staates» zu verwechseln und gleichzustellen. Wie konnten Tito und Kardelj «so tief sinken?» Ihre Haltung käme wohl aus der Unfähigkeit, zwischen der Aussenpolitik von imperialistischen und nichtimperialistischen Staaten zu unterscheiden, und aus einer unangenehmen Tendenz, «die Aussenpolitik der UdSSR mit jener der Engländer und Amerikaner auf eine Stufe zu stellen». Die Jugoslawen sollten daran denken, dass sie sich «mit einem solchen Verhalten des Rechts begäben, von der Sowjetunion Materiallieferungen oder sonstige Hilfeleistungen zu verlangen, da die Sowjetunion nur ihre Freunde unterstützen kann».

Die mangelnde Bereitschaft der jugoslawischen Führer, ihre Irrtümer einzugestehen, fuhr Moskau fort, spräche von «zügelloser Anmassung». Auch andere Parteien hätten der Revolution Dienste geleistet, ihre Führer aber «benehmen sich bescheiden und prahlen nicht mit ihren Erfolgen», wie die Jugoslawen, die «allen mit ihrer endlosen Selbstbeweihräucherung die Ohren vollschreien». Die französische und die italienische Partei habe zwar weniger handgreifliche Erfolge aufzuweisen, das spräche aber nicht für eine besondere Tüchtigkeit Jugoslawiens. An dieser Stelle findet sich in der bolschewistischen Note ein Satz, der hochinteressant ist, und den später Pijade und andere in den Debatten immer wieder ins Licht rückten. Es heisst hier, dass der Erfolg der jugoslawischen Partei in Wirklichkeit der Roten Armee zu verdanken sei, die «dem jugoslawischen Volk zu Hilfe geeilt war, den Angreifer vernichtet,

Belgrad befreit und dadurch die Voraussetzungen geschaffen habe, die der Kommunistischen Partei in Jugoslawien ihre Erfolge erst ermöglicht habe». «Unglücklicherweise hatte die Sowjetarmee keine Möglichkeit gehabt, den Kommunisten in Italien und Frankreich ähnliche Dienste zu leisten. Wenn Tito und Kardelj sich dieser Tatsache erinnerten (so hiess es in der russischen Note weiter), würden sie «mehr Bescheidenheit und grösseren Anstand an den Tag legen».

In ihren Bemerkungen über die Rolle, die die Volksfront und die jugoslawische Kommunistische Partei spielte, verloren die Bolschewiken keine Zeit mit Erklärungen, warum sie selbst sich in den vergangenen Jahren des Instruments der Volksfront bedient hatten, oder warum sie sie jetzt fallen liessen. Titos Bereitwilligkeit, die Macht mit den nichtkommunistischen Gruppen zu teilen, stellten sie einfach als den alten menschewischen Fehler hin, in den er hatte verfallen müssen, weil er «sich fürchtete, die Partei und ihre Beschlüsse vor dem ganzen Volk offen anzuerkennen, damit das ganze Land wüsste, dass die Partei die eigentliche führende Rolle spiele». Damit verletzte Tito offensichtlich Lenins Dogma, dass die Partei die mächtigste Waffe in der Hand der arbeitenden Klasse und es die Aufgabe der Parteiführer sei, «diese Waffe in ständiger Bereitschaft zu halten». Er aber «stumpfte die Waffe ab, schwächerte die Rechte der Partei und schwächte so die Arbeiterklasse». Natürlich fand sich in der Note kein Wort darüber, dass die Sowjets die gleichen Methoden benutzt hatten, um die Völker Osteuropas ohne Gewaltanwendung dahin zu bringen, kommunistisch geführte Regierungen als Übergang zu einer kommunistischen Diktatur anzunehmen.

Die Ansicht, der Klassenkampf könne entsprechend den speziellen jugoslawischen Verhältnissen Fortschritte machen, wurde in der bolschewistischen Note als krasser Opportunismus gebrandmarkt. Titos Haltung in der Frage des Klassenkampfes auf dem Land beruhe nicht auf den marxistisch-leninistischen Lehren, denen zufolge der Klassenkampf sich in der Übergangs-

zeit von Kapitalismus zu Sozialismus verschärfe, sondern Tito lehne sich an die opportunistischen Irrlehren eines Bucharin und Konsorten an, die dekadente Theorien vom Aussterben des Klassenkampfes und von einer friedlichen Aufsaugung der kapitalistischen Elemente durch die sozialistische Gesellschaft lehren. In den Dörfern unterscheide Tito keine Klassen, sondern er betrachte die Bauernschaft als «ein organisches Ganzes». Der Note zufolge habe er das mit den Worten eingestanden: «Wir sagen den Bauern nicht, dass sie der stärkste Pfeiler unseres Staates sind, um ihre Stimmen zu fangen, sondern weil wir wissen, dass es sich tatsächlich so verhält, und weil wir wünschen, dass sie sich ihrer bedeutsamen Rolle bewusst werden.» (Borba, 2. November 1946.) Eine derartige Feststellung sei «den marxistisch-leninistischen Thesen völlig widersprechend», denn diese lehren, «nicht die Bauernschaft, sondern die Arbeiterklasse ist die fortschrittlichste und revolutionärste Klasse». Selbst wenn die kleinen und mittleren Bauern mit der Arbeiterschaft eine Gemeinschaft eingehen können, «stehe die Führung dieser Gemeinschaft in jedem Fall der Arbeiterschaft zu». Titos Haltung wurde von den Russen die eines «kleinlich-bourgeoisen Politikers» genannt.

Endlich sagte die Note aus Moskau, es sei nicht nötig, wie Tito vorschlug, eine Untersuchungskommission zu entsenden, die die Wahrheit an Ort und Stelle prüfen solle. Es gehe nicht darum, Tatsachen auf ihre Richtigkeit zu untersuchen. Zur Debatte stünden lediglich «Differenzen in den Grundanschauungen». Der massgebliche Ort für solche Auseinandersetzungen sei die Kominform. Was das zu bedeuten hatte, war Tito klar. Stalin mochte dort vorschlagen, was er wollte, man würde gehorsam und einmütig dafür stimmen –, und in diesem Fall würde Stalin den Antrag stellen, Tito den Prozess wegen Ketzerei zu machen und ihn so zu bestrafen, wie es bei Abtrünnigen vom Kommunismus üblich war. Im Fall Trotzki hiess die Bestrafung Verbannung und Mord durch eine Axt. Im Fall Bucharin und anderer Puristen der dreissiger Jahre war sie Widerruf und Tod durch Erschiessen gewesen.

Tito blieben nur zwei Möglichkeiten: abzudanken oder zu kämpfen. Er zog den Kampf vor. Am 17. Mai lehnte er es ab, die Angelegenheit vor die Kominform zu bringen. Er legte dar, dass die anderen neun Kominformmitglieder ihre Anweisungen aus Moskau bekommen und ihre Haltung in Parteibeschlüssen niedergelegt hätten, bevor die jugoslawische Partei überhaupt von den gegen sie erhobenen Anklagen unterrichtet worden war. Zugleich mit der Bekanntgabe seines Entschlusses betonte er, dass alles, was geschehen sei (und was offenbar noch bevorstand), seinen kommunistischen Glauben nicht mindern könne. «Wir werden mit aller Kraft den Sozialismus durchführen und der Sowjetunion die Treue halten. Wir werden der Doktrin von Marx, Engels, Lenin und Stalin auch weiterhin folgen.»

Solche gefühlsbetonte Feststellungen waren freilich nicht geeignet, Stalins Zorn zu besänftigen oder seinen Willen zu ändern. Die abschliessende bolschewistische Note vom 22. Mai besagt, dass das Zentralkomitee der jugoslawischen Partei «noch einen Schritt weiter gegangen» sei und seine «groben weltanschaulichen Fehler» noch stärker betont habe. War sich das Komitee «im Grund seiner Seele» bewusst, wie schwer seine Irrtümer seien, und versuchte es jetzt einfach, die Verantwortung von sich abzuwälzen, indem es das Vorhandensein der Fehler ableugnete? Oder bemerkte es wirklich nicht, wie weit es vom marxistischen Leninismus abwich? Aber das spielte, genau genommen, keine Rolle. In keinem Fall könnten «beschwichtigenden Worten» über die zukünftige Treue zu den marxistischen Lehren von Marx bis Stalin irgendein Gewicht beigemessen werden. Die Ablehnung Titos, den Fall vor die «brüderlichen kommunistischen Parteien» zu bringen, war ein stilles Eingeständnis der Schuld. Die jugoslawische Partei hatte «den Pfad eingeschlagen, der sie von den unter Führung der Sowjetunion vereinigten sozialistischen Völkern der Volksdemokratien wegführte». Und sie bereite sich zum «Verrat der vereinigten Front der Volksdemokratien und der UdSSR vor».

Dem Angeklagten blieb nichts anderes übrig, als offiziell bekanntzugeben, er weigere sich, vor den Schranken des

Gerichts zu erscheinen, um das schon vorher gefällte Urteil entgegenzunehmen. Dies geschah am 20. Juni in einer Darlegung an die Kominformkonferenz, die bereits in Bukarest zusammengetreten war. Das Zentralkomitee der jugoslawischen Partei fügte Grüsse an die «kommunistischen Bruderparteien» hinzu und erklärte, keine Meinungsverschiedenheiten seien imstande, es «von der Treue zur Politik der Solidarität» abzubringen. Am 28. Juni kam die Nachricht, die jugoslawische Partei sei aus der Kominform ausgestossen worden.

Die Anklagen, die die Kominform als Begründung für ihr Vorgehen wählte, liess die Linie erkennen, die die Propaganda in den kommenden Monaten nicht nur in Jugoslawien, sondern in allen Satellitenstaaten einzuschlagen gedachte. Es hiess, die kommunistische Partei sei in einem Land machtlos, in dem, wie in Jugoslawien, «hauptsächlich selbständige Bauern das Land bearbeiten, der Grund und Boden nicht verstaatlicht ist, wo Land verkauft und erhandelt werden kann, ein grosser Teil des Bodens in den Händen von Kulaken ist und Arbeitskraft gemietet werden kann». Mit ihrer Ansicht von der Bauernschaft als «der sichersten Grundlage des jugoslawischen Staates» seien die jugoslawischen Führer von den «marxistisch-leninistischen Ansichten abgewichen» und verträten in Nichtachtung von Lenins Dogma, dass das Proletariat «der Führer sein muss», die Anschauungen einer «populistischen Kulakenpartei». Die Jugoslawen stünden im Gegensatz zu Lenins Lehren, dass die Partei «die höchste aller Organisationen sei», die «wichtigste Waffe der Arbeiterklasse», welche niemals «in den Nichtpartei-massen aufgehen dürfe». Eine sektiererisch-bürokratische Einstellung der Partei schliesse das Risiko von «militärischen Methoden der Führerschaft» in sich, wie Trotzki sie seinerzeit vertreten habe. Eine nationale Linie musste «zu Jugoslawiens Entartung, zu einer gewöhnlichen bürgerlichen Republik, zum Verlust seiner Unabhängigkeit und zu seinem Herabsinken zu einer Kolonie der imperialistischen Staaten führen». Dann kamen die üblichen, schon bekannten Vorwürfe, manchmal mit neuen Worten verstärkt, meistens jedoch in der alten Formu-

lierung. Den Jugoslawen wurde vorgeworfen, nicht nur Kulaken, Menschewiken. und Trotzlisten zu sein, man nannte sie auch Prahlhalse, Hohlköpfe und Demagogen. Ihr Regime sei eine Schande, es sei byzantinisch und beruhe auf Terror. Wenn sie nicht direkt nach rechts abwichen, so machten sie grobe Fehler, indem sie zu spät versuchten, eine Politik der Linken einzuschlagen.

Damit war alles zu Titos Anathema vorbereitet. Man hatte sein Bild so aufgestellt, dass man es niederstossen, zertrümmern und in Vergessenheit sinken lassen konnte. Delegierte der Kominform, die gehofft hatten, man würde ihnen in den Grenzen der kommunistischen Parteidisziplin einen halbwegs selbständigen Kurs erlauben, stellten sich jetzt mit schwerem Herzen, ihr eigenes Schicksal vor Augen, gegen das Podest des falschen Gottes und stürzten ihn. Dies ist der Wortlaut der Entschliessung:

Das Informationsbüro stellt einstimmig fest, dass die Führer der Kommunistischen Partei Jugoslawiens durch ihre antiparteilichen und sowjetfeindlichen Ansichten, die mit dem marxistischen Leninismus unvereinbar sind, durch ihre ganze Haltung und durch ihre Weigerung, der Tagung des Informationsbüros beizuwohnen, sich zu den anderen dem Informationsbüro angehörigen kommunistischen Parteien in Gegensatz gestellt haben, dass sie von der vereinten sozialistischen Front zum Imperialismus abgeschwenkt sind, die internationale Solidarität der Arbeiterklassen verraten und eine nationalistische Haltung eingenommen haben.

Die Resolution schloss damit, dass die jugoslawische Partei sich selbst dazu verurteilt habe, «ausserhalb der Bruderfamilie der kommunistischen Parteien, ausserhalb der kommunistischen Front und ausserhalb der Vereinigung des Informationsbüros zu stehen».

Selbst wenn man eine solche kurze Zusammenfassung von Stalins Deutung des Falles liest, wie sie hier gegeben wurde,

muss man öfter innehalten, um sich die Bedeutung sowohl für Staaten mit kommunistischer Regierung als auch mit nicht-kommunistischer, die mit ihnen eine Verbindung aufrecht-erhalten wollen, zu vergegenwärtigen. Im Namen eines kommunistischen Landes schrieben Tito und Kardelj in ihrer Note vom 13. April an Moskau: «Gleichgültig, wie sehr uns allen das Land des Sozialismus, die UdSSR, am Herzen liegt, so können wir doch in keinem Fall unser eigenes Land weniger lieben.»

Das war die Grundhaltung, die Stalin angreifen musste, die er denn auch bekämpfte und die er seitdem verfolgte, wo immer er sie fand oder zu finden glaubte. Wenn er vielleicht der Liebe als solcher auch nicht viel Wert beimass, so lag ihm doch sehr viel an dem damit verbundenen Gehorsam. Wie wichtig ihm dieser Gehorsam war, ging deutlich aus dem Kominform-Journal vom 5. Dezember 1948, «Für einen immerwährenden Frieden, für die Volksdemokratie!» hervor, das nur fünf Monate nach Jugoslawiens Ausschluss aus der Organisation erschien.

Schon damals war soviel Fortschritt in der Erziehung der Kominformmitglieder zu ihren neuen Gehorsamspflichten gemacht worden, dass ihr Sprecher ohne Furcht vor einer Revolte sagen konnte: «Die Haltung der Sowjetunion gegenüber ist jetzt der Massstab für die Hingabe an die Sache des proletarischen Internationalismus.»

Diese Worte besagen allen kommunistischen Regierungen und allen Kommunisten, dass der proletarische Internationalismus, wie er vorher bestanden hatte, nicht mehr existierte. Diese Worte sind aber auch von grösster Wichtigkeit für die nichtkommunistischen Staaten, denn sie bedeuten, dass alle Abmachungen mit kommunistischen Regierungen, ausser mit der Sowjetunion selbst, unwirksam, dass die an sie gerichteten Noten mit falschen Adressen versehen sind, und Noten, die von dort kommen, eine falsche Unterschrift tragen. Schon allein die Behauptung, dies seien überhaupt Regierungen, ist eine Farce. Diese Entwicklung ist aber nicht aus Titos Nationalismus

entstanden, wie Stalin behauptet, sondern durch Stalins Weigerung zuzugeben, dass es für Kommunisten irgendein Nationalgefühl, ausser dem für Russland, geben könne. Die Verdrehung von Bucharins «Gesetz der Unmöglichkeit» war offiziell geworden.

Anmerkungen zu Kapitel 7

¹⁾ Der Parteitag der sowjetischen Partei der ganzen Union soll alle drei Jahre abgehalten werden, in Wirklichkeit aber hat seit 1939 keiner mehr stattgefunden. Das hat später Pijade zum Anlass genommen, um den Unterschied herauszustellen, den die Russen zwischen ihren Vorschriften für andere und ihren eigenen Praktiken machen. (Siehe Kap. IX.)

²⁾ Eduard Bernstein und Georg Vollmar waren Führer der Deutschen Sozialdemokratischen Partei.

³⁾ Dieser Parteitag, der fünfte in Jugoslawien, der in den vorausgegangenen Kapiteln dieses Buches bereits erwähnt wurde, fand im Juli statt.

8

NACHKLANG FRÜHERER KRIEGE

Der Sozialismus hat nicht nur zwei Arme und zwei Beine, um sich verständlich zu machen, zu gestikulieren und sich vorwärtszubewegen, er hat auch zwei Köpfe und zwei Herzen, die miteinander ständig im Streit liegen.
J. M. Keynes, *The Political Quarterly*, April/Juni 1942.

Nach und nach weitete sich der ideologische Kampf aus und nahm schärfere Formen an. Anfangs mag Stalin seine Drohungen ebensowenig ernst gemeint haben wie Tito seine Erwiderungen darauf. Beides war in der ersten Zeit nicht mehr als ein tönender Beitrag zu traditionellen kommunistischen Auseinandersetzungen. Während diese beiden Schwerttänzer Virtuosenstückchen aufführten, sollten die Schützen ganze Arbeit leisten. Als jedoch Tito die Auseinandersetzungen zum Prüfstein nicht nur für Stalins physische Kraft, sondern – wenn man diesen Ausdruck gebrauchen kann – für sein moralisches Recht machte, zwang er ihn, für einen langen Propagandakampf Stellung zu beziehen, der nötig war, um beide Partner gegen alle späteren Anfeindungen gefeit zu machen. Sobald Tito dies einsah, erkannte er, dass er durch seinen Entschluss zum Widerstand, den er ursprünglich vielleicht nur zur Wahrung persönlicher Interessen gefasst hatte, mehr Bedeutung besass als nur die, Stalin auf einem begrenzten Gebiet Schwierigkeiten zu bereiten. Sein Fall begann jetzt Bedeutung für die allgemeine Entwicklung des Kommunismus zu bekommen und vermochte unter Umständen sogar die Ansprüche des Kremls auf Unfehlbarkeit und Weltautorität ins Wanken zu bringen. Tito und seine Getreuen gingen sofort daran, neue Glaubenssätze zu entwickeln – sie nannten sie

allerdings den alten, wahren Glauben – und sie so abzufassen, dass sie Stalin möglichst viel Schaden bringen konnten. Geschickt und klug gingen sie ans Werk.

Das Ganze weist eine gewisse Ähnlichkeit mit den grossen Auseinandersetzungen auf, die zu Beginn der Bewegung das Lager der Bolschewiken spaltete. Wie einst gab es Unstimmigkeiten zwischen einer Gruppe internationaler Revolutionäre und einer anderen, die den Sozialismus zunächst nur im eigenen Land durchführen wollte. Nach allem, wie wir in einem vorangegangenen Kapitel Zdanow schildern mussten, scheint er jenen zuzuneigen, die eine internationale kommunistische Gemeinschaft schaffen wollten, wohl unter sowjetischer Führung, aber stärker von einem internationalen, revolutionären Geist, als von Untertanengefühl Stalin gegenüber beseelt. Andererseits schien Stalin, wenn wir ihn richtig verstehen, erst in seinem Lande eine sichere Grundlage aufbauen zu wollen, um erst von da aus die Revolution in die Welt zu tragen. Zu diesem Zweck sollten angrenzende Länder vom wirtschaftlichen, politischen und militärischen Sowjetsystem direkt auf gesaugt und ihre Reichtümer von Russland rücksichtslos ausgebeutet werden, um es von der Aussenwelt unabhängig und für sie unangreifbar zu machen. Sobald dies erreicht wäre oder wenn Russland auf seinem Wege dazu von den Massnahmen anderer Staaten bedroht werden sollte, trat der Augenblick der Entscheidung ein, – ob man einen Präventivkrieg wagen konnte oder aber fortfahren sollte, die nationale Basis bis zu einem bestimmten Zeitpunkt zu stärken, während man gleichzeitig vom Frieden und ruhigem Nebeneinanderleben sprach.

In vergangenen ideologischen Auseinandersetzungen innerhalb Russlands hatte Stalin verschiedenen anderen Programmpunkten gegenüber die gleiche Haltung eingenommen, die sich in seinem Konflikt mit Tito wieder zeigte. Auch in früherer Zeit hatte es Unstimmigkeiten über die Aufgabe der Privatinitiative und über das Verhältnis von Bauern- und Arbeiterschaft gegeben. Wegen dieser Frage erfolgte im Jahr 1927 die Trennung Stalins von Bucharin, mit dem er bis dahin durchaus

einer Meinung gewesen war. Im Jahr 1925 hatte Bucharin Stalins Partei in dessen Auseinandersetzung mit Trotzki über das Thema «Sozialismus erst in einem Land» ergriffen. Zum Dank dafür schien sich Stalin Bucharins Ansichten von dem Verhältnis zwischen Sozialismus und Privatinitiative anzuschliessen. Bucharin betonte, dass es zwischen beiden Faktoren eine harmonische Gemeinsamkeit geben könne, und hielt insbesondere einen blühenden Bauernstand zur Versorgung der Städte mit Nahrungsmitteln für wichtig. Im Gegensatz zu ihm stimmten Zinoviev und Kamenew für eine möglichst rasche Sozialisierung und beschleunigte Überführung von Privatgütern in die Kollektivbewirtschaftung. Stalin zeigte sich zunächst Bucharins Wünschen gegenüber duldsam. Im Dezember 1927 wurde jedoch Trotzki mit Aplomb aus der Partei ausgestossen und einen Monat später unter sicherem Geleit nach Alma Ata gebracht, um im Jahr 1929 ins Exil geschickt zu werden. Auch Zinoviev und Kamenew fielen dann bald in Ungnade und verloren jeden Einfluss. (Sie wurden später vor Gericht gestellt und erschossen.) Stalin bekam damit freie Hand und konnte sich jetzt gegen Bucharin wenden. Er verwarf dessen Politik der «Bündnisse mit der Bauernschaft», setzte mit aller Kraft den Hebel zur Kollektivisierung an und führte im ganzen Land tiefgreifende Veränderungen durch, in deren Folge es schliesslich zu der grossen Hungersnot der Jahre 1932 bis 1933 kam. Im Jahr 1929 führte Stalin öffentlich Anklage gegen Bucharin als den Führer der Rechtsopposition. Bucharin widerrief und überlebte körperlich seinen Sturz noch um neun Jahre. In dieser Zeit muss Stalin jedoch schon entschlossen gewesen sein, ihn vor das Liquidierungskommando zu stellen, das ihn schliesslich im Jahre 1938 hinrichtete¹).

Man könnte fragen, warum Stalin Tito, der die Kollektivisierung weiter als jeder andere kommunistische Führer Osteuropas vorgetrieben hatte, gerade in der Agrarfrage angriff. Wahrscheinlich ist der Grund darin zu finden, dass «Abweichung nach rechts» zum Stichwort geworden war, um eine Persönlichkeit in Ungnade fallen zu lassen. Fast alle kommunistischen

Führer, die in den letzten zwanzig Jahren dem Bolschewismus Schwierigkeiten bereitet hatten, bekamen diese Markierungstafel umgehängt. Man weiss in der ganzen kommunistischen Welt, dass in einem solchen Fall das Opfer auf alle Fälle schuldig gesprochen wird und seine Verurteilung von vornherein feststeht.

Stalin versuchte Titos unleugbaren Erfolg bei der Überführung der jugoslawischen Landwirtschaft in das Kollektiv durch die Behauptung herabzusetzen, dass man in Jugoslawien wohl nach den richtigen Grundsätzen, aber ohne entsprechende Vorbereitung vorgehe. Mit anderen Worten: er wurde zu einem Abtrünnigen nach links gestempelt. Da er nach falschen Methoden arbeitete, mussten auch seine Resultate schlechte sein, wenn auch oberflächliche Beurteilungen das Gegenteil zu beweisen schienen. Der Massstab, mit dem Stalin Titos Methoden prüfte, war der, den er im Jahre 1929 für Russland als gültig erklärt hatte, als er den Widerstand der Bauernschaft mit rücksichtsloser Deportation, mit Blutbädern und Aushungerung niederzwang.

Damals, als Stalin sich entschlossen hatte, die russische Bauernschaft bis zur Bewusstlosigkeit niederzuknüppeln, herrschte schon seit über zwölf Jahren die Revolution. In der Zwischenzeit hatte es genug Entschlusslosigkeit, Experimente und Kompromisse in der Agrarpolitik gegeben, woraus hervorging, dass die russischen Führer einen offenen und entschiedenen Angriff auf die Bauernschaft für ein ausserordentlich gefährliches und unsicheres Unternehmen ansahen, dem sie nach Möglichkeit aus dem Weg zu gehen suchten. Als nun Stalin im Jahre 1949 Tito den Befehl gab, in Jugoslawien die gleiche Politik einzuschlagen, hatte die jugoslawische Situation weniger Ähnlichkeit mit der russischen des Jahres 1928 als vielmehr mit jener der ersten Jahre nach dem Bürgerkrieg und besonders mit der in den Jahren 1921 und 1922, als Lenin seine Zuflucht zur NEP nahm und sich gegen die selbständigen Bauern sehr nachgiebig zeigte. Mit anderen Worten: Stalin tadelte Tito, weil er im Jahre 1948 nicht durchführen wollte, was die Bolsche-

wisten in einer vergleichsweise ähnlichen Situation der russischen Revolution auch nicht zu tun gewagt hatten.

Aber mehr noch, die ganze Lage war in beiden Ländern gänzlich verschieden. Der russische Koloss war imstande gewesen, die ungeheuren Menschenverluste von 1929 und 1930 zu überwinden. Sogar die unsäglichen Leiden der Jahre 1932 und 1933 waren vergessen worden. In Jugoslawien jedoch waren Grund und Boden knapp und Arbeitskräfte nicht unbegrenzt vorhanden. Selbst wenn Tito gewillt gewesen wäre, sich Stalins Wünschen verhältnismässig weit zu fügen, hätte ihn die Tatsache gehindert, dass sein Volk einen gleichen Aderlass nicht hätte überstehen können. Die jugoslawischen Bauern sind wohl nach westlichen Begriffen primitiv, den russischen Muschiks aber an politischer Reife und Bildung weit überlegen. Seit dem Ende der türkischen Herrschaft waren die meisten serbischen Bauern ihre eigenen Grundherren, entweder persönlich oder nach dem Zadruga-System familienweise. Durch Gesetze waren sie dagegen geschützt, Häuser, totes Inventar und ein gewisses Minimum an Land oder Vieh zu verlieren, wenn sie in Schulden gerieten. Viele kroatische Bauern, die vor dem Weltkrieg kein Land besessen hatten, kamen auf Grund von Reformen, die dem ersten Krieg folgten, zu Besitz. Diese Grundeigentümer waren gewohnt, von dem politischen System als Stütze angesehen zu werden. Die Entwicklung war noch nicht so weit gediehen, dass man sie ohne Weiteres ausschalten konnte.

In jedem Fall aber wünschte Tito selbst zu bestimmen, wie weit er gehen wollte. Er hatte keine Lust, sich zu binden, wie weit er sich auf dem eingeschlagenen Weg vorwagen konnte, wenn er nach und nach seine Massnahmen strenger durchführte. Vielleicht kam die völlige Erfüllung von Moskaus Wünschen später, vielleicht kam sie überhaupt nie. Tito wusste genau, dass man Bauern nicht mit einem Gesetz in eine Knechtschaft zwingen konnte, die weder sie noch ihre Väter gekannt hatten. Damit musste man unerträglichen Aufruhr mit schweren Verlusten herauf beschwören. Er wusste, dass sich die Schwierigkeiten ins Unermessliche steigern mussten, wenn er den Bauern

dazu noch sagen würde, sie hätten ihre ererbte politische Stellung zugunsten der städtischen Arbeiterschaft aufzugeben, der sie misstrauten, diesem städtischen Proletariat, das der Kreml für die einzig verlässliche politische Klasse ansah.

Obwohl der sowjetische Nachrichtendienst in Jugoslawien unter Bedingungen arbeitete, die kaum günstiger sein konnten, muss er sehr schlecht funktioniert haben. Das Land war seit Kriegsende übersät mit russischen Diplomaten, Truppenoffizieren, Ingenieuren und Spionen. In den entscheidenden Monaten der Zuspitzung des Konflikts mit Tito befand sich der Sitz des Hauptorgans kommunistischer internationaler Intrigen, der Kominform, in Belgrad. Waren alle Sowjetagenten so sehr von der russischen Allmacht überzeugt, dass sie einfach nicht bemerkten, dass sich vor ihren Augen die Ereignisse anders entwickelten, als sie voraussetzten? Waren sie zu einfältig, um sie zu durchschauen, oder zitterten sie zu sehr in Furcht vor Moskaus Ungnade, um darüber zu berichten? Hatte Stalin für Warnungen nur ein taubes Ohr, oder war ihm am Ende seines sechsten Lebensjahrzehnts sein geradezu unheimliches politisches Fingerspitzengefühl verlorengegangen? Oder besass er nicht mehr jene andere Eigenschaft, die ihm so wertvolle Dienste geleistet hatte, die Fähigkeit zu warten, aufzuschieben und so lange zu manövrieren, bis der richtige Augenblick gekommen war, dem Gegner das Schwert in die Brust zu stoßen? Er war mit soviel verschiedenen Arten von Verrätern fertig geworden (um das Wort in seinem exakten Sinn «erfolglose Nebenbuhler» zu gebrauchen), war er sich jetzt seiner selbst zu sicher? Früher hatte er die Kraft der Beherrschung gehabt, solange mit seinem Netzwerk von Plänen zu warten, bis der psychologische Augenblick gekommen war, der ihm vollen Erfolg versprach. War der Tag herangekommen und die Bühne richtig aufgebaut, dann blieb den abtrünnigen oder machtgierigen Genossen keine andere Wahl, als ihr letztes Erscheinen in der Öffentlichkeit mit der erforderlichen reuigen Haltung durchzuführen. Ihre elenden Kadaver wurden sodann als ungenügende Busse für ihre Sünden gegen die leuchtende Fackel der marxistisch-

leninistischen Doktrin dargebracht, die Stalin allein in makellosen Händen hielt, während er den Schatten, je nach Laune und Bedarf, hierhin und dorthin fallen liess. Bevor Stalin die Verdammten zum letztenmal vor den Augen der Öffentlichkeit auf treten liess, hatte er sich vergewissert, dass sie weder den Willen noch die Stärke zur Gegenwehr, oder auch nur die Kraft für eine letzte Hoffnung hatten.

Diesmal schien sich Stalin des Unterschiedes zwischen der Stellung eines Tito und der eines Bucharin nicht bewusst zu sein. Jetzt hatte er es nicht mit einem rivalisierenden theoretisierenden Genossen zu tun, der seinem eigenen Politbüro angehörte und körperlich in seiner Macht war, sondern mit einem rivalisierenden nationalen Kommunistenführer, dem Oberhaupt eines eigenen Politbüros, der ausserhalb der Reichweite des NKWD stand.

Als Stalins Befehle und Anschuldigungen anstelle von Fügsamkeit und Entschuldigungen nur Widerspruch und Vorwürfe weckten, wies er die Kominform an, die Exkommunikation auszusprechen. Mochten sich die Kominformmitglieder auch unbehaglich fühlen, sie fügten sich, trotzdem Zdanow ihnen möglicherweise zuflüsterte, sich zurückzuhalten. Die meisten von ihnen wussten, dass sie keine andere Entscheidung treffen konnten, da ihre Länder an die Sowjetunion angrenzten und von russischen Truppen besetzt waren. Mehr konnte Stalin nicht erreichen, es sei denn, er erledigte Tito gewaltsam durch einen Einfall in Jugoslawien. Dies trug jedoch den Keim zu einem allgemeinen Krieg in sich, wozu er damals noch nicht vorbereitet war.

Stalin beging einen Irrtum, wie er keinen zweiten begangen hatte, seit er Trotzki lebend aus der Sowjetunion scheiden liess. Nur waren die Folgen diesmal krasser. Er holte zu einem Schlag gegen seinen Widersacher aus und verfehlte ihn. Die Kominform konnte nur einen Urteilsspruch fällen, ein «Schuldig», wie es Stalin befahl. Aber er hatte keine Vorkehrungen dagegen getroffen, dass ihm Tito seinen Schiedsspruch nicht zurückschleuderte. Zu Stalins masslosem Erstaunen

war die Seele des Jugoslawen ebenso primitiv wie seine eigene, seine Ziele waren ebenso klar, seine Methoden ebenso hart und grausam und seine Hand erwies sich beim Zielen auf das Herz des feindlichen Genossen ebenso sicher.

Anmerkung zu Kapitel 8

¹⁾ Die Ereignisse der Jahre 1925–30 sind ausgezeichnet dargestellt in «Stalin: A Political Biography», von Isaac Deutscher (New York, «Oxford Press», 1949).

9

DIE ISOLIERUNG

*Wann in der Geschichte hat es jemals Heilige mit so
vielen Fehlern gegeben?*

Arthur Koestler: «Sonnenfinsternis.»

In jeder Diktatur sind die verborgenen Druckmittel und Spannungen so ungeheuer stark, dass Ereignisse, die bei oberflächlicher Betrachtung als belanglose Vorgänge erscheinen, die Anzeichen einer Gewichtsverlagerung oder Richtungsänderung im unmittelbaren Zentrum der Macht bedeuten können. Vielleicht wäre erhöhte Wachsamkeit der Aussenstehenden ratsam gewesen, während sich die oben geschilderten gewaltigen Vorgänge anbahnten. Vielleicht hätten sie merken müssen, dass hinter der glatten Oberfläche der kommunistischen Disziplin und in dem einstimmigen Chor der kommunistischen Propaganda klaffende Risse und Disharmonien zu finden waren. Im Frühjahr 1948 hatten die ausländischen Diplomaten in Moskau offensichtlich keine Ahnung, dass Stalin kurz vor dem Abbruch der Beziehungen zu Tito stand, oder der Kreml mit vertrauten Kominformmitgliedern einen Briefwechsel führte, um Titos Absetzung und Kaltstellung vorzubereiten. Die amerikanische Gesandtschaft in Belgrad hingegen ahnte, dass etwas faul sei, und berichtete ihre Mutmassungen am 18. Juni dem Aussenamt. Die wachsamen amerikanischen Vertreter, die die Geschehnisse zwei Wochen voraussagten, bevor sie eintraten und veröffentlicht wurden, folgerten auf Grund von unzusammenhängenden Einzelheiten und anscheinend unbedeutenden Beobachtungen¹). Sie stellten zum Beispiel fest, dass Tito am 25. Mai nicht, wie in früheren Jahren, einen Geburtstagsglückwunsch von Stalin erhielt. Sie beobachteten das Entstehen einer

Meinungsverschiedenheit zwischen der russischen und der jugoslawischen Regierung über den Tagungsort der Donaukonferenz, die im Sommer abgehalten werden sollte. Ursprünglich war Belgrad dazu vorgesehen gewesen, aber Ende Mai entschied Moskau, dass eine andere Stadt günstiger sei. Der jugoslawische Aussenminister Simic stimmte zögernd zu und informierte dementsprechend die ausländischen Vertreter. Von der höchsten Stelle, die schon heimlich im Widerstreit mit Moskau lag, wurde er daraufhin scharf zurechtgewiesen und musste die Amerikaner und die anderen Diplomaten zurückrufen, um ihnen mitzuteilen, seine Regierung bestünde darauf, dass Russland an dem ursprünglichen Plan festhalte. Die Angelegenheit schien nicht sonderliche Bedeutung zu haben, obgleich es für den jugoslawischen Stolz ein arger Schlag gewesen wäre, wenn man an Stelle von Belgrad eine Stadt mit «mehr Komfort» gewählt hätte. Die Art, wie sich die jugoslawische Haltung änderte, schien darauf hinzudeuten, dass der Entschluss zu einem Widerstand gegen Moskau von allerhöchster Stelle kam. Eine andere scheinbar unbedeutende Einzelheit war die Tatsache, dass die Sowjetpresse in der letzten Zeit die jugoslawischen Angelegenheiten nicht mehr so ausführlich und voll überschwinglicher Anerkennung behandelte. Weiters verteidigte ein Aufsatz Pijades in der «Borba» vom 12. Juni das Verhältnis von Kommunistischer Partei und Volksfront so leidenschaftlich, dass anzunehmen war, irgend jemand hätte daran scharf Kritik geübt, – und wer konnte es anderes sein als Moskau? Die Nummer des Kominformjournals vom 15. Juni gab ebenfalls zu Überlegungen Anlass, denn der Leitartikel auf der ersten Seite war eine scharfe Attacke gegen jeden Kommunisten, «der sich weigert, seine Irrtümer einzusehen, und der ernste Fehler seiner Arbeit in einem Nebel von Schönrede und Selbstbeweihräucherung nicht bemerkt». Da die italienischen und französischen Kommunisten führer hierbei ausdrücklich ausgenommen wurden, konnte es nur dahin ausgelegt werden, dass sich in den osteuropäischen Parteikreisen etwas Besonderes anbahnte. Wer konnte in dieser Gegend das Ziel von Stalins Unwillen

sein? Sicherlich nur Tito oder Dimitroff, oder alle beide? Aus dem Artikel von Pijade liess sich entnehmen, dass es um parteitaktische Fragen ging. Der Aufsatz in der Kominform jedoch liess die Vermutung auf kommen, es ginge um tatsächliche Vorgänge, weil darin Folgendes zu lesen war: «Die nichtmarxistische Einstellung zu Kritik und Selbstkritik ist oft eine Folge von Überheblichkeit und zuweilen vom Unverständnis der Bedeutung, die der Selbstkritik innerhalb der Parteiarbeit als lebenswichtiger Aufgabe zukommt, und entspringt manchmal dem Wunsch, jede Kritik einzuschränken und zu unterdrücken und gegen jene vorzugehen, die ernstlich Kritik üben.»

Zwei ehemalige Minister Titos, Hebrang und Zujovic, befanden sich seit April in Haft²). Waren sie die schwarzen Schafe, deren Kritik unterdrückt werden sollte? Und, wie um den Verdacht zu verstärken, dass eine Auseinandersetzung im Kommen war, überholte Tito die Parteidienststellen, vergrösserte seinen Einfluss auf das Aussenministerium und vor allem auf die Armee.

Die amerikanische Gesandtschaft in Moskau lachte nur über die Annahme, dass diese Anzeichen auf schwerwiegende Differenzen zwischen Tito und dem Kreml deuten sollten. Dort empfand man die Allmacht Russlands wohl so stark, dass die Vorstellung, einer von Stalins Satrapen wage ihm die Stirn zu bieten, nur lächerlich erscheinen konnte. Auch das Aussenamt liess sich von dem Kabel aus Belgrad nicht weiter beeindrucken. Doch scheint mir dies Schriftstück ein Musterbeispiel diplomatischer Geschicklichkeit zu sein. Es fasste kleine und kleinste Nachrichten zusammen, deren Bedeutung nicht zu erkennen gewesen wäre, wenn man sie allein betrachtete. Aufbauend auf dem Grund der zusammengestellten Beweise sagte es die kommenden Ereignisse in jeder Beziehung richtig voraus.

Die Welt hielt vor Staunen den Atem an, als am 28. Juni in Prag der Bruch innerhalb der Kominform bekanntgegeben wurde. Von mancher Seite wurde das Ganze als ein Täuschungsmanöver hingestellt, andere gaben Titos Widerstand, selbst wenn er echt sein sollte, höchstens eine Woche Lebensdauer.

Trotzdem meinten Beobachter, die mit jugoslawischen Angelegenheiten unmittelbaren Kontakt hatten, ohne vom russischen Licht geblendet zu werden, dass der Bruch tatsächlich vorhanden und durch ein Kompromiss nicht aus der Welt zu schaffen sei und Tito sich halten würde. Und so geschah es denn auch. Man tut gut, daraus die Lehre zu ziehen, dass in der Politik das Objekt genau wie das Subjekt in Erwägung gezogen werden muss, der Amboss ebenso wie der Hammer.

Auch nach Bekanntwerden der Spaltung wurden die amerikanischen und die anderen nichtkommunistischen Diplomaten in Belgrad davon nicht direkt in Kenntnis gesetzt und man hielt sie auch über die weitere Entwicklung nicht auf dem Laufenden. Man ersuchte nicht um ihren Rat und bat noch weniger um ihre Hilfe. Die jugoslawische Regierung behandelte das Ganze als reine Parteiangelegenheit, die nichtkommunistische Kreise weder zu interessieren hatte noch etwas anging. Die gleiche Haltung zeigte die Presse in Belgrad, deren Kommentare gewöhnlich von Pijade und Djilas, den beiden Fachleuten der Parteipropaganda und des politischen Kampfes stammten, während Tito selbst und der stellvertretende Ministerpräsident Kardelj sich in Schweigen hüllten.

Die Jugoslawen zogen aus der Tatsache Nutzen, dass Moskau die Kominform vorgeschickt hatte. Sie schoben die Schuld mehr auf diese Organisation als auf Sowjetrussland, und im weiteren Verlauf des Kominformangriffs antworteten sie mit viel grösserer Schärfe auf die Angriffe der Satellitenstaaten als auf jene aus Moskau. Gegen Stalin selbst fiel kein Wort.

Anfänglich ging Stalin auf Titos Taktik ein, das Duell durch Stellvertreter austragen zu lassen. Aber schon die Tatsache allein, dass die ersten Schüsse der Kominformpresse und des Radiokrieges aus Albanien kamen, offenbarten die zentrale Lenkung. Der albanische Ministerpräsident Enver Hodscha war Tito nicht nur persönlich verpflichtet, er war auch eine zu unbedeutende Figur, um es wagen zu können, seinen grossen Nachbarn auf eigene Faust anzugreifen. Am 1. Juli verlautbarte der albanische Sender, dass die Kommunistische Partei Albanien

«immer» mit den jugoslawischen Kommunisten im Streit gelegen sei, denn diese «hätten versucht, ihren eigenen verräterischen und feindlichen Trotzismus auch nach Albanien zu exportieren». Presse und Radio in Bulgarien griffen diese Äusserungen bereitwillig auf, und bald widerhallten alle Satellitenhauptstädte von Anschuldigungen gegen Jugoslawien, das man als Brutstätte der Reaktion und des Nationalismus hinstellte. Die Verbindung eines Diktators mit seiner Presse ist ebenso eng wie die eines Chefs mit seinem Untergebenen. Die Kominform musste darauf sofort den Anschein fallen lassen, dass die Presse jugoslawische Parteileute angreifen konnte, ohne die Beziehungen zu ihnen als Repräsentanten ihrer Regierung zu stören. Belgrad hingegen behauptete nach wie vor, dass die Parteien der Satellitenstaaten unabhängig seien von der übergeordneten Partei in Moskau und Parteizwistigkeiten nicht unbedingt auf die politischen Beziehungen abfärben mussten. Wer jugoslawische Zeitungen las, musste glauben, dass Stalin, wenn er überhaupt von dem Streit innerhalb seiner Familie wusste, über die Hauptgesichtspunkte schlecht informiert sei. Bald müsste er erkennen, wie die Dinge lagen, und würde dann in Kürze alles in Ordnung bringen.

Diese Haltung sprach aus dem Programm zum fünften Parteitag, das am 30. Juli veröffentlicht wurde. Es bestätigte im Einzelnen die Politik, die in den Kominformnoten eingeschlagen wurde, enthielt jedoch keinen Hinweis darauf, dass sich die Beziehungen zur Sowjetregierung grundlegend geändert hatten. Beamte des Aussenministeriums leugneten in Gesprächen mit nichtkommunistischen Diplomaten ebenfalls, dass die Haltung des Landes eine plötzliche und grundsätzliche Änderung erfahren habe. Wenn die Angelegenheiten der kommunistischen Partei schon den russischen Gesandten nichts anging, um wieviel weniger die Vertreter von Amerika, England und Frankreich! Die gleiche politische Fiktion wurde im August während der Donaukonferenz aufrechterhalten. In den Beziehungen der jugoslawischen, russischen und der volksdemokratischen Regierungen hatte sich nichts geändert. Nur die

betreffenden kommunistischen Parteien waren entzweit, dem aber kam keine internationale Bedeutung zu. Während der Konferenz hielt sich Tito nicht in seiner Hauptstadt auf und hatte somit keine Gelegenheit, mit Wyschinski zusammenzutreffen.

Der Parteikongress, wegen dessen verspäteter Abhaltung die Russen Tito Vorhaltungen gemacht hatten, fand im Juli statt. Titos politischer Rechenschaftsbericht anlässlich dieser wichtigen Veranstaltung war von der gleichen widerspruchsvollen Haltung. Gegen die Parteispitzen seien «ungeheure Anklagen erhoben worden», sagte er. Ihm selbst hätte man vorgeworfen, nicht mehl' international zu denken und «dem Dogma des marxistisch-leninistischen Glaubens» abtrünnig geworden zu sein. Aber die Beweise für «Jugoslawiens Treue und Solidarität zur Sowjetunion und zu den anderen Volksdemokratien» seien in seinen Taten und nicht in seinen Worten zu finden. Hatte Jugoslawien nicht Freundschaftspakte geschlossen und Wirtschaftsabkommen? Und dies nicht allein mit der grossen Sowjetunion, sondern auch mit den kleineren kommunistischen Staaten, die Hilfe brauchten? Und wäre dieser Beistand nicht rückhaltlos geleistet worden? Aber gerade die Länder, gegen die es sich am hilfreichsten erwiesen habe, griffen Jugoslawien jetzt am heftigsten an. Man warf Tito und seinen Kameraden vor, sie seien stolz. Wenn er sich das Betragen dieser Tadler betrachte, dann frage er sich, warum Jugoslawien nicht stolz sein sollte, stolz auf seine Opfer im Krieg, stolz auf seine Arbeiter, seine Jugend, auf die Volksfront, stolz auf «alles, was von ehrlichen Menschen bewundert wird». Wenn das Nationalismus sei, sagte er zusammenfassend, dann müssten jene, die darin einen Grund zum Vorwurf sähen, sich damit abfinden. Wenn man ihm, abgesehen von speziellen Kritiken, das Abc des marxistischen Leninismus lehren wollte und als Schulbeispiel kommunistische Theoretiker zitiere, dann «renne man offene Türen ein», denn «wir haben seit je, und das tun wir auch jetzt, ihre Forderungen in die Praxis umgesetzt». Hatte eine trotzkistische Haltung «im Jahr 1941 Jugoslawien in einem

Kampf auf Leben und Tod an die Seite der Sowjetunion gesellt?» Hatten falsche Lehren ihm die Kraft gegeben, zu kämpfen und zu siegen und den Sozialismus einzuführen? Solche Anklagen trugen zu offensichtlich den Stempel der Falschheit und die theoretischen Argumente, mit denen man sie zu belegen versuchte, entbehrten jeder Vernunft. Tito gab zu, dass alle, Jugoslawien eingeschlossen, einen Irrtum begehen konnten, fügte aber an die Adresse seiner Verleumder hinzu: «Es gibt keine Partei, keinen Mann und kein Werk ohne Irrtümer.» Dann folgte eine amende honorable: «Wir werden mit allen Kräften dafür eintreten», dass die Spaltung beendet werde, in der Hoffnung, dass sich die Bolschewisten damit einverstanden erklären, die Wahrheit der Anschuldigungen der Kominform «hier an Ort und Stelle» zu überprüfen.

Tito vermied sorgfältig, die Angelegenheit von sich aus auf die internationale Plattform zu bringen, auf der seine Genossen aus den Satellitenstaaten sie mit aller Leidenschaft zur Debatte stellten. Er ging auf den Vorwurf der Albaner nicht ein, er habe sie mit Lebensmittellieferungen und anderen Hilfeleistungen unterstützt, um sie zu seinen Vasallen zu machen oder albanisches Gebiet zu annektieren. Er griff auch Bulgarien nicht an, obwohl es den Zwist nutzte, um Ansprüche auf Jugoslawisch-Mazedonien geltend zu machen. Er erwähnte auch das Aufrollen des Minoritätenproblems von Seiten Ungarns nicht. Klar gab er zu verstehen, dass er sich berechtigt fühlte die bolschewistische Partei zu kritisieren, trug jedoch noch immer Freundschaftsgefühle und Verehrung für Stalin zur Schau, hielt daran fest, dass er zum antiimperialistischen Lager gehöre, und sprach die Hoffnung aus, das, was er Missverständnisse nannte, könnte bereinigt werden. Das offizielle Protokoll dieser Rede, die über fünf Stunden dauerte, gibt an, dass sich am Ende «alles unter Hochrufen auf Stalin-Tito erhob».

Im Ganzen genommen enthielt die Rede nicht viel Angenehmes und Beruhigendes für die Bolschewiken, und die Tatsache, dass die jugoslawische Partei jetzt wirklich einen Parteitag abgehalten hatte, gab deren Sprechern die Möglichkeit, die

höchst unbequeme Frage zu stellen, warum die bolschewikische Partei seit März 1939 keinen Parteikongress abgehalten habe, obwohl sie laut Artikel 29 ihrer Statuten dazu wenigstens alle drei Jahre verpflichtet war. Pijade fragte sarkastisch³⁾, ob der Grund dazu in der Schwierigkeit läge, während des Krieges einen Parteitag aufzuziehen? Die Bolschewiken hätten doch die Jugoslawen schon zu einem so frühen Zeitpunkt wie 1944 getadelt, weil sie keinen Parteitag abhielten, obwohl der Krieg damals noch andauerte und die Truppen der Nazi Teile des Landes besetzt hielten. Das ganze Gebiet der UdSSR war aber schon befreit. Hätte man dort nicht viel leichter einen Parteitag organisieren können? Wie immer, der Krieg war jetzt seit mehr als vier Jahren und vier Monaten beendet, die jugoslawische Partei hatte einen Parteitag abgehalten und die bolschewistische Partei hatte sich dazu noch nicht entschliessen können. Lag der Grund vielleicht darin, dass die russischen Führer über die Ereignisse der zehn Jahre, seit sie sich das letztemal herabgelassen hatten vor ihren Parteigenossen zu erscheinen, nichts zu berichten und zu erklären hatten? Ob die Parteimitglieder nicht neugierig waren, wie es z.B. gekommen war, das Jugoslawien «aus einem sozialistischen Land zu einem faschistischen Gestapo-Land geworden war, aus einem Freund und Verbündeten zu einem ‚Feind und Widersacher‘?» Vielleicht hätten sie auch gern eine Erklärung dafür gehabt, warum die Balkanstaaten jetzt «in einen Konflikt verwickelt waren, wie es einen solchen noch nie gegeben hat, nicht einmal zu einer Zeit, als auf der Welt noch kein einziges sozialistisches Land existierte». Oder, warum man den russischen Imperialismus an Stelle des Internationalismus gesetzt hatte? Oder, wie es zu verschiedenen seltsamen Erscheinungen innerhalb Russlands kommen konnte, etwa zu «privaten Tendenzen» innerhalb der Kolchosen und zu dem Chaos in der Gesetzesliteratur und in der Philosophie. Bei so vielen zu klärenden Punkten, sagte Pijade, gäbe es nur einen einzigen Grund, warum man in der UdSSR keinen Parteitag abhielt, und der sei, dass «die gesamte neue Linie» der bolschewistischen Partei zu einem Misserfolg geführt habe. «Viele

Freunde sind abgesprungen, und die Sympathie, die sich die Sowjetunion während des Krieges errungen hat, ist verlorengegangen.» Da konnte man sich natürlich nicht wundern, dass die Bolschewistenführer keine Lust hatten, sich wie die jugoslawischen Führer ihren Mitgliedern zu stellen.

Dieser Aufsatz Pijades stammt aus einer Artikelfolge⁴⁾, die in meisterhafter Art die jugoslawische Handhabung von Theorie und Praxis des Marxismus den Resultaten von Stalins – wie es hier dargestellt wird – Ketzerei gegenüberstellt. Mit besonderer Bravour geht Pijade auf die von den Bolschewiken erstmalig im Mai 1948 aufgestellte Behauptung ein, sie hätten durch den Einmarsch der Roten Armee in Jugoslawien und durch die Vernichtung der Deutschen «die erforderlichen Voraussetzungen für die Machtergreifung durch die Kommunistische Partei geschaffen». Mit ein paar Sätzen erledigte Pijade diese Beleidigung der Partisanen, diese «Herabsetzung und Verdrehung» ihres Anteils an der nationalen Befreiung und die übertriebene Behauptung, die Rote Armee sei die wahre Retterin gewesen. Pijade hob hervor, wie wichtig die Feststellung sei, der Kommunismus habe in Jugoslawien die Macht nur erringen können, weil die Roten Truppen die nötigen Vorbedingungen geschaffen hätten, während er sich «leider» in Frankreich und in Italien nicht habe durchsetzen können, da dort eine ähnliche militärische Unterstützung gefehlt habe. Pijade führte aus, dass die Annahme einer solchen Version bedeuten würde, «es gäbe für eine proletarische Revolution keine Möglichkeit, zu einem kommunistischen Sieg zu gelangen, ausser mit Unterstützung durch die Waffen der Sowjetarmee. Die Proletarier der ganzen Welt haben daher keine Hoffnung, die Freiheit durch eigene Kraft zu erringen, sondern müssen das Eingreifen der Roten Armee, des Befreiers, abwarten». Durch eine solche Behauptung, fuhr Pijade fort, liess die Sowjetunion erkennen, dass sie nicht länger beabsichtige, den Proletariern aller Länder bei ihrem Freiheitskampf in echt leninistischem Sinn zu helfen. Er sagte weiter, dies sei eine ebenso menschewikische und trotzkistische Idee wie jene, dass es unmöglich sei, in einem Land ohne Hilfe

der Sowjetunion den Sozialismus aufzubauen, wie in der anti-jugoslawischen Propaganda der Kominform immer wieder betont würde, obwohl eine solche Anschauung mit der leninistisch-stalinistischen These unvereinbar sei, dass jedes Land den Sozialismus unabhängig von sich allein durchführen könne. Pijade stellte fest, dass die Bolschewiken durch derartige ideologische Spiegelfechtereien ihre Wandlung vom proletarischen Internationalismus zu einem grossrussischen Imperialismus rechtfertigen wollten und deshalb mit «meisterhafter Heuchelei» Jugoslawiens Unabhängigkeit zu zerstören suchten. Die Minister des Zaren, so schloss er, pflegten zu prahlen, dass Russland durch Gottes Willen die führende Kulturnation der Welt sei. Die gleiche lächerliche Überheblichkeit liessen jetzt ihre Nachfolger erkennen.

Ein anderer Artikel Pijades aus der gleichen Reihe setzt sich zwar weniger mit fundamentalen Fragen auseinander, wirft aber ein scharfes Licht auf Titos Empfindungen bei Beginn der Kominformkrise. Nach Pijades Worten löste die erste Note der Sowjetunion bei den jugoslawischen Führern grenzenlose Überraschung aus. Zwar war man mit dem Verhalten der im Land befindlichen russischen Missionen nicht einverstanden gewesen, und manche Einzelheit in der sowjetischen Politik hätte Enttäuschung ausgelöst, aber das habe man, um Pijades Worte zu gebrauchen, «der Psychose einer siegreichen Macht zugute gehalten, die nur ihre eigenen Opfer gewahrt wird, die Leistungen der anderen übersieht». Diese philosophische Haltung eines missverstandenen Kindes sei aber jäh ins Wanken gekommen, als in der ersten bolschewistischen Note betont wurde, die Jugoslawen seien in Wirklichkeit trotzkistisch und antisowjetisch eingestellt. Als solche Worte fielen, sagte Pijade, «brauchte niemand mehr zu erklären, was damit gesagt werden sollte»

Wenn die Jugoslawen sofort verstanden «was damit gesagt werden sollte», warum überliessen sie dann Stalin die initiative? Wenn sie sich ihm überhaupt widersetzten, warum liessen sie ihn das Kampffeld abstecken und die Methodik der öffentlichen Auseinandersetzung bestimmen? Ich glaube, der Grund dazu lag

in dem Entschluss Titos, alle Verantwortung für die kommenden Ereignisse auf Stalin abzuwälzen. Er wusste genau, dass aus dem anscheinenden Partezwist, den man leicht hätte bereinigen können, ein Kampf auf Leben und Tod werden musste. Tito hatte sich ursprünglich lediglich die Stellung als unabhängiges Oberhaupt einer kommunistischen Partei und eines Staates sichern wollen. Als er die ungeheure Tragweite, die mit der Verweigerung seiner Forderungen verbunden war, erkannte, sah er klar, dass sein Vorteil darin lag, Stalin die Initiative und damit die Schuld zuzuschieben. Sobald Stalin seinerseits merkte, dass jede Massnahme, die jugoslawische Partei an die Kandare zu bekommen, vergeblich sei, musste er naturgemäss zu immer stärkeren autokratischen Mitteln, zu weiter hergeholten und fadenscheinigeren ideologischen Begründungen greifen. Das musste seine Genossen und Anhänger in der ganzen Welt mehr und mehr verstimmen und abschrecken. Ich glaube, Tito erkannte genau, dass die Bolschewisten zuerst seine Diffamierung für nötig erachteten, bevor sie darangingen, ihn zu vernichten. Sie mussten den Beweis erbringen, dass er nicht ein schlichter Verteidiger jugoslawischer Rechte, sondern ein Feind des Kommunismus sei. Nur unter diesen Voraussetzungen konnte man ihn in aller Ruhe durch Mord, einen Guerillaaufstand oder eine regelrechte Invasion liquidieren. Ein toter Feind des Kommunismus ist e i n e Sache, ein zum Märtyrer gestempelter Nationalheld eine ganz andere. Ob Tito Stalins Kriegsplan durchschaute oder nicht, auf jeden Fall war seine eigene Taktik wohlüberlegt, um Stalins Pfeile auf ihn zurückfliegen zu lassen.

Der schwerwiegende Nachteil in Titos Taktik war, dass seine eigenen Anhänger im Zweifel über ihre Stellung und ihren Weg blieben. Sie ahnten wohl, dass sich ein grosser Kampf anbahnte, in welchem sie auf der einen Seite standen und die bolschewistische Partei auf der anderen. Trotzdem liess man sie noch immer im gleichen Atemzug «Stalin» und «Tito» rufen, als ob Stalin nicht der Führer der Bolschewisten sei. Tito hielt an der fabianischen Methode so lange als möglich fest. Stalins Name wurde ohne den geringsten abwegigen Unterton bis in

den Oktober genannt. Dann stellte ein Artikel in der «Borba», der von Tito selbst oder unter seiner Obhut von Djilas geschrieben worden war, Stalins Unfehlbarkeit in Zweifel. Der Artikel, der am 4. Oktober 1948 erschien, enthielt folgende Sätze:

«Bis heute haben wir in unserer Presse nichts gegen Stalin gesagt. Das geschah nicht, weil wir uns irgendwelchen Illusionen über seine Haltung in dem Konflikt hingaben, sondern weil wir der Ansicht sind, es steht uns nicht zu, seinen Namen öfter zu nennen als er selbst. Stalin gilt, und das mit Recht, als die grösste lebende Autorität in der internationalen Arbeiterbewegung, ja sogar in der gesamten demokratischen Welt. In der Auseinandersetzung zwischen der CCCPJ und der CCCPSUJ liegt das Recht nicht auf seiner Seite, sondern auf Seiten der CCCPJ.»

Tito war sich bewusst, dass in Stalins Augen selbst eine so vorsichtige Feststellung unwiderruflich war. Aber er konnte nicht weniger sagen, wenn er seinen Anhängern gegenüber seine klare Stellungnahme offenbaren wollte. Die Folge davon war eine Flut von schmähenden Angriffen in den Blättern der russischen und der Satellitenpresse. Er hingegen erlaubte nicht, dass man Stalin in Erwiderungen angriff. Noch im April 1949 konnte er den Mitgliedern der Volksfront sagen, dass «unsere Genossen von der Presse Stalin nicht angegriffen haben und es auch nicht tun werden».

Nicht viel später hatte ich in Belgrad das anstrengende Vergnügen, der gewaltigen, sechs Stunden lang dauernden Parade anlässlich des Ersten Mai beizuwohnen. In den Marschkolonnen sah man neben den Bildern von Marx, Engels und Lenin immer noch solche von Stalin. Während ich dem Vorbeimarsch der endlosen Abteilungen von Arbeitern, Bauern, Studenten, Beamten und Geschäftsleuten zuschaute, versuchte ich zu erraten, was in ihren Köpfen vorging. Ich wusste, dass viele Teilnehmer nur gezwungen mitmarschierten, und sie die mitgeführten Schriftbänder und Parolen mit Gleichgültigkeit,

Unglauben oder Widerwillen betrachteten. Was aber dachten die anderen, die überzeugten Fanatiker, die mit strahlenden Gesichtern die erste und vielleicht auch noch die zweite Reihe der Kolonnen bildeten? Beim Vorbeimarsch an der Tribüne jubelte die breite Masse Tito laut, jedoch offensichtlich mechanisch zu. Die ehrlich Begeisterten streckten ihm die Arme exstatisch entgegen und riefen Schlagworte aus, die ihnen die Gruppenordner einbliesen, als hinge ihr Leben davon ab. (Was vielleicht auch wirklich der Fall war.) Was mochten sie in ihrem Herzen von der Situation Titos, des Regimes und sich selbst halten?

Als gute Kommunisten hatten sie sicherlich die vom Zentralkomitee der Partei zur Maifeier erlassene Proklamation gelesen. Daraus hatten sie entnommen, dass die «Angriffe der UdSSR und der Volksdemokratien gegen Jugoslawien ungeheuerlich und verleumderisch» seien. Dass man «auf den Rechten der kleinen Nationen herumtrampele», dass die Prinzipien der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines Landes verletzt worden seien und es unter Sozialstaaten keine Gleichheit mehr gäbe. Welche Schlüsse konnte man aus dem Ganzen ziehen? Hier die Antwort der Proklamation: «Lang lebe die UdSSR, das erste Land des Sozialismus! Lang leben die Länder der Volksdemokratien!» Wenn sie als gute Kommunisten die Morgenausgabe der «Borba» gelesen hatten, dann war ihre Verwirrung durch die Rede Moscha Pijades, die darin veröffentlicht worden war, nicht kleiner geworden. Pijade prangerte «die Lügen» und «schmutzigen Phrasen» der Kominformprozesse an und beschuldigte die Kominformstaaten eines «engstirnigen Nationalismus» und «herrischen Imperialismus», Ausdrücke, die jedes Mitglied der Kominform noch vor Jahresfrist ausschliesslich gegen Truman und Churchill anzuwenden pflegte.

Als Gruppe um Gruppe vorbeimarschierte, nahmen die Getreuen in den Kolonnen den Ruf auf: «Tito! Tito! Tito!», der wie das gespenstische Echo der Rufe: «Hitler! Hitler! Hitler!» und «Duce! Duce! Duce!» vom Pariser Platz und der Piazza

Venezia klang). In den Fäusten trugen die Festteilnehmer, nach dem Willen Titos, die Bilder Stalins. Von der Tribüne aus beobachtete Tito in unserer Gesellschaft, wie dieses undurchsichtige Antlitz im Verein mit denen anderer berühmter Kommunistenführer vorüberschwankte.

Jedenfalls stellt die Maiparade des Jahres 1949 das Ende des durch Mittelsmänner geführten Kampfes Titos mit Stalin dar. Die bei der Parade gezeigten Stalinbilder waren, wie man mir sagte, nicht sehr zahlreich im Verhältnis zu den in früheren Jahren mitgetragenen. Die Tatsache, dass man ihn unter lauter verblichene Heroen eingereiht hatte, offenbarte, dass man ihm nur eine historische Rolle zuwies. Als lebende Macht, als Vorgesetzten und Verbündeten hatte Tito ihn bereits abgeschrieben und er wäre, wenn er es für notwendig hielt, auch imstande, ihm die historische Rolle zu nehmen. Noch bevor ich Jugoslawien wieder verliess, wurden von Polizeiorganen die letzten Bilder Stalins aus den Eisenbahnstationen und Kafanas entfernt. Als der Termin für die Maiparade des Jahres 1950 heran nahte, war er zum eindeutigen offenen Feind geworden.

Während ich Tito beobachtete, wie er auf der Tribüne in der Umgebung seiner uniformierten Generäle und hohen Partei- und Regierungsmitglieder lächelnd und anscheinend zuversichtlich dastand, erinnerte ich mich an eine Zeichnung, die ich vor wenigen Tagen im «Jezh», der Belgrader humoristischen Wochenzeitung, gesehen hatte. Sie zeigte einen Leuchtturm mit der Aufschrift KPJ, der die kommunistische Partei Jugoslawiens versinnbildlichte, von Nebeln umwogt und von brandenden Wellen umgeben, aber immer noch sein Licht nach Osten und Westen ausstrahlend. Die Wogen trugen die Aufschriften «Imperialismus, Deutscher Faschismus, Kominformresolution, Gerüchte und Lügen». So sahen sich die jugoslawischen Kommunisten selbst, ein Jahr nach der Ausstossung aus der Kominform, als das Leuchtfeuer des reinen Kommunismus, in gleicher Weise bedroht vom westlichen Kapitalismus und von Stalins Korruption des marxistischen Leninismus. Immer noch legten sie auf das Wort «gleicherweise» grossen Wert. Das alte Pro-

pagandagespinst war zerrissen, aber sie waren noch nicht fähig, der Wirklichkeit voll ins Antlitz zu sehen. Von der anerkannten Kirche, der sie einst angehört hatten, waren sie exkommuniziert. Anders Mitgliedern, deren Ruf makellos war, hatte man untersagt, mit ihnen mehr als den nötigsten Kontakt zu haben. Moskau hatte eine Schimpfkanonade gegen sie losgelassen und einen wirtschaftlichen Boykott verhängt, der sie systematisch abdrosseln und vernichten sollte. Aber trotz allem Widerstand gegen die Beleidigungen und Vorwürfe unterliessen sie es nie, gleichzeitig auf das Übel des kapitalistischen Westens hinzuweisen.

Jugoslawien brauchte aber die Hilfe des Westens sehr dringend. Ohne diese konnte es kaum hoffen, die Blockade der Kominform zu überleben. Vieles von dem, was bisher für das höchste Gut der Welt gehalten worden war, musste jetzt offensichtlich als ärgstes Übel angesehen werden. Wenn z.B. Italien und damit die Adria unter kommunistische Kontrolle käme, würde ihr fast einziges Fenster zum Westen geschlossen und damit jede Hoffnung auf ein Überleben im Unabhängigkeitskampf zunichte werden. Bestand überhaupt eine Aussicht, dass sich die Katastrophe eines Sieges Togliattis in Italien vermeiden liess? Das konnte allein durch die Bereitwilligkeit der westlichen Nationen, besonders des erzkapitalistischen Schurken, Onkel Sam, verhindert werden, die italienische Wirtschaft zu sanieren und den nationalen Kräften Italiens die Möglichkeit zu geben, sich zu konsolidieren. Aber, gesetzt den Fall, dass sich diese Hoffnung erfüllte und das Fenster zum Westen offen blieb, wo konnte Jugoslawien einen Absatzmarkt, die Rohmaterialien, technische Hilfe und Kredite finden, die Tito von jenseits des eisernen Vorhanges zu bekommen gerechnet hatte? Nur von Amerika und den anderen westlichen Staaten.

Es wurde immer schwieriger, sich dieser erschreckenden Wahrheit zu verschliessen. Hinter Titos Ruhe, hinter seinen angriffslustigen Reden und den kämpferischen Artikeln von Pijade, Djila und Genossen stand drohend und gross das Gespenst der Vereinsamung.

Anmerkungen zu Kapitel 9

¹⁾ Verschiedene Mitglieder der Gesandtschaft haben zu dem Bericht beigetragen, der in Abwesenheit des Gesandten Cavendish Cannon, vom Chargé d'affaires R. Borden Reams, verfasst wurde. Unter den Mitarbeitern waren Norman C. Stines, Alex N. Dragié und Charles G. Stefan. Die hier angeführten Details stammen nicht von den unmittelbar beteiligten Personen.

²⁾ Man kennt die Geschichte von Andrija Hebrang und Sretan Zujovic noch nicht in allen Einzelheiten, da ihnen nie der Prozess gemacht wurde. Im September 1950 wurden verschiedene andere kroatische führende Mitglieder der kommunistischen Partei ihrer Regierungsämter enthoben, weil man sie verdächtigte, pro-kominformistisch eingestellt zu sein.

³⁾ «Borba», Belgrad, 6. Oktober 1949.

⁴⁾ «Borba», Belgrad, 22., 26. und 29. September und 5. und 6. Oktober 1949.

10

IN DER SACKGASSE

*Dem Hündchen geht es so wohl, dass es den Elefanten
anbellt.*

*Sowjetnote an die Jugoslawische Regierung
vom 30. August 1949.*

Mit Beginn des Jahres 1949 stellte Moskau sich auf eine andere Angriffstaktik ein. Bisher hatte es Tito als einen Nationalisten, als Abtrünnigen vom orthodoxen Glauben und einen in die Irre gegangenen Kommunisten angeprangert. Die Anklagen waren auf den Kläger zurückgefallen. Sie gewannen Tito einige offene und viele geheime Freunde.

Viele Kommunisten hielten in ihren Herzen den Nationalkommunismus Titos für nichts Ärgeres, als wofür er selbst ihn hielt, indem er ihn nämlich als das Bestreben, den kommunistischen Parteien und Staaten eine gewisse Unabhängigkeit zu sichern, darstellte. Wenn er erklärte: «Der Sozialismus muss nicht zwangsläufig unsere Heimatliebe zu einem sozialistischen Land verdrängen¹⁾», dann sprach er damit ihre eigenen Gedanken aus. Wenn die sowjetische Propaganda ihn angriff, weil er Stalin zu wenig Verehrung gezollt habe, dann stimmten viele dem nicht bei. Sie sahen, in gleicher Weise wie Tito, in Stalin wohl einen Helden des Kommunismus, weigerten sich jedoch, in ihm ein göttliches Wesen zu erblicken. Man versuchte, es dahin zu bringen – wie es denn auch in einer albanischen Volksversammlung geschah, die im Jänner 1950 den Beschluss fasste, ein Denkmal für «die Gottheit Josef Vissarionovic Stalin» zu errichten. Von vielen wurde dieser Beschluss nicht gebilligt. Mehr als nur ein Satellitenherrscher wurde der gleichen nationalistischen und freiheitlichen Bestrebungen wie Tito und des Versuchs, sie in seinem eigenen Lande durchzusetzen, angeklagt.

Einige der also Beschuldigten mögen ohne Fehl gewesen sein, sicherlich sind aber mehr, als tatsächlich angeklagt wurden, in ihren geheimen Gedanken schuldig zu nennen.

Durch die Beschuldigung, Nationalist zu sein, wurde Titos Stellung im eigenen Land bei den Nichtkommunisten mehr gestärkt, als sie dadurch bei der kommunistischen Minderheit Abbruch erlitt. Auch die ihn glühend hassten, empfanden plötzlich mit geheimem Stolz, dass ihr eigener Diktator es gewagt hatte, dem grossen, überlegenen Tyrannen in Moskau, dem Urheber aller Leiden, zu widersprechen. In Titos Partei gab es eine Gruppe, der es nichts ausmachte, dass man ihn einen Nationalisten schalt, und eine andere empfand darüber sogar Genugtuung. Zu den ersten gehörten die meisten seiner Freunde und Genossen aus der Parteihierarchie. Sie wussten genau, wenngleich sie sich sonst auch gern an doktrinären Debatten beteiligten, dass es bei dem Konflikt mit Moskau vor allem um Macht ging. Deswegen hatte der Streit begonnen, und dabei blieb es auch trotz der wohltönenden Phrasen, die beide Partner gebrauchten. Sie nahmen es in Kauf, dass man sie bei ihrem Kampf um Unabhängigkeit Nationalisten schimpfte. Die zweite Gruppe umfasste die breite Masse der Parteimitglieder und der jüngeren Führer, die über den Weg des Nationalismus zum Kommunismus gekommen waren. Sie waren der Partei entweder vor dem Krieg beigetreten, weil sie gehofft hatten, dass der Sieg des Sozialismus ihr Land von der «Ausbeutung durch Fremde» befreien würde, oder waren zu den Partisanen gestossen, um als Vaterlandsverteidiger gegen die Invasoren zu kämpfen.

Ein Gespräch, das ich in dieser Zeit, im Frühjahr 1949, mit einem der jüngeren Kommunisten hatte, offenbarte, wie er im Sinn Titos national dachte. Der junge Mensch konnte sich kaum beherrschen, als er sich daran erinnerte, dass er, wie er selbst sagte, «von Stalin zum Narren gehalten worden war». «Damals», fuhr er fort, und meinte damit die Zeit der Partisanenkämpfe und die nach dem Krieg, «damals waren wir kindisch. Wir waren zu sehr mit Idealen vollgeprofft, um die Vollkommenheit

der Sowjetunion anzuzweifeln. Stalin – er war der wahre Kommunist, der ideale Kommunist. Ihm würde es nie einfallen, andere Kommunisten ungerecht zu behandeln.» Ich wollte wissen, wann ihm daran zum erstenmal Zweifel gekommen seien. Nach der Gründung der Kominform, antwortete er, eben als es deutlich wurde, dass man den Jugoslawen im eigenen Land keine Freiheiten lassen wollte. «Jahrhundertlang haben die Serben und Kroaten für andere gearbeitet. Nun, und jetzt erklärte man uns ziemlich offenherzig, das würde auch weiterhin so bleiben. Wir sollten Kohle und Erze fördern, aber keine Schmelzöfen und Stahlwerke aufbauen und keine für die Verarbeitung erforderlichen Maschinen herstellen dürfen. Man verweigerte uns Kraftwerke, um unsere Bauern mit Strom für Licht, Milchzentrifugen und Radioapparate versorgen zu können. Wir durften weder gute Autostrassen anlegen noch Lastkraftwagen produzieren noch unser eigenes Öl bohren, um sie damit zu betreiben. Nein, unseren Reichtum sollten wir ins Ausland schicken, unveredelt, wie wir es immer hatten tun müssen –, ausgenutzt sollten wir werden, eine Kolonie sollten wir sein, wie wir es auch früher gewesen waren. Nach allen uralten Kämpfen gegen Türken, Österreicher und Magyaren und dem Krieg unserer eigenen Generation gegen die Nazi und Italiener sollten wir uns auch in Zukunft mit den alten, schmutzigen Landstrassen begnügen, in Bauernopanken auf ihnen zu Fuss gehen und zur Seite treten müssen, wenn russische Ingenieure in Autos an uns vorübersausten. Genau so, wie die Serben zur Seite treten mussten, wenn die Türken auf ihren Maultieren vorüberritten.»

Ich dachte mir: Hier lag der Grund, den der kluge Mann im Kreml übersehen hatte. Konnte man sich wundern, dass sein Vorwurf des Nationalismus die Stellung Titos bei vielen jugoslawischen Kommunisten gestärkt, und vielen Kommunisten in anderen Ländern die Augen geöffnet hatte?

Als die Sowjetunion ihren Fehler eingesehen hatte, begann sie ihre Taktik zu ändern. Während mehrerer Monate konnte man eine Verschiebung ihrer Propagandalinie feststellen, bis

sich die neue Richtung schliesslich im Juni des Jahres 1949 deutlich erkennen liess, als Moskau einen jugoslawischen Protest gegen die Aktivität jugoslawischer Emigranten in Russland beantwortete, der besonders gegen die Unterstützung gerichtet war, die die sowjetische Regierung dem in Moskau erscheinenden antititoistischen Organ «Für ein freies Jugoslawien» zuteil werden liess²). Die Antwortnote der Sowjets behauptete, dass die Emigranten nicht, wie es Belgrad hinstellte, Verräter seien, sondern «wahre Sozialisten und Demokraten, echte Söhne Jugoslawiens», und stellte dann klipp und klar fest, dass Tito mit seinem «terroristischen und antikommunistischen Regime» ins «Lager der Feinde der Sowjetunion übergegangen» sei. Dies übertraf alles, was sich die sowjetische Regierung, ja sogar die russische Presse bisher geleistet hatte. Im September 1948 hatte die «Prawda» erklärt, dass Tito «mit den Imperialisten gemeinsam Front» bezogen habe. Am 2. Februar 1949 hatte das sowjetische Magazin «Slavyanye» die Behauptung wieder aufgegriffen, sie bekräftigt und wie folgt erweitert: «Die Gruppe um Tito hat sich jetzt endgültig zu den Imperialisten geschlagen und ist zum Werkzeug der imperialistischen Kreise der USA und Englands geworden, die gegen die mächtige Gruppe der Demokraten und gegen deren führende Macht, die Sowjetunion, ankämpfen’).» Jetzt bezeichnete die sowjetische Regierung in einer offiziellen Note diese Staaten als «Feinde der Sowjetunion» und zählte Tito und sein Regime dazu. Ein Feind der Sowjetunion! Stand eine Krisis bevor?

Mehrere Anzeichen deuteten darauf hin. Die Tschechoslowakei, Ungarn und Polen lösten in rascher Folge ihre Handelsverträge mit Jugoslawien. In der Konferenz der Aussenminister in Paris gab Wyschinski bekannt, dass die Sowjetunion Jugoslawiens Ansprüche auf Kärntner Gebiete nicht länger unterstützen könnte. Ein neuer Abschnitt in der Sowjetpolitik begann.

Angehörige des osteuropäischen Blocks hatten Jugoslawien zwar schon offen angegriffen, es jedoch immer noch stillschweigend der einigen Front zugerechnet, die man nach

aussen hin zur Schau stellte. Jetzt war diese Front zerbrochen worden. Als Gegenmassnahme schloss Jugoslawien seine Grenze gegen Griechenland, eine Massnahme, gegen die von der Kominform unterstützten griechischen Aufständischen. Seine Hilfe für die Rebellen hatte schon früher aufgehört, aber bisher war kein offizieller Schritt erfolgt, der den Anschein erwecken konnte, dass Jugoslawien den Westmächten beistehe, um den griechischen Bürgerkrieg zu beenden. Auch innerhalb der Kominform deuteten verschiedene Anzeichen auf Spannungen hin. In Ungarn und Bulgarien gab es Säuberungsaktionen, die sehr prominente Kommunisten hinwegfegten, in Sofia den Ministerpräsidenten Traitscho Kostoff und in Budapest den Aussenminister Laszlo Rajk. In Albanien entledigte man sich kurzerhand eines möglichen Rivalen des Ministerpräsidenten Enver Hodscha. Dieser Feldzug des Schreckens hatte vielleicht nur lokale Bedeutung. Er konnte aber ebensogut der Auftakt zu aktiven Massnahmen sein, die den Schwierigkeiten mit Tito ein für allemal ein Ende bereiten sollten.

Vier Nachbarstaaten Jugoslawiens, nämlich Ungarn, Rumänien, Bulgarien und Albanien, waren in aller Öffentlichkeit zu Gegnern von Titos Regime geworden und zufolge einer neuen Einstellung innerhalb der kommunistischen Bruderschaft auch zu Feinden des jugoslawischen Volkes. Gleichsam um Tito daran zu erinnern, dass die Wortgefechte in Presse und Radio und die Beleidigungen und Angriffe seiner ehemaligen Kominformgenossen sich jederzeit in Bomben und Gewehrkugeln verwandeln könnten, trafen von allen Grenzen Meldungen ein über unzusammenhängende aber andauernde räuberische Überfälle. Wieder und wieder entstanden anscheinend inspirierte Gerüchte über Zusammenziehung russischer Truppen in Ungarn und Rumänien. Es kamen Nachrichten von bulgarischen Umtrieben, die auf einen von der Kominform begünstigten Aufstand in Jugoslawisch-Mazedonien schliessen liessen. Im April noch hatte Tito die «kriegshetzerischen» Kreise des Westens für derartige Gerüchte verantwortlich gemacht. Jetzt vertrat er andere Ansichten.

Die russischen Manöver jedenfalls machten Tito nicht wankend in dem Kampf zwischen Ost und West (der an Stärke während der Verhandlungen, die im April zur Unterzeichnung des Atlantikpaktes führten, noch zunahm), seine Neutralität aufzugeben und an ihr nach Möglichkeit festzuhalten. Kurz vor jenem Ereignis hatte ein Vertreter der Pariser «Le Monde» in Belgrad bei «verantwortlichen Politikern» eine Umfrage gemacht, ob Jugoslawien «irgendwelchen» Angreifern Widerstand leisten würde. Man liess ihn wissen, dass man es «vorziehe, nicht zu antworten». In den ersten Apriltagen, so wurde berichtet, habe Tito, als er zur Erholung auf Brioni weilte, zu einigen örtlichen Abordnungen gesagt, dass «sowohl von den Kapitalisten des Westens als auch von den sozialistischen Oststaaten Lügen und verleumderische Propaganda» über das neue Jugoslawien verbreitet würden. Diese Bemerkung macht einen subtilen Unterschied zwischen offiziellen und inoffiziellen Verleumdern und Kriegstreibern. War das Absicht? Nun, nach seiner Rückkehr nach Belgrad sagte Tito anlässlich der dritten Tagung der Volksfront, dass «keine Einschüchterung, komme sie von West oder Ost, uns von unseren Prinzipien als entschlossene Gefolgsleute des marxistischen Leninismus oder von unserem eigenen Pfad der Sozialisierung abbringen kann». Er lenkte dann die Aufmerksamkeit auf die «hysterischen Schreie» der kapitalistischen westlichen Zeitungen, dass Jugoslawien nicht «zwischen zwei Sesseln sitzen könne», sondern sich bald dem «westlichen kapitalistischen Block anschliessen müsse». Weit eingehender beschäftigte er sich aber mit der «intensiven Propaganda der Volksdemokratien, nach der sich Jugoslawien in das kapitalistische Lager begeben habe und der Kapitalismus in unserem Land wieder auferstehe und dergleichen Unsinn mehr». Betont fügte er hinzu, Jugoslawien wünsche natürlich auf der Basis quid pro quo Handel zu treiben und jugoslawische Rohstoffe gegen Maschinen und Devisen einzutauschen. Jede andere Haltung sei «ein Verbrechen gegen unser sozialistisches Land». Es war jedoch schwer, die Pose der Neutralität beizubehalten, wo laute Beleidigungen aus den Kominformländern herüber-

schallten und angesichts der sympathisierenden Art, mit der Titos Unabhängigkeitskampf von den westlichen Regierungen betrachtet und von führenden westlichen Zeitungen lebhaft diskutiert wurde.

Am 15. Mai brachte die Kominformzeitung eine Karikatur Titos. Sie zeigte den Marschall als einen Hundebastard, wie er vor Uncle Sam aufwartet, der ihm Dollars zuwirft. In der gleichen Nummer wurde der Innenminister Rankovic ein Mörder genannt und Pijade ein elender Zwerg und in Vermengung der Metaphern ein «Hofnarr in Titos Menagerie». Die Beschimpfung Titos, ein Massstab für seine Bedeutung als Kominformfeind Nr. 1, nahm ungefähr die Hälfte der sechs Seiten umfassenden Ausgabe ein.

Die offizielle Feststellung der Sowjetunion, dass die jugoslawischen Führer ihre Feinde seien, befreite diese von einer ihnen auf gezwungenen Taktik. Sie lehnten zwar ihre Regierungsgrundsätze nicht denen der westlichen Demokratien an, betonten jedoch, dass diese sich von den Stalinschen Auslegungen des Begriffes unterschieden. Offensichtlich richtete Jugoslawien bei seiner Ausschau nach lebensrettenden Anleihen und Handelsbeziehungen den Blick nach Westen. Die entscheidende Wendung vollzog sich mit einer Änderung in der Haltung gegenüber Stalin. Die jugoslawischen Führer bezeichneten ihn jetzt als den wahren Abtrünnigen, den wirklichen Verräter im Kampf um die Errichtung eines echten und reinen internationalen Sozialismus. Im April hatte Tito die Kominformangriffe «einen Versuch zur Entfesselung des Bürgerkrieges in unserem Land» genannt. Jetzt machte er Andeutungen über eine Revolte innerhalb des Kominformblocks. Als der Jahrestag der Kominformresolution wiederkehrte, sprach das Parteiorgan «Borba» die prophetischen Worte, dass immer mehr Kommunisten dem Ruf Titos folgen und zum wahren Marxismus zurückfinden würden. Es hiess dort: «Innerhalb der internationalen Arbeiterbewegung erkennt man in zunehmendem Umfang die Wahrheit über den Kampf der Kominform gegen Jugoslawien und über die Grundsätze, für die unsere Partei eintritt. Alles spricht dafür, dass diese Sieger bleiben wird.» Tito machte seinerseits

ähnliche zuversichtliche Äusserungen. Anfangs August sagte er in Skoplje bei einer Ansprache an die Führer von Partei und Wehrmacht, er sei entschlossen, sich jeder Invasion entgegenzustellen und liess zum erstenmal klarwerden, dass er dabei insbesondere an einen Angriff von Seiten der Sowjetarmee denke. Er betonte die Stärke der jugoslawischen Streitkräfte und ihre ständige Einsatzbereitschaft. Dann erklärte er: «Auf den ersten Blick scheinen wir allein zu stehen, aber das ist nicht der Fall. Mit uns ist die Mehrheit der östlichen Völker und gleichfalls die der fortschrittlich gesinnten Völker in der ganzen Welt. Wenn die Welt ehrlich ist, so kann sie das Verdienst Jugoslawiens im grossen historischen Kampf gegen den Faschismus und die Versklaver unseres eigenen sowie anderer Völker nicht vergessen.»

Diese Rede zeitigte ein dreifaches Resultat. Sie liess Russland wissen, dass ein Angriff, direkt oder von einem Satellitenstaat vorgetragen, einen bewaffneten Konflikt heraufbeschwören musste und dass Tito für diesen Fall gerüstet sei. Ferner galten seine Worte wiederum den «fortschrittlichen Völkern» in der ganzen Welt, um bei ihnen Unterstützung zu finden in dem Kampf, den er als «echter» Kommunist gegen die Kominform Stalins führte. Zum Schluss jedoch stellte er dem jugoslawischen Volk vor Augen, dass in der bestehenden Gefahr eines Krieges es im Ausland Kräfte gäbe, auf deren Beistand man rechnen könne. Tito war vorsichtig genug, eine Unterstützung nur von «fortschrittlichen Ländern» zu erwarten, aber die Anspielung, was «die ehrliche Welt» von seinem Kampf der nationalen Selbsterhaltung halten musste, umfasste offensichtlich einen grösseren Kreis.

Noch in dem gleichen Monat wurde die sowjetische Schraube wieder fester angezogen. In der Note vom 11. August, mit der die Sowjetregierung Tito die Mitteilung machte, dass die jugoslawischen Ansprüche auf Kärntner Gebiete keine Unterstützung mehr finden würden, wurde ihm empfohlen, sich nach neuen Freunden umzuschauen, da er offensichtlich

«imperialistischen» Verbündeten Russland gegenüber den Vorzug gäbe. Nach einer weiteren Versteifung in der Feststellung, dass Titos Regime sich den Anschauungen der feindlichen Front angeglichen habe, endete die Note mit der offiziellen Erklärung: «Die jugoslawischen Völker müssen wissen, dass die Sowjetregierung das bestehende Regime Jugoslawiens nicht als Freund und Verbündeten, sondern als Feind und Gegner der Sowjetunion betrachtet⁴).»

Kurz nachher (am 20. August) drohte die Sowjetregierung im Verlauf eines Notenwechsels, der die Behandlung russischer Staatsbürger in Jugoslawien betraf, «andere, wirksamere Massnahmen zu ergreifen», wenn die «unmenschlichen Methoden» von Titos «faschistischem Gestaposystem» nicht ein Ende nähmen. Nach dieser eindeutigen Drohung besagte die Note weiter, dass in den Augen der Sowjets «die Führerschaft der Kommunistischen Partei Jugoslawiens sich mit den kommunistischen Parteien der ganzen Welt in Feindschaft befinde». Die jugoslawische Antwortnote stellte in scharfem Ton fest, dass die Regierung unabhängig und souverän sei und «bisher kein Druck von aussen eine Änderung der Innenpolitik bewirkt hat oder in Zukunft eine solche erreichen wird». Trotzdem erklärte sie sich bereit, alle zur Debatte stehenden Fragen mit der UdSSR im Sinn der gemeinsamen Verpflichtungen beider Regierungen zu bereinigen. Einige Beobachter sahen darin schon einen Ölzweig, ein Angebot für einen Ausgleich. Damit missdeuteten sie die ganze Auseinandersetzung, und «Borba» belehrte sie rasch eines anderen. In der Ausgabe vom 25. August hiess es, die sowjetischen Angriffsdrohungen seien nicht ernst zu nehmen, jedoch sei zu bemerken, dass die Sowjets die Beziehungen zu Jugoslawien vorsätzlich trübten und es als «undemokratisches und nichtsozialistisches Land» hinstellten, um ihm bei «demokratischen» Elementen des Auslandes zu schaden. Im ersten Jahr nach der Spaltung der Kominform, fuhr die Parteizeitung fort, hätten die Satelliten erfolglos versucht, Jugoslawien zu attackieren. Daher sei die Sowjetregierung jetzt gezwungen, bei den Angriffen auf Jugoslawien offen aufzutreten.

Gleichsam um diese Ausführungen zu unterstreichen, kam zur gleichen Zeit die Nachricht, drei Divisionen der Roten Armee hätten von Rumänien aus ungarisches Gebiet betreten und in der Nähe der jugoslawischen Grenze Stellung bezogen.

Moskaus Zorn wuchs noch, als man dort erkannte, dass die Wirtschaftsrepressalien, die Schimpfkanonaden und die Drohungen mit Waffen keinen sichtbar abschreckenden Erfolg hatten, obwohl es nicht ganz klar ist, welche Wirkung man damit auf einen Führer auszuüben hoffte, der gewohnt gewesen war, sein Leben in der Widerstandsbewegung immer wieder aufs Spiel zu setzen.

Am 30. August erging über Radio Moskau eine neue Note an Belgrad, in der Tito ein «niederträchtiger Deserteur» und seine Gefolgsleute «verrückte Faschisten» genannt wurden. «Borba» fragte, wenn es stimme, dass das jugoslawische Regime «gestapoartig und faschistisch», das sowjetische hingegen «demokratisch» sei, wie man dann erklären könnte, dass die jugoslawische Presse die Sowjetnoten veröffentliche, die russische hingegen die Jugoslawiens unterdrücke? Warum hatte die Sowjetregierung ihren Völkern vor einem Jahr die Antwort der Kommunistischen Partei Jugoslawiens auf die Resolution der Kominform verschwiegen? Würde sie diesmal die jugoslawische Antwort auf die letzte Sowjetnote veröffentlichen? Einige Tage später machte Pijade die ergänzende Bemerkung, Stalins Haltung zu Jugoslawien liesse sich nur mit Hitlers «Rassen»standpunkt kleinen Ländern gegenüber vergleichen.

Bald darauf entschied die jugoslawische Regierung, das Volk müsse über den Ernst der Lage genau unterrichtet werden, fand es aber gleichzeitig für gut, es wissen zu lassen, man stünde nicht völlig isoliert da. Den Lesern der «Borba» wurde daher am 4. September eine ganze Seite von Kommentaren des Staatssekretärs Acheson, des britischen Staatsministers Hector McNeil und einer grossen Anzahl westlicher Zeitungen vorge-setzt, die sich alle darauf bezogen, dass zwar eine Kriegsgefahr bestehe, man jedoch in den Weststaaten mit Titos Anstren-

gungen und Vorkehrungen, Jugoslawiens Unabhängigkeit zu erhalten und zu verteidigen, stark sympathisiere⁶⁾.

Die russische Polemik verstärkte sich um weitere feindselige Handlungen, die aber glücklicherweise nicht, wie man gefürchtet hatte, militärischen Charakter annahmen. Moskau hatte sichtlich beschlossen, seine offiziellen Verbindungen mit dieser widerspenstigen Regierung abubrechen und den Notenwechsel mit einem Gegner, der sich ebensogut wie Aussenminister Wyschinski auf Beleidigungen und Verleumdungen verstand, auf ein Minimum zu beschränken. Im September fand in Budapest der Schauprozess gegen Laszlo Rajk, den ehemaligen Innen- und Aussenminister statt, worauf wir später noch kommen werden. Rajk wurde angeklagt, sich mit Tito verschworen zu haben, die auf Seiten der Kominform stehende ungarische kommunistische Regierung zu stürzen. Der Prozess wurde zum Propagandawerkzeug, um Tito der Teilnahme an einer weitverzweigten Verschwörung gegen Moskau anzuklagen, die bis in die Zeit vor dem Krieg zurückreichen sollte. Während des Krieges habe er Moskaus imperialistischen «Feinden» (die damals allerdings Bundesgenossen Russlands waren) als Agent und Spion gedient. Die Anklage setzte voraus, Tito habe den Krieg genau so vorausgesehen wie den Überfall der Deutschen auf Jugoslawien, wie Russlands Rolle im Krieg, die Aufstellung einer eigenen Partisanenarmee, seinen Sieg im Krieg und bei der Aufrichtung eines kommunistischen Jugoslawien und seine aus all diesen Voraussetzungen zwangsläufig erwachsende Gegnerschaft zu Moskau. Da er dies alles im Voraus gewusst habe, hätte er sich einen Plan zurechtgelegt, um zum Westen überzulaufen, der, wie er ebenfalls voraussah, mit den Russen brechen würde. Bis es so weit war, betätigte er sich als Geheimagent der Westmächte.

Für eine so groteske Anklage gab es natürlich keine auch nur annähernd stichhaltigen Beweise. Trotzdem bediente sich die Sowjetregierung ihrer, vielleicht in Anlehnung an die von Rykow im Jahr 1926 aufgestellte Theorie, dass Verdächtigungen genau so wirksam seien wie eine erwiesene Schuld. Die Russen

nahmen die Anklage zum Anlass einer Kündigung des russisch-jugoslawischen zweiseitigen Paktes für Freundschaft, Beistand und Zusammenarbeit nach dem Krieg, den Tito unterzeichnet hatte, als er im April 1945 in Moskau zu Besuch weilte. Die Satelliten leisteten blindlings Gefolgschaft und lösten ebenfalls die Verträge mit Belgrad. Polen und Ungarn taten es am 30. September, Rumänien und Bulgarien am 1. Oktober. Die Bulgaren begründeten es damit, dass die jugoslawischen Führer «durch allerlei Spitzfindigkeiten versuchten, bulgarisches Gebiet zu annektieren». Die Kündigung durch die Tschechoslowakei erfolgte am 4. Oktober. Im Zusammenhang damit widmete das tschechische kommunistische Organ «Rude Pravo» eine ganze Seite den Beschuldigungen, Tito und Mitglieder seiner Regierung hätten während des Krieges mit den Deutschen zusammengearbeitet.

Diese Aktionen, die zeitlich zusammenfielen und Jugoslawiens Isolierung noch deutlicher werden liessen, und Titos wagemutige Antwort darauf, er liesse sich durch Drohungen nicht einschüchtern, hatten, wenigstens einem ausgezeichneten Beobachter zufolge, auf die Stimmung der jugoslawischen Bevölkerung keine nachteilige Wirkung. In einer Nachricht vom 4. Oktober, die M. S. Händler der New York Times aus Belgrad zukommen liess, heisst es, dass es Tito gelungen sei, seinen Anhängern wie seinen Gegnern die Furcht vor den Folgen der jugoslawischen Haltung zu nehmen. In einem Kommentar, der in Moskau kaum viel Freude ausgelöst haben dürfte, heisst es: «Die Masse des jugoslawischen Volkes, ohne Rücksicht auf ihr wirtschaftliches oder soziales Milieu, stimmt in einem Punkt überein, nämlich, dass der Staat von einer Gruppe von Männern geführt wird, die mit der Sowjetunion sehr gut fertigzuwerden verstehen und ihre Handlungen genau überlegen. Sogar die schärfsten Kritiker von Titos Innenpolitik schwiegen, da sie die glänzende Leistung der Führung eines Landes mit nur 15 Millionen Einwohnern, einem Staatenblock von mehr als 250 Millionen, der täglich zu schärferen Waffen greift, Widerstand zu leisten. erkannten.»

Den Sowjets war es nicht gelungen, Tito einzuschüchtern, und es blieben ihnen kaum andere Mittel, als ihre Streitkräfte in Jugoslawien einfallen zu lassen und Tito auf direktem Weg zu erledigen. In ihrer Wut hatten sie sich nicht damit begnügt, ihm Verräterei aus Schwäche, Irrtum oder Dummheit vorzuwerfen, sondern ihn zum vorsätzlichen, boshaften Schurken gestempelt. Er war kein Ketzer, sondern ein Ungeheuer, das seine Bundesgenossen verraten, seinen Wohltäter meuchlings erdolcht und sein Land verkauft hatte. Sein Kampf mit den Nazi war von Beginn an nur Schein gewesen, er war seit jeher ein verkappter Faschist und ein Spion der westlichen Reaktionen. Alle Prozesse in den Satellitenstaaten gegen die sogenannten Mitverschworenen Titos endeten selbstverständlich mit einem Schuldspruch. Das konnte natürlich niemanden überzeugen, der die Beweise kannte und sie mit den Tatsachen verglich. Die Anklagen, Tito sei seit langem ein Agent der Feinde der Sowjetunion gewesen, verpufften wirkungslos. Was konnte man jetzt noch tun?

Wenig Wirkungsvolles. Dies sollte sich bald zeigen. Im November trat die Kominform zum erstenmal seit dem vor anderthalb Jahren erfolgten Ausschluss der jugoslawischen Genossen zusammen. Sie nahm drei Resolutionen an, von denen zwei sich ausschliesslich mit Tito befassten. Ihr Inhalt lässt sich aus der dem eigentlichen Wortlaut vorangestellten Überschrift schliessen: «Die jugoslawische Partei in den Händen von Mördern und Spionen», vom Führer der rumänischen Delegation Gheorghiu-Dej. Die Resolution bedeutete für jene eine Enttäuschung, die darin neue Anklagen oder wenigstens eine neue Formulierung der alten Vorwürfe zu finden hofften. Neues ist darin überhaupt nicht zu finden. Wir brauchen daher hier nicht näher darauf einzugehen. (Obwohl die Versuchung, sie zum Beweis für die Auswüchse eines aufgeblasenen Militär- und Polizeiapparates zu zitieren, sehr gross ist.) Ihr hauptsächlicher Zweck schien darin zu bestehen, die Kommunisten in der ganzen Welt anzueifern, «ihre Pflicht zu tun», indem sie den jugoslawischen Bauern und Arbeitern hülften, ihr Land ins Lager

der Demokratie und des Sozialismus «zurückkehren» zu lassen. Sie sprach die Überzeugung der Kominform aus, dass sich dies erreichen lassen werde. Damit erschöpfte sich die Verlautbarung. Der Vorrat an Schlagworten war verbraucht und wirkungsvolle Taten liessen auf sich warten.

Anmerkungen zu Kapitel 10

1) Rede bei der Tagung der slowenischen Akademie für Kunst und Wissenschaft, Laibach, 16. November 1948.

2) Moskau unterstützte auch jugoslawische Emigrantengruppen bei der Herausgabe von gegen Tito gerichteten Zeitungen in den Hauptstädten der Satellitenstaaten: In Prag «Der neue Kampf». In Sofia „Vorwärts». In Bukarest «Unter dem Banner der Internationale». In Warschau «Für den Sieg».

3) Sowjetische Presseübersetzungen, veröffentlicht durch das Ostasien- und russische Institut der Universität Washington, Seattle, 17. August 1949.

4) Anhang der «Neuen Zeit», Moskau, 17. August 1949.

5) Diese Note gehört zu den Anklagen und Gegenanklagen im Zusammenhang mit der russischen Weigerung, Jugoslawiens Ansprüche auf Kärntner Gebiet weiterhin zu unterstützen. Einzelheiten finden sich in «The United States in World Affaires, 1949», a. a. O., Kap. 7.

6) M. S. Händler, «The New York Times», 5. September 1949.

7) S. Kap. 21.

11

TITO ZWISCHEN DEN FRONTEN

*«Die Geister, die ich rief,
die werd' ich nun nicht los.»*

Goethe

Wie lange würde Stalin sich von direkten Eingriffen, sei es offen und ohne Maske, sei es im Verborgenen oder durch Mittelsmänner, zurückhalten? Als der Angriff der nordkoreanischen Kommunisten auf die Republik Korea erfolgte, schenkte man der zweiten Hypothese in Belgrad besondere Aufmerksamkeit. Stalin hatte bei den Operationen gegen Tito seine osteuropäischen Satelliten vorgeschickt. Würde er auch bei dieser Taktik im Falle gewaltsamen Handelns bleiben? Übernahm er die Verantwortung erst, wenn er des Ausgangs der Sache völlig gewiss war?

Was immer an kritischen Ereignissen bevorstand, Tito war weder gewillt, noch imstande, sich anders denn als Kommunist und Diktator zu verhalten. Doch obwohl er das Regime in seinen Grundzügen nicht änderte, bemühte er sich, es im einzelnen zu verbessern. Die Richtlinien dazu gab Stalin selbst. Was dieser tat, musste notgedrungen falsch sein. Da der Russe mit Drohungen arbeitete, war es klar, dass Tito mit der Überzeugung operieren musste. Vom Jahre 1950 an beginnt er also mit dem Faktor «Überzeugung» zu arbeiten. Man bemühte sich, die bisher geübte Taktik fallenzulassen, Nachrichten aus dem Ausland mit abschwächenden und alarmierenden Kommentaren zu versehen und sie den eigenen Parteidoktrinen und -zielen entsprechend zu redigieren. Zum erstenmal seit Kriegsbeginn hat jetzt das jugoslawische Volk die Möglichkeit, die internationale Stellung des Landes aus eigenem zu beurteilen und

sich über die Haltung des Auslandes zu unterrichten. Man sah darin ein Anzeichen, dass Tito sich seiner Position im Inneren sicherer fühlte und das gerne zeigen wollte. Das am 21. Jänner desselben Jahres verabschiedete Wahlgesetz ermöglichte es auch Kandidaten, die nicht von der Regierung selbst aufgestellt wurden, sich bei den im Frühjahr stattfindenden Wahlen ins Parlament entsenden zu lassen. Ein Kandidat, der der Volksfront nicht angehört hat, durfte sich in einem Wahlkreis aufstellen lassen, in dem er mindestens 100 Unterschriften für sich verbuchen konnte. Dies stellte eine einschneidende Verbesserung gegenüber der früheren unmöglichen Bestimmung dar, nach der Kandidaten, die nicht der Regierungspartei angehörten, die Gefolgschaft des ganzen Landes nachweisen mussten. Der stellvertretende Ministerpräsident und Außenminister Kardelj lobte die Novellierung des Gesetzes als eine Massnahme zur Durchführung des wahren Sozialismus in Jugoslawien und zur Verhinderung der Bildung regierungsfeindlicher Untergrundbewegungen. Man verfolgte dabei wohl den Zweck, zu zeigen, dass die Regierung Titos stark genug sei, ein gewisses Mass von Opposition zu ertragen, wenn auch unter Bedingungen, die von «vornherein die Giftzähne» ausbrachen. Aber die Neuregelung erwies sich als eine zu ehrgeizige und wohl verfrühte Massnahme. Vielleicht hatte man sie auch von Anfang an falsch interpretiert. Im Verlauf der Wahlschlacht erklärte Marschall Tito sodann doch, dass es in Jugoslawien nicht Platz für zwei politische Programme gäbe und es den Gegnern des Sozialismus nicht erlaubt sei, sich als Kandidaten aufstellen zu lassen. Das bürgerliche Parteiensystem aus der Vorkriegszeit werde und dürfe nie wieder kommen¹).

Nach diesen Richtlinien wurde die Wahl am 26. Mai durchgeführt, und das Ergebnis brachte eine Mehrheit von mehr als 90 Prozent für die oppositionslosen Kandidaten der Volksfront.

Im Verlauf des Wahlkampfes versprach Tito der Bauernschaft die Milderung gewisser Härten des kommunistischen Systems, besonders bei der Zwangsablieferung. So sollte an Stelle der Ablieferung eines Schweines die Lieferung von elf

Kilogramm Schmalz genügen. Einem amerikanischen Farmer, der zwei Schweine füttert, mag diese Neuerung nicht als Entgegenkommen erscheinen, sie war es jedoch für den jugoslawischen Bauern, der nicht nur gewohnt war, willkürlich festgesetzte Mengen Lebendvieh und Feldfrüchte zu festgesetzten Preisen liefern zu müssen, sondern sich oft genug gezwungen sah, Getreide und Fett zu höheren Preisen auf dem freien Markt zu kaufen, um sein Ablieferungssoll decken zu können. Tito sagte auch die Bestrafung von unehrlichen örtlichen Funktionären zu. Schliesslich verkündete er, dass im Rahmen einer Verbesserung des Lebensstandards Fette und Getreide nicht mehr exportiert werden würden. Eine Dürre, die bald darauf die Felder Jugoslawiens heimsuchte, setzte allen Exporten sowieso ein Ende. Sie zerstörte auch Titos Plan, die bäuerlichen Ablieferungsquoten (ausgenommen Brotgetreide) herabzusetzen.

Auch im industriellen Sektor gab man sich Mühe, die bisherigen Gepflogenheiten einer Korrektur zu unterziehen. Anlässlich der UN-Generalversammlung in New York gab Kardelj im Jahr 1949 bekannt, dass er sich mit Plänen beschäftige, die eine Dezentralisation der Kontrolle in der Schwerindustrie herbeiführen sollten, um die Verantwortung der Staatsstellen und der einzelnen Direktoren zu vergrössern und der Initiative von privaten Unternehmern und Interessentengruppen mehr Spielraum zu geben. Ich erinnere mich gut, wie der mehrfach gebrauchte Ausdruck «Privatinitiative», der in den meisten kommunistischen Abhandlungen, die ich gelesen habe, fehlte, Eindruck auf mich machte. Kardeljs Plan wurde nach der Billigung durch das Parlament, am 20. Jänner 1951, in Angriff genommen und verwirklicht. Am 7. November erfolgte seine Kodifizierung in drei Erlässen des Präsidiums. Sie dezentralisierten die Kontrolle der Schwerindustrie, schafften das Ministerium für Bergbau und Energiewirtschaft ab und sahen die Errichtung von sechs Körperschaften zur Überwachung der dezentralisierten Industrie vor. Zwei von den Erlässen sollten auf einer das ganze Land umfassenden Basis beruhen, der dritte hatte sich mit den vier einzelnen Zweigen der Schwerindustrie

zu befassen. Die Verantwortung für Industrien von nur örtlicher Bedeutung wurde den Landesregierungen der sechs Republiken überantwortet, die den jugoslawischen Bundesstaat bilden. Ausserdem sollten in allen Fabriken und Bergwerken Arbeiterräte eingesetzt werden, die zusammen mit den von der Regierung bestimmten Direktoren die jeweiligen Unternehmen zu leiten hatten.

Der Vorsitzende der staatlichen Planungskommission, Boris Kidric, der im Präsidium über den Plan zu referieren hatte, gestand ein, es wäre «naiv» zu glauben, man könne «die Tendenz zur Bürokratisierung durch Direktiven beseitigen», solange der Kampf um die Sozialisierung noch im Stadium der Entwicklung stünde. Nichts destoweniger behauptete er, das neue Verfahren würde sofort zwei wichtige Resultate zeitigen: es hätte infolge der Stärkung der unabhängigen Initiative jener, die mit den örtlichen Voraussetzungen vertraut seien, eine Steigerung der Produktion zur Folge. Zweitens aber, und das wäre noch wichtiger, würde offenbar werden, dass die jugoslawische Regierung in schärfstem Gegensatz zu Stalins Konzept einer zentralisierten und bürokratischen Diktatur stünde und die Absicht bestehe, sich davon immer mehr zu entfernen. Man müsse allerdings zur Einschränkung allzu hoch gespannter Hoffnungen berücksichtigen, dass die sechs einzelnen Bundesregierungen eng mit der Zentralregierung verbunden bleiben und ihr verantwortlich sind und die weitgehend zentralisierte Struktur der kommunistischen Partei bei der Durchführung der einzelnen Massnahmen nach den Richtlinien der Regierung grundsätzlich gewährleistet bleibe. Man dürfe auch nicht aus der Tatsache, dass in der Sowjetunion mit der Einsetzung von Arbeiterräten Experimente gemacht werden, die Folgerung ziehen, dass sich dadurch allein wesentliche Änderungen in der Leitung der einzelnen Betriebe ergeben. Trotz allem erschien der Kardelj-Plan innerhalb der Grenzen kommunistischer Gedankengänge vernünftig. Ich weiss noch, wie sein Urheber in einem Gespräch mit mir bei Darlegung seiner Pläne mit den Händen zwei vertikale parallel laufende Linien zog, die die strenge Kontrolle des sowjetrussischen Planungs-

und Kontrollapparates in der gesamten Sowjetwirtschaft darstellen sollten. Dann beschrieb er nochmals zwei Linien, die zu einer breiten Grundlinie auseinanderliefen, um damit die Absicht Jugoslawiens zu verdeutlichen, der Industrie grössere Freiheiten einzuräumen und die von der Regierung empfangenen Wirtschaftsdirektiven den jeweiligen örtlichen Bedingungen anzupassen.

Die jugoslawische Regierung machte auch einige sehr verlockend klingende Zugeständnisse an die religiösen Gefühle des Volkes, besonders auf dem Gebiet der Gewissensfreiheit. In einigen Fällen wurde der serbo-orthodoxen Kirche bedeutsamer Besitz zurückgestellt, so der berühmte Patriarchenpalast und das theologische Seminar von Sremski Karlovci. Man liess auch durchblicken, dass man unter Umständen mit einer entgegenkommenderen Haltung in Fragen des Religionsunterrichtes an Volksschulen rechnen könnte. Skeptische Gemüter wollten allerdings erst die Durchführung dieser Massnahmen abwarten. Um die sich anbahnende Veränderung der Lage öffentlich zu bekunden, machte Tito, laut Associated Press, am 26. September 1950 dem Patriarchen Vikentije einen Besuch. Dieser war, nach langem Tauziehen zwischen antikommunistischen Bischöfen und solchen, die mit dem Regime zu einem Frieden kommen wollten, kurz vorher zum Oberhaupt der serbokroatischen Kirche gewählt worden. Die Regierung stellte auch an lutherische Gemeinden und Pfarren einige Kirchen zurück. Die versöhnlichere Haltung der römisch-katholischen Kirche gegenüber kam in der Tatsache zum Ausdruck, dass in Pazin, einer istrianischen Diözese, die erste Erzbischofsweihe zur Besetzung einer der neun leerstehenden Erzdiözesen stattfand. Im Oktober erfolgte die Entlassung des Bischofs von Mostar, der wegen «Kollaboration im Kriege» ins Gefängnis geworfen worden war. Dem Erzbischof Stepinac hatte die Regierung im Jahr 1949 inoffiziell das Angebot gemacht, ihn in Freiheit zu setzen, wenn er bereit sei, ausser Landes zu gehen oder sich in ein Kloster zurückzuziehen. Im November 1950 erneuerte Tito das Angebot in einer Unterredung mit C. L. Sulzberger.

[Am 5. Dezember 1951 wurde er tatsächlich aus dem Kerker von Lepoglava entlassen und ihm das Pfarrhaus seines Geburtsortes Krasic als ständiger Aufenthaltsort zugewiesen, den er nicht verlassen darf.]

Das bedeutsamste Kennzeichen für Titos Absicht, mehr durch Überzeugung als durch Gewalt zu wirken, zeigte sich in einer Verlautbarung vom 15. Oktober 1950. Vom 1. November an, hiess es darin, würden alle Privilegien von Partei- und Regierungsbeamten und Offizieren bei der Zuteilung von Lebensmitteln und Wohnraum aufgehoben. Die leicht durchschaubare Ursache zu der Verfügung lag in der erschreckenden Aussicht einer Hungersnot im Winter als Folge der grossen Dürre des letzten Sommers. Von Amerika waren wohl Hilfsmassnahmen durchgeführt worden, aber auf die grosse Masse umgelegt, konnte es sich nur um eiserne Rationen handeln. Tito wusste genau, dass er an Popularität verlieren musste, wenn die hungernden Massen sahen, dass einige wenige besser assen, bequemer wohnten und mit einem Benzin, das von der Regierung beigesteuert wurde, im Lande herumfahren. Die neue Verordnung besagte, dass künftig in Jugoslawien niemand Anspruch auf mehr als auf Schwerarbeiterrationen habe, wie sie Bergleute, Holzfäller und Schienenleger bezogen. Die Produkte jener Bauernwirtschaften, die bisher Lebensmittel an die «Sondergeschäfte» der Beamten lieferten, wurden wieder der Allgemeinheit zugeführt und diese Verkaufslokale geschlossen. Dasselbe sollte mit exklusiven Herbergen und Hotels, ausgenommen jenen, die den Gewerkschaftsmitgliedern zur Erholung dienen, geschehen. Freies Benzin durfte nur mehr für staatliche Zwecke ausgegeben werden. Unterhaltungen wurden mit Ausnahme der vom Staat veranstalteten verboten. Aus Sparsamkeitsgründen wurden Ausschmückungen und Möblierungen von staatlichen Gebäuden eingestellt.

Diese Verordnungen waren vielleicht mehr als ein Schachzug der Propaganda und als solche meisterhaft. Tatsächlich jedoch schienen sie sogar bedeutungsvoller zu sein. Denn noch nie hatte bisher ein kommunistisches Regime eine Gleichheit zwischen Regierenden und Regierten praktiziert.

Mit dem Dekret vom 15. Oktober hat Tito sowohl die Hierarchie der Sowjetunion als auch die der Satellitenstaaten in Verlegenheit gebracht. Er hatte dramatisch von der Praxis Stalins zur Theorie Lenins umgeschwenkt. Dem Wesen wie dem propagandistischen Effekt nach war dies eine echt revolutionäre Tat.

Ebenso wichtig vom propagandistischen Standpunkt und vielleicht noch wichtiger für die Charakteristik des jugoslawischen Regimes war die Ankündigung, dass die Gesetzgebung abgeändert und die gesamte Justizverwaltung reorganisiert werden würde.

Die Sowjetjustiz anerkennt nicht, was wir hier im Westen den Anspruch auf ein ordentliches Rechtsverfahren nennen. Die dortige Polizei verhaftet, hält zurück und bestraft Personen für bestimmte Delikte im geheimen in einem Verfahren, das als das «administrative» bekannt ist. Die vorgeschlagene Reform Titos würde die Rechtsprechung wieder ausschliesslich den Gerichten übertragen, und in einem solchen ordentlichen Rechtsverfahren würde der öffentliche Ankläger weniger Autorität haben als der Verteidiger. Wir können in diesem Fall nur sitzen und warten, bis die Vorschläge zum Gesetz werden. Und wenn es so weit ist, wird ein Hinweis gegeben werden, bis zu welchem Ausmass die persönlichen Rechte des Bürgers mit den Anforderungen eines kommunistischen Regimes in Einklang gebracht werden können.

Im Jahre 1950 haben die jugoslawischen Kommunisten einen ausgesprochen unkommunistischen Zug entwickelt, der nicht eines gewissen Humors entbehrte. Die Presse wurde beinahe leichtsinnig, indem sie ironisch darauf hinwies, dass die Sowjets für sich in Anspruch nehmen, dass Moskau das Zentrum des Universums sei und seit undenklichen Zeiten die Russen bei allen menschlichen Unternehmungen die Führer gewesen seien. Und wenn Gott wirklich Russland zum Paradiese, wie das die sowjetische Propaganda behauptet, erkoren hätte, dann hätte Eva Adam bestimmt in einem moskowitzischen Park bezaubern müssen, kommentierte ein respektloser Belgrader Journalist, und die nächste Folgerung der Russen wäre, zu beanspruchen, dass Christus ein Russe sei.

Es kam so weit, dass auch ernste politische Probleme aus einer besseren Perspektive betrachtet wurden. Die Publizisten unterfingen sich, die «schwarzen Reaktionäre» des Westens mit den sowjetischen «Kriegshetzern» zum Nachteil der letzteren zu vergleichen. Die Reaktionäre besäßen wohl eine grosse Macht, aber sie kontrollierten nicht zwangsläufig den Staat, wogegen die doppelgesichtigen Heuchler, wie Wyschinsky, die Frieden predigen und Krieg vorbereiten, die Regierung selbst seien. Was die jugoslawischen Beamten anbelangt, so schienen sie mir weniger dogmatisch, als dies in der ersten Blüte des kommunistischen Enthusiasmus der Fall war. Wenn sie zum Beispiel über den sogenannten freiwilligen Arbeitsdienst sprachen, dann gaben sie offen zu, dass dieser neben den Vorteilen auch Nachteile habe. Ich fand sogar mehrere, die zugaben, dass, obzwar der Arbeitsdienst viel nützliche schwere Arbeit geleistet habe – besonders in Strassenbauten, Bewässerungsanlagen und indem er die Kriegsschäden behob –, die Arbeit als solche langsam, unökonomisch und verschwenderisch sei, im Vergleich zu dem, was mit besonders geschulter und bezahlter Arbeit geleistet hätte werden können. Die Begeisterung und Energie vieler jugoslawischer Arbeiter aber muss jeden Besucher aus dem Westen beeindrucken. Sogar Jugendbrigaden, die immerhin obligatorische Arbeit leisten, sind voll glühender Begeisterung. Natürlich kann ich nicht dasselbe von den «Klassenfeinden» in den Arbeitslagern sagen, die in allen kommunistischen Ländern Osteuropas, Jugoslawien inbegriffen, ein Schandfleck sind. In Belgrad wie in Warschau sind es die Jugendbrigaden, die vorgeführt werden. Natürlich werden nur jene mit der besten Arbeitsmoral hiefür ausgewählt. Obwohl man dies weiss, kann man sich des tiefen Eindrucks kaum erwehren.

Als ich in Belgrad weilte, marschierte jeden Morgen eine Brigade von Jungen und Mädchen zu einer Trümmer- und Ruinenstätte auf der Terazija, meinem Hotel gegenüber. Sie kamen mit Fahnen und singend heran, stellten sich wie Leichtathleten zum Hundertmeterlauf auf, um sich auf ein gegebenes Signal auf eine zerfallene Mauer oder einen Hügel mit Bruch-

steinen zu stürzen. Mit blossen Händen gingen sie die Arbeit an. Einige Spitzhacken zum Umlegen des noch zusammenhaltenden Mauerwerkes waren wohl vorhanden, aber allgemein hatten die halbwüchsigen Buben und Mädchen nur ihre Finger, um den Schutt fortzuräumen und die Ruinen abzutragen. Die Ziegel schleppten sie einzeln stossweise fort oder gaben sie in langer Kette von Hand zu Hand weiter. So arbeiteten sie zehn Stunden bis 16 Uhr, und am nächsten Morgen waren sie singend wieder im Anmarsch. Der Inhalt der Lieder war nicht: «Ein junger Bursch trifft sein Mädchel», sondern «Du, Bursch, greif zur Spitzhacke, Mädchel, du schiebe den Karren.» Ich erkundigte mich gelegentlich bei einem Bekannten, der in einem Ministerium Dienst tat, wie es nur möglich sei, dass die jungen Leute mit nie erlahmender Begeisterung an die schwere Arbeit gingen. Er sagte: «Weil sie Jugoslawen sind. Wir wissen, dass wir arbeiten müssen.» Und dann fügte er hinzu: «Sie wissen auch, dass sie jetzt noch schwerer arbeiten müssen, weil Stalin uns zugrunde richten will, da wir nicht seinem Weg zum Sozialismus folgen wollen.» Der Nachsatz der ideologischen Begründung war eine nachträgliche Reflexion. Die erste Erklärung war die richtige.

Aber trotz dem Gesang auf dem Weg zur Arbeitsstätte (zuweilen auch beim Abschied) sind diese Jugendbrigaden etwas unsäglich Tragisches. Die Regierung begann einzusehen, dass die jungen Menschen nicht nur keine vollwertigen Arbeitskräfte sind, sondern dass sie einen hohen Zoll an Gesundheit zahlen, wofür später einmal die ganze Nation büssen muss. Der Hundertsatz an Tuberkulosekranken ist denn auch höher als in den meisten anderen zivilisierten Ländern der Welt. Allerdings ist das keine neue Erscheinung und kann nicht auf die Tatsache geschoben werden, dass man Menschen, die noch nicht ausgewachsen sind, zu schweren Arbeiten heranzieht. Andererseits versicherte mir ein einsichtsvoller Arzt, dass es unmöglich sei, die Tuberkulose erfolgreich zu bekämpfen, solange diese Gepflogenheit andauert. Dem Namen nach beruhten die Jugendbrigaden auf freiwilliger Basis, aber Burschen und Mädchen, die eine höhere Schule besuchen und später im Beruf einmal vorwärtskommen

wollten, wissen, dass der Nachweis eines Semesters freiwilligen Arbeitsdienstes wichtiger war als alle guten Noten in der Schule. Dieser Zustand hat sich allerdings in letzter Zeit geändert. Zumindest ist man jetzt einsichtig genug, zu erkennen, dass es wenig Sinn hat, die Auswahl der Bewerber für den Besuch einer höheren Schule nach der geleisteten Handarbeit zu treffen. Aber eine Tätigkeit irgendeiner Art, sei es auch nach Schluss der Büro- oder Schulstunden, wird voraussichtlich auf unbestimmbare Zeit notwendig sein, um die «richtige» nationale Haltung zu gewinnen und junge Menschen für einen Beruf im Leben, ausser für Feld- und Fabriksarbeit, zu berechtigen.

Das Erschreckende bei aller Energie und allem Fleiss der durchschnittlichen Arbeiter Jugoslawiens ist, dass sie als Gegenleistung nicht einen höheren Lebensstandard erreichen, ja, in weniger begünstigten Berufen nicht einmal genug zu essen bekommen, um ihre Spannkraft zu erhalten. Die Industriearbeiter, des Staates Schosskinder, werden bei der Zuteilung von Lebensmitteln begünstigt und ihre Karten bevorzugt eingelöst. Die höheren Partei- und Regierungsbeamten (beide Tätigkeiten liegen meistens in einer Hand) wohnen zwar in Villen, die von den «Nutzniessern» des alten Regimes, also von Kaufleuten, Bankiers und andern in Topchider und Dedinje erbaut wurden. Und sie fahren in Autos amerikanischer Herkunft. Doch nicht einmal, als sie noch im Genuss ihrer Privilegien waren, lebten sie auf einem Standard, um den sie ein durchschnittlicher Bürger im Vorort einer amerikanischen mittleren Stadt beneiden brauchte. Im Verhältnis zur gewöhnlichen Lebensweise der Jugoslawen, zum Vergnügen und Komfort der Masse des Volkes, war der Unterschied jedoch erschreckend gross. In kleinen Orten tritt dies weniger in Erscheinung als in Belgrad, wo die zahlreichen ehemaligen Regierungsbeamten, die enteigneten Unternehmer und Geschäftsleute und der ganze Rest des alten Bürgertums als Drohnen betrachtet werden und Rationen bekommen, die gerade zur Fristung des Lebens reichen.

Fast alles unterliegt der Rationierung. Alle, ausgenommen die Bauern (und einige, die zu arm sind, um sich selbst zu ver-

köstigen) beziehen Karten. Ungefähr 5,400.000 Einwohner von 15 Millionen sind Kartenbezieher. Über das Kontingent hinaus ist es jedem möglich, auf dem freien Markt einzukaufen, vorausgesetzt, dass er Geld hat und Waren vorhanden sind. Die Preise auf dem freien Markt können bis zu fünfzehnmal höher sein als die der gleichen mit Karten bezogenen Waren. Ein Paar Damensandalen in weissem oder braunem Leder mit roher Innenausführung kostet auf Bezugsmarken 280 Dinar, das sind fünf Dollar 80 Cents bei normalem Kurs, auf dem freien Markt jedoch 4.000 Dinar, also 80 Dollar. Auf Karten oekommt man natürlich nicht genug, um ausreichend leben zu können. Die sogenannten «städtischen Drohnen», denen die kleinsten Rationen zustehen, gehen mehr und mehr in Lumpen und können sich nicht sattessen²⁾). Im Frühjahr 1950 zum Beispiel gab es viele Dinge überhaupt nicht, angefangen von Nadel und Zwirn bis zu Kämmen und Seife, von Dingen also, durch deren Gebrauch sich die Lebensweise des Menschen von der des Tieres unterscheidet. Notwendig ist es auch, die Preise mit dem durchschnittlichen Einkommen zu vergleichen. Ein Angestellter oder kleiner Beamter in einem Belgrader Geschäft oder einer Behörde bekommt monatlich zwischen drei- bis vier-tausend Dinar, das sind 60–80 Dollar nach Normalkurs.

Die beste Ernährung, zugleich auch das grösste Elend, findet man auf dem flachen Land. Das erstere bei guten Ernten in reichen Gegenden, das letztere Jahr um Jahr in den armen Landstrichen. Voll Stolz erzählt man jedem Besucher, dass die Bauern, die sich vor dem Krieg im Jahr nur hin und wieder Zucker leisten konnten, ihn jetzt regelmässig kaufen. Nach «The Economist»³⁾ wird jetzt mehr Weizen verbraucht als durchschnittlich in Vorkriegsjahren, auch die Bauern behalten mehr für den Eigenbedarf. Beide Feststellungen seien dahingestellt – selbst für Jahre, in denen keine Dürre herrscht. Ohne jeden Zweifel herrscht in bäuerlichen Kreisen eine weitverbreitete Unzufriedenheit, sogar bei jenen Landwirten, die aus den unfruchtbaren Gegenden des Südens in die von deutschen Bewohnern geräumten Gebiete der Voivodina und in

andere ertragreiche Landstriche nördlich der Save und Donau umgesiedelt wurden. Man führt Klage über alles – von hohen Steuern und Zwangsablieferungen zu niedrigen Preisen, bis zu dem Mangel an Gebrauchsgegenständen in den Landstädten und den hohen Preisen für das, was erhältlich ist. Im Jahr 1950 sahen viele das Gespenst einer Hungersnot nahen. Tag und Nacht bedrückte sie die Furcht vor dem verhassten kommunistischen Programm mit der Kollektivisierung ihres Besitzes. Für das Kollektiv hat man in Jugoslawien einen anderen Namen, Radna Zadruga oder «Arbeitskooperativ», womit man an das traditionelle und gewohnte Familienrecht der serbischen Zadruga anknüpfen wollte. Die Regierung betont gern, dass sich die Bauern «freiwillig» zur Teilnahme an dem Arbeitskooperativen melden. Wörtlich genommen ist das richtig, denn sie bekommen weder eine geschriebene Aufforderung, noch zwingt sie ein Gendarm gewaltsam dazu. Tatsächlich liegen die Dinge so, dass es für jeden Bauern schwer, unangenehm und teuer, kurz, einfach unmöglich ist, nicht daran teilzunehmen. Im Frühjahr 1950 gab man die Zahl der Arbeitskooperationen in Jugoslawien mit 6500⁴⁾ an und das damit unter den «sozialisierten Sektor» der Volkswirtschaft gebrachte Land betrug 20 bis 25 Prozent der Gesamtfläche.

Der Druck der Regierung auf die Bauernschaft hat einen doppelten Grund. Erstens will man dadurch ein Maximum an Produktion erzwingen, um die Städte und Arbeiter ernähren zu können. Zweitens aber zielt man damit auf die Erfüllung der sozialen Forderungen, den privaten Landbesitz zu enteignen. Wenn ein Bauer sich einem Staatsgut anschliesst, kann, er den Rechtsanspruch auf seinen Grund und Boden behalten, freilich nur auf dem Papier. Höchstwahrscheinlich wird er gar nicht auf seinem eigenen Feld arbeiten; man steckt ihn in der näheren Umgebung in eine Arbeitsbrigade und setzt ihn nach seinen Fähigkeiten oder den Launen seines Vorarbeiters ein, als Erdarbeiter, als Ackerbauer oder in der Geflügelzucht. Er wird nach Arbeitsstunden entlohnt und sein Kommen und Gehen in der Früh und am Abend in seine Arbeitskarte

«gelocht» wie bei einem Fabrikarbeiter. Genau genommen ist auch er ein Industriearbeiter, der in der grossen Regierungsfabrik unter freiem Himmel beschäftigt ist. Er ist nicht mehr sein eigener Herr, der sich die Arbeit nach eigenem Willen einteilt und den Preis für seine Ernte einhandelt. Dies ist den Serben und Kroaten, deren Vorfahren seit Jahrhunderten auf freien Höfen sassen, ein Greuel. Sie sind daher widerspenstig. Der Regierung gelingt es nicht, sie zu überzeugen, dass es ihnen als Lohnarbeiter besser ginge, als wenn sie auf eigenes Risiko mit dem Wetter und den «Ausbeutern» in den Städten und im Ausland rechnen müssen. Es galt daher, einen Weg zu finden, auf dem sie zu der Erkenntnis kommen sollten, dass es ihnen jetzt und in aller Zukunft schlechter ginge, wenn sie bei ihrer Selbständigkeit blieben.

Aber zu dieser Bekehrung gab es nicht nur einen, sondern viele Wege. Die Vertreter der Regierung setzten sehr hohe, oft ausgesprochen unmögliche Quoten für die Zwangsablieferungen fest. Der Bauer, der sein Soll nicht erfüllen kann, sieht sich also zum Kauf auf dem freien Markt gezwungen, um Strafen zu entgehen, die er aus Rücklagen (wenn er welche machen konnte) nicht bezahlen könnte. Zuweilen sind die freien Preise unerschwinglich hoch (wenn es überhaupt etwas zu kaufen gibt, was auch nicht immer der Fall ist). Dann setzt sich der Bauer auf schmale Ration und gibt seine Lebensmittelvorräte her. Die Steuern sind hoch. Werkzeug, Bekleidung und Gebrauchsartikel aller Art sind schwer erhältlich und ihre Preise für die Bauern kaum erschwinglich. Von dem Notwendigsten entblösst, schwer bedrängt und in jeder Beziehung im Hintertreffen, geben sie es schliesslich auf und treten in ein Kooperativ ein – freiwillig!

Ich verbrachte einen ganzen Tag in mehreren Bauernhäusern eines fruchtbaren Landstrichs südlich von Belgrad. In den grossen Städten, besonders in der Metropole, beobachtet die Polizei scharf den Kontakt zwischen Ausländern und Einheimischen. Anscheinend nimmt man aber an, dass ein Bauer nichts, ausser was allgemein bekannt ist, zu erzählen hat und

er keine Verschwörung anzetteln wird. Gewiss ist auch, was er zu erzählen hat, die alte traurige Geschichte, aber ich fand sie immer wieder witzig und geistvoll vorgebracht.

Es war an einem Sonntag, Männer und Frauen waren zu Hause, diese nach bestem Können mit den Resten ihres bäuerlichen Putzes geschmückt. Zu einem Bauernhof gehörte ein kleiner Weingarten, so dass uns der Besitzer einen leichten, aber nicht schlechten Rotwein vorsetzen konnte. Eine von den vielen älteren Frauen brachte ein Stück trockenen Kuchens. Wir saßen auf einer Art Veranda oder Erker mit dem Blick auf den Hof, in dem zwei Schweine, eine Gans und einige Bienenstöcke zu sehen waren. Im Hintergrund lag eine abschüssige Viehweide. In der Luft war der Geruch und das Gesumm des Frühlings. Das Familienoberhaupt war ein meiner Ansicht nach hoher Sechziger, gebückt, aber immer noch voll Kraft und Leben. Nach seinen Worten betrug sein Besitz ungefähr zwanzig Morgen. Er gehörte also zu den Kulaken. Alles in allem zählte der Hof acht bis zehn Arbeitskräfte, lauter Familienmitglieder, darunter die Frau eines Sohnes, der gerade als Soldat diente. Der Bauer selbst hatte am Balkanfeldzug teilgenommen und den ersten Weltkrieg mitgemacht. Ich erkundigte mich nach seiner politischen Einstellung und bekam zur Antwort: «Ich bin ein Bauer.» An Steuern hatte er in den letzten Jahren je 62.000 Dinar für sein Grundstück entrichten müssen und war mit derselben Summe auch für das nächste Jahr eingestuft. Zum normalen Kurs sind das 1240 Dollar für ein Jahr oder 3720 Dollar für alle drei. Auf meine Frage, wie er diesen Betrag aufbringen könnte, sagte er, dass seine Ersparnisse dafür herhalten müssten. Nebenbei bemerkte er, dass er ein bestimmtes Quantum Wein zu liefern hatte und über den Rest frei verfügen konnte. Im vergangenen Jahr hatte er jedoch nichts übrigbehalten (der Wein, den er uns vorsetzte, war zwei Jahre alt), ja er hatte nicht einmal das Ablieferungssoll aufbringen können und musste daher für 150 Dollar auf dem freien Markt einkaufen. Überdies musste er für den schätzungsweise ihm verbleibenden Rest eine Steuer zahlen.

Alle diese Beträge zusammengerechnet, musste er in drei Jahren an den Staat fast 4.000 Dollar zahlen. Ich fragte ihn, wie lange er das aushalten könnte. «Nur noch dieses Jahr», antwortete er und fügte hinzu, bevor ich eine neue Frage stellen konnte: «Aber in eine Arbeitsbrigade werde ich nicht eintreten. Ich verstehe etwas von der Landwirtschaft. Mein Vater hat sie mich gelehrt. Ich habe meine Kenntnisse wieder meinen Söhnen weitergegeben. Wir arbeiten schwer. Unser Hof ist in einem guten Zustand, einer der besten in dieser Gegend. Nie werden wir uns unter das Kommando von unwissenden Leuten stellen, die keine Ahnung von der Landwirtschaft haben und meinen Hof nicht kennen. Ich habe auch keine Lust, meine Gewinne mit Bauern zu teilen, die auf ihrem Hof nicht so gut zu wirtschaften verstehen wie ich auf dem meinen, die weniger hart arbeiten und die nur profitieren wollen.» «Was soll also werden?» fragte ich. Er zuckte mit den Schultern. Ich fragte, ob er nicht die Polizei fürchte. Er antwortete mit der Gegenfrage: «Warum?» und setzte hinzu: «Es sind keine schlechten Kerle. Sie haben es nur schwer, weil sie ihre Aufträge haben. In unserm Dorf hier fürchten wir sie nicht. Bei den letzten Wahlen ging die alte Frau von dort drüben (er zeigte mit dem Finger auf die andere Strassenseite) zum Wahllokal und sagte: ‚Zeig mir doch das Loch, wohin der Zettel für die Leute kommt, die mir mein Schmalz weggenommen haben.‘ Na und was glauben Sie, hat sie ihren Zettel dort hineingesteckt? Keine Spur! Und dabei war eine Menge Polizei im Raum. Es hat geheissen, dass aus unserm Dorf sieben von acht Bewohnern für die Regierung gestimmt haben. Nun, ich weiss von niemandem, dass er für die Regierung gestimmt hat, und ich kenne alle hier.»

Da dieser Bauer tüchtiger war als der Durchschnitt, versuchten die Vertreter der Regierung offensichtlich, ihn mit allen Mitteln zum Verbluten zu bringen, um ihn auf die Knie zu zwingen. Als ich mich von ihm verabschiedete, hatte ich das Gefühl, dass sie ihn nicht beugen würden, obgleich ich nicht sagen kann, wie er dem entgehen sollte.

Die grosse Dürre mancher Jahre verschlimmerte die Lage

der Bauern allgemein in zweifacher Hinsicht. Sie zerstörte jede Hoffnung, dass sie ihr Soll erreichen konnten, und machte es der Regierung unmöglich, anders vorzugehen, als ihnen jede verfügbare Garbe Weizen und jedes Kilo Schmalz fortzuführen. Im März, in einer Zeit, als das Wetter noch günstig war, schickte eine Gruppe mutiger Bauern aus der Schumadia eine Bittschrift an Tito, in der alle Misstände aufgezählt worden waren. Er liess sie zu sich kommen, versicherte, dass ihre Klagen berechtigt seien und ordnete die Entlassung einiger Beamter an, die vermutlich Schuld hätten. Aber das war eine leere Geste. Die Beamten mögen nicht richtig gehandelt haben, Schuld daran hatte jedoch das System – Titos System. Obwohl er sich seiner Meinung nach von Stalins Verfälschungen des Marxismus losgelöst hat, hält er noch immer an dem doktrinären Glauben fest, dass der Marxismus die Möglichkeit gäbe, den Massen ein gutes Leben zu bieten, und er selbst, Tito, fähig sei, dies zu erreichen. Ob er nun das erstere noch glaubt oder nicht, das Vertrauen auf seine eigene Kraft hat er nicht verloren. Er war der einzige, an den sich die bedrängten Bauern wenden konnten. Und wie die französischen Könige, war auch er der einzige, der sie vor seinen Beamten retten konnte. Aber nach den furchtbaren Folgen der Dürre war er (innerhalb der Grenzen seines marxistischen Denkens) weniger denn je imstande, ihnen zu helfen⁵). Hatte er schon vorher über die Grenzen ins Ausland geschaut, um Hilfe zur Durchführung seines industriellen Entwicklungsprogrammes zu finden, zwang ihn nun die Dürre dazu, auch die Unterstützung mit Lebensmitteln zu suchen und mit Geld, um sie bezahlen zu können.

Von allem Anfang an war, abgesehen von einem Krieg, die beste Waffe der Sowjetunion gegen Jugoslawien die Wirtschaftsblockade. Die Handelsverträge, die zwischen den beiden Ländern vor dem Bruch bestanden hatten, waren am 25. Juli 1947 zum Abschluss gekommen. Danach wollte die Sowjetunion nach Jugoslawien «ganze Unternehmungen» einschliesslich aller technischen Beratungen auf Kredit liefern. Von Jugoslawien sollte sie als Gegenleistung, angefangen von 1950,

auf die Dauer von sieben Jahren Rohprodukte und harte Valuten beziehen. Am 28. Dezember 1948 gab der jugoslawische Minister für Schwerindustrie Einzelheiten bekannt, dass die Sowjetunion und die Satellitenstaaten, mit denen gleichfalls Handelsabkommen getroffen worden waren, ihre Verpflichtungen nicht erfüllt hatten. Zwei Tage später verlautbarte die offizielle russische Nachrichtenagentur TASS, dass im neuen Jahr der russisch-jugoslawische Handelsaustausch um sieben Achtel gekürzt werden müsse, «wegen unfreundlicher politischer Haltung der jugoslawischen Regierung». Der daraus entstehenden Schwierigkeiten vermochte Tito nicht durch Mut und Geschicklichkeit allein Herr zu werden. Er konnte zwar auf diese beiden Eigenschaften nicht verzichten, brauchte aber vor allem den Zutritt zu nichtkominformen Märkten und Kreditinstituten.

Sein oberster politischer Vorbehalt war selbstverständlich, dass er durch die Annahme von Krediten oder Anleihen der Westmächte nichts von seiner Unabhängigkeit und Selbstachtung verlieren dürfte. Um sie sich zu erhalten, hatte er Russland gegenüber alles aufs Spiel gesetzt, und er hatte nicht sein Leben und die Sicherheit seines Landes gefährdet, um sich schliesslich an den westlichen «Kapitalismus» zu verkaufen. Verständnisvoll verfolgten die Weststaaten die Politik, ihm soviel wie möglich zu helfen, ohne politische oder soziale Gegenleistungen zu fordern. Da es schwer war, einem kommunistischen Staat auch bei noch so stichhaltigen politischen und militärischen Begründungen öffentliche Gelder zu überweisen, schlug die Regierung der USA Tito vor, er möge sich an die in Washington befindlichen internationalen Kreditinstitute wenden. Als Auftakt öffnete Amerika die Wege zur Anbahnung ausgedehnterer Handelsbeziehungen, als sie sonst mit dem sowjetischen Staatenblock erlaubt sind. Der nationale Sicherheitsrat revidierte die amerikanische Handelspolitik derart, dass es amerikanischen Konzernen erlaubt wurde, an Jugoslawien alles zu liefern, was zum Aufbau einer «friedensmässigen Wirtschaft» erforderlich ist. Mehrere Handelsmissionen, darunter englische, französische

und italienische, trafen in Belgrad ein, um Übereinkommen des Warenaustausches zu treffen. Es war klar, dass verschiedene Produkte, besonders Metalle und andere kriegswichtige Rohstoffe, in USA Absatz finden konnten, wodurch Dollars ins Land kommen mussten, um die Importe nach Jugoslawien an Maschinen usw. bezahlen zu können¹). Aber dies Vorgehen allein reichte nicht aus, um das Loch in der jugoslawischen Wirtschaft zu stopfen. Tito hatte bei der Durchführung seines Fünfjahresplanes schon Zugeständnisse machen müssen, und, wie wir gesehen haben, war der Mangel an einfachsten Gebrauchsgütern zu einer Katastrophe geworden. Bargeld musste ins Land fließen.

Als im August 1949 die Internationale Bank ihre erste Abordnung nach Jugoslawien schickte, schien die Absicht bestanden zu haben, eine Anleihe von etwa 25,000.000 Dollar zu befürworten, um die Produktivität der jugoslawischen Landwirtschaft, des Bergbaus, Verkehrswesens, der Forstwirtschaft und Wasserkraft zu steigern, u. zw. ihrer Wichtigkeit nach in ungefähr dieser Reihenfolge. Mehr als ein Jahr später war eine Anleihe von annäherndem Umfang noch nicht garantiert worden. Ungefähr um die gleiche Zeit suchte man bei der Export-Import-Bank um eine Anleihe an, die hauptsächlich dem Ankauf von Maschinen zur Förderung der jugoslawischen Kupfer-, Blei- und Zinkproduktion dienen sollte. Die Nachricht, dass 20,000.000 Dollar zur Ausschüttung gelangen würden, bedeutete für Belgrad eine Ermutigung angesichts der feindseligen Handlungen, die von Seiten des Sowjetblocks erfolgt waren. Im Oktober folgte der «International Monetary Fund» mit einer Baranleihe von 3,000.000 Dollar, und die Internationale Bank stellte 2,300.000 Dollar bei, um ein Projekt zur Holzgewinnung und -Verarbeitung zu finanzieren, das von den Vereinten Nationen befürwortet wurde. Obgleich dies alles wenig erschien im Verhältnis zu dem, was man brauchte oder sich erhofft hatte, wurde diese Nachricht in Belgrad doch mit Genugtuung aufgenommen. Die Kominformpresse liess ein Freuden geschrei ertönen, dass die amerikanischen Imperialisten

nun erkannt hätten, wie billig man Jugoslawien kaufen könnte. Am 19. Oktober hiess es in einer serbokroatischen Sendung des Warschauer Rundfunks, Tito habe «Jugoslawien in eine Halbkolonie der Imperialisten» verwandelt als Dank für «die Abfälle von seines Herrn Tisch». Man trug keine Bedenken, dass diese Behauptung in den Ohren der Polen merkwürdig klingen konnte, da sie sich wohl erinnern mussten, dass auch sie im Jahr 1946 von der Import-Export-Bank eine Anleihe von 40,000.000 Dollar bekommen und sich noch mehr gewünscht hatten. Wenn 20,000.000 Dollar Anleihe einen Verrat am Kommunismus bedeuten, was hat dann erst ein solche von doppelter Höhe zu sagen? Doch die Nachricht wurde in serbokroatischer Sprache durchgegeben und wendete sich an jene Jugoslawen, die vielleicht Unlustgefühle bei der Aussicht empfanden, eine Anleihe ohne politische Gegenleistungen zu bekommen.

Im November 1949 änderten die Vereinten Nationen in Übereinstimmung mit England und anderen interessierten Mächten ihr Verbot zur Einschiffung von «kriegswichtigem» Material nach Jugoslawien dahingehend ab, dass Flugzeugbenzin, Schmieröle und «entsprechende Mengen» von Zivilflugzeugen, gebrauchten Motoren und Ersatzteilen zugelassen wurden. Man nahm auch Verhandlungen über die beiderseitigen Rechte der amerikanisch-jugoslawischen zivilen Luftfahrt auf. Man beachte das Wort «beiderseitig», das für Tito nach seinen Erfahrungen mit der jugoslawisch-sowjetischen zivilen Luftfahrt bedeutsam war. Am 24. Dezember wurde ein vorläufiges Abkommen unterzeichnet. Im Dezember unterschrieben ferner die Regierungen von Jugoslawien und England ein Handelsabkommen, das dem erstgenannten Partner einen Kredit von 8,000.000 Pfund Sterling zum leichteren Einkauf in England gewährte. Die Rückzahlung sollte in fünf Jahren geschehen. Es folgten dann zwei weitere Export-Import-Anleihen zu 20,000.000 und 15,000.000 Dollar, um Jugoslawien den Ankauf einer grossen und vielfältigen Anzahl von amerikanischen Waren zu ermöglichen, darunter Werkzeugmaschinen, Ersatzteilen und

dergleichen. Keine von allen Anleihen war mit politischen oder wirtschaftlichen Klauseln verbunden, die in irgendeiner Weise als innerpolitische oder aussenpolitische Einmischung in die Souveränität Jugoslawiens hätten ausgelegt werden können. Zusammen mit den vom «International Monetary Fund» beigestellten Summen wurden für die Regierung Titos bis Mitte März 1950, zusammen mit den britischen Krediten, 89,100.000 Dollar flüssig gemacht.

In Belgrad wurde mir gesagt, dass sich bei den Hauptausfuhrgütern die jährliche Förderung von Bleierzen auf 600.000 Tonnen und von Kupfererzen auf 700.000 Tonnen belief, dazu kamen Nutzholz, Silber, Mais u.a. Der Export in die Vereinigten Staaten erreichte im Jahr 1948 den Wert von 5,000.000 Dollar. Im folgenden Jahr stieg er auf 17,600.000, und man hoffte für das Jahr 1950 die Höhe von mehr als 30,000.000 Dollar zu erreichen. Bisher waren für die internationalen Anleihen keine Waffen in England oder in Amerika gekauft worden. Man hatte solche weder gewünscht, noch waren sie angeboten worden. Hätte Tito sie in anderen Ländern, z.B. in Schweden bei Bofors, kaufen wollen, dann hätte er Schwierigkeiten gehabt, da sie in Dollars bezahlt werden müssten.

Gegen Ende des Jahres 1949 hatte ein jugoslawischer Beamter zu mir über die, wie er sich ausdrückte, «realistische Haltung» Titos dem Osten und Westen gegenüber gesprochen. Er behauptete nicht, dass Tito infolge seiner Enttäuschungen mit Stalin von den Vorteilen des westlichen Kapitalismus und der Demokratie überzeugt worden sei. Ich nehme an, er wollte zum Ausdruck bringen, dass Tito eine charakteristische Seite in Stalins Vorgehen gegen ihn durchschaut hatte und er entschlossen war, nicht nachzugeben. Stalin hatte seinen Druck auf Tito nicht in der Erwartung verstärkt, die Wirtschaft Jugoslawiens und Titos Regime zusammenbrechen zu sehen, allerdings nicht in der Annahme, dass Tito zu einem verzweifelten Widerstand gegen den Osten oder zu einem Zusammenschluss mit dem Westen veranlasst werden könne. Sein Ziel konnte vielmehr nur gewesen sein, ihn von Verhandlungen mit dem

Westen, der allein sein Regime vor dem Sturz retten konnte, abzuschrecken. Glücklicherweise war die Politik der Londoner und der Washingtoner Regierungen klar und geschickt gewesen und hatte von Tito keine Gegenleistungen erwartet, die er als Kommunist und aus seinen fanatischen Unabhängigkeitsbestrebungen heraus nicht hätte leisten können. Hierin war ja gerade Stalins Politik missglückt.

In einer Rede des Aussenministers Eduard Kardelj auf der Generalversammlung der Vereinten Nationen trat am 26. September 1949 Titos Erkenntnis seiner Stellung zwischen Ost und West klar zutage. Kardelj gab seiner Überzeugung Ausdruck, dass unterschiedliche politische Systeme sehr gut nebeneinander bestehen könnten, nämlich auf «der Grundlage des Rechts der Selbstbestimmung für jede Nation und der Möglichkeit für jeden Staat, seinen eigenen Weg zu gehen». Er sagte dann, dass Kriege nicht wegen der Verschiedenheit der sozialen Systeme entstünden, sondern aus «imperialistischen und antidemokratischen Tendenzen in den internationalen Beziehungen, der Verletzung des Prinzips der Gleichberechtigung, der wirtschaftlichen Ausbeutung durch andere Nationen und aus der Einmischung in die Innenpolitik anderer Länder». Bei einer Begegnung mit Tito wenige Monate später machte ich eine Anspielung auf diese Rede, die offensichtlich sehr klug gewesen war. Sollte durch sie zum Ausdruck kommen, dass er ehrlich an die Möglichkeit eines friedlichen Nebeneinanders von Staaten mit gegensätzlicher sozialer Struktur glaube? Tito erwiderte, dass solch ein konfliktloses Nebeneinander in der Vergangenheit öfter bestanden habe. Wo es zu einer Auseinandersetzung gekommen sei, entstand sie nicht aus der Verschiedenheit der Systeme, sondern aus dem Ehrgeiz von Regierungen. Konflikte waren nie unvermeidbar, sie waren aber auch nicht wünschenswert. Wünschenswert sei jedoch immer der Wettbewerb gewesen, aus dem das fortschrittlichste System als Sieger hervorgehen würde. Gegen diese Antwort hatte ich nichts einzuwenden und wechselte daher das Thema. Ein Diktator besitzt immer die Kunst, seine Gedanken hinter einem ehrlichen Ge-

sicht zu verbergen. Ich kann daher nur hoffen, dass der grosse Ernst in Titos Ausdruck in diesem Augenblick einem ebenso grossen inneren Ernst entsprach.

Wir brauchen den Realismus Titos und seines Aussenministers nicht ausschliesslich mit guten oder ausschliesslich mit schlechten Motiven zu erklären versuchen. Ihre Erfahrungen mit «GrossVäterchen» hatten ihren naiven Glauben, dass ein Leben in einer internationalen kommunistischen Gemeinschaft eitel Wonne sein müsse, grausam zerstört. Ihre Verhandlungen mit London und Washington offenbarten ihnen, dass der Kapitalismus nicht unter allen Umständen ausbeuterisch und daher nicht ganz und gar schlecht sein müsse, trotzdem aber änderten die beiden Politiker ihre Grundeinstellung nicht. Auf der Generalversammlung der UN ein Jahr später, am 25. September 1950, sagte Dr. Kardelj, dass seine Regierung die Ablehnung des internationalen Finanzwesens im Zusammenhang mit den traditionellen kapitalistischen Prinzipien auch weiterhin beibehalten werde, auch dann, wenn die Kennzeichen einer Ausbeutung fehlten. Er führte aus, dass die jugoslawische Regierung kein System billigen könnte, das bei finanziellen Investitionen im Ausland nur die «wirtschaftlichen Interessen jener sieht, die das Kapital beisteuern, und nicht jener, deren Produktionskapazität erhöht werden soll». Seine Regierung müsste daher auf ihren Grundanschauungen beharren, auch wenn einzelne Transaktionen in «anständiger Gesinnung» durchgeführt seien. Seine Gründe dafür waren, dass beim Vorherrschen des kapitalistischen Systems es «einem kleinen Land ebenso unmöglich sei, seine unabhängige Politik zu verfolgen, wie es – in der Mehrzahl der Fälle –, trotz dem Vorhandensein der Vereinten Nationen gegen den wirtschaftlichen Druck, dem es ausgesetzt sei, kaum angemessene Anleihen erhalten könne. Die Vereinten Nationen, führte er weiter aus, müssten ein neues internationales Finanzsystem ausarbeiten, um «aggressive Länder» aus der bestehenden bevorzugten Position zu verdrängen.

Vielleicht erfolgten Kardeljs Ausführungen unter dem Einfluss einer neuen Situation, die den beruhigenden Auswir-

kungen der stetigen freundlichen Politik der amerikanischen Regierung gegen Jugoslawien und ihrem Bestreben, eine Einmischung in innere Verhältnisse zu vermeiden, Abbruch zu tun drohte.

Zu Beginn des Jahres 1950 schien es zu erweiterten Handelsbeziehungen zwischen Jugoslawien und Mitteleuropa zu kommen.

Im September dieses Jahres erklärte sich die alliierte Hochkommission in Deutschland bereit, einen Plan der Bonner Regierung zu billigen, an Jugoslawien nach einem zweiseitigen Abkommen eine Anleihe von 35,000.000 Dollar zu gewähren. Anscheinend stand diese deutsche Kreditgewährung jedoch im Zusammenhang mit laufenden Verhandlungen wegen der grossen Anleihe der Internationalen Bank an Jugoslawien. Für diese Bank besteht die Einschränkung, dass sie nur dort Anleihen auszahlen darf, wo die begründete Aussicht auf Rückzahlung besteht. Ihre Beamten waren nun offensichtlich nicht der Ansicht, dass die Anleihe wegen der ihrer Meinung nach ungerechtfertigten Überentwicklung der jugoslawischen Schwerindustrie auf Kosten der Leichtindustrie verantwortet werden könne. Für Tito brachte dies fast unlösbare Schwierigkeiten mit sich. Jede einschneidende Veränderung bei der Durchführung seines Fünfjahrplanes musste er als Minderung seines Ansehens bei seinen Anhängern empfinden. Daher zögerte er, unter diesen Umständen die Anleihe anzunehmen.

Die Jugoslawen mussten bisher das Gefühl gehabt haben, von der kapitalistischen Welt im Grossen und Ganzen entgegenkommend behandelt worden zu sein. Sie waren sich bewusst, dass sich der Westen ebenso realistisch wie sie an den gemeinsamen Verhandlungstisch setzte. Ihre Gegnerschaft gegen den Kapitalismus hatten sie nicht aufgegeben, wenn sie auch nicht wie Stalin annahmen, dass sie zu einem Krieg führen müsse. Sie stimmten auch nicht den Moskauer Äusserungen zu, dass die Kommunisten ihre Worte und Taten den taktischen Erfordernissen des Augenblicks anpassen müssten. Aber als überzeugte und praktizierende Kommunisten durften sie sich nicht wun-

dern, wenn wegen solcher früher ausgesprochener Ansichten die Beziehungen zum Westen nicht plötzlich auf vollem Vertrauen beruhen konnten. Das vom Westen zugeströmte Geld vermochte die jugoslawischen Bedürfnisse nicht restlos zu decken, und die Theorien, auf Grund deren ihre Zahlung erfolgt war, mochte ihnen wohl rückständig und keineswegs «fortschrittlich» erscheinen. Die Anleihen jedoch hatten die jugoslawische Wirtschaft vor dem Zusammenbruch bewahrt, und die Verhandlungen, durch die das Geld ins Land gekommen war, verliefen, mit den Worten Kardeljs, «anständig». Kein Jugoslawe konnte das gleiche über Stalins Abkommen mit oder gegen Jugoslawien behaupten.

[Die jugoslawische Entwicklung nach dem zweiten Weltkrieg weist drei Phasen auf: 1. die östliche (sowjetische), die bis 1948 reichte, 2. die neutrale und 3. die westliche, die 1951 die Oberhand gewann. Die sowjetische Orientierung war die Folge der Kriegseignisse, der Schwäche des Westens und der ideologischen Einstellung der Staatsführung. Nach dem Bruch mit Moskau und der Kominform hoffte diese weiter grundsätzlich kommunistische Staatsführung, zwischen beiden Mächtegruppen neutral zu bleiben, ja vielleicht sogar Jugoslawien als Basis einer «Dritten Kraft» ausbauen zu können. Jedoch die realen Geschehnisse waren stärker als alle abstrakten weltanschaulichen und prinzipiellen Konstruktionen. Sie zwangen Jugoslawien, sich dem Westen anzuschließen.

In der ersten Phase des Kominformkonflikts hat man von Seiten Jugoslawiens den Standpunkt vertreten, dass es sich hier um «innere Angelegenheiten der sozialistischen Länder handelt», und alle eventuellen Schlussfolgerungen, betreffend eine aussenpolitische Richtungsänderung, Fehlspekulationen westlicher Kapitalisten seien. Bereits 1950 griff jedoch die «Borba» einen amerikanischen Journalisten an, weil er von einem «Familienstreit innerhalb der Länder des Ostblocks» sprach. Man schrieb schon von einer «Degeneration der sowjetischen Führungsschichte», wengleich man die UdSSR noch immer als sozialistischen Staat betrachtete. Dies war die

offizielle Darstellung bis November 1950, ehe Titos Ideologe Milowan Djilas anlässlich der Unterzeichnung des amerikanischen Hilfsvertrages die These aufstellte: «Die UdSSR ist überhaupt kein sozialistischer Staat.» Demgegenüber hatte sich die Sowjetnote 197 schon am 11. August 1949 geäußert: «Lasst die Völker Jugoslawiens wissen, dass die Sowjetregierung die gegenwärtige Regierung Jugoslawiens nicht als einen Freund, sondern als einen Feind und Gegner der Sowjetunion betrachtet.» Mitte 1951 raffte sich Tito zu einer öffentlichen Monsteranklage der UdSSR auf, in der er sie der Ausrottung ganzer Völkerschaften bezichtigte.

«Die Sowjets morden in Albanien, Bulgarien, Ungarn, Rumänien, Polen und in der Tschechoslowakei, von Russland selbst gar nicht zu sprechen . . . Wo ist die deutsche Wolgarepublik, in der einst eines der fähigsten Völker der Sowjetunion gelebt hat? Sie ist in der sibirischen Taiga! Wo ist die Tartarenrepublik auf der Krim? Sie gibt es nicht mehr, sie ist in Sibirien, sie ist in der Taiga und im Morast untergegangen. Wo sind die Tscherkessen im Kaukasus? Auch sie gibt es nicht mehr, auch sie wurden von ihren Bergen und Felsen vertrieben, wo sie jahrhundertlang als freies Volk für die Freiheit gekämpft haben, auch sie sind in Sibirien ausgerottet worden, auch sie hat die endlose sibirische Taiga verschlungen, wo das Klima die Menschen unweigerlich mit der Zeit tötet. Wo sind tausende und aber tausende Esten, Letten und Litauer? Auch sie gibt es nicht mehr, tagtäglich werden sie nach Sibirien deportiert, wo sie noch einige Jahre Sklavenarbeit leisten, bevor sie an Erschöpfung und Kälte sterben. Das erwartet jeden Staat und jedes Volk, die es erlauben, dass sich die Sowjets ihnen auf den Nacken setzen.»

Am 6. Kongress der jugoslawischen Kommunistischen Partei sagte er als Generalsekretär der Partei vor 2.000 Delegierten, nachdem er die sowjetischen Propagandatricks wie «Friedenskampf» usw. verwarf, dass die UdSSR heute wieder die alten zaristischen Expansionsmethoden anwende. «Das Ergebnis dieser Politik war die Verwandlung einstmals unabhängiger

Staaten, wie der Tschechoslowakei, Ungarn oder Polen, in gewöhnliche, zur Ausbeutung bestimmte Kolonien.»

Noch im Februar 1951 wies es Tito als fast beleidigend zurück, ihm den Wunsch nach amerikanischer Waffenhilfe zu unterstellen. Aber schon im Sommer desselben Jahres bemühte sich General Kocian Popovic, der in der Jugend als Schriftsteller in Westeuropa gelebt hatte, eifrig um amerikanische Waffenlieferungen, die ihm auch am 14. November vertragsmässig zugesichert wurden. Heute ist ein erfahrener amerikanischer Militärdiplomat in Belgrad beauftragt, die Zusammenarbeit seines Landes im Rahmen dieses Abkommens mit der jugoslawischen Armee zu fördern. Der mehrtägige Besuch des US-Heeresministers Frank Pace, die Jugoslawienreise des Leiters des Amtes für Militärhilfe im US-Verteidigungsministerium Generalmajor George Olmstedt und des Stellvertreters des amerikanischen Generalstabschefs Generalmajor Clyde D. Edleman in Jugoslawien wurden in Belgrad als wichtiges Ereignis gewertet. In ihren dem Pentagon unterbreiteten Berichten sollen sie die ausgezeichnete Verfassung der jugoslawischen Einheiten, jedoch auch die Mängel mancher Waffengattungen hervorgehoben haben. Minister Pace, der von einer Übung einer jugoslawischen Einheit, der er in der Umgebung Belgrads beigewohnt hatte, hinsichtlich deren Ausbildung, sehr beeindruckt gewesen sei, hat erklärt, die USA wünschen dem Land auch weiterhin die Hilfe zu leisten, die Jugoslawien benötige. Im folgenden September wurde eine jugoslawische Militärmission nach Athen entsendet. Titos Losung der bedingungslosen Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit findet allgemein begeisterte Zustimmung. Die Geschlossenheit der jugoslawischen Völker wäre im Ernstfall derjenigen der unter Sowjetherrschaft stehenden Nachbarvölker weit überlegen. Die Aufwendungen für die Landesverteidigung erreichen mit 23% allerdings einen sehenswerten Rekord.

Der jugoslawische Raum hat für die Verteidigung des Westens gegen einen eventuellen Angriff der sowjetischen Streitkräfte und ihrer Satelitten eine besondere Bedeutung.

Für Sowjetrußland bedeutet dieser Raum sowohl ein Durchmarschgebiet zur Adria als auch ein Einfallstor in der Richtung Italien und Griechenland, ja darüber hinaus zum östlichen Becken des Mittelmeeres. Die strategische Wichtigkeit Jugoslawiens erwies sich auch nach dem Bruch Titos mit dem Kominform, indem die kommunistische Bewegung in Griechenland ohne Titos Hilfe sofort zusammenbrach und somit den Versuch der Sowjets, sich an der Ägäis festzusetzen, zunichte machte.

In aller Stille wurde das öffentliche Leben Jugoslawiens reformiert. Es begann mit der Abschaffung des «freiwilligen» Arbeitsdienstes, für den jetzt in der Tat niemand mehr gegen seinen Willen gepresst wird. Dann wurde die Pflicht aufgehoben, an den Abend- und Sonntagskursen teilzunehmen, die kommunistisches Gedankengut vermittelten. Der Misserfolg der früheren «Schulung» ist damit offen anerkannt worden. In der staatlichen Verwaltung werden die übertriebensten Massnahmen des Belgrader Zentralismus abgebaut und Jugoslawien ist erst jetzt auf dem Wege, ein föderativer Staat zu werden. Insbesondere haben die Belgrader Zentralämter ihre Rolle als Lenker der Industrieproduktion verloren. Diese Rolle wurde von den sogenannten Fachräten der Länder übernommen, die mit den Landesregierungen in Verbindung stehen.

Am überraschendsten aber kam die Ausgabe eines neuen Losungswortes. Es lautet: Die Einzelinitiative soll wieder zu Ehren kommen. Zum ersten Male kehrte sich Jugoslawien vom Moskauer Dogma im Frühsommer 1948 ab, als es sich weigerte, den Stalinismus anzuerkennen und das eigene Land in den Dienst der russischen Expansionspolitik zu stellen. Jetzt versucht man auch die Übertreibungen der russischen Erziehungspolitik auf ein vernünftiges Mass zu reduzieren. So wird der ideologische Kampf aus den Betrieben in die Schulen verlegt, die Arbeiter haben jetzt nach getaner Arbeit ihre volle Freiheit. Hier, in den Schulen, wird allerdings noch eifrig für den Marxismus geworben.

Die finanziellen Beziehungen Jugoslawiens zum inter-

nationalen Kapitalmarkt haben sich in den letzten Jahren merklich intensiviert. Das Land hat daraus für die Fortführung seines Aufbauprogramms und für die Stabilisierung seiner Wirtschaft grossen Nutzen gezogen. Diese Entwicklung begann nach der Proklamation des politischen und ökonomischen Boykotts gegen die Regierung Marschall Titos im Jahre 1948 durch die Sowjetunion und ihre Satelliten, eine Proklamation, welche den Erfolg der riesigen Anstrengungen des neuen Jugoslawien in den ersten Nachkriegsjahren zur Behebung der Kriegsschäden wie überhaupt der ökonomischen Rückständigkeit des Landes zunichte und das Regime Marschall Titos liquidierungsreif machen sollte.

Doch es kam anders. Jugoslawien fand im Westen Kapitalquellen, die teils kurz-, teils langfristige Kredite lieferten. Freilich gab es Anlaufschwierigkeiten, die hauptsächlich im Misstrauen des Westen gegenüber der sozialistischen Einrichtung des Landes begründet waren. Die jugoslawische Regierung konnte jedoch die Interessenten im Westen davon überzeugen, dass die reichen Rohstoffquellen ihres Landes sichere Garantien für das Rückfliessen der gewährten Kredite bieten.

Die amerikanische Hilfe beläuft sich auf rund 100 Millionen Dollar im Jahr, und es kann wohl kaum ein Zweifel darüber bestehen, dass während des Besuches des englischen Aussenministers Eden nicht nur über Triest und manche strategische Probleme, sondern auch über wirtschaftliche Fragen diskutiert wurde; man versteht in Washington, London und anderswo, dass eine politische Annäherung durch eine wirtschaftliche untermauert werden muss. Wobei es Marschall Tito zweifellos verstanden hat, sich eine erstaunliche Unabhängigkeit in seinen Entschlüssen und Handlungen zu bewahren.

Die Wandlungen in der jugoslawischen Wirtschaftspolitik sind denn auch viel weniger Folgen der politischen Annäherung an den Westen, als vielmehr solche des ideologischen Bruches mit Moskau; sie sind das Ergebnis einer Absage an den Staatskapitalismus, wie er in der Sowjetunion praktiziert wird, sowie der Anerkennung der alten marxistischen Auffassung vom

«Absterben des Staates». Praktisch wirkt sich dies auf dem industriellen Sektor in einer starken Dezentralisierung im Gegensatz zu der vorher verfolgten Politik einer weitgehenden Zentralisierung aus. Auf agrarischem Gebiet wurde neben anderen freiwirtschaftlichen Massnahmen die zwangsweise Kollektivisierung der Bauern fallengelassen.

Bis 1950 wurde alles von «oben» geregelt. Das Politbüro entwarf alle Pläne bis ins Einzelne, und Leitung und technische Entwicklung lagen in den Händen von Kommunisten, die aber nicht aus sachlichen, sondern aus politischen Gründen bestellt worden waren. Die Ergebnisse waren dementsprechend; die Vergeudung von Arbeitskräften, Materialien und Arbeitszeit war enorm. Diese Zeit ist nun vorbei. Wohl wird der zentrale Plan noch von den obersten Regierungsstellen ausgearbeitet, aber seine Durchführung den unteren Instanzen überlassen, den einzelnen Volksrepubliken, Kreisen und Bezirken.

Die Betriebe werden nach strengen Rentabilitätsprinzipien geführt, sie treten in Konkurrenz mit anderen Unternehmen, kaufen ihre Rohstoffe und verkaufen ihre Erzeugnisse meistens am freien Markt.

Es wäre natürlich noch verfrüht, über das neueingeführte System zu urteilen – es wird in einem Land mit einer wenig trainierten und erfahrenen industriellen Arbeiterschaft zweifellos durch eine Menge von Anfangsschwierigkeiten und Kinderkrankheiten hindurchgehen müssen, aber es scheint, dass die Betriebe ihre Hilfsquellen jetzt wesentlich rationeller nützen und billiger und erfolgreicher produzieren als früher, da sie ihre Einnahmen an einen zentralen Staatsfonds abliefern mussten. Es wird berichtet, dass sich Quantität wie Qualität der Waren in den letzten anderthalb Jahren wesentlich gebessert haben, die Preise der Konsumgüter, obwohl noch immer hoch genug, sind zurückgegangen, und alle Rationierung wurde abgeschafft.

Auch in der Agrarpolitik hat der Doktrinarismus einem gesunden Realismus Platz gemacht. Zu dieser Wendung hat zweifellos der Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion beigetragen, in dem sich der passive Widerstand der Bauern

gegen die Kollektivisierung manifestierte. Die Landwirtschaft Jugoslawiens ist noch immer sehr rückständig – der Fünfjahresplan fördert ja in erster Linie die industrielle Entwicklung. Die landwirtschaftliche Nutzungsfläche ist um nahezu eine halbe Million Hektar oder vier Prozent geringer als vor dem Krieg, die Getreideanbaufläche ist sogar um eine Million Hektar oder 16 Prozent zurückgegangen. Das ist eine sehr ernste Entwicklung, da die inländische Nachfrage mit Zunahme der industriellen Bevölkerung und der Hebung des Lebensstandards steigt. Auch der Viehstand wurde vermindert, und zwar am merkbarsten zwischen 1949 und 1951: Rinder, Schafe und Geflügel um zehn, Schweine um fünf Prozent.

Die entscheidende Ursache dieses Rückschlages war der Versuch der Regierung, die Bauern in Kollektivwirtschaften zu pressen sowie das Zwangssystem bei der Ablieferung, das die Bauern verpflichtete, ihre Produkte zu niedrigen Preisen dem Staat abzuliefern. Dazu kam noch eine hohe und vielfach willkürliche Steuerbelastung jener Bauern, die ihre Selbständigkeit aufrechterhielten; kurz, die privaten Bauern hatten keinen Anreiz, sich anzustrengen und ihre Produktion zu steigern. Wenn man bedenkt, dass diese noch immer etwa drei Viertel des gesamten Agrarlandes bearbeiten, dann begreift man, dass sich ihr passiver Widerstand höchst ungünstig auf die landwirtschaftliche Produktion des Landes auswirkte.

Diese Politik der Zurücksetzung der privaten Bauernwirtschaften wird nun ebenfalls revidiert. Die Zwangsablieferung wurde abgeschafft und der freie Markt für Agrarprodukte wiederhergestellt. Wohl tritt nach wie vor in erster Linie der Staat als Käufer auf, aber er zahlt die normalen Marktpreise, und der Bauer ist, angesichts des grösseren Angebotes von Gebrauchswaren, nun auch wieder imstande, für das von ihm eingenommene Geld einzukaufen, was er braucht. Kollektivwirtschaften, die keinen Gewinn abliefern – etwa zwei Drittel aller bestehenden – werden reorganisiert oder aufgelöst. Der Gedanke der Zusammenfassung der Bauern für wirtschaftliche Zwecke wurde keineswegs aufgegeben, schon mit Rücksicht auf

die vielen kleinen Betriebe, die nicht rationell arbeiten können. Es geht nun offenbar darum, eine neue Form der genossenschaftlichen Organisation zu finden, und es ist bemerkenswert, dass eine jugoslawische Delegation das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen in Dänemark, also in einem der Heimatländer der Demokratie, studierte. In den Kollektivwirtschaften andererseits wird das seinerzeit nach russischem Muster eingerichtete System der Arbeitsbrigaden abgeschafft und durch eines ersetzt, in dem Familien oder Familienverbände Parzellen zugewiesen erhalten.

Monatelang wurde in der jugoslawischen Öffentlichkeit über die Reform des jetzigen Staatsgrundgesetzes debattiert. Der erste Entwurf einer neuen Verfassung, nur in den Grundzügen in der Presse gebracht, hat inzwischen noch verschiedene Umwandlungen erfahren. An der Redaktion waren einige leitende kommunistische Politiker, darunter der Parteiveteran Pijade, zusammen mit mehreren Fachleuten des Staatsrechtes beteiligt. Die Neuordnung soll der Entwicklung des jugoslawischen Staatswesens von der Volksdemokratie, des von Moskau beeinflussten Typs, zu einer freieren Form der Zusammenarbeit zwischen Kommunisten und Nichtkommunisten rechtlichen Ausdruck geben. Sie soll gleichzeitig dazu beitragen, weitere Kreise der Bevölkerung, die bisher der kommunistischen Führung des Staates zurückhaltend gegenüberstanden, stärker für das öffentliche Leben zu aktivieren.

Aus den Bestimmungen, die als Ergebnis der bisherigen Erörterung bereits festgelegt sind, geht hervor, dass gewisse Grundauffassungen des Kommunismus vom öffentlichen Recht auch im Staate Titos künftig durchaus in Geltung bleiben sollen. Die klassische Lehre von der Teilung der Gewalten als Bürgschaft jeder Rechtsordnung wird von Pijade und seinen Mitarbeitern abgelehnt. Gesetzgebende und ausführende Gewalten sollen zusammenfallen, wovon man eine Stärkung der Staatsmacht, sowohl nach aussen wie vor allem nach innen, also in ihrer gesellschaftsumbildenden, sozialrevolutionären Kraft erhofft.

Die Umbildung der örtlichen und bezirklichen Selbstverwaltung nach den neuen Grundsätzen ist bereits zu einem gewissen Abschluss gediehen. Die künftige Staatsverfassung baut bereits auf den Erfahrungen auf, die man in der Selbstverwaltung sammeln konnte. Der ursprüngliche Gedanke, eines der beiden Häuser des Parlaments aus Vertretern der Orts- und Bezirksräte zusammenzusetzen, ist aber wieder fallengelassen worden. Man will jetzt zwei Kammern der Volksvertretung aus einer direkten Wahl hervorgehen lassen, eine Bundeskammer, zu der allen Staatsbürgern das gleiche aktive und passive Wahlrecht gegeben werden soll, und eine «Produzentenkammer», in der nur die «schaffenden Stände» aus Stadt und Land ihre Vertreter haben werden.

Um den föderativen Charakter des jugoslawischen Staatswesens auch in den obersten Organen der Politik zu bewahren, wird voraussichtlich ein kleiner Teil der Abgeordneten der Bundeskammer aus Vertretern der Einzelländer bestehen, ungefähr ein Fünftel der Mitglieder des Hauses. Gegen gewisse Beschlüsse, welche die Sonderrechte der Bundesländer beeinträchtigen könnten, steht dieser Minderheit der Abgeordneten, wenn die jetzt formulierten Vorschläge durchgehen, ein aufschiebendes Veto zu. Die Zuständigkeit von Bundeskammer und Produzentenkammer soll im Übrigen für die verschiedenen Gegenstände der Gesetzgebung verschieden abgegrenzt werden.

Für Angelegenheiten von allgemeiner staatspolitischer Bedeutung sind auch gemeinsame Beratungen und Beschlussfassungen beider Häuser des Parlaments vorgesehen. Sollten sie in anderen Fragen nicht übereinstimmen, so hat man ein unständliches Verfahren entworfen, um eine Einigung zustande zu bringen. Man rechnet also mit der Möglichkeit von Meinungsverschiedenheiten. Dabei ist wohl nicht nur an solche Differenzen gedacht, wie sie sich schon jetzt in sozialen Fragen gelegentlich zwischen Partei und Gewerkschaften ergeben.

Man will auch ausdrücklich Abgeordnete in beiden Häusern haben, die nicht von der Kommunistischen Partei vorgeschlagen sind, und hat zu diesem Zweck die Kandidatenaufstellung durch

verhältnismässig kleine Gruppen von Stimmberechtigten zugelassen, die sich nur zu diesem Zweck zusammenzufinden brauchen. 'Allerdings ist kaum damit zu rechnen, dass in einem Lande wie Jugoslawien auch grundsätzliche Gegner des jetzigen Regimes die Gelegenheit erhalten, dieses zu ändern. Die Meinungsverschiedenheiten werden praktisch sicherlich nur innerhalb gewisser sachlicher Grenzen ausgetragen werden können.

Als das oberste Repräsentationsorgan wählt das Parlament einen Präsidenten und ein Präsidium aus 30 bis 45 Personen. Diesem Präsidium werden manche Funktionen zugedacht, die in anderen Ländern die Regierung hat. Die eigentliche Verwaltung soll aber auf verschiedene «Räte» verteilt werden, wie schon jetzt solche an Stelle der früheren Ministerien bestehen. An der Spitze dieser Räte wird je ein Staatssekretär stehen, der mehr Fachbeamter als Politiker sein soll. Dem Parlament wird er in der Regel nicht angehören; eine Ausnahme ist nur für den Staatssekretär des Auswärtigen vorgesehen.

Die syndikalistische Organisationsform der jugoslawischen Industriebetriebe, also der Gedanke der Selbstverwaltung und Selbstverantwortung der in den Fabriken beschäftigten Arbeiter und Angestellten, bedeutet sicherlich einen grossen Fortschritt und eine radikale Abkehr von den volksdemokratischen Zwangsmethoden. Aber dennoch haftet diesem System ein sehr ernstes Gebrechen an: es gibt keine Klammer, die die einzelnen Unternehmungen sozialpolitisch zu einer höheren Einheit zusammenfasst. Sie schwimmen sozusagen einzeln herum, eine von der anderen getrennt, jede isoliert und alle zusammen des Gemeinschaftsorgans entbehrend, das ihre sozialen Ansprüche an der Spitze des gesellschaftlichen Aufbaues vertreten und durchsetzen könnte. Marschall Tito wurde mit 568 Stimmen gegen eine zum Staatschef gewählt. Er versprach während seiner Amtszeit für die Einhaltung der Gesetze zu sorgen und behauptete, dass die Einführung der neuen jugoslawischen Verfassung der schwerste Schlag sei, den die Kominform seit 1948 erhalten habe. Das Parlament werde von nun an nicht mehr

eine Maskerade sein, sondern ein Ort, wo harte Arbeit geleistet werde.

«Stellen Sie sich vor, lieber Freund, der Krieg in Korea ist noch nicht zu Ende, und Stalin schreibt schon über den Frieden!» Mit diesen ironischen Worten umschrieb ein Karikaturist der «Borba» die jugoslawische Ansicht zu den bekannten «Friedensartikeln» Stalins im «Bolschewik». Zur weiteren Illustration der sowjetischen Friedensliebe veröffentlicht dieselbe Zeitung eine Aufzählung von Zwischenfällen innerhalb der Grenzen Jugoslawiens gegenüber den Satellitenstaaten. Von Jänner bis Oktober 1952 wurden 42 bulgarische Spione in Jugoslawien von der Polizei aufgegriffen und 11 in Feuertreffen an der Grenze getötet. Die Zahl der Agenten, die im Auftrage Moskaus und seiner südöstlichen Filialen in Jugoslawien arbeiten, geht in die Hunderte.

Die jugoslawischen Behörden sind besonders wachsam seit dem Bakov-Skandal im letzten April. Man musste damals feststellen, dass die Sowjetbotschaft ihre Vertrauensleute selbst im jugoslawischen Aussenministerium sitzen hatte. Nikita Bakov, ein hoher Ministerialbeamter im Aussenamt, hielt drei Jahre lang unentdeckt Verbindung mit den russischen Botschaftssekretären. Während Herr Wyschinski auf der dritten Vollversammlung gegen die Tätigkeit «imperialistischer Spione» in Osteuropa wettete, fotografierte sein Mitarbeiter Makarow die Dokumente der jugoslawischen Delegation, die ihm Bakov für ein Weilchen ausgeliehen hatte. Bakov erhielt lebenslänglich Zuchthaus. Sein Gegenspieler, Botschaftssekretär Karamanow, erhielt dagegen eine höfliche Einladung der jugoslawischen Regierung, das Land zu verlassen. Er bestieg mit 17 Koffern das Flugzeug nach Moskau.

Dass im gleichen Atemzug der Kreml und der Heilige Stuhl als Waffenbrüder gegen Tito-Jugoslawien hingestellt werden, gilt allerdings mehr als Protest, und naturgemäss konnte Tito keine Beweise für diese Behauptung erbringen. Es entbehrt nicht der Ironie, dass der frischgebackene Antistalinist Marschall Tito, der die heutige Generallinie des Kremls fanatisch verneint,

in kirchlichen Belangen die russischen Methoden befolgt und ganz wie Stalin selbst glaubt, durch die Errichtung einer «Nationalen Volkskirche» dem jugoslawischen Staatsgedanken dienen zu können.

Den ersten Prozess, den ein kommunistischer Staat nach dem Krieg gegen prominente Persönlichkeiten der katholischen Kirche inszenierte, hatte Tito «in seinem Land» anbefohlen. Monsignore Alois Stepinac, Erzbischof von Agram, wurde gegen jedes Recht zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt. Seine am 5. Dezember 1951 der Weltmeinung und dem neuen westlichen Kurs zuliebe erfolgte Freilassung bedeutete keine grundsätzliche Richtungsänderung, sondern nur eine vorübergehende taktische Schwenkung. Dass Tito manchmal den Schein religiöser Toleranz erweckt, entspringt, zumindest bisher, rein aussenpolitischen Zielen. Was Tito im Augenblick will, ist, den von ihm zur Staatsidee Jugoslawiens erhobenen Kommunismus «gesellschaftsfähig» zu machen. Tito hat Erzbischof Stepinac keineswegs «rehabilitiert», sondern ihn nur, und das vielleicht nicht einmal endgültig, amnestiert. Unverantwortliche Publikationen trachten voll schmutziger Phantasie nach wie vor den hohen Priester, der stets mannhaft gegen nationalsozialistische und nationalistische Übergriffe aufgetreten war, mit Ustaschaverbrechen in Zusammenhang zu bringen. «Was eine ganze Welt als Recht fordert, stellt Tito hartnäckig als Gnade hin, deren die Kirche und ihre Vertreter in keiner Weise würdig sind.» («Offenes Wort», katholisches Wochenblatt, Wien, am 26. Juli 1952.)

Der Kirchenfürst selbst erklärte westlichen Korrespondenten in seinem ihm zugewiesenen Wohnsitz, dem Pfarrhaus von Krasic: «Ich selbst bin der beste Beweis dafür, dass es in Jugoslawien keine Freiheit gibt ... Die Freiheit, die ich habe, ist nur Schein. Ich darf das Pfarrhaus nur verlassen, um in der Kirchp die Messe zu lesen. Ich darf keinerlei Verbindung mit der Aussenwelt haben. Jede Korrespondenz ist durch die äusserst scharfe Zensur sehr erschwert. Aber ich brauche keine Freiheit. Ich ziehe den Tod jedem Kompromiss vor, und mit Gottes Hilfe hoffe ich diesem Entschluss treu zu bleiben.» Zvonko Brkic, der

Organisationssekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Kroatiens, der zugibt, dass keine zehn Prozent der Bevölkerung Kommunisten sind, fordert, dass die Partei «den Pfaffen und der religiösen Verdummung endgültig den Rest gibt». Iwan Leko, leitender Beamter im Unterrichtsministerium, schreibt im «Vjesnik», dem Organ der Volksfront Kroatiens, im Hinblick auf die Pflichten des Lehrers im neuen Staat: «Eine seiner vornehmsten Aufgaben ist der Kampf gegen die Reaktionäre, mittelalterliche Finsternis und die negative gesellschaftliche Rolle des Klerus, unter dessen Banner sich alles sammelt, was anational denkt und aus verschiedensten Gründen den neuen Fortschritt und den Sozialismus hasst. .. Von besonderem Interesse für den Lehrer muss auch das schädliche Unterfangen des Klerus sein, der alles versucht, um auf die Erziehung unserer Kinder Einfluss zu erhalten. Hier handelte es sich daher nicht nur um einen Kampf gegen eine Mystik, sondern um den Kampf gegen die reaktionären Anschauungen über das Leben und die Gesellschaft, um den Kampf gegen negative und menschenfeindliche Gewohnheiten und Bestrebungen.»

Am 27. Juli 1952 schreibt wieder «Vjesnik», der Glaube sei eine Sache des Gewissens, wirft aber dem Kaplan von Jostrebarsko, Petro viö, in einem Atemzug vor, dass er vor der Kirche auf die Kinder warte, um sie zum Religionsunterricht in die Kirche zu locken.

Der Marschall selbst aber führte unter anderem aus: «Ich weiss, dass man uns im Ausland oft vorwirft, dass wir die Kinder Gott und der Kirche entfremden usw. Wir können aber unter keinen Umständen gestatten, dass die Jugend dem Aberglauben verfällt. Für uns ist nämlich das alles nur ein Aberglaube. Wenn wir die Naturwissenschaften kennen, dann haben wir ein Niveau erreicht, wo wir die Entwicklung im Weltall und in der Gesellschaft restlos verstehen und wo wir kompromisslos gegen den Aberglauben vorgehen müssen. Wir verfolgen die Religion nicht und überlassen es jedem, dass er sich dazu stellt, wie er will, wir werden aber niemals erlauben, dass Kinder einen ganz anderen Weg einschlagen, als wir es für sie wünschen. Der

Staat hat das Recht auf die Kindererziehung, und er wird die Kinder sozialistisch erziehen. Wir werden in dieser Hinsicht niemals und keinem Druck aus dem Ausland nachgeben ... Ich weiss, der Kampf um diese Kinder ist sehr schwer. Sie unterliegen allen möglichen Einflüssen... Alte Anschauungen, alte Sitten und der Kampf der reaktionären Elemente versuchen mit allen möglichen Mitteln, unsere Jugend von der neuen sozialistischen Weltanschauung abzubringen. Das sind grosse Hindernisse, die uns im Wege stehen, ihr dürft aber nicht kleinmütig werden ...»

«... Die Kominform vom Norden streut ihre Agenten in unsere Mitte. Aber wir verhaften sie. Ebensowenig werden wir den Kominformleuten Roms gestatten, unter uns zu wirken.»

Der Besuch des britischen Aussenministers Anthony Eden in Jugoslawien am 18. September 1952 war schon deshalb bedeutungsvoll, weil Mister Eden der erste Aussenminister einer Grossmacht ist, der Jugoslawien nach dem zweiten Weltkrieg besuchte. (Britische Minister hatten Jugoslawien schon besucht.) Der erste Aussenminister des Westens überhaupt, der Jugoslawien besuchte, war der österreichische Aussenminister Doktor Karl Gruber (Juni 1952). Auch dieser Besuch war ein wichtiges Ereignis zur Herstellung besserer Beziehungen Jugoslawiens zu seinen nicht der Sowjetunion zugehörigen Nachbarländern.

Der Besuch Edens dürfte an folgenden Problemen nicht vorbeigegangen sein: der Frage der Einbeziehung Jugoslawiens in den Atlantikpakt, der Triester Frage und voraussichtlich der Frage einer weiteren Annäherung zwischen Jugoslawien und Grossbritannien. Die Ernennung des Erzbischofs Stepinac zum Kardinal, die gleichzeitig mit der des Primas von Polen, des Erzbischofs von Gnesen-Warschau, Wiszinski, erfolgte, rief einen Sturm des Protestes in Belgrad hervor und veranlasste Tito, die diplomatischen Beziehungen zum Vatikan abzubrechen.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass sich das Regime noch unverändert auf dem gefährlichen Weg der

Religions- und Priesterverfolgung befindet. Ohne nun den realen politischen Wert dieser traurigen Tatsache übersteigern zu wollen, muss doch gesagt werden, dass hier eine rasche Umkehr notwendig erscheint, um nicht angesichts einer starken Reaktion des Westens auf manche Vorgänge anlässlich der jugoslawischen Kirchenverfolgung vieler politischer und wirtschaftlicher Erfolge verlustig zu werden.]

Am Anfang meines Buches sprach ich von den «Lichtsignalen», die die jugoslawischen Kommunisten seit der erfolgten «unmöglichen» Spaltung den Kommunisten anderer Länder gaben. Die späteren Kapitel haben gezeigt, wie aus der Spalte ein Abgrund geworden war, über den hinweg die Sowjetunion und ihre Satelliten ihrem früheren Bundesgenossen Beleidigungen zuschrien und sie zunächst Ketzer, dann Verräter, Feinde und Agenten der Gegner aller echten Kommunisten nannten. Ich habe auch dargelegt, wie der russische Druck und die Drohung mit physischer Gewalt die Vermutung nahelegten, dass ihre Polemiken jederzeit zu unmittelbaren kriegerischen Handlungen werden könnten. Jetzt ist es wichtig, zu betrachten, welche Wirkung diese Entwicklung auf die Führerschicht der osteuropäischen Satellitenstaaten und auf jene nichtkommunistischen Massen ausübte, über die sich die Kommunisten als Regierende gesetzt hatten. Urteilt man nur nach den hysterischen Reaktionen der Sowjetunion, dann muss Titos Auflehnung und das Fortbestehen seines unabhängigen kommunistischen Staates überall dort, wo das Wort des Kommunismus Gesetz ist (um wieder ein nichtadäquates Wort zu gebrauchen), grosse Hoffnungen oder Befürchtungen hervorgerufen haben.

[In dem Bericht, den Marschall Tito am 3. November 1952 dem 6. Kongress der Kommunistischen Partei Jugoslawiens unterbreitete, heisst es: «Die Kriegsdrohung scheint zwar derzeit weniger akut zu sein, besteht jedoch in latenter Form weiter und birgt zahlreiche Gefahren in sich.» Die Gründe dieser Situation liegen nach Ansicht des jugoslawischen Staatschefs in den imperialistischen Methoden der Regelung internationaler Probleme, die seit den Konferenzen von Teheran, Jalta, Moskau

und Berlin angewendet werden. Diese Methoden hätten zu einem Konflikt zwischen den Grossmächten geführt, sei es um die Teilung der Beute oder der Interessensphären, sei es zur Befriedigung der unersättlichen Gier, sich ausländischen Gebietes zu bemächtigen und ganze Völker in die Sklaverei zu führen, wie dies die Sowjetunion getan habe.

Die Völker Grossbritanniens, Frankreichs, Belgiens, Italiens und Hollands sowie verschiedener anderer Staaten seien, wie Tito betonte, mit verschiedenen Schritten der Amerikaner unzufrieden, obwohl sie und andere seit dem Kriege Milliarden Dollar aus den USA erhalten hätten und noch erhalten, während die Lage der von den sowjetischen Imperialisten ausgeplünderten und versklavten Staaten eine ganz andere ist.

«Wir können heute offen erklären, dass die ganze Aussenpolitik der Sowjets trotz aller Propagandatricks, wie Friedenskampf usw., der grosse Faktor war, der zur gegenwärtigen internationalen Spannung führte.»

Tito befasste sich mit der imperialistischen Auffassung von einer Teilung der Welt in Interessensphären, die ihren Triumph in den erwähnten Konferenzen gefeiert habe. «Die Politik der Interessensphären», erklärte der Marschall, «berücksichtigt nicht den Willen und die Aspirationen der kleinen Völker, deren Zustimmung vernachlässigt wird. Eine solche Politik ist mit einer friedlichen Zusammenarbeit gleichberechtigter Völker unvereinbar und zielt darauf ab, einen neuen Krieg zu provozieren. Die Sowjetunion weiss dies sehr gut und verfolgt trotzdem weiter eine solche Politik, die nur darauf abzielt, die Verantwortung mit allen Mitteln der Propaganda auf andere abzuwälzen. Jugoslawien ist es gelungen, sich jeder Teilung in Interessensphären zu entziehen, und die Sowjetunion hat im Jahre 1948 ihre erste Niederlage erlitten, als sie Jugoslawien versklaven wollte. Die zweite Niederlage erfolgte in Korea, welches Landes sich die Sowjets indirekt durch einen Krieg der Interessensphären bemächtigen wollten».

Tito kam hierauf auf den von der Sowjetunion vorgeschlagenen Pakt der fünf Grossmächte zu sprechen und sagte:

«Wir sind prinzipiell nicht gegen ein Abkommen zwischen den Grossmächten, aber ein solches kann nur auf der Basis der Charta der UN abgeschlossen werden, nämlich auf Grund des Rechtes der kleinen und grossen Staaten, selbst über sich zu bestimmen.»

Die Sowjets wollten auch die UNO in ein gewöhnliches Forum für demagogische Propaganda verwandeln. Tito forderte eine raschestmögliche Beendigung des koreanischen Krieges und erklärte es für wichtig, dass das koreanische Volk selbst über sein Schicksal entscheiden könne und die UNO jede ausländische Einmischung in dieses Land verbieten dürfe.

«Um ein wirksames Funktionieren der Vereinten Nationen bei deren Bestrebungen, sich einer Aggression zu widersetzen, zu gewährleisten», schloss der jugoslawische Staatschef, «ist es erforderlich, dass die irrigen Methoden zur Lösung grosser internationaler Probleme aufgegeben werden, die sich die Grossmächte in Teheran, Jalta, Moskau und Berlin zu eigen gemacht haben.»

Am 28. Februar 1953 wurde der erwartete Freundschaftspakt zwischen Jugoslawien, Griechenland und der Türkei abgeschlossen, der zweifellos einen Erfolg der amerikanischen Bestrebungen bedeutet, die Stabilität auch in diesem Gebiet herzustellen und es gegen eine Aggression zu sichern. Der Vertrag sieht regelmässige Besprechungen auf wirtschaftlichem, kulturellem und militärischem Gebiet vor. Dass keine eigentliche Militärallianz abgeschlossen wurde, kommt in der Bezeichnung «Vertrag der Freundschaft und Zusammenarbeit» zum Ausdruck. Der Vertrag soll zunächst für fünf Jahre gelten. Die drei Partner verpflichten sich, keinem Pakt beizutreten, der gegen einen von ihnen gerichtet ist. Eine der Bestimmungen stellt fest, dass der Beitritt anderer Staaten freisteht, wobei man wohl an Italien im Falle einer endgültigen Bereinigung der Frage Triest mit Jugoslawien denken mag. Da Jugoslawien nicht der Nato angehört, wird festgestellt, dass das Abkommen nicht den Verpflichtungen der Türkei und Griechenlands aus dem Atlantikpakt widerspricht.]

Anmerkungen zu Kapitel 11

1) M. S. Händler, The New Yorker Times, vom 22. Jänner und 13. März 1950.

2) Hier sind einige Preise als Beispiele dafür, was ein Ehepaar zu zahlen hat, wenn es auf dem freien Markt die Rationen ergänzen will. (Notizen, die ich mir im Frühling 1950 von den Preisen in den Belgrader Schaufenstern machte): Herrenhalbschuhe, schwarz oder braun, grobe Innenausführung, pro Paar 116 Dollar (Schuhbänder inbegriffen, das ist wichtig, denn man bekommt sie kaum) – und graue Wolldecken, nichtgesäumte Kanten, 94 Dollar pro Stück. Kaffee pro Pfund 16 Dollar. Butter 7 Dollar das Pfund. Drei Eier für einen Dollar.

3) London, 24. Juni 1950.

4) Das Tempo der Entwicklung kann aus dem Vorhandensein von 3046 festgestellten Arbeitskooperativen im Frühling 1949 geschlossen werden. Einer Meldung der New Yorker Times vom 8. Oktober 1949 zufolge führte Borba zur selben Zeit die Zahl mit ungefähr 5.000 an. Der schon erwähnte Artikel im «The Economist» gibt die Anzahl für das Jahr 1948 mit 1318 an.

5) Die Nachrichten von Gaston Coblentz aus Belgrad im Spätsommer und Herbst 1950 erzählen von herzzerbrechenden Leiden der Bauemfamilien und sogar von Bauemunruhen in Belgrad selbst. (New York Harald Tribune, 1., 10. und 23. August und 9. und 17. September 1950.)

6) Beispielsweise lief im August 1949 der jugoslawische Frachter «Gorica» in Brooklyn mit einer Ladung von Metallen, hauptsächlich Blei und Kupfer, ein, deren Wert auf 1,800.000 Dollar beziffert wurde. (The New York Times, 31. August 1949.)

12

BOLLWERK DER POLNISCHEN UNABHÄNGIGKEIT

Polen ist eine allgemein zugängliche Landstrasse, auf der ständig fremde Armeen aufeinanderprallen.

v. Clausewitz

Polen ist der grösste und reichste unter den sowjetischen Satellitenstaaten und von allen am stärksten vom Willen zur Selbständigkeit beseelt. Beide Umstände lassen die sowjetischen Probleme und Möglichkeiten bedeutsamer als in jedem anderen osteuropäischen Land erscheinen. Die Anstrengungen der Russen, die Probleme zu lösen und aus den Möglichkeiten Vorteile zu ziehen, sind bis zu einem gewissen Grad von Erfolg gekrönt worden, haben jedoch auch Rückschläge erlitten oder sind sogar vergeblich gewesen. Polen ist noch immer nicht völlig sowjetisiert. In der polnischen kommunistischen Hierarchie gab es stets Personen, die sich Stalins Ansprüchen auf absolute Autorität widersetzen. Es gibt Beweise, dass dieser Widerstand bis heute nicht völlig aufgehört hat. Aber es ist besser, zunächst die besonderen Bedingungen zu betrachten, die einem russischen Vorgehen in Polen Grenzen setzen würden, auch wenn keiner der örtlichen Kommunistenführer je auf einen aufführerischen Gedanken verfallen würde.

Die Polen haben sich an ein hartes Dasein gewöhnt. In der Neuzeit ist ihr Land öfter geteilt als geeint worden. Sie kennen Kriege, Zerstörungen, unfähige Regierungen und die Enttäuschung aller Hoffnungen. Sie sind gewohnt, alle diese Übel, denen sie nicht zu entrinnen vermögen, dadurch wiedergutzumachen, dass sie immer noch schwerer arbeiten. Als Ergebnis dieser Einstellung fand man in Polen, wie sonst nirgends in Ost-

europa, Jugoslawien ausgenommen, eine leidenschaftliche Entschlossenheit, die Trümmer des letzten Krieges zu beseitigen und die äusseren Grundlagen für ein neues Leben zu schaffen. Diese Entschlossenheit beruhte, meiner Ansicht nach, nicht auf der kommunistischen Politik und den Versprechen oder Verböten der Kommunisten. Ähnlich wie in Jugoslawien scheint es sich hier um einen nationalen, nicht zu unterdrückenden Willen zu handeln, um das fast blinde Aufstreben eines starken Volkes, das nach langen Kämpfen noch immer im Sumpf steckt. Das erste Ziel der Polen schien zu sein, so viel festen Boden unter die Füsse zu bekommen, dass sie ihre nationale Existenz wieder gesichert sehen. Ist dies erst einmal erreicht – schienen sie sich zu sagen –, dann ist immer noch Zeit genug, um mit denen abzurechnen, die sie auf einem niederen Lebensstandard halten oder unterdrücken wollen.

Der Wille zur Selbsterhaltung ist auf der ganzen Welt lebendig. In Polen jedoch ist er unzerstörbar, obgleich er nirgends in ganz Europa härteren Prüfungen unterworfen wurde. Zunächst ist keine Hauptstadt planvoller und vollständiger zerstört worden als Warschau. Die Zerstörung von Warschau ist oft beschrieben worden, tatsächlich ist sie aber unbeschreiblich.

Wer in den Jahren 1946 oder 1947 durch Berlin ging, sah hauptsächlich Bombentrichter und Haufen von Schutt und verbogenem Eisen. Trotzdem gibt es Gegenden in Berlin, in denen ganze Villenzeilen unbeschädigt geblieben sind, zahlreiche Geschäftshäuser waren in verhältnismässig gutem Zustand, ja selbst grosse Zinshäuser hatten nur Teilschaden erlitten. In London verbergen alte georgianische Häuser in stillen Strassen oft leere Stätten, in denen Vögel nisten. Die verwüstete Umgebung des Temple und der St.-Pauls-Kathedrale sind erschütternde Erinnerungen an «Blitzkrieg» und V-Waffen. Aber London hat nie aufgehört zu leben, zu atmen und zu arbeiten. In Warschau waren nach dem Krieg sogar leere Fassaden selten, war ein stehengebliebener Kamin ein auffallendes Merkmal. Intakte Gebäude (die den Nazis zu militärischen Zwecken dienten) konnte

man an den Fingern abzählen. Kein vertrautes Strassenbild ist erhalten geblieben. Hitler gab den Befehl, Warschau nur noch als Namen in Geschichtsbüchern existieren zu lassen, seine Truppen haben Strasse um Strasse methodisch dem Erdboden gleichgemacht. Viele Stadtteile, besonders das Ghetto, wurden zu wellichem Erdboden mit grauem Staub, zerbröckelnden Ziegeln, ohne Gliederung und natürlich völlig entvölkert.

Unter diesem Gesichtspunkt betrachtet, ist der Wiederaufbau recht bedeutend. Als ich im Frühsommer 1949 in Warschau weilte, sprach ich voller Verzweiflung über die Zerstörungen mit einem Freund, der fast vier Jahre dort gelebt hatte. «Aber», entgegnete er verwundert, «hast du denn nicht die vielen neuen Gebäude gesehen?» Es ist für einen Zugezogenen schwer, sie zu bemerken, oder den wichtigen neuen Konstruktionen, wie der Weichselbrücke oder dem Tunnel, der eine Ecke der Altstadt abschneidet, um die Hauptstrecke nach Westen zu entlasten, die rechte Aufmerksamkeit entgegenzubringen. Vermutlich sind sie mehr aus russischen strategischen Erwägungen heraus entstanden, als aus Gründen der polnischen Verkehrserleichterung.

Dagegen könnten Besucher unmöglich den Arbeitseifer der Jugendbrigaden übersehen. Täglich marschierten welche an unserem Hotel vorbei. Ihre Angehörigen machten den gleichen Eindruck auf mich wie die Jungen und Mädchen, die täglich in Belgrad die zerbombten Häuser meinem Hotel gegenüber abtrugen. Vielleicht waren sie ein wenig besser gekleidet und etwas älter. Aber sie marschierten genau so schwungvoll in derben Stiefeln daher und sangen die gleichen abgehackten Marschlieder, – das Echo einer fernen Vergangenheit, als ihre slawischen Vorfahren Seite an Seite mit den Vorfahren der Hitlerjugend in den Reihen der mittelalterlichen Landsknechte marschierten. Auch die Gründe, warum sie Uniform trugen und «freiwillig» Schwerarbeit leisteten, statt in die Schule zu gehen, waren hier die gleichen wie in Belgrad. In unbestimmbarer Weise hatte man auch in beiden Fällen den gleichen Eindruck: Da die Jugendbrigaden nun einmal formiert

worden waren, setzten ihre Angehörigen auch ihre ganze Energie für eine Sache ein, nicht weil sie Kommunisten, nein, weil sie jung sind. Nebenbei bemerkt, sah ich in Budapest nichts Gleichartiges.

Ausserhalb von Warschau gibt es im Bild des Arbeitsvorganges kaum Unterschiede, und auch diese bestehen nicht im Arbeitswillen der Bevölkerung, sondern in der Verschiedenheit der sachlichen Voraussetzungen. Die Bewohner einer individualistischen alten Stadt, wie etwa Krakaus, gehen ihre gewohnten Wege unbehinderter, als es in Warschau unter den wachsamen Augen der Geheimpolizei möglich ist. In Industriestädten ist die Polizeikontrolle weniger streng, denn hier erhalten die Arbeiter erhöhte Rationen. Die Kollektivierung des bäuerlichen Besitzes ist angelaufen, aber obgleich es viele Drohungen gibt und zuweilen Strafen verhängt werden, halten sich die Kommunisten noch zurück.

Bis jetzt hat das Programm der Kollektivierung und der Verstaatlichung in Handel und Industrie die Hoffnungen, Kräfte und den einzigartigen Unternehmungsgeist des polnischen Volkes nicht auslöschen können, gleichgültig ob es sich dabei um die grossen schlesischen Kohlengruben handelt oder um die kleinen Papier- und Süssigkeitenkioske an den Bürgersteigen der Provinzstädte.

Während ich in Warschau weilte, konnte ich in der Presse die statistischen Verlautbarungen über Privatunternehmen, die im April 1949 geschlossen hatten oder in Privatbesitz übergeführt worden waren, verfolgen, insgesamt waren es 176. In der gleichen Zeit aber eröffneten in Warschau mit ungebrochener Energie 42 Privatleute ein neues Unternehmen. Einige von ihnen mögen es in der Erwartung getan haben, bei der Verstaatlichung einen Posten als öffentlicher Verwalter zu bekommen. Andere mögen die abwegige Hoffnung gehegt haben, dass sie gegen alle Wahrscheinlichkeitsrechnungen ihre eigenen Herren bleiben könnten.

Noch Mitte 1950 war ein Drittel des gesamten Handels Polens in Privathand. Die Möglichkeiten zur Selbständigkeit dürften in Warschau ungünstiger sein als in entlegenen Landstrichen. Was

aus den 42 tollkühnen, aber unentwegten Geschäftsleuten geworden ist, lässt sich nicht erraten.

Überall in Polen findet man den gleichen starken Lebenswillen. Seine Bevölkerung setzt unbedenklich Kinder in die Welt, die ausgedehnten Felder tragen ebenso fruchtbar Kartoffeln, Roggen, Hafer und Weizen. Die Weiden liefern Fleisch und tierische Fette, die Wälder Holz. In Schlesien entsteht in der ständig wachsenden Eisen-, Stahl-, Textil- und Maschinenindustrie ein mächtiges polnisches Ruhrgebiet. Obleich die polnische Volkswirtschaft in mancher Hinsicht primitiv ist, entwickelt sie sich doch so rasch, als es kommunistische Sozialisierung und russische Forderungen zulassen. Die Vielseitigkeit seiner natürlichen Rohstoffquellen macht Polen mehr als andere Satellitenstaaten fast autonom. Daher konnten die polnischen Führer hin und wieder mit dem Kreml um die Möglichkeit einer Verbesserung des Lebensstandards verhandeln. Zwei unwandelbare Grundprinzipien gibt es für die Russen: Industrieanlagen nie doppelt entstehen zu lassen, und die Bedürfnisse eines Satellitenstaates jeweils von einem anderen Mitglied des Ostblocks befriedigen zu lassen¹). Trotzdem verstand es Hilarius Mine, der stellvertretende Ministerpräsident und Vorsitzende der Kommission für Wirtschaftsplanung, immer wieder, von Westeuropa Fertigprodukte und Rohstoffe zu erhandeln, die im Ostblock nicht vorhanden sind, und dafür landwirtschaftliche Produkte auszuführen. Dieses Zugeständnis der wirtschaftlichen Freiheit wird Polen wahrscheinlich deshalb gemacht, weil von ihm ein grosser Beitrag an Fleisch, Kartoffeln und Fetten zur Ernährung der sowjetischen Truppen in Ostdeutschland erwartet wird, und weil man die Lebensmittelvorräte in der Tschechoslowakei und in Ungarn stärken will, wo das Gleichgewicht zwischen Landwirtschaft und Industrie nicht mehr vorhanden ist.

Während meines Aufenthaltes in Polen – im Land der Schweine- und Rindviehzucht! – musste das Fleisch wegen zu hoher Ausfuhren rationiert werden. Wenn einmal in den Satellitenstaaten die Landwirtschaft und die Industrie

total verstaatlicht worden sind, dann wird Polen theoretisch keine Erzeugnisse aus dem Westen mehr brauchen und das Industrieproletariat des gesamten Ostblocks aus dem eigenen Aufkommen ernährt werden können. Der russische Lebensstandard wird dann in allen Satellitenstaaten Norm sein und damit kann der Handel mit dem Westen aufhören.

In strategischer Hinsicht ist Polen dank seiner geographischen Lage für Russland noch wichtiger als in wirtschaftlicher. Ob Russland und Deutschland dereinst politisch parallel oder entgegengesetzt verlaufende Entschlüsse fassen, in keinem Fall können die beiden Nationen die 24 Millionen Menschen, die die Flusstäler, Ebenen und Wälder zwischen ihnen bewohnen, ausserhalb ihre Pläne stellen. Das Rüstungspotential Polens ist bei jedem russischen oder deutschen Aggressionsunternehmen ein nicht zu unterschätzender Faktor. Heute ist es in russischer Hand, wie noch nie in der Geschichte. Russland ist auch entschlossen, diesen Zustand beizubehalten für den Fall, dass Deutschland wieder ein starker Staat wird. Polen ist der höchste Preis, den die Rote Armee und Stalins Diplomatie errungen haben.

Zwei wichtige Gründe lassen es unwahrscheinlich erscheinen, dass das polnische Volk seine traditionelle Art bald ändern wird. Der eine davon ist das Bollwerk der konservativen Tradition und der nationalen Eigenart, nämlich die katholische Kirche. Praktisch sind alle Polen ipso facto Katholiken²). Der zweite Garant ist die Bauernschaft. Über die Hälfte der Bevölkerung lebt auf dem Land. Eine gründliche Agrarreform, die von früheren Regierungen kurzsichtigerweise nicht durchgeführt wurde, haben die Kommunisten sofort in Angriff genommen.

Allerdings kamen die Bauern dabei in den Besitz von Grund und Boden, den sie nicht für einen «freiwilligen Eintritt in die Produktionskooperative» opfern wollen. Die polnische Bauernschaft hat also zwei Gründe, nicht kommunistisch zu sein. Sie ist katholisch und will ihren Landbesitz nicht kollektivieren lassen.

Ein dritter Umstand im nationalen Leben Polens, der zwar unauffällig aber doch wirksam ist, verleiht ihm eine ungewöhnliche Zähigkeit auch in revolutionären Zeitumständen. Die polnische Elite – Intellektuelle, hohe Militärs und Politiker – besitzt ein ausgeprägtes Selbstgefühl. Das war für seine Bewohner eine Naturgegebenheit, wenn sie sich gegen ihre Unterdrücker erhoben. Der Stolz liess ihre Gesinnung nicht zerbrechen, auch wenn ihre Körper unter den Hufen der Pferde deutscher Ordensritter oder russischer Kosaken zertrampelt wurden. Allerdings, so natürlich und berechtigt der polnische Stolz in vergangenen Zeiten war, so hinderlich erwies er sich bei politischen und militärischen Belangen, als Polen frei war, in der Zusammenarbeit mit anderen Staaten. Er verhinderte besonders die notwendige Bescheidenheit und Vorsicht seinen zwei mächtigen Nachbarn gegenüber. Erfahrung hatte die Polen misstrauisch gemacht. Im Jahr 1945 wussten die Einwohner von Warschau nicht, ob sie den Abzug der Nazi mit Freude oder den Einmarsch der verhassten Russen mit Sorgen aufnehmen sollten. Beide Elemente verkörperten Jahrhunderte der Unterdrückung, und beiden Staaten wird man in Polen für ewige oder zumindest lange Zeit Misstrauen und Abneigung entgegenbringen.

Die Kommunisten haben die unmittelbare Macht der römisch-katholischen Kirche in Polen geschwächt und dadurch zwangsläufig bis zu einem gewissen Grad ihren Einfluss auf die breite Masse verringert. Die kommunistische Regierung konfiszierte Kirchengüter, verbot religiöse Zeitungen, schaltete die «Caritas» (grosse katholische Wohltätigkeitsorganisation) gleich, sperrte widerspenstige Priester und Bischöfe ein und machte pausenlos Propaganda gegen die angebliche Unmoral und Falschheit der Geistlichkeit im Allgemeinen. Trotzdem ist die Kirche noch immer ein beachtlicher Gegner der materialistischen Geisteshaltung des Kommunismus und ein Hindernis für den Erfolg seiner politischen Ziele. Die polnische Bevölkerung findet den Weg zu den Pfarrern ihrer Kirche, nicht nur wegen der gewohnten Saki ,mente zwischen Geburt und Tod, sie sieht

in ihnen auch die einzigen Mittler für das nationale und persönliche Zusammenleben, das die Kommunisten noch nicht zu durchdringen vermochten. Universitäten, Schulen, Gewerkschaften, landwirtschaftliche Genossenschaften, Presse, Theater und Gerichte unterstehen den Kommunisten und werden von ihnen für ihre Zwecke eingesetzt. Ausgenommen sind nur die Gotteshäuser, in denen sich die nichtkommunistischen Polen treffen und kameradschaftlich versammeln können.

In der zerstörten ehrwürdigen Kirche vom Heiligen Geist in Warschau wurde mir bewusst, was dies zu bedeuten hat. Die Menschen, die sich zu den fast ununterbrochenen Gottesdiensten drängen, bilden, nicht wie in den romanischen Ländern, eine Gemeinschaft von alten, gebeugten Weiblein und rheumageplagten Männern, die hier und dort in der hallenden Dämmerung verstreut sind. Die Kirchgänger in Warschau setzen sich aus allen Altersstufen zusammen. Voll Eifer kommen sie in das warme Kirchenschiff, das erleuchtet, voll Leben und Musik ist. Besonders zahlreich sind die jungen Männer und Frauen, die auf dem Weg von oder zu ihrer Arbeitsstätte hereinkommen, und die halbwüchsigen Mädchen und Burschen, die singend in Gruppen erscheinen, um sich mit Verwandten an einem festgesetzten Ort zu treffen, vielleicht an jenem Pfeiler, an dem eine Tafel darauf hinweist, dass hier unten das Haupt Chopins begraben liegt. Das Dach der Kirche ist neu und unschön, der Fussboden uneben. Gemeinsam knien die Gläubigen nieder, singen alte Kirchenlieder und fühlen sich in diesem Augenblick alle geborgen. In dieser warmen Nähe finden sie die Erfüllung der allgemeinen menschlichen Sehnsucht «dazuzugehören».

In einem polnischen Dorf wurde mir an einem Samstagnachmittag zum zweitenmal die Macht der Tradition und die Kraft der Kirche, sie zu sichern, bewusst. Es war ein kleines Dorf, einige Kilometer abseits der holprigen, schmutzigen Hauptstrasse. Die Sonne schien warm, das Land roch nach Frühling, Erde und Flieder. Auf dem Platz vor der Kirche waren etwa vierzig kleine Buben und Mädchen versammelt,

die ruhig spielten und darauf warteten, zur Samstagbeichte gehen zu können. Die Kinder waren recht gut gekleidet und trugen alle Schuhe und eine Kopfbedeckung. Im Kircheninnern sah ich mehrere kleine Mädchen, die meisten hatten steifgeflochtene Zöpfe und trugen saubere Kattunkleider. Still sassen die Kinder längs der Kirchenwände und warteten. Ein Mädchen, etwa zehn Jahre alt, beichtete mit vor Anstrengung gerötetem Gesicht seine Sünden einem Priester, der ein Viereck aus Weidengeflecht zwischen sich und dem Kind hielt. Beim Fortgehen dachte ich mir, wenn die Kinder der meisten polnischen Dörfer an einem sonnigen Frühlingsnachmittag in gleicher Weise beschäftigt sind, dass es wohl mindestens noch eine Generation dauern müsste, bis auch die religionsfeindlichste Regierung die Kirche aus dem nationalen Leben Polens verdrängen könnte.

Die Regierung ist in ihrem Vorgehen gegen die Kirche skrupellos. Da sie zu stark ist, um mit einem Schlag erledigt werden zu können, leitete man die üblichen Vorbereitungen ein, um sie später einmal auszurotten. In Presse und Rundfunk betreibt man eine systematische Hetze gegen den Vatikan und bedient sich dabei politischer und doktrinärer Mittel. Den Priestern wirft man alle möglichen Verbrechen moralischer und politischer Art vor. Mitglieder der Hierarchie, die sich kommunistischen Anordnungen widersetzen, werden als Schwarzhändler oder Kollaborateure der Nazi verdächtigt. Auf viele Priester übt man einen gesonderten Druck aus, um sie zur Missachtung bischöflicher Anweisungen zu verleiten. Auch verspricht man ihnen die Erlangung von Ämtern später einmal in einer «nationalen Kirche». Der Primas von Polen, Erzbischof Wyszyński, ist natürlich besonderen Anfeindungen ausgesetzt. Er stellt für die Kommunisten ein schwieriges Hindernis dar, weil man ihm wegen seiner verdienstvollen Haltung im Krieg nicht einfach den Prozess machen kann wie dem Bischof Stepinac in Jugoslawien, ja nicht einmal wie Mindszenty in Ungarn. Der polnische Primas ist ehrlich um die Arbeiterprobleme bemüht und ein überzeugter Liberaler. Er ist auffallend darauf bedacht,

jede Einmischung in die Politik zu vermeiden und lehnt jede Zusammenarbeit mit westlich orientierten Personen ab, gleichgültig ob es sich um Polen oder Ausländer handelt. Obgleich er durch dieses Verhalten keine Angriffsmöglichkeit bietet, schädigt er sich damit bei seinen Anhängern. Einige kritische Beobachter meinen, dass es der Kirche schwerfallen wird, ihre Schäflein zusammenzuhalten, wenn er seine vorsichtige Taktik nicht aufgibt.

Andererseits ist in Betracht zu ziehen, dass eine gewaltsame Opposition gegen das kommunistische Regime nur harte Strafen gegen Unschuldige auslösen würde. Das war klar zu erkennen, als der Vatikan am 1. Juni 1949 verkünden liess, kein römisch-katholischer Christ dürfe «sich der Kommunistischen Partei freundlich erweisen» oder eine kommunistische Zeitung lesen, wenn er weiterhin die Sakramente empfangen wolle. Zweifellos war der Zweck des Erlasses der, die Gläubigen in nichtkommunistischen Ländern vor ideologischer Ansteckung zu schützen, aber ehe man ihm nicht eine konziliantere Auslegung gab, drohte er die praktizierenden Katholiken kommunistischer Staaten in ein Dilemma zu stürzen. Wie kann der frömmste und der folgsamste Christ eine unmittelbare Zusammenarbeit mit Personen vermeiden, die Arbeitgeber oder Arbeitnehmer sind, Regierungsstellen innehaben oder Gerichte oder öffentliche Stellen überwachen? Auch kommunistische Zeitungen kann man nicht entbehren, da in ihnen die Gesetze und Verordnungen verlautbart werden. Ausserdem werden alle nichtkommunistischen Presseorgane systematisch unterdrückt. Um Märtyrer zu sein, braucht es eine eigene Art von Heldentum. Männer, die in einer Schlacht Helden sind, vermögen oft einen Eingriff staatlicher Autoritäten nicht abzuwehren. Eine Gegenüberstellung des himmlischen und irdischen Brotes, von Roms geistlicher Herrschaft und den Befehlen der Geheimpolizei kann letzten Endes den Einfluss der Kirche schwächen und es der kommunistischen Propaganda erleichtern, sie als sozialen Anachronismus innerhalb einer «fortschrittlichen» Gemeinschaft hinzustellen.

[Am 13. April 1950 veröffentlichte der Vatikan in seinem Organ «Osservatore Romano» zum erstenmal eine Stellungnahme zu den Kirchenverfolgungen in Polen. Der offiziöse Artikel schilderte die Umstände, unter denen katholische Bischöfe und Priester in Polen ihre Tätigkeit verrichten müssen. Er enthält ferner den Wortlaut einiger schriftlicher Proteste des polnischen Episkopats an Staatspräsident Bierut. In einem der Schreiben heisst es: «Die von der polnischen Regierung angewandten Kontrollmethoden zielen auf die Vernichtung der kirchlichen Autorität ab und erniedrigen und verleumden den katholischen Glauben in der Absicht, die Kirche zu vernichten.» Ein weiterer Protest der katholischen Würdenträger Polens beschuldigte die kommunistischen Behörden, den Besitz der Kirche zu beschlagnahmen und in allen Diözesen Verwaltungsräte einzusetzen, deren Mitglieder in katholischen Kreisen unbekannt seien. Eine Anweisung der Bischöfe an die Priester, von den Kanzeln ähnliche Beschuldigungen gegen die Regierung zu verlesen, sei von den Behörden mit Einschüchterungen, Drohungen und Verhaftungen verhindert worden.

Für alle Welt, wie man sagt, auch für den Vatikan überraschend, kam es einen Tag später zu einem Abkommen zwischen dem polnischen Staat und dem Episkopat. Auch wenn man in Betracht zieht, dass die polnische Regierung durch die Glaubenstreue des polnischen Volkes in eine schwierige Lage geriet, hielt man doch noch lange Zeit die Meldungen über das Abkommen für falsch oder höchstens für einen Propagandatricks der Warschauer Kommunisten. War doch bekannt, wie unfruchtbar das Regime bisher all die langwierigen Verhandlungen gestaltet hatte. Das Abkommen – kein Konkordat, ein solches kann nur von Staat zu Staat, also mit dem Vatikan, abgeschlossen werden – war kirchlicherseits von den Bischöfen Zygmund Choromanski, dem Sekretär der Bischofskonferenz, Tadeusz Zakrzewski und Michael Klepacz unterzeichnet worden. Die Bedeutung dieses Abkommens kam vor allem in dem Artikel zum Ausdruck, in dem es heisst: «Der Grundsatz, dass der Papst die massgebende und höchste Autorität der Kirche

ist, bezieht sich auf die Angelegenheiten des Glaubens, der Moral und der kirchlichen Jurisdiktion, in anderen Angelegenheiten jedoch lässt sich der Episkopat von der polnischen Staatsraison leiten.» Diese Formel, die den Bischöfen von der Regierung schon einmal vorgelegt worden war, war noch kurz vorher von ihnen mit aller Entschiedenheit abgelehnt worden. Sie stellt auch wohl das Äusserste dar, das strenggläubige katholische Autoritäten zugestehen können, ohne in Häresie zu verfallen. Die Kirche ging weiter eine Reihe schwerwiegender Verpflichtungen ein. So verpflichtete das Abkommen den Klerus, zur Achtung der Staatsautorität, zur «Arbeit am Wiederaufbau», zum Ausbau der dörflichen Genossenschaften und zur Verurteilung staatsfeindlicher Bestrebungen aufzufordern. Weiters trat die Kirche für die Verewigung der Grenzen gegenüber Deutschland, der Oder-Neisse-Linie ein, was einen deutlichen Eingriff in rein politische Belange darstellt. Im zweiten Teil des Abkommens erhielt die Kirche gewisse Rechte auf dem Gebiet des Religionsunterrichtes und der religiösen Schulen, der katholischen Vereine und Kongregationen, der Presse und Verlage, öffentlicher religiöser Kundgebungen (Prozessionen und Wallfahrten), der Seelsorge bei der Armee, in Gefängnissen und Krankenhäusern und hinsichtlich der religiösen Orden. Schon bei der Überprüfung des Wortlautes aber konnte man die kautschukartige Dehnbarkeit der meisten Bestimmungen ersehen. Fast in jedem Artikel hatte sich der Staat die Klausel im «Rahmen der geltenden Gesetze» u.ä. vorbehalten. Alles hängt also von der Auslegung des Staates und oft untergeordneter Behörden ab. (Eine Prozession kann beispielsweise verhindert werden, wenn die Polizei erklärt, durch die Ansammlung von Menschen könne die Ordnung zu einem bestimmten Zeitpunkt gefährdet werden usw.) Durch geringe Änderungen von Bestimmungen und Gesetzen, was in einem diktatorischen Staat ja keine sonderlichen Schwierigkeiten bereitet, konnten alle Zugeständnisse und «Rechte» der Kirche rasch wieder beseitigt werden. Ein zusätzliches Protokoll sah ferner die endgültige Auflösung der Caritas vor und die Bildung

eines «Verbandes der Katholiken» zur Unterstützung der Armen, dessen Verwaltung und Funktion mit den Verwaltungsbehörden des Landes in Übereinstimmung gebracht werden müssen, ferner die Unterstützung der nach der Beschlagnahme der Kirchengüter bedürftig gewordenen Geistlichen.

Im Vatikan wusste man genau, dass das Übereinkommen von Warschau ein deutliches Abweichen von der Linie bedeutete, die der Heilige Stuhl den Ländern hinter dem Eisernen Vorhang empfohlen hat. Die Kurie hatte ja den Ostepiskopaten nahegelegt, allen Versuchen der kommunistischen Regierungen, eine Anerkennung durch den hohen Klerus zu erlangen, verstärkten Widerstand entgegenzusetzen. Diese Haltung entsprang der Sorge des Heiligen Stuhles wegen der Gefahr einer Nationalisierung des Klerus, des Kultes und des gesamten religiösen Lebens im Osten. Tatsächlich ist ja auch die Schaffung einer Nationalkirche als Übergang zum atheistischen Staat das mehr oder weniger offen eingestandene Ziel der neuen polnischen Machthaber und ihrer Auftraggeber im Kreml.

Aber auch die Gegenseite besass keine Begeisterung über das Abkommen. Die Sowjetpresse schlug wie immer in die Kerbe, dass die katholische Kirche ein Verbündeter des amerikanischen Kapitalismus sei, und hüllte sich über den «polnischen Waffenstillstand» in eisiges Schweigen. Der kommunistische Unterhändler, der seinen Namen als erster daruntergesetzt hatte, der geschmeidige Innenminister Wolski, wurde wenige Monate später aus Amt und Partei gejagt. Vergeblich hatte er sich darauf berufen, dass in Polen der Katholizismus aus historischen Gründen und angesichts des Fehlens wesentlicher reformierter Minderheiten und hussitischer Traditionen tiefer verankert sei als irgendwo sonst in Osteuropa und dass daher Methoden, wie sie bereits in Ungarn und der Tschechoslowakei angewandt wurden, verfrüht seien. Nach seinem Abgang begann die 100%ige Torpedierung der Vereinbarungen durch neue öffentliche Angriffe gegen den Klerus. Das erste Opfer war Bischof Kaczmarek von Kielce. Während des Krieges hatte er die Katholiken seines Kreises vor einem Anschluss an die

kommunistische Untergrundbewegung gewarnt. Ein zweiter Schlag war die Absetzung der fünf bischöflichen Administratoren in den Oderprovinzen und die sie begleitende Pressehetze gegen die Kirche als prodeutsch. Entgegen dem Abkommen unterdrückte die Regierung die Seelsorge in der Armee. Die Kommunisten entfernten alle «unzuverlässigen» Priester aus der Armee, und an ihre Stelle wurden prokommunistische Geistliche ohne bischöfliche Bewilligung oder auch nur Befragung als «Armeeseelsorger» ernannt, die sich als politische Instruktooren und Agitatoren betätigen. Sie geben eine Zeitschrift «Der Militärgeistliche» heraus, die genau wie die anderen kommunistischen Blätter die katholische Lehre unterminiert und kommunistische Propaganda treibt. Formell wird die katholische Religion noch in den meisten polnischen Schulen gelehrt. Aber es gibt bereits tausende Schulen, wo dies nicht mehr der Fall ist. Die Zahl dieser Schulen nimmt ständig zu, da mit der Verstaatlichung der Privatschulen diese dem «Verein der Freunde der Jugend» übergeben werden, der keinen Religionsunterricht zulässt. Die katholische Jugend darf religiösen Vereinigungen nicht angehören, ist aber gezwungen, in die Z.M.P. einzutreten, eine antichristliche Organisation, die den orthodoxen Materialismus vertritt und den Grundsatz ewigen Hasses gegen den weltanschaulichen Gegner. Die Presse führt heftige Angriffe gegen die «klerikalen Agenten» der Imperialisten und lässt durchblicken, dass sich deren Zentren in den Klöstern befänden.

Was in Ungarn und der Tschechoslowakei bereits im vollen Gang ist, bahnt sich auch in Polen an. Einen besonderen Vorwand für einen verschärften Kultur- und Kirchenkampf sehen die Kommunisten in der ablehnenden Haltung der polnischen Bischöfe gegenüber der Moskauer Friedenspropaganda. Die Kommunisten hatten durch List und Zwang 18 Millionen Unterschriften für ihre Friedensaktion zusammengebracht. Der Episkopat und ein Grossteil der Geistlichkeit unterzeichneten nicht. Der Primas von Polen, Wyszynski, verweigerte es mit den Worten: «Der Primas wird den Appell von Stockholm nicht

unterzeichnen, da dies nicht im Aufgabenbereich des Kirchenfürsten liegt.» Der Erzbischof von Posen verweigerte die Unterschrift mit der Bemerkung: «Die Unterschriftensammlung hat einen politischen Charakter, daher kann ich meine nicht daruntersetzen.» Und der Bischof von Przemysl liess durch seinen Sekretär antworten: «Ich habe nicht im Sinn, zu unterschreiben, denn ich bitte für den Frieden in meinen Gebeten.» Wegen dieser Weigerung wurde der polnische Episkopat vor allem von der Moskauer «Prawda» angegriffen, was dann auch die polnische Presse eindeutig unterstrich. Am 23. Juni 1952 erklärte der Sekretär der Bischofkonferenz Choromanski dem Direktor des polnischen Kirchenamtes Bieda, dass die Kirche alle Anstrengungen zur Wahrung des Friedens mache und sich zum Grundsatz bekennt, die Atomenergie sei für friedliche Zwecke und nicht zu Zerstörungen zu verwenden. Dennoch wird in der Verweigerung der Unterschriften von Seiten der Regierung ein Grund gesehen, neue Massnahmen zu ergreifen. So wurden alle, die am Fronleichnamstage die päpstlichen Farben hissten, wegen «Volksfeindschaft» verurteilt. Die Regierung zeigt immer deutlicher, dass sie von dem Abkommen mit dem Episkopat nichts hält und stützt sich augenblicklich schon ganz auf eine Gruppe abtrünniger Priester, an deren Spitze P. Zalewski und der neue «Caritasdirektor» Lemparti stehen, der für seinen Abfall mit dem «Grunwaldkreuz» ausgezeichnet worden war.]

Der Versuch der Kommunisten, das Ansehen der Kirche zu schwächen, macht ebenso langsame Fortschritte wie ihr Bemühen, den privaten Landbesitz zu enteignen. Mögen sie sich auch noch so anstrengen, es gelingt nicht, die Bauern zur freiwilligen Aufgabe zu bringen. Es wurden drei verschiedene Arten von landwirtschaftlichen Kooperativen eingeführt. Die «schwächste» und daher am häufigsten anzutreffende ist jene, nach der die Bauern nur an gemeinschaftlicher Feldbestellung und Ernte Anteil nehmen. Ein Angehöriger dieser Gruppe bleibt Eigentümer seines Landes, seiner Erträge und des Viehbestandes. Die zweite Art stellt einen Kompromiss dar und wird allgemein das «Bulgarische System» genannt. Danach tritt der Bauer einen

Teil seine; Besitzes ab, der Rest verbleibt ihm als Reserve und zur eigenen Nutzniessung. In diesem Fall erhält er eine Zuwendung aus der gemeinschaftlich erzielten Ernte nach Massgabe der geleisteten Arbeitsstunden und des abgetretenen Ackers. Die dritte Art ist am wenigsten verbreitet und ist die echte russische Kolchose. Allerdings wird diese Bezeichnung nie verwendet. Der Bauer verzichtet auf seinen gesamten Besitz und den Viehbestand, ausgenommen vielleicht eine Kuh, ein paar Hühner und ein Stück Gemüseland zu eigener Nutzung. In diesem Fall wird der gesamte Ernteertrag entsprechend der Arbeitsleistung auf die Mitglieder verteilt.

Die Regierung betont, dass gegen die Bauern kein polizeilicher Zwang ausgeübt wird, um sie einer der Kollektivarten zuzuführen, aber sie erlaubt, dass «indirekte» Überzeugung oder Druck nachhelfen. Dazu gibt es ausgeklügelte Methoden, z.B. zahlen Kollektivmitglieder einen niederen Preis für künstlichen Dünger und die Verleihung landwirtschaftlicher Maschinen, die ihnen auch bevorzugt vor den anderen zur Verfügung stehen. Durch eine derartige Benachteiligung, besonders in der Zeit vordringlicher Aussaat und Ernte, kann natürlich jeder Bauer an den Rand des Ruins gebracht werden. Wichtig ist auch, dass Kredite von der Gemeindeverwaltung erteilt oder verweigert werden können, ausserdem setzt sie die Höhe des Zinsfusses fest. Gemeindeverwaltungen wurden so rasch wie möglich wieder eingesetzt, wobei man darauf achtete, dass nur politisch «Verlässliche» hineinkamen. Die Bauern wehren sich gegen jede Neuerung, denn sie wissen, dass sie nur darauf hinausläuft, sie um ihren Besitz zu bringen. Es ist ihnen gleichgültig, wer dem Namen nach Eigentümer sein soll. Ihnen erscheint eine Art Leibeigenschaft unter Führung von Warschauer Bürokraten eines unpersönlichen Staates nicht besser zu sein als seinerzeit das Verhältnis von Pachtbauern oder bezahlten Arbeitern zu einem privaten Gutsbesitzer.

Es gibt noch andere Gründe für den schleppenden Aufbau des Kollektivs. Bei ihrem Druck auf die Bauern müssen die staatlichen Stellen nämlich auch fernerliegende Faktoren be-

rücksichtigen. Einer davon ist das Programm für die Industrialisierung. Die Industrie muss das erforderliche Mehr an Maschinen und Kunstdünger beisteuern, das zur Bewirtschaftung der Staatsgüter und der neu eingerichteten Kollektivwirtschaften erforderlich ist. Schwierigkeiten entstehen auch aus dem Zwang, die Produktionshöhe aufrechterhalten zu müssen – trotz dem geringeren Arbeitswillen der Kollektivbauern und jener, die fürchten, dazu zu werden –, um eine Minderung im Export von landwirtschaftlichen Erzeugnissen nach dem Westen aufkommen zu lassen. Um das industrielle Soll des im Jänner 1950 aufgestellten Sechsjahresplanes erfüllen zu können, braucht Polen Baumwolle, Gummi, Schafwolle und andere Rohstoffe aus England. Diese würde es nach dem bestehenden Handelsvertrag nicht mehr erhalten, wenn die Gegenlieferungen an landwirtschaftlichen Produkten ausblieben. Einen dritten Grund zur Sorge bringt der Ausgleich von Arbeitsangebot und -nachfrage, der zwischen Industrie und Landwirtschaft erreicht werden soll. In Polen gibt es einen Überschuss an landwirtschaftlichen Arbeitern. Mit dem Fortschreiten der Kollektivierung wird der Bedarf an Arbeitskräften in der Landwirtschaft noch mehr zurückgehen. Die Industrie vermag solche Mengen nur schrittweise aufzunehmen. Nach dem Sechsjahresplan sollen die Arbeitskräfte, die nicht in der Landwirtschaft beschäftigt sind, um eine Million zunehmen, die landwirtschaftliche Produktion um 35 bis 40%. Es fragt sich, ob das grosse Industrialisierungsprogramm Erfolg haben kann, wenn der Lebensstandard auf dem Lande gesenkt, statt erhöht wird.

Hilarius Mine, der führende polnische Planer, muss darüber von Anfang an Zweifel gehabt haben. In seinem Bericht, den er am 19. Dezember 1948 dem ersten Kongress der Vereinigten Arbeiterpartei vorlegte, waren sie nicht ersichtlich. Seine Zusage zu diesem verhältnismässig späten Termin, dass die «bäuerlichen Kooperativen auf einer völlig freiwilligen Basis aufgebaut werden würden», deutete an, dass er zögerte, den Schwierigkeiten einer straffen Kollektivierung aus doktrinären Gründen offen ins Auge zu sehen³). In jenem Bericht wagte er eine

Bemerkung, die kühn zu nennen ist, wenn man an Titos Schicksal denkt, als er für Jugoslawien eigene Wege zur Sozialisierung wünschte. Vor dem Bruch mit Tito gestattete Stalin in der Theorie Abweichungen, die sich aus besonderen örtlichen Verhältnissen ergaben, später jedoch war es seine Praxis, solche Abweichungen zu bestrafen. Mine gab sich alle Mühe, die Grunderkenntnisse der sowjetischen Erfahrungen allen Ländern in Tönen des höchsten Lobes zu empfehlen, fuhr aber einschränkend fort, «wir haben die Praxis des leninistischen Prinzips erkannt und in die Tat umgesetzt, doch muss man dabei die Unterschiede der historischen und wirtschaftlichen Bedingungen und Entwicklungsstufen in Betracht ziehen». Zufällig sagte er dies in der gleichen Zeit, in der Ministerpräsident Dimitroff in Bulgarien die Notwendigkeit des Klassenkampfes in bulgarischen Gemeinden verkündete. Bald darauf sang Mines Vorgesetzter, Präsident Bierut, das gleiche Lied. Diese und ähnliche Äusserungen Mines gaben den Anlass zu den Gerüchten, dass er weggesäubert werden sollte. Seine überragenden Fähigkeiten jedoch liessen ihn unentbehrlich erscheinen und nach einer Spanne geringerer Aktivität, in der er vielleicht einige doktrinäre Injektionen bekam, trat er im Sommer 1950 wieder leitend in der polnischen Wirtschaft auf. Man stellte fest, dass er keine weiteren Einschränkungen sozialistischer Massnahmen in der Industrie oder Landwirtschaft befürwortete. [Er ist bis heute der offizielle Vertreter der polnischen Wirtschaft geblieben, wengleich in letzter Zeit sein Regierungskollege Dr. Stefan Jendrychowski, ein ursprünglich strenggläubiger Katholik, stark in den Vordergrund tritt, der auch den Jahresplan für 1952 im Parlament begründete.]

Im Mai 1949 hatte man mir gesagt, dass die Zahl der Kollektiven in Art der Kolchose keine zweihundert betrug, und dass alle drei Arten insgesamt weniger als ein Prozent des polnischen Ackerlandes ausmachen. Diese Zahlen gaben angeblich das bereits eireichte Ziel an. Etwa zum gleichen Zeitpunkt verkündete Roman Zambrowski, Sekretär des Zentralkomitees der geeinten polnischen Arbeiterpartei, dass für das Jahr 1949

planmässig die Kollektivierung von nicht mehr als 45.000 Hektar Land, das sind etwa 7350 kleine Einzelwirtschaften, vorgesehen sei. Da es ungefähr 3,140.000 Bauernhöfe in Polen gibt, konnten wir aus den Angaben Zambrowskis den Schluss ziehen, dass nach dem Programm für das Jahr 1949 nicht mehr als zwei Zehntel eines Prozentes kollektiviert werden sollten.

Wenn man offiziellen polnischen Verlautbarungen glauben darf, dann wurde der Dreijahresplan von 1947 zwei Monate vor dem gestellten Termin, also im November 1949, beendet. Einer der Haupterfolge, den man besonders hervorhob, war, dass die Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten von 64,5% auf 51,6% gesunken und in der gleichen Zeit die der Lohnarbeiter und Angestellten von 18,2% auf 35,9% gestiegen sei. Man nahm zur Vergleichsbasis dabei nicht das Anfangsjahr des Dreijahresplanes, sondern das Jahr 1938. Dadurch werden die Zahlen fast bedeutungslos. Im Juli 1950 verkündete Mine, dass die Ziele des neuen Sechsjahresplanes eine Veränderung nach oben erfahren hätten⁴). Danach soll bis 1955 die industrielle Produktion um 158,3% über den Durchschnitt von 1949 gehoben werden statt um 85 bis 90%, die landwirtschaftliche Produktion um 50% statt um 35 bis 45%. Die gesamte Industrie und der Handel soll bis zu diesem Zeitpunkt faktisch verstaatlicht sein⁵). Die Anzahl der in den verstaatlichten Betrieben Beschäftigten soll auf 5,700.000 (3,600.000 im Jahre 1949) erhöht werden. Zu diesem Termin, erklärte Mine, «wird Polen mehr als die Hälfte der amerikanischen Industrie erreicht haben, und die kapitalistischen Elemente in den Städten und auf dem Lande werden ausgeschaltet sein».

Es bleibt schleierhaft, wie man dies erreichen will. Der «Klassenkampf» ist für das flache Land schon einige Male verkündet worden, aber alle erreichbaren Unterlagen beweisen, dass der von Zambrowski im April 1949 eingestandenerweise schleppende Kollektivierungsprozess sich bis heute nicht wesentlich beschleunigt hat. Nach einer Aufstellung der Polska Zbrojna vom März 1950 sind seit Beginn dieses Jahres 406 «Produktionskooperative» errichtet worden gegenüber 243 in den beiden

Jahren vorher. Dies ergab eine Gesamtsumme von 649 und mehrt nicht wesentlich die Anzahl der kollektivierten Einzelhöfe in Fölen, vergrösserte allerdings die Anzahl der bestehenden Organisationsstellen um das Dreifache. Diese Ziffern kamen sehr nahe an jene heran, die in der gleichen Zeit von Zambrowski genannt wurden. (590 «Produktionskooperative» aller Arten.) Man kann annehmen, dass sie die Auffassung der Regierung über das bis zum Frühjahr 1950 Erreichte darstellten⁶). Er selbst begründet dies damit, dass «ein ernster Fehler» dadurch, gemacht worden sei, dass man mehr die Bildung einer möglichst grossen Anzahl von Kollektiven erstrebt habe, statt darauf zu achten, dass die tatsächlich gebildeten von guter Beschaffenheit seien. Dies ist allgemein die Antwort der polnischen Kommunisten auf die Forderung der Sowjets nach beschleunigter Kollektivierung. Mines Darlegung stellt, wie üblich, fest, dass «im Feuer des läuternden Klassenkampfes auf dem Land die Kerntruppe der Parteiaktivisten stärker und grösser wird», aber, wie er bedeutungsvoll hinzufügte, «ein Teil der arbeitenden Bevölkerung zögert. Sie wollen sich erst von der Richtigkeit der Idee der Produktionskooperativen überzeugen. Daher warten sie, bis sich die konkreten wirtschaftlichen Resultate der bereits bestehenden Kooperativen erkennen lassen. Hievon wollen sie ihre Entschlüsse abhängig machen.» Wenn ein hoher Parteifunktionär zugibt, dass die Bauern «zögern», dann können wir überzeugt sein, dass sie sich in Wirklichkeit dagegen mit allen Kräften und Mitteln aktiv und passiv wehren.

Obgleich Mine sich in jüngerer Zeit zuversichtlich über das Kollektivierungsprogramm äussert, ist man sich trotzdem anscheinend bewusst, dass der Widerstand der Landbevölkerung andauern wird und man noch weit von einem durchschlagenden Erfolg entfernt ist. So hat er festgestellt, dass es im Jahr 1955, nach Beendigung des Sechsjahresplanes, 850 Traktorenstationen mit 35.890 Maschinen geben wird und die polnische Landwirtschaft dann über 61.000 Traktoren verfügen kann. Diese Zahlen bedeuten ein wichtiges Eingeständnis. Wenn nämlich nur etwas mehr als die Hälfte der gesamten Produktion an Traktoren dem

sozialisierten Sektor der Landwirtschaft gehören wird, dann muss der private Bauernbesitz offensichtlich noch sehr beträchtlich sein⁷⁾). Mine scheint sich damit abgefunden zu haben, dass sich im Jahr 1955 die Hälfte des Ackerlandes noch immer in privatem Besitz befinden wird. Fraglich bleibt allerdings, ob Moskau sich damit einverstanden erklären wird.

[Die polnischen Städte sind so mangelhaft mit Lebensmitteln versorgt, dass die Warschauer Machthaber sich nicht damit rechtfertigen können, die Schuld auf Schleichhändler und Spekulanten zu schieben. Auch die Mängel des staatlichen und genossenschaftlichen Verteilungsapparates können nicht allein zur Erklärung der katastrophalen Lage auf dem Fleisch- und Fettmarkt ausreichen. Auch in der Milchversorgung werden organisatorische Unzukömmlichkeiten festgestellt. Es gibt zuwenig Pasteurisiermaschinen, Kühlanlagen und ungenügende Transportmittel im Nahverkehr. Die Tatsache, dass ein Teil der Vorräte trotz schlechter Versorgung des Inlandes exportiert werden muss – sowohl an Grossbritannien und einige kleinere westeuropäische Staaten als auch an Ostdeutschland und das kommunistische China –, werden gerne im Inland verschwiegen. Man spricht vielmehr von einem Ansteigen des inländischen Verbrauches. Hilarius Mine musste selbst darauf hinweisen, dass der Schwarzhandel mit polizeilichen Massnahmen allein nicht bekämpft werden könne, solange das Angebot von Lebensmitteln hinter der inländischen Nachfrage zurückbleibe. In Pommern und Schlesien wirkt die Angst der Neusiedler, den neuzugeheilten Boden im Zuge einer Zwangskolchosierung wieder zu verlieren, produktionshemmend.

Nach Zambrowski gibt es derzeit in Polen 2,93 Millionen landwirtschaftlicher Einzelbetriebe in bäuerlichen Händen. 600.000 haben weniger als je 2 Hektar nutzbaren Boden, 1,255.000 Kleinbetriebe verfügten nicht einmal über ein eigenes Pferd. Die Zahl der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, die Mitte 1951 etwa 3.000 betrug, sei inzwischen nur um etwa 300 gewachsen. Zambrowski gab ihre Zahl später mit 3'362 an und ergänzte, dass 57% sich davon in den ostdeutschen

Gebieten befänden. Der alteingesessene polnische Bauer hält sich nach wie vor, solange es irgend möglich ist, von den Kolchosen zurück, die er als eine Eliminierung seines selbständigen und freien persönlichen und wirtschaftlichen Lebens betrachtet.]

Das langsame Tempo sichert der polnischen Regierung jedoch einige Vorteile, denn es erlaubt die Fortsetzung gewisser Handelsbeziehungen mit dem Westen und schiebt damit den Termin hinaus, an dem Polen völlig von Moskau abhängig sein muss. Es sichert dem Regime eine gewisse Popularität auf dem Land, etwa dann, wenn Gerüchte weitergegeben werden, dass Mine seine sowjetischen Herren an der Nase herumführen will. Diese Gedanken bereiten den Gegnern der Regierung eine grimmige Genugtuung, wie ja auch Titos Trotzen gegen Moskau selbst den wütendsten Antikommunisten Jugoslawiens gefallen hat. Gelegentliche Konzessionen an die Bauernschaft bringen mehr als reichlichen Gewinn. Doch um Moskau nicht zu reizen, wird eines Tages der Klassenkampf auf den Dörfern seitens der polnischen Regierung ernstlich in Angriff genommen werden müssen. Dann erst wird sich die Bedeutung der Bauernschaft für die polnische Wirtschaft klar erkennen lassen.

Der Kreml mag in Osteuropa schauen, wohin er will, überall muss er feststellen, dass die freien Bauernwirtschaften die Bollwerke dessen sind, was er bourgeoise Reaktion nennt. Diese Bollwerke zerbricht er der Reihe nach. Dass er sich das polnische bis zum Schluss aufhebt, hat gute Gründe.

Anmerkungen zu Kapitel 12

1) Der «Rat der gegenseitigen Wirtschaftshilfe» wurde 1949 gebildet, um die sowjetische Kontrolle über die Handelspolitik der osteuropäischen Staaten zu erleichtern. Es ist nicht klar, ob die «CMEA» mehr als nur ein Name ist. Wenn eine solche Organisation tatsächlich existiert, ist sie nur die Tarnung für sowjetische Machenschaften.

2) Vor dem Krieg waren 64,8% der Polen Katholiken. Von dem Rest wurde der Anteil an Juden während des Krieges fast ganz ausgerottet, und die meisten Orthodoxen leben in den östlichen Gebieten, die inzwischen von den Russen annektiert worden sind. Heute sind 95 bis 98% der Bevölkerung katholisch. (Vergl. «Eastern Europe between the Wars» von R. W. Seton-Watson, Cambridge, England. University-Press, 1946.)

3) Hilarius Mine, «Poland's Economy, Present and Future». New York: Polish Research and Information Service, 1949.

4) Die von der Sowjetregierung angeordnete Industrialisierung im Bukarest, 28. Juli 1950.

5) Die von der Sowjetregierung angeordnete Industrialisierung im «Blitztempo» trägt zur Verschärfung der Lage bei, vor allem daher, weil die Industrie nicht in der Richtung aufgebaut wird, die den Interessen des Landes entspricht. Was vor allem gefördert und ausgebaut wird, sind die Schwer- und die Rüstungsindustrie, geplant nach den Zielen der sowjetischen Politik und dazu bestimmt, sowjetische und nicht polnische Produktionslücken zu schliessen. Der Hunger in den Städten ist ein Teil des Preises den Polen zu zahlen hat. Das Problem der Schulung von hunderttausenden Facharbeitern für diese Erweiterung des Produktionsapparates stellt an das polnische Schul- und Hochschulwesen gewaltige Anforderungen. Nicht geringere Schwierigkeiten macht die hiezu notwendige Kapitalaufbringung. Der wichtigste Teil der etwa 700 neuen Grossbetriebe, die im Rahmen des Sechsjahresplanes errichtet werden sollen, wird der schwerindustriellen Produktion dienen. Zehn neue Kohlengruben in Schlesien gehören dazu, ferner die beiden riesigen Stahlwerke, die Nowa Huta bei Krakau und die Stahl- und Eisenhütte bei Czenstochau, die beide zusammen für eine Stahlproduktion von 2,5 Millionen Tonnen angelegt sind, während die gesamte Stahlproduktion des Landes vor dem Krieg nur etwa 1,4 Millionen Tonnen erreichte. So entsteht unter furchtbaren Opfern, geführt von Moskau, eine neue Industriemacht, die das grösste Kohlenvorkommen Europas als wirtschaftliche Grundlage besitzt – die oberschlesischen Vorräte an abbauwürdiger Kohle betragen 71,2 Milliarden Tonnen, denen beispielsweise nur 34,2 Milliarden Tonnen am Rhein und Ruhr gegenüberstehen – und in ihren Auswirkungen keineswegs unterschätzt werden darf. Ihr Gewicht wird noch dadurch erhöht, dass auch die tschechoslowakische Förderung

von 18 Millionen Tonnen, die zum Grossteil aus dem Oberschlesien benachbarten mährisch-schlesischen Gebiet stammt, einem gemeinsamen Aufbau zur Verfügung steht. Von grösster Bedeutung ist hiebei auch das ukrainische Eisenerz, mit dem die «östliche Ruhr» schon jetzt arbeitet, so dass sich auch der wirtschaftliche und produktionsmässige Schwerpunkt immer mehr nach dem Osten verlagert.

Es ist kein Zufall, dass Polen der erste Vasallenstaat der Sowjets ist, der wirtschaftlich vollständig durch Sowjetspezialisten kontrolliert wird. General Lomonossow, der sowjetische «Wirtschaftskoordinator» für Polen, den man den «Rokossovski der Wirtschaft» nennt, hat sein Hauptquartier in Warschau mit zwei Abteilungen, die beide von sowjetischen Staboffizieren geleitet werden. Oberst Tscherma Kow ist mit der Leitung der Abteilung für die Arbeitskräfte betraut. Er hat damit praktisch die Kontrolle über alle arbeitsfähigen Polen, kann ganze Fabriken, ja ganze Industriezweige stilllegen und «überzählige Arbeitskräfte» in die Sowjetunion oder in der CSR dirigieren. Meist erfährt nicht einmal die Familie, was mit diesen «versetzten Arbeitern» geschehen ist. Um die Tätigkeit des Oberst Tschermakow zu erleichtern, hat jeder polnische Staatsbürger eine neue Identitätskarte erhalten, auf welcher nun auch noch seine Arbeitsstelle vermerkt ist. Diese Karte muss er stets bei sich tragen.

Ein anderer sowjetischer Oberst, Krotki, leitet die Abteilung elektrische Energie. Er verfügt über die Zuweisung von elektrischem Strom, den in erster Linie Rüstungsbetriebe, «anerkannte Betriebe» und manchmal auch die Fabriken, die für den Bedarf der Bevölkerung an Verbrauchsgütern arbeiten, erhalten.

Ein Major Stojanov kontrolliert Steinkohlen und andere Brennstoffe, die noch strenger rationiert sind als elektrische Kraft. Der grosse Überschuss des polnischen Steinkohlenbergbaus wird entweder in die Sowjetunion ausgeführt oder zum Ankauf strategisch wichtiger Rohstoffe in nichtkommunistischen Staaten verwendet.

Nun sieht es der Kreml gar nicht gerne, wenn seine Beauftragten über zuviel Macht verfügen. Das verleitet allzu leicht zur Selbstherrlichkeit. Deshalb wurde in der Person des offiziellen Botschafters bei der polnischen Regierung, Sobolew, noch ein Oberkontrolleur nach Polen entsandt. Sobolews Ernennung sollte eine Warnung für Lomonossow und Rokossovski sein, nicht zu sehr auf ihre Macht zu pochen und vor ihren politischen Kollegen auf der Hut zu sein. Die Wehrwirtschaft der Sowjets aber wird bald die letzte Werkstätte jedes Satellitenstaates in ihre Planung einbezogen haben.]

⁶⁾ «Für einen immerwährenden Frieden, für eine Volksdemokratie!»
Bukarest 10. März 1950.

⁷⁾ Vergl. die Untersuchung von Harry Schwartz, The New York Times, 14. August 1950.

13

DER TITO POLENS

*Es ist klar, dass dort, wo Unterdrückung herrscht es
auch Gewalt geben muss und weder Freiheit noch
Demokratie sein kann.*

Lenin: «Staat und Revolution.»

Der erste Titoist ausserhalb der jugoslawischen Grenzen war Wladyslaw Gomulka, stellvertretender Ministerpräsident von Polen und Generalsekretär der Kommunistischen polnischen Arbeiterpartei. Diese Regierungs- und Parteiposten haben auch in anderen Ländern den kommunistischen Führern die Möglichkeit gegeben, mit gefährlicher Unabhängigkeit zu herrschen.

Gomulka muss viel von dem traditionellen polnischen Stolz und Mut besessen haben. Als die russischen Bolschewisten Tito wegen seiner unabhängigen Handlungsweise vor das Tribunal der Kominform brachten, trat er für eine nachsichtige Beurteilung des jugoslawischen Oberhauptes ein. Selbst als die Kominformresolution im Juni 1948 die Gefahren einer solchen Haltung erkennen liess, verteidigte er offen Titos Stellung zur Bauemfrage und seine Anerkennung des Rechtes der einzelnen Staaten, die Sozialisierung auf ihre Art durchzuführen. Wie jeder überzeugte Kommunist musste er sich schon seit langer Zeit daran gewöhnt haben, dass das kommunistische Dogma die reine, echte, und unveränderliche Wahrheit ausserhalb von Zeit und Erfahrung darstellte. Er scheint jedoch nicht der Ansicht gewesen zu sein, dass die kommunistische Methodologie, wie sie Stalin vertrat und mit grosser Biegsamkeit in Russland anwendete, zu heilig ist, um nicht ausserhalb des Kremls von Untergeordneten diskutiert zu werden. Bisher hat die Subordination

Gomulka noch nicht das Leben gekostet. Ob es auch in Zukunft so sein wird, kommt auf die besonderen Umstände an, wie sein Verhalten den Kommunisten genehm ist. Dabei richtet man sich nicht nach Gesetzen. Kein Parteimitglied, das sich in Reichweite des M. V. D. befindet, kann jemals sagen, ob und wieviel sein Leben wert ist.

Nicht nur der Stolz führte Gomulka auf Abwege, sondern auch das Ausmass seiner Machtbefugnisse. Man nannte ihn oft den starken Mann Polens. Er war sicherlich einer der prominentesten Kommunisten in Europa. Die Art, wie er zur Macht kam, verlieh ihm den Anschein, dass er sie nicht aus Gnade, sondern dem guten Recht nach besass. Im Krieg war er in der polnischen Untergrundbewegung führend gewesen. Als sich das kommunistisch geleitete Komitee von Lublin zur provisorischen Regierung Polens machte, wurde er stellvertretender Ministerpräsident. Seit Juni 1949 bekleidete er ausserdem noch das Amt eines Ministers für die wiedergewonnenen Gebiete. Beide hohen Regierungsfunktionen waren jedoch weniger bedeutsam als seine Stellung als Generalsekretär der Partei. Damit stand er auf der gleichen Stufe mit zwei besonderen Günstlingen Moskaus, dem Präsidenten Boleslav Bierut und Jakob Berman. Er vereinigte die Fäden einer das ganze Land überziehenden Organisation in seiner Hand; dadurch schien er sicherer gestellt zu sein als jeder andere polnische Politiker. Auf der Bühne des internationalen Kommunismus nahm er einen ebenso günstigen Platz ein. Im September 1947 gehörte er zu den Gründern der Kominform. Bei den Sitzungen dieser Organisation war er der Sprecher des grössten und bedeutendsten Mitgliedstaates nach der UdSSR¹).

Eine der Stützen in Gomulkas Gebäude, die er selbst wahrscheinlich für tragend hielt, war in Wirklichkeit schwach. In den ersten Nachkriegsjahren, als die kommunistischen Elemente der Widerstandsbewegung sich ihrer früheren sozialdemokratischen Partner zu entledigen suchten und die Diktatur ihrer Partei vorbereiteten, war es noch kein Nachteil, sich während der Kampfzeiten gegen die Nazi in Polen aufgehalten zu haben

und nicht in Moskau, wie die Mehrzahl der dem Lubliner Komitee Angehörigen. Als die Kommunisten jedoch fest im Sattel sassen, sah sich Moskau nicht mehr genötigt, jenen freundlich gegenüberzutreten, die ihre Lehrjahre nicht in der Sowjetunion zugebracht hatten. Die Schwierigkeiten, die man mit Tito erleben musste, verstärkten diese Ansicht noch. Der Kontrolle der Sowjets über die neugewonnenen Satellitenstaaten drohte jetzt weniger Gefahr durch die Klassenfeinde als durch anmassende Persönlichkeiten innerhalb der eigenen kommunistischen Garde. Nun begann man, die Verdienste Gomulkas während des Krieges gegen das Risiko abzuwägen, einen Mann mit eigenen Ideen in einer Schlüsselstellung innerhalb des Parteiapparates eines Satellitenstaates zu lassen. Die ersten Anzeichen, dass Gomulkas Karriere ein böses Ende nehmen könnte, datierten vom September 1947. In einer Geheimsitzung der kommunistischen Leuchten, die später die Kominform ins Leben riefen, machte er eine Bemerkung, die ihm Schwierigkeiten bringen sollte. Er sagte: «Es ist unsere Absicht ... in Zukunft die Macht des Blocks demokratischer Parteien auf die Alliance von Arbeitern und Bauern und auf die Zusammenarbeit mit den fortschrittlich gesinnten Elementen der bedeutungslosen Bourgeoisie zu gründen. ... Die Bauernpartei als die Partei der arbeitenden Bauernschaft, aus der sich die breite Masse des polnischen Volkes zusammensetzt, ist das bedeutungsvollste Element im Block.» Nach den Stalinistischen Auslegungen, wie sie nur sechs Monate später erfolgten, bedeuteten diese Worte die reine Ketzerei. In dem Bericht über die Gründung der Kominform an das Zentralkomitee der Kommunistischen polnischen Arbeiterpartei beging er einen zweiten Fehler. Er führte darin aus: «Es wäre nicht richtig, die Polnische Arbeiterpartei als eine kommunistische Partei zu bezeichnen. ... Obwohl Mitglied der Kominform, behält die Polnische Arbeiterpartei ihren früheren ideologischen Charakter.» Das erinnert an das, was Tito im folgenden Frühjahr über den eigenständigen Charakter der Kommunistischen jugoslawischen Partei sagte. Beide Äusserungen dürften in Moskau übel vermerkt worden sein

Bisher hatte man eine solche Gesinnung noch nicht ketzerisch genannt, aber der Umstand, dass Gomulka derartige Äusserungen machen konnte, muss den Kreml zur Überzeugung gebracht haben, dass der polnische Generalsekretär einer genauen Beobachtung zu unterstellen sei.

Im Dezember 1947 schien Gomulka anlässlich des Parteitages der Polnischen sozialistischen Partei eher geneigt, eine Vereinigung mit der Polnischen Arbeiterpartei zu befürworten. Die sowjetischen Führer waren zu einer Verschmelzung durchaus bereit, allerdings nicht auf der Basis, wie Gomulka sie vorschlug. Seiner Meinung nach sollte in der neuen Partei die Tür für jene Sozialisten geöffnet werden, die eine Zusammenarbeit mit der Sowjetunion bejahten oder, wie er selbst, glaubten, dass Polen einen eigenen «dritten» Weg zum Sozialismus gehen könnte. Diese würden allerdings bemerkt haben, dass sie sich nach der Gründung der neuen Partei gegen manches Risiko zu schützen gehabt hätten. Ob Gomulka ernstlich gehofft hatte, zwischen Rechts und Links lavieren zu können (wie es Stalin innerhalb der bolschewistischen Partei getan hatte), und ob er die Idee eines rechten Flügels begünstigte, ist eine andere Frage. War es vielleicht seine Absicht, bei Gelegenheit eine «dritte sozialistische Gesellschaft» zu gründen, vielleicht mit der eigenartigen Aufgabe, zwischen östlichem Stalinismus und dem traditionellen Sozialismus des Westens zu vermitteln? Sollte Gomulka etwas Derartiges vorgeschwebt sein, dann übersah er, dass sich Stalin nur deshalb hatte durchsetzen können, weil bei seinem Lavieren zwischen dem bolschewistischen linken und rechten Flügel keiner über ihm stand, der ihn beobachten oder in die Schranken hätte weisen können. Kurz nach Beendigung des Parteitages wurde Gomulka nach Moskau befohlen, zusammen mit Cyrankiewicz, dem Führer der polnischen Sozialisten, und mit Hilarius Mine, einem Kommunisten, der zuweilen unter dem Verdacht des Individualismus stand. Dort wurde ihnen bedeutet, dass die Sozialistische Partei weiterhin von den gemässigten Elementen zu säubern sei, besonders von jenen Persönlichkeiten, die im Kontakt mit westlichen Sozialisten

gross geworden wären. Vorher käme eine Verschmelzung mit der Polnischen Arbeiterpartei nicht in Betracht. Die daraufhin einsetzende Säuberungsaktion verlief gründlich, so dass nur eindeutig «östlich» eingestellte Sozialisten übrigblieben, um sich ein Jahr später, als sich die Verschmelzung vollzog, den Kommunisten anschliessen zu können²).

Die Verzögerung war nicht allein durch die Säuberungsaktion hervorgerufen worden, sondern auch durch das Entstehen des «Titoismus» als eines Symptoms in allen kommunistischen Parteien. Vom Anfang der jugoslawischen Krise an weigerte Gomulka sich, die Ansicht zu vertreten, dass die Kominform ein Sprachrohr von Stalins Beschlüssen sein sollte. Er konnte nicht begreifen, warum er, der tüchtigste polnische Führer in den Kriegsjahren, Generalsekretär und Mitbegründer der Kominform, seiner Haltung wegen, automatisch von den Debatten in der Kominform und den Beschlussfassungen ausgeschlossen sein sollte. Sie würden doch von einschneidender Bedeutung für den Kommunismus sein, nicht nur in Jugoslawien oder Polen, sondern in der ganzen Welt. Gomulka wurde die Teilnahme an den Sitzungen in Bukarest im Juni 1948 nicht erlaubt, als der Ausschluss der jugoslawischen Kommunisten erfolgte. Als er gegen den Beschluss Stellung nahm, wurde er vor das eigene Zentralkomitee zitiert, des bourgeoisen Nationalismus beschuldigt und aufgefordert, zu widerrufen. Er stand jedoch in dem Zentralkomitee nicht allein, ja, seine Anhängerschaft scheint so stark gewesen zu sein, dass es dem Moskauer Flügel unklug erschien, der Vermahnung eine Bestrafung folgen zu lassen. Auch der überraschende Erfolg von Titos Unabhängigkeitserklärung liess es nicht wünschenswert erscheinen, eine zweite nationale Rebellion aufkommen zu lassen.

Noch ärger als das bisherige Verhalten Gomulkas war in den Augen der Russen seine Unbescheidenheit bei der Rechtfertigung in der Junivollversammlung des Zentralkomitees. Bierut stellte fest, dass es bereits ein Verstoss gegen die Disziplin sei, wenn der Generalsekretär ohne Erlaubnis des Zentralkomitees das Wort ergreife. Weiter betonte er, dass «die

Rede Gomulkas eine falsche, antileninistische Lobpreisung der Vergangenheit der polnischen Arbeiterbewegung darstellte», und eine «tatsächliche ideologische Kapitulation vor den nationalistischen Traditionen der polnischen Sozialistischen Partei sei», ferner «eine negative Haltung gegenüber jenem Abschnitt der (Kominform-) Resolution einnimmt, der das Programm und die Probleme im Zusammenhang mit der Überführung der Landwirtschaft in den Sozialismus behandelt und untersucht, wie man der Ausbeutung der Landarbeiter durch die ländlichen Kapitalisten entgegenzutreten kann». Diese Worte konnten Gomulka nicht einschüchtern, denn er leistete weder Abbitte noch trat er von seinem Posten zurück. Es wurde still um ihn, vielleicht entband man ihn von der aktiven Parteiarbeit. Bei der Julisitzung des Zentralkomitees fehlte er, trotzdem bemühte er sich nicht um eine Aussöhnung mit der stalinistischen Führung oder um die Bereinigung des Zwistes innerhalb der Partei.

Der Sommer verging, und das Tauziehen blieb unentschieden. Da beschloss der Moskauer Flügel, offen vorzugehen und zu erklären, dass Tito in Polen geistige Verbündete habe. Anlässlich der Vollversammlung des Zentralkomitees, vom 31. August bis zum 3. September, schien Gomulka einen formalen Widerruf getan zu haben. Seine Gegner leugneten weiter, dass er eine befriedigende «grundlegende Erkenntnis seiner falschen Einstellung» habe und weigerten sich, seine «Selbstkritik» als angemessen zu betrachten. Er wurde seines Amtes als Generalsekretär enthoben und Bierut an seine Stelle eingesetzt. Sechs andere Mitglieder jedoch wurden angeklagt, Gomulkas Ansichten zu teilen. Sie wurden fallengelassen oder von voller Mitgliedschaft zu gelegentlicher Teilnahme herabgesetzt. Bald gab man zu, dass die Parteikrise mit dem peinlichen jugoslawischen Zwischenfall im Zusammenhang stand. Am 8. September 1948 konnte man auf der ersten Seite der führenden Warschauer Zeitung «Głos Ludu» in dem Leitartikel lesen: «Die Bedeutung der Resolution der letzten Vollversammlung in dem Kampf um die Reinigung der Partei von Irrlehren der

rechtsstehenden Opportunisten und Nationalisten ist oft betont worden. Ihre Ansichten könnten unsere Bewegung auf die Wege Titos führen, die den Aufbau eines sozialistischen Staates verhindern und die Front der antiimperialistischen Mächte zerstören.» Im offiziellen Organ des Zentralkomitees «Nowe Drogi» und in der «Prawda» vom 9. September wurde Gomulka ein Titoist genannt. Man machte bekannt, dass eine von der Vollversammlung angenommene Resolution in aller Form festgestellt habe, die Haltung Gomulkas sei nicht ein «zufälliger Irrtum» oder «ein Einzelvorkommnis». Die Ereignisse in Jugoslawien hätten «im Juni dem Genossen Gomulka zu seiner Haltung Mut gemacht».

Gomulka hatte anscheinend noch immer zuviel Einfluss auf die Partei, als dass der Moskauer Flügel es vermocht hätte, ihn daran zu hindern, bei dem Einigungskongress der Polnischen Arbeiterpartei mit der Polnischen sozialistischen Partei, der im Dezember tagte, eine Rede zu halten. Man kritisierte sie sofort darin, dass sie noch immer «einen besonderen Standpunkt in Fragen des Kosmopolitismus» vertrete. Mit einer Höflichkeit, wie sie bei Debatten der Kommunisten allgemein nicht üblich ist, bezeichnete Bierut die Rede als «hässlichen Lärm», der im ganzen Saal zu hören gewesen sei. Trotzdem wurde drei Tage später bei den Wahlen für das Zentralkomitee der Vereinigten polnischen Arbeiterpartei (der neue Name nach der Verschmelzung der Parteien) Gomulka zum Mitglied gewählt. Es wird berichtet, dass er mehr Stimmen als alle anderen Kandidaten, ausgenommen Bierut, für sich buchen konnte. Erst im Januar 1949 fühlten sich die Moskauer Anhänger stark genug, um den entscheidenden Schlag zu führen. Zur Einleitung wurde Gomulkas Amt als Minister für wiedergewonnene Gebiete aufgehoben, dann wurde sein Rücktrittsgesuch als stellvertretender Ministerpräsident «angenommen». Seine Verhaftung erfolgte nicht, er erhielt einen Ehrenposten im Obersten staatlichen Kontrollrat. Dort stand er als eine Art Steuerüberprüfungsbeamter unter den wachsamen Augen von Franciszek Joswiak, einem verlässlichen Diener Moskaus.

Während meines Aufenthaltes in Warschau war ich verschiedene Male bemüht, mit Gomulka zusammenzukommen. Der zuständige Mann im Aussenamt, der temperamentvolle junge General Viktor Grosz – später polnischer Gesandter in Prag – entzog sich mir immer mit der Begründung, in «Gomulkas gegenwärtigem Verwendungsbereich bestehe keine Notwendigkeit zur Fühlungnahme mit Ausländern», oder «er sei keineswegs eine interessante Persönlichkeit», oder «seine Bedeutung wurde überschätzt». Diese Antwort wird wohl den Tatsachen am nächsten kommen. Wo jeder Mensch so leicht ersetzbar ist, überschätzt man die Bedeutung einer führenden Persönlichkeit leicht, und auch diese selbst kommt oft zu einer unrichtigen Selbsteinschätzung. Vergangene Verdienste und eine hohe Stellung bieten keine Gewähr dafür, dass nicht jemand plötzlich sein in Gold gehaltenes Amtszimmer mit dem Gefängnis vertauschen muss, und dies wieder, um ein öffentliches Schauspiel seiner Reue zu bieten, mit dem Schafott. Wenn es im Augenblick nicht vorteilhaft erscheint, ihn aufzuknüpfen, kann es sein, dass man jemand in den Hintergrund rückt, um über ihn verfügen zu können, falls die Parteilinie eine Haarnadelkurve macht und seine einstigen Irrtümer eine Ehrenrettung erfahren.

Es ist fraglich, ob ich unter den damals herrschenden Verhältnissen in Polen Gomulka zu Gesicht bekommen hätte, auch wenn seine persönliche Einstufung nicht so schwankend gewesen wäre. In jeder kommunistischen Regierung ist es nur einer beschränkten Anzahl von Beamten des Auswärtigen Amtes erlaubt, mit Ausländern in Verbindung zu kommen und es bedarf von Fall zu Fall einer neuen Genehmigung. Zuweilen haben Besucher von Hauptstädten in den Satellitenstaaten die Möglichkeit, mit hohen Partei- oder Regierungsfunktionären zu sprechen, mit denen die dort akkreditierten Diplomaten nur selten oder nie zusammenkommen können. Als ich im Jahr 1928 in Moskau war und um die Erlaubnis ansuchte, mit Bucharin zu sprechen, bekam ich einen Vorgeschmack, wie verzwickt die Bestimmungen sind, um mit einem führenden Kommunisten in Verbindung treten zu können. Bucharins Antwort liess zwei

Wochen auf sich warten und bedeutete mir, dass es vielleicht möglich sei, ihn zu sprechen, wenn ich noch zwei Wochen Geduld haben könnte. Eine bindende Zusage wäre damit noch nicht gegeben, aber sie läge im Bereich der Möglichkeit. Bucharins heimlicher Kampf mit Stalin war damals schon ausgebrochen, wahrscheinlich war er deshalb besonders vorsichtig. Beamte des Kommissariats für auswärtige Angelegenheiten erklärten mir sein langsames und hinhaltendes Verhalten damit, dass er als Mitglied des Politbüros eine schriftliche Erklärung des Einverständnisses von jedem anderen Mitglied des Politbüros besitzen müsse, ehe er mit einem Ausländer zusammenkäme³).

Schlussfolgerungen aus dem Schicksal Bucharins oder anderer Helden aus den grossen Säuberungsprozessen der dreissiger Jahre, oder eines Rajk, Kostoff und einiger Kommunisten der Satellitenstaaten, in denen seit 1949 die Säuberung blühte, berechtigen nicht zur Annahme, dass Gomulka vor Gericht gestellt und, sollte es doch der Fall sein, hingerichtet werden muss. Das hängt von vielen Faktoren, ob nützlich oder zweckmässig, ab. Vermutlich werden die Gewaltigen des Kremls sich öfter fragen, ob mit Gomulka alle aufsässigen Elemente der polnischen Parteihierarchie entfernt worden seien. Sollte man Zweifel haben, dann könnte es sein, dass der Entschluss gefasst wird, einen Prozess zur Abschreckung für jeden zu inszenieren, der in seine Fussstapfen treten wollte. Ob nun Gomulka noch in seinem Amtszimmer im Obersten Kontrollrat sitzt oder nicht – aus dem Vergleich, wie es anderen in seiner Lage erging, darf angenommen werden, dass seine Hoffnungen auf ein langes Leben verhältnismässig gering sind.

Gegen Ende des Jahres 1949 kam ein höchst kritischer Augenblick für Gomulka und einige verflozene kommunistische Parteigrössen, die, wie er, als Mitläufer der «Gomulka-Bande» auf der Liste der «titoistischen Verbrecher» standen.

Wie vorangegangenen Kapiteln zu entnehmen ist, hatte das bolschewistische hohe Kommando im Frühsommer 1949 eine Generalprüfung aller neuer Errungenschaften in den Satellitenstaaten vorgenommen und war danach zu dem Ergebnis ge-

kommen, dass den erforderlichen strategischen Erwartungen der Sowjetunion nicht Genüge geleistet worden sei. Schwerer als erwartet, erwies sich die Proletarisierung der osteuropäischen Völker von unten her und auch die Sowjetisierung der örtlichen Parteiführung von oben her. Polens besondere wirtschaftliche und strategische Bedeutung liess es vordringlich erscheinen, dort zu grösserer Sicherheit zu kommen, während die russischen Anforderungen erfüllt wurden. Die Übergangszeit drohte wegen der Widerwilligkeit der polnischen Bauern und der katholischen Kirche besonders lang zu dauern.

Nach russischer Auffassung gab es in der polnischen Suppe noch ein anderes Haar, nämlich den Geist der Unabhängigkeit in der polnischen Armee. Obgleich zahlreiche russische Offiziere in ihr als Divisions- oder Armeekommandanten eingesetzt worden waren, hatte weder die nationale Tradition noch die anti-russische Mentalität ausgerottet werden können. Im Gegenteil, es hatte, ebenso wie mit russischen Instruktionsoffizieren in der jugoslawischen Armee, Reibereien und Eifersucht gegeben. Im Gegensatz zu den Offizieren jener Satellitenstaaten, die im Krieg auf Seiten der Achse gestanden waren, hielten sich die Polen von ihren russischen Kommandeuren und Kameraden hochmütig zurück. Das lag in einem gewissen Berufsstolz, mehr aber noch in der Tradition. Die polnische Armee hatte in der Vergangenheit gegen russische wie gegen deutsche Aggressoren kämpfen müssen. Vielen aktiven Offizieren waren noch die grossen Tage des Jahres 1920 in Erinnerung, als die Rote Armee vor den Toren Warschaws geschlagen wurde.

Die russischen Militärs entschieden sich dahin, nicht die Erfolge durch Zeit, Disziplin und Propaganda abwarten zu wollen, um dieser unerwünschten und unter Umständen gefährlichen Lage Herr zu werden. Der 7. November 1949 brachte die Nachricht, dass Konstantin K. Rokossovski, Marschall der Sowjetarmee, zum Oberbefehlshaber der polnischen Streitkräfte ernannt worden sei⁴). Das bedeutete eine neue Epoche in den russisch-polnischen Beziehungen, mehr noch in den Beziehungen mit allen Randstaaten von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer.

Von jetzt an gab es keinen Zweifel mehr darüber, warum Russland die Hauptstädte der osteuropäischen Staaten in die Hand kommunistischer Regierungen gespielt hatte. Der Vorwand, aus Gründen der Verteidigung seien dort «befreundete» Regimes erwünscht, wurde fallengelassen. Der jetzt erfolgte Schritt hatte keinerlei Verbindung zu wirtschaftlichen oder sozialen Fragen. Das klare Ziel bestand darin, die Armeen Polens und der Satellitenstaaten zu Hilfstruppen, ja zu unlösbaren Teilen der Sowjetarmee zu machen, gleichgültig, zu welchen militärischen Operationen die Sowjetunion sie einzusetzen beabsichtige.

Diese Tage mussten für Gomulka und die unter dem Verdacht des Nationalismus, Titoismus oder Trotzismus stehenden polnischen Kommunisten von besonderer Gefährlichkeit gewesen sein. Wenn je ein Schauprozess notwendig war, erforderte ihn nicht die augenblickliche Situation, durch die eine tiefe Verletzung der polnischen Gefühle heraufbeschworen worden war? Wahrscheinlich wurde in Vorbereitung zu einem solchen Schritt Gomulkas Sitz im Zentralkomitee der Partei anlässlich der Vollversammlung im November annulliert. Der Kampf gegen ihn hatte nach 18 Monaten ein Ende gefunden. Um nicht sein Schicksal teilen zu müssen, beeilten sich alle Kommunisten, denen irgendeinmal Bestrebungen zur Unabhängigkeit zum Vorwurf gemacht worden waren, samt jenen, die ihre Karriere durch geheime ketzerische Gedanken in Gefahr gebracht hatten, gegen ihren ehemaligen Genossen die schwersten Verdächtigungen auszusprechen. Hilarius Mine klagte ihn an, dass er nicht an Russlands Entschlossenheit, die Westgrenze Polens gegen Deutschland zu schützen, glaube. Im Widerspruch dazu beschuldigte er ihn, dass er gezweifelt habe, die deutschen Kommunisten könnten einmal den «Mut» auf bringen, eine Revision der Grenzen zu fordern. Gomulkas Gegenrede nannte man «zischende Einschmeichelungsversuche einer Schlange»⁰). [In seiner Antwort nannte Mine Gomulka einen Bösewicht und Schuft der schlechtesten und listigsten Sorte, einen Schuft, der der Partei schwersten Schaden bereitet hat und gerade durch seine jetzige Rede ihr noch mehr Schaden bereiten will. Der schwerste Hieb wurde

jedoch von dem Redakteur eines Provinzblattes, Herrn Konecki, geführt. Dieser berichtete, er bekomme in seiner Zeitung fast täglich Zuschriften, aus denen hervorgehe, dass Gomulka unter den Bauern die populärste Figur geworden sei: «Als Redakteur meiner Zeitung habe ich das zweifelhafte Vergnügen, anonyme Briefe zu lesen, in denen mir gesagt wird, dass Gomulka der Heros von Polen ist, der berufene Führer zur Verteidigung Polens gegen Sowjetrußland. Diese Banditen und reaktionären Priester scheinen zu glauben, dass Gomulka, weil er jetzt in Inaktivität versetzt ist, ein zweiter Pilsudski sein wird, der sich vor 25 Jahren ebenfalls in ein Dorf zurückzog, um dann plötzlich die oberste Gewalt in Polen an sich zu reißen.» Diese Worte schienen nicht nur ein politisches, sondern auch physisches Todesurteil für Gomulka zu bedeuten.]

Bald zeigte es sich aber, dass man keinen zivilen, sondern einen militärischen Sündenbock brauchte, um das Vorhandensein solcher Missstände in der polnischen Armee zu begründen, dass zu ihrer Beseitigung ein sowjetischer Marschall von Nöten sei. In der gleichen Vollversammlung, in der Gomulkas Absetzung erfolgte, wurde auch eine andere hochbedeutsame Person aus dem Zentralkomitee entfernt, General Marian Spychalski. Wie Gomulka, war er seit den frühesten Tagen der Partei ein Mitglied des Zentralkomitees, ein Machtfaktor innerhalb der Partei und als stellvertretender Verteidigungsminister die rechte Hand und der politische Berater von Marschall Zymierski, Rokossovskis Vorgänger als polnischer Oberkommandierender, gewesen. Der frühere amerikanische Gesandte in Polen, Arthur Bliss Lane, hat einmal geschrieben, dass «praktisch die bestimmende Gewalt in der Armee von General Spychalski» ausging und «dass bei politischen Beratungen der Wehrmacht dieser und nicht Zymierski die bedeutsame Rede hielt./) Er nannte ihn «einen gewandten, ruhig sprechenden unmilitärischen Offizier, der in Rußland seine Ausbildung erhalten hat.»

Ein anderer Amerikaner, der mit ihm oft zusammengekommen ist, erzählte mir, er habe von ihm den Eindruck gewonnen, dass er ein fanatischer Kommunist und den westlichen

Vertretern gegenüber wohl höflich, aber von eisiger Zurückhaltung sei. Spsychalskis Hauptaufgabe war es, die polnische Armee im Sinn des Kommunismus umzuerziehen. Ich lasse die Frage offen, ob ein anderer Mann rascher und gründlicher eines der nationalistischen Gebilde der Welt entnationalisieren hätte können. Ohne viel zu fragen, ob ein Misserfolg vermeidbar gewesen wäre, wurde er automatisch zum Sündenbock gestempelt. Die Anklage, die man gegen ihn speziell erhob, verhiess Unheil. Man behauptete, er habe von der Spionage ausländischer Mächte Kenntnis gehabt und sie verheimlicht. Er selbst bekannte sich vor dem Parteitag der Vereinigten Arbeiterpartei in der gewohnten und wohl geforderten Art schuldig. Er führte aus: «Unter dem Einfluss meiner nationalistischen Verirrungen habe ich den furchtbaren Irrtum begangen, dafür einzutreten, dass die polnische Armee auf die wertvollen russischen Spezialisten verzichte. Erst jetzt begreife ich die Schwere meiner Fehler, die ich nun nicht mehr gutmachen kann. Aber ich bitte euch, mir noch einmal eine Möglichkeit zu geben, für die Partei zu arbeiten, damit ich nun in gehöriger Weise den Marxismus-Leninismus studieren kann und lerne, nicht mehr nationalistischen Abweichungen nachzugehen. Ich flehe euch an, mich in der Partei zu lassen, damit ich meine Fehler abbüssen, meine Irrtümer bereinigen und den Schaden wiedergutmachen kann.» Sein Nachfolger war ein «Henker» – Edward Ochab, Mitglied des Politbüros, MVD-Agent und sehr erfahren im Säubern von Gewerkschaften und Kooperativen.

Unter jenen, die in dieser Zeit ihres Amtes enthoben wurden, war auch der stellvertretende Justizminister Zenon Kliszko, ein Mitglied des Zentralkomitees der Partei, dem man vorwarf, er habe seine frühere Rechtsorientierung nicht aufgegeben, obgleich ihm die Parteilinie klar ausgedeutet worden sei. Dieser gab den stärksten Beweis einer echt bolschewistischen Reue und Zerknirschung. Er schenkte sich keines der Geständnisse, an denen das kommunistische Vokabular so reich ist, wie Nationalismus, Opportunismus, ideologische Blindheit, charakterliche Schwäche und Betrug. Er dankte seinen Anklägern, erklärte,

nicht mehr der Gemeinschaft anständiger Menschen angehören zu können und «darum werde ich jede Strafe, selbst die schwerste, als gerecht und wohlverdient empfinden». Der stellvertretende Ackerbauminister Dr. Stanislaw Kowalewski, wurde als «Heuchler» gebrandmarkt. Zu den Opfern gehörten ferner Ryszard Borowy, stellvertretender Forstminister, und Tadeusz Kachanowicz, der stellvertretende Arbeits- und Sozialminister. Der frühere Ernährungsminister Lechowicz schien bereits einige Zeit früher verhaftet worden zu sein. Keinen dieser Namen könnte man von einer Liste für Kandidaten eines «Rajk-Prozesses» streichen⁷⁾.

Im Jahr 1937 war in Sowjetrußland der Marschall Tuschaschewski vor Gericht gestellt worden, weil er mit Deutschland Verbindungen aufgenommen hatte. Man hatte ihn hingerichtet. «Plus ça change ..Wenn man einmal dem General Spychalski den Prozess macht, dann wird es bestimmt heissen, er habe mit den USA oder England konspiriert. Ein anderer Punkt in der Anklage wird lauten, er habe daran gezweifelt, ob ein Zusammengehen Russlands mit Deutschland ein Vorteil wäre. Dies würde ihn mit Gomulka gleichstellen, allerdings kann man nicht sagen, ob man zivile Abtrünnige in einem Militärprozess aufscheinen lassen würde. Rajks Armee-»Komplizen« wurden gemeinsam mit ihm vor Gericht gestellt.

Es muss betont werden, dass Gomulkas nationalistische Gesinnung schon sehr weit gediehen zu sein schien, bevor Titos Handlungsweise sie klarer sichtbar werden liess. Im Jahr 1947 forderte er ein politisches Zusammengehen der Kommunisten mit fortschrittlichen Elementen des noch verbliebenen Bürgertums und betonte, dass die Bauernschaft als Hauptbestandteil der polnischen Bevölkerung politisch stärker hervortreten müsste. Diese Ansicht gab er auch nicht auf, als Tito wegen gleicher Forderungen angeklagt und ein Nationalist genannt wurde. Es gibt keinen Beweis, dass sein Misstrauen auf die Tage des Bündnisses zwischen Hitler und Stalin zurückgeht, aber es wäre interessant, zu überlegen, wie seine Gefühle in den Jahren 1939 und 1944 gewesen sein mögen, wenn er in den Jahren

1947/48 ein so standhafter Nationalist war. Der Pakt v. Ribbentrop-Molotow hatte Tito entsetzt; welchen Effekt musste das Bündnis gar auf einen polnischen Kommunisten gehabt haben, der noch dazu ausgesprochen national dachte? Wenn Tito den Beitrag Russlands zur Befreiung Jugoslawiens gering achtete, was sollte dann erst ein Warschauer Widerstandskämpfer sagen, der selbst beobachtet hatte, dass Marschall Konstantin K. Rokossovski seine siegreich vordringende Rote Armee auf dem anderen Ufer der Weichsel zum Stillstand kommen liess und zwei Monate zuwartete, während die Nazis die Widerstandskämpfer systematisch vernichteten? Ermutigt durch den Anmarsch der Roten Armee, hatte General Bor die sorgfältig vorbereitete Erhebung der polnischen Heimatarmee am 1. August 1944 aufflammen lassen. Mikolajczyk, Ministerpräsident der polnischen Exilregierung, hatte sofort persönlich verzweifelnde Hilferufe an Stalin gerichtet. (Er weilte seit dem 31. Juli, gerade als der Aufstand begann, für einige Tage in Warschau.) Roosevelt und Churchill unterstützten eifrig die Hilferufe. Aber die Rote Armee verharrte in Ruhe, während die Nazis die Heimatarmee vernichteten und zeigte durch drei Monate hindurch keine Bereitschaft, einzugreifen. Und zu gleicher Zeit wurde die Stadtbevölkerung massakriert und Stadtteil um Stadtteil zerstört! Am 5. Jänner 1944 anerkannte die Sowjetregierung das kommunistisch orientierte Lubliner Komitee als provisorische polnische Regierung. Zwei Wochen später verkündete man, die Rote Armee habe die Weichsel überschritten und die «Freiheit.» gebracht, – in eine Öde, die ehemals Warschau geheissen hatte. Die opferbereiten polnischen Patrioten, die einmal hätten unbehaglich werden können, lagen unter Trümmern begraben. Was mochte damals in Gomulkas Herz vorgegangen sein? Sein Verstand sagte ihm wahrscheinlich, dass die Zerstörung der anti-kommunistischen Kräfte um General Bor notwendig gewesen sei, damit das erforderliche politische Vakuum für den Kommunismus geschaffen werde. Gleichzeitig aber vermochte er wohl seinen starken polnischen Stolz über den Bor-Aufstand nicht zu unterdrücken, um so weniger, weil er später Stalins An-

sicht, dass eine kommunistische Regierung Anerkennung der sowjetischen Oberherrschaft bedeutet, grundsätzlich ablehnte.

Die Annahme, dass Gomulka mehr als ein Opportunist, den seine Rivalen bei einer Abweichung von der Parteilinie ertappt hatten, gewesen war, konnte weit hergeholt erscheinen. Bei einem berufsmässigen Revolutionär aber kann buchstäblich auch das Phantastischeste wahr sein. Vielleicht ist der ganze Fall Gomulka nur nach Schema F abgerollt – Pack schlägt sich und – den letzten beißen die Hunde. Die polnische Geschichte kennt freilich genug überzeugte Patrioten, mit einem Schuss Don Quichote, die jederzeit bereit waren, für polnische Ideale zu sterben. Es waren zuweilen edle Charaktere, zuweilen Wirrköpfe. Wenn einmal Gomulka vor Gericht gestellt werden sollte, dann wird man vielleicht wieder dunkle Vorgänge wahrnehmen, ohne sie zu verstehen, und Gomulkas Geständnis hören, dass er nie für polnische Ideale gekämpft habe, sondern immer nur Polen im Dienste amerikanischen Goldes betrogen habe. Auch wenn es nicht so weit kommt, wird die Mutmassung nicht aufhören, dass er, wie viele andere Polen, die Russen ebenso fürchtete, wie er die Deutschen hasste, und er auch als Marxist von einem polnischen Staat träumte, von einem Polen, das mit seiner Unabhängigkeit das Gleichgewicht zwischen Ost und West herstellte und nicht nur ein Punkt mehr auf der russischen Speisekarte war.

Zwei wesentliche Tatsachen machten Gomulkas Opposition gegen Stalin wirkungsloser als die Titos, obgleich Polen nicht weniger stolz und national denkt als Jugoslawien, und eine stärkere Bevölkerung und bessere wirtschaftliche Voraussetzung für einen Widerstand besitzt. Tito stand in seiner Partei ohne Gegner da und verfügte über eine Wehrmacht, die weder im Innern noch im Ausland angefeindet wurde. Noch bedeutsamer ist der zweite Punkt. Polen grenzt im Osten an die Sowjetunion, im Westen an die russisch besetzte Zone Deutschlands. Beide Grenzen sind von Natur aus für eine Verteidigung ungeeignet. Dazu kommt, dass in Polen russische Truppenkontingente stehen, die zwar Verbindungstruppen

heissen, sich aber von Besatzungstruppen nicht unterscheiden und das Land wehrlos machen. Für Jugoslawien bestand eine Chance, sich von der russischen Bevormundung zu befreien, wenn es mutig zu handeln wusste. Tito ergriff sie. Gomulka bot sich keine solche Chance.

[Jahrelang lebte der «Tito Polens», wie es heisst, einsam und von Geheimpolizei beschattet dahin. Seine Gesundheit soll schwer gelitten haben. Zeitweise wurden im ganzen Land wütende Kampagnen gegen den Gomulkaismus als Gegenstück zum Titoismus geführt. Die Agitatoren wurden angewiesen, jede Ortschaft, jede Fabrik und jeden Bauernhof zu besuchen» um «aufklärend» zu wirken. Vor allem wurden die Lehrer eingehend gewarnt, die Jugend in seinem Geist zu erziehen und darauf hingewiesen, dass die einzige Strasse, die zum wahren Sozialismus führe, die des Stalinschen bzw. sowjetischen Kommunismus sei. Nunmehr wurden das In- und Ausland gleicherweise durch das Auftauchen seines Namens und jenes des ja ebenfalls in Ungnade gefallenen Generals Spyhalski auf den Listen für die Oktoberwahl 1952 zum neuen Sejm überrascht. Sollten ihre Reue und Zerknirschung so gross gewesen sein oder handelt es sich hierbei um ein Manöver, das Moskau inszeniert hat, um die wahre Stimmung im Lande auszukundschaften?]

Anmerkungen zu Kapitel 13

1) Die Kommunistische Partei Chinas ist nicht Mitglied der Kominform, ebensowenig wie die albanische. Sowohl die kleinste als auch die grösste aller kommunistischen Parteien werden ausserhalb gehalten, offensichtlich aus entgegengesetzten Gründen. Bei dieser Gelegenheit ist es interessant festzustellen, dass Stalin es nie für notwendig befunden hat, den kommunistischen Parteien der Ukraine und den Bjelorussischen Sowjetischen Sozialistischen Republiken in der Kominform eine Vertretung zu geben. Diese verbleiben lediglich administrative Zweige der bolschewistischen Partei.

2) Siehe «The Fate of Polish Socialism», von R., «Foreign Affairs», Oktober 1949.

3) Wirklich traf ich mit Bucharin erst 8 Jahre später zusammen, als er inkognito in Paris weilte. (Siehe Vorwort.)

4) Bevor Rokossovski zum Führer der polnischen Armee gemacht wurde, gab es keinen Hinweis darauf, dass er etwas anderes als ein sowjetischer Staatsbürger und ein Offizier der Sowjetarmee sei. Ein Band mit dem Titel: «Nachrichten über Polen», herausgegeben vom polnischen Ministerium des Äusseren, enthält eine Chronologie mit folgenden Eintragungen: «5. August 1945. Offizieller Besuch in Warschau von den UdSSR-Marschällen Georg Zhukov und Konstantin Rokossovski. Die Marschälle Zhukov und Rokossovski mit den höchsten polnischen militärischen Ehrenzeichen ausgezeichnet.» Und weiter: «10. Februar 1949. Der Marschall der Sowjetunion Konstantin Rokossovsky besuchte Warschau bei Gelegenheit des 31. Jahrestages der Sowjetarmee.» Rokossovskis Geburtsort steht nicht fest. Die Kommunisten behaupten, er sei in Warschau als Sohn eines Eisenbahners geboren, aber es gibt einige Beweise dafür, dass ein kleiner Ort, ungefähr 200 Meilen weiter östlich, in einem Gebiet mit gemischter ukrainisch-polnischer Bevölkerung, sein Geburtsort ist. Auf jeden Fall gab es zurzeit seiner Geburt keinen freien polnischen Staat, so dass man nicht, wie es manchmal geschieht, sagen kann, er sei «von Geburt polnischer Nationalität».

[Konstantin Rokossovski ist der vierte Marschall Polens in einer Reihe, die mit Pilsudski beginnt. Zweiter Marschall war Rydz-Smigly, der am 19. September 1939, als die deutschen und sowjetischen Truppen blitzartig das Land besetzten und es von den beiden Giganten zerrissen worden war, nach Rumänien ging und dort von seinen Landsleuten im Exil abgesetzt wurde. Rola Zymierski, wie man sagt, unter Pilsudski wegen dunkler Lieferungsgeschäfte aus dem Kriegsministerium heraus verhaftet, war der dritte. Er kam über das sowjetisch beherrschte Lubliner Komitee in der Nachkriegszeit zu dieser hohen Würde, obgleich

General Spychalski ursprünglich in militärischen und auch politischen Dingen grösseren Einfluss besass. Etwa zwanzig Jahre vorher hatte er noch unter Pilsudski und Rydz-Smigli gegen die Bolschewisten gekämpft und war dabei auch seinem späteren Nachfolger, eben Konstantin Rokossovsky gegenübergestanden.

Wie man sagt, befand sich Rokossovski nicht immer bei Stalin in Gnade. So soll er 1938 als Oberst im Zuge der Säuberungsaktion in Sowjetrussland gegen Tuchatschewski und Jagoda nach Sibirien verbannt worden sein. 1941 erinnerte man sich seiner grossen militärischen Begabung und rief ihn an die Front. Als der Sieger von Moskau stieg er auf der militärischen Leiter rasch empor und durfte 1945 an der Spitze der grossen Moskauer Siegesparade marschieren. Rokossovski hatte eine vielfältige militärische, aber immer rein russische militärische Laufbahn durchlaufen: als Soldat des Zaren, Kämpfer in der Roten Armee und Verteidiger von Moskau und Stalingrad. Mitte 1951 soll auf den Marschall in Polen ein Anschlag verübt worden sein, wobei der Täter, ein polnischer Major, Selbstmord begangen haben soll.]

⁵⁾ Näheres über das Erwähnte lese man in einer Sonderbeilage von «Nowe Drogi», Warschau, November 1949, nach, zusammengefasst durch Edward A. Morrow, in «The New York Times», 11. Dezember 1949. Siehe auch Aufzeichnungen nach Präsident Bieruts Schlussrede, abgedruckt in «Für einen andauernden Frieden, für eine Volksdemokratie!» Bukarest, '9. Dezember 1949.

⁶⁾ Arthur Bliss Lane «I Saw Poland Betrayed». Indianapolis, Bobbs-Merrill, 1948, p. 154.

⁷⁾ Laszlo Rajk, ungarischer Aussenminister und gewesener Innenminister, wurde des Hochverrats schuldig gesprochen und am 15. Oktober 1949 gehängt (s. auch Kapitel 21).

14

POLEN, RUSSEN UND DEUTSCHE

Das Polen des Versailler Diktats wird nie wieder erstehen. Zwei der grössten Staaten der Welt garantieren dies.

Hitler am 6. Oktober

1939

Jakob Berman, der führende politische Agent Moskaus in Warschau, gab mir zu, dass Titos Beispiel einer siegreichen Revolte in Polen Schule gemacht habe. Es habe den Widerstand der Kirche und der Bauern versteift und jene Kommunisten «verwirrt», deren politische Überzeugung «brüchig» gewesen war. Berman sagte, dies sei ohne Bedeutung, weil Tito eine zeitbegrenzte Erscheinung sei und rasch verschwinden würde, ohne Spuren seiner Irrlehre und seines politischen Erfolges zu hinterlassen. Berman sagte, er habe diese Überzeugung nicht, weil Tito ermordet werden könnte oder der Boykott Moskaus ihn in die Knie zwingen müsse, sondern aus einem viel subtileren Grund. Tito und seine Gefolgsleute litten an einer «psychologischen Dichotomie», die sie untereinander entzweien und (merkwürdiges Wort in Bermans Mund) «seelisch» zerstören wird. Der innere Druck, den sie zu ertragen haben, wird ihnen als Einzelperson und als Partei zuviel werden. «Es ist nur eine Frage der Zeit», sagte er, «einer kurzen Zeit.»

Berman versteckt seinen grossen Einfluss unter einem sanften Wesen und dem nicht sehr bedeutungsvollen Titel eines Unterstaatssekretärs im Präsidium des Ministerrats. Er kleidet sich sorgfältig, dürfte Anfang der Fünfzig sein, hat ein bewegliches Gesicht und feingeformte Hände. Wenn er seine Stimme abgibt, um einen Gegner dem Genickschuss auszuliefern, hat er wahrscheinlich die gleichen Empfindungen wie der Bischof von

Beauvais, als er Johanna zum Scheiterhaufen verurteilte. Seine politischen Gründe sind eindeutig und sein Urteil wird durch keine persönliche Rachsucht befleckt. Die polnischen Kommunisten sind stolz, dass Berman mit Stalin direkt telefonieren kann. Das mag der Grund dafür sein, dass er mit Ausländern in gewöhnlichem Konversationsston spricht, was einen sofort für ihn einnimmt. Die meisten Kommunisten halten es sonst für notwendig, ihre Überzeugungstreue dadurch zu beweisen, dass sie einen erst grob anschreien, bevor sie gehört haben, was man zu sagen wünscht. Berman lässt über seine Rechtgläubigkeit keinen Zweifel aufkommen. Dies alles macht ihn zu einer interessanten Persönlichkeit und für ein paar charakterisierende Worte geeigneter als die meisten Führenden in den Satellitenstaaten, mit denen ich zusammengekommen bin. Er war auch einer der wenigen, die sich nicht scheuten, das, was sie sagten, dokumentarisch festlegen zu lassen.

Nach seiner Meinungsäußerung über Tito beantwortete er meine Fragen über seine Wünsche für die zukünftige Staatsform Deutschlands. Er sagte, dass Polen sowohl der Lösung in Form eines Bundesstaates, als auch einer Teilung in West- und Ostdeutschland widerstrebe. «Im ersten Fall müssen wir Deutschland misstrauen», sagte er und verwies auf reaktionäre Bestrebungen in Bayern und die Möglichkeit, dass jene Kräfte unter einer schwachen Bundesregierung zur Macht kommen könnten. Dann fuhr er fort: «Was die zweite Lösung betrifft, so glauben wir, dass man sie nur aus einer fatalistischen Einstellung heraus bejahen kann, wenn man die Meinung vertritt, dass eine neuerliche Auseinandersetzung unvermeidlich ist.» Wichtiger als die staatliche Form Deutschlands, erschien ihm dessen Wesen zu sein. «Wir sind an der staatlichen Struktur Deutschlands nur so weit interessiert, als sie sein inneres Wesen bestimmt.» Er gab zu erkennen, dass das «Wesen», das ihm zusagen könnte, anders sein dürfte als jenes, das den Amerikanern gefiele, und dass man «pessimistisch sein könnte», wenn man Deutschlands zukünftiges Wesen aus dessen Vergangenheit beurteilen wollte. «Aber, wir müssen vorwärtsschauen, Völker

pflegen sich zu ändern.» Eindeutiger fügte er hinzu: «Wir wünschen ein Deutschland, das nicht nur mit Worten, sondern im Herzen unsere Grenzen als endgültig betrachtet.»

Im Hinblick auf Vorgänge, die sich inzwischen ereignet haben, scheinen mir weitere Antworten Bermans bedeutungsvoll. Ich fragte, was Polen vorzöge, wenn es die Wahl hätte zwischen einem geeinten Deutschland unter einer frei gewählten Regierung oder einem kommunistischen Ostdeutschland. «Die letzte Lösung hat zunächst viel für sich», gab er zur Antwort, «denn sie wäre eine Garantie, dass an unserer Westgrenze kein uns feindliches Regime herrsche. Aber die endgültige Lösung der deutschen Frage würde dadurch nur hinausgeschoben werden. Nein, wir wollen ein zentralisiertes und demokratisches Deutschland. Wir bedauern, dass die Westmächte nicht mehr für eine deréirtige Lösung eintreten, sondern jene Elemente in Westdeutschland fördern, die nicht begriffen haben, dass Deutschland den Kampf um die Vorherrschaft endgültig verloren hat, eben jene Leute, die noch immer denken: «Noch einmal!»

«Der Westen wird sicherlich einwenden», gab ich zu bedenken, «dass jene Art von Demokratie, an die Sie denken und von der die Ostzone ein Beispiel gibt, nach russischem Muster eingerichtet ist, russischen Interessen dient und einen aggressiven Faktor darstellt. In gleicher Weise wie Sie, sind zumindest die Franzosen berechtigt, sich über die zukünftige Staatsform in Deutschland Gedanken zu machen. Auch die Engländer, wir Amerikaner und alle, die in der Vergangenheit unter deutschen Aggressionen zu leiden hatten. Wir Westmächte sehen, dass die russische Expansion nach Westen, also gegen uns, gerichtet ist. Zwei Meilensteine dieser Expansion stellen Polen und Ostdeutschland dar. Ist das nicht Grund genug, um beunruhigt zu werden, ebenso wie Sie und die Russen über unsere Politik in Westdeutschland?» Berman flüchtete sich danach in längere Auseinandersetzungen, die darin ausliefen, dass die Westmächte in falsche Meinungen verstrickt wären, wenn sie fürchteten, dass die russischen Massnahmen in der Ostzone der Tarnung von

Angriffsvorbereitungen dienen. Die sowjetische Ordnung sei auf die Massen der Arbeiter und Bauern begründet, und «die sind friedliebend und kennen keinen nationalistischen Ehrgeiz».

Ich habe wohl genug berichtet, um erkennen zu lassen, dass Berman (und das habe ich ihm auch gesagt) Deutschlands Zukunft nur unter einem sehr begrenzten Gesichtswinkel betrachtet, in ihm nicht ein Gebilde mit eigenen politischen Rechten sieht, sondern nur Objekt beim politischen Tauziehen anderer. Ich wollte auch zeigen, wie schwierig jedes Gespräch mit einem Kommunisten ist, auch mit dem so höflichen und entgegenkommenden Berman, weil man kaum zu einer beiden Parteien verständlichen und annehmbaren Schlussfolgerung kommen kann.

Es gibt keine klaren Ergebnisse in einem Gespräch, wenn Begriffe, die einen ganz bestimmten Sinn haben, plötzlich in entgegengesetzter Bedeutung verwendet werden. Unterhaltungen mit Kommunisten sind deshalb unergiebig, weil nichts, was man sagt, ihre Gedankengänge im Geringsten beeinflussen kann. Natürlich kann man versuchen, sie zu reizen. Ich sagte Berman zum Beispiel, dass es von Nutzen sein könnte, wenn die Polen mit ihrer viel jährigen Erfahrung im Umgang mit westlichen Menschen und Sitten, mit ihren sprachlichen Fähigkeiten und ihrer Kenntnis westlicher Mentalität, sich in den Dienst der UdSSR stellten. Sie könnten beispielsweise Kommentare geben zu Nachrichten, die dem Kreml von sowjetischen diplomatischen Agenten zukommen, die über keine Kenntnis des Westens verfügen und mit keinen Menschen von dort in Berührung kommen oder sprechen, ausser mit den bezahlten Zuträgern, die sich überdies hüten würden, unangenehme Berichte aus jenen Ländern zu geben, in die sie entsandt worden waren, nicht nur um zu beobachten, sondern um die dort ansässigen Bewohner zu beeinflussen. Solche Vorschläge zu machen, ist recht unterhaltsam und aufschlussreich. Grundsätzlich lässt sich sagen: was bei einem Gespräch mit einem Kommunisten herauskommen kann, das ist ein Einblick in seine Gedanken darüber, was man über seine Gedanken denken sollte.

Bereits in jener Zeit, da ich in Warschau weilte, gab es Anzeichen dafür, dass die Sowjetunion den von ihr besetzten Teil Deutschlands so organisierte, dass eine Wiedervereinigung nur gewaltsam und von aussen her möglich wäre. Der erste Schritt war die Aufstellung von militärischen Einheiten und einer gleichwertigen Polizei in Ostdeutschland, um den anderen Teil Deutschlands einzuschüchtern. Berman wagte nicht, daran abfällige Kritik zu üben. Dabei muss selbst ein moskauhöriger Pole, der seine Karriere Stalin verdankt, von ihm abhängig und ein toter Mann ist, wenn ihn Russland einmal fallen lässt, an dem Tag für sein Vaterland schwarz sehen, an dem Moskau das Hitlerbündnis in irgendeiner ihm vorteilhaft erscheinenden Form erneuert. Der August 1939 verkündet in roter Schrift, was jedes deutsch-russische Bündnis für Polen zu bedeuten hat.

Die Russen, die die verächtliche Charakterisierung Polens als öffentliche Landstrasse, auf der fremde Armeen immer wieder zusammenprallen, kennen, sind dabei, die Strasse mit einem Schienenstrang, Richtung nach Deutschland und dem Westen zu versehen. Es ist ihre Absicht, ihn für die Rote Armee zu reservieren, für andere zu sperren und sich dagegen zu wehren, dass die Rote Armee in einen Hinterhalt geraten kann. Die Gegenwehr Polens ist zwar nur indirekt, aber sogar unter den bestehenden Verhältnissen nicht ganz nutzlos.

Die wenigsten Polen erfahren unmittelbar, was in der russisch besetzten Zone Deutschlands vor sich geht. Wenn sie in Sorge leben, dass Russland sie einmal als Kaufsumme für eine Zusammenarbeit mit Deutschland benutzen könnte, dann ziehen sie keineswegs Schlüsse aus der bestehenden Lage, sondern einfach aus den Erfahrungen ihrer Vergangenheit. Sie haben keine Möglichkeit, sich aus eigenem eine Ansicht zu bilden, wie das russische Regime in Ostdeutschland aussieht und welche Rolle es zurzeit oder in Zukunft in der Weltpolitik spielen könnte. Aber alles, was sie hören oder sich in Gedanken vorstellen können, lässt sie sehr fest auf ihrem antirussischen und kaum weniger fest auf ihrem antikommunistischen Standpunkt bestehen. Was dabei die überzeugten Kommunisten betrifft, so haben

wir gesehen, dass die Abbröckelung bis in die höchsten Kreise reichen kann und diese, zumindest teilweise, fürchten, Stalins Deutschlandpolitik könne für Polen nichts Gutes bedeuten. Die moskauhörige Führerschaft lebt für Russland und verdankt ihr Vorhandensein der Roten Armee, aber viele von den gewöhnlichen Parteimitgliedern schätzen weder den Zweck noch die Mittel. Es braucht viel Zukunftsglauben oder, richtiger gesagt, viel Gewalt, damit ein Pole für einen Russen Sympathie heuchelt.

Die Einsetzung Rokossovskis geschah zu einer Zeit, da der Erfolg des Marshall-Planes Russland erkennen liess, dass es seinen grossen Kampf der Nachkriegsjahre, Frankreich, Italien und Deutschland auf parlamentarischem Wege für den Kommunismus zu gewinnen, verloren hat. Die Produktionsziffern in Westeuropa stiegen an und die Lebensbedingungen besserten sich. Dazu wurde der Versuch gemacht, das Rüstungspotential der meisten westlichen Demokratien wieder aufzurichten. Bis zu seinem vollen Erfolg besass man in dem Atlantikpakt die militärische Garantie. Dies heisst zwar nicht, dass die USA die westlichen Demokratien vor einem Angriff bewahren konnten, bedeutete jedoch das Ende der russischen Hoffnungen, sie eine nach der anderen einstecken zu können, während die USA überlegten, ob sie eingreifen sollten oder nicht. In Bonn war eine verhältnismässig stabile Regierung gebildet worden. Diese Tatsache und der vergebliche Versuch, die Westmächte aus Berlin zu vertreiben, zerstörte wenigstens für das augenblickliche Entwicklungsstadium die russischen Erwartungen, die Ost- und Westzone zu einem geeinten Deutschland zu verschmelzen, um es zu einem Partner oder Werkzeug der Sowjetunion zu machen.

Bevor die Ereignisse diese Entwicklung genommen hatten, beabsichtigte Russland, die Oder-Neisse-Linie zum äussersten Verteidigungswall und Stützpunkt zu machen. Dann erkannte man in Moskau, dass die neugeschaffene Situation in Europa dieses militärische Konzept verdorben hatte. Mit der Bestellung Rokossovskis wurde die Linie nach Lübeck, Hersfeld und bis an die Elbe vorverlegt. Damit würde Polen nicht mehr ein vor-

geschobener Posten sein, sondern ein Operationsgebiet zwischen dem Kemland Russland und dem äussersten Vorposten der russischen Weltmacht, der neuen ostdeutschen Volksrepublik, die im Oktober 1949 mit Wilhelm Pieck an der Spitze errichtet worden war. Solange Rokossovski in Polen kommandiert, würde sich die russische Militärmacht ohne Unterbrechung bis zur Elbe erstrecken. Das muss in Geltung bleiben, gleichgültig, ob die Rote Armee selbst auf unbestimmbare Zeit in Deutschland steht, oder ob sie durch Formationen ersetzt wird; die von Russland bewaffnet und befehligt werden. Ebenso ist es gleichgültig, ob die polnische Armee unter einem roten Marschall dem Namen nach selbständig bleibt oder bei passender Gelegenheit mit der russischen Armee verschmolzen wird.

Ein polnischer Beamter sagte mir, er glaube, dass Deutschland nach der furchtbaren Niederlage seinen Grössenwahn verloren habe, und er hoffe, die ostdeutschen Kommunistenführer könnten die Bevölkerung mit den neuen Grenzziehungen ausöhnen. « Wir sind den gleichen Problemen gegenübergestanden », sagte er, « als wir unseren Leuten die neue Ostgrenze einreden mussten – und das nicht nur pro forma, sondern um sie im innersten Herzen davon zu überzeugen. Zuerst war die Trauer um Lemberg und Wilna gross. Wir konnten zwei Wege gehen. Einmal, indem wir verkündeten, es handle sich um ein militärisches *Fait accompli*, das allen gleich unangenehm sei, aber gegen das man nichts machen könnte. Dies hätte Russland verstimmen müssen und eine ständige nationale Wunde aufgerissen. Andererseits konnten wir sagen, dass die neue Regelung der Preis gewesen sei für die endgültige Beilegung eines generationenalten Grenzstreites, der für Polen eine grosse nationale Schwächung und stete Kriegsgefahr bedeutet hätte. Wir sind den zweiten Weg gegangen und haben betont, dass der Preis nicht gross sei. In Zukunft gäbe es keinen Zankapfel zwischen Russland und Polen. Die russische Freundschaft sei unvergleichlich mehr wert als die verlorenen Gebiete. Heute können die ostdeutschen Politiker die gleichen Argumente verwenden, um ihre Leute über den Verlust der östlich der Oder gelegenen

Landstriche zu trösten. Wenn sie klug sind, werden sie die Grenzziehung nicht als Strafe für Deutschlands verlorenen Krieg hinstellen, sondern als einen notwendigen Beitrag zu der deutschen Freundschaft mit Polen und der Sowjetunion und darauf hinweisen, dass diese beiden Staaten als Gegenleistung die Garantie ihrer Freundschaft geben. Dann werden die Deutschen die Grenze als Unterpfand des Friedens betrachten und werden einsehen, dass dies für ihre Zukunft wichtiger ist als das verlorene Gebiet selbst.»

Noch vor der Berufung Rokossovskis geschah etwas, das die polnischen Kommunisten fassungslos machte. Ein Glückwunschtelegramm Stalins an den Präsidenten Pieck, am 9. Oktober 1949, enthielt den Satz: «Die Erfahrungen des letzten Krieges haben gezeigt, dass das russische und das deutsche Volk die grössten Opfer gebracht haben und dass diesen beiden Völkern das grösste Potential zur Verfügung steht, um Aktionen von weltweiter Bedeutung zu vollführen.» Wie Anne O'Hara McCormick ausführt, besagte dies klipp und klar, dass Stalin den letzten Krieg als eine unglückliche Unterbrechung der im Jahr 1939 angeknüpften deutsch-russischen Zusammenarbeit betrachtet. Diese beruhte auf einer Teilung Polens, die bereits am 23. und 24. August 1939, als v. Ribbentrop in Moskau weilte, beschlossen worden war. Als Polen am Boden lag, nahm sich jeder den ihm zugesprochenen Teil der Leiche.

Welche jeweilige Rolle der Kreml in seinen Zukunftsplänen Polen und Ostdeutschland auch zgedacht hat, im Augenblick jedenfalls ist er bemüht, beide in Sicherheit zu wiegen. Nach der Glückwunschadresse an Pieck und nach der Berufung Rokossovskis, die zwei Schläge für den polnischen Nationalstolz darstellen, war es an der Zeit, das Gleichgewicht wiederherzustellen. Man erteilte daher der polnischen Regierung die Ermächtigung, alles vorzubereiten, um die okkupierten Gebiete östlich der Oder und Neisse dem polnischen Staat einzuverleiben. Ich sage «okkupiert», denn die Westmächte haben in Potsdam den Anspruch Polens auf eine Entschädigung für die an Russland abgetretenen Gebiete im Osten wohl anerkannt,

jedoch nicht der Abtretung bestimmter Gebiete zugestimmt und das legale Recht Polens auf Einverleibung nie akzeptiert. Die Russen haben die Oder-Neisse-Linie zu Beginn des Jahres 1945 festgesetzt, um die westliche Grenze der polnischen Okkupation festzulegen, und das Potsdamer Abkommen vom 1. August 1949 hat den Fortbestand für diesen Zweck gebilligt. Die endgültige Grenze sollte bei einem künftigen Friedensvertrag bestimmt werden¹⁾). In seiner Stuttgarter Rede vom 6. September 1946 bezog sich Aussenminister Byrnes auf diese Festlegung und forderte sogar, dass bis zu einem Friedensvertrag die Grenze östlich der Oder-Neisse-Linie verlegt werde. Aussenminister Marshall erinnerte auf der Aussenministerkonferenz in Moskau am 9. April 1947 daran, dass noch keine «endgültige Regelung» der deutsch-polnischen Grenze erfolgt und daher das Schicksal von «ungefähr 40.000 Quadratmeilen ostdeutschen Gebietes», das man der «polnischen Verwaltung unterstellt habe», noch immer ungewiss sei.

Trotzdem erfuhr man Anfang März 1950, dass alle Deutschen, die noch östlich der Oder-Neisse-Linie lebten, vertrieben werden sollten. Ihre Zahl betrug damals ungefähr 125.000, das war der Rest einer ehemals zwischen neun und zehn Millionen zählenden deutschen Bevölkerung. Die USA und England protestierten in Warschau gegen die Ungesetzlichkeit dieses Vorgehens, aber der Protest wurde nicht zur Kenntnis genommen und die Austreibung begann. Am 1. Juni verstieß die polnische Regierung noch offenkundlicher gegen das Potsdamer Abkommen, indem sie das besetzte Gebiet in drei Provinzen aufteilte und dem polnischen Staat offiziell einverleibte. Es versteht sich von selbst, dass Moskau beide Handlungen im vorhinein gebilligt hatte.

Am 6. Juni 1950 traf der stellvertretende Ministerpräsident der ostdeutschen «Volksdemokratie», Walter Ulbricht, als Führer einer starken Abordnung von Politikern und Wirtschaftsfunktionären in Warschau ein. Bei der Begrüssung sagte Hilarius Mine, dass die Oder-Neisse-Linie eine «Grenze des Friedens» sei, die zwei Völker nicht trenne, sondern verbinde. Ulbricht

erwiderte, dass «wir unsere Hand zu ewiger Freundschaft mit Polen über die Oder-Neisse-Linie strecken». Es war klar, was folgen musste, und es liess auch nicht auf sich warten. Nach einem einzigen Tag «Verhandlungen» wurde ein Übereinkommen unterzeichnet, durch das die ostdeutsche Regierung die Oder-Neisse-Linie als endgültig anerkannte und alle Ansprüche auf das jenseitige Gebiet aufgab. Der polnische Kommentar stellte fest, dass das Dokument auf einer ostdeutschen Erklärung des Präsidenten Pieck, vom 12. September 1945, beruhe. Die Kommunisten in Ostdeutschland hatten viereinhalb Jahre Zeit gebraucht, um sich zu diesem traurigen Schritt aufzuraffen. Als der Text am 28. Juni im ostdeutschen «Parlament» ratifiziert wurde, zog Aussenminister Dertinger es vor, darauf hinzuweisen, dass damit ein unter Molotows Mithilfe in Warschau geschlossenes Abkommen vom Juni 1948 in die Tat umgesetzt worden sei, durch das Polen und die Tschechoslowakei Ostdeutschland als Mitglied des sowjetischen wirtschaftlichen und strategischen Blocks anerkannten. Ulbricht konnte dann am 22. Juni verkünden, dass die ostdeutsche Republik zu dem gegenseitigen wirtschaftlichen Beistandspakt zugelassen sei. Als es Herbst wurde, waren Freundschafts- und Handelsabkommen mit Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien und Bulgarien unterzeichnet worden und Ostdeutschland somit in alle Würden und Rechte eines Satelliten eingesetzt.

Die Bonner Regierung und die westdeutsche und Berliner Presse nannten das Abkommen mit Polen einen Verrat. Die Abtretung des Landes jenseits der Oder und Neisse muss für die 18 Millionen Deutschen, die in der Sowjetzone dicht gedrängt leben, eine besonders bittere Pille gewesen sein.

Sogar deutsche Kommunisten waren durch die Unterwürfigkeit der ostdeutschen Regierung unter Moskau beunruhigt²). Einige von ihnen, die in den ersten Tagen der russischen Besetzung zu hohen Posten gekommen waren, fielen inzwischen Säuberungsaktionen zum Opfer oder verschwanden einfach. Einigen hat man den Prozess gemacht und sie eingekerkert. Selbst Pieck wurde vorgeworfen, dass er der sow-

jetischen Grossmachtpolitik nicht die erforderliche Beachtung schenke. Die amerikanisch lizenzierte «Neue Welt» in Berlin berichtete am 18. April 1950, dass Ulbricht, der gerade aus Moskau zurückgekommen war, dem Zentralkomitee der SED berichtet habe, Russland sei bereit, über einen Separatfrieden mit der ostdeutschen Volksdemokratie zu beraten, wenn es zusätzlich zu den in Potsdam festgesetzten 10 Billionen Dollar noch weitere 5 Billionen Dollar als Reparation erhalten würde. Pieck soll sich dieser Erpressung angeblich widersetzt und die Summe als alle deutsche Zahlungsfähigkeit übersteigend bezeichnet haben. Er sagte, er würde in den folgenden Tagen selbst nach Moskau fahren (und tat es denn auch), um seinen Standpunkt darzulegen, «selbst auf die Gefahr hin, dass man mich einen Titoisten nennt». Geschichten dieser Art tauchen in der Berliner Presse immer wieder auf. Manchmal erweisen sie sich als Enten, manchmal stimmen sie.

Genauere Berichte über den Gesinnungswechsel von Kommunisten erhält man natürlich in der Westzone. Ein aufsehen-erregender Fall war der von Kurt Müller, dem Vertreter Max Reimanns, dem Abgeordneten der Kommunistischen Partei in Westdeutschland. Er wurde in Westberlin entführt, in die Sowjetzone gebracht und wegen Titoismus zu 25 Jahren Kerker verurteilt. Titos Flugschriften, einige davon in jugoslawischer Sprache, zirkulieren unter den Kommunisten aller Zonen. In Westdeutschland hat die Kommunistische Partei dauernd Verluste zu verzeichnen. Im Frühjahr 1950 schätzte Drew Middleton, dass die Zahl der Mitglieder von 270.000 bis 300.000 im Jahr 1947 auf 125.000 bis 130.000 zurückgegangen sei³). Er schrieb diese Verluste der steigenden Sympathie für einen Nationalkommunismus zu. Die ständigen Säuberungsaktionen und heftige Schwankungen in der Parteilinie auf Moskaus Befehl lassen einen solchen anziehender erscheinen, und der andauernde Erfolg von Titos Unabhängigkeitspolitik in Jugoslawien sichert ihm mehr Durchführbarkeit zu, als es unter den bestehenden Verhältnissen für Deutschland der Fall sein dürfte.

Nach aussen zeigten die polnischen Kommunisten höchste

Befriedigung über den Vertrag mit ihren ostdeutschen Genossen, im Herzen jedoch wissen sie, dass sie in Zukunft in eine andere Richtung schauen müssen, wenn sie Garantien haben wollen. In Polen ist man sich darüber klar, dass in allen deutschen Zonen die Mehrheit antikommunistisch eingestellt ist und ein geeintes Deutschland nie den alten Ansprüchen auf die Gebiete östlich der Oder-Neisse-Linie entsagen würde, es sei denn, dass die Wiedervereinigung unter Moskaus Obhut und Aufsicht erfolge.

In Anbetracht dieses Zustandes müssen Stalins Ziele für Polens Zufriedenheit realistische Faustpfänder sein. Er hat die ostdeutsche Republik ins Leben gerufen und kann sie mit einer Handbewegung wieder auslöschen. Wird er nun die neue polnisch-deutsche Grenze für unveränderlich halten, oder hegt er die Absicht, sie im gegebenen Augenblick zum Handelsobjekt mit Deutschland zu machen? Er hält ein wertvolles Zahlungsmittel in der Hand. Es besteht natürlich keine Aussicht, dass die schlesische Industrie an Deutschland zurückkommt, solange Russland es verhindern kann. Andere Gebiete jedoch sind militärisch und wirtschaftlich weniger wichtig. Stettin zum Beispiel oder das Agrarland am rechten Ufer der unteren Oder wäre den Deutschen als Handelsgebiet und für die Aufnahme der überschüssigen Bevölkerung sehr willkommen. Wenn Stalin damit ein gutes Geschäft machen und sich damit Deutschlands Zusammenarbeit sichern könnte, wäre er dann nicht in der Lage, den Polen ernsthaft und voll Überzeugung einzureden, die deutsche Freundschaft sei für ihre Zukunft wichtiger als gerade dieses Gebiet?

Die polnischen Kommunisten haben alle Ursache, sich über die jüngste Entwicklung in Ostdeutschland Gedanken zu machen. Das sind Tatsachen, die in der Warschauer Presse natürlich nicht behandelt werden. Die polnischen Kommunisten waren sicherlich darauf vorbereitet, dass einige Erscheinungen der «Demokratisierung» in der Sowjetzone für sie unangenehm sein könnten, aber auf eine Remilitarisierung in einem Umfang – Armeen von hunderttausend Mann –, wie sie zur

Durchführung gelangte, waren sie kaum gefasst. Über dies Programm hat man jetzt im Westen ziemlich gute Kenntnis. Wiederholt protestierten die USA, England und Frankreich dagegen, dass die Sowjetregierung fünf internationale Abkommen verletzt habe, indem sie eine ostdeutsche Polizei mit «Wehrmachtscharakter» aufstelle. Dies ist ein sehr milder Ausdruck, wenn man bedenkt, dass jene Polizei mit Maschinengewehren, Haubitzen, Flakgeschützen, Mörsern und Tanks ausgerüstet ist und strengste militärische Ausbildung erhält.

Die Vergangenheit und der Charakter der Personen, die diese neue Wehrmacht ins Leben riefen, können den Polen nicht weniger verdächtig erscheinen als den Amerikanern. Der inspizierende General Vinzenz Müller ist ehemaliger nationalsozialistischer General, er war Korpskommandant der 4. Armee. Ein anderer Befehlshaber, Arno von Lenski, war Kommandeur der 24. Panzerdivision unter Hitler. Beide waren in russischer Kriegsgefangenschaft, haben die «Antifaschule» in Moskau besucht und einen Platz in der «neuen Ordnung» gefunden. Im Juli 1950 waren ihre Namen unter den Unterschriften eines offiziellen Aufrufes «An alle ehemaligen Mitglieder der Nazi-partei, Offiziere und Berufssoldaten» zu finden. Der Aufruf enthielt die Forderung, «sich an die richtige Front» zu begeben, indem man das von den Kommunisten lancierte Manifest gegen die Atombombe unterzeichne⁴). Die übrigen Unterzeichner hatten ihre ehemaligen Nazititel mit genauen Angaben unter die Unterschrift gesetzt.

Das kommunistische Regime begnügt sich nicht damit, ehemalige Nazioffiziere zu werben, die sich «reorientiert» haben. Sein Wunsch geht nach einer weitgehenden Gefolgschaft unter ehemaligen Nazis und anderen früheren Gegnern. Dies wurde auf einer Tagung der SED am 21. Juli 1950 durch Ministerpräsident Otto Grotewohl enthüllt. Dabei konnten 4.000 Delegierte, darunter 75 Kommunistenführer aus dem Ausland, Folgendes hören:

Die nationale Front des demokratischen Deutschland will auf keinen Fall die Zusammenarbeit mit den demo-

kratischen Kräften begrenzen. Im Gegenteil, wir sind bereit, mit allen Freunden des Vaterlandes zusammenzuarbeiten, denen die Zukunft Deutschlands am Herzen liegt. Kein Patriot, der entschlossen ist, für die nationalen Interessen des deutschen Volkes zu kämpfen, wird von der Deutschen Nationalen Demokratischen Front ausgeschlossen sein.

In seinem Bericht über diesen Vorgang schrieb Josef Newman, die Delegierten hätten, «ohne mit der Wimper zu zucken», diesen Aufruf zu einer Volksfront angehört. Hatten sie bereits die Beschimpfungen Stalins und Molotows gegen Tito vergessen, als er eine jugoslawische Volksfront forderte, die man in Russland als den Beweis einer Schwäche in der Kommunistischen Partei und für das Vorhandensein eines bürgerlichen Nationalismus ansah? Dieser Vorgang war mehr als genug, um in Polen Beunruhigung hervorzurufen. Deutete die Begrüssung der Nazioffiziere und der SS-Angehörigen, die der ostdeutsche Ministerpräsident zu Kameraden in einem zukünftigen Kampf aufrief, vielleicht auf den gleichen Kampf, auf den Stalin in seiner Glückwunschadresse an Pieck angespielt hatte? Es waren die gleichen Männer, die Polen im Jahre 1939 überfallen hatten, die während der Besetzung Grausamkeiten am laufenden Band begangen und Warschau in Schutt und Asche gelegt hatten.

Ein wunder Punkt in Russlands Stellung zu Polen wurde noch nicht behandelt. Er besteht paradoxerweise darin, dass seine Stärke so überwältigend ist. Von einer Grenze bis zur anderen ist das polnische Land praktisch dem Kreml ausgeliefert, und die Führer kann er mit dem kleinen Finger leiten. Wenn er in dieser Situation Polen nicht völlig sowjetisieren kann, wie steht es dann mit der Behauptung des Materialismus, dass man mit der Seele eines Menschen alles machen kann, wenn man nur seinen Körper in der Hand hat? Unter anderen Voraussetzungen bedeutete der Misserfolg keine Einbusse an Ansehen. Wenn die Stimme Moskaus über die Weiten Asiens hinweg nur undeutlich an General Mao Tse Tungs Ohr klingt,

oder wenn der Erfolg Russlands bei der Ausbeutung der chinesischen Hilfsquellen im Verhältnis zum aufgewendeten Kapital und der Energie gering erscheint, dann sind dafür tausend Entschuldigungsgründe denkbar. Aber im Vergleich zu Peking ist Warschau ein Moskauer Vorort. Bierut und Berman sassen in Stalins Vorzimmer und Sowjetsoldaten bewachten alle Ausgänge.

Die Völker der Satellitenstaaten haben erkannt, dass Stalins physische Macht in Jugoslawien nicht genügt hat. Wenn das polnische National- und Individualgefühl unter der Decke der sowjetischen Besatzung bestehen bleiben kann und man verstand, Stalins Willen trotz seiner anerkannten Allmacht abzubiegen, dann deutet dies auf die Möglichkeit einer zweiten Fehlschlages hin und ergibt für andere Völker unter kommunistischer Herrschaft einen weiteren Grund zu der Hoffnung, dass es Russland auf die Dauer ebensowenig wie Hitler gelingen wird, sie unter das Joch zu beugen. Polen ist daher ein ungewöhnlicher Prüfstein für das russische Prestige.

Meiner Ansicht nach könnte der Westen auf legale Weise die dargebotenen Möglichkeiten für eine Propaganda viel mehr ausnützen. Polen befindet sich im Zustand einer revolutionären Gärung. Wir haben allen Grund, eindeutig unsere Überzeugung auszusprechen, dass die sowjetische Unterdrückung nicht ewig dauern wird, und wir bei ihrem Ende entschlossen sind, die nationalen Belange Polens zu fördern. Die Regierung der USA könnte in dieser Richtung massgebliche Schritte unternehmen, nicht allein durch das Vorhandensein der «Stimme Amerikas», sondern indem sie auch die Möglichkeit zu konkreten Aussagen gibt. Das Aussenamt handelte zum Beispiel völlig richtig, wenn es gegen das ostdeutsch-polnische Abkommen vom 7. Juni Einwände erhob und sich weigerte, es anzuerkennen. Hätte es aber bei dieser Gelegenheit nicht die Polen darauf hinweisen können, dass wir zwar nicht alle polnischen Ansprüche im Westen unterstützen, aber durchaus nicht willens sind, den russischen Landraub im Osten hinzunehmen?

Die bestehende russisch-polnische Grenze wurde am

23. August 1939 in einem geheimen Abkommen zwischen v. Ribbentrop und Molotow im Zusammenhang mit dem sogenannten Nichtangriffspakt festgelegt. Der Handel wurde perfekt, als Polen wehrlos am Boden lag. Das ist kein Grund, uns die Tatsache schmackhafter zu machen. In Jalta behauptete Stalin, die v.-Ribbentrop-Moltow-Linie decke sich mit der Curzon-Linie, die auf der Friedenskonferenz in Paris im Jahre 1919/20 durch amerikanische, englische und andere Sachverständige angenommen worden war. Das Protokoll der Jaltakonferenz, soweit es sich mit dieser Frage befasst, hat folgenden Wortlaut: «Die drei obersten Staatsmänner beschliessen, dass die Ostgrenze Polens der Curzon-Linie folgen soll, mit Abweichungen von 5 bis 8 Kilometer an einigen Stellen zugunsten Polens.» Die sowjetisch orientierte «Vorläufige Polnische Regierung der Nationalen Vereinigung» hat diesen Beschluss am 16. August 1945 anerkannt. Es blieb ihr keine Wahl, aber das ist noch nicht alles.

Die amerikanischen Vertreter in Jalta mögen übersehen haben, dass die Curzon-Linie, wie sie ursprünglich geplant und von den Amerikanern 1919 in Paris gebilligt worden war, südlich nur bis zur Nordgrenze Ostgaliziens reichte. Mit anderen Worten, die ganze Provinz Ostgalizien einschliesslich der Hauptstadt Lemberg, die für das polnische Nationalgefühl so viel bedeutet und niemals in vergangenen Jahrhunderten zu Russland gehört hat, war nicht berücksichtigt worden. Ein englischer Sachverständiger berichtet über die Haltung der amerikanischen und anderen Vertreter im Jahr 1919: «Alle Delegierten, ausser den englischen, waren der Ansicht, dass das ganze Gebiet (Ostgalizien) in eine natürliche Vereinigung mit Polen gebracht werden sollte, mit solchen Sicherungsvorkehrungen und Begrenzungen, die für notwendig erachtet werden⁵⁾.» Der geographische Spezialist Amerikas, der inzwischen verstorbene Dr. Isaiah Bowman, hat mir mehr als einmal gesagt, dass die amerikanischen Delegierten mit der Curzon-Linie in ihrer ursprünglichen Festlegung nie voll einverstanden gewesen waren und dem neuen Projekt, nach dem sie südwärts quer durch Ostgalizien

bis zu den Karpathen gezogen werden sollte, nie zugestimmt haben. Unglücklicherweise war weder Dr. Bowman noch ein anderer amerikanischer Geograph oder Geschichtswissenschaftler in Jalta anwesend, um Präsident Roosevelt und Aussenminister Stettinius darauf aufmerksam zu machen, dass es zwei Versionen der Curzon-Linie gab und in welcher Weise die amerikanischen Ansichten zum Ausdruck zu bringen seien. In seinem Buch über die Vorgänge in Jalta schreibt Stettinius, dass dort über Ostgalizien verhandelt wurde. Roosevelt versuchte Stalin zu bewegen, Lemberg bei Polen zu lassen, aber dieser lehnte es ab. In dem Abkommen von Jalta, wie es unterzeichnet wurde, findet sich einfach der Ausdruck «Curzon-Linie» ohne nähere Definition.

Zur gleichen Zeit, als das Aussenamt im Juni 1950 sich der Festlegung der Oder-Neisse-Linie widersetzte, hätte es meiner Ansicht nach feststellen müssen, dass sich die USA vorbehalte, in Zukunft auch die russische Annexion von Ostgalizien zum Gegenstand neuer Überlegungen zu machen. Dies kann bei einer anderen Gelegenheit nachgeholt werden, und die Stimme Amerikas könnte die Polen davon in Kenntnis setzen. Durch unseren Protest gegen die Oder-Neisse-Linie haben wir den Deutschen in Erinnerung gebracht, dass ihre Hoffnungen, Teile der verlorenen Gebiete zurückzubekommen, nicht allein von Russlands Gnade abhängen, zudem haben wir den Wert des geographischen Lockmittels, das es einmal aufzutischen könnte, verringert. In gleicher Weise können wir den Polen sagen, dass sie ihr Land nicht für alle Zeiten verlorenzugeben brauchen, sondern ihre Ansprüche eines Tages auf Grund der Curzon-Linie, wie sie uns 1919 annehmbar erschien, eine gerechte Beachtung erfahren könnten. Wir würden damit den polnischen Nationalisten neuen Mut und eine neue Grundlage für die Weiterführung ihres Widerstandes gegen die Sowjetisierung geben. Die Russen wären freilich darüber böse. Wenn wir dies überhaupt beachten müssen, so sollte es uns jedenfalls weniger bedrücken als die wichtige Tatsache, dass wir alles unternehmen müssen, um die sowjetische Beherr-

schung von Deutschland und Polen möglichst zu erschweren. Vielleicht haben wir dazu, ausserhalb eigener Interessen, auch die Pflicht. Polen war unser Verbündeter, wir haben versprochen, es zu befreien. Und jetzt liegt es in Ketten.

Anmerkungen zu Kapitel 14

¹⁾ Der betreffende Paragraph (VIII. B) des Potsdamer Abkommens schloss mit dem Satz: «Die drei Regierungsoberhäupter betonen ihre Ansicht, dass die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zum Friedensschluss hinausgeschoben werden soll.»

²⁾ Das wurde nach Ulbrichts Auftauchen als Hauptagent des Kremls in Ostdeutschland noch stärker betont. Er wurde am 25. Juli 1950 zum Generalsekretär der SED (Kommunisten) ernannt. Pieck und Grotewohl wurden als Mitvorsitzende des Zentralkomitees belassen, aber man ist der Ansicht, dass Ulbricht der eigentliche Macher ist.

³⁾ «The New York Times», 24. Mai 1950.

⁴⁾ «Die Nationalzeitung», das sowjetisch lizenzierte Organ der Nationaldemokratischen Partei, der politischen Organisation der ehemaligen Nazi in der russischen Zone, 8. Juli 1950. Wiedergegeben durch Joseph Newman, «New York Herald Tribune», 9. Juli 1950.

⁵⁾ H. W. V. Temperley, «History of the Peace Conference of Paris. 1919–1920». London, «Frowde», 1920–1924, Bd. VIII., S. 271.

14a

OSTDEUTSCHLAND WIRD KOMINFORMSTAAT *)

«Das Wirtschaftsgefüge der deutschen Ostzone ist durch offene und versteckte Sozialisierungsmethoden grundlegend umgestaltet worden. Zwar ist die Wirtschaft der Zone noch nicht im gleichen Mass kollektivisiert und proletarisiert wie in der Sowjetunion. Aber bereits in ihrer heutigen Gestalt steht sie dem sowjetischen Kollektivismus viel näher als dem Wirtschaftssystem irgendeines westeuropäischen Landes.»
Walter Linse in «Die Neue Zeitung», München.

[Der Anteil der Lohn- und Gehaltsempfänger, also der Unselbständigen, an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen Ostdeutschlands belief sich vor dem Krieg auf rund 75%. Er zeigte nach dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Regimes zunächst eine rückläufige Tendenz, die durch den Zugang der zahlreichen Neubauern sowie durch die vielen Scheinselbständigen, die erst nach der Währungsreform in Wegfall kamen, bedingt war. So erklärte sich, dass der Anteil der unselbständig Erwerbstätigen 1946 nur noch rund 71% betrug. Gegenwärtig wird er von Kennern der Verhältnisse aber bereits auf über 80% geschätzt. Der Fünfjahresplan sieht vor, dass er bis 1955 auf annähernd 90% ansteigen soll. Bei gleichbleibender Entwicklung wird er aber bald ein hundertprozentiger sein, und das freie Unternehmertum auch in seiner bescheidensten Form, also dem Kleinbauemtum, den Wanderhändlern und den allein tätigen Handwerkern ohne Hilfskräfte, wird restlos absterben bzw. ausgerottet werden.

§ 9 des vom Ministerium des Innern bearbeiteten Entwurfs einer «Verordnung über die Erteilung von Genehmigungen zur Führung eines Gewerbebetriebes» gibt die rechtliche Möglich-

*Dieses Kapitel stellt eine Ergänzung des deutschen Herausgebers dar.

keit, jeden Betrieb der Privatwirtschaft in Kürze zu liquidieren. Er bestimmt, dass eine bereits erteilte Genehmigung zu widerrufen ist, wenn nachträglich Tatsachen eintreten oder bekannt werden, die eine Versagung der Genehmigung rechtfertigen, insbesondere also dann, wenn «das volkswirtschaftliche Bedürfnis nicht mehr vorliegt». Das heisst ganz einfach, wenn in einem Industrie- oder Handelszweig die «volkseigenen Betriebe» soweit ausgebaut sind, dass sie den Bedarf decken können, oder falls die Planungsdienststellen eine solche Leistungsfähigkeit behaupten, dann muss jedem Privatbetrieb des gleichen Zweiges die Gewerbezulassung entzogen werden, und zwar auch dann, wenn sie schon vor langen Jahren, ja den Vorfahren vor Jahrhunderten erteilt worden ist.

Im Zentrum der wirtschaftlichen Planung steht der Aufbau der Schwerindustrie. Dies wird, wie in den meisten Volkdemokratien, ohne Rücksicht auf den Bedarf der Bevölkerung an Lebensmitteln und Gebrauchsgütern entwickelt. Die Vernachlässigung der Bedürfnisse der eigenen Bevölkerung zugunsten dieses rüstungsmässig bedingten Produktionszweiges kann aus deutschen Gesichtspunkten allein nicht verstanden werden, wenn man nicht gleichzeitig auch die Lage der übrigen russischen Satellitenstaaten berücksichtigt, die vor ähnlichen Aufgaben stehen. Denn die wirtschaftlichen Grosspläne Russlands können nicht verwirklicht werden, wenn nicht die Wirtschaften der unterdrückten Völker auf diese Grossziele abgestimmt und bis zum Letzten ausgebeutet werden.

Am 23. Juli 1952 hat die ostdeutsche Volkskammer das vom Generalsekretär der SED, Walter Ulbricht, auf der zweiten Parteikonferenz der SED angekündigte Gesetz «zur Anpassung des Staats- und Verwaltungsapparates an die neue politische und ökonomische Entwicklung» angenommen. Dieses enthält als wesentlichsten Punkt die Auflösung der fünf historischen Länder der Sowjetzone Deutschlands und ihrer Länderparlamente. An ihre Stelle treten vierzehn Bezirke, die von sogenannten Bezirksräten geleitet werden. Ihnen stehen nicht auf demokratische Weise gewählte, sondern aus Mitgliedern der aufge-

lösten Landtage, Aktivisten usw. ernannte Bezirkstage zur Seite, denen freilich nur dekorative Bedeutung zukommt. Ihre Beschlüsse können jederzeit vom Ministerrat aufgehoben werden. Schon wenige Tage nachher, am 15. August 1952, wurde diese Massnahme vollzogen oder, wie eine österreichische Tageszeitung sagt, das Urteil vollstreckt. («Salzburger Nachrichten» vom 27. August 1952.) Es handelt sich hierbei nämlich um unendlich mehr als eine blossе Verwaltungsreform. Die zweifellos von Moskau anbefohlene neue Ordnung löschte selbst die kümmerlichen Fassadenreste einer parlamentarischen Demokratie und verfassungsmässigen Teilung von Legislative und Vollzugsgewalt in der deutschen Sowjetzone aus, brachte ehrwürdigen, jahrhundertalten deutschen Ländern, die einen ruhmreichen Platz in der deutschen Geschichte haben, den Untergang und degradierte ihre Gebiete durch eine neue Verwaltungseinteilung nach sowjetischem Vorbild auf einen Stand, der etwa den von russisch-asiatischen Satrapien, wie Kasakstan, Usbekien oder Turkmenien, entspricht. Die neuen Bezirke wurden, wo dies nur ging, derart abgegrenzt, dass sie Teile des einen wie des anderen aufgelösten früheren Landes umfassen. So besteht der Bezirk Cottbus aus Teilen von Sachsen, Brandenburg und Sachsen-Anhalt, der Bezirk Leipzig aus Teilen von Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt, der Bezirk Neubrandenburg aus Teilen von Mecklenburg und Brandenburg, der Bezirk Schwerin aus Teilen von Sachsen-Anhalt, Mecklenburg usw.

Diese Zerschlagung und Neueinteilung, die millionenfache menschliche Beziehungen und Bindungen missachtet und sich über jahrhundertalte, gewachsene geschichtliche Begebenheiten krass hinwegsetzt, hat ein wohl überlegtes, raffiniertes Ziel: «Die 18 Millionen Menschen der Sowjetzone von jeglicher geschichtlicher Tradition loszureissen, wie man einen Baum mit der Wurzel ausreisst, um sie als blossе Masse mit gebrochenem Kreuz' einer bolschewistischen Neuordnung gefügig zu machen.»

Sinn dieser «Reform» ist die Beseitigung des föderativen Prinzips und seine Ersetzung durch das zentralistische, das dem diktatorischen Regime ungleich mehr entspricht. Die bisherigen

Länder mit ihren eigenen legislativen Körperschaften und eigenen, hier und da noch von nichtkommunistischen Vertretern beschickten Regierungen erwiesen sich für die kommunistische Regierungspraxis als Hindernisse, weniger auf politischem als auf verwaltungsmässigem Gebiete. Wurde durch die Auflösung der Länder das föderative, in der Verfassung der «Deutschen Demokratischen Republik» verankerte Prinzip zugunsten des zentralistischen Einheitsstaates beseitigt und dadurch dem auf die Errichtung der offenen Diktatur hinzielenden Regime der Boden bereitet, so verfolgt man durch die Vermehrung der Kreisverwaltungen auf 217 ein anderes Ziel: eine noch schärfere Überwachung der örtlichen Selbstverwaltungsorgane. Obgleich schon in den letzten Jahren deren Befugnisse und Selbständigkeit in der rigorosesten Weise beschnitten und sie zu reinen Befehlsempfängern und finanziellen Kostgängern der Kreisverwaltungen degradiert worden waren, darf nicht übersehen werden, dass gerade auf dem flachen Land die Mehrheit der stillen Gegner des kommunistischen Systems sitzt. Die Einrichtung der ländlichen Produktionsgenossenschaften, die das Kolchossystem auf dem Lande zum Ziele haben, hat in dieser Vermehrung der Kreisverwaltungen einen weitverzweigten Apparat, der mit zuverlässigen Funktionären besetzt wird. Die neuen Kreistage werden ebenfalls nicht durch Wahlen, sondern durch Ernennung besetzt.

Alle diese auf einen Wink der 2. Parteikonferenz der kommunistischen SED hin von der «Volkskammer» ohne jede Aussprache beschlossenen tiefgreifenden Veränderungen ihrer staatlichen Struktur zeigen die Sowjetzone auf dem verhängnisvollen Wege zum sowjetischen Rätssystem, in dem für demokratische Spielregeln kein Raum mehr ist.

Die Sowjetzone steht vor ihrer strukturellen Umwandlung nach dem Muster des Moskauer Sowjets und der polnischen «Volksdemokratie».

Sämtliche leitende Posten des Regierungsapparates sollen ausschliesslich mit Ministern der «Sozialistischen Einheitspartei» (SED) besetzt werden.

Die nichtmarxistischen Parteien, die in der bisherigen Regierung des sogenannten «demokratischen Blocks» mit neun Ministern vertreten waren, sollen lediglich zur Beruhigung der bürgerlichen Bevölkerungsteile das Recht erhalten, «Staatssekretäre» von untergeordneter Bedeutung zu stellen.

Die heftigen Anklagen des SED-Politbüros, der obersten Machtinstanz der Sowjetzone, gegen leitende Staatsfunktionäre aus den bürgerlichen Parteien werden in der Ost-LDP und Ost-CDU als Versuch kommentiert, die vollständige Bolschewisierung der Staatsführung gegenüber der Öffentlichkeit mit dem angeblichen Versagen der Nichtkommunisten zu rechtfertigen. Um nach Westdeutschland hin den Eindruck einer parlamentarischen Demokratie zu erwecken, sollen die Ost-CDU, Ost-LDP, die «Nationaldemokratische Partei» und die «Bauernpartei» in der «Volkskammer» künftig die Rolle eines «Blocks der konstruktiven Opposition» spielen. Dieser Strukturänderung im Sowjetzonenstaat soll nach Darstellung der Ostberliner Parteifunktionäre die bisher schärfste Säuberungsaktion in der Regierung, der SED und vor allem in den nichtmarxistischen Parteien vorausgehen. Bereits Ende November kündigte Sowjetministerpräsident Otto Grotewohl an, die Regierungsposten würden künftig nicht mehr prozentual auf Grund* des Blockparteiensystems verteilt werden.

Die formal wichtigste Änderung dürfte mit der Abschaffung des Amtes eines Staatspräsidenten vollzogen werden; nach dem polnischen Vorbild wird damit gerechnet, dass «Präsident» Wilhelm Pieck das Amt des Ministerpräsidenten übernimmt und Otto Grotewohl sowie der SED-Generalsekretär Walter Ulbricht seine beiden gleichberechtigten Stellvertreter werden.

Als Spitze des Regierungsapparates dürfte das «Präsidium des Ministerrates» fungieren, dem die Fachministerien lediglich als ausführende Organe unterstellt werden. Innerhalb dieser untergeordneten Fachministerien sollen sich die zugestandenen «Staatssekretäre» der bürgerlichen Parteien betätigen können, zumal die SED hofft, damit den Mangel an fachlich qualifizierten Genossen zu überbrücken. Mit dieser Strukturänderung kann

sich die SED mit einem Schläge aller Nichtkommunisten entledigen. Mit ihnen werden aber auch mehrere hohe Staatsfunktionäre aus der SED ausgeschieden, da sie nach Ansicht des SED-Politbüros in ihren Ämtern «versagt» haben.

So gab die Sowjetzonen-Regierung offiziell die Auflösung des Regierungsamtes für Information, des «Propagandaministeriums» des Regimes, bekannt, an dessen Spitze der in Österreich geborene jüdische Kommunist Gerhart Eisler stand. Lakonisch wurde dazu mitgeteilt, dass die Funktionen des Amtes «im Zuge der Reorganisierung des Staatsapparates», die vermutlich mit dem Ausschluss aller unsicheren SED-Funktionäre und der bürgerlichen Minister enden soll, ab 1. Jänner dem Presseamt beim Ministerpräsidium übertragen werden. Weder über die weitere Verwendung Eislers noch seiner langjährigen «rechten Hand», Alfred Norden, wurde irgendeine Erwähnung getan.

Mit der Kaltstellung Eislers und Nordens wurden zwei der letzten Vertreter der Westemigration jüdischer Abstammung aus der Sowjetzonen-Regierung ausgeschlossen.

In Westberliner Kreisen wird behauptet, dass der stellvertretende Ministerpräsident Ulbricht ein persönlicher Gegner Eislers sei. Eisler war jedenfalls in der letzten Zeit einer heftigen Kritik unterzogen worden, wobei man ihm vor allem vorwarf, mit «riesigem Kostenaufwand eine völlig läppische Propaganda zu betreiben» und in seiner Agitation nach Westdeutschland ständig vierzehn Tage hinter den Ereignissen herzuhalten. Eisler versuchte damals, sich mit der «ständig wechselnden Taktik» der SED zu verteidigen. Innerhalb vier Wochen hätten drei Broschüren der «Nationalen Front» mit einer Auflage von 110.000 Stück eingestampft werden müssen, weil sie plötzlich als «politisch falsch» erklärt worden seien. Einige Wochen zuvor hatte die sowjetamtliche «Tägliche Rundschau» darüber Beschwerde geführt, dass das Informationsamt «allgemeine und absolut nicht wirksame Redensarten» gebrauchte und die von Lenin festgelegten Grundsätze nicht verwirklichte.

Im Februar 1953 hatte bereits die westdeutsche Nachrichtenagentur DPA gemeldet, dass Eisler in der nur Parteimitgliedern zugänglichen Parteikorrespondenz der SED ein «Geständnis» abgelegt habe, in dem er sich der Untreue gegenüber Stalin bezichtigte und auch angab, öffentlich Stalins Deutschlandpolitik der Jahre 1927 und 1928 kritisiert zu haben. Er habe auch versucht, die Freunde Stalins aus der Führungsschicht der SED zu verdrängen; eine todeswürdige Selbstbeschuldigung.

Gerhart Eisler entstammte der Familie des Wiener Universitätsprofessors Eisler, dessen dreibändiges «Philosophisches Wörterbuch» noch heute zu den Standardwerken der Wissenschaft zählt. Er wurde ebenso wie sein Bruder Hanns (derzeit noch der massgebende Komponist der Sowjetzone) und seine Schwester Ruth Kommunist. Ruth Eisler, verheiratete Fischer, schied im Zusammenhang mit der durch den Stalinismus entstandenen inneren Krise aus der Kommunistischen Partei Deutschlands aus und veröffentlichte vor einigen Jahren eine umfangreiche Arbeit über deren Geheimgeschichte.

1920 ging Gerhart Eisler von Wien nach Deutschland, trat dort der Kommunistischen Partei Deutschlands bei, begab sich später nach Moskau und war dann im Auftrage der Komintern in China, Dänemark, der Tschechoslowakei, Österreich, Spanien und Frankreich, Mexiko und den USA tätig, wo er auch während des zweiten Weltkrieges verblieb. 1949 wurde er wegen der Weigerung, vor dem Ausschuss des Repräsentantenhauses für unamerikanische Betätigung zu erscheinen, zu einem Jahr Gefängnis und 1.000 Dollar Geldstrafe verurteilt, gegen Erlag einer Kaution aber provisorisch auf freien Fuss gesetzt. Er flüchtete auf dem polnischen Dampfer «Batory», wurde jedoch bei der Ankunft in England verhaftet. Ein britischer Gerichtshof lehnte jedoch seine Auslieferung ab, so dass er im Mai 1949 in einem tschechischen Flugzeug nach Prag und von dort nach Ostberlin gelangen konnte.

Auch hier wird die aus allen «Volksdemokratien» bekannte allumfassende Jagd nach Titoisten beginnen, wofür das ja so

bekanntes deutsches Nationalgefühl und der Individualismus mancher Kreise genügend Material liefern dürften.

Die vorsichtige Analyse der öffentlichen und geheimen Meinung der Bevölkerung der Sowjetzone kommt, wie Ernest J. Salter in «Die Neue Zeit» in München schreibt, zu dem zwingenden Schluss: «Die Sowjets haben sich auf einen Kampf gegen mehr als 90% der Bevölkerung Mittel- und Ostdeutschlands eingelassen. Die Scheusslichkeiten des Staatssicherheitsdienstes und die Schaffotjustiz der Hilde Benjamin, einer Blutrichterin ohne jede westliche Schwäche', können diese Prozentzahlen nur steigern. Wer solche Methoden aber anwendet, weiss um seine Vergänglichkeit. Die Geschichte hat andere Termine, als sie das gequälte Einzelwesen herbeisehnt. Wer aber seine Politik tatsächlich gegen ein ganzes Volk durchsetzen will, hegt bereits im dunklen Schatten der Niederlage. Bezeichnend für die Lage in der deutschen Sowjetzone ist die Flucht von etwa 41.000 Menschen allein im Monat Februar 1953 aus dem Ostsektor nach Westberlin.

Die Opposition in der Sowjetzone ist allgegenwärtig. Sie sitzt in jedem Betrieb und jedem Kontor. Sie geht über die Felder und begleitet den Bauern bei seiner Arbeit. Sie hat ihre Beobachtungspunkte in den Ministerien, den Parteibüros und erstreckt sich bis in die Kernzitadelle der Macht, den Staatssicherheitsdienst. Gleich dem Engel des Todes verfügt diese Opposition über hundert Augen. Ein allumfassender Zweifel zerfrisst das gesamte System vom Fuss bis zum Kopf. Die Angst, die es seinem Gegner einflössen will, fällt immer stärker auf es selbst zurück.»]

15

RESTE VON NATIONALISMUS IN MASSARYKS LAND

*Das Land und seine Menschen sind wohl vorhanden,
aber die Nation ist verschwunden.*

Stanislaus Wyspianski: «Das neue Europa.»

Wer Prag aus den Tagen der Lebensfreude und Kraft kennt, empfindet fast körperlichen Schmerz, wenn er die Stadt heute wieder sieht. Immer noch schickt am Abend die Sonne ihre Strahlen schräg über die Moldau, und die Schwalben fliegen im Schatten des Hradschin durch die kühlen Nebelschleier des Flusses. Aber von der Burg auf dem Hügel ziehen Gespenster in dichten Reihen bis zum Märtyrerplatz und verdrängen die Lebenden. Man glaubt in einer toten Stadt zu sein. Gespenster lauern in den winkeligen Gässchen der Altstadt, beugen sich über die Geländer der Brücken, drücken sich im Gedränge des Wenzelsplatzes an einem vorbei und stehen hinter dir, wenn du, von Erinnerungen schwer, zum Palais Czernin hinaufschaut und die Fenster Jan Masaryks suchst. Vom Geist seines Vaters, des verehrungswürdigen Befreiers, ist keine Spur geblieben, und auch nicht von jener Republik, die er ins Leben rief. Kein Bild erinnert an ihn, und die Lieder der Legionäre, die im Kampf um die Freiheit um die ganze Welt zogen, sind verstummt. In keinem Land, das die Russen ihrem Einfluss gewannen, starren die Bilder Stalins in groteskerem Widerspruch auf die Passanten herunter, als in dieser Stadt voll anmutiger Barockpaläste, deren Brücken die Statuen alter Heiliger säumen.

Als ich im Jahre 1949 nach zweijähriger Pause Prag wiedersah, überwältigten mich die Veränderungen fast. Im

Jahre 1947 füllten Waren der ganzen Welt die Schaufenster. Prag war damals eine grünende Oase in der wirtschaftlichen und kulturellen Wüste Europa. Wien war noch immer arm und ohne Freude. Prag summte von Leben, und die Schaukästen waren prall gefüllt mit Stoffen, Nahrungsmitteln, Medikamenten und Büchern. Diesmal war die Situation umgekehrt. Nach den Injektionen des Marshall-Planes blühte Wien wieder auf und wurde geschäftig, nachdem «die Ausbeutung durch amerikanische Hyänen» vorüber war. In Prag waren die Schaufenster leer und enthielten nur unverkäufliche Atrappen. Die Preisschilder auf einem Paar Schuhe z.B. zeigten sieben oder acht Dollar an. Wer aber im Lande Batas auf die Idee kam, sie kaufen zu wollen, dem wurde gesagt, auch wenn er die erforderlichen «Abschnitte» hatte, dass er sie nur auf dem freien Markt bekäme. Dort musste man siebzig Dollar zahlen. Vor den Lebensmittelgeschäften standen die Leute mit mürrischen Gesichtern Schlange. In den Buchhandlungen sah man in den Regalen, dort wo früher Werke aus dem Ausland zu finden gewesen waren, grosse Lücken. In den Zeitungskiosken glich eine Zeitung der anderen und alle waren langweilig. Die Absperrung gegen das Ausland ist heute so gründlich, wie es eine Polizei nur erreichen kann. Briefe aus der Fremde werden geöffnet, ein Stempel sagt dem Empfänger, dass sie beschädigt eingelangt wären und daher wieder «amtlich verschlossen wurden». Wer einen Brief ins Ausland schreiben will, muss sich zum Postamt begeben und seinen Ausweis vorzeigen.

Eine Stadt ging unter, ein Volk und sein Leben starben.

Die Tschechoslowakei war früher der am stärksten zivilisierte Staat in Osteuropa und war am meisten bürgerlich. Moskau sparte sich vorsichtig diesen Staat bis zuletzt zum «Verfahrensgang» auf. Im Gegensatz zu anderen Satelliten, war er zu Beginn des Jahres 1948 noch eine echte Demokratie unter einer Koalitionsregierung mit Einschluss der Kommunisten. Ihre Mitarbeit hatte unheilvolle Anfänge gebracht, Kontrollierung der Gewerkschaften, der Polizei und der neuartigen, seit Kriegsende nach russischem Muster errichteten

örtlichen Regierungen. Banken, Versicherungsgesellschaften und Schwerindustrie waren verstaatlicht worden. Aber die Privatinitiative hatte noch immer einige Rechte im Innen- und Aussenhandel¹⁾. Im Gegensatz zu anderen «neuen Demokratien» war auf dem flachen Land noch keine radikale Enteignung von Grund und Boden erfolgt und die Errichtung von landwirtschaftlichen Kollektiven, Staatsgütern und Traktorenstationen hatte erst ihren Anfang genommen. Die Tschechoslowakei stand zwischen beiden Welten.

Als sich die Männer im Kreml Anfang 1948 bewusst wurden, dass die Ereignisse in Jugoslawien drastische Handlungen erforderten, machten sie als Auftakt einen festen Griff auf den noch ausstehenden Rest von Osteuropa. Der bourgeoise Vorposten, die tschechische Demokratie, musste einmal entkräftet werden, und viele Gründe sprachen dafür, es jetzt zu tun. Ein besonders drängender Anlass ergab sich, als die bolschewistische Partei unter ausgewählten Kominformmitgliedern ihre Anklageschrift gegen Tito geheim kursieren liess. Die tschechische Opposition sammelte sich um den Präsidenten Benes und den Aussenminister Jan Masaryk. Wenn die führenden Männer der tschechischen Demokratie von der Spaltung in der Kominform Wind bekämen, dann musste das ihren Widerstand gegen einen kommunistischen Staatsstreich stärken, und es war zu befürchten, dass in einem solchen Falle die Armee auf ihrer Seite stand. Als sich die jugoslawische Krise zuspitzte, wuchs die Gefahr des Widerstandswillens und der Unterstützungsbereitschaft der Armee. Den kommunistischen Obermachern wurde klar, dass die tschechische Republik unbedingt in eine Reihe mit den anderen Satelliten gebracht werden musste, bevor man die Sache mit Tito bereinigen konnte. Die Kommunisten der Tschechoslowakei erhielten den Befehl zu handeln, ohne weiter zu zögern.

In Amerika hatte man fast das Gefühl eines persönlichen Verlustes, als im Februar 1948 die Nachricht von dem blitzartigen, erfolgreichen Staatsstreich der Prager Kommunisten eintraf. Man bewunderte bei uns den konstitutionellen, liberalen

Staat, den der ältere Masaryk und Beneš geschaffen hatten, und war stolz, dass Woodrow Wilson dabei mit Rat und Tat Pate gestanden war. Der Putsch liess die Amerikaner erkennen, dass das sowjetische Programm jetzt mit Hilfe direkter Aggression durchgepeitscht wurde und veranlasste sie, den Marshall-Plan als Gegenmassnahme mit grösserem Nachdruck durchzuführen. Moskau hätte klüger gehandelt, die Zerschlagung der Tschechoslowakei noch etwas hinauszuschieben. Aber die schleichende Krise in Jugoslawien trieb dem Höhepunkt zu, und man durfte mit der Gleichschaltung der Tschechoslowakei nicht länger zögern.

Die Tschechen sind methodisch denkende, entschlossene, nicht sonderlich phantasiebegabte Menschen, und sie glaubten erst an die Gefahr eines kommunistischen Umsturzes, als es zu spät war. Sie sind aber auch widerspenstig, also wollten sie sich mit den vollzogenen Tatsachen nicht abfinden. Dies und der Umstand, dass ihr Staat als letzter Punkt auf dem Moskauer Tagesprogramm stand, erklärt, warum in der Tschechoslowakei vor kurzem mehr Blut geflossen ist als in den anderen sowjetisierten Ländern. Die Zeit des Galgens und der Erschiesungen, die in Bulgarien und Rumänien bald nach der Befreiung im Jahre 1945 eintrat, kam für die Tschechoslowakei erst fünf Jahre später.

Diese Tatsache besagt nicht, dass es in den Tagen des Umsturzes, im Februar 1948, keinen Widerstand gegen die Sowjetunion gab. Aber selbst Beneš mit seinem scharfen Verstand glaubte, dass sich alles „wieder einrichten liesse“. Seine schwankende Gesundheit schwächte auch seinen gewohnten Weitblick. Oder wusste er bereits 1948, dass es zu spät sei, sich der Sowjetunion zu widersetzen, dass er das Spiel schon verloren hatte, als er um den Preis seiner Rückkehr nach Prag den Kommunisten Schlüsselstellungen im ersten Kabinett nach dem Krieg überliess? Er rief die Armee nicht zu Hilfe. Bald darauf erreichte Masaryk sein tragischer Tod.

Die kommunistischen Strategen gewannen kampflos ihre Hauptziele und gingen bald dazu über, den Parteiapparat den

neuen Aufgaben anzupassen und die patriotischen Elemente aus Armee und Polizei zu eliminieren. Danach machten sie sich voll Schwung an die Arbeit. Der Aussen- und Innenhandel wurden verstaatlicht. In der Industrie nahm die Verstaatlichung weiter zu mit dem Resultat, dass im Mai 1948 mehr als 93% aller Unternehmen, die über fünfzig Arbeiter beschäftigten, sozialisiert worden waren. Ein neues Agrargesetz wurde verkündet und die Enteignung aller Güter über 50 ha vorgesehen. Die Sozialdemokraten wurden gezwungen, ihre Partei mit der kommunistischen zu vereinen, wobei man auf den Schein der Freiwilligkeit keinen besonderen Wert mehr legte. Die folgenden Wahlen sahen nur die Einheitsliste. Die Tschechoslowakei war zur Volksdemokratie nach der Norm kommunistischer Staatstypen geworden. Diese Vorgänge versteiften im Volk den Willen zur Opposition. Die heute üblichen Drohungen, Bestrafungen und Zwangsmassnahmen am laufenden Band lassen erkennen, dass sich der Widerstand nicht auf eine Klasse, Gruppe oder Gegend beschränkt. Er zeigt sich bei den Slowaken nicht allein in Bauernrevolten zum Schutz der Dorfgeistlichen, sondern offenbart sich auch in der Säuberung der hohen slowakischen Beamtenkreise. Die mährischen Gemeindegewerkschaften sind ebenso wie die der Slowakei voll widerspenstiger Bauern. Lehrer und Richter haben Umschulungslehrgänge besuchen müssen.

Wer keine „positive Haltung“ einnimmt, wird in die Uranbergwerke oder zu Bewässerungsarbeiten geschickt. Obgleich die römisch-katholische Kirche hier keine so feste Position hat wie in Polen, nahm sie den Kampf tapfer auf und ist der Mitwirkung fast aller ihrer Priester sicher. Aber ob sie sich loyal zeigten oder nicht, alle mussten eine rücksichtslose „Laienschulung“ durchmachen, die nach Anweisungen eines überzeugten Atheisten, des Dr. Alexej Öepicka, erfolgte, den sein Schwiegervater, Präsident Gottwald, zum Kultusminister gemacht hatte und der später zum Verteidigungsminister aufrückte. Der Erzbischof von Prag, Beran, wurde in seinem erzbischöflichen Palais „zurückgehalten“.

Die Professorenschaft der Karlsuniversität, einer der ältesten und berühmtesten Hochschulen in Europa, wurde sorgfältig gesiebt. Wer Lysenkos Theorie von der Vererblichkeit erworbener Eigenschaften nicht teilte oder wer als Literaturhistoriker bei bürgerlichen Schriftstellern Talent sah, lernte die Zwangsarbeit kennen. Der Propagandaminister Vaclav Kopecky stellte im März 1950 fest, dass jene Gebiete, die er mit dem in solchem Munde ungewöhnlichen Wort «kulturelle Belange» zusammenfasste, eine Neuordnung erfahren müssten. Die Presse sollte nach «sowjetischem Muster eine Einrichtung der arbeitenden Klasse werden», Bücher «eine Waffe im Kampf für die Reinheit der Ideologie». Dadurch wurden Intellektuelle und Künstler, die sich nicht zu Dienern des Kommunismus machen liessen, einfach ausgeschaltet, denn das Leben in Zwangslagern mit Hungerrationen und mangelnder Hygiene ist für Antikommunisten ebenso wenig verlockend wie es für Antinazis gewesen war. Die kosmopolitisch gebildeten und erfahrenen Tschechen sahen in diesen Verbrechen gegen den Geist Ärgeres als in nackten Gewalttaten.

Vor Ausbruch des Krieges waren die Arbeitsverhältnisse in der böhmischen Industrie besonders günstig und gut durchorganisiert. Während der deutschen Besatzung hatten die Kommunisten grossen Zulauf, blieben aber in der Minderheit. Seit der Staat der Dienstgeber ist, sind kommunistische und antikommunistische Arbeiter in gleicher Weise unzufrieden. Die Sorgen offen erkennen zu geben, wird unpatriotisch genannt. Die Regierungsgewerkschaften schützen nicht mehr den einzelnen Mann, der gegen eine Ungerechtigkeit aufbegehrt, sondern sie entlassen ihn und sorgen dafür, dass er keinerlei Arbeit mehr findet. Denn der Staat, der heute den Einsatzbefehl gibt, ist ja nur die Unterbehörde eines grösseren Staates, der die Kommandogewalt besitzt. Die Prager Beamtschaft hat keine Möglichkeit, sich gegen das Absinken ihres Lebensstandards zu schützen, selbst wenn sie es versuchte. Im ersten Halbjahr 1950 liess Moskau einen wirtschaftlichen Aufschwung zu, um das unpopuläre Vorgehen gegen die Kirche, gegen Bauern und Ge-

schäftsleute auszugleichen. Russland regelt den Inhalt des Brotkorbes, kontrolliert das Angebot von Konsumgütern nach Mass der russischen Bedürfnisse und hält die Arbeitskraft der Berufstätigen gerade noch aufrecht. Das ist Moskau deshalb möglich, weil es den tschechischen Export in der Hand hält. Der Handel nach dem Westen mit böhmischen Spezialitäten, wie feines Glas und Luxusporzellan, ist fast ganz zum Stillstand gekommen. Die Produktion der Rüstungsindustrie, der Maschinenfabriken und der tschechischen Schwerindustrie, wird sofort von Russland übernommen und trägt nichts zur Hebung des allgemeinen Wohlstandes bei. Je mehr Russland an tschechischen Exportgütern aufnimmt, desto grösser sind die Schäden für die Tschechoslowakei, denn die nach Russland gelieferten Güter werden zu geringeren als Weltmarktpreisen gutgeschrieben, während die Rohstoffe, die den tschechischen Fabriken als Gegenleistung geliefert werden, überhöht in Anrechnung kommen. Die Verluste sind nicht allein eine Angelegenheit der Buchführung. Russland ist darauf bedacht, von den Satelliten besonders jene Waren aufzukaufen, die auf dem Weltmarkt allgemein gefragt sind. Bei einem Weiterverkauf fliesst der Gewinn Moskau zu. Diese Methoden brachten seit dem Jahr 1948 den Lebensstandard der Tschechoslowakei ständig zum Sinken. Da er früher hoch war und das Absinken rascher vor sich geht als in anderen Satellitenstaaten, wird diese Tatsache besonders hart empfunden und verstärkt den Widerstand.

Die Anweisung Moskaus an die Satelliten, den Handel mit Jugoslawien zu stoppen, hat die tschechische Industrie noch mehr der Gnade Russlands ausgeliefert. Jugoslawien war für tschechische Industrieprodukte ein guter Absatzmarkt und ein Lieferant für dringend benötigte Blei-, Kupfer- und Eisenerze. Das Handelsabkommen mit Albanien vom Jahr 1949, als Ausgleich für die Abnahme tschechischer Waren angekündigt, brachte nicht den erhofften Ersatz. Moskau drückte seinen Willen durch, dass der Handelsvertrag hauptsächlich dazu diene, Albanien für den Ausfall des Handels mit Jugoslawien zu entschädigen. Damit sollte Hodscha geholfen werden, eine besonders

schwierige Wirtschaftskrise zu überwinden. Das Handelsabkommen war also in jeder Beziehung für die Tschechoslowakei unvorteilhaft, aber man glaubte, dass die Verluste erträglich sein würden. Der Vertrag war auf einem tschechischen Kredit in Höhe von 3,000.000 Dollars an Albanien zum Import tschechischer Waren aufgebaut. Die Rückzahlung sollte 1951 beginnen und fünf Jahre dauern. Da es in der albanischen Wirtschaftsgeschichte nie eine aktive Handelsbilanz gegeben hat, sind die Aussichten auf Rückzahlung genau so schlecht, wie die auf einen effektiven Gewinn.

Das Absinken des tschechischen Lebensstandards war für die Industriearbeiter nicht so empfindlich wie für die «städtischen Drohnen» und die «antisozialen Elemente», aber er war schlimm genug, um unpopulär zu werden und hatte ein Sinken der Produktionsziffern zur Folge. Kommunistische Drohungen konnten sie nicht zum Ansteigen bringen. Rudolf Slansky (Salzmann), der später als Titoist hingerichtete Generalsekretär der Kommunistischen Partei, bedeutete den tschechischen Vorarbeitern, sie dürften vor dem Hass und der Angst jener Arbeiter, die sie zur Produktionssteigerung antrieben, nicht zurückschrecken. Kommunistische Arbeiter müssten bereit sein, schwerer als Nichtkommunisten zu arbeiten, um die Überlegenheit des kommunistischen Systems zu beweisen. Er rief den Vorarbeitern zu: «Treibt sie an, erhöht die Produktion!» Als der Erfolg unbefriedigend war, folgten Drohungen durch den Ministerpräsidenten Antonin Zapotocky. Er stellte das Fernbleiben von den Arbeitsstätten unter Strafe. Er sagte, dass jede «Drückebergerei» aufhören müsse und forderte die Steigerung der individuellen Arbeitsleistung. So würden Elemente, die sich Feiertage auf eigene Faust machten, «von den Vorteilen unseres Systems ausgeschlossen sein», was besagt, vom Recht zur Arbeit – ausgenommen Zwangsarbeit. Um unter Beweis zu stellen, dass nicht nur Einzelne leiden sollten, erfolgten Massenverhaftungen von Angehörigen des Mittelstandes in den grösseren und kleineren Städten. Gewerbetreibende, Kaufleute und Direktoren sowie ehemalige Regierungsbeamte wurden eingezogen und in Ar-

beitslager gesteckt. Die Säuberungsaktion erstreckte sich auch auf Personen innerhalb der «bourgeoisen Führerschicht».

In der tschechischen Parteileitung zeigten sich zunächst keine Anzeichen für einen Nationalkommunismus, aber man wusste allgemein, dass er ansteckend sei. Einer der Gründe, der ihn zum Ausbruch kommen liess, war der Befehl Moskaus, tschechische Techniker und Facharbeiter zum Aufbau der Industrie nach Polen zu entsenden. Das polnische Industriepotential ist wohl sehr gross, verfügt aber im Vergleich zum tschechischen über weniger technisches Personal. Der Widerwille, tschechische Instruktoren an Polen abzugeben und dadurch dessen Konkurrenzfähigkeit zu stärken, wurde dadurch, dass es sich um einen kommunistischen Bruderstaat handelte, nicht gemildert. Die Arbeiterschaft, ob Kommunisten oder nicht, murrte. Alle wussten, dass sie in Zukunft noch schwerer und zu geringeren Löhnen arbeiten müssen, wenn sich Polens Leistungsfähigkeit steigerte. Alle Arbeiter aber sind stolz auf die tschechischen industriellen Erzeugnisse und überragenden Leistungen berühmter Unternehmen wie Skoda. Nach Bucharin sind derartige Bedenken unberechtigt und der Stolz ist dumm. Aber vorhanden sind sie trotzdem.

Die Tschechen fürchten auch, dass durch eine Verzahnung ihrer und der polnischen Industrie, wie sie Moskau wünscht, sie bei polnischen Auseinandersetzungen mit Deutschland stark in Mitleidenschaft gezogen werden könnten. Da sie die Sudeten-deutschen fast gänzlich aus ihrem Land entfernt haben, glauben sie in Zukunft keine Reibungspunkte mit Deutschland mehr zu haben und lehnen Bindungen an einen Staat, der früheres deutsches Gebiet annektiert hat, ab. Der Unwille wird noch durch einen Vorschlag, der aus Moskau stammen soll, verstärkt, nach dem eine gewisse Anzahl der ausgetriebenen Deutschen an ihre alten Arbeitsstätten in der böhmischen Glasfabrikation und der keramischen und anderen Industrie zurückgeführt werden soll und dass stattdessen weniger geschickte tschechische Arbeiter in die russischen Uranbergwerke nach Joachimstal geschickt werden sollen. Solange alte Streitfälle zwischen Polen

und der Tschechoslowakei nicht beigelegt worden sind, wird es auch immer Gerüchte geben, dass die Tschechen gezwungen werden könnten, für das, was Polen in Ostgalizien an Russland verloren hat, ihm eine Entschädigung zu leisten. In der Slowakei musste die tschechische Regierung auf Befehl Moskaus das Minderheitenproblem zugunsten Ungarns lösen. Dies erregte den Unwillen selbst der Regierung. Der Anblick eines Staates, der zu den Gewinnern des letzten Krieges gehört hatte und jetzt seine Interessen gegen einen Verliererstaat nicht zu wahren verstand, konnte in keiner Weise zur Hebung des Prestiges und der Popularität seiner Regierung beitragen. Solche Überlegungen sind nicht wichtig, solange die Aussenpolitik der ostdeutschen Republik, Polens, Ungarns und auch der Tschechoslowakei von Moskau aus geleitet wird. Die Tschechen haben jedoch auch in früheren Zeiten fremde Herrschaft erlebt, und heute sind nicht einmal die Kommunisten davon überzeugt, dass die Unterstellung unter russische Machtansprüche unbedingt zur neuen Ordnung gehört oder die russische Vorrangstellung ewig dauern wird.

Anfänglich gab kein Parteibeamter in höherer Stellung zu Klagen Anlass, dass er ein besserer Tscheche als Kommunist sei. Es liegt in der Tradition des Landes, seine «Eroberer» lieber zu erschöpfen und aufzusaugen, also «durchzuhalten», als Barrikaden zu errichten. Das erste Eingeständnis, dass der Titoismus in der Tschechoslowakei Schule gemacht habe, erfolgte am 21. Mai 1949, als der Parteisekretär für den Karlsbader Bezirk und einige andere örtliche Beamte «wegen derselben Handlungsweise, die zur Ausstossung Titos aus der Kominform geführt hatte», gesäubert wurden. Bereits im Herbst wurden Gerüchte laut, dass bedeutendere Persönlichkeiten belastet seien, besonders Aussenminister Clementis.

Während der Sitzung der UN-Generalversammlung im Herbst 1949 hielt sich Clementis den westlichen Presseleuten fern. Er stimmte folgsam für jeden sowjetischen Antrag, aber selbst wenn er mit Wyschinski – der für ihn grosse Sympathien besass – auf den Wegen zu oder von den Sitzungen fotogra-

fiert wurde, blickte er düster drein. Die jugoslawischen Delegierten sprachen davon, dass er mit sich zu Rate gehe, ob er nach Beendigung der Generalversammlung um Asyl in der USA ansuchen, oder nach Prag zurückkehren solle. Die Jugoslawen waren für gewöhnlich keine objektiven Beobachter. Ihr Kontakt mit früheren Freunden aus den Satellitenstaaten beschränkte sich darauf, in den Korridoren wissende Blicke zu tauschen, oder mit ihnen in der Abgeschlossenheit der Waschräume freundschaftliche Rippenstöße zu wechseln. Im Fall Clementis beobachteten sie jedoch richtig. Er ging zwar nach Prag zurück, unterbreitete aber am 14. März 1950 dem Präsidenten Gottwald sein Rücktrittsgesuch. Es wurde ohne ein Wort des Dankes angenommen.

In den nächsten Wochen mehrten sich die Anzeichen einer bevorstehenden grösseren Säuberungsaktion. Am 28. Februar verkündete Gottwald dem Zentralkomitee der tschechischen Kommunistischen Partei, dass «Titoisten eine Verschwörung angezettelt hätten», um das Land «den Imperialisten in die Hände zu spielen». Am gleichen Tag wurde verkündet, dass Vilem Novy, der frühere Herausgeber des führenden Parteiorgans «Rude Pravo» und Parlaments vorsitzender des Komitees für auswärtige Angelegenheiten, aus dem Zentralkomitee ausgestossen sei.

Novy war im vor angegangenen Oktober von seinem Schreibtisch verschwunden, etwa um die gleiche Zeit, als in New York die Gerüchte über Clementis in Umlauf kamen. Ein Mitglied des Zentralkomitees, Ladislaus Kopriva, gab Einzelheiten über Novy und seine Mitverschworenen preis. Danach hatte ein Ausländer zu Beginn des Krieges Novy die Flucht über Polen nach England ermöglicht. Seinem Helfer, der eigentlich «ein ausländischer Agent» war, soll Novy nach Beendigung des Krieges ohne Wissen der Partei die Einreise in die Tschechoslowakei verschafft und Informationen gegeben haben. Dana Adams Schmidt, der Prager Korrespondent der New York Times, meint, dieser Mann könnte der Amerikaner Noel Field sein, der im polnischen Nothilfedienst eingesetzt war und vielen

Juden, Tschechen und Polen zur Flucht vor den Nazis verholten hat. Field galt als Novys Freund sowie als der von Dr. Evzen Klinger, dem Leiter der Presseabteilung des Auswärtigen Amtes, der fast zur gleichen Zeit wie Novy verschwand²⁾). Kopriva teilte auch mit, dass Milan Reimann, Kabinettschef von Ministerpräsident Antonin Zapotocky, der gleichfalls in jenem Herbst verschwand, nach dem Verhör Selbstmord begangen habe. Bogdan Benda, früherer militärischer Sachverständiger im Prager Hauptquartier der Partei, habe «Titos Agenten Schützenhilfe geleistet» und musste deshalb der Säuberung zum Opfer fallen. Es wurde auch bekanntgegeben, dass Josef Stavincha, Parteisekretär von Olmütz, «als Verräter entlarvt» sei, der Bestechungsgelder angenommen und Feinde der Republik beschützt habe. Anscheinend auf Evzen Loebl, den ehemaligen stellvertretenden Aussenhandelsminister anspielend, der im Oktober verschwand, sagte Kopriva. «In unserer Aussenhandelsorganisation entdeckte man eine Gruppe von Funktionären an verantwortlicher Stelle, die einen direkten Handel mit dem Westen anstrebten, um die Tschechoslowakei in imperialistische Abhängigkeit zu bringen.»

Nach diesen unheilverkündenden Erdstößen öffnete sich der Boden und verschlang Aussenminister Clementis, der seit der kommunistischen Machtergreifung und dem Tode Jan Masaryks das Auswärtige Amt geleitet hatte. Clementis, ein Slowake, 48 Jahre alt, von Beruf Rechtsanwalt, war ein ziemlich kultivierter Mann. Zu Beginn der dreissiger Jahre trat er der kommunistischen Partei bei und wurde 1935 ins Parlament gewählt. Als die Deutschen nach dem Münchner Abkommen die Tschechoslowakei besetzten, emigrierte er nach Polen und dann nach Russland, blieb aber nicht, wie die meisten tschechischen und polnischen Kommunisten, dort, sondern begab sich nach Paris. Anscheinend wurde er später von der Partei fallen gelassen. Nach Beendigung des kontinentalen Krieges ging er nach London und suchte dort mit der Exilregierung Bene» Fühlung. Zunächst sprach er unter dem Pseudonym Peter Hren in slowakischer Sprache in den Europasendungen des BBC,

dann winde er unter Jan Masaryk Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amtes. Nach der Befreiung der Slowakei durch die Rote Armee (wobei das untere Karpathoruthenien annektiert wurde), führte Benes mit Stalin Verhandlungen in Moskau und bildete in Kaschau eine provisorische Regierung. Es wurde vereinbart, dass Clementis seinen zweiten Platz im Auswärtigen Amt beibehalten sollte. Ich fragte einmal Masaryk, ob er sich nicht beengt fühlte, weil sein erster Mitarbeiter in engen Beziehungen zu einer ausländischen Macht stünde. «Im Gegenteil», bekam ich zu hören, «Russland ist unser nächster Nachbar, wir müssen daher in unserer Aussenpolitik die russischen Wünsche berücksichtigen. Clementis im Nebenzimmer spart Zeit und Telephongebühren. Ich persönlich mag den Mann ganz gern, er lügt mich nur an, wenn es nicht anders geht.»

Verschiedene Äusserungen Clementis lassen erkennen, dass er wohl ein guter Marxist war, sich jedoch ein gewisses selbständiges Denken bewahrt hatte. Das heisst, Moskau arbeitete mit ihm wohl nur deshalb zusammen, weil es wenige kommunistische Persönlichkeiten gab, die die stark konservative und katholisch eingestellte Slowakei in den ersten Nachkriegsregierungen vertreten konnten. Andeutungen jener Gedankengänge, die später zu seinem Sturz führten, findet man in einem Buch, das er 1943 in London erscheinen liess: «Gegenwart und Vergangenheit des Panslawismus», ferner in einigen Artikeln im «Central European Observer». In seinem Buch sagte er voraus, dass es nach dem Krieg zu einem Zusammenschluss der slawischen Völker kommen werde, «die alle Unabhängigkeit und gleiche Rechte besitzen und sie in Übereinstimmung mit ihren jeweiligen geistigen Überlieferungen entwickeln werden³». An einer anderen Stelle meinte er: «Es ist ein ausser Frage stehendes Apriori, dass es einmal zu einem Wiederaufleben der Russifizierungstendenzen der slawischen Völker kommen kann.» In einem Zeitungsartikel nannte er die slowakische Untergrundbewegung während des Krieges «national und patriotisch». Derartige Gedanken, die ehemals bei tschechischen und polnischen Kommunisten nicht ungewöhnlich waren, sind heute verpönt,

die in London während des Krieges durchaus üblich gewesene Phraseologie gilt als Ketzerei, weil Tito sie gebraucht.

Die Gründe zur plötzlichen Abberufung von Clementis wurden erstmalig auf dem Parteitag der Kommunistischen slowakischen Partei in Pressburg, am 24. Mai 1950, von seinem Nachfolger, Viliam Siroky, ausgesprochen. Dieser sagte, Clementis sei ein «bürgerlicher Nationalist» gewesen, die Partei musste ihn austossen, weil er «ein Klassenfeind geworden ist», was schon daraus hervorgehe, dass er sich dem Ribbentrop-Molotow-Pakt in einer Zeit widersetze, in der (wie Siroky es nannte) «die westliche Ukraine und das westliche Weissrussland durch die Rote Armee befreit wurden». Als weiterer Grund für Clementis Absetzung wurde angegeben, dass er sich während des Krieges in London mit «den bourgeoisen Emigranten um Benes zusammengetan und in seinen BBC-Sendungen einer bourgeoisen Ideologie das Wort geredet hat». Siroky konnte dies alles ohne Gefahr behaupten. Er war zwar auch, wie Clementis, nach den Vorgängen in München nach Paris geflohen, aber dann nicht nach London, sondern nach Moskau gegangen. Er behauptete ferner, Clementis habe auch nach Beendigung des Krieges seine in London gezeigte Gesinnung beibehalten und verwies auf seine Beziehungen zu zwei vor kurzem ausgeschlossenen slowakischen Führern hin, zu Gustav Husak, dem ehemaligen Vorsitzenden des Ausschusses slowakischer Bevollmächtigter, und dem Dichter Ladislav Novomesky, dem ehemaligen Bevollmächtigten für slowakisches Erziehungswesen. Beide gehörten einer «Hromada» genannten Gruppe an, deren Führer Clementis war. Alle drei seien dem «Einfluss der nationalen slowakischen Bourgeoise verfallen» und hätten versucht, «die slowakischen und tschechischen Arbeiterklassen zu trennen». Ausserdem legten sie das Wort «Befreiung» nicht im Sinn Lenins und Stalins, sondern im national-bürgerlichen und demokratischen Sinn aus.

In einem gemeinsamen Schreiben legten Präsident Gottwald und Rudolf Slansky dem Kongress die Anklage vor. Es hiess darin, Clementis und die anderen Angeklagten hätten

gefehlt, indem sie «die führende Rolle der Sowjetunion und die brüderliche Hilfe der tschechischen Arbeiterschaft nicht genügend anerkennen». Solche Verfehlungen gehören bei unserem Wechsel vom Kapitalismus zum Sozialismus zu den «hinterhältigsten Waffen des Feindes». Husak und Novomesky gestanden ihre «bourgeoise Abweichung» ein und erklärten, sie seien so blind darauf bedacht gewesen, die slowakische Autonomie gegen Benes und die tschechische Bourgeoisie zu verteidigen, dass ihnen der Fehler unterlaufen sei, der tschechischen Arbeiterschaft zu misstrauen. Husak gestand, dass es durch seine Mithilfe der slowakischen Bourgeoisie möglich geworden sei, «sich mit reaktionären Bevölkerungsschichten zu verbinden, um einen Angriff gegen die Errungenschaften der volksdemokratischen Ordnung zu unternehmen». Das war ein klares Geständnis und wurde (wie der Korrespondent der New York Times feststellte) zu einer Begründung für die geringen kommunistischen Erfolge bei den Wahlen von 1946, für die Bauernerhebungen zum Schutz ihrer Pfarrer und als Ablehnung der Kollektivwirtschaft herangezogen und – mit Husaks Worten erklärt –, «warum die Slowakei lange Zeit der wunde Punkt der Republik gewesen sei». Für einen marxistischen Parteigänger mag die Erklärung genügt haben, im Westen sieht man die Gründe darin, dass die Slowakei, die jahrhundertlang zu Ungarn gehört hatte, die hussitische Reformation der Tschechen nicht mitgemacht hat und deshalb streng katholisch ist, zudem Bauernland, konservativ und separatistisch.

Clementis fehlte auf dem Parteitag. Aussenminister Siroky erklärte, dass dessen Selbstbezeichnungen noch nicht genügen könnten, weil er «noch immer nicht die Schwere seiner Verfehlungen und Irrtümer erkannt hat». Im Juli hörte man, dass Clementis einen Posten in der Staatsbank eingenommen hat. In Anbetracht dessen, dass seine Selbstanklagen noch immer nicht als ausreichend angesehen worden sind, musste er damit rechnen, dass man ihn im richtigen Moment hervorholt, wenn man einen Sündenbock für kommunistische Misserfolge braucht. Ohne Zweifel lag die Wurzel seiner Sünden im Nationalis-

mus. Das hat sich bei seinen Verhandlungen mit Ungarn über die Rechte der slowakischen und ungarischen Minderheiten und mit der Ostdeutschen Republik in Fragen der Sudetendeutschen gezeigt⁴). Sein Nationalismus war wahrscheinlich auch ein Hemmschuh, als der tschechische Handel an die sowjetischen Bedürfnisse angeglichen werden musste und Pläne aufgestellt wurden, um die Angleichung der tschechischen an die russische Armee durchzuführen. Seine Forderung, am Marshall-Plan teilzunehmen, konnte ihm kaum zum Vorwurf gemacht werden, da praktisch alle Satellitenführer zeitweise diesem Wunsch erlagen. Wie die Rede Sirokys zeigt, ist das separatistische Nationalgefühl der Slowaken ein willkommenes Alibi, um den erstaunlichen nationalen Widerstand gegen das kommunistische Regime in Prag zu erklären.

Fremden gegenüber war Clementis ein zurückhaltender, etwas launenhafter Mann, der oft schweigend aus seiner Pfeife paffte, statt auf Fragen zu antworten. Erfahrung hatte ihn gelehrt, dass es westlich orientierten Menschen gegenüber besser sei, das Vorhandensein eines Problems, auch wenn er darauf keine Antwort geben konnte, einzugestehen, als zu versuchen, es mit dialektischen Reden fortzudebattieren. Sooft ich mit ihm gesprochen habe, nie entschlüpfte ihm ein Wort, das auch nur im Geringsten darauf hindeuten konnte, er sei etwas anderes, als ein kompromissloser Kommunist und unbarmherziger, wachsender Diener der tschechischen Regierung. Diesen Eindruck bekamen alle, die ihn bei internationalen Verhandlungen kennenlernten. Es stimmt, dass er nicht zu den neuen Barbaren gehörte. (Wie rasch man sich daran gewöhnt, von Kommunisten in der Vergangenheit zu sprechen!) Seine Redewendung beschränkte sich nicht auf die übliche Phraseologie. Seine Schuld lag darin, dass er die völlige Vorherrschaft der sowjetischen Regierung und die Überlegenheit des lebenden Stalin über den toten Lenin nicht anerkannte. Das kostete ihn die Karriere und das Leben. Wenn er nur falsch kalkuliert, wenn er die Kräfteverteilung im Machtkampf falsch eingeschätzt hat, dann könnten wir mit Genugtuung feststellen,

dass es wieder einen Spitzbuben erwischt hat. Wenn er jedoch seinen Weg aus bewussten nationalen Gründen ging, dann können wir uns damit trösten, dass die Republik Masaryks zwar verfallen ist, sein Geist aber und das Ziel, für das er lebte – die nationale Selbstbestimmung –, noch heute bei vielen, wenn auch weniger bedeutenden Männern fortbesteht. Masaryk machte zuerst von sich reden, als er nach Agram fuhr, um die Verteidigung eines Kroaten zu übernehmen, der von österreichischen Gerichten fälschlich des Verrates angeklagt worden war. Auf verschlungenen Wegen schickte Tito durch einen Anhänger des Kommunismus, der nicht ganz auf der Seite des Kremls steht, wohl nicht Masaryks grossartige Botschaft der persönlichen Freiheit zurück, aber wenigstens seinen Appell zur nationalen Unabhängigkeit.

[Kurz nach dem Sturz Clementis folgte sodann die schon vorher angekündigte Säuberungswelle, die durch ihre Ausmasse nicht nur im Lande, sondern auch in der übrigen Welt gewaltiges Aufsehen erregte. Besonders die Verhaftung der stellvertretenden Generalsekretärin der tschechoslowakischen Kommunistischen Partei und Spanienkämpferin Marie Svermova, der Witwe des gefeierten, in der Slowakei 1943 gefallenen Partisanenführers Jan Sverma, dem zu Ehren ein paar Dutzend Fabriken und sogar die nordböhmische Stadt Sverma benannt worden war, wirkte alarmierend. Waren doch erst kurz vorher Briefmarken mit dem Bild von diesem bewährten Freund Gottwalds ausgegeben worden. Schon vorher war ihr Geliebter, der Spanienkämpfer und Generalsekretär der Kommunistischen Partei Mährens, Otto Sling, verhaftet worden. Ihnen folgten unter anderem: der Parteisekretär von Mährisch-Ostrau Vitezlav Fuchs, der Parteisekretär von Pilsen Hans Lomsky, das Mitglied des Zentralkomitees Frau Ruzena Dubova und Frantisek Landa vom Wirtschaftsministerium. Schon vorher war der Landeskommandant von Mähren, General Zdenek Novak, mit anderen Heeresangehörigen verhaftet worden, der, wie behauptet, das Oberhaupt der Verschwörer innerhalb der Armee war. Er war

während des Krieges Führer des Untergrundkampfes gegen die Deutschen gewesen.

Aus der nächsten Umgebung von Clementis wurden folgende führende slowakische KP-Leute gesäubert: Stellvertretender Aussenminister Arthur London, stellvertretender Verteidigungsminister Generalmajor Bedrich Reicin, Parteisekretär in Presov Arnost Psenicka, ehemaliger slowakischer Kommissar für Inneres Daniel Okali, ehemaliger Innenkommissar und Gesandter in Ungarn Ivan Horvath, ehemaliger Präsident des slowakischen Nationalrates Karol Smidke und ehemaliger Kommissar für kirchliche Angelegenheiten Ladislav Holdos sowie ein ehemaliger hoher Funktionär des Gesundheitsministeriums Polak. An Diplomaten wurden unter anderem der Botschafter in Frankreich Adolf Hoffmeister, der Botschafter in Grossbritannien Rudolf Bystricky, der Botschafter in Russland Karel Kreibich und der tschechoslowakische Botschafter in USA Vladimir Outrata entfernt. Alle diese alten bewährten Kommunisten wurden der Spionage für den Westen, vorwiegend Amerika, umstürzlerischer Betätigung und des Titoismus bezichtigt. Der ehemalige tschechoslowakische Gesandte in Indien B. G. Kratochvil kehrte nicht mehr in seine Heimat zurück und suchte im März 1951 in England um Asyl an. In einem an das KP-Regime in Prag gerichteten Abschiedsschreiben weist er darauf hin, dass die Stalinistischen Herrscher das tschechische Volk ausbeuten und verraten. Er fühle sich gezwungen, öffentlich gegen diesen Verrat zu protestieren.

In seiner Erklärung zum Fall seines ehemals treuen Freundes Clementis führte Gottwald aus: «Er war das Haupt einer umfassenden Verschwörung, um die Tschechoslowakei in das Lager des Imperialismus zu führen... Die USA und auch England kauften nämlich frühere deutsche Agenten, damit diese nun für sie in Europa spionieren... Marie Svermova machte unbolschewistische Bemerkungen, das Zeichen von Renegaten und Verrätern... Sie behauptete, dass gegen Bauern Gewalt angewendet wurde... als ob die Partei jemals Unrecht begehen würde. Otto Sling entfaltete eine Kampagne innerhalb der

Partei, damit diese ihren Kampf gegen die Dorfreichen aufgeben möge, und versuchte, die Direktoren der staatseigenen Fabriken zu diskreditieren, weil sie aus dem Arbeiterstand kamen, um Kosmopoliten an ihre Stelle zu setzen... Schliesslich aber werden alle diese Vagabunden erwischt und der verdienten Strafe zugeführt werden. Die Tschechoslowakei wird kein zweites Jugoslawien werden.» Der Propagandaminister Vaclav Kopecky sagte: «Sling und die Svermova lebten zusammen in einer Wohnung .. ihre sexuellen Beziehungen waren nur ein Glied mehr in der festen Verbindung zweier Menschen, die gegen die Partei und die Republik sich verschworen hatten. Wir aber werden beweisen, dass in unserer Partei nur für die Platz ist, die in der heiligsten Art die Sowjetunion lieben, die bolschewistische Partei und den Genossen Stalin... den grossen Lehrer und Freund.» Wie sich jedes Unrecht auf Erden einmal rächt und die grösste Langmut des Schicksals einmal ein Ende findet, so konnte auch ein Mann, der zusammen mit dem russischen Sonderbotschafter Zorin führend beim Sturz Clementis mitgewirkt haben soll, nicht lange seines Sieges froh werden, der ehemals allmächtige Generalsekretär der tschechoslowakischen Kommunistischen Partei, alte Weggefährte Gottwalds und zweite Mann im Staat, Rudolf Slansky (Salzmann). Am 7. September 1951 wurde die Welt durch die Meldung der tschechoslowakischen Telegraphenagentur aus Prag überrascht, dass das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei in der Tschechoslowakei auf Vorschlag seines Vorsitzenden, des Präsidenten der Republik, Clemens Gottwald, einstimmig beschlossen habe, das Amt eines Generalsekretärs der Partei abzuschaffen und die Agenden des bisherigen Generalsekretärs dem Parteivorsitzenden – also Gottwald – zu überlassen. In der Meldung hiess es weiter, dass das Zentralkomitee ein politisches Sekretariat geschaffen habe, das die laufenden Geschäfte der Partei leiten wird. Zu Mitgliedern dieses Sekretariats (Politbüros) wurden ausser Slansky und Gottwald noch Ministerpräsident Zapotocky, Vizeministerpräsident Siroky, der Vorsitzende des Staatlichen Planungs-

amtes Dolansky, Karel Basilek und Verteidigungsminister Dr. Cepicka, der Schwiegersohn Gottwalds, gewählt. Auch die Ämter der stellvertretenden Generalsekretäre wurden abgeschafft. Karl Basilek und Cepicka wurden an die Stelle ausgeschiedener Mitglieder in das Zentralkomitee gewählt. Mit dieser Nachricht fand die glänzende Laufbahn eines allmächtigen, fanatischen Kommunisten und treuen Dieners des Kremls ihr verdientes, vorzeitiges Ende. Wichtige Staatsämter – darunter stellvertretender Ministerpräsident, die er noch kurze Zeit innehatte – waren nur ein besonders grausames Vorspiel seines Sturzes. Der Grausame wurde selbst grausamst gefällt. Rudolf Slansky wurde am 30. Juli 1901 bei Pilsen als Sohn deutsch-jüdischer bürgerlicher Eltern geboren und besuchte eine dortige Mittelschule. Als Sechzehnjähriger schloss er sich der verschwörerischen Untergrundbewegung an und half 1917 Demonstrationen gegen die Habsburger zu organisieren. Er freundete sich mit Josef Fucik an. 1920 kam er an die Prager Handels-Hochschule, widmete sich aber fast ausschliesslich der Politik. Er wurde Führer der «Marxistischen Vereinigung» und errichtete den kommunistischen Jugendverband, als die tschechische Kommunistische Partei gegründet wurde. Mit 23 Jahren wurde er wegen einer Rede inhaftiert, die er am 10. Jahrestag des Ausbruchs des 1. Weltkrieges hielt und in der er zum gewaltsamen Sturz der demokratischen Republik aufrief. Später war er Mitarbeiter und Redakteur der Parteiorgane «Rude Pravo» und «Delnický Denník». Hier lernte er Gottwald kennen und wurde sein engster Mitarbeiter und Mitkämpfer. 1928 machte ihn Gottwald zum Parteisekretär in Kladno, und nicht zuletzt durch seine tatkräftige Mithilfe wurde Gottwald im gleichen Jahr Obmann der Kommunistischen Partei. Beide gingen gemeinsam nach Moskau, und Slansky erhielt einen Sitz im Zentralkomitee, der Körperschaft, die in jedem Land die Angelegenheiten seiner kommunistischen Partei bewacht. Es war Slansky, der den Triumph der reinen Stalinistischen Linie in der Partei gegen alle «Abweichungen», Kritiker und Schwankenden sicherte. 1934 musste er wegen eines Haftbefehls untertauchen und entkam 1938 mit Gott-

wald nach Moskau. 1941 wurde der «ewig Getreue» mit der Organisation umstürzlerischer Tätigkeit in der Tschechoslowakei beauftragt. Er operierte vom Hauptquartier der ukrainischen Partisanen in Kiew aus. Zusammen mit dem Gatten der Marie Svermova flog er 1944 in die Slowakei, wo er die Erhebung gegen Deutschland und Tiso vom Partisanenhauptquartier in Banska Bystrica leitete. Nach Unterdrückung der Revolte floh er mit dem russischen General Asmolow in die Berge. Nach Kriegsende wurde er zum Dank von Stalin auf den entscheidenden Posten des Generalsekretärs der Partei in der Tschechoslowakei gesetzt. Selbstverständlich spielte er auch zusammen mit Gottwald und Clementis eine führende Rolle beim Februarputsch im Jahre 1949, der die Kommunisten zur totalen Macht führte. Niemand wäre es jemals eingefallen, seine unbedingte Verlässlichkeit auch nur im Geringsten anzuzweifeln. Slansky galt im Gegenteil als einer der ärgsten Fanatiker des Bolschewismus und ein hundertprozentiger Vertreter der Moskauer Generallinie, dem die Macht und das Wohlwollen des Kremls über alles gingen. Er war der ausgesprochene Vertreter des Moskauer Kurses. «Wir kennen nur ein Gesetz, das Gesetz der Partei, das Gesetz der totalen Entpersönlichung des Menschen zum Dienst an der Partei», war seine Devise. Slansky war daher auch der erbarmungslose Sauberer von ihm als nicht unbedingt verlässlich angesehener Heeresangehöriger und Parteileute. Eines seiner Opfer war der ausgesprochen russophile General Pikas, gegen dessen Verhaftung selbst eine Marionettenfigur wie der ehemalige Kriegsminister Swoboda bei Gottwald protestierte. Nicht weniger Empörung erregte die von ihm veranlasste Verhaftung und brutale Behandlung des als überzeugten Patrioten bekannten Heerführers General Kutlvasr. Anfang 1949 war auf ihn von einem jungen patriotischen Offizier im Verteidigungsministerium – angeblich einem Verwandten des verhafteten Generals Pikas – ein Attentat verübt worden, bei dem der verhasste Generalsekretär wohl nicht getötet, aber schwer verletzt worden war.

Noch im Juli 1951 war Slansky anlässlich seines 50. Ge-

burtstages überschwenglichst gefeiert worden. Es regnete speichelleckerische Glückwunschtelegramme, die von allen massgeblichen Stellen des Landes abgesendet worden waren. «Du hast immer konsequent um die Durchführung der bolschewistischen Linie gegen die opportunistischen Saboteure und Verräter gekämpft. .. Wir gedenken Deiner grossen Verdienste um die Erfolge und Siege unserer Partei», heisst es in einem von Gottwald und Zapotocky unterfertigten Schreiben des Zentralkomitees, und in einem Schreiben des Zentralrates der Gewerkschaften wird seine «bolschewistische Voraussicht und Gottwaldsche Entschiedenheit» rühmend hervorgehoben. Aber auch die kommunistischen Parteien Deutschlands und Österreichs stellten sich mit schwülstigen Telegrammen ein. Gottwald aber schenkte seinem alten Genossen nicht nur einen Korb roter Rosen, sondern verlieh ihm auf Antrag der Regierung für seine ausserordentlichen Verdienste um den «siegreichen Aufbau des Sozialismus in der Tschechoslowakei» den Orden des Sozialismus. Slanskys Unglück dürfte gewesen sein, dass er seinerzeit dem Kreis um Bucharin angehörte und später mit dem 1948 auf geheimnisvolle Weise verstorbenen Kominformchef Zdanow befreundet gewesen sein soll. Er soll in der Folge dann weder bei Malenkow noch beim Chef des MVD Berija beliebt gewesen sein. Auch glaubt man, dass Gottwald mit seinem alten Freund-Feind ein infames Doppelspiel getrieben hat. Am 26. November wurde er, wie Präsident Gottwald in einer Sitzung des Ministerrates mitteilte, aller seiner Ämter enthoben und wegen staatsfeindlicher Tätigkeit verhaftet. Seine Verhaftung fiel mit dem Beginn der Tätigkeit des sowjetischen Botschafters Lawrentjew in Prag zusammen, der bereits 1948 versucht hatte, auch Tito in Belgrad zur Raison zu bringen.

Slanskys Verhaftung wurde offiziell damit begründet, dass er eine Verschwörung gegen die Republik vorbereitet habe. Es wurde kritisiert, dass er die Leichtindustrie gefördert habe, die auf den Export nach dem Westen angewiesen ist, statt die Schwerindustrie zu entwickeln, wie die Sowjetindustrie es im Interesse der Aufrüstung fordert. Es wurde ihm als General-

Sekretär mangelnde Wachsamkeit, ja sogar eine Zusammenarbeit mit Clementis, Svermova, Sling und Konsorten vorgeworfen, obgleich ja gerade er es war, der sie mit beispielloser Heuchelei und Grausamkeit zu Fall brachte. Ministerpräsident Zapotocky bezeichnete ihn nicht nur als Agenten des amerikanischen Imperialismus, sondern auch als Vorkämpfer des jüdischen Kapitalismus. Desgleichen wurde er von Präsident Gottwald und Zapotocky gleich Clementis, Sling und Svermova als land- und bodenfremder Kosmopolit beschimpft, ein Beweis, wie sehr man sich in den Volksdemokratien von Lenin entfernt hat und einem neuen Chauvinismus und Antisemitismus huldigt. Mit Slansky stürzten auch seine nächsten Vertrauensleute, der Divisionsgeneral Cenek Hruska sowie der Kaderchef der Partei, Bruno Köhler, und der intimste Vertrauensmann Moskaus, Beclrich Geminder – die beiden letzteren ebenfalls sudetendeutsche Juden –, ins Verderben.

An ihrem Untergang soll insbesondere auch der Schwiegersohn Gottwalds, Dr. Cepicka, der gegenwärtige Verteidigungsminister und Armeegeneral, beteiligt gewesen sein. Dieser befand sich als überaus rücksichtsloser Bolschewik, der es meisterhaft verstand, zwischen dem Kreml und Gottwald zu jonglieren und zu vermitteln, wenn es not tat, schon seit langem in Gegnerschaft zu dem mächtigen Generalsekretär und Geminder. Nachdem er die Sowjetisierung des Rechtes als Justizminister weit vorgetrieben hatte und auch im rücksichtslosen Kirchenkampf «seinen Mann gestellt» hatte, konnte er als Kriegsminister durch die radikale Beseitigung nichtkommunistischer Offiziere aus den Schlüsselstellen und die rigorose Einführung des sowjetischen Reglements in der Armee das Vertrauen des Kremls rechtfertigen. Er soll auch die besondere Gunst des Sowjetmarschalls Konjew besitzen. Dass nicht Gottwald, sondern überraschenderweise der stets moskautreue Slansky fallengelassen wurde, dürfte er vorwiegend dem Schwiegersohn zu verdanken haben, der in der Armee eine weit verlässlichere Stütze besaß, als sie die KP-Kreisleiter für Slansky darstellten. Die Übertreibung des Moskauturses konnte Moskau sehr schaden und

schwere, die Produktion schädigende Revolten hervorrufen, während sich die Bevölkerung mit dem «bodenständigen» Gottwald eher abzufinden schien. Die Liquidierung des Staatschefs hätte ausserdem bestimmt eine grössere Erschütterung hervorgerufen als die Beseitigung des «volksfremden» Generalsekretärs und seiner Clique. Auch ein Aufsatz Gottwalds im Kominformorgan «Für dauerhaften Frieden, für Volksdemokratie» deutet auf einen Machtkampf innerhalb der Tschechoslowakei hin. Er erklärt darin, dass die Politik Slanskys darauf ausgerichtet gewesen sei, personell ein zweites Zentrum zu schaffen, ein Bestreben, das er selbst nach seiner Absetzung als Generalsekretär noch fortgesetzt habe. Er habe weiter seine persönlichen Anhänger um sich gesammelt und gruppiert, bei denen es sich, wie gesagt, vorwiegend um jüdische Freunde handelte, und sie in seinen neuen Dienstapparat hinüberzuholen versucht, indem er aus ihnen, hinter dem Rücken des Ministerpräsidenten, in der Kanzlei des Regierungspräsidiums eine Art besonderen Zentrums bilden wollte. Es scheint sich also um einen Cliquenkampf gehandelt zu haben, bei dem die Gruppe um Gottwald und Zapotocky auch das Placet Moskaus erhielt, eine Tatsache, die durchaus mit den Vorgängen in den anderen Volksdemokratien in Einklang steht, wo auch zum Kampf gegen den «landfremden» Kosmopolitismus geblasen wurde, und die jüdischen Kommunistenführer, wie in Rumänien die einst allmächtige Anna Pauker, der Säuberung und einem neu erwachten Chauvinismus zum Opfer fielen, wobei Moskau gegen die internationalistischen Kreise entschieden hat. Das Resultat waren elf Galgen, an denen elf alte Kommunisten, darunter Slansky selbst, baumelten. Ihre eigenen Frauen und Kinder hatten zu Ehren Stalins für die «Verbrecher» die Todesstrafe gefordert.]

Anmerkungen zu Kapitel 15

1) Siehe «Czechoslovakia, Poland, Yugoslavia» von Philip E. Mosely, Political Science Quarterly, März 1940.

2) «The New York Times», 3. März 1950. Noel Field verschwand in Prag im Mai 1949. Sein Bruder Hermann Field verschwand im August auf dem Flug von Warschau nach Prag. Noels Frau, Herta, verschwand vom Prager Flugfeld, wohin sie gegangen war, Hermann abzuholen. Von seiner Tochter heisst es auch, sie sei verschwunden.

3) Zitiert VQn Paul Dorian in «Behind the Czech Purge», The New Leader, 27. Mai 1950.

4) Pijade stellt fest («Borba», Belgrad, 26. September 1950), dass Clementis im Juni 1946 von den Jugoslawen forderte, sein Verlangen auf Ausweisung der Ungarn aus der Slowakei zu unterstützen. Er fügt hinzu, dass damals alle tschechischen Führer die gleiche Haltung einnahmen, und, dass der tschechische Gesandte in Belgrad noch im Oktober 1947 die tschechisch-ungarischen Beziehungen gespannt nannte und sagte, sie würden sich wegen der Haltung seiner Regierung in dieser Frage weiter verschlechtern.

16

MAZEDONIEN: ALTE KÄMPFE UNTER NEUEN FAHNEN

Eine neue Periode von nationalistischer Agitation, nationalem Hass und national-bürgerlichen Kriegen droht dem Balkan und den Donauvölkern. Nur durch den Sieg des Proletariats kann eine neue Katastrophe vermieden werden.

G. Zinoviev, 1920

Im Bestreben, neue Wege zum Schaden Titos zu finden, haben die Männer im Kreml oft und lang über Mazedonien nachgedacht, über dieses Sammelbecken von drei rivalisierenden Völkern: den Jugoslawen, Bulgaren und Griechen. Die beiden ersten verschmelzen bis zu einem gewissen Grad, und soweit dies der Fall ist – eine heftig umstrittene Erscheinung –, bilden sie eine neue Nationalität, die mazedonische. Jene Jugoslawen, Bulgaren und Griechen, die sich als Mazedonier fühlen, verwirren allerdings das Bild der rivalisierenden Nationalitäten noch mehr, denn sie fordern einen eigenen Staat. Da Mazedonien überdies ein armes Land ist und seine Bewohner und Regierungen nichts dagegen taten, wird dort jedes Regime viele Schwierigkeiten haben. Man hätte annehmen können, dass die Sowjetunion aus der Situation Kapital schlagen würde, indem sie in den Gebieten, die als Mazedonische Volksrepublik zu Jugoslawien gehören, Revolutionen gegen Tito schürt. Es ist ihr jedoch bis jetzt nicht gelungen, dort nationale und kommunistische Forderungen zu vereinen.

Sowohl das zaristische als auch das sowjetische Russland war immer versucht, sich in mazedonische Auseinandersetzungen einzumischen, denn die russische Grossmacht konnte hoffen, durch Unterstützung der siegenden Partei eine Landbrücke zur Ägäis und damit zum Mittelländischen Meer zu ge-

winnen. In den meisten Fällen wurde Bulgarien protegiert und hat die Hilfe auch willkommen geheißen. Die zaristischen Minister haben bei jeder Gelegenheit möglichst viel der umstrittenen Gebiete Bulgarien zugeschanzt. Wenn die Chancen dafür schlecht standen, stimmten sie für die Schaffung eines autonomen mazedonischen Staates, der einmal unter bulgarische Oberhoheit kommen konnte. Nach der Revolution versuchte der Kreml eine Politik, die den traditionellen russischen Absichten und auch dem internationalen Kommunismus dienen sollte. Zum Unterschied zu den früheren Petersburger Politikern bedienten sie sich eines Gewehres mit doppeltem Lauf und behielten sich die Freiheit vor, jenen Hahn abzuziehen, der für das Ziel günstiger erschien. Aber sie konnten sich nie entschliessen, ob sie das nationale oder das revolutionäre Pulver entzünden sollten. Auch heute sind sie sich noch nicht schlüssig geworden.

Lange Zeit neigte der Kreml dazu, in Mazedonien die alte zaristische, auf dem Nationalismus beruhende Politik einzuschlagen. Aus diesem Grund ermutigte die 5. Vollversammlung der Komintern im Frühling 1924 die balkanischen kommunistischen Parteien dazu, mit der IMRO (Internationale Mazedonische Revolutionsorganisation) und mit mazedonischen nationalen Gruppen gemeinsame Sache zu machen, und proklamierte «das Recht der unterdrückten Nationen auf Selbstbestimmung, die bis zur politischen Abspaltung gehen kann¹⁾». Das passte? in bulgarische Pläne. Im Balkanfeldzug und auch im ersten Weltkrieg hatte Bulgarien zu den Verlierern gehört und bei einem eventuellen «Abfall» nichts zu verlieren, konnte aber hoffen, dass ein auf Kosten Jugoslawiens und Griechenlands neu geschaffener mazedonischer Nationalstaat eines Tages Teil eines Grossbulgariens werden könnte. Die Kommunisten in Jugoslawien und Griechenland erhoben sofort Widerspruch. Die IMRO lehnte ein bulgarisches Bündnis ab. Einige ihrer untereinander uneinigen Führer fielen rasch Attentaten zum Opfer. Die Vorgänge liefen, wie in dem mazedonischen Wirrwarr üblich, in Bruderkampf, Verrat und Blut aus.

In späteren Jahren wurden durch die Nazis die Begriffe Revision und Rasse eingeführt und machte sie für die kommunistische Propaganda indiskutabel. Seit der Tagung der Komintern im Jahr 1935 propagierten die Kommunisten in erster Linie «Volksfronten» in Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten. Die Komintern vertraute bei ihren auf lange Sicht gestellten revolutionären Plänen auf die national-kommunistischen Parteien. In der Zeit der höchsten Nazigefahr liess man die revolutionäre Waffe des Nationalismus als taktisches Manöver fallen, legte möglichst wenig Betonung auf die Rolle der Roten Armee und hob auffällig die marxistische Reform hervor. Als der deutsche Angriff erfolgt war, holte Stalin den Begriff Nationalismus rasch wieder hervor. Der erfolgreiche Fortschritt und das Ende des Grossen Patriotischen Krieges bereiteten den Weg für eine Wiederaufnahme des Nationalismus in die Taktik des internationalen Kommunismus.

Nach dem Einmarsch deutscher Truppen in Jugoslawien und Griechenland unterstellte Hitler einen Grossteil von Mazedonien seinem Bundesgenossen Bulgarien. Mit der für den Balkan kennzeichnenden Gewalt und Erfolglosigkeit versuchte man die Mazedonier zu überzeugen, dass sie Bulgaren seien. Einer der Beweggründe, warum Tito die politische Organisation der Partisanenbewegung, die AVNOJ, bildete – ich sprach in vorangegangenen Kapiteln davon –, war der, eine nationale Körperschaft zu besitzen, um gegen eventuelle Annexionen und Okkupationen durch Italien, Ungarn und Bulgarien protestieren und auf strittige Gebiete jugoslawische Forderungen vorbringen zu können. Daher erliess die AVNOJ im November 1943 in Jajce eine Proklamation, die Jugoslawiens territoriale Ansprüche gegen das damals zusammengebrochene Italien aufstellte, und eine zweite, die die künftige Einigung Jugoslawiens auf föderativer Grundlage forderte, wobei von den geplanten sechs Gliedern eines Mazedonien sein sollte, dessen Grenzen im Einzelnen nicht angeführt wurden. Mit anderen Worten, es blieb ungewiss, ob Tito sich mit dem Teil Mazedoniens, der vor dem Krieg jugoslawisch war, zufriedengeben, oder ihn auf

Kosten Bulgariens vergrössern wollte. Tito liess sich von Stalin die Billigung der Beschlüsse von Jajce geben.

Trotzdem war Stalin nicht willens, die bulgarische Karte ganz aus der Hand zu legen. Dies erkennt man daraus, dass die Kommunisten Bulgariens eine andere Lösung für Mazedonien erstrebten, da sie sich mit allen antideutsch eingestellten Bulgaren zusammenfanden und verkündeten, dass der einzige Weg, den «Zankapfel» zu beseitigen, die Vereinigung der jugoslawischen, bulgarischen und griechischen Teile Mazedoniens zu einem «unabhängigen, freien und unteilbaren Mazedonien» sei. Stalin verbot den bulgarischen Kommunisten auch nicht, anzuzeigen, welche Nation der Schutzherr des «Zankapfels» sein sollte. Ihre Proklamation nannte Mazedonien «die Wiege der bulgarischen Nation, für die ein ganzer Strom von Blut geflossen ist». Mit anderen Worten, die bulgarische Kommunistische Partei berief sich auf «das Recht der Abspaltung», das die Komintern vor zwanzig Jahren als Grundlage für einen neuen Handel um Mazedonien gebilligt hatte.

Stalin wollte einfach die mazedonische Frage offen lassen, um sich schliesslich für die Lösung einsetzen zu können, die am besten in russische Interessen passte. Hitler hatte Bulgarien erlaubt, Mazedonien zu besetzen, nicht aber es zu annektieren. Stalin folgte seinem Beispiel. Er billigte den Plan, Jugoslawisch - Mazedonien zu einem Glied der jugoslawischen Republik zu erklären, störte aber auch nicht die Hoffnungen der Bulgaren, dass alle Teile Mazedoniens zu einem unabhängigen Staat vereinigt werden könnten. Wahrscheinlich erschien es sogar vorteilhaft, beiden Partnern ihre idealistischen Träume zu lassen, da sie zu einer südslawischen Einheit führten, die Italien und die Türkei in Schach hielt und für Griechenland eine Bedrohung bedeutete. Stalin wollte abwarten und zuschauen. Man musste damit rechnen, dass er Jugoslawien und Bulgarien enttäuschen würde, indem er einen mazedonischen Staat schuf und ihn der UdSSR eingliederte. Für den damaligen Zeitpunkt erschien es ihm das Beste. Nationalisten und Kommunisten zu unterstützen und, wenn nötig, gegeneinander auszuspielen.

Die Spannung zwischen den bulgarischen und den jugoslawischen Kommunisten blieb bestehen, bis im Herbst 1944 Marschall Tolbuchins Armeen auf dem Balkan erschienen. Damit wechselte die politische Macht in Sofia zur «Vaterländischen Front» hinüber, in der sich Landwirte, Sozialisten, Kommunisten und andere Nazigegner zusammenfanden. Bulgarien verliess die Achse. Seine Armee wurde in Jugoslawien und Griechisch-Mazedonien aus einer Besatzungstruppe zu einer Einheit in der jugoslawischen Partisanenbewegung und leistete Beistand bei der Bekämpfung der zurückflutenden Deutschen.

Bei Ablauf des Jahres schickte Tito seinen aussenpolitischen Ratgeber, Eduard Kardelj, nach Sofia, um zu sondieren, ob die Zeit reif sei, das mazedonische Problem im Rahmen einer jugoslawisch-bulgarischen Föderation zu lösen. Von der Ostsee bis zur Ägäis waren die Russen in siegreichem Vormarsch. Sie hatten Jugoslawien und Bulgarien durch die Besetzung von Schlüsselstellungen in den Regierungen und mit der Anwesenheit der Sowjettruppen zu ihrem Schutz «in die Tasche gesteckt». Marschall Rokossovsky beobachtete vor Warschau die Erledigung der polnischen Patrioten in General Bors Armee durch die Nazis und wartete auf den Augenblick, wo seine Rolle in dem blutigen Schauspiel einsetzte. Im Oktober war Belgrad erobert worden und Marschall Tolbuchin rückte nach Ungarn vor. Der Aufstand der Elzas hatte kommunistischen Elementen die Kontrolle der grössten Teile Griechenlands ausserhalb des Piräus und Athens eingebracht²). Als Tito im September nach Moskau kam, erkannte er, dass die sich überstürzenden Ereignisse es gut scheinen liessen, sich sofort dafür zahlen zu lassen, dass er Stalins treuer Weggenosse gewesen, während Bulgarien auf Hitlers Seite gestanden war. Die Bulgaren durchschauten das Spiel und suchten Zeit zu gewinnen. Kardelj berichtete voll Empörung aus Sofia, dass Traitscho Kostoff, der bulgarische Kommunistenführer «weit davon entfernt ist, unseren Vorschlägen zuzustimmen» und höchstens einem «Defensivbündnis» beistimmen wolle.

Die Meinungsverschiedenheiten lagen vor allem darin, ob

Bulgarien in einer Föderation mit den sechs einzelnen jugoslawischen Republiken oder mit Jugoslawien im Ganzen gleichgestellt sein würde; ferner, wie die neue bulgarisch-jugoslawische Grenze verlaufen sollte, wem die umstrittene Provinz Pirin zufallen würde, und ob Bulgarien als ehemaliger Feindmacht das Recht zugesprochen werden konnte, internationale Abkommen zu treffen, bevor es einen Friedensvertrag erhalten hatte. Diese und noch andere Schwierigkeiten vermochten innerhalb der nächsten drei Jahre in keiner Verhandlung einer Lösung zugeführt zu werden.

Eine jugoslawisch-bulgarische Annäherung schien sich anzubahnen, als Ministerpräsident Dimitroff im August 1947 Marschall Tito in Veldes einen Besuch abstattete und die Communiqués von der Anbahnung eines Freundschaftsbundes und einer Zollunion sprachen. «Der alte Zankapfel» lockte noch immer beide Länder. Tito liess durchblicken, dass er nach wie vor eine Föderation erhoffe, als er den Freundschaftsvertrag im November in Sofia unterzeichnete, und sagte, zwischen Jugoslawien und Bulgarien sei «eine Föderation eine reine Formsache». Sein Optimismus erwies sich freilich als unbegründet, wenn auch in Einzelheiten des mazedonischen Problems Übereinstimmungen erzielt werden konnten, etwa was die Zukunft des Pirin-Distrikts betraf. In Sofia war man alles andere als zufrieden, so dass man von einem ungelösten Fragenkomplex sprechen kann, als im Juni 1948 die Resolution der Kominform alle Aussichten auf lange Freundschaft, von Föderation ganz zu schweigen, jäh beendete. Wie aus dem nächsten Kapitel zu ersehen ist, trug der Plan zu einer Föderation wesentlich zu Moskaus wachsendem Misstrauen gegen Tito bei und beschleunigte den Bruch.

Für Stalin war es schwer, die Mazedonienfrage für die sowjetische Propaganda auszunutzen, auch als Tito aus dem Freundeskreis ausgeschieden war. Der folgerichtigste Schritt hätte erfordert, dem neuen Feind die Kontrolle über Jugoslawisch-Mazedonien zu nehmen und den eifrigen Parteigängern in Sofia zu übertragen. Aber wenn man sich in Belgrad klar

wurde, dass dies mit der Ungnade gegen Tito im Zusammenhang stand, dann wurde Titos Stellung im Innern nur gestärkt und die Hoffnung auf seinen Sturz geringer. Das meiste, was Moskau geben konnte, war die Erlaubnis, dass Bulgarien im Namen des mazedonischen Nationalismus die Propaganda für eine unabhängige Mazedonierrepublik wieder aufnahm, ohne sich selbst aktiv einzuschalten.

Und schon diese begrenzte Propaganda brachte die Kommunisten in Griechenland in Not. Die Griechen verdächtigten einen Flügel der kommunistischen Partei der Bereitschaft, griechisches Gebiet zugunsten eines mazedonischen Staates abtreten zu wollen. Die Verdächtigungen bekamen neue Nahrung durch die Umtriebe eines griechischen Kommunisten alter Schule namens Jannis Joannides. Der war im Juli 1943 mit dem bulgarischen Kommunisten Duschan Daskaloff übereingekommen, nach Beendigung des Krieges aus griechischen, bulgarischen und jugoslawischen Gebieten einen Mazedonienstaat zu bilden und direkt der Sowjetunion zu unterstellen. Der Plan schien grosszügig, da man anscheinend der Türkei Istanbul nehmen und es zusammen mit Saloniki der mazedonisch-sowjetischen Republik angliedern wollte. Dadurch würde Russland endlich den Bosphorus unter Kontrolle haben und könnte die Ägäis beherrschen. Als der amerikanische Intelligence Service von diesem Plan Wind bekam, hielt er ihn zunächst für eine Zwecklüge der Nationalsozialisten. Später stellte man jedoch fest, dass Joannides kurz vor dem Treffen mit Daskaloff in Moskau gewesen war. Weitere Erhebungen führten zu der Annahme, Russland wolle tatsächlich ein zweites Feuer für den Fall entfachen, dass Tito Schwierigkeiten mache oder Bulgarien dem sowjetischen Netz zu entschlüpfen suchte. Diese Geschichte mag wahr sein oder nicht, für die griechische Propaganda gegen den Kommunismus war sie vorteilhaft, da sie die weit verbreitete Furcht vermehrte, ein sowjethöriges Regime würde eine Teilung Griechenlands mit sich bringen.

Um die Angelegenheit noch mehr zu verwickeln, erstrebte eine starke Gruppe griechischer Kommunisten, ihr Land zum

Mitgliedstaat eines kommunistischen Staatenbundes zu machen. Aber die Entstehung eines solchen Staatenbundes zu verhindern, war Russland eisern entschlossen, da er die eigenen imperialistischen Interessen beeinträchtigen konnte³). Ein merkwürdiger Zufall war, dass zur gleichen Zeit, als Tito und Dimitroff in Veldes zusammentrafen, die im Entstehen begriffene Bildung einer «freien griechischen Regierung» verkündet wurde. Es ist auch höchst beachtlich, dass weder die Sowjetunion noch einer der Satellitenstaaten diese Regierung anerkannte, als sie im Dezember 1947 mit Hilfe der Waffen des Generals Markos tatsächlich gebildet wurde. Es ist nicht bekannt geworden, ob Satellitenführer dabei Pate gestanden sind, etwa Gomulka in Polen oder Clementis in der Tschechoslowakei, sicher ist nur, dass Markos den Männern im Kreml verdächtig war.

Als Tito aus der Kominform ausgestossen wurde, standen die sowjetischen Drahtzieher in Griechenland vor einer schweren Wahl. Tito bot das Sprungbrett für die russischen Helfer im Kampf der griechischen Rebellen und half auch seinerseits grosszügig mit. Waffen und Ausrüstungsgegenstände aus der Sowjetunion wurden mit jugoslawischen Transportmitteln zu den Rebellen nach Griechenland gebracht, dazu Nahrungsmittel und Bekleidung aus Jugoslawien selbst. Wenn die Aufständischen im Gebirge in ausweglose Situationen gekommen waren, stand ihnen die jugoslawische Grenze immer offen und die Verwundeten fanden erste Hilfe und Pflege in jugoslawischen Spitälern. In Titos Bereich erfuhren die Rekruten der Rebellen ihre Ausbildung, griechische Kinder, die bei Rückzügen evakuiert (oder verschleppt) wurden, fanden ein neues Heim in jugoslawischen Horten. Kein an Griechenland grenzender Satellitenstaat, weder Albanien noch Bulgarien, war geographisch für Unterstützungsmassnahmen so günstig gelegen wie Jugoslawien. Ausserdem standen alle Griechen, einschliesslich der Kommunisten, im Bann schmerzlicher Kriegserinnerungen an Albanien oder an die bulgarische Besatzungszeit von Griechisch-Mazedonien. Diese waren zu stark, um von der ideologischen Gemeinschaft der griechischen Rebellen mit dem jetzt in Sofia

und Tirana herrschenden Regime ausgelöscht zu werden. Die Beziehungen zwischen griechischen und jugoslawischen Kommunisten aber wurden durch keinerlei Erinnerungen getrübt. Und nun wurde der jugoslawische Partisanenführer, der nicht allein wegen seines Eifers für die kommunistische Sache, sondern auch, weil er dazu der nächste und hilfreichste Nachbar war, bei den griechischen Kommunisten hoch im Kurs stand, als Feind des wahren Kommunismus erklärt und die Verbindung mit ihm unter Verbot gestellt!

Der Zwiespalt zwischen der Sicherung des Gebirgskrieges, wie ihn die griechischen Rebellen ertragen mussten, und den internationalen revolutionären Erfordernissen Moskaus, spaltete den Kommunismus in Griechenland. Um die Verwirrung auf die Spitze zu treiben, verschwand der griechische Rebellen-general Markos Vafiades. Nachdem seine Abwesenheit im Land und ausserhalb des Landes allgemein bekannt geworden war, verlautbarte der griechische Rebellenführer Anfang 1949 in schlichten Worten, dass Markos Vafiades abgesetzt worden sei. Etwas später wurde zugegeben, dass sich die Kommunistische Partei Griechenlands von «Opportunisten» und «nationalistischen Gefolgsmännern» gesäubert habe und auf streng «monolithischer» Grundlage eine Reorganisation erfahre. Der Titoismus hatte offenbar auch auf einige griechische Gebirgskämpfer anziehend gewirkt und Markos war einer von ihnen.

Zum Nachfolger wurde jener Joannides ernannt, der 1943 bereit gewesen war, Saloniki und Griechisch-Mazedonien zu opfern. Markos war mit anderen national eingestellten Kommunisten weggesäubert oder eingeschüchtert, jetzt lag die Führung in den Händen eines linientreuen Jüngers Moskaus. Die «Freiheitsfront des Volkes» glich sich der bulgarischen Propaganda an und forderte ein «geeintes Mazedonien als unabhängigen, gleichberechtigten Staat in der Konföderation der Balkanstaaten» (27. Februar 1949). Der Generalsekretär der Kommunistischen Partei, Nikolaus Zachariades, und Konstantin Karageorgis, Befehlshaber der Rebellentruppen auf dem Peloponnes, nahmen an einem Treffen in den nordwestlichen Bergen

Griechenlands teil, über das der kommunistische Sender sagte, es habe sich in erster Linie mit der Errichtung einer «nationalen Front zur Befreiung Mazedoniens» befasst. Alle Mazedonier – Griechen, Jugoslawen, Bulgaren, Albaner und Türken – sollten unter der Obhut der Komintern in einem «autonomen» Staat zusammengefasst werden. Die Zusammensetzung der neuen Rebellen-»Regierung«, die im April bekanntgegeben wurde, bestätigte die eingeschlagene Richtung: sie nannte zwei Männer, die als «Slavo-Mazedonier» bezeichnet wurden und keine Griechen waren.

Die jugoslawische Reaktion war sehr stark. Lazar Kolisevski, Präsident der mazedonischen Volksrepublik in Jugoslawien, erhob Anklage, dass die Kominform Anstalten mache, den jugoslawischen Staat zu zerbrechen, indem sie den mazedonischen Unabhängigkeitsgedanken wieder aufleben liess. Er sagte, die Komintern zögere ja auch nicht, die Einheit der «demokratischen» Bewegung Griechenlands aufzulösen, wenn sie sich dadurch eine Schädigung Titos verspräche. Den Worten folgten bald Taten. Am 23. Juli 1949 erklärte Aussenminister Kardelj, seine Regierung sehe sich gezwungen, den griechischen Rebellen jede Unterstützung zu versagen und die Grenzen gegen sie abzuschliessen, weil die Verschwörer der Kommunistischen Partei Griechenlands sich mit der Kominform auf Kosten Jugoslawiens geeinigt hätten. Dies bedeutete nur die offizielle Bestätigung eines schon seit Monaten bestehenden Zustandes, kennzeichnete jedoch eine bedeutsame Wendung in der jugoslawischen Aussenpolitik auf dem Weg zu besseren Beziehungen mit dem Westen. Gleichzeitig wies die Belgrader Propaganda darauf hin, dass die mazedonische Volksrepublik Jugoslawiens ein natürliches Sammelbecken «für alle Mazedonier, die keine nationale Heimat haben», sei, mit anderen Worten, für die Mazedonier in Griechenland und Bulgarien. Tito hatte ein eigenes mazedonisches Piemont errichtet.

Bisher hatte Jugoslawien sich beharrlich geweigert, an den Versuchen der Vereinten Nationen, den griechischen Bürgerkrieg zu beenden, teilzunehmen. Die Belgrader Regierung war

treu der sowjetischen Auffassung gefolgt, dass die UN-Generalversammlung nicht berechtigt sei, Kommissionen zu entsenden, um zu untersuchen, ob die Rebellen vom Norden her Unterstützung durch das Ausland erhielten, und hatte sich, wie die Regierungen in Albanien und Bulgarien, geweigert, mit den Kommissionen zusammenzuarbeiten und die Wahrheit ihrer Berichte anzuerkennen. Heute gibt man offen zu, dass Belgrad Markos unterstützt habe. Ja, man rühmt sich der Grosszügigkeit der ihm geleisteten Hilfe⁴⁾, unterstreicht, dass er ohne diese nie so lange hätte Widerstand leisten können und dass seine Niederlage und Absetzung erst eingetreten ist, als Jugoslawien aus der kommunistischen Familie ausgestossen und Markos damit seiner natürlichen Hilfsbasis beraubt worden war. Auch nach dem Bruch mit der Kominform liess Tito noch eine Zeitlang für die Männer Markos' die Tür offen. Als der Rebellen- sender den griechischen Boden verlassen musste, durfte er zeitweise in der Nähe von Belgrad neu aufgestellt werden. Ein Bericht des Sonderausschusses «Balkan» der Vereinten Nationen vom 25. August 1949, in dem die Zustände zwischen Oktober 1948 und Juli 1949 behandelt werden, bestätigt die Tatsache der jugoslawischen Hilfe und stellt fest, dass durch den Einsatz von Radargeräten die Verlegung des Rebellensenders aus der Umgebung Belgrads in die Nähe von Bukarest erwiesen worden sei. Nach der Meinung von M. S. Händler, des gut unterrichteten Belgrader Korrespondenten der «New York Times», hörten bereits im November 1948 alle Hilfsmassnahmen Jugoslawiens auf, also schon vier Monate nach dessen Ausstossung aus der Kominform. Wenn das stimmt, würde es vermuten lassen, dass Tito schon damals von der Absetzung Markos' und seiner kommenden Rolle als Sündenbock für die unabwendbare Niederlage der Rebellen gewusst hat.

Die Sowjetunion unternahm den Versuch, die Schuld an dieser Niederlage auf die Einstellung der jugoslawischen Hilfsmassnahmen zu schieben und als Grund dafür nicht den Ausschluss aus der Kominform anzusprechen, zu dem die neue Führungsschicht der Kommunisten beigetragen hatte, sondern Jugo-

slawiens angebliches Abschwenken in das «Lager der westlichen Imperialisten». Tito schlug zurück und setzte vor mazedonischen Zuhörern am 2. August 1949 auseinander, dass der Kampf des griechischen Volkes um seine «nationale und soziale Befreiung und für die Schaffung eines besseren, fortschrittlicheren, demokratischen Griechenland» nicht von den Feinden im Ausland zerschlagen worden sei, sondern von den eigenen Führern der Kommunistischen Partei, die nur das eine Ziel vor Augen habe, die Verantwortung für den riesigen Misserfolg von der Sowjetunion auf Jugoslawien abzuwälzen.

Im Jahre 1950 war Tito bereit, die Beziehung mit der konstitutionellen Regierung Griechenlands zu normalisieren. Gelegenheit dazu, ohne Verlust für sein Prestige, boten ihm anscheinend die griechischen Wahlen, die die Bildung einer zentralen Koalitionsregierung unter General Plastiras mit sich brachten. Konstantin Tsaldaris, in dem man in Jugoslawien immer die Personifizierung des griechischen «Monarcho-Faschismus» sah, gehörte ihr nicht mehr an. Im Mai schickte Jugoslawien einen Gesandten nach Athen, aber die Griechen liessen mit der Beglaubigung auf sich warten. Bald darauf setzte die Auseinandersetzung über die Behandlung der Nichtgriechen in Griechisch-Mazedonien ein. Der jugoslawischen Presse zufolge fielen sie einer «Nationalisierungs»-Politik zum Opfer, was wohl heissen sollte, dass man ihnen die slawisch-mazedonische Sprache verbot und nur mehr das Griechische gelten liess. Die Entgegnung darauf betonte, dass es sich dabei um eine innere Angelegenheit Griechenlands handle, da seit dem Bevölkerungsaustausch mit Bulgarien nach Beendigung des ersten Weltkrieges alle Einwohner von Griechisch-Mazedonien Griechen seien. Daraufhin kehrte der zum Gesandten Auserwählte nach Belgrad zurück. Der Balkankorrespondent der «New York Herald Tribune», Gaston Coblenz, berichtete am 24. Juni 1950 aus Belgrad, dass Tito seine Plage damit habe, die mazedonische Bevölkerung so glücklich zu machen, wie es sich für die Untertanen eines Diktators gebührt, und seine Sorgen für die Rechte der Minderheit in Griechisch-Mazedonien dazu dienen sollten,

die Loyalität seiner eigenen Mazedonier zu stärken, um sie gegen die Kominform-Propaganda widerstandsfähig zu machen.

In diplomatischen Kreisen des Westens hoffte man, dass die Trübung zwischen Athen und Belgrad nicht lange dauern und normale Beziehungen bald wiederhergestellt sein würden. Allerdings war der Sturz des Kabinetts Plastiras und die Bildung einer Regierung unter Sophokles Venizelos unter Einschluss von Tsaldaris im September 1950 kein Grund zum Optimismus, auch nicht die Zustimmung Jugoslawiens im Sicherheitsrat zu einem russischen Antrag für eine Untersuchung des «wachsenden Terrors» in Griechenland. Aber man schien sich in einem anderen Streitpunkt näherzukommen, in der Frage der Rückführung jener Kinder, die, wie Griechenland es ausdrückte, von den Rebellen entführt und von Jugoslawien zurückgehalten wurden, oder, um den Fall mit jugoslawischen Augen zu sehen, denen man in Jugoslawien Asyl vor faschistischen Verfolgungen geboten hatte. Tito sicherte zu, alle Kinder, die von ihren Familien zurückgefordert wurden, zurückschicken zu wollen. Bald darauf machte Ministerpräsident Venizelos einen versöhnlichen Schritt, indem er den Schiffen mit Nahrungsmitteln zur Linderung der jugoslawischen Hungersnot infolge der Dürre, Erlaubnis zum Anlaufen des Hafens von Saloniki erteilte. Wünschenswert wäre die Instandsetzung und Wiedereröffnung der Eisenbahnlinie Belgrad-Saloniki, die seit dem Krieg still lag. Beide Regierungen sollten im eigensten Interesse alle Anstrengungen machen, um einen Modus vivendi zu finden. Moskau allein profitiere aus der Fortdauer einer Situation, die Jugoslawien im Fall eines Angriffs der Roten Armee auf den Balkan die Hintertür sperre, durch die es aus dem Westen Kriegsmaterial erhalten könnte. Und auch Griechenland stünde dadurch im Fall eines neuen Krieges ebenso schutzlos da, wie seinerzeit den Nazis gegenüber.

Für die Russen war es ein schwerer Entschluss, den Bürgerkrieg in Griechenland zu beenden, aber das Risiko, ihn weiterzuführen, erschien zu gross. Ein Grund dafür war die zunehmende Stärke der griechischen Armee. Einem anerkannten

internationalen Brauch folgend, lieferte die USA der rechtmässigen griechischen Regierung Waffen. Infolgedessen war ihre Armee im Jahre 1949 gut ausgerüstet und bei ausgezeichneter Stimmung. Ein anderer wichtiger Faktor war, dass die Sonderkommissionen die Weltöffentlichkeit darüber aufklärten, dass die Rebellen ständig Hilfe von ausländischen Kommunisten erhielten. Drittens fielen jetzt die jugoslawischen Eisenbahnverbindungen aus und damit die beste Möglichkeit, russische Lieferungen über Land via Bulgarien zu befördern. In Zukunft konnte die sowjetische Unterstützung nicht mehr, wie bisher, getarnt und das russische Prestige geschont werden. Wollte man überhaupt noch weitere Hilfe bringen, so musste es in einem Ausmass geschehen, das von entscheidendem Einfluss auf den Ausgang des Krieges war. Das aber reichte an offene Intervention heran und barg die Gefahr eines allgemeinen Krieges in sich.

Im Frühjahr 1949 sprachen die Kommunisten und ihre Gefolgsleute in der Welt noch zuversichtlich von einem Sieg der griechischen «Demokraten». Es wurde behauptet: «Die Monarchisten werden die Erfolge ihrer Grammos-Offensive vom letzten Sommer nie mehr erreichen. Dies Jahr bringt den Wendepunkt für die Befreiung Griechenlands⁵⁾.» Nach den Siegen des Generals Papagos bei Vitsi und Grammos im Sommer, entschlossen sich die Russen, den Bürgerkrieg in Griechenland zu beenden. Am 9. Oktober ergab sich das Zentralkomitee der griechischen Kommunistischen Partei. Es behauptete weiterhin, die Siegeshoffnungen im Vorjahr seien berechtigt gewesen «unter den damaligen Umständen, als die Clique Titos noch nicht offen ins imperialistische Kielwasser übergegangen war, sondern für die griechische Freiheitsbewegung Freundschaft heuchelte». Jetzt aber hätten die Jugoslawen «die demokratische Armee hinterhältig erdolcht», und der bewaffnete Kampf sei vorüber⁰⁾. Der Sender der Rebellen fasste die Gründe am 4. November wie folgt zusammen: «Titos Verrat. Die Ausnutzung des Verrates durch Amerika. Die wachsende Entschlossenheit der USA, den griechischen Brücken-

kopf zu behaupten. Die zunehmende Hilfe der USA für den Monarcho-Faschismus usw.» Der Sender gab bekannt, dass sich die Parteilinie formell geändert habe. In Zukunft läge das Schwergewicht «bei der Organisation und Leitung des wirtschaftlichen Kampfes aller Klassen der werktätigen Bevölkerung, vor allem der Arbeiter und Angestellten, der vertriebenen Bauern, der hunderttausend Verwundeten, Kriegsoffer, der Frauen und der Jugend».

Das Eingeständnis, dass der griechische Nationalismus einen militärischen Sieg errungen habe und der griechische Kommunismus versuchen müsse, seinen Einfluss auf die Massen durch Rückkehr zu den ursprünglichen Parolen der sozialen Auseinandersetzung wiederzugewinnen, bedeutete noch kein Ende des Propagandakrieges und der Terrorakte. Schon wenig später schrieb Nikolaus Zachariades im Kominformblatt, dass die Versuche der Amerikaner, eine «Achse Belgrad–Athen» zu schaffen «täglich, pausenlos, unermüdlich und genau» bekämpft werden müssen. Zur Ergänzung seiner Worte schlug er Sabotageakte gegen die jugoslawischen Eisenbahnen vor. Trotzdem konnte nicht verheimlicht werden, dass der Streit mit Belgrad Russland nicht zum Vorteil gereicht hatte. Er hatte die Verschiedenartigkeit der Interessen Russlands und der Satelliten geoffenbart, den griechischen Kommunismus gespalten und der Truman-Doktrin rascher zum Sieg verholten, als es vielleicht sonst der Fall gewesen wäre.

Im Herbst 1950 fand sich die Sowjetunion wieder einmal der Situation gegenüber, dass ein von ihr besonders begünstigter Balkanstaat die anderen auffressen wollte. Die sowjetischen Führer hatten eingesehen, dass man bei Behandlung einer Nation nicht die Kommunisten, die zu ihr gehörten, ausserhalb der Berechnungen stellen durfte. Titos Verhalten hatte das Spiel komplizierter gemacht, statt es zu vereinfachen. Trotzdem muss die Versuchung sehr stark gewesen sein, die Bulgaren gegen Tito auszuspielen. Die Soldaten Bulgariens waren mit neuen russischen Waffen ausgerüstet und von dem neuen Verteidigungsminister Generalleutnant Peter Pantschowski,

einem ehemaligen Sowjetoffizier, neu aufgestellt worden. Ein anderer ehemaliger Offizier der Roten Armee, General Novikow, war Kommandant der Schlüsselstellung Philippopol. Die genaue Stärke der bulgarischen Armee ist nicht bekannt, sicherlich überstieg sie die nach dem Friedensvertrag erlaubte Zahl von 55.000 Mann. Dennoch, und trotz ihrem ständigen Wachsen, war sie kleiner als die jugoslawische Armee und ihr an Ausbildung und Moral unterlegen. Aber in Korea hat man erlebt, dass Sowjetpanzer viel zur Leistungsfähigkeit einer Truppe beitragen können. Die militärischen Sachverständigen des Westens vermochten nicht herauszubekommen, wieviel Panzer die Bulgaren aus Moskau bezogen hatten und wieviel im Notfall noch dazukommen würden.

Allen Berechnungen nach war der Ausgang eines Überfalls auf Jugoslawien zweifelhaft. Niemand konnte zudem sagen, was die Folgen einer offenen Aggression sein könnten. Also zögerte Moskau, den Finger immer noch am nationalen und revolutionären Hahn, loszuschossen, und wusste nicht, wie man es anstellen musste, nur das eine Pulver zu entzünden, ohne Gefahr zu laufen, auch das zweite für spätere Zeiten unbrauchbar zu machen.

Anmerkungen zu Kapitel 16

¹⁾ Eine gute Zusammenfassung der Ereignisse des Jahres 1949 findet sich in «Macedonia: Its Place in Balkan Politics» von Elizabeth Barker, London und New York: Royal Institute of International Affairs, 1949.

²⁾ Als Barriere gegen ein mögliches Übergehen Griechenlands ins westliche Lager hatte Stalin im September 1944 den Gesandten Gusew, der Russland auf der Europäischen Beratungskommission vertrat, angewiesen, zu untersuchen, ob man nicht den Bulgaren jene Teile von Westthrazien lassen könnte, die Hitler ihnen zugeschanzt hatte. Damit muteten sich aber die Russen zuviel zu, und als Philip E. Mosely, der amerikanische Vertreter, es für untragbar erklärte, einen ehemaligen

Feindstaat im Besitz von alliierterm Territorium zu lassen, liess man den Vorschlag fallen.

³⁾ Die «Prawda» verdamnte im Jänner 1948 die Idee «einer Balkan- oder Donaukonföderation, die Polen, die Tschechoslowakei und Griechenland» einschliesse, und zwang Dimitroff, sie zurückzunehmen. (Siehe Kapitel 17.)

⁴⁾ Der «Borba» vom 7. November 1949 zufolge sorgte Jugoslawien für 6317 griechische Verwundete mit einem Kostenaufwand von ungefähr 1,600.000 Dollar und beherbergte zirka 11.000 griechische Kinder, was ihm ungefähr 1,320.000 Dollar kostete.

⁵⁾ «The New Central European Observer», London, 30. April 1949.

⁶⁾ «Für einen immerwährenden Frieden, für eine Volksdemokratie!» Bukarest, 18. November 1949.

7

DER BAZILLUS BREITET SICH IN BULGARIEN AUS

Genosse Kostoff, gross sind deine Verdienste als Gründer der Partei, als Lehrer und Vorbild der Parteimitglieder. Deine Führung, dein Geist und dein tapferes Leben haben Tausenden von Kommunisten unverbrüchliche Treue gegen die Partei gelehrt.

Deklaration des Zentralkomitees der bulgarischen Kommunistischen Partei zum 50. Geburtstag von Treitscho Kostoff im Jahr 1947.

Nur einen Monat später als der griechische Rebbellensender Markos' Preisgabe und Liquidierung verlautbaren musste, weil er nicht vergessen konnte, dass er nicht nur Kommunist, sondern auch Grieche sei, sah sich die bulgarische Kommunistische Partei gezwungen, das Vorhandensein von nationalen Symptomen in ihren Reihen zuzugeben. Leidtragender wurde der stellvertretende Ministerpräsident Bulgariens, Treitscho Kostoff, seit 1944 Generalsekretär der Partei. Am 27. März 1949 wurde er seines Postens enthoben und aus dem Politbüro ausgestossen. Wir besitzen eine lückenlose Diagnose des Falles, wie sie Stalin gibt.

Kostoff war seit 1919 kommunistisches Parteimitglied, hatte 14 Jahre in bulgarischen Gefängnissen zugebracht und war Bulgariens führender Organisator des Kommunismus gewesen. Man konnte also glauben, er sei gegen Anklagen wegen Verstössen gegen Disziplin und Rechtgläubigkeit ebenso sicher wie Georgi Dimitroff selbst, das Haupt der bulgarischen Emigranten in Moskau, Held des Reichstagbrand-Prozesses und ehemaliger Generalsekretär der Komintern. Als Dimitroff mit der Roten Armee nach Sofia zurückkehren konnte, gab Kostoff ihm die

Führung wieder zurück. Dimitroff machte ihn zu einem seiner engsten Vertrauten, berief ihn zum stellvertretenden Ministerpräsidenten und Vorsitzenden der wirtschaftlichen und finanziellen Planungskommission. Kostoff arbeitete die Verfassung von 1947, die Flugschriften der Partei und den Fünfjahresplan aus. Wie sich im Verlauf der Ereignisse zeigte, war die Planung und Verwaltung der Volkswirtschaft am gefahrvollsten, denn in ihrem Aufgabenbereich lag es, aus Bulgarien eine Tankstelle für die sowjetische Wirtschaftsmaschinerie zu machen. Zunächst war die Gefährlichkeit dieser Position nicht zu erkennen. Die langen Dienstjahre in der Untergrundbewegung, die Überzeugungstreue seines kommunistischen Glaubens, dazu Dimitroffs Liebe und Protektion machten ihn zum führenden Mann, zu Nummer 2 im Staat. Als Dimitroff erkrankte, übergab er seine Macht ganz selbstverständlich dem stellvertretenden Ministerpräsidenten.

Vom Gipfel dieses Ruhms wurde Kostoff im März 1949 gestürzt. Die Gründe dafür waren: «Grobe Irrtümer in der Politik und Partei», «unaufrichtige und unfreundliche Gesinnung gegen die Sowjetunion» und «nationale Abirrungen». Am 15. April tauchte das Gerücht auf, Dimitroff sei «auf Urlaub» nach Russland geschickt worden, um seine Gesundheit zu stärken. Die Krankheit des Ministerpräsidenten hatte anscheinend einen Kampf um seine Nachfolge ausgelöst. Im gegebenen Augenblick griff der Kreml mit seinen Befehlen ein. Kostoff, Führer jenes Parteiflügels, der mehr mit dem innerpolitischen Kampf zu tun hatte als mit dem internationalen Hauptquartier in Moskau, wurde abgesetzt und mit Schimpf und Schande bedeckt. An seine Stelle als Ministerpräsident trat Wassil Kolaroff, ein alter Mann von 73 Jahren, der seit den zwanziger Jahren die meiste Zeit als Beamter der Komintern in Moskau gelebt hatte. Im weiteren Verlauf schloss man Kostoff auch aus dem Zentralkomitee der Partei aus, dann verlor er seinen Sitz im Parlament und schliesslich die Parteimitgliedschaft. Am 20. Juli beschloss das Parlament, ihn wegen «Wirtschaftssabotage» vor Gericht zu stellen.

Kolaroff erklärte, die Verbrechen seines Vorgängers seien besonders verabscheuungswürdig, weil sie nicht unbedacht gemacht worden seien, sondern «ein ganzes System von politischen Fehlern bildeten, mit einer auffälligen Abirrung zu Nationalismus und bolschewistenfeinlicher Haltung». Er habe, als er die Funktionen des Ministerpräsidenten versah, das Gesetz gegen den Verrat von Staatsgeheimnissen verschärft und besonders gegen jene Beamte in Anwendung gebracht, die mit sowjetischen Handelsvertretungen in Verbindung standen. Daher konnten die russischen Agenten nie erfahren, zu welchen Preisen Bulgarien seine Produkte in kapitalistische Länder verkaufe. Derart also beweise Kostoff sein Misstrauen gegen die Sowjetunion und missachte die Vereinbarung, dass «Geheimnistuerei und Krämergeist» sich nicht in den bulgarisch-sowjetischen Beziehungen breitmachen dürften. Kolaroff erklärte, dass die Haltung jedes Mannes der Sowjetunion gegenüber seine ganze ideologische Einstellung bezeuge. Antisowjetismus sei «die verruchteste Form der nationalistischen Abirrungen¹⁾».

Der Leser wird sich erinnern, dass man die ersten Anzeichen einer Sowjetfeindlichkeit in Polen sehr vorsichtig behandelte. Gomulkas Verbindung mit Tito wurde ängstlich geheimgehalten. Im Fall Kostoff gab man sich nicht solche Mühe. Die Kominform gab offen zu, dass der Titoismus nicht nur in Jugoslawien auftrete, sondern eine ansteckende Krankheit sei, die das Reich Stalins bedrohe.

Die Gründe, die Kostoffs Widerstand wachriefen, waren von jener Art, die auch andere Satellitenführer empört hatte. Im Jahr 1948 betrug die bulgarische Tabakernte etwa 20 Millionen Kilogramm, wovon die Sowjetunion 18 bis 19 Millionen Kilogramm zu den von ihr festgesetzten Preisen aufkaufte. Sie erhielt also den Löwenanteil. Als Bulgarien den Rest der Ernte nach Deckung des eigenen Bedarfs veräußern wollte, musste es feststellen, dass es in Italien, Ägypten und New York gegen die Konkurrenz seines eigenen Tabaks zu kämpfen hatte, den die Sowjetunion unter dem Weltmarktpreis anbot. In gleicher Weise profitierte die Sowjetunion von dem Rosenöl, für das Bulgarien

fast ein Weltmonopol besitzt. Sowjetische Einkäufer erwarben die gesamte Ernte von 1948 und verkauften sie zu überhöhten Preisen nach New York²). Später sicherten sie sich die Vorräte der edlen Essenz, die die bulgarische Nationalbank während des Krieges gelagert hatte, und schlugen sie auf dem Weltmarkt zu Preisen los, die gerade zu erzielen waren. Kostoff konnte anscheinend nicht mit ansehen, wie sein Vaterland betrogen wurde.

In gewissem Sinn ist es bedeutungslos, dass die Summen, die der bulgarischen Regierung von der Sowjetunion für ihre Einkäufe gutgeschrieben werden, in keinem Verhältnis zu den Preisen stehen, die später für die gleiche Ware von den Russen im Ausland erzielt werden. Das ist letzten Endes nur eine Angelegenheit der Buchführung. Für Bulgarien entspringt dabei kein Profit. Eine Rolle spielt es aber, dass die Sowjetunion bulgarische Produkte in Ländern mit harter Valuta verkauft und die vereinnahmten Dollars nicht zur Bezahlung von Importen nach Bulgarien, sondern nach Russland aufgewendet wurden. Das bedeutet restlose Ausrottung eines selbständigen bulgarischen Wirtschaftslebens.

Bucharin hätte das vielleicht «das Fehlen von egoistischem Wettbewerb» genannt, Kolaroff lobte es als das Ausschalten von «Geheimnistuerei und Krämergeist». Kostoff aber war der Ansicht, dass es sich um richtige altmodische Ausbeutung handle, genau das, was er immer als gemeinen kapitalistischen Trick verurteilen gehört hatte. Als er versuchte, jenen Regierungsstellen, die mit sowjetischen Einkäufern zu tun hatten, den Rücken zu stärken, musste er hören, dass man ihn einen «nationalistischen Irrgänger» nannte.

Die Morgenzeitungen in Sofia brachten am 30. November 1949 den Text der Anklage gegen Kostoff³). Sie stützte sich auf Akten, die 32.000 Worte umfassten und im Gefängnis angeblich von Kostoff unterschrieben worden waren, ferner auf protokollierte Geständnisse von zehn Mitangeklagten, alles hohe Partei- oder Regierungsbeamte. Kostoff wurde darin als verbissener Handlanger «links-sektiererischer», trotzkistischer Politik hin-

gestellt. Es wurde die Behauptung aufgestellt, er habe während der Jahre 1933/34, in der Zeit seiner Moskauer Emigration, mit vielen Trotzlisten, darunter Bela Kun und Tito, Beziehungen unterhalten. Ferner, dass er eine Verschwörung angezettelt habe, um Dimitroff und Kolaroff als Führer der Kommunistischen Partei Bulgariens zu stürzen. In seiner Eigenschaft als Mitglied des Balkanausschusses habe er Tito für die politische Agitation in Jugoslawien vorgeschlagen. Alle Anklagepunkte wirkten flau und weithergeholt. Man machte auch keinen Versuch, zu begründen, warum Kostoff bei seiner üblen Vergangenheit solange den Posten eines Generalsekretärs der Partei bekleiden konnte und noch mit der Führung der Geschäfte des Regierungschefs betraut wurde.

Die Anklage stellt dann die kühne Behauptung auf, dass zurzeit, als Deutschlands «endgültige Niederlage» im Jahr 1942 an der russischen Front besiegelt wurde, der englische und amerikanische Intelligence Service in Hinblick auf diese anscheinend unwillkommene Tatsache und wegen des wachsenden sowjetischen Prestiges in Osteuropa seine Agenten in die damals unterirdisch arbeitende Kommunistische Partei geschmuggelt habe. Ausser Kostoff, so hiess es in der Anklageschrift weiter, sei damals der ehemalige Finanzminister Stefanoff für die Westmächte gewonnen worden. Dieser wurde beschuldigt, den Engländern Nachrichten über das Budget und die militärischen Aufwendungen in den Jahren 1946/47 übermittelt zu haben. Ebenso beschuldigte man den ehemaligen Verwaltungssekretär des Politbüros und stellvertretenden Wiederaufbauminister, Nikola Pawloff, dieses Verbrechens. Alle drei wurden angeklagt, eine «Verschwörerzentrale» mit dem Ziel gebildet zu haben, «die rechtmässige Regierung des Staates zu stürzen und sie durch eine Verbrecherregierung unter Kostoff zu ersetzen». Die Anklage behauptete auch, dass die drei «versucht hatten, die Handels- und Wirtschaftsverbindungen zwischen Bulgarien und den übrigen Volksdemokratien, insbesondere mit der Sowjetunion zu zerstören, um das Land der grosszügigen und uneigennütigen Hilfe der UdSSR zu berauben».

Von besonderem Interesse in der Schrift ist ferner die Beschuldigung, dass sich Kostoff «in geheime verbrecherische Verbindung mit jugoslawischen Führern eingelassen habe», mit dem Ziel, Bulgarien «seiner nationalen Selbständigkeit, territorialen Unabhängigkeit und Unteilbarkeit zu berauben, um es an Jugoslawien anzuschliessen». Die «Verschwörung» sollte angeblich begonnen haben, als Kardelj gegen Ende des Jahres 1949 in Sofia weilte. Dimitroff befand sich damals noch immer in Moskau, Kostoff war also uneingeschränkter Herr, mit dem Kardelj das Anschlussprojekt nach allen Seiten hin besprochen habe. Die Anklageschrift erklärt, Kostoff habe daraus kein Geheimnis gemacht. Er «unterrichtete die führenden Mitglieder der bulgarischen Kommunistischen Partei, die seit dem Jahr 1944 unter Kostoffs Leitung stand, dass Kardelj im Land gewesen sei und eine Konföderation zwischen Bulgarien und Jugoslawien zur Sprache gebracht habe», und von dort in Bälde eine schriftliche Erklärung eintreffen werde. Nach der Anklageschrift verschwieg Kostoff seinen Genossen, dass der Plan «gegen die UdSSR gerichtet war». Dem Schriftsatz zufolge hatte Kardelj Kostoff mitgeteilt, «die Engländer und Amerikaner hätten die jugoslawischen Partisanen unter der Bedingung mit Waffen und Munition versorgt, dass Tito nach Beendigung des Krieges Jugoslawien von der UdSSR fernhalte», und sich Jugoslawien «nicht endgültig an die UdSSR binden wolle, sondern eine selbständige Politik und Ausbau der Beziehungen zu den Weststaaten wünsche». Tito habe damals erklärt, er würde nach Beendigung des Krieges den Abzug der russischen Truppen nicht nur aus seinem Land, sondern auch aus Bulgarien fordern. Um dies zu erreichen, so soll Kardelj ausgeführt haben, sei es das Beste, wenn Bulgarien sich mit Jugoslawien zusammenschliesse. Dann könnte es nicht mehr als ehemaliger Feindstaat angesprochen werden, sondern müsse als Teil eines alliierten Landes gelten. Damit würde die Anwesenheit sowjetischer Truppen «gänzlich überflüssig und unberechtigt». Kostov gestand ein, diese Projekte mit dem Hinweis in Zweifel gezogen zu haben, dass sich die Alliierten dem Plan einer Konföderation

widersetzen könnten. Tatsächlich war in jener Zeit eine offizielle Warnung der englischen Regierung erfolgt, dass Bulgarien erst nach Abschluss eines Friedensvertrages einen derartigen Schritt unternehmen könnte. Zu diesem Punkt erwähnt die Anklageschrift nur Kardeljs Bemerkung, dass alliierte Proteste doch nur zum Schein erfolgen würden. Laut Schriftsatz fielen die Pläne in sich zusammen, weil Dimitroff aus Moskau drohend seine Stimme erhob.

Im Sommer 1946 wurde Kostoff von der bulgarischen Kommunistischen Partei zu einem Staatsbesuch nach Belgrad geschickt. Diese Gelegenheit soll er zur Fortsetzung seiner Wühlarbeit benutzt haben. Alexander Ranko vic, der jugoslawische Innenminister, soll mit ihm über Titos Plan zur Schaffung «eines grossen Bundes der europäischen Südoststaaten» verhandelt haben. Tito legte grossen Wert darauf, eine Konföderation zu bilden, die «auf dem Balkan bestimme und in der internationalen Politik einen massgeblichen Faktor bilde». Der Gedankenaustausch soll seinen Fortgang genommen haben, als Tito im November 1947 in Sofia war, um den Freundschaftspakt zu unterzeichnen. Damals soll er Kostoff gedrängt haben, die bulgarische Kommunistische Partei neu zu organisieren, eine Regierungsumbildung herbeizuführen und den Zusammenschluss mit Jugoslawien zu proklamieren. Tito soll gesagt haben, die jugoslawische Armee stünde bereit, wenn Hilfe notwendig sei. Da diese Hilfe «innerhalb des Rahmens einer Konföderation» geschehe, stelle sie eine innere Angelegenheit dar und «niemand vermag den Vorwurf der Aggression zu erheben».

Solcherart lauteten die Anklagen der «verbrecherischen Verschwörung gegen den Staat Bulgarien», die «von Kostoff ersonnen und geleitet wurde». Bevor wir auf die Beweise eingehen, können wir nur feststellen, dass einige der Beschuldigungen der bulgarischen Regierung schon auf den ersten Blick unwahrscheinlich vorkommen mussten. Kardelj berichtet, dass Kostoff sich in der Frage der Konföderation sehr zurückhaltend gezeigt habe, mehr als Dimitroff und andere. Tito äusserte einmal, er habe Kostoff als dem am meisten antijugoslawischen

aller bulgarischen Führer immer misstraut. Dies würde darauf hindeuten, dass Kostoff, obgleich er mit Tito die gleiche Einstellung gegen Moskau hatte, diesen bei Auseinandersetzungen in der Kominform nicht unterstützt hat. Tatsächlich war im September 1948 von Kostoff ein heftiger Angriff gegen Tito und Genossen erfolgt. Allerdings kann dies ein Versuch gewesen sein, sich der Kritik seiner Parteigenossen zu entziehen.

Im Dezember 1949 wurde der Prozess nach einem eigens für diesen Fall geschaffenen Gesetz anberaumt, vor einem Sondergerichtshof, gegen den es keine Berufung gab. Eine Sensation war, dass Kostoff dabei sein Geständnis, das er angeblich im Gefängnis unterschrieben hatte, vor dem Gericht widerrief. Der ganze Prozess aber war auf dieses Geständnis und das seiner Mitangeklagten aufgebaut. Diese widerriefen nicht, sondern konnten sich nicht genug tun, die ärgsten Anklagen erneut zu bestätigen und weitere Beschuldigungen gegen sich und Kostoff vorzubringen.

Kostoff stritt nicht ab, von Dimitroff in ideologischen Fragen und Parteiangelegenheiten eine abweichende Ansicht gehabt oder sich in Bezug auf die Stärke der Kulaken und anderer reaktionärer Elemente in Bulgarien geirrt zu haben. Er leugnete jedoch leidenschaftlich, ein Spion oder Agent des Auslandes gewesen zu sein, etwas mit der Entsendung Titos nach Jugoslawien im Jahr 1934 zu tun gehabt zu haben, oder mit ihm in den Fragen einer bulgarisch-jugoslawischen Konföderation Geheimnisse zu besitzen.

Die Richter glaubten ihren Ohren nicht zu trauen, als Kostoff seinen Standpunkt vertrat und trotz dem Geheul des Publikums und dem Zuspruch seines Verteidigers bei dem Widerruf seines Geständnisses blieb. Man unterbrach die Verhandlung für eine halbe Stunde, um dem Angeklagten Gelegenheit zu geben sich «auszuruhen» und «sein Gedächtnis aufzufrischen». Aber auch nach der Pause blieb Kostoff bei seiner Haltung. Das verschlug der kommunistischen Presse die Sprache, sie schwieg zwei Tage lang. Dann schrieb die «Prawda», Kostoff habe die «charakterlose, ölige Stimme und die durch-

triebenen Augen eines Diebes», also Merkmale, die seinen Mitarbeitern in den letzten zwanzig oder dreissig Jahren eigentlich hätten auf allen müssen. Ferner stellte die «Prawda» an ihm einen «verkrümmten Rücken» fest, ohne jedoch hinzuzufügen, dass sich Kostoff diesen im Jahr 1924 zugezogen hatte, als er sich den Folterungen der Sofioter Polizei durch einen Sprung durchs Fenster zu entziehen suchte⁴).

Der Darlegung über die Verhandlungen zu einer bulgarisch-jugoslawischen Konföderation, wie sie im Kostoff-Prozess gegeben wurde, fehlen viele allgemein bekannte Tatsachen, und manches ist genau ins Gegenteil verdreht worden. So wird die ständige aktive Rolle von Sowjetbeamten bei den Verhandlungen verschwiegen. Kein Wort lässt erkennen, dass Kostov immer nur für ein Defensivbündnis eingetreten ist. Nichts wird davon erwähnt, dass die Prawda im Jahr 1948 heftig Kritik an Dimitroff geübt hatte, weil dieser erklärte, das Endziel sei eine Konföderation aller osteuropäischen Staaten. Wenn man die Anklageschrift liest, könnte man annehmen, Moskau sei über die jugoslawisch-bulgarischen Beistandsverhandlungen nicht unterrichtet worden oder habe fortwährend widersprochen. Man hat den Eindruck, dass unter den bulgarischen Führern sich besonders Kostoff für die Pläne erwärmt habe, Dimitroff nie seine Zustimmung gab und an den Verhandlungen nur teilnahm, um Warnungen auszusprechen, kurz, dass der verabscheuungswürdige Vorschlag, andere Balkan- und Donauländer einzubeziehen, allein auf Titos und Kostoffs Rechnung zu setzen sei. Russland war sichtlich bestrebt, ein ganzes Kapitel der Geschichte, das unbrauchbar erschien, neu zu schreiben.

Moscha Pijade hat die Behauptung, Moskau habe nie an den Verhandlungen teilgenommen, widerlegt⁶). Anscheinend war man bei der Abreise Kardeljs aus Sofia, im Dezember 1944, übereingekommen, im folgenden Monat bulgarische und jugoslawische Bevollmächtigte in Belgrad zusammenkommen zu lassen. Der Kreml erhob jedoch Protest, und die Verhandlungen fanden in Moskau statt. Dies wurde im Kostoff-Prozess verschwiegen. Kostoff nahm an ihnen nicht teil, vermutlich wurde

er zu Hause dringender gebraucht, aber Dimitroff weilte damals noch immer in Moskau und konnte der bulgarischen Kommission Ratschläge erteilen. Die wichtigsten Teilnehmer der Verhandlung waren Wyschinski und Zorin für die Sowjetunion, Ministerpräsident Georgieff und Innenminister Yugoff für Bulgarien und Pijade für Jugoslawien. Obwohl Kostoff nicht nach Moskau gehen konnte, hatte er einen bulgarischen Vertragsentwurf vorbereitet. Pijade erklärt, eine Abschrift davon, mit handgeschriebenen Anmerkungen und Korrekturen Kostoffs, befinde sich in jugoslawischen Archiven. Während der jugoslawische Entwurf die endgültige Erklärung vorsah, beide Länder in einem föderativen Staat zu vereinigen, war Kostoffs Rezept viel dehnbarer gehalten. Ihm zufolge sollten beide Regierungen lediglich «eine Erklärung abgeben, dass sie eine Vereinigung anstreben» und Vereinbarungen treffen wollten, um über verschiedene Veränderungen beim Vertragsabschluss zu entscheiden.

Keiner der beiden Entwürfe wurde zur Diskussion gestellt, weil Wyschinski erklärte, die Sowjetunion habe als ersten Schritt zu dem Vertrag eine politische, wirtschaftliche und militärische Zusammenarbeit vorgesehen, «wie Kostoff sie in seiner ersten Unterredung mit Kardelj vorgeschlagen hat». Wyschinski ersuchte Pijade um eine Formulierung des Textes, den er seinem eigenen Entwurf zugrunde legte. Am 27. Jänner 1945 einigten sich die Delegationen über die Textierung⁸⁾. Einen Tag vorher hatten die Bulgaren erfahren, dass die britische Regierung eine Demarche gegen die Konföderation unternommen hatte. Nach Pijades Bericht wurden daraufhin Briefe vorbereitet, die Georgieff und Tito wechseln sollten, sobald der Vertrag ratifiziert worden sei, und in denen sie sich gegenseitig ihren festen Willen versicherten, «eine Konföderation der süd-slawischen Völker in kürzester Zeit herbeizuführen». Dies deutet darauf hin, dass die Pläne nur hinausgeschoben wurden, bis England keinen legalen Grund mehr zum Einspruch hatte. Dazu müssen die sowjetischen Vertreter offensichtlich ihre Zustimmung gegeben haben.

Nach Pijades Worten liefen die Ziele Bulgariens und Jugoslawiens von Anfang an auseinander, sowohl in Einzelheiten als auch im grossen Ganzen. Am auffälligsten dabei ist der bulgarische Wunsch, Gleichheit mit allen sechs jugoslawischen Republiken zu erreichen, während Jugoslawien seinen Partner nur den Einzelgliedern gleichstellen wollte. Bei der ersten Zusammenkunft der beiden Delegierten mit Stalin habe Dimitroff die Meinung vertreten, dass Bulgarien als selbständiger Staat nicht in einer Gruppe von sieben anderen aufgehen könnte. Pijade habe dem entgegengehalten, dass Serbien und Montenegro als souveräne Staaten eine längere Vergangenheit hätten als Bulgarien und dass die Kroaten, die ein Jahrtausend unabhängig gewesen wären, Bulgarien zumindest gleichzustellen seien. Einige Tage später, fährt Pijade fort, kamen die Delegationen abermals mit Stalin bei einem Staatsbankett ins Gespräch, wobei dieser sich dahin äusserte, Bulgarien solle eine der sieben Einheiten darstellen. «Die Bulgaren gaben darauf keine Antwort, während ich nichts zu entgegnen hatte».

Als die Konferenzteilnehmer Moskau verliessen, bestand die Absicht, den Vertrag und die Briefe im Februar in Belgrad unterzeichnen zu lassen. Nach einem vorausgehenden Bericht des jugoslawischen Vertreters in Sofia waren die Engländer, obgleich sie gegen die bulgarisch-jugoslawische Vereinigung ein Veto eingelegt hatten, bereit, sich einem grösseren Zusammenschluss, der Albanien und die dem Westen freundliche Türkei und Griechenland einschliesse, nicht zu widersetzen. Die Russen schienen es daraufhin für vorteilhafter zu halten, nach so vielen Worten über eine umfassende Konföderation den bulgarisch-jugoslawischen Freundschaftspakt hinauszuschieben. Und so geschah es denn auch. Pijades sarkastischer Bericht sagt, dass Kostoffs Klagen über England nicht berechtigt gewesen seien. Wenn Bulgarien als ein Staat unter sieben anderen einer Konföderation beizutreten gewillt war, und damit, wie die Anklage behauptet, seine Unabhängigkeit verloren hätte, dann hat gerade das englische Veto es vor einem solchen Schicksal bewahrt.

Leicht ist es, die Behauptung zu widerlegen, Dimitroff sei nicht beteiligt gewesen. Der Plan zu einem Freundschaftsvertrag, der 1945 fallen gelassen wurde, feierte seine Urständ als Dimitroff im Sommer 1947 in Veldes weilte. Als Tito im November nach Sofia kam, wurde er unterzeichnet. Rankovic hat zugegeben, dass man ihn damals noch immer als den ersten Schritt auf dem Weg zu einer Konföderation ansah⁷⁾. Bei einem Besuch in Bukarest sprach Dimitroff offen aus, dass die osteuropäischen Staaten, Griechenland eingeschlossen, eine Konföderation anstrebten. In diesem Sinn scheint er sich auch ausgesprochen zu haben, als der albanische Ministerpräsident Hodscha nach Sofia kam, um den gegenseitigen Freundschafts- und Beistandspakt am 16. Dezember zu unterzeichnen. Als Kardelj am 8. Jänner 1948 dem jugoslawischen Präsidium den Vertrag zur Ratifizierung vorlegte, liess er durchblicken, dass sich grössere Ereignisse anbahnten. Dies hier sei nur als Vorzeichen «der Zusammenarbeit zwischen Balkan- und Donauföderation» anzusehen. Moskau stellte sich sofort dagegen. Am 28. Jänner schrieb die «Prawda» unwillig, dass «eine Balkan- oder Donauföderation, die Polen, Tschechoslowakei und Griechenland» einbeziehe, gar nicht in Betracht käme. «Diese Länder brauchen keine problematische und weithergeholte Föderation, Konföderation und Zollunion, sondern eine Stärkung und Sicherung ihrer Unabhängigkeit und Souveränität durch die Mobilisierung und Organisierung der inneren demokratischen Kräfte des Volkes.» Dimitroff schluckte die Rüge und kroch zu Kreuz. Er verkündete, dass weder er noch ein anderes Mitglied der bulgarischen Regierung «daran denkt oder gedacht hat, einen Ostblock in irgendeiner Form zu schaffen». Dann dankte er der «Prawda» für ihre «wertvollen und nützlichen Hinweise».

Tito hat später einmal erklärt, warum er für sich eine ähnliche Gelegenheit zur «Selbstkritik» nicht wahrgenommen hat⁸⁾. Im Februar und Anfang März hielten sich Djila und Kardelj in Moskau auf, um eine Beschleunigung der sowjetischen Wirtschaftshilfe zu erreichen. Zur gleichen Zeit befand sich dort

eine bulgarische Abordnung unter Führung von Dimitroff, Kostoff und Kolaroff. «In Anwesenheit dieser Delegation», sagt Tito, «verlangte Stalin gebieterisch den sofortigen Abschluss eines Bündnisses zwischen Jugoslawien und Bulgarien, während auf der anderen Seite der Sowjet gegen eine Konföderation mit Albanien war.» Da die sowjetisch-jugoslawischen Beziehungen «schon gespannt waren», betrachtete Tito das Wiederaufleben des alten Planes voll Misstrauen. Er erklärt: «Wir kamen zu dem Schluss, dass jene Forderung nur gestellt wurde, um Jugoslawiens Unterwerfung oder Sturz leichter erreichen zu können.»

Tito sagte mir, dass die Planung einer jugoslawisch-bulgarischen Konföderation viele Bulgaren nach Belgrad geführt hätte. Einige von ihnen sollten in der zukünftigen gemeinsamen Regierung hohe Ämter bekleiden. Da sie unter russischem Befehl gestanden wären, hätte Moskau auf diese Art unmittelbaren Einfluss auf jugoslawische Angelegenheiten nehmen können. Da er sich schon viele andere Einmischungen der Sowjetunion gefallen lassen musste, habe er keine Lust gehabt, noch weiteren Tür und Tor zu öffnen. Jedenfalls, sagte Tito, habe nicht er, sondern Dimitroff die Initiative zur Bildung einer Konföderation ergriffen, die Rumänien und vielleicht auch die Tschechoslowakei umfassen sollte. Dimitroff sah mit Sorge die wachsende Abhängigkeit Bulgariens von der Sowjetunion und hoffte wohl, dem durch eine Eingliederung seines Landes in eine stärkere Gemeinschaft entgegenarbeiten zu können. Auf die Frage, ob Dimitroff sich nicht klar gewesen sei, dass ihn dies mit Moskau in einen Konflikt bringen musste, gab Tito zur Antwort, dass Dimitroff gerade aus Bukarest kam, wo ihm der begeisterte Empfang durch die rumänischen Kommunisten und die Entdeckung, dass auch sie gegen den sowjetischen Stachel lockten, etwas den Kopf verdreht haben dürfte⁹). Nach Titos Worten war Dimitroff tollkühn geworden. Ob dem Bulgaren dafür körperliche Strafen zuteil wurden, wird sich nie feststellen lassen. Er starb im Sommer 1949 in Russland. Stalin nahm an der Ehrenwache seines Katafalks teil.

Von allen diesen Vorgängen wurde im Kostoff-Prozess nicht

gesprochen. Am 14. Dezember 1949 wurde er in allen Punkten für schuldig erklärt und zum Tod verurteilt. Seine zehn Mitangeklagten hatten unter Tränen sich und ihn aller erdenklichen Verbrechen beschuldigt, solcher gegen Bulgarien, gegen die bulgarische Kommunistische Partei und, Höhepunkt aller Niedertracht: gegen die Sowjetunion.

Sie erhielten Kerkerstrafen und Geldbussen. Wie Zeugen berichtet haben, nahm Kostoff das Urteil ruhig entgegen. Er hörte sein Todesurteil schon zum zweitenmal. Das erstemal war es im Jahr 1942 gewesen, als ihn ein königlich-bulgarisches Militärgericht wegen Widerstand gegen die Nazis zum Erschiessen verurteilte. Aber diesmal wurde das Urteil auch vollstreckt. Am 16. Dezember wurde Kostoff gehängt. Am nächsten Tag brachte die bulgarische Presse den Wortlaut eines neuen Geständnisses von ihm. Er konnte es nicht mehr widerrufen, aber es erscheint unwahrscheinlich, dass Kostoff, selbst unter der Folter, nach Verkündigung des Todesurteils das bekannt hat, war er vorher, gleichfalls unter der Folter und der Drohung mit dem Tod, gezeugnet hatte.

Einen Tag nach dieser Manifestation sowjetischer Rechtsprechung eilten die Bulgaren in die mit Stalinbildern, Friedens-tauben und Nationalflaggen geschmückten Wahllokale. Die Wahl war bereits für November geplant gewesen, sie wurde jedoch verschoben, um den «Kostoffismus» völlig ausrotten zu können, den Kostoffs Nachfolger, der stellvertretende Ministerpräsident Wulko Tscherwenkoff (ein amerikanischer Diplomat nannte ihn den «verbissensten und unintelligentesten kommunistischen Bulgaren, mit einem Stiemacken und einem Gesicht wie ein Ochsenfrosch) als «Titoismus in Bulgarien» bezeichnete. Da es nur eine Einheitsliste gab, war es nicht überraschend, dass die auf gestellten Kandidaten gewählt wurden.

Statt eines Nachrufs für Kostoff seien hier einige Worte aus der bereits erwähnten Rede Pijades zitiert: «Wenn Treitscho Kostoff hingerichtet wurde, weil er sich, unter Vorbehalt der bulgarischen Hegemonie, für eine Konföderation mit Jugoslawien einsetzte, was auch die übrigen Mitglieder des bulga-

rischen Politbüros getan haben, dann ist vom Standpunkt der Anklage dieses widerlichen Prozesses ein Unschuldiger gehängt worden. Die Wahrheit über die südslawische Konföderation konnte jedoch durch den Tod Kostoffs nicht zum Schweigen gebracht werden. Dazu besitzen weder der Henker in Sofia noch sein Lehrmeister die erforderliche Gewalt.»

Anmerkungen zu Kapitel 17

1) «Für einen immerwährenden Frieden, für eine Volksdemokratie!» Bukarest, 15. Mai 1949.

2) «The Economist», London, 16. Juli 1949.

3) Eine deutsche Übersetzung ist in einer Beilage der «Neuen Zeit», Moskau, 7. Dezember 1949, zu finden.

4) Siehe «The Economist», London, 24. Dezember 1949, Einzelheiten des Prozesses auch in «The New York Times», 8. Dezember und folgende Tage.

5) «Jugoslawische Halbmonatsschrift», Belgrad, 27. Jänner 1950.

6) Pijade führt an, dass eine Kopie des Wyschinski-Textes in den jugoslawischen Archiven existiere, dass er selbst eine Kopie der endgültigen Abfassung besitze, und dass sich in den jugoslawischen Archiven auch davon eine Kopie in russischer Sprache, von Zorin persönlich verfasst, befindet, die den Vermerk des Sowjetischen Aussenamtes «gesehen», d.h. gebilligt, trägt.

7) «Jugoslawische Halbmonatsschrift», Belgrad, Februar 1949.

8) Titos Rede bei der Eröffnung der jugoslawischen Nationalversammlung am 26. April 1950 («Jugoslawische Halbmonatsschrift», Belgrad, 5. Mai 1950).

9) [Man spricht davon, dass Dimitroff mit Tito eine geheime Zusammenkunft an der bulgarisch-jugoslawischen Grenze hatte, bei der entsprechende Forderungen gegenüber der Kominform festgelegt worden sein sollen. In der Folge soll sich Dimitroff dann auch vertrauensvoll an den rumänischen Aussenminister, Anna Pauker, gewendet haben, um für seine Pläne noch die Unterstützung Rumäniens zu erlangen. Anna Pauker habe aber noch in derselben Stunde dem Hauptquartier der Kominform diese verräterischen Pläne denunziert, was «Krankheit» und anschließenden «Kuraufenthalt» Georgi Dimitroffs in der Krim und in Moskau ausgelöst haben soll.]

18

DAS REZEPT: GEWALT

*Formlos wie Wasser, nackt wie der Staub.
Stephan Vincent Benêt: Litanei der Diktatur.*

Diktatoren und, wenn sie dazu imstande sind, auch Demagogen, lenken die Massen von bestehenden Missständen dadurch ab, dass sie von Umtrieben des Auslandes sprechen, Schau- paraden, sportliche Grossveranstaltungen, Staatsbegräbnisse und Massenversammlungen aufziehen, politische Treibjagden veranstalten, die immer mit der Niederlage des vorgeblichen oder wirklich existierenden Feindes enden. Wie weit dieses Motiv in die Affäre Kostoff hineinspielte, kann nicht entschieden werden. Vielleicht bedeutete er für Moskau einen Hemmschuh, und der Entschluss, ihn zu liquidieren, erfolgte aus Gründen, die einem Diktator und sogar seinem Opfer folgerichtig erscheinen, wenn dieses die Spielregeln von Anfang an gutgeheissen hat. Selbst wenn Kostoff nur zum Sündenbock gestempelt wurde, verdient er nicht, dass man ihm Tränen nachweint. Die Schlinge um seinen Hals war von dem gleichen Hanf, aus dem er so oft für andere einen Strick zu drehen befahl.

Der Terror, den die bulgarischen Kommunisten nach der Beendigung des Krieges gegen ihre Nebenbuhler und Feinde entfachten, war ungeheuer, selbst für den Kommunismus und selbst für den Balkan. Kostoff war einer der raschesten bei Befehlen zum Erhängen und Erschiessen. Offiziellen bulgarischen Verlautbarungen zufolge fanden bis zum 25. März 1945 mehr als 131 politische Prozesse statt, bei denen über 10.000 Menschen schuldig gesprochen und davon über 2.000 hingerichtet wurden¹). Sicherlich waren darunter Nazi-Kollaborateure, aber auch

Gegner des Kommunismus aus allen Lagern, darunter einige[^] die zu den Tapfersten der deutschfeindlichen Widerstandsbewegung gehörten und die stärksten überlebenden Vertreter einer freien Demokratie waren. Allgemein verfuhr die «Volksgerichte» mit Kollaborateuren glimpflicher als mit Liberalen. Jene hatten Erfahrung, wie man mit einem diktatorischen Regime Kompromisse schliessen kann und das hat ihnen oft geholfen.

Um nach Abzug der Deutschen die Macht übernehmen zu können, hatten sich Bauernparteien, Sozialdemokraten, Kommunisten und Angehörige anderer Gruppen zusammengeschlossen. Es erwies sich, genau wie in anderen Ländern, als Fehler, wenn Liberale geglaubt hatten, unter annehmbaren Bedingungen mit den Kommunisten Zusammengehen zu können. Ein zweiter Fehler unterlief den bulgarischen Demokraten in der Verkennung der Tatsache, dass die amerikanische und englische Balkanpolitik seit Kriegsende verworren und unzuverlässig war und die Ausweitung der russischen Macht in Osteuropa nicht verhindert werden konnte. Die ersten, die für die Fehler zahlen mussten, waren die Führer der alten Bauernpartei, die der Bauernheros Alexander Stamboliyski gegründet hatte. Immer war sie dafür tätig gewesen, im Rahmen der allgemeinen Volkswohlfahrt den Lebensstandard auf dem flachen Land zu heben, war mithin als gefährlichster Rivale des Kommunismus anzusehen und fiel ihm zuerst zum Opfer. Unter russischem Druck überliess der Leiter der Bauernpartei, Dr. G. M. Dimitroff, seinen Platz im Jänner 1945 Nikola Petkoff und flüchtete ins Ausland. Petkoff, einer der vier Unterzeichner des Waffenstillstandes von 1944, schenkte den Worten der Kommunisten, dass die Vaterländische Front eine Koalition sein sollte, noch immer Glauben und versprach sich für die Bauern selbständige politische Betätigung. Am 23. September 1947 wurde er hingerichtet. Das amerikanische Aussenamt erhob Protest, dass sein Prozess eine «Verhöhnung der Justiz» sei und gegen die Rechte verstosse, die den bulgarischen Bürgern in Jalta zugesichert worden seien. Die Anklage gegen Petkoff hatte Kostoff persön-

lich vorbereitet. [Groteskerweise war es Petkoff, der für die Reise von Dimitroffs betagter Mutter nach Berlin das Reisegeld sammelte, damit sie ihm in den schweren Tagen des Reichstagsbrandes zur Seite stehen konnte.]

Nachdem der stärkste und leidenschaftlichste Gegner der Diktatur erledigt worden war, bestand für die Kommunisten kein Hindernis mehr, den Einparteienstaat auszurufen. Dies geschah am 4. Februar 1948 und sichert Bulgarien die Ehre, als erster Satellitenstaat die Maske der Volksfront fallen gelassen zu haben. Man wird sich erinnern, dass zu jener Zeit Dimitroff, der von der «Prawda» eine Rüge wegen Begünstigung der Balkan- und Donauföderation erhalten hatte, einen Rückzieher machte und damals die Geheimbesprechungen Moskaus in der Kominform über Titos Ausschluss begannen. Den Zusammenhang dieser Ereignisse darf man nicht übersehen.

Normalerweise wäre Dimitroff nicht so glimpflich davongekommen, aber es gab damals Gründe, den Namen eines so grossen Lichtes des Kommunismus, wie den des Helden im Reichstagsbrand-Prozess nicht zu besudeln, weil in Kürze ein anderer Kommunist von internationalem Ruhm in Ungnade fallen sollte. Nicht alle Beobachter sind der Meinung, dass Dimitroff von Titos bevorstehendem Schicksal gewusst habe und ihm seine Rettung dadurch ermöglicht wurde, dass er einer Politik, die Moskau nicht mehr passte, abschwor. Ich habe sogar gehört, dass Dimitroff ein agent-provocateur Moskaus gewesen sei, der Tito absichtlich ins Verderben lockte. Die Jugoslawen halten Dimitroff zwar für einen schwächlichen Charakter, aber für einen guten Kerl. Moscha Pijade schrieb, dass «Dimitroff der einzige kommunistische Bulgarenführer gewesen ist, der eine brüderliche Zusammenarbeit mit Jugoslawien ehrlich gewünscht hat²)». Er erzählt ferner von einem Vorfall, als Dimitroff Anfang April 1948, also bevor die Tito-Affäre in der Kominform ausgebrütet wurde, Belgrad auf einer Durchreise berührte. Pijade berichtet, dass Dimitroff «uns gesagt hat: Festbleiben!» In Belgrad konnte ich Näheres über diesen Vorgang, der im Schlafwagen des bulgarischen Ministerpräsidenten auf einem Neben-

gleis in Topchider, einem Belgrader Vorort, stattfand, in Erfahrung bringen. Dimitroff soll Djila, dem jugoslawischen Vertreter, gesagt haben: «Tito muss festbleiben, oder wir sind alle verloren.» Djila machte daraufhin eine Andeutung über Dimitroffs schwankende Haltung in der Konföderationskrise und fragte, ob er sich in der Frage der Rechte einer kommunistischen Nation, eigene Interessen zu vertreten, wieder den Ansichten von Moskau beugen wolle oder ob er für Tito «gradstehen» würde, wie dieser für andere. Obgleich Dimitroff anscheinend einer klaren Antwort auswich, geht die Meinung der Jugoslawen dahin, dass er einen eindeutigeren Standpunkt vertreten hätte, wäre seine Gesundheit nicht schwankend gewesen. Sie sind sich auch nicht schlüssig darüber, ob Dimitroff nicht vielleicht doch von den Russen liquidiert wurde, sind aber überzeugt, dass sein Tod durch die Behandlung, die ihm in Moskau zuteil wurde, zumindest beschleunigt wurde. Tito selbst schreibt Dimitroffs Unterwürfigkeit gegen Moskau nicht dessen schlechter Gesundheit zu, sondern dem Umstand, dass die militärische und geographische Lage Bulgariens im Verhältnis zu Jugoslawien ungünstig ist.

Offensichtlich war es für die Jugoslawen vorteilhaft, einen marxistischen Propheten vom Schlag Dimitroffs auf ihrer Seite zu wissen, aber ihre Sympathien für ihn waren spontan, im Gegensatz zu ihrer Haltung gegen Kostoff, den sie stets für ihren Feind hielten. Um zu verdeutlichen, dass Dimitroff der Held aller Kommunisten ist, worunter allerdings nur die einzig blaublütigen Kommunisten Jugoslawiens zu verstehen sind, aber auch, um zu zeigen, dass er nicht nur von Stalin und seinen Gefolgsleuten verherrlicht wird, hat die jugoslawische Regierung die ostserbische Stadt Tsaribrod in Dimitroffgrad umbenannt.

Neben allen Schwierigkeiten, die Kostoffs nationale Haltung den Sowjets wirklich bereitet haben mag, gab es auch einen sozusagen unpersönlichen Grund, um gegen ihn vorzugehen und ihn auf jeden Fall einer prompten Liquidation zuzuführen. In jener Zeit war nämlich die Inszenierung eines politischen Schauspiels erforderlich. Kostoff war hochgestellt genug,

um alle Aufmerksamkeit auf sich zu lenken, wenn er auf der Anklagebank erschien. Was konnte eine eindringlichere Warnung für Kommunisten, die seine Ansichten teilten, sein, als der Anblick eines alten Parteimentors, der sich unter den pausenlosen Beschuldigungen des Staatsanwaltes wand und schliesslich in hemmungslosen Selbstbeschuldigungen zusammenbrach? Noch dringender für die Aufziehung eines öffentlichen Schauspiels war die in Bulgarien und anderen osteuropäischen Satellitenstaaten gärende Revolution. Moskau hatte deshalb beschlossen, die Sozialisierungsmassnahmen zu beschleunigen und eine General «Säuberung» der Kommunistischen Partei vorzunehmen.

Der frische Wind wehte in Bulgarien besonders scharf, da Stalin bei diesem Satelliten zuerst zu vollem Erfolg kommen wollte. Dies deutete Dimitroff in einer Rede am 19. Dezember 1948 an, in der er die Ziele der bulgarischen revolutionären Bewegung mit einer Schärfe formulierte, dass seine Zuhörer, Parteiführer aus ganz Bulgarien, vermutlich vor Schreck erblassten, denn es war das erste Mal, dass man ihnen den Umfang des neuen Kominformprogramms, wie es durch Titos Abfall heraufbeschworen worden war, auseinandersetzte. Die Rede umfasst im Manuskript fast 80 Schreibmaschinenseiten und hat die wirkliche Bedeutung des Begriffs «Volksdemokratie» zum Inhalt.

Dimitroff führte aus, dass sich die bulgarische Revolution nach dem Krieg in einem Übergangsstadium befunden habe. Der «bewaffnete Auf stand des Volkes» vom September 1944 hatte «mit der entscheidenden Hilfe der tapferen Roten Armee» vermocht, der «kapitalistischen Bourgeoisie und der ausbeuterischen monarcho-faschistischen Minderheit» die Macht zu entreissen. Aber die «alte bürgerliche Staatsmaschinerie war nicht vollkommen zerstört», und die Kommunisten blieben in den neuen Kabinetten in der Minderheit. Die Nazis waren noch immer auf dem Balkan zu finden, und es sei die vordringlichste Aufgabe gewesen, sie auszurotten.

Daher mussten «soziale Umwandlungen» auf einen späteren

Zeitpunkt verschoben werden, was sogar so weit gehen konnte, dass man «mit gewissen deutschfeindlichen Elementen des Bürgertums» Zusammenarbeiten musste. Es war notwendig, ungeduldige Parteimitglieder im Zaum zu halten. Dimitroff gab zu, dass man sogar nach der «Konsolidierung» der Vaterländischen Front eine «gewisse Verzögerung bei den revolutionären Neuerungen» eintreten lassen musste. «Wir fuhrten fort, von der Möglichkeit zu sprechen, die Interessen des privaten Unternehmertums und der Kaufleute mit den allgemeinen Staatsinteressen in Einklang zu bringen.» In den vergangenen ein- einhalb Jahren jedoch seien weitere Fortschritte erzielt worden, eine neue republikanische Konstitution sei geschaffen, die Industrie verstaatlicht und in der Sozialisierung des Bauerntums grosse Erfolge erzielt worden. Schliesslich sei man imstande gewesen, die letzten «unzuverlässigen und schwankenden Elemente» aus der Vaterländischen Front «sich zurückziehen zu lassen» oder, wenn sie' es nicht selbst wollten, sie «hinauszubefördern». Damit sei endlich eine «politische Massenorganisation» entstanden, die der Aufgabe gewachsen sei, «auf dem Weg über die Volksdemokratie unter der Führung der arbeitenden Klassen den Sozialismus durchzuführen». Von nun an sollte ein «rücksichtsloser Klassenkampf gegen die kapitalistischen Elemente beginnen, um sie völlig auszurotten». Dimitroff behauptete nicht, dass dieses Ziel bereits erreicht worden sei. Er sagte nur, dass Bulgarien und die anderen neuen Demokratien sich auf «dem Weg zur Sozialisierung befinden, die nötigen Voraussetzungen schufen, um den Sozialismus aufzubauen».

Dimitroff fasste seine Ausführungen dahin zusammen, dass der Kommunismus Bulgariens sich noch immer in einem Übergangsstadium befände, allerdings in einem neuartigen, da man jetzt schonungslos gegen alle noch vorhandenen kapitalistischen Elemente vorgehen werde. Der Nachsatz sollte auf seine bulgarischen Zuhörer Eindruck machen. Die jugoslawischen Kommunisten jedoch hielten sich an den ersten Teil. Was? schrien sie, Bulgarien und andere Kominformmitglieder wagten noch

immer nicht, die Diktatur des Proletariats auszurufen? Können sie immer noch nicht mehr sagen, als dass sie «auf dem Weg dazu» seien?

Es lässt sich nicht leugnen, dass Dimitroff in einer konfliktärmeren Situation andere Worte gebraucht hätte. Kurz vorher, im September 1946, hatte er vor einer Abordnung ausländischer Gewerkschaftsführer gesagt:

«Mit grosser Genugtuung nehmen wir die Feststellung des Genossen Zilliacus zur Kenntnis, dass die arbeitende Klasse Englands, die Arbeiterschaft, wie sie in der Labour Party verkörpert ist, sich auf dem Weg zur Sozialisierung befindet und es sich zum Ziel gesetzt hat, dies auf friedlichem Weg zu erreichen ... Ich möchte unseren englischen Freunden gern sagen, dass wir es für Bulgarien durchaus für möglich halten, eines Tages den Sozialismus ohne die Diktatur des Proletariats zu erreichen, und dies auf dem Boden der Demokratie unter einer parlamentarischen Regierung, wenn die notwendige Arbeit und Vorbedingungen geschaffen worden sind.»

In der Zwischenzeit ist die englische Labour Party zu einer Horde von imperialistischen Hyänen und zu Lakaien der Wallstreet geworden. Der Sozialismus in Bulgarien soll auch nicht mehr auf friedlichem, parlamentarischem Weg, sondern durch Gewalt erreicht werden. Um sicher zu gehen, dass seine Zuhörerschaft den damals vorgesetzten Bissen hinunterwürgen werde, bediente Dimitroff sich der bedenklichen Warnung, das Programm sei unter Stalins höchster Patronanz erstellt worden. Er habe «persönlich» mit Ratschlägen und Erklärungen eingegriffen, so dass alle «Fehler», die bisher unterlaufen waren, «rasch beseitigt werden könnten».

Ogleich die Rede Dimitroffs in Jugoslawien nur auf Hohn stiess, weil sie die Durchführung des Sozialismus bis in die Unendlichkeit hinausschob, kündigte man in Bulgarien an, dass die proletarische Revolution von jetzt an mit allen Mitteln und um jeden Preis durchgesetzt werde. Das hiess, im Zusammen-

hang mit der Bodenreform, dass der Klassenkampf in den Gemeinden ernsthaft beginnen solle. Die bulgarischen Bauern hatten sich einer Kollektivierung nicht willfähriger gezeigt als die in anderen Agrarländern. Die offiziellen Zahlen, die den Fortschritt von der Bildung der Kollektiven, die man in bescheidener Zurückhaltung «bäuerliche Arbeitsgemeinschaften» nannte, verdeutlichen sollen, sind nicht einmal in ihrer sicherlich aufgerundeten Höhe eindrucksvoll. Man darf nicht annehmen, dass sie stimmen; die Möglichkeiten und Versuchungen, Statistiken zu korrigieren, sind gross. Man ändert jetzt die Bedingungen für den Beitritt oft ab, die Vorsitzenden der örtlichen Sowjets bemühen sich verzweifelt, mit ihren Berichten nach Sofia einen guten Eindruck zu erwecken, und der Landwirtschaftsminister versucht, seinen Hals zu retten, indem er nach Moskau nur Fortschritte meldet.

Ende 1948 waren laut einer publizierten sowjetischen Angabe 73.000 bulgarische Bauernhöfe, insgesamt 300.000 ha Land, in 1'000 kindwirtschaftliche Kooperative (Kollektivs) zusammengefasst. Am 1. August 1949 lauteten die Zahlen: 146.583 Bauernhöfe mit 538.458 ha Land in 1'594 Kooperativen³). In einem Leitartikel des offiziellen Kominformorgans schrieb T. Tschemokoleff, Mitglied des bulgarischen Politbüros, dass die Zahl der bäuerlichen Haushaltungen vor kurzem 147.000 betragen habe (das sind 13,3% aller Haushaltungen) und die Gesamtsumme der Kooperativen 1600 ausmache und 540.000 ha Land umfasse»). Bald nach seinem Antritt als Ministerpräsident teilte Wulko Tscherwenkoff⁵) mit, dass am Ende des ersten Vierteljahrs 1950 sich die Zahl der kooperativen Organisationen nur um 33 gegenüber den vorher erwähnten Zahlen vermehrt habe, und dass die Summe der daran beteiligten Bauernfamilien nur um 28.000 zugenommen habe⁰).

Mit dem unbefriedigenden organisatorischen Fortschritt gingen Misserfolge in der Produktion Hand in Hand. Das Regierungsorgan «Otecestven Front» beklagte sich am 27. März 1949, dass die Quoten für die Frühlingsaussaat, die schon erfüllt sein sollten, für Weizen nur zu 56%, für Roggen zu 45%, für

Gerste zu 55%, für Hafer zu 51% erreicht worden seien. Das Blatt nannte diese Zahlen «im höchsten Grad beunruhigend⁷⁾». Die Bauern konnten daher im Herbst das Ablieferungssoll bei Weizen und Roggen nicht erreichen. In Gebieten, die ans Schwarze Meer oder Rumänien angrenzten, also dort, wo sich der sowjetische Druck unmittelbar auswirken konnte, wurde das Soll erreicht oder überschritten, aber in den an Jugoslawien grenzenden Landesteilen wurde es nur zu 20 bis 27% erfüllt, in den drei Distrikten von Bulgarisch-Mazedonien zu jeweils 59, 54 und 20%. Der Korrespondent von «The Economist» (London, 5. November 1949), dem wir diese Zahlen verdanken, fügte hinzu, dass es «einen titoistischen Einfluss in Bulgarien anscheinend wirklich gibt, vor allem in Bulgarisch-Mazedonien». Im Frühjahr 1950 wiederholte sich das ganze Spiel noch einmal. Gaston Coblenz zitiert aus der «Rabotnicesko Delo» und anderen Sofioter Zeitungen Äusserungen, welche die Aufmerksamkeit auf «verheerende Misserfolge» in der landwirtschaftlichen Produktion lenken sollten, auf «schandbare Vorkommnisse», bei denen Dorfgemeinden «offene Opposition» gegen die Mechanisierung der Landwirtschaft zeigten (eine indirekte Anspielung auf den Widerstand gegen die Kollektivwirtschaften) usw. Die Pflugarbeiten waren am 8. März, wo sie hätten beendet sein sollen, nur zu 15% durchgeführt, die Frühjahrsbestellung nur zu 10%⁸⁾).

Man wird sich leicht vorstellen können, welche Unsumme von erzwungener Selbstkritik, von Säuberungsaktionen, Prozessen gegen Beamte und Verhaftungen von Kulaken, bourgeoisen «Saboteuren» und anderen Verbrechern derartige Feststellungen zur Folge hatten. Herr Tschemokoleff gibt in dem oben erwähnten Aufsatz zu, dass auch bei der Durchführung des verhältnismässig bescheidenen Kollektivierungsprogramms «ernste Fehler» gemacht worden seien, wodurch viele «Härten» entstanden seien. Die Parteistellen hätten sich bei der Festsetzung der technisch möglichen Quoten verschätzt. Man hätte Personen, die wohl Land besaßen, aber es nicht selbst bearbeiteten, ja sogar Kulaken, zu den Kollektiven zugelassen.

Beim Landaustausch zur Bildung von Kooperativen seien die Rechte der Bauern oft «grob verletzt» worden. Daraus hätten kulakische Elemente «Vorteil gezogen und sich in vielen Fällen bemüht, die armen und mittleren Bauern auf ihre Seite zu ziehen und sie gegen die Kooperative und den Staat aufzuhetzen». Anscheinend war es nicht nur bei Versuchen geblieben, denn in einigen Dörfern stifteten sie, wie der Schreiber berichtet, «Streit zwischen Mitgliedern der Kooperative und den freien Bauern», wodurch sie «eine gewisse Gefahr für die Einigkeit zwischen der Arbeiterklasse und den mittleren und armen Bauern herauf beschworen».

Da das Kominformjournal für eine internationale Leserschaft bestimmt ist, sind die Kommentare gemässiger als jene, die sich unmittelbar an die Beteiligten wenden. Im Juni 1949, in einer Rede vor dem Zentralkomitee der Partei, sprach Kolaroff von «eindeutig unvernünftigen und unsauberen» Massnahmen gegen die Bauernschaft und gab zu, dass viele Bauern gegen ihren Willen in die Kollektiven gezwungen seien. Er tadelte, dass viele Bauern kein Interesse für die Ernte aufbrächten, weil das Ablieferungssoll, bei dem Festpreise gezahlt wurden, viel zu hoch lag und zuweilen die gesamte Ernte erfasse“).

Für alle Misserfolge auf dem Land machte Kolaroff nun Kostoff verantwortlich. Das taten auch Tschervenkov und die bulgarische Presse. Das tat auch die Kommission, die Kostoffs Tätigkeit für einen Bericht vor der Grossen Nationalversammlung einer Prüfung unterzog. Dieser stellte fest, dass Kostoff ausser den im vorhergehenden Kapitel behandelten Verbrechen auch dadurch schuldig geworden sei, dass er «eine Politik eingeschlagen hat, die zur Entfremdung der Mehrheit mittlerer Bauern und eines Grossteils der Kleinbauern von der Vaterländischen Front führte, und sie unter den Einfluss der Kulaken und Reaktionäre brachte¹⁰⁾». Das kam sehr gelegen. Mit einem Schlag war Kostoff mit der Krise auf dem flachen Land in Verbindung zu bringen und für das Auftreten aller Schwierigkeiten eine Erklärung gefunden. Sie war allerdings nicht besonders

glücklich, denn die Schwierigkeiten dauerten auch nach Entfernung des Sündenbocks an. Auch die Hoffnung, der Kostoff-Prozess werde auf die nationalen Elemente innerhalb der Partei abschreckend wirken, erfüllte sich nicht nach Moskaus Wunsch.

[Seit der Herrschaft des fanatischen Vasallen Moskaus, Wulko Tschervenoff – er war mit einer Schwester Dimitroffs verheiratet und sein Leibwächter –, die praktisch schon zu Lebzeiten des Nachfolgers von Dimitroff in der Ministerpräsidentschaft des greisen und kränklichen Wasil Kolaroff installiert war, löste eine Säuberungswelle die andere ab. Tschervenoff hatte die diktatorische Regierungsform seines Freundes und Meisters übernommen und bis zur äussersten Möglichkeit, ja auf manchen Gebieten bis zum Wahnsinn gesteigert. Während Dimitroff, obwohl langjähriger Präsident der III. Internationale, erklärte, er sei zwar Kommunist, aber auch bulgarischer Ministerpräsident, bezeichnete es Tschervenoff, der zwanzig Jahre mit ihm in Russland gelebt hatte, als die höchste Aufgabe Bulgariens, den Bedürfnissen der Sowjetunion Rechnung zu tragen, und brachte das Land bald so weit, dass von einem eigenständigen politischen, nationalen und wirtschaftlichen Leben nicht mehr die Rede sein kann. Als erster Sekretär des Zentralkomitees hatte er bereits früher im Kultursektor seine Linientreue geoffenbart. So verbannte er beispielsweise die Mendelschen biologischen Lehren von der Universität, um Lysenko den «gebührenden» Platz zu sichern. Er schärfte den bulgarischen Kommunisten ein, sich streng an die Moskauer Richtlinien zu halten, und stellte einen Russen an die Spitze der Sofioter Oper. Die Ausstossung der früher mächtigen Minister Terpeschew (Präsident der staatlichen Planungskommission), Jugoff (früherer Innenminister), seiner beiden ehemaligen Mitregenten in einem Triumvirat, sowie des Aussenministers Poptomoff, eines mazedonischen Kommunisten, der ebenfalls zwanzig Jahre in Moskau als hoher Gewerkschafts- und NKWD-Funktionär zugebracht hatte, gab ihm freie Hand. Er trieb die Gleichschaltung des Landes am weitesten vorwärts und erklärte, dass «keine wichtige Entscheidung für Land und

Arbeiter ohne die Zustimmung des Politbüros erfolgen kann ... Über und neben dem Politbüro darf niemand stehen». Als Heilmittel gegen die «kapitalistische Privatinitiative» wird das «System der kollektiven Zusammenarbeit» im Zentralkomitee und den örtlichen politischen Komitees rücksichtslos angewendet. Damit wird jedes Mitglied eines exekutiven Ausschusses in Bulgarien im Rahmen dieser Zusammenarbeit beschattet und somit selbst auf rein fachlichen Gebieten das bolschewistische Polizeisystem «Jeder gegen jeden» gehandhabt. «Da der Nationalismus Bulgarien in eine imperialistische Kolonie umwandeln würde, wird er bis zur vollkommenen Ausrottung verfolgt werden ... Nach der Liquidierung des Generalstabes von Kostoff folgt die Bereinigung der noch allenthalben im Lande bestehenden Kostoffschen Zentren, ‚Titoisten‘ oder ‚zweite Regierung‘.» «Die bulgarisch-sowjetische Freundschaft muss wie die Pupille im Auge behütet werden, die tiefe Anerkennung und Verehrung Stalins wird sich in einem unermüdlischen Lernen auswirken, und die Allbolschewistische Partei wird dabei hilfreich zur Seite stehen.»

Die grosse Durchhechelung der Partei Mitte 1952 endete mit der Ausschliessung von 17.500 «feindlichen Elementen und Unwürdigen», die sich «in die Partei eingeschlichen» hatten. Allseits herrschen Furcht und Schrecken, selbst die höchsten Staatsfunktionäre sind nicht mehr ihrer Freiheit und ihres Lebens sicher. Unter den aus dem Zentralkomitee der Kommunistischen Partei entfernten Personen befinden sich auch der engste Mitarbeiter Dimitroffs, Kunin, der an der Organisation der Partisanenbewegung führend beteiligt war. Das Parlament billigte eine Gesetzesvorlage, die das gesamte Justizwesen des Landes dem der UdSSR angleicht. Und doch ist Moskau noch nicht zufrieden, da im offiziellen Kominformorgan anlässlich der Meldung von den Massenausschlüssen aus der Partei die Frage aufgeworfen wird, wieso denn überhaupt den vielen Unwürdigen der Eingang in die Partei gewahrt werden konnte.

Bulgarien repräsentiert heute einen Eckpfeiler im sowjeti-

schen System der weit gelagerten Bastionen. Die wirtschaftlichen Erfolge halten allerdings mit dem Tempo der staatlichen und politischen Selbstauslöschung nicht Schritt. Tschervenkov selbst klagt ständig über Mängel an «zweckbewusster Geschicklichkeit im Vorantrieb der Sozialisierung».]

Der von Dimitroff im Dezember 1948 angekündigte Klassenkampf auf dem Land setzte nicht sofort ein, vielleicht in der Hoffnung, dass schon die Drohung genügt hätte, um den bäuerlichen Widerstand zu brechen. Als sich dies als Irrtum erwies, stellte man neue Satzungen für die Arbeit auf Kollektivgütern «zur Diskussion», d.h. man bereitete die Bauern darauf vor, dass die Pläne der Partei in Zukunft mit Gewalt durchgedrückt werden würden. Man würde sowohl die Bauern, die sich in das Kollektivsystem eingeordnet, als auch jene, die sich fernhielten zu erfassen wissen. Der Gewinnanteil für Mitglieder eines Kooperativs (wenn es so etwas wie einen Gewinn gab, aber das ist eine andere Geschichte) würde in Zukunft 30% der eingebrachten Landes und 70% der geleisteten «Arbeitstage» betragen, anstatt, wie bisher, in proportionellem Verhältnis zum eingebrachten Land und der Anzahl der Arbeitstage zu stehen. Mit anderen Worten, jeder Bauer sollte zu einem Drittel Bodenbesitzer, zu zwei Dritteln staatlicher Landarbeiter sein. Wer im Bild war, wie es den russischen Bauern bei der letzten «Agrarreform» im Jahre 1937 ergangen war, konnte sich ausmalen, was mit dem letzten Drittel des verbleibenden bulgarischen Landwertes geschehen würde. Die Unterscheidung zwischen «Zins» beim Grundbesitz und «Lohn» für die geleistete Arbeit, war in der Praxis oft nur theoretisch. Der Staat erhält von einem Kollektiv einen vorher bestimmten Anteil der Produktion zu Preisen, die man Räuberei nennen kann. Es kann sein oder auch nicht, dass danach noch ein Überschuss bleibt, der unter die Bauern zur Verteilung kommt. Kolaroff gab selbst zu, dass oft kein Überschuss bleibt. Also ist das Verhältnis, in dem man ihn aufteilte, wenn einer vorhanden wäre, eine rein theoretische Angelegenheit. Mir bleibt kein Raum, um ausführen zu können, welche Strafen den Bauern erwarten sollten,

falls er die neuen Satzungen sabotierte¹¹). Sogar Nachlässigkeit wird als «Verrat am gemeinsamen Besitz» bezeichnet und als solcher bestraft. Ich will einen Einzelfall herausgreifen, den ich durch einen bulgarischen Freund erfuhr, denn er erhellt sehr gut einen der wichtigsten Pläne der herrschenden kommunistischen Politik in Bulgarien. Im Heimatdorf meines Gewährsmannes gibt es ein Kooperativ für Bauern und eines für Industriearbeiter. Es wird streng darauf geachtet, dass beide Gruppen genau die gleiche Anzahl von Lebensmittelkarten erhalten. Das ist doch wirklich anständig, allerdings – die Gruppe der Industriearbeiter zählt 14 Personen, die der Bauern 500. «Rezept für gemischtes Pferde- und Kaninchengulasch: Man nehme ein Pferd und ein Kaninchen...»

Die Mitgliedschaft zum Kollektiv ist «freiwillig». Was das auf sich hat, erkennt man aus den Ausführungen von Ministerpräsident Tschewtschew, wie es den Bauern ergeht, die nicht mitmachen. «Alle Traktoren und landwirtschaftlichen Maschinen der nicht zum Kooperativ gehörenden Bauern werden beschlagnahmt», und «in Zukunft dürfen nur jene Bauern, die auf Kooperativgütern arbeiten, Traktoren und Maschinen besitzen». Nach diesen Schlaglichtern können wir uns wohl weitere Einzelheiten ersparen. Bauern, die keine Maschinen verwenden dürfen, können das Ablieferungssoll nicht erreichen, geschweige dass ihnen etwas zur Ernährung für sich und die Familie übrig bleibt. Also entweder «freiwillig» sich anschliessen oder verhungern.

Wir haben schon mehrfach feststellen können, dass Bulgarien das Land ist, in dem Russland die radikalsten Kuren ausprobiert. Dort setzte man zuerst mit der Unterdrückung der Religionsfreiheit ein oder überliess die Verwaltung örtlichen Sowjets¹²). Wie schon gesagt, war Bulgarien das erste Land mit einer offiziellen Einpartei-Regierung. Dimitroff war der Führer des ersten Satellitenstaates, der die Diktatur des Proletariats ausrief. Für das scharfe Vorgehen in Bulgarien scheint Russland zwei Gründe zu haben. Abgesehen von Rumänien ist es jenes Land, das sich schon geographisch am besten überwachen

lässt. Aber während die Russen einen Rumänen verachten und von ihm gehasst werden, fühlen sie sich den Bulgaren in Rasse und Sprache eng verwandt und erwarten, dass diese sich für die erwiesene Gunst zwanglos in die zugewiesene Rolle fügen werden. Bulgarien ist auch aus strategischen Gründen für Russland wichtig. Es flankiert das feindselige Jugoslawien. Seit Tito den Hauptweg gesperrt hat, ist Bulgarien der einzige direkte Zugang nach Griechenland. Ausserdem grenzt es an die Türkei, auf die Russland von allen Seiten einen Druck ausüben möchte. Wie wir weiters gesehen haben, ist Bulgarien ein wundervolles Instrument für Interventionen in der mazedonischen Frage. Mit Ausnahme von Polen ist es jener Staat, der Russland beim gegenwärtigen Stellungbeziehen europäischer Mächte nützlich sein kann. Es ist sicher kein Zufall, dass Bulgarien und Polen die ersten Staaten waren, die die Ehre hatten, hohe sowjetische Offiziere als Oberbefehlshaber ihrer Soldaten zu erhalten.

Die Opposition in Bulgarien hat zwei Wurzeln, eine davon ist der Nationalismus. Man kann ihn Titoismus oder Kostoffismus nennen, immer ist er Verrat. Mit Nationalisten verfährt man wie mit einem Petkoff oder Kostoff. Diese zwei, mögen sie auch Antipoden gewesen sein, sind genau genommen nur augenfällige Beispiele für Zehntausende, die wegen ihres Widerstandes gegen die Kommunisierung oder die Sowjetisierung ihres Landes schwer gelitten haben. Wen der edle Petkoff oder der schändliche Kostoff auch zu Nachfolgern haben mögen, immer wird auf sie das gleiche, ausweglose Schicksal warten.

Die zweite Wurzel der Opposition liegt in der Bauernschaft, die sich weigert, in Erntesklaverei zu versinken. Die Bauern glauben nicht, dass man sie in die Kollektive zwingt, um ein hohes soziales Ziel zu erreichen, sondern damit eine Gruppe von Ausbeutern sie und das Land besser in der Hand haben kann. Die Sabotage der Ernte unter der Parole «Kein Körnchen Getreide für die Russen» hat stark um sich gegriffen. In den Kommunisten sehen sie alles verkörpert, was sie hassen – den

städtischen Faulenzer und den Regierungsbürokraten. Diese Zugereisten in den Dörfern, die oft einen fremden Akzent sprechen und städtische Kleider tragen, nötigen die Bauern aus egoistischen Gründen zum Eintritt in das Kollektiv. Wer sich dem fügt, ist nur um einen Grad besser daran, als wer sich weigert – man erlaubt ihnen zu leben, während die anderen verhungern müssen. Aber sie leben als Leibeigene, denn sie müssen schwer arbeiten, um andere zu unterhalten, die es sich leichter machen, oder nicht mehr tätig sein können. Bei der letzten Gruppe handelt es sich um Bauern, die sich heruntergewirtschaftet haben und jetzt froh sind, mit denen in Verbindung zu kommen, die ihren Besitz gepflegt haben. Zu den ersteren zählt das «überflüssige Stadtvolk», das nie gelernt hat, «sein Brot zu verdienen». Es spielt keine Rolle, dass man diesen Argumenten auch noch, eine andere Antwort entgegensetzen könnte als Gewalt. Die Antwort, die in Bulgarien gegeben wurde, hiess eben – Gewalt.

Nur wenn ein Verbündeter von aussen her erschiene – das aber setzt eine Weltkrise voraus –, hätten alle, die frei sein wollen, eine letzte Chance, indem sie sich mit denen, die frei sind, verbünden. Nur dann könnte aus den beiden Wurzeln der bulgarischen Opposition gegen Kommunismus und Sowjetisierung ein fruchtbringender Baum wachsen.

Anmerkungen zu Kapitel 18

¹⁾ Die von Dimitroff herausgegebenen Statistiken vom 7. Oktober 1945, zitiert von Albert A. Brandt, «Harper's Magazine», Dezember 1949.

²⁾ «Borba», 29. September 1949.

³⁾ N. Worobyew, «Neue Zeit», Moskau, 7. September 1949.

⁴⁾ «Für einen immerwährenden Frieden, für eine Volksdemokratie!» Bukarest, 18. November 1949.

⁵⁾ Am 1. Februar 1950 wurde Tscherwenkoff der Nachfolger von Wasil Kolaroff, der am 23. Jänner gestorben war. Tscherwenkoff, Dimitroffs Schwager, hat viele Jahre in Moskau verbracht.

⁶⁾ Harry Schwartz, «The New York Times», 18. Mai 1950.

⁷⁾ Zitiert von Michael Padev, «Manchester Guardian», 16. August 1949.

⁸⁾ «New York Herald Tribune», 16. April 1950.

⁹⁾ Zitiert in «The Economist», London, 16. Juli 1949.

¹⁰⁾ Aussendung des bulgarischen Radios, Sofia, 20. Juli 1949, über die zum erwähnten Zeitpunkt erfolgten Vorgänge in der bulgarischen Grossen Nationalversammlung.

¹¹⁾ Einzelheiten in «The Economist», London, 27. Mai 1950.

[¹²⁾ Die Religionsverfolgung in Bulgarien begann gegenüber den orthodoxen Christen, was zur Folge hatte, dass sich zahlreiche Angehörige der Orthodoxie den Muselmanen anschlossen, um so getarnt ihren religiösen Übungen nachgehen zu können. Daher begann sodann im ganzen Land eine systematische Zerstörung zahlreicher Moscheen. So wurden in Widin alle 13 Moscheen niedergerissen, in Trinowo die Koranschulen und die 12 Moscheen, in Plowdiw (Philipopel) die bekannte Sabaheddin-Moschee. Auch die Gebetshäuser in Razgrad und Plewen erlitten dasselbe Schicksal.]

19

VOM NEEENSATELLITEN ZUM SATELLITEN

In unverbrüchlicher Treue und Brüderlichkeit sind wir mit dem heldischen Volk von Titos Jugoslawien verbunden, das der Garant der Freiheit, Unabhängigkeit und Souveränität unseres sowie der übrigen Balkanstaaten ist. Seine Gesinnung der Einigkeit und Brüderlichkeit hat unserem Land während des Krieges selbstlose kameradschaftliche Hilfe zuteil werden lassen und ermöglicht jetzt die umfassende Entwicklung unseres neuen Lebens.

*Enver Hodscha, Ministerpräsident von Albanien,
Silvester 1948.*

Die diplomatischen Vertreter der Westmächte sind in allen Satellitenstaaten fortwährenden Belästigungen ausgesetzt. Da ausserdem jeder Versuch, sich selbst die allergewöhnlichsten Informationen zu verschaffen, als Spionage bezeichnet wird und die Bewegungsfreiheit der Diplomaten stricte auf ganz genau festgelegte Gebiete begrenzt ist, beschäftigen sie sich meist damit, Nachrichten aus der lokalen Presse zu beziehen und sich beim Auswärtigen Amt darüber zu beklagen, wie man sie andauernd belästigt und beschimpft. In Tirana, der kleinen albanischen Hauptstadt, sind sie besonders isoliert und fühlen sich nutzloser als anderswo. Die einzigen Weststaaten von Bedeutung, die dort Gesandtschaften unterhalten, sind Frankreich und Italien, und die wenigen Gesandtschaftsangehörigen unterliegen besonders scharfer Überwachung. Zeitungsnachrichten aus der lokalen und ausländischen Presse können den Mangel an offiziellen Informationen über albanische Belange nicht wettmachen. Die albanischen Zeitungen selbst haben nur propagandistische Bedeutung, sie sind zudem nicht sehr zahlreich und womöglich noch unreifer als die Presse der übrigen

Satellitenstaaten, die doch einige kosmopolitische Tradition hat. Bald nach dem Krieg wurden alle ausländischen Journalisten, sofern sie nicht Kommunisten oder deren Mitläufer waren, des Landes verwiesen. Albanien ist mithin der Satellit, über den wir am wenigsten unterrichtet sind, und vieles von dem, was wir zu wissen glauben, ist Gerücht oder Kombination.

Die Albaner sind daran gewöhnt, dass die Welt wenig von ihnen weiss, sogar an die Rolle eines Satelliten sind sie gewöhnt, obwohl ihr, trotz allen religiösen und Stammesfehden ungewöhnlich starkes Nationalgefühl sie diese Dinge durchaus nicht mit Gleichmut hinnehmen lässt. Als ich vor vielen Jahren das letztmal im Land weilte, stritten dort Italien und Jugoslawien um die Vorherrschaft. Italien blieb Sieger, vertrieb König Zogu und annektierte 1939 das Land. Mussolinis Aussenminister Ciano hat über die Ankunft einer Gruppe Albaner in Rom berichtet, die mit trotzig verbissenem Gesicht dem Duce die verlangte Unterwerfung bezeugten, und denen zu den im alten Rom bei den Triumphzügen mitgeführten Sklaven nur der eiserne Halsring fehlte. Die Genugtuung kam, als Mussolini an den Beinen aufgehängt wurde und Titos Anerkennung als alliierter Sieger erfolgte. Der neue Diktator, Enver Hodscha, war ein kommunistischer Guerillakämpfer, der während des Krieges mit den jugoslawischen Partisanen in Verbindung gestanden war. Diese Verbindung soll so eng gewesen sein, dass man einem Emissär Titos, Miladin Popovic, das Verdienst zuschreibt, im November 1941 die albanischen Kommunisten zu einer Partei vereinigt zu haben. Hodscha war eines ihrer ersten Mitglieder, und Titos Einfluss auf ihn, der aus jener Zeit stammte, dauerte bis zur Spaltung der kommunistischen Welt durch den Kominformstreit im Jahre 1948. Obwohl Hodscha niemals so sehr Titos Gefolgsmann war wie Zogus Nachfolger diejenigen Mussolinis, blieb sein Blick doch von allem Anfang an auf Jugoslawien gerichtet. Er erwartete von dort Hilfe jeder Art, technischen Beistand und sogar Geld. Moskau liess ihm ausser einer kleinen Militärmission nur eine nicht zu scharfe ideologische Kontrolle zukommen. Albanien

empfang das sowjetische Licht aus zweiter Hand, als Abglanz der Strahlen, die Russland auf Tito fallen liess.

Das war Moskau durchaus recht, solange Jugoslawien ein folgsamer Satellit war. In der Moskauer Presse spiegelt sich die Zufriedenheit mit den Leistungen Albanien wider. Man betrachte z.B. folgenden Artikel aus der «Trud», vom April 1948, den ein gerade aus Albanien zurückgekehrter Sonderkorrespondent verfasste:

«Mit der demokratischen Front wurde eine politische Orgiisation geschaffen, die alle Kräfte des Volkes vereint ... Die Agrarreform wurde durchgeführt und hat dem feudalen Grundbesitz ein Ende bereitet... Alle Industrie-, Transport- und Verkehrsunternehmungen des Landes sind verstaatlicht worden. Die Entwicklung der Kooperativen schreitet zufriedenstellend fort. Staatliches und kooperatives Eigentum bildet die wirtschaftliche Grundlage des neuen Albanien... Es gibt keine Arbeitslosigkeit mehr. Die Löhne steigen¹).»

Der russische Besucher berichtet weiter, dass Albanien «besonders enge Bindungen mit Jugoslawien und Bulgarien eingegangen sei», und fügt hinzu: «Schon während des Befreiungskrieges gegen den Faschismus entstanden die Grundlagen der Freundschaft zwischen dem jugoslawischen und dem albanischen Volk. Beide Nationen arbeiten Schulter an Schulter an der Wiederaufrichtung und Weiterentwicklung ihrer Wirtschaft.»

Ein Korrespondent von «The Worker», einer der wenigen Ausländer, die man ins Land liess, entwirft ein noch günstigeres Bild:

«Albanien ist industriell so wenig entwickelt, dass seine Einwohner Jugoslawien als den reichen, grossen Bruder ansehen, der ihnen immer helfen wird. Im letzten Jahr schickten die Jugoslawen, trotz ihrer eigenen Armut, eine Menge Lebensmittel nach Albanien, als dort der grösste Teil der Ernte durch Überschwemmungen vernichtet wurde. Jugoslawien stellte auch Schienen und

Lokomotiven für Albaniens erste und ängstlich gehütete Eisenbahn zur Verfügung. Jugoslawien hat zwei Drittel des albanischen Staatsbudgets bezahlt. Aufschriften ‚Rroft Tito‘ (Lange lebe Tito) sind fast ebenso häufig wie ‚Rroft Enver‘. Es ist nicht allgemein bekannt, dass Russland in der öffentlichen Wertschätzung den zweiten Platz einnahm. Dies änderte sich erst nach dem Bruch Titos mit der Kominform und einer Reise Hodschas nach Moskau, wo er Abkommen unterzeichnet hat, denen zufolge Russland im Austausch für Öl und Tabak die dringend benötigten Maschinen schicken wird. Die Aufschriften ‚Rroft Stalin‘ vermehrten sich beträchtlich²⁾.»

Dieser Korrespondent und andere Enthusiasten sahen die Dinge natürlich falsch. Besonders muss der Berichterstatte der «Trud» über seinen eigenen Mangel an Einsicht bestürzt gewesen sein, denn schon zwei Monate nach seiner Rückkehr aus Albanien begannen die sowjetischen Zeitungen ihre Kampagne gegen Tito, und bald behaupteten sie, er beute seinen kleinen Nachbarn schändlich aus.

Zunächst aber war Moskau noch der Meinung, dass Belgrad viel näher an Tirana liege als es selbst, dass es daher viel besser über die einheimischen Vendetten und Fehden unterrichtet und viel kompetenter bei der Lösung von Verkehrs-, Bewässerungs- und anderen örtlichen Problemen sei. Damit schien Hodschas Abhängigkeit von Tito als ganz natürlich und sie war es auch in hohem Masse. Albanien grenzt von zwei Seiten an Jugoslawien, und sein einziger anderer Nachbarstaat ist Griechenland, der traditionelle Landesfeind, und jetzt von den albanischen Kommunisten wegen seiner «monarcho-faschistischen» Regierung besonders gehasst. Als Hodscha im November 1944 seine Herrschaft in Tirana aufrichtete, war die jugoslawische Regierung die erste, die ihn anerkannte und mit ihm diplomatische Beziehungen aufnahm. Auch der erste und für lange Zeit einzige Wirtschaftsvertrag Albaniens hatte Jugoslawien zum Partner. Zwischen beiden Ländern wurde eine Zollunion errichtet und die albanische Währung an den Dinar gebunden.

Als Hodscha im Juni 1946 auf Staatsbesuch in Belgrad weilte, wurde ein Freundschaftspakt abgeschlossen, der dauernde enge politische Zusammenarbeit zu gewährleisten schien. Die Reorganisation der albanischen Armee wurde mit Hilfe einer jugoslawischen Militärmission durchgeführt. Man machte die serbokroatische Sprache zum Pflichtfach an den Schulen Albaniens, die Schulzimmer wurden mit albanischen und jugoslawischen Flaggen geschmückt, und Photos von Tito und Stalin flankierten das Bild Hodschas in den Amtsräumen. Um das Bild zu vervollständigen, liess man Albanien in der internationalen Politik nur eine zweitrangige Rolle spielen. Das wurde noch, dadurch betont, dass die Sowjetunion mit ihm nicht wie mit den anderen Satelliten einen Garantievertrag abschloss, und die albanische Partei nicht in die Kominform aufgenommen wurde.

Trotzdem kannte Hodscha kein Zögern, als Titos Ausschluss aus der Kominform ihn vor die Wahl zwischen Moskau und Belgrad stellte. Er zweifelte ebensowenig wie andere daran, dass Stalin seine Belgrader Marionetten auswechseln konnte, wann es ihm beliebte. C. L. Sulzberger, der massgebliche Auslandskorrespondent der «New York Times» und ein genauer Kenner Albaniens, ist der Ansicht, dass Hodscha die Entwicklung der Dinge schon 1947 vorausgesehen hat und auch beschloss, sich auf die Seite Moskaus zu stellen³). Es stimmt, dass er sich 1947 über das jugoslawische Programm beklagte, demzufolge Albanien an Tito Rohstoffe liefern und als Gegenleistung jugoslawische Waren kaufen sollte, – ein pikantes Gegenstück zu Titos späteren Äusserungen über Stalins Ansicht vom Verhältnis der kommunistischen Staaten zueinander. Doch schienen solche leise Töne der Unzufriedenheit gegenüber den leidenschaftlichen Freundschaftsbeteuerungen, die zwischen den beiden Staatsoberhäuptern fortwährend ausgetauscht wurden, bedeutungslos zu sein. Als aber der Juni 1948 kam, hetzte Hodscha mit der Meute. Vielleicht waren ihm die Wohltaten Belgrads insgeheim als drückende Last erschienen. Wahrscheinlicher aber ist es, dass er gegen sein besseres Gefühl handelte und durch besonders scharfes Vorgehen gegen seinen ehemaligen Freund und Gönner

jeden Verdacht entkräften wollte. Was auch der Grund sein mochte – Albanien war einer der ersten kommunistischen Staaten, die Tito offen angriffen, und jede neue Welle der Hetzkampagne wurde von der albanischen Presse und dem Radio mit grossem Stimmenaufwand angeführt.

Aber auch als Hodscha sich schon so fest wie möglich auf die russische Dampfwalze gesetzt hatte, fühlte er sich noch nicht sicher. Die technischen, wirtschaftlichen und militärischen Agenten Titos waren verschwunden, Eisenbahn und andere Verbindungen abgeschnitten, die Öllieferungen unterbunden und der jugoslawische Import gedrosselt. Die Zollunion mit Jugoslawien war gelöst. Die Militär- und Zivilmission der Russen, die seit Februar 1946 im Lande waren, wuchsen zu einer Stärke von 2.000 bis 5.000 Mann an. Ein Generalmajor der Sowjetarmee stand zur Verfügung, um die albanische Armee auszubilden, und ein anderer hoher russischer Offizier übernahm die Oberaufsicht über die Polizei. Aber die Rote Armee selbst war weit weg. Albanien hatte mit keinem Kominformstaat mehr direkte Berührung. Sowjetische Unterstützung konnte nur mehr auf dem Luftweg von Ungarn oder Bulgarien über jugoslawisches Hoheitsgebiet herangebracht werden oder per Schiff durch die Dardanellen und die Ägäis, per Schiene durch Österreich, über den unter alliierter Kontrolle stehenden Hafen von Triest und dann per Schiff durch die Adria, oder, der längste aller Wege, aber doch manchmal benützt, per Schiff aus der Ostsee durch die Strasse von Gibraltar. Die wirtschaftliche Situation des Landes verschlechterte sich zusehends. Hungersnot drohte. Bis jetzt hatten jugoslawische Getreide- und andere Lieferungen die Zeiten schlechter Ernten überbrückt. Schiffsladungen ähnlicher Art, die jetzt aus Russland in Durazzo oder Valona ankamen, waren mengenmässig ungenügend, und ein Grossteil davon war ausserdem für die griechischen Guerillas bestimmt. Mit dem griechischen Bürgerkrieg stand es nicht gut, und zu der Schwierigkeit, das mit Fassung zu ertragen, kam noch, dass die Verwundeten und Flüchtlinge, die in Albanien Schutz suchten, eben Griechen waren, gewiss, kommunistische Griechen,

aber deshalb von den Albanern, die sie betreuen mussten, nicht lieber gesehen. Das Schlimmste aber war, dass Tito sich nicht nur um seine eigenen Angelegenheiten kümmerte, sondern seine Propaganda für die Unabhängigkeit kommunistischer Regierungen und Parteien in alle Welt hinausposaunte. Hodscha war sich nicht so sicher, ob dies nicht gewissen seiner Gefolgsleute lieblich in den Ohren tönte, solchen etwa, die von Anfang an jugoslawische Lehrmeister gehabt hatten, oder solchen, die der Partei mehr aus nationalen als aus sozialen Motiven beigetreten waren. Unter den jüngeren Parteigenossen empfanden viele den Kommunismus als ein «Pis aller», als alle anderen Methoden, gegen die Zerstörung von Albanien's Unabhängigkeit zu protestieren, blockiert schienen.

Der Einsatz des Kremls für die albanische Karte war zu gross, als dass man riskieren konnte, es in Titos Lager übergehen zu lassen. Es wäre unerträglich gewesen, wenn ein zweites Mitglied der kommunistischen Familie, und sei es das kleinste und unbedeutendste, den falschen Göttern huldigte. Ausserdem stellte die Parteipropaganda zu dieser Zeit Tito immer noch als die Einzelpersone einer wahnwitzigen Grosssprecherei hin. Selbst wenn sich ihm jetzt eine so unbedeutende Person wie Hodscha anschloss, konnte er den Anschein des Oberhauptes einer Bewegung von internationalem Ausmass erwecken. Aber mehr als nur «Gesicht» stand auf dem Spiel. Dieses kleine Land unfruchtbarer Gebiete, Malariasümpfe und schneebedeckter Berge spielte in der weltweiten Strategie des russischen Kolosses eine Rolle. Tito brauchte sich nur zu entschliessen, die griechische Grenze zu sperren – und es war anzunehmen, dass dies geschah, sobald die griechischen Kommunisten sich auf die Seite der Kominform stellten⁴⁾ –, um Albanien zum einzigen Verbindungsweg für den Nachschub der kommunistischen Truppen in Nordwestgriechenland zu machen.

Albanien ist für die Sowjetstrategie aber noch weit über Balkanbelange hinaus wichtig. Im Falle eines Krieges mit dem Westen wäre für die Russen eine U-Boot-Basis, jenseits der von der Türkei kontrollierten Dardanellen, von unabsehbarer Be-

deutung. Russlands Erkenntnis dieser Tatsache zeigte sich schon bei Kriegsende, als Ingenieure der Sowjetmission den italienischen Marinestützpunkt auf Saseno, einer dem Hafen von Valona vorgelagerten Insel, übernahmen. Dort stationierte man russische U-Boote. Damit hält Russland die Strasse von Otranto unter Kontrolle. Da die Insel nur 50 Meilen von der italienischen Küste entfernt ist, schliesst es damit die Adria vom Hauptbecken des Mittelmeeres ab. Solange Jugoslawien dem Sowjetblock angehörte, bedeutete es, dass russische und jugoslawische Flotteneinheiten von den jugoslawischen Häfen Cattaro und Spälato aus Bari, Ancona und andere italienische Marinestützpunkte ungehindert angreifen konnten, ebenso wie Foggia, das dem Vernehmen nach die zukünftige amerikanische Bomberbasis für den Langstreckeneinsatz sein soll. Ferner wären dann das östliche und zentrale Mittelmeerbecken und der grösste Teil Nordafrikas, für die gegenwärtige amerikanische und britische Strategie wichtiger denn je, innerhalb der Reichweite der auf jugoslawischen und albanischen Flugplätzen stationierten Bomber gelegen. Mit Titos Ausscheiden aus dem sowjetischen Lager wurde es notwendig, sich zur Durchführung dieser Pläne ganz auf Albanien zu konzentrieren. Ohne Saseno und die albanischen Flugplätze (letzten Meldungen zufolge gibt es ungefähr zehn, die Hälfte davon so weit ausgebaut, dass sie für den Einsatz schwerer Bomber gebraucht werden können) wären die russischen U-Boote aus dem Mittelmeer verbannt und die Sowjetbomber müssten bis ins Donautal zurückverlegt werden. Wir haben natürlich keine direkten Informationen über das tatsächliche Ausmass der russischen Aktivität auf Sesano. Doch sind ausländische Spionageorganisationen, die mit Elementen der albanischen Untergrundbewegung in Verbindung stehen, der Ansicht, dass die Zeitungsgeschichten über ausgedehnte unterirdische betonierte U-Bootbunker zwar übertrieben sind, aber die Massierung der Befestigungen Saseno's doch eine beträchtliche Bedrohung der alliierten Flottenbewegung im Mittelmeer sowie auch der militärischen Einrichtungen in Italien und Nordafrika bedeutet.

Mit solchem grossen Einsatz auf der kleinen albanischen Karte musste der Kreml Hodscha natürlich befehlen, alle gefährlichen Regungen von Nationalgefühl in der albanischen Kommunistischen Partei gründlichst auszurotten. Während des Krieges hatte es in Albanien eine vielversprechende nationale Bewegung gegeben, aber ihre Führer hatten aus verschiedenen Gründen an Einfluss verloren; einige, weil sie mit den Kommunisten zusammenarbeiteten, andere, weil sie sich auf die Seite Deutschlands stellten, das nach der Kapitulation Italiens dessen Stelle einnahm, und andere wieder, weil die amerikanische und englische Propaganda zur Unterstützung der jugoslawischen Partisanen sich auf die Seite der albanischen Kommunisten stellte, besonders nachdem die Landung der Alliierten in Italien für Churchill die Möglichkeit der Entsendung einer alliierten Expedition auf den Balkan in den Bereich des Möglichen rückte. Als Hodscha im November 1944 in Tirana seine Regierung ausrief, tat er, als ob er mit den noch vorhandenen nichtkommunistischen Elementen Zusammenarbeiten wolle, wenn sie sich bereit erklärten, der neuen «demokratischen Front» beizutreten, jener Organisation, die jetzt die ausgesprochen kommunistische «Nationale Befreiungsfront» der Kriegszeit ablöste.

Aber mit der zunehmenden Festigung der Stellung der Kommunistischen Partei schwand die Notwendigkeit von Konzessionen an patriotische, nationale und demokratische Elemente. Und nach der Ein-Listen-Wahl vom 2. Dezember 1945 hörte sie gänzlich auf. Die Monarchie war sowohl de facto als auch dem Namen nach erledigt, die volksdemokratische Republik Albanien ausgerufen und jene Nichtkommunisten, die mit Hodscha zusammengearbeitet hatten, waren entweder ins Ausland geflohen oder erschossen worden. Jetzt folgten die Agrar-»Reform«, die Verstaatlichung der geringen Industrie des Landes, die Ausmerzungen der privaten Geschäftsleute und alle die anderen Massnahmen, die dem oben zitierten Sowjetkommentator so gefallen hatten.

Zu den stärksten Zündmitteln für das albanische National-

gefühl gehören der albanische Anspruch auf das zu Jugoslawien gehörige Gebiet von Kossovo, wo es eine albanische Minderheit gibt, und der griechische Anspruch auf jene Teile des Nordepirus mit griechischer Minderheit. Propaganda für die Annexion des einen Gebietes und gegen die Abtretung des anderen gehören zu den üblichen Schlagworten albanischer Patrioten.

Im Jahre 1941 annektierte Italien Kossovo für Albanien – eine der billigen Belohnungen für Mussolini beim deutschen Sieg über Jugoslawien. Diese Handlung verstärkte die jugoslawische Resistance, besonders seitens der serbischen Tschetniks, denn die Ebene von Kossovo nimmt in der serbischen Geschichte wie im Herzen serbischer Patrioten einen besonderen Platz ein. Nach der Vertreibung der Italiener und der Deutschen fiel der Distrikt wieder an Jugoslawien zurück. Es war eine der Gegenleistungen Hodschas für die jugoslawische moralische und praktische Unterstützung, der Kossovo-Propaganda ein Ende zu setzen.

Die Entwicklung an der anderen Front verlief für Hodscha günstiger. England war, teils aus byronesken Gefühlen, teils aus Interessen des Empire, seit je ein Freund und Beschützer Griechenlands, und unter der Truman-Doktrin beteiligten sich die Vereinigten Staaten daran. Hodscha konnte auf die Tatsache hinweisen, dass die beiden Westmächte den griechischen Kommunisten ebenso feindlich gegenüberstanden wie seinem eigenen Regime, während die Sowjetunion beiden freundlich gesinnt war. Auf dieser Basis konnte er folgern, dass die griechische Regierung, wenn sie im Bürgerkrieg siegte, die Unterstützung Englands und vielleicht auch Amerikas bei der Forderung nach dem Nordepirus haben würde, während bei einem Sieg der griechischen Kommunisten die Sowjetunion darauf achten würde, dass diese kein Territorium eines Bruderlandes beanspruchten.

Alles in allem muss der Sowjetunion sehr viel am Schutz von Albanien Interessen gelegen sein, denn das umstrittene Land im Süden nimmt fast ein Viertel des gesamten Staatsgebietes

von Albanien ein und ist für den Bestand des Staates ungleich wichtiger als die von Jugoslawien beanspruchten Gebiete. In der letzten Zeit, seit der griechische Kommunismus zu Boden liegt und die jugoslawisch-albanischen Beziehungen so schlecht wie nur möglich sind, hat sich das Verhältnis umgekehrt. Doch kann Hodscha für sich anführen, dass ein allgemeiner Sieg des Kommunismus die einzige Garantie für eine günstige Lösung des Konflikts mit Griechenland ist, und jetzt hat er auch freie Hand, die angebliche Unterdrückung der Albaner in Kossovo anzuprangern und zu behaupten, dass ein «echt» kommunistisches System in Belgrad seinen Landsleuten die gute Behandlung zuteil werden liesse, die ein «falscher» Genosse wie Tito ihnen nicht angedeihen lässt.

Hodscha fühlt sich also eigentlich unsicher, und das nicht nur aus den eben erwähnten Gründen. Er muss sich ständig darüber unklar gewesen sein, wie man im Kreml über ihn dachte. Wie weit traute man in Russland seiner Treue? Er war Titos Freund gewesen, hatte ihm unzählige Male laut und heftig seine Liebe beteuert und geschworen, für ihn bis zum letzten Atemzug zu kämpfen. Wie konnte er jetzt glaubhaft machen, dass er zwar den einen Verbündeten verraten, trotzdem aber dem nächsten die Treue halten würde?

Der zweite Mann im Staate nach Hodscha war Generalleutnant Koci Dschodsche, der stellvertretende Ministerpräsident und Aussenminister sowie Organisationssekretär der Partei, ein fähiger Theoretiker und trotz aller Unbarmherzigkeit, ein Köhner. Er war seinerzeit wie Hodscha Titos engster Bundesgenosse, aber er hatte ebensowenig wie sein Vorgesetzter auch nur den Bruchteil einer Sekunde gezögert, ins Lager von Titos Gegnern zu schwenken. Sofort nach der Verdammung des «neuen Trotzki» durch die Kominform wetteiferte er mit Hodscha darin, seines ehemaligen Freundes ideologische Irrlehren und politische Perfidie anzuprangern, Stalin als dem Quell aller kommunistischen Weisheit Lobchöre zu singen, und die Sowjetunion als Albaniens einzigen Schützer in den Himmel zu heben. Im Sommer 1948 leitete er als Minister des

Innern die Säuberung der Partei und der Regierung von allen des Titoismus Verdächtigen.

Welch überzeugenderen Beweis seiner eigenen Treue konnte Hodscha bieten, als die Opferung seines besten Freundes und engsten Mitarbeiters? Dschodsche anzuklagen war fast so wirksam, wie sich selbst anzuklagen, nur bedeutend angenehmer. Er berief das Zentralkomitee im September zu einer Zusammenkunft nach Berat, und nachdem es seinem Bericht gelauscht hatte, dass Dschodsche, der Liquidator der Titoisten, selbst raffiniert getarnter Titoist sei, entschied man durch Abstimmung, dass dies sich in der Tat so verhielte, und beschloss seine Liquidierung. Mit in die Sache verwickelt wurden ferner Pandi Christo, der ehemalige Präsident der Kontrollkommission, ehemaliger Staatssekretär im Aussenamt der Exilregierung, der sich 1939 gegen den Hitler-Stalin-Pakat aussprach, und Nosti Kerentyi, ehemaliger Präsident der staatlichen Planungskommission, beide wie Dschodsche Mitglieder des Politbüros, und dazu noch mehr als ein Dutzend andere einflussreiche Beamte und Parteimitglieder. Zunächst wurde Dschodsche aus seiner einflussreichen Stellung entfernt und zum Industrieminister ernannt. Der von Moskau ausgesuchte und dort geschulte General Mehmet Schehu (früher Verkehrsminister und Generalstabschef) half Hodscha bei der Durchführung dieses Manövers. Er wurde nun als Nachfolger Dschodsches zu Nummer zwei im Staate. [Seine «Linientreue» wird am besten dadurch beleuchtet, dass er im März 1950 auf seinen Namensvetter Abedin Shehu, der in einer Parteisitzung die Sowjetunion «beschuldigte, Albanien im Stich gelassen zu haben, kurzerhand die Pistole anlegte.] Dschodsches neue Stellung wurde im albanischen Radio am 2. Oktober 1948 bekanntgegeben. Bevor der Monat um war, hatte er sie wieder eingebüsst, war aus der Partei ausgestossen und als «Agent der trotzkistischen jugoslawischen Emissäre» verhaftet worden. Er wurde schuldig erklärt, «Hauptbandit der trotzkistischen Gruppe von Volksfeinden» zu sein⁵), und am 11. Juni 1949 erschossen.

Hodscha mag ausser dem Wunsch, Stalin einen dramatischen

Beweis seiner Treue und seines Pflichteifers vor Augen zu führen, noch andere Beweggründe gehabt haben. Vielleicht schien ihm die Gelegenheit günstig, sich seines gefährlichsten Nebenbuhlers zu entledigen. Auch dürfen wir die Möglichkeit nicht ausser Acht lassen, dass sogar Kommunisten manchmal wirklich nach den Beweggründen handeln, die sie laut anführen. Hodscha mag über Dschodsche die Wahrheit gesagt haben. Der Innenminister mag vielleicht wirklich ein paar harmlose Titoisten aus dem Weg geräumt haben, um die Tatsache zu tarnen, dass er viel bedeutendere verschont und sich mit ihnen verschworen hatte, Albanien bei nächster Gelegenheit in das Antikominformlager zu bringen.

Ein Journalist der Moskauer «Neuen Zeit» gibt uns eine Zusammenfassung der sowjetischen Ansicht vom Fall Dschodsche:

«Koci Dschodsche war ein wendiger, kleiner Mann, der die Brutalität eines Wolfes mit der Feigheit eines Schalks vereinte. Er hat sich mit kriecherischer Geschicklichkeit wie ein Wurm ins Innenministerium und ins Zentralkomitee der Partei hineingebohrt. Er überflutete das Land mit dem Geifer, den Tito ausspie, verhalf diesem dazu, die albanische Wirtschaft zu sabotieren, und vergewaltigte das Aussenhandelsmonopol und die souveränen Rechte der Republik. Titos Wirtschaftshyänen durchsetzten das Land, plünderten seine Warenreserven, kauften mit wertlosen Dinars Vieh, Getreide, Olivenöl, Obst, Wolle, Wein, Tabak und die wertvollen Handwerkerzeugnisse, das Werk der albanischen Bauern, auf. Diese Güter wurden per Achse und Schiff nach Jugoslawien gebracht und auf den Belgrader Märkten und in Spekulantengeschäften zum hundertfachen Einkaufspreis abgesetzt⁶).»

Noch einige Monate nach Dschodsches Hinrichtung häuften Regierung und Presse Albaniens Beschimpfungen und Anwürfe auf Jugoslawien, wahrscheinlich in der Annahme, dass es in

der albanischen Partei immer noch nationale Elemente gäbe, die jederzeit einen Anti-Kominformcoup starten konnten. Mit einiger Hilfe von aussen hätte sich voraussichtlich eine Revolte durchführen lassen. Doch hielten sich die Jugoslawen zurück, weil sie fürchteten, es könne eher mit einer antikommunistischen als mit einer protitoistischen Revolution enden, und die Westmächte wieder fürchteten, dass jeder Vorfall auf dem Balkan die Ausrede für eine russische Intervention darstellen könne, besonders da der griechische Bürgerkrieg noch nicht beendet war.

Italien, Albaniens nächster westlicher Nachbar von Bedeutung, hatte gar kein Interesse daran, dass die Albanienfrage wieder aufgerollt wurde, da dies immerhin mit der Aufteilung des Landes zwischen Jugoslawien und Griechenland enden konnte. Wie Graf Sforza mir im Frühling 1950 (als Gerüchte über einen möglichen Sturz Hodschas umgingen) erklärte, ist es im Interesse Italiens besser, wenn jenseits der Strasse von Otranto ein kleiner, und nicht ein mittlerer oder Grosstaat liegt. Er fügte hinzu: «Abgesehen von unseren politischen Gründen für das Weiterbestehen eines ungeteilten Albanien, haben wir noch einen moralischen. Ich war immer dagegen, die Albaner mit Gewalt zu Italienern zu machen. Jede Regierung, der ich angehöre, wird verhindern, dass man sie zu Jugoslawen oder Griechen macht.»

Hodscha blieb also am Ruder. Ob er tatsächlich noch das eigentliche Oberhaupt ist oder ob er zur Marionette von Mehmet Schehu wurde, lässt sich nicht mit Sicherheit sagen. Aber obwohl die Chance einer erfolgreichen Revolte in Albanien geschwunden schien, verblieb die Gefahr eines albanisch-griechischen Zusammenstosses. Der Rückzug der griechischen Guerillas in den Nordepirus bot endlose Anlässe zu Zwischenfällen, und es bestand sogar Grund zu Befürchtungen, dass die griechischen Kommunisten im Auftrag Russlands die griechische Regierung provozieren sollten, sie über die albanische Grenze hinweg zu verfolgen. Ein griechischer Einfall in Albanien würde die jugoslawische Regierung vor das Dilemma stellen,

ob sie den Kominformfeind gegen die griechischen «Monarcho-Faschisten» unterstützen oder ob sie es wagen sollte, sich als den geheimen Verbündeten der Reaktion hinstellen zu lassen. Tito fürchtete, dass Stalin ihn vor diese Alternative stellen und jede seiner Handlungen als Grund zu einer Intervention benützen würde. Alle Ereignisse in dieser Zeit deuteten darauf hin, dass Moskau einen Coup plante. Im Herbst 1949 wurde der grosse Budapester Prozess gestartet, in dem Laszlo Rajk, der ehemalige Innenminister, der Verschwörung mit Tito zum Sturz des Regimes angeklagt wurde. In Belgrad stellte Moscha Pijade fest, dass die Sowjets einen Grund suchten, gegen Jugoslawien mit Waffengewalt vorzugehen. Er äusserte, dass sie, wenn der Rajk-Prozess ihnen keinen derartigen Anlass böte, einen griechisch-albanischen Krieg entfachen, Tito des geheimen Bündnisses mit Athen anklagen und Hodscha entweder selbst gegen Jugoslawien und Griechenland zur Hilfe kommen oder die Satellitenarmeen entsenden würden.

Legal gesehen, war Titos Stellung schwierig, denn allen Entwicklungen zum Trotz bestand der jugoslawisch-albanische Beistandspakt noch immer. Bis jetzt hatte Tito vermieden, von sich aus ein Bündnis mit den früheren Kominformgenossen zu kündigen. Die anderen sechs Mitglieder des sowjetischen Blocks hatten eines nach dem anderen die Verträge mit Jugoslawien gelöst. Nur Albanien hatte gezögert, um Tito in seiner unangenehmen Lage zu lassen. Schliesslich empfand es Tito unerträglich, entweder Albanien gegenüber Bündnispflichten erfüllen zu müssen oder der Hilfe und Vorschubleistung für die Athener Regierung und ihre westlichen Hintermänner beschuldigt zu werden, und er sagte am 12. November 1949 das jugoslawisch-albanische Bündnis auf.

Die jugoslawische Note malte natürlich ein gänzlich anderes Bild als die oben zitierte Moskauer «Neue Zeit». Sie stellte sich eher auf den Standpunkt der Berichterstatter von «The Worker» und diverser Sowjetreporter aus einer Zeit, als es noch niemandem einfiel, Titos Wohltaten Hodscha gegenüber anzuzweifeln. Der Belgrader Version nach gibt es keinen Zweig

des albanischen Lebens, in dem das Land nicht der jugoslawischen Grosszügigkeit zu tiefstem Dank verpflichtet wäre. 1946 schickte die jugoslawische Regierung Albanien 20.000 Tonnen Weizen, «ohne dafür irgendeine Gegenleistung zu fordern». 1947 stellte es 2.000 Millionen Dinar für den albanischen Aufbau zur Verfügung, eine Summe, die «mehr als die Hälfte des albanischen Budgets betrug». Und 1948 gab es eine neuerliche Schenkung von 3.000 Millionen Dinar, welche ebensowenig wie die des Vorjahres mit irgendwelchen Rückzahlungsbedingungen verbunden war. Dank dieser Beihilfen konnte Albanien jugoslawische Lokomotiven, Autos, Lastwagen, Schiffe und landwirtschaftliche Maschinen kaufen. Als es zusätzlich eine automatische Telefonzentrale für Tirana, eine moderne Druckereianlage und eine Radiostation verlangte, erhielt es dies alles als eindeutiges Geschenk. Ferner erbat und erhielt es die leihweise Überlassung von jugoslawischen Experten und Facharbeitern der verschiedensten Gebiete, ausserdem jugoslawische Militärinstructoren und Schullehrer. Und mehr als 1500 albanische Schüler und Studenten haben in Jugoslawien mit jugoslawischen Stipendien studiert. Das und noch mehr tat Jugoslawien laut seiner Note, um ein praktisches Beispiel zu geben für «das Prinzip der wahren sozialen Hilfe für ein rückständiges Land, eine Hilfe, frei von aller Ausbeutung und ohne Bedingungen politischer Art». In der Note heisst es weiter: «Zum erstenmal realisiert sich die neue sozialistische Form der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen zwei sozialistischen Ländern, das heisst, eine Zusammenarbeit, frei von kapitalistischen Merkmalen der Ausbeutung des wirtschaftlich Schwächeren durch den wirtschaftlich Stärkeren.» Bucharin persönlich hätte die leuchtenden Verdienste dieses Beispiels nicht schlagender formulieren können.

Die jugoslawische Note häufte weiterhin glühende Kohlen auf Hodschas Haupt, indem sie seine Beteuerungen ewiger Freundschaft und Dankbarkeit für alle diese Wohltaten seitens des «brüderlichen Volkes von Marschall Tito» zitierte. Warum, fragte sie dann, war diese Dankbarkeit plötzlich erloschen und

die Freundschaft ins Gegenteil gewandelt? Die Antwort hiess, dass Hodscha sich als Werkzeug für jene Leute hergegeben habe, die das jugoslawisch-albanische Beispiel einer echt sozialistischen Zusammenarbeit «auszurotten» wünschten. Diese Leute, d.h. der Kreml, fürchteten den Eindruck, den eine solche Zusammenarbeit hervorrufen könnte, fanden sie «hassenswert» und waren entschlossen, sie in Zukunft zu unterbinden. Ganz von selbst wurde der Mann, den Hodscha als gefügiges Werkzeug Jugoslawiens, als personifizierten Nationalisten und anti-sowjetischen Ketzler hatte hinrichten lassen, in den Augen Belgrads zum echten Helden, zum Märtyrer seiner Entschlossenheit, Albaniens nationale Rechte zu wahren und die Hegemonie Stalins zu bekämpfen. Ein naher Vertrauter Titos, Milovan Djilas, nannte Dschodsches Hinrichtung «Mord». Er sagte, sie sei von der Kominform bestellt gewesen, «um alle jene Mitglieder der kommunistischen Parteien zu erschrecken, die im Verhältnis der einzelnen kommunistischen Parteien zueinander Gleichheit, Moral, Wahrheit und Gerechtigkeit fordern». Ob Dschodsche solche Lobsprüche verdient hat oder nicht, es gibt keinen Zweifel darüber, dass sein Prozess Teil einer genau durchdachten Kampagne gegen die «nationale Abweichung» auf allen Gebieten der Kominformfront war⁷). Im selben Monat Juni zog man in Bulgarien einen anderen kommunistischen Parteisekretär, Treitscho Kostoff, von seinen Regierungs- und Parteiposten zurück, verhaftete ihn als Titoisten und bereitete alles zu seiner Verurteilung und Hinrichtung vor. Dieser Juni war auch der Monat, in dem ein anderer Innenminister, Laszlo Rajk, in Ungarn von seinen Regierungs- und Parteiposten enthoben, als Titoist verhaftet und seine Verurteilung und unvermeidliche Hinrichtung vorbereitet wurde.

Anmerkungen zu Kapitel 19

¹⁾ L. Golubnitchy, «Trud», Moskau, 25. April 1940. («Sowjet Press Translations», 15. Juni 1940.)

²⁾ Helen Simon im Bericht aus Tirana, in «The Worker», New York, 20. September 1947.

³⁾ «The New York Times», 5. April 1949.

⁴⁾ Die griechisch-jugoslawische Grenze wurde offiziell am 23. Juli 1949 durch die jugoslawische Regierung geschlossen, in Wirklichkeit aber

⁵⁾ Radio Tirana, Inlandsmeldungen, 10. Juni 1949.
war das schon einige Zeit früher geschehen. (Siehe Kapitel 16.)

⁶⁾ «Albanien: Aus dem Reisetagebuch eines Schriftstellers», von Arkadi Perwentsev, Moskau, «Neue Zeit», 23. November 1949.

(7) Nach «Dochodsche» fiel der Volksbildungsminister Mallescheva einer weiteren Säuberung und Reorganisierung zum Opfer. Er war der Begründer und Organisator der albanischen Armee während des zweiten Weltkrieges in der UdSSR gewesen. Er war eher als Panslawist denn als Kommunist anzusprechen. Dem Untergang verfallen waren auch die Eheleute Kareman und Marie Yilli. Der Mann war einer der aussichtsreichsten Kandidaten für den Posten eines künftigen Generalsekretärs der Partei, als er unter sehr verdächtigen Umständen im Herbst 1951 auf einer Mission von Moskau nach Tirana ums Leben kam. Wahrscheinlich wusste Marie Yilli zuviel und war daher dem Untergang geweiht. Groteskerweise verschwand auch der Gewerkschaftsführer Tuk Jakova, einer der Hauptankläger gegen Dschodsche in der Versenkung. Ferner fielen auch der ehemalige Justizminister Myftiu und der ehemalige Sekretär des Zentralkomitees, Bedri Spahiu, in Ungnade.)

20

ALARMZEICHEN IN BUDAPEST

Jeder Reformversuch einer bürgerlichen Regierung wird von revolutionären Taktikern dazu ausgenutzt, das Regime zu stürzen.
Stalin: «Voprosy» 1945.

Im Frühsommer 1949 machte Budapest nicht den Eindruck, dass man sich des Beginns einer neuen Phase in der ungarischen Revolution bewusst sei. Der Mann auf der Strasse hatte selbstverständlich keine Ahnung von den letzten Befehlen aus Moskau, denen zufolge unter dem Begriff Volksdemokratie in Zukunft die Diktatur des Proletariats verstanden werden musste, wenn auch nicht auf einen Schlag, so doch als Ziel. Als aber Volksbildungsminister Josef Revai, der oberste Ideologe der kommunistischen ungarischen Arbeiterpartei, im März vor den Führern der Partei eine programmatische Rede hielt, liess sich die neue Musik des Kremls deutlich heraushören. Der unheilswangere Text wurde in einer der Parteizeitungen gedruckt, jedermann konnte ihn lesen. Es hatte auch schon vorher Alarmzeichen gegeben; so im Sommer 1948, als der stellvertretende Ministerpräsident, Matyas Rakosi, erklärte, selbständige Bauern könnten in Ungarn nicht geduldet werden, oder später, kurz bevor Revai mit Einzelheiten herausrückte, als Rakosi von der Notwendigkeit sprach, in Ungarn eine ähnliche Politik zu machen, wie seine Kollegen Bierut und Dimitroff sie in Polen und Bulgarien schon angekündigt hatten. Revai rügte in scharfem Ton, dass Rakosis Rede «von den Parteiführern nicht mit der gebührenden Aufmerksamkeit aufgenommen worden sei». Man kann es der Allgemeinheit also wohl verzeihen, dass sie über so unangenehme Dinge ebenfalls gleichgültig hinweggegangen war. Trotzdem hätten die Worte Revais für Politiker

und Aussenstehende ein Alarmzeichen sein müssen, dass die Zeiten der getarnten Revolution vorüber waren.

Revai hatte eindeutig gesagt, dass die Revolution in Zukunft ohne Umweg oder Aufenthalt auf die Errichtung einer ungarischen kommunistischen Diktatur nach sowjetischem Vorbild abzielen werde. Er gab zu, dass in der Vergangenheit oft entgegengesetzte Äusserungen zu hören gewesen seien. Das wären aber nur zweckmässige taktische Täuschungsmanöver gewesen, um den nationalen Stolz nicht zu verletzen und die gemässigten Elemente in Sicherheit zu wiegen. Er wies nachdrücklich darauf hin, dass er keine theoretischen Erklärungen abgäbe, sondern «über eine unmittelbare gegenständliche Aufgabe» spreche. Die Parolen, die er zur Eröffnung der Offensive gegen die Überreste des Kapitalismus herausgab, lauteten: «Ausrottung und Gewalt!»

Diese Kampfansage an den sterbenden Kapitalismus bedeutete in ihrer Auswirkung für Budapest mehr, als sie bei gleicher Formulierung in anderen Hauptstädten von Satelliten zu besagen gehabt hätte. Sie hätte das Alltagsleben in Warschau, Sofia oder Bukarest nicht auffällig verändert. In den Dörfern würde man den Befehlen Moskaus Widerstand entgegengesetzt und vielleicht Gewaltmassnahmen oder Hunger als Folge davon auf sich zu nehmen gehabt haben. In den drei genannten Hauptstädten war das Niveau des täglichen Lebens bereits dem einer russischen Provinzstadt angeglichen, und solche Elemente, die noch nicht gelernt hatten, darüber und über andere Dinge ihre Gedanken so auszusprechen, dass sie den Ohren der Polizei tragbar erschienen, waren schon dorthin gewandert, wo ihre Stimmen die allgemeine Teilnahmslosigkeit nicht mehr stören konnten. Weitere Veränderungen waren nur mehr fallweise und im Zeitlupentempo zu erwarten. In Prag hatte der Proletarisierungsprozess auf sich warten lassen, ging aber jetzt mit üblicher tschechischer Gründlichkeit vor sich. In Budapest hingegen hatte das Bürgertum auch nach wiederholten Nackenschlägen an seiner gewohnten lässigen Lebensweise festgehalten und die bisher mögliche Daseinsform und Tätigkeit nicht unerträglich gefunden. Auch von den ungarischen Kommunisten waren sich

nur die obersten Leiter, Moskaus Vertrauensmänner, bewusst, wie restlos der alte Lebensstil der Stadt zum baldigen Untergang verdammt war, den Revais Worte angekündigt hatten, und wie der Klassenkampf auf dem Land unvermeidbar alle jene furchtbaren Waffen schleifen würde, die einst aus russischen Bauern Lohnsklaven des Staates gemacht hatten.

Es war Mai, ganz Budapest schien die erste Frühlingssonne zu begrüßen. Einige der schön geschwungenen Donaubrücken nach Budapest lagen noch immer in Trümmern im Strom, aber die zwei oder drei benutzbaren genügten, um die Strassenbahnen in Fluss zu halten, mit der alle Bewohner der Stadt (Regierungsmitglieder ausgenommen) zur Arbeit oder zur Unterhaltung fuhren. Zwar waren die flimmernden Nachtlokale verschwunden, in denen sich früher Leichtsinnige aus aller Welt zusammenfanden und einen Anteil zur Stabilität der ungarischen Währung leisteten. Die Hotelpaläste am Donauufer lagen als Schutthaufen da, unverändert, so, wie sie die abziehenden Deutschen und die Rote Befreier-Armee zurückgelassen hatten. Aber es gab immer noch eine Art Nachtleben für solche, denen es nichts ausmachte, dass in einem Winkel ein Kommissar sass und sich jene notierte, denen das Geld locker sass. Im Wellenbad auf der Margaretheninsel sonnten sich noch immer die Badenden an dem künstlichen Strand. In der besten Konditorei Europas gab es wie früher heisse Schokolade mit Schlagobers und alle die traditionellen Spielarten von Petits Fours. Noch immer gab es für Damen in einigen Modesalons Seidenstrümpfe, und in den Auslagen einiger Kurzwarengeschäfte, die nach dem Zusammenbruch der Konkurrenz wieder geöffnet hatten, lagen seidene Schlafanzüge. Der Fürstprimas des tiefreligiösen Landes sass zwar im Gefängnis, aber die Kirchen waren geöffnet, und wie früher drängten sich darin die Menschen, das heisst, in Budapest weniger als in den Dörfern, aber genug, um dieses Zeitwort zu rechtfertigen¹). Der Oberkellner meines Hotels auf der Margaretheninsel, das erfreulicherweise nicht gänzlich von den verschiedenen russischen Einkaufskommissionen belegt war, erzählte mir, dass er an diesem Samstag den fröhlichen Aus-

füglern aus Budapest mehr als zweitausend Nachtmahle draussen unter den Bäumen serviert habe, und diese Gäste machten so wenig wie die feisten Besucher aus Moskau den Eindruck, unterernährt zu sein.

Ich traf einen alten Freund mit liberaler Gesinnung, der keine Angst vor dem Gespräch mit einem Ausländer hatte. Ich fragte ihn über seine Ansichten zur Revai-Rede. Er zeigte kein sonderliches Interesse. «Was die Kommunisten sagen, ist nicht aufrichtig», stellte er fest, und kam nach diesen nicht widerlegbaren Einleitungsworten zu dem weniger richtigen Schluss, dass es sich nicht lohne, über ihre Aussprüche nachzudenken. Dabei war er kein typischer Budapester, denn seit je waren seine Ansichten so ausserordentlich fortschrittlich, dass sogar ein weniger konservatives Regime als das Horthys versucht gewesen wäre, ihn einen Kommunisten zu nennen. Aber da er sich nie zum Kommunismus bekannt und sich auch weder als «Erwachender Ungar» hatte einschreiben lassen noch mit den Nazi zusammengearbeitet hatte, lebte er jetzt in sehr grosser Gefahr. Das feste Datum seiner Liquidierung dürfte in seinem Dossier beim A. V. O., der Polizeibehörde des Innenministeriums schon eingetragen gewesen sein. Mein Freund sprach ganz sachlich zu mir über die Arbeitsmethoden des A. V. O. im Hauptquartier der Andrassy utca in einer rasch wachsenden Flucht von Gebäuden, in deren Fensterkästen Stiefmütterchen blühen. Er liess aber nicht erkennen, ob ihm bewusst sei, er würde eines Tages die ganze Wahrheit aller Gerüchte über das System der peinlichen Befragungen und Torturen nachprüfen können. In allen Staaten, die auf dem besten Weg zum Kommunismus sind, gesteht sich der Rest des Bürgertums kaum seine verzweifelte Lage ein. Sie können sie nicht ändern, also denken sie lieber nicht daran. Wenn schon ein so weltkluger Mann, wie mein Freund, diesem Trieb nachgab, um wieviel mehr musste es ein Durchschnittsmensch tun, der nicht gewohnt ist, die feinsten Anzeichen einer politischen Klimaänderung zu spüren, und der immer dazu geneigt sein wird, die Auswirkung von Theorien auf die Praxis gering einzuschätzen, gleichgültig, ob es sich dabei

um den Kommunismus oder etwas anderes handelt. Wenn schon mein Freund die Alarmzeichen in der Rede Revais nicht zu vernehmen verstand, konnte man von den übrigen Tausenden erwarten, dass sie in ihre Wohnungen eilten und zitterten?

Bis auf ein oder zwei Personen von jenen, mit denen ich gelegentlich in Geschäften, in Strassenbahnen, Kaffeehäusern, Hotels oder beim Fragen nach dem Weg ein paar Worte wechselte, sagten alle, sie trauerten der verschwundenen alten Zeit nach, als sie hörten, dass ich Amerikaner sei. Aber sie hatten während und nach dem Krieg so viel durchgemacht, dass sie nicht glauben könnten, es würde noch Ärgeres folgen. Sogar die Juden, die einen grossen Teil des Budapester Mittelstandes ausmachten, zögerten, aus der Tatsache der im März erfolgten Auflösung der zionistischen Organisationen, und aus der Tatsache, dass für sie eine legale Auswanderung mehr und mehr unmöglich und eine Flucht immer gefährlicher wurde, die erforderlichen Schlüsse zu ziehen. Einige waren überzeugt, dass die grosse Zahl von Juden in der ungarischen kommunistischen Hierarchie die Sicherheit der gesamten jüdischen Gemeinde verbürge. Dem ersten kommunistisch kontrollierten Kabinett gehörten so viele Juden an, dass es hiess, die ein oder zwei sogenannten christlichen Mitglieder wären nur aufgenommen worden, damit auch am Samstag jemand da sei, um Todesurteile zu unterschreiben. Die jüdischen Kabinettsmitglieder vertraten die Ansicht, dass alle ungarischen Juden den Kommunisten auf den Knien danken müssten, weil sie sie von den Nazis erlöst hatten. In Ungarn gibt es noch immer 150.000 bis 200.000 Juden. Da sie vorwiegend Geschäftsleute oder Gewerbetreibende sind, lehnen sie den Kommunismus ab. Von ihnen würden wahrscheinlich 75% gern nach Palästina auswandern. Da es verboten wurde, richteten sie sich ihr Leben so gut wie möglich nach alter Weise ein.

In diplomatischen Kreisen vertrat man die Ansicht, dass Laszlo Rajk als Aussenminister über weniger Macht verfüge als vorher als Innenminister und Chef der Geheimpolizei. Diese Amt hatte er bis 1948 bekleidet. Seine Abberufung wurde als

Kaltstellung aufgefasst, da in einem Satellitenstaat der Aussenminister keine selbständige Politik macht, sondern nur die Befehle aus Moskau durchzuführen hat. Da Rajk Chef des Auswärtigen Amtes war, suchte ich um eine Audienz bei ihm an. Sein mit den Presse- und Propagandaaufgaben betrauter Kollege, Herr Boldizsar, ein kultivierter, kluger Mensch, sagte mir, Herr Rajk könnte mich zu seinem grössten Bedauern nicht empfangen, da ihm die bevorstehenden Wahlen keine Zeit liessen. Ich erwiderte, das deute darauf hin, dass die Wahlen bald stattfinden würden. Herrn Boldizsars Antwort war ein gut gespielter, nichtssagender Blick. Eine Woche später etwa wurde zur Wahlurne geschritten und das Ergebnis brachte der allein zugelassenen Regierungsliste natürlich 95,6% aller Stimmen. Die Bildung eines neuen Kabinetts folgte. Als die Namen veröffentlicht wurden, fand man den Rajks nicht mehr darunter, selbst nicht vor dem Titel eines Aussenministers.

Der Juni des Jahres 1949 war für die Kommunistenführer in Osteuropa eine schlimme Zeit. In Sofia begann der Kostoff-Prozess und in Albanien schloss Koci Dschodsche seine Karriere vor den Gewehrläufen eines Pelotons. Konnte es nicht sein, dass Führer aus anderen Satellitenstaaten ebenfalls zu einem Opfer aufgerufen wurden – entweder um die Schuld für fehlgeschlagene Kominformpläne auf sich zu nehmen, oder um an ihrer Person zu demonstrieren, was die Folgen sind, wenn ein national fühlender Kommunist sich Moskau widersetzt? In Ungarn wurde diese Frage am 15. Juni 1949 beantwortet, als die Ankündigung erfolgte, dass Laszlo Rajk als Aussenminister abgesetzt und aus dem Politbüro und der Partei wegen «Nationalismus, Titoismus und Trotzismus» ausgeschlossen worden sei.

Das waren die gleichen Bezeichnungen wie bei Kostoff und Dschodsche, und die Anwendung führenden ungarischen Kommunisten gegenüber verriet, dass Moskaus Umschulungsmassnahmen gegen Getreue und weniger Getreue in den Satellitenstaaten in vollem Schwung war. Wie später offenbar wurde, leitete der Rajk-Prozess eine neue Phase in den unmittelbaren

Angriffen der Kominform gegen Tito ein. Darin sollte aufgezeigt werden, dass dieser nicht nur ein grössenwahnsinniger Ketzler sei, sondern seine Ketzerei als geschickte Tarnung benutzte, um sein verräterisches Werk als Agent westlicher Imperialisten ungehindert durchführen zu können.

Bevor wir uns diesem Hauptthema zuwenden, wollen wir noch einiges aus der Rede Revais über die Politik lernen, die Moskau innerhalb der einzelnen Staaten einzuschlagen beschlossen hatte, um die kommunistischen Parteien gegen eine Ausweitung des Titoismus und gegen die Verlockungen westlicher Regierungen gefeit zu machen. Denn man spürte genau, dass es gewagt war, Tito und die Westmächte einer gemeinsamen Verschwörung gegen den Kommunismus zu beschuldigen, und damit diplomatische und militärische Schritte auszulösen, die einer solchen unverschämten Anklage folgen konnten.

Revais erster Punkt war die Feststellung, dass Volksdemokratie «eine Diktatur des Proletariats, wenn auch nicht in sowjetischer Form», sei, die zweite, dass man sich zum Ziel setzen müsse, eine solche zu erreichen²⁾. Koalitionen von Kommunisten mit nichtkommunistischen Parteien sind vergängliche taktische Täuschungen. Bürgerliche Parteien werden in eine Volksfront nur zu dem Zweck aufgenommen, um sie zu vernichten. Impulsive Heisssporne zerstören zuweilen dies Konzept, wie zum Beispiel der linke Flügel der Sozialdemokraten, als er die Parole ausgab: «Für ein rotes Budapest!» Die Kommunisten handelten klüger. Sie vermieden, so provozierende Losungen offen auszusprechen, da ihre Gegner ihnen zahlenmässig noch überlegen waren und sich durch entschlossenes Handeln hätten retten können. Die Kommunisten hüteten sich u.a. zu erklären, dass es um die Entscheidung zwischen Privateigentum und Sozialisierung ging, und beunruhigten die Öffentlichkeit nicht dadurch, dass sie von der Ablösung des alten Feudalsystems durch fortschrittliche Methoden sprachen, obgleich in diesem Punkt fast alle übereinstimmten³⁾.

Revai hatte erklärt: Sobald die Kommunisten an der Macht

seien, könnten sie diese mit keiner anderen Partei, Gruppe oder Klasse teilen. Dabei zählte er ausdrücklich die «arbeitende Bauernschaft» zu den Aussenseitern. Es träfe zwar zu, dass es im ungarischen Parteiprogramm heisse: «Heute sind in Ungarn die arbeitende Klasse und ihr Verbündeter, die arbeitende Bauernschaft, an der Macht», aber die Diktatur des Proletariats im Sinn Lenins und Stalins fordere, dass die Macht «uneingeschränkt in den Händen des Proletariats liegt und die Arbeiterschaft sie mit keiner anderen Klasse teilt». Revai verschwieg taktvoll, dass Lenin und Stalin, wenn es zweckmässig erschien, die Diktatur als eine Alliance des Proletariats mit der armen und mittleren Bauernschaft hinstellten. Er fügte vielmehr seinen Ausführungen hinzu: «Deshalb kann sie die Macht nicht mit den Bauern teilen.» Das Parteiprogramm behandle dies Thema «nur in verhüllter Form», weil verschiedene Grundfragen, darunter «die soziale Entwicklung in der Landwirtschaft, die Kollektivierung» nicht immer «mit ihrem wahren Namen genannt werden kann». Es sei nur eine Formsache, wenn Personen, die sich als Kleinbauern oder Bauern empfinden, noch immer in der Regierung sässen. «In Wirklichkeit, Genossen, ist es die Arbeiterklasse, die die Macht allein in den Händen hält, in Wirklichkeit ist es unsere Partei ganz allein, die die Staatsmaschine in Gang hält.»

Revai erklärte, die Bauernschaft müsse von der Macht ausgeschlossen bleiben, weil «sogar ihre arbeitenden Schichten nur mit halbem Herzen für die Kooperative und mit halbem Herzen für das Privateigentum sind. Sie sind schwankend und müssen geführt, erzogen und gestützt werden. Selbstverständlich wäre es also dumm, unsichere Elemente an der Arbeit der parteipolitischen Erziehung teilnehmen zu lassen. Deshalb können Bauern keinen Anteil an der Macht haben».

Revai sagte zum Schluss: «Die Macht der arbeitenden Klasse muss im Interesse des Sozialismus, der Bekämpfung der Klassenfeinde und der Verteidigung gegen den Imperialismus noch viel schärfer gehandhabt werden, als es bis heute der Fall war. Diktatur bedeutet die Anwendung von Gewalt bei Be-

kämpfung der Feinde⁴).» Er erklärte dazu, dass Gewalt nicht die einzige Waffe sei, was aber nicht heissen solle, dass «die Waffen .Gewalt und Unterdrückung^ die zur Diktatur des Proletariats gehören, als zweitrangig angesehen werden dürfen». Die entsprechenden staatlichen Organe müssten geeint und für die Zeit vorbereitet sein, in denen «die Hauptfunktionen der Diktatur des Proletariats in der Anwendung von Gewalt gegen innere und äussere Feinde liegen wird».

Die Zusammenfassung des bisher Gesagten kann knapp sein. Die Kommunistische Partei Ungarns unterstellt sich völlig der Führung der Sowjetunion und der Unterstützung durch die Rote Armee. Sie hat nie aus ehrlicher Überzeugung, sondern nur aus taktischen Gründen mit nichtkommunistischen Parteien zusammengearbeitet. Die Volksdemokratie ist eine Diktatur des Proletariats; wenn sie darin jetzt auch noch nicht das Ausmass der Sowjetunion erreicht hat, so zielt sie doch darauf ab. Ein vordringliches Ziel ist die Kollektivisierung von Grund und Boden, wenn nötig, mit Gewalt. Die Bauern können mit den Arbeitern Zusammengehen, aber diese, allein vertreten durch die Kommunistische ungarische Arbeiterpartei, werden nie die Macht und Führung mit den Bauern teilen. Gegner sind mit Gewalt zu bekämpfen.

Sobald das geistige Klima geschaffen war, hiess der nächste Schritt, jedem Parteigenossen beizubringen, dass er persönlich keiner Theorie, sondern «einem wirklichen praktischen Problem» gegenüberstand. Für die grosse Masse der Kommunisten bedeutete dies den Ausschluss von etwa 200.000 Parteimitgliedern, die damit des Rechts, zur herrschenden Minderheit zu gehören, verlustig gingen. Bei Parteifunktionären musste die Lehre abschreckendere «praktische» Formen annehmen. Man entschied sich für eine Vivisektion. Die Wahl fiel auf Laszlo Rajk.

Anmerkungen zu Kapitel 20

¹⁾ Das ungarische erzbischöfliche Ordinariat unterzeichnete am 30. August 1950 mit der ungarischen Regierung ein Abkommen. Darin anerkannten die Bischöfe die Verfassung der Volksdemokratie, erklärten sich mit Schritten gegen regierungsfeindliche Geistliche einverstanden, tadelten subversive Handlungen und versprachen insbesondere, die Geistlichkeit und ihre Gemeinden zur Unterstützung des Fünfjahrplans anzuweisen und sich dem Kollektivierungsprogramm nicht zu widersetzen. Die Regierung sicherte ihrerseits Religionsfreiheit zu, versprach acht der geschlossenen kirchlichen Schulen wieder zu öffnen, und in sich verringern dem Mass zur Unterhaltung der Kirchen beizutragen. Schon nach ein paar Monaten klagten beide Teile einander des Vertragsbruchs an.

²⁾ Revai hielt seine Rede vor der (kommunistischen) ungarischen Arbeiterpartei im März 1949, sie wurde im März/April-Heft des Partei-magazins «Tarsadalmi Szemle» abgedruckt. In den «Foreigns Affairs» (New York) vom Oktober 1949 findet sich eine Übersetzung mit erklärenden Fussnoten.

³⁾ Der ehemalige Ministerpräsident Ferenc Nagy muss diesen Teil der Rede mit besonderem Schmerz gelesen haben. Seine Partei der kleinen Landwirte gewann bei den ungarischen Wahlen vom 4. November 1945 die entschiedene Majorität. Nagy musste dann in Erfüllung ein vor den Wahlen unter Druck Russlands und der Roten Armee gegebenes Versprechen erfüllen und bildete mit den Kommunisten und der Nationalen Bauernpartei eine Koalitionsregierung. Neben anderen Ministersesseln erhielten die Kommunisten den besonders wichtigen des Innenministers. H. F. Schönfeld, der frühere amerikanische Gesandte in Ungarn, schrieb («Foreigns Affairs», New York, April 1948), dass Nagy nur unter dem Druck der Russen nachgegeben hat. Vielleicht hätte er damals besser daran getan, eine Auseinandersetzung herbeizuführen, denn im Mai 1947 wurde Nagy durch die Kommunisten und ihre Helfershelfer in den anderen Parteien, nach verschiedenen Verhaftungen von führenden Mitgliedern auch der anderen Parteien, des «Hochverrats» und der Teilnahme an einer «Verschwörung gegen die Rote Armee» verdächtigt. Er zog es vor, von einem Erholungsurlaub in der Schweiz nicht mehr zurückzukehren, um seiner eigenen Einkerkерung zu entgehen.

⁴⁾ Zu Beginn der Rede hatte Revai seinen Zuhörern versichert, sie brauchten nicht zu fürchten, dass die Anwendung von Gewalt zum Bürgerkrieg führen müsse. Einen solchen werde die Macht Russlands schon verhindern. Besonders in Ungarn sei die Rote Armee «immer hier», um «uns zu helfen».

21

SEIN EIGENER MEPHISTO

*Ausser der Sowjetunion hat uns kein anderes Land
solche Freundschaft geschenkt wie Jugoslawien.
«Szabad Nep», die offizielle kommunistische
Zeitung, Budapest, 4. Jänner 1947.*

Warum gerade auf Rajk? Dafür gab es zwei Gründe.

Zunächst, und grundlegend, bot er für das erste Opfer eines schrecklichen Schauspiels ein ausgezeichnetes Objekt. Wenn man eine so hervorragende Persönlichkeit aus Partei und Regierung zur Verantwortung zog, musste jeder erkennen, dass niemand vor der Parteimaschine sicher war. Sollte er zufällig nicht schuldig sein, dann musste das Schauspiel um so mehr Schrecken und Furcht ein jagen. Der schlimmste Sklavenantreiber fand nirgends Schutz, wenn er unter die Peitsche seines Herrn geriet.

Bei näherer Überlegung der Sache fanden die Kominformstrategen, dass sich Rajk für eine nützliche Lehre in grossem Rahmen besonders brauchbar erwies, da ihm zunächst die Geheimpolizei, dann die Verbindungen mit dem Ausland unterstellt gewesen waren. Bevor er die Fahrt in die Ewigkeit antrat, konnte er einen empfindlichen Schlag gegen den Feind tun, der das sowjetische Ansehen in der Welt so sehr geschädigt hatte. Auf jeden Fall liess er sich als Ausrede verwenden, warum man sich nicht schärfer gegen jenen Feind, Jugoslawien, gewendet hatte. Rajk sollte enthüllen, dass Tito Marionette und Spiessgeselle der Westmächte sei. Ferner sollte er beweisen, dass man sich seiner nicht entledigen gekonnt hatte, weil ihm von Verrätern innerhalb der kommunistischen Reihen vorsätzlich Beistand geleistet worden war. Rajk sollte als einer dieser

Verräter hingestellt werden. Man wollte ihm den Prozess nicht als Ketzer machen, sondern als Spion, und er sollte gestehen und seine Auftraggeber nennen.

Im Verlauf des Sommers 1949 wurde die Anklage in allen Einzelheiten vorbereitet und verschiedene Mitschuldige, je nach Eignung, für die Rollen des gutbesetzten Stückes ausgesucht. Im Herbst war es aufführungsreif. Am 11. September brachten die Budapester Zeitungen eine genaue Inhaltsangabe und die Namensliste der Mitspieler¹⁾. Rajk war der Star, aber auch bei den anderen gab es wohlbekannte Namen: Generalleutnant György Pálffy, Generalstabschef der ungarischen Armee, und Dr. Tibor Szönyi, Leiter der Parteilisten und Beförderungen, oder Pál Jusztusz, Abgeordneter der Nationalversammlung und Direktor des Rundfunks. Um die Verbindungen nach Belgrad herzustellen, wurde Lazar Brankov, ehemaliger Geschäftsträger der jugoslawischen Gesandtschaft, einbezogen, der nach dem Ausschluss Titos seinen Posten aufgegeben hatte und in Budapest geblieben war. Seine neuen Herren gaben ihm jetzt eine glänzende Gelegenheit, ihnen die Treue zu beweisen, indem er öffentlich bekannte, dass er auch sie hintergangen habe. Einigen weniger wichtigen Personen wurden Chargenrollen zugewiesen.

Wenn die Geschichte, die diese Personen vorzuspielen hatten, wahr wäre, müsste sie Gegner des Kommunismus ausserordentlich ermutigen. Wenn man sich auf solche Führer verlässt und ihnen in einer alten und bedeutsamen kommunistischen Partei die Möglichkeit gibt, jede Art von Untreue zu begehen, dann kann man ihre verantwortlichen Kollegen nur naiv, sorglos und unwissend bis dorthinaus nennen. Dazu kam dann noch ein höchst wünschenswertes Mass von Unfähigkeit, Korruption und Dummheit in der Gegenspionage und unter den Zuträgern, durch die die ungarischen Kommunisten einander gegenseitig bewachen liessen.

In der Anklageschrift heisst es, dass Rajk, der dem kommunistischen Regime in Ungarn zur Macht verhalf und von 1945 bis 1948 Leiter des Hauptsicherheitsorganes gewesen war, be-

reits seit 1931 als Polizeispitzel gegen seine kommunistischen Genossen fungiert habe und achtzehn Jahre lang als Lockvogel und Spion, ohne Verdacht zu erregen, tätig gewesen sei. Sie führt aus, dass er nach der Entlassung aus einer Haft wegen Verteilung kommunistischer Flugblätter als Gegenleistung zum Zuträger der Horthy-Polizei wurde und kommunistische Studentengruppen gründete, um dann ihre Mitglieder anzuzeigen. Wie er für die Regierung Horthys in der Tschechoslowakei Spionage trieb und schliesslich im spanischen Bürgerkrieg dem Rakosi-Bataillon beitrug, um «Wühlarbeiten» unter den anderen Freiwilligen zu leisten. Als dies entdeckt wurde, floh er nach Frankreich, wurde dort interniert und traf in verschiedenen, in der Anklageschrift genau bezeichneten internationalen Konzentrationslagern mit einigen «jugoslawischen Auslandsspionageagenten» zusammen, wie z.B. Ales Bebler, dem nachmaligen Vertreter Jugoslawiens in der UN, ferner mit Karlo Mrazovic, späterem jugoslawischen Gesandten in Budapest, und mit anderen Männern, die nachher in Titos Partisanenarmee Spitzenstellungen erreichten, sowie mit vielen Agenten französischer und amerikanischer Spionageorganisationen und Gestapobeamteten. Mit Hilfe dieser neuen, für ihn wertvollen Bekannten konnte Rajk nach der Rückkehr nach Ungarn Spionagetätigkeit in grösserem Umfang treiben. Um sich besser tarnen zu können, liess er sich verhaften, wurde aber bald wieder freigelassen. Wenn alles stimmte, was über Rajk in der Anklageschrift gesagt ist, dann müsste er mit mehr Spionageorganisationen in Berührung gekommen sein als fast jeder andere Spion Europas. Trotzdem – «es gelang ihm, seine Vergangenheit zu verhehlen», die ungarischen Kommunisten kamen ihm mit kindlicher Vertrauensseligkeit entgegen, machten ihn zum Sekretär der Budapester Organisation der Kommunistischen Partei Ungarns, zum Mitglied des Politbüros und zum Parlamentsabgeordneten. Dann, immer noch im Unklaren, dass er ein Todfeind sei, übertrug man ihm das Innenministerium und die Geheimpolizei. Von dieser Schlüsselstellung und später vom Aussenministerium aus, vermochte er ein Spionagenetz

aufzubauen, das die gesamte Regierung umgab, und mietete andere Verschwörer, um seinen grossen Plan durchzuführen, der darin bestand, seine Kollegen zu beseitigen, die Macht an sich zu reissen und den ungarischen Kommunismus an Tito, die Amerikaner und andere imperialistische Geldgeber Titos zu verraten. Als rechte Hand dazu diente ihm General Palfy, der sich um die Morde zu kümmern hatte.

Die ganze Geschichte, die im Kem in der kommunistischen Unterwelt sicher passieren kann, wurde so zu einem Melodram ausgebaut, das grossartig genug war, um vor den Blitzlichtern und Mikrofonen im Budapester Volksgerichtshof in Anwesenheit von sechzig Vertretern der Weltpresse vorgeführt zu werden. Ein begabter Sowjettaktiker erkannte, dass die Affäre Rajk, zunächst als Alarmsignal für die zur Ketzerei neigenden Parteiseelen geplant, sich dazu eignete, auf das Podium internationaler Politik gehoben zu werden, um Tito unter den Verwünschungen seines Volkes stürzen zu können. Es passte ausgezeichnet zu diesem neuen Plan, dass Rajk vor dem Krieg in der Tschechoslowakei, Spanien und Frankreich tätig gewesen war und ihm seine hohen Ämter die Möglichkeit gegeben hatten, mit dem Ausland sowohl offiziell als auch geheim in Verbindung zu treten. Der Anklageschrift zufolge nahmen Tito und seine Diplomaten, die über Rajks Vergangenheit gut informiert waren, die Verbindungen zu ihm auf. Das konnte, ohne Verdacht zu erregen, geschehen, weil sie die ungarische Freundschaft für die Arbeiter Jugoslawiens «verbrecherisch für sich ausnützten».

Soweit hätte die Geschichte ausserhalb Ungarns keine Sensation erregen können. Wieder ein Spion, wieder ein Sündenbock, wieder eine Hinrichtung. Aber diesmal zog der Prozess weitere Kreise. Die Anklageschrift stellt es so hin, als ob der amerikanische Spionagedienst in dem befreiten Jugoslawien einige «jugoslawische Provokateure und Trotzkiten» sowie einige Vertreter der Gestapo, die im Land verblieben waren, in seinen Dienst aufnahm. «Diese Spione bildeten den Hauptteil der unmittelbaren Umgebung Titos und verdrängten

die ehrlichen, treuen, dem Volk ergebenen Personen – jugoslawische Partisanen – systematisch von der Macht.» Ferner soll sich Tito bereits im Jahre 1944 in aller Heimlichkeit zu den Amerikanern geschlagen haben. Jedenfalls konnte, nach der Anklageschrift, der amerikanische Intelligence Service im Dezember jenes Jahres «eine Spionagegruppe aus ungarischen trotzkistischen Emigranten in der Schweiz» sammeln, sie mit falschen jugoslawischen Papieren ausrüsten und in einem amerikanischen Flugzeug nach Belgrad schicken. Von dort aus wurden sie mit weiteren Instruktionen der Geheimen Polizei in dem gleichen Flugzeug «nach Ungarn, hinter die Linien der Sowjetarmee», befördert. Dann, in der Heimat und in Sicherheit, vernichteten sie ihre jugoslawischen Papiere, fanden in Regierungsstellen Eingang und begannen ihre Arbeit als Spione für Jugoslawien und die Vereinigten Staaten. Im Sommer 1945 gingen Tito und seine westlichen Herren daran, ihre Stellungen vorzuverlegen. Sie übernahmen Rajk als ihren Hauptagenten und gewannen auch den Generalstabschef der ungarischen Armee, General Palfy, über den die Anklageschrift sagt: «Ein faschistischer Offizier aus Horthys Armee... der sich als Kommunist gebärdete.» Die ungarischen Kommunisten und die russischen Bolschewiken müssen also sehr einfältig gewesen sein, wenn sie ihre Todfeinde mit leitenden Posten in der Armee und Geheimpolizei bekleideten. Palfy ist das Gegenstück zu Marschall Tuchatschewski, und Rajk das zu dem OGPU-Chef Jagoda. Palfy unterstützte Rajk bei der Unterbringung «ehemaliger Trotzkisten, Provokateure und Spione» in hohen Posten. Unter ihnen waren nicht nur Jugoslawen, sondern auch Agenten Englands, Frankreichs und der USA.

Lazar Brankov, der ehemalige jugoslawische Diplomat, der ins Kominformlager übergegangen war und sich jetzt als «Doppelagent» angeklagt sah – und, wer weiss, vielleicht stimmt es? –, bekannte, dass im Herbst 1947, bevor noch der innerkommunistische Streit ausgebrochen war, das jugoslawische Regime die Lage in Ungarn für reif hielt, um einzugreifen und die ungarische Regierung zu stürzen. Zu jener Zeit etwa besuchte

Tito Budapest und unterzeichnete den jugoslawisch-ungarischen Freundschaftsvertrag, der in der ganzen kommunistischen Welt so überschwenglich begrüsst wurde. Aber, so behauptet die Anklageschrift, er war nur Spiegelfechterei. Rajk wollte seinem Putsch den Weg bahnen, indem er «ständig versuchte, Tito künstlich zu popularisieren und die grosse Autorität der Sowjetunion herabzusetzen». Als Tito in Begleitung des jugoslawischen Innenministers Rancovic wieder zurückfuhr, gab ihm Rajk bis zur Grenze das Geleit. Brankov, der auf dieser Reise als Dolmetscher fungierte, sagte aus, dass Rancovic die Gelegenheit wahrnahm, um Rajk den ganzen Umfang von Titos Plänen zu enthüllen, welche darauf abzielten, «die Volksdemokratien in die jugoslawische Machtsphäre mit dem Zentrum Belgrad zu bringen». Die Aktionen in Ungarn sollten der erste Schritt dazu sein. Titos Instruktionen sollen gelautet haben: «Orientieren Sie sich auf die nationalistischen, chauvinistischen Elemente in Armee, Polizei und Staatsapparat, auf die kleinbürgerlichen Kräfte in der Stadt und besonders im Dorf.»

Im Frühjahr 1948 beschloss die Kominform, mit Nachdruck vorzugehen. Da Rajk Mitglied des Politbüros war, bekam er davon Kenntnis, dass die Kominform über Titos «Verrat» Bescheid wusste, und gab, der Anklage zufolge, sein Wissen an Tito weiter. Genaue Daten werden an dieser Stelle nicht angeführt, aber der Leser wird sich erinnern, dass im August, nach dem erfolgten Bruch zwischen Tito und der Kominform, Rajk vom Innenminister zum Aussenminister «herabbefördert» wurde. War er wirklich ein Nationalist im Sinn Gomulkas und anderer, die den diktatorischen Methoden der Sowjetunion in der Kominform Widerstand leisteten? Wenn das stimmt, dann mag es in der Parteihierarchie noch andere gegeben haben, die mit seinen Gedanken sympathisierten. Das würde erklären, warum man ihn zunächst in der Regierung behielt und ihn absichtlich an eine Stelle setzte, von wo aus er Gelegenheit bekam, mit anderen Satellitenpolitikern in Verbindung zu bleiben, die seine Absichten teilten.

Titos Ausschluss zwang die Verschwörer zu einer Änderung

ihres Operationsplanes. Die Anklageschrift berichtet weiter, dass Rancović im Oktober 1948 mit Rajk heimlich in Südungarn zusammentraf, und ihm einen neuen grossartigen Plan entwickelte, nach dem Tito «das jugoslawische Volk allmählich gegen die Sowjetunion aufbringen und es ins Lager der westlichen Imperialisten überführen werde». In der ersten Etappe wolle Tito die Sowjetunion nicht kritisieren, sondern weiter Freundschaft für sie und ihre Führer heucheln. Nach einiger Zeit jedoch würde er das Misslingen des Fünfjahresplanes und anderer sozialisierender Reformen auf sie abzuwälzen beginnen. Wenn die Lebensbedingungen in Jugoslawien sich nicht, wie versprochen, unter der kommunistischen Herrschaft besserten, dann – so soll Rankovic gesagt haben: «... werden sich die freundschaftlichen Gefühle unseres Volkes für die UdSSR in Hass verwandeln». Damit könnte Tito der allgemeinen Zustimmung zu einer Abkehr von der Sowjetunion und zur Hinwendung zum Westen sicher sein. Ranković sicherte zusätzlich Zwischenfälle an der ungarischen Grenze zu, wobei Ungarn als Angreifer auftreten sollte, und General Palfy und andere «Armeefaschisten» würden für die «physische Vernichtung» von Ungarns sowjetfreundlichen Führern, u.a. von Rakosi, Farkas und Gero, sorgen. Die Verschwörung wurde, laut Anklageschrift, durch «Massnahmen gegen die reaktionären Elemente und Spione durchkreuzt... Mitte Mai begannen die Verhaftungen der Verschwörer».

Alle Beschuldigten bekannten sich zu allen Anklagepunkten. Die Geständnisse waren schon sichergestellt worden, bevor die Anklageschrift verfasst wurde. Der Prozess begann. Die Angeklagten verzichteten auf eine Verteidigung und bemühten sich nicht nur, die ihnen angelasteten Verbrechen einzugestehen, sondern sie noch schlimmer hinzustellen. Brankov zum Beispiel sagte aus, dass die Pläne der Weststaaten, den Balkan dem sowjetischen Einfluss zu entziehen, im Jahre 1943 begannen, in einer Zeit also, in der die Alliierten die Hilfe für Tito starteten. Urheber des Gedankens sei Winston Churchill gewesen, unterstützt von Engländern und Amerikanern, darunter Brigadier

MacLean, Leiter der britischen Militäremission im Hauptquartier der Partisanen, Allen W. Dulles, Abteilungsleiter der OSS-Aktionen in verschiedenen europäischen Widerstandsbewegungen, ferner fast alle amerikanischen und englischen Offiziere, von denen bekannt ist, dass sie im Krieg mit Partisanen zusammengearbeitet haben. Ihnen legte man zur Last, drei Mitgliedern des jugoslawischen Politbüros: Rankovic, Karelj und Djilas, die Idee infiziert zu haben, dass nach dem Krieg Jugoslawien ein bürgerlicher Staat sein und zugleich die Führung einer Konföderation gleichartiger Balkanstaaten einnehmen müsse. Man behauptete, dass Tito selbst für diesen Gedanken gewonnen wurde, ja, dass er im Grund seines Herzens nie ein echter Kommunist gewesen sei. Beweis dafür wäre, dass er lange Zeit die Hilfe der Sowjetunion abgelehnt habe, bis er sich schliesslich gezwungen sah, sie zur Befreiung Jugoslawiens doch zu erbitten²). Seine kommunistenfreundliche Pose habe er nur angelegt, weil sich das jugoslawische Volk den Kommunismus wünschte. Dies sagte Brankov aus. Palflys Hauptbeitrag bestand, ausser in der Bestätigung der Aussagen von Rajk und Brankov, in dem Geständnis, dass der Termin für den Budapest Putsch endgültig für Mai oder Juni 1949 festgesetzt worden sei. (Zufällig die Zeit meines dortigen Aufenthalts, und damit die Erklärung, warum Rajk sich mir nicht widmen konnte.)

Die Geschichte ist mit geradezu genialen Einzelheiten ausgeschmückt und dürfte teilweise sogar wahr sein. Rajks starke Hand gegen Klassenfeinde war in Budapest bekannt und gefürchtet. Bei Gesprächen mit ausländischen Diplomaten war er gewöhnlich kalt, unangenehm und abschreckend. Diese Charaktereigenschaften mögen ihn nicht gehindert haben, Moskaus diktatorischem Verhalten zu widerstreben, oder bis zu einem gewissen Grad mit Titos Plänen, Jugoslawien vor russischer Ausbeutung zu bewahren, zu sympathisieren. Aber kein Verschwörer ist geschickt genug, um sich bei plötzlichem Stellungswechsel seiner Komplizen vor dem Vorwurf, doppeltes Spiel getrieben zu haben, retten zu können. Es muss schon eine Be-

lastung für ihn gewesen sein, aus Zweckmässigkeitsgründen mit Klassenfeinden zusammenzuarbeiten (was Revai aber ganz selbstverständlich findet). Man muss sich bewusst sein, dass Massnahmen, die heute zweckmässig erscheinen, nicht immer gleich gewertet zu werden brauchen. Wenn sie aber einmal nicht als zweckmässig erscheinen, dann kann es plötzlich einleuchtende Gründe geben, dass man selbst zum Sündenbock wird.

Was aber eine wirkliche Marter sein muss, ist, den Verbündeten, mit dessen Vertretern man zusammengearbeitet hat, plötzlich zum Feind werden zu sehen. Rajk muss dies durchgemacht haben, als er während des deutsch-russischen Freundschaftsvertrages gezwungen war, mit Agenten von Nazideutschland zusammenzuarbeiten. Es lässt sich nicht vermeiden, dass man irgendwelche belastende Beweisstücke in den Händen ehemaliger Komplizen zurücklassen muss. Mögen sie aber vorhanden sein oder nicht, es ist bestimmt noch schlimmer, wenn jemand weiss, dass die früheren Kollegen in jedem Fall belastende Aussagen machen werden, wenn sie sich damit einen Vorteil verschaffen, einen womöglich verdrängen und zum Henker schicken können. Rajk konnte aus dem Morast der Kollaboration mit den Nazi unmöglich hervorgegangen sein, ohne vor den Türen von hundert dunklen Existenzen belastende Fussspuren zu hinterlassen. Er konnte nicht jeden seiner Komplizen aus jedem Lager dahin bringen, über ihre gemeinsame Arbeit ungünstig auszusagen, gleichgültig, ob es stimmte oder nicht.

Die Jugoslawen reagierten sehr heftig gegen den Angriff der Kominform, den der Rajk-Prozess darstellte. Ihr schlagkräftigstes Argument war, dass die ungarische Regierung sich ihnen gegenüber genau der gleichen Verbrechen schuldig gemacht habe, deren man die Jugoslawen bezichtigte – Erpressung, Drohung, Spionage, Grenzzwischenfälle –, aber da Ungarn keine Möglichkeit gesehen habe, sich zu verteidigen, hätte es den in seinem Fall einzigen Ausweg ergriffen, nämlich sich als erster gegen Jugoslawien zu wenden.

Eine Reihe von Belgrader Regierungskommuniqués versuchte, sich mit den Einzelheiten des Falles auseinanderzusetzen. Sie wiesen zum Beispiel nach, dass jene Leute, die Rajk angeblich nach dem spanischen Bürgerkrieg in französischen Internierungslagern getroffen haben wollte, nie dort gewesen waren. Bebler und Mrazović zum Beispiel waren schwerverwundet direkt nach Paris und von dort nach Jugoslawien transportiert worden. Als Entgegnung auf die Behauptung, dass Jugoslawien versucht habe, die ungarische Regierung zu stürzen, wurde die Frage gestellt, warum es Jugoslawien dann vorher richtig erschienen sei, die wirtschaftliche und politische Lage Ungarns zu kräftigen? Rakosi und andere Persönlichkeiten Ungarns wären oft nach Jugoslawien gereist, um sich von dort Hilfe und Rat zu holen. Sowohl öffentlich als auch privat hätten sie dafür oft ihren Dank ausgesprochen. Die ungarische Presse hatte Lobeshymnen gesungen, weil man sich in den Reparationsansprüchen massvoll gezeigt und Ungarn zinslose Kredite gewährt hatte. Oft waren in Ungarn Dankworte gesprochen worden, weil Belgrad auf der Pariser Friedenskonferenz Ungarn freundschaftlich geholfen hatte, ohne Rücksicht darauf, dass im Krieg Ungarn Jugoslawien gegenüber oft ungerecht gewesen war. Was das angebliche Zusammentreffen Rajks und Ranković' in Südungarn betraf, wurde hervorgehoben, dass «die Anklageschrift nicht wagte, genaue Daten zu nennen». Ranković sei in der erwähnten Zeit in Belgrad gewesen und könne Alibis erbringen.

Tito sprach in der Angelegenheit das letzte Wort. Er wählte dazu das Ende der jugoslawischen Herbstmanöver und hielt eine Rede, wie sie der Zuhörerschaft von 600 Offizieren angepasst war. Er sagte: «Wir haben das Recht, eine Unwahrheit eine Unwahrheit zu nennen. Lüge bleibt Lüge.» Der Budapester Prozess war «eine gründlich überlegte Schurkerei gegen unser Land». Er liess Zusammenhänge durchblicken, als er feststellte, das Ganze sei geplant gewesen, «um uns zu irgendeinem Zeitpunkt in der nahen Zukunft als Aggressoren, Faschisten, Friedensstörer und so weiter hinzustellen». Er wies auf einen

anderen Grund hin, als er sagte, die Sowjetunion habe den Prozess zum Anlass genommen, den gegenseitigen Freundschafts- und Beistandspakt mit Jugoslawien zu kündigen. Und schliesslich stellte er fest, dass der Prozess in Budapest hätte ablaufen müssen – man hätte ihn ebenso gut in der Sowjetunion oder in einem anderen osteuropäischen Land aufrollen können –, weil das ungarische Volk «in höchstem Mass mit der Sowjetunion unzufrieden und gegen sie aufgebracht wäre. Dafür gäbe es viele Gründe. Es hätte sich nur als notwendig erwiesen, die Unzufriedenheit auf Jugoslawien abzulenken, indem man es als starke Bedrohung der ungarischen Unabhängigkeit hinstelle.»

Warum sei man aber gerade auf Rajk verfallen? Tito gestand ein, diese Frage nicht eindeutig beantworten zu können. «Rajk war derjenige, mit dem wir am wenigsten zu tun hatten. Wir verhandelten meistens mit Rakosi, Farkas und anderen, während Rajk immer schwieg wie das Grab.» Tito teilte weiter mit, er habe gehört, dass Rajk sich zurzeit der jugoslawischen Auseinandersetzungen mit der Kominform zunächst schwankend zeigte ... «weil ihm die Methoden nicht gefielen, die man gegen Jugoslawien anwendete». Wegen seines Zögerns habe man ihn 1948 nach Moskau befohlen, um ihn «auszurichten». Tito bemerkte: «Ich weiss nicht, wie die Ausrichtung im Einzelnen vor sich ging, aber in Moskau war er, und als er zurückkehrte, wurde ihm das Innenministerium genommen und dafür das Aussenministerium übertragen. Seine Stelle als Innenminister fiel einem Mann zu, der dann den Prozess gegen Rajk aufzog.» Titos Schlussworte lauteten:

«So braute man alles in Moskau zusammen. Rajk wurde bald darauf verhaftet und zusammen mit Brankov abermals zum ‚Ausrichten‘⁴ nach Moskau gebracht. Dort wurde er auf irgendeine bei den Russen übliche Art für den Prozess vorbereitet. Später sahen Sie, dass der Prozess sich genau so abspielte, wie man es gewünscht hatte. Ich weiss nicht, wie man es fertig bekommt, dass Menschen sich selbst mit Dreck bewerfen, aber sicher ist es eine ungeheuerliche Methode, durch die man es erreicht.»

Einer meiner Bekannten, der für die Londoner Times über den Prozess zu schreiben hatte, berichtete in einem seiner ausgezeichneten, langen Artikel, dass Rajk «fast mit Wohlbehagen» alle Anklagen zugab, sein Ton ständig unpersönlich war und er mehr gesprochen habe, «als ob er eine Geschichte nacherzähle, als ein Mann, der ein Geständnis ablegt». Dies erinnert an jene Berichte, die Beobachter über die Moskauer Säuberungsprozesse in den dreissiger Jahren gegeben haben. Einige Monate früher hatte Kardinal Mindszenty, der sich einer langen Liste von Verbrechen, davon manchen in hohem Grad unwahrscheinlichen, schuldig bekannt hatte, fast mit den gleichen Worten geantwortet, die zu Anfang die Polizei gebraucht hatte. Bei Rajk war es dasselbe. Er sagte, dass die Anschuldigungen der Polizei alle richtig seien, und fügte hinzu, er habe alles aus freiem Willen getan, er sei sein eigener Mephisto und bitte darum, aufgehängt zu werden.

Seine Bitte wurde ihm erfüllt. Am 15. Oktober kam er und mit ihm Dr. Tibor Szöny und noch ein anderer an den Galgen. Nach einer Wiederaufnahme des Prozesses gegen Palffy hängte man auch ihn. Die anderen kamen mit Freiheitsentzug davon.

Mosche Pijade schrieb in der Belgrader «Borba»³⁾, es sei «unwichtig und ein reiner Zufall», dass man gerade Rajk und Palffy angeklagt habe, und also auch unwichtig und ein reiner Zufall, dass sie gehängt worden seien. Wichtig hingegen sei, dass der Prozess offenbare, dass der Chauvinismus «Grossrusslands nicht davor zurückschrecke, die ärgsten Methoden anzuwenden, um die europäischen Nationen zu verseuchen, und Grossrussland auf dem Weg zur Weltmacht vorwärtszubringen, es zum Herrn aller Nationen zu machen». Er sagte: «Es ist der Gipfel böswilliger Heuchelei, wenn jemand, um sein eigenes Verbrechen zu verschleiern, es denjenigen in die Schuhe schiebt, gegen die es sich gerichtet hat. Aber das ist die grundlegende und kennzeichnende Linie des ganzen Angriffs, der seit geraumer Zeit gegen das sozialistische Jugoslawien von gewissen Führern der UdSSR geführt wird, und den ihre Helfer in

anderen Volksdemokratien und in gewissen anderen kommunistischen Parteien gehorsam unterstützen.» In einem Satz sprach er sodann seine Meinung über den ganzen Prozess und seine Auswirkung aus: «Der Prozess ist die Frucht des vollkommenen Mangels an Vernunft, der die hervorragenden Errungenschaften der Oktoberrevolution zunichte macht, die Einheit der revolutionären, internationalen Arbeiterschaft und der gesamten internationalen Front zerstört und damit der Weltreaktion den grössten Dienst erweist.»

[Die Vernichtung des als «Titoisten entlarvten» Laszlo Rajk gab dem Triumvirat Rakosi-Gerö-Revai freie Bahn. Hatte doch besonders zwischen dem «Moskowiter» Rakosi und dem des «Nationalismus» überführten Rajk, dem Bruder eines Pfeilkreuzlerministers unter Szalasi, eine alte Rivalität bestanden. So vieles auch im Rajk-Prozess Komödie war, ein erbitterter Kampf zwischen den beiden sehr verschiedenen Naturen, ein Kampf um Sein oder Nichtsein musste stattgefunden haben, in dem Rakosi durch die Protektion Moskaus als überlegener Sieger über seinen nicht weniger grausamen Rivalen, der durch seine Gestapo Zehntausende bestialisch foltern und hinrichten liess, hervorging. Rajks verdientes, aber darum nicht weniger furchtbares Schicksal bedeutete eine deutliche Warnung für alle jene, die noch gegen die nicht einmal immer leicht erkennbare Linie des Kremls und seine berufenen Auftraggeber aufzumucken wagten.

Rakosi war zum ungekrönten König Ungarns geworden, dem höchstens der Mann Nummer 2 im Staat, Ernő Gero (eigentlich Ernst Singer) gefährlich werden konnte. Dieser besass zwar nur den bescheidenen Titel eines Verkehrsministers, war aber mit den Aufgaben des «Wiederaufbaus» betraut, ein fanatischer alter Bolschewik, Vertrauensmann Moskaus und womöglich noch ein grösserer Feind des Westens als Rakosi, der ja einst in England für kurze Zeit der Labour Party angehört hatte. Die zwei Rakosi «vorgesetzten» Personen, der «Ministerpräsident» Dobi, ein Politiker, der Kleinen-Landwirte-Partei entstammend, der, wie sein Vorgänger Lajos Dinnyes, rasch ins Lager des Kom-

munismus übergelaufen war und der als «Staatspräsident» eingesetzte sozialistische Verräter Szakasits, waren sachlich und persönlich Nullen, die als reine Befehlsempfänger um ihr Leben bangten. Letzterer hatte sich noch dazu, gleich seinem Vorgänger, dem protestantischen Pastor Zoltan Tildy, einem der übelsten Konjunkturpolitiker aller Zeiten, durch einen argen Nepotismus kompromittiert – sein Sohn wurde von ihm in den diplomatischen Dienst beordert, obwohl diesem jede Begabung hierfür fehlte, und sein Schwiegersohn, der Abgeordnete Paul Schiffer, war in Schiebergeschäfte mancher Art verwickelt – und dem Namen des alten Führers der Partei, Karl Peyer, alle erdenkliche Unehre gemacht.

Matthias Rakosi wurde am 9. März 1892 im südungarischen Dorf Ada als Sohn einer jüdischen Kaufmannsfamilie geboren. Er besuchte die Mittelschule in Szeged sowie die Hochschule in Budapest und widmete sich dem Studium der kaufmännischen Fächer und modernen Sprachen. Frühzeitig betätigte er sich innerhalb der linksradikalen Studentengruppen und ging später mit einem Stipendium nach London, wo er den Beruf eines Bankangestellten ergriff. Wieder nach Ungarn zurückgekehrt, wurde er zum Heeresdienst einberufen und gelangte im ersten Weltkrieg in russische Kriegsgefangenschaft. Nach dem Zusammenbruch des Zarenreiches schloss er sich dem heute als Trotzlisten verfeindeten und Ende der dreissiger Jahre in der UdSSR hingerichteten Bela Kun an und wurde von diesem bei Ausrufung der kurzlebigen ungarischen Räterepublik zum stellvertretenden Volkskommissar für den Handel ernannt. Die parteiamtliche Darstellung, dass Rakosi, «der gewaltige Lenker der Roten Armee von 1919» gewesen sei, entbehrt also jeder historischen Grundlage und stellt eine reine Erfindung, geboren aus zweckbedingtem Byzantinismus und Demagogie, dar. Nach dem Zusammenbruch des Räteregimes flüchtete er nach Wien. Aber schon Anfang 1920 berief ihn sein grosser Protektor Trotzki nach Moskau und lancierte ihn zum Leiter der illegalen ungarischen Kommunistischen Partei. Er war zu einem gutgeschulten marxistischen Theoretiker und routinierten Diskus-

sionsredner geworden. Per Flugzeug wieder nach Europa gebracht, arbeitete er in Ungarn illegal und konnte erst nach langer Zeit verhaftet werden. Die Solidarität der heute von ihm so verachteten und verfolgten fortschrittlichen Bürger und sozialistischen Arbeiter – vor allem der Protest der Labour Party – verhinderten damals ein Todesurteil, und der Richterspruch lautete nur auf lebenslängliches Zuchthaus.

1940 wurde er in Auswirkung des deutsch-sowjetischen Paktes, auf besonderes Betreiben Ribbentrops, nach fünfzehnjähriger Haft den Russen übergeben. Obwohl ein einstiger Günstling Trotzki's, stellte er sich sofort radikal um und verleugnete, wie einst Judas Ischariot, seinen ehemaligen Herrn und Meister. Er wurde das Muster eines Stalinisten, der Getreueste der Getreuen, und zog als Sowjetbürger, Offizier der Roten Armee und Führer der ungarischen Kommunistischen Partei mit den russischen Truppen im Lande ein. Obzwar seine Stellung einigemal erschüttert schien – ein gefährliches Symptom war das Ausbleiben eines persönlichen Glückwunsches Stalins zu seinem 60. Geburtstag –, vermochte er sich doch zufolge seiner Skrupellosigkeit und Klugheit am Ende immer wieder siegreich zu behaupten. Als verlässlichste Stütze seiner Herrschaft und ideale Partnerin im gewaltigen Spiel um die Macht, erwies sich seine Gattin, die früher Jakutin Fenitschka hiess und aus Baschkirien in Asien stammt. Sie war Richter in der UdSSR mit der Würde eines Präsidenten und spielte auch in der russischen Kommunistischen Partei eine nicht unbedeutende Rolle. Sie soll die Leiterin des sowjetischen Geheimdienstes in Ungarn sein. Gerüchte besagen sogar, dass sie eine von der Kominform neben den Diktator gestellte Spionin sei.

Rakosis Taktik für Ungarn ist die sogenannte Salami-taktik, die er entschlossen ist, bis zur letzten Konsequenz anzuwenden. Die weltbekannten ungarischen Salamiwürste werden nämlich nur Scheibe für Scheibe abgeschnitten, wobei es sehr darauf ankommt, dass keine dieser Scheiben auch nur einen Millimeter zu dick ausfällt. Er soll diese Erkenntnis folgendermassen kommentiert haben: Der Kommunismus muss

in Ungarn mit anderen Methoden durchgesetzt werden als in der Sowjetunion. Hier kommt man durch langsames Vorgehen, Schritt für Schritt, besser vorwärts, da man dann weniger Rückschläge in Kauf nehmen muss. Das war es auch, was Rakosi fast acht Jahre von der offiziellen Machtergreifung abhielt und ihn veranlasste, sich so lange Zeit mit der Position eines stellvertretenden Ministerpräsidenten und Generalsekretärs der Arbeiterpartei zu begnügen. Erst am 14. August 1952 liess er sich einstimmig vom Parlament für den zurückgetretenen Dobi – der als Nachfolger Sandor Ronais zum Vorsitzenden des Präsidiums gewählt wurde – zum Ministerpräsidenten «wählen». In einem Kommentar hiezu sagt «Esti Budapest», das ganze habe kaum eine Stunde gedauert, und schon fühle man, wie ein ganzer Abschnitt der ungarischen Geschichte in weite Ferne gerückt sei, Land und Volk seien in ein neues Zeitalter getreten. Tatsächlich befinden sich in der ungarischen Regierung jetzt auch nur mehr drei unbedeutende nicht-kommunistische Minister, und die Radikalisierung des politischen Kurses wächst.

Rakosis und Sowjetungarns Schwierigkeiten sind überwiegend durch den sogenannten Molotow-Plan bedingt, der für die Satellitenstaaten als richtungweisend in allen wirtschaftlichen Angelegenheiten angesehen werden muss. Der Plan, der offiziell als eine grossherzige und einmalige gewaltige Hilfsaktion für alle Vasallenländer geschildert wird, als ein selbstloser Über-Marshall-Plan, stellt in Wirklichkeit eine Art internationalen Fünfjahresplanes mit starker Betonung der Interessen der russischen Rüstungsindustrie dar. Er zeigt das Programm für Lieferungen von Kriegsmaterialien auf, die der Kreml von seinen Vasallen zu bestimmten Terminen pünktlich zu bekommen wünscht. Die ungenügende Erfüllung dieses Planes liess Russland den Moskauer Universitätsprofessor Eugen Varga, einen gebürtigen Ungarn, der an der Vernichtung seines einstigen politischen Weggefährten Bela Kun führend beteiligt war und als Wirtschaftsberater des sowjetischen Politbüros fungiert, nach Budapest entsenden. Varga, ein etwas individua-

listischer Gelehrter, der oft eigene wissenschaftliche Wege ging und wegen abweichender Theorien, betreffend die Lebensfähigkeit und Lebensdauer des «westlichen Kapitalismus», einigemal in seiner Position bei Stalin erschüttert war, forderte äusserste Anspannung aller Kräfte und radikalste Antreibermethoden, um den einmal eingetretenen Rückstand möglichst rasch aufzuholen. Er verlangte auch, dass das ungarische Volk seinen Lebensstandard herabsetze, da es «seine Zukunft» aufesse. Seine Parole hiess rücksichtslose Kollektivisierung der Landwirtschaft, Verstärkung des Industriepotentials, Erhöhung der Arbeitsnormen der Industriearbeiter und Ausschöpfung der letzten Rohstoffquellen für den Rüstungssektor. Die Produktion wurde zum Zentralproblem der Partei, und eine Fülle russischer Kommissionen studiert die einzelnen Anlagen sehr genau, da sie den Angaben des ungarischen kommunistischen Planungsamtes nur wenig Glauben schenken. In den Fabriken selbst werden sowjetische Arbeitsmethoden angewendet, und die Anforderungen ständig verschärft. Die am Budapester Gorkij-Weg untergebrachte «Zentrale der Maschinenindustrie» wurde durch Sowjetingenieure besetzt, und die nach der kommunistischen Machtergreifung an die höchsten Stellen gelangten «Arbeiterdirektoren» wurden durch russische Fachleute abgelöst, die natürlich einen weit höheren Gehalt beziehen. Nicht selten wurden die ersteren sogar wegen Sabotage, Verschwendung, Schlamperei usw. mit unbekanntem Ziel abtransportiert, und einen der wichtigsten Beschwerdepunkte stellt dar, dass Ungarns Stachanow-System viel zu wünschen übrig lässt.

Wie in allen Volksdemokratien steht auch in Ungarn der ewige «Kampf gegen den Klassenfeind» im Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzungen. Ein furchtbares Mittel zur Vernichtung unerwünschter Elemente durch Arbeit und Hunger stellen die ständigen Deportationen in sowjetisches Niemandsland dar, die an Schrecklichkeit an die Verschickung der Juden unter dem Naziregime erinnern. Fast der gesamte Mittelstand wurde von ihnen betroffen. Wie 1944 bestand auch diesmal ein Teil der Deportierten aus Juden. Aber es befanden sich auch

viele protestantische und katholische Geistliche sowie Angehörige der arbeitenden Bevölkerung, vor allem alte Leute, unter ihnen. Die Deportationen erfolgen nach umfassenden Listen, die von der AVH, der politischen Polizei, mit Unterstützung der Hausvertrauensleute und örtlichen Parteifunktionäre angelegt werden. Eine anonyme Anzeige, die Tatsache, dass jemand früher Staatsbeamter war, Kirchenbesuch, die Auslandsflucht eines Angehörigen oder Freundes, ja sogar fatale Namensgleichheit genügen, um sich für diese Liste zu qualifizieren. Die Ausweisungsbefehle werden dem Familienoberhaupt mit einer Frist von 24 Stunden, meist in den frühen Morgenstunden zwischen 4 und 6 Uhr, übermittelt. Das Familienoberhaupt darf 80 Kilogramm Gepäck, jedes weitere Mitglied 40 Kilogramm mitnehmen, die im Lastwagen nachgesandt werden, aber sodann wiederholt «verlorengehen». Die Wohnung und ihre Einrichtung werden beschlagnahmt und fallen Parteiaktivisten und Günstlingen zu. Die Evakuierten müssen sich selbst für den Transport mit Lebensmitteln versorgen, und es fragt niemand, wo sie diese hernehmen. Den Betroffenen werden zweierlei Ausweisungsbefehle zugestellt. Weiße Karten bedeuten Umsiedlung in die Provinz, meist nach einem berücktigten Arbeitslager, unter anderem bei Szolnok, Kalocza und in der sowjetischen Grenzstadt Nyiregyhaza, blaue hingegen Verschickung mit unbekanntem Ziel. Haupttransportstelle ist der Bahnhof Magdolnavaros. Die Ausweisungen erfolgen nach einem genauen Schema unter der Leitung Jenő Molnars, den Rakosi auch den Tschechen ausgeborgt hatte, und der seinerseits wieder dem Bevollmächtigten des Kominformbüros, dem Spezialisten Susslow, einem Sowjetrussen, untersteht. Dieser soll sich in echt bolschewistischer Weise für die totale Russifizierung und Ausrottung aller Unverlässlichen in den Satellitenstaaten erklärt haben. Wenn ein Familienmitglied nach Erhalt des Deportationsbefehles geflüchtet ist, wird die übrige Familie schwer bestraft. Flüchtet ein Alleinstehender, so werden die Hausnachbarn, der Hausbesorger und der Hausvertrauensmann zur Verantwortung gezogen, so dass tatsächlich jeder schon aus

Angst um das eigene Leben jeden anderen bespitzelt. Unter den Deportierten befinden sich ebenso wie unter Hitler auch betagte Personen, Kranke und schulpflichtige Kinder, auch auf stillende Mütter wird keine Rücksicht genommen. Der Bevölkerung ist es streng untersagt, mit den Unglücklichen in Verbindung zu treten. Viele Deportierte sterben an Hunger und Misshandlungen schon in den Viehwagen, die Zahl der Selbstmorde nimmt so erschreckende Dimensionen an, dass in Budapest Särge Mangelware geworden sind.

Nicht weniger radikal erwies sich die Ausrottungspolitik gegenüber der Kirche. Die Tragödie der Kardinäle Mindszenty und Grösz ist ja so bekannt, dass es nicht notwendig erscheint, sie, die in aller Welt einen einmaligen Aufruhr des Gewissens hervorgerufen hat, in ihren Einzelheiten zu beleuchten. Kirchenhasser Revai, der ungarische Rosenberg, macht die Kirche für alle wirtschaftlichen Rückschläge und Misserfolge verantwortlich. Wenn der Lebensstandard nicht in der gewünschten Art wächst, so sollen die Stachanowisten hierfür Rechenschaft von den Priestern verlangen, die mit Exerzitien, Prozessionen und Wallfahrten die Produktion sabotieren. Der Kampf gegen die Kirche muss nach Propagandaminister Revai mit scharfem ideologischem Kampf verbunden sein, in dem die kirchliche Lehre und Moral rücksichtslos angegriffen wird. Was christlich, kirchlich und katholisch oder protestantisch ist, wird von der Partei, als Trägerin und Kunderin der Weltanschauung des ungarischen Volkes, allein bestimmt. Alle papsttreuen Priester sind selbstverständlich Agenten des Imperialismus. Revais Aktionsprogramm ist: Demaskierung der katholischen Geistlichen, vor allem der Bischöfe, als Feinde des Friedens, Unterstützung jener Kleriker, die sich von Rom lossagen (um die kirchliche Einheit zu spalten), Schutzmassnahmen des Staates gegen «klerikale Umtriebe». Die Verwirklichung dieser Programmpunkte liess nicht lange auf sich warten. So wurden mit Dekret fast sämtliche religiöse Männer- und Frauenorden aufgelöst und ihre Mitglieder im Auftrag der Staatspolizei deportiert. Auch die mit der Krankenpflege und Erziehung

betrauten Ordensangehörigen wurden nicht ausgenommen. Ausser dem, was sie am Leibe trugen, war nur die Mitnahme einer Garnitur Wäsche gestattet. Die Klöster wurden für militärische und Parteizwecke beschlagnahmt. So wurde im berühmten Piaristenkloster in Nagykanizsa eine Partisanenschule eingerichtet.

Um die Bischöfe auszuschalten, wurden von der Zentralstelle für kirchliche Angelegenheiten im Kulturministerium Regierungskommissare ernannt, die in allen Diözesen die bischöflichen Ämter kontrollieren. Die kirchentreuen Generalvikare werden abgesetzt und durch sogenannte Friedenspriester ersetzt. Regierungskommissar und Generalvikar leiten so gemeinsam die Diözese, während der Bischof in seiner Residenz nur mehr formelle Funktionen zu erfüllen hat und sein Name und sein Siegel missbraucht werden. Der Regierungskommissar öffnet sogar die gesamte für ihn bestimmte Post, lässt die Telefongespräche aufnehmen, empfängt die Besucher und entwirft Verordnungen. Bei Ernennungen und Versetzungen oder Umbesetzungen im Klerus macht er dem Bischof Vorschläge, die dieser an das Ministerium weiterleitet, und die erst nach dessen Genehmigung Gültigkeit erlangen. Manche Regierungskommissare gehen so weit, sogar in den Pfarreien zu visitieren. Durch Zusammenlegung mehrerer Diözesen soll der kirchliche Apparat vereinfacht und «zentralisiert» werden. Die Absicht geht dahin, je weniger Diözesen, desto besser für die Kommunisten. Man will nicht mehr mit einem Dutzend Bischöfen verhandeln, sondern hofft, mit zwei oder drei ihrer Handlungs- und Gewissensfreiheit beraubter Oberhirten leichter fertig zu werden. Hand in Hand damit geht die Regierung daran, alle diözesanen Priesterseminare abzuschaffen und in drei «Zentralseminaren» in Budapest, Esztergom und Egerszeg zusammenzufassen. Die Priesterseminare in Kalocsa, Heyce und Győr wurden bereits aufgelöst. Der Regens des Esztergomer Seminars, Dr. Josef Brückner, wurde abgesetzt, und an seine Stelle trat der abgefallene Dr. Laszlo Terstenyak. Révai forderte, die kommunistischen Funktionäre und alle loyalen Staatsbürger

sollten ihre Kinder dem Religionsunterricht fernhalten. Der Religionsunterricht sei nämlich keineswegs Privatsache. Das Kind in die Religionsstunde zu einem reaktionären Priester zu schicken, kommt einem Bekenntnis gegen die Volkdemokratie gleich. «Man muss den Arbeitern erklären, dass jeder werktätige Vater, der sein Kind in die Religionsstunde schickt, das Kind den Händen des Feindes überantwortet. Der Religionsunterricht habe auf der Mittelschule nichts mehr zu suchen, und von den Universitäten müsse die theologische Fakultät verschwinden»¹ weil ein wissenschaftliches Studium, das auf der marxistisch-leninistischen Weltanschauung auf gebaut ist, sich in keiner Weise mit der Theologie vereinbaren lässt. Die Jugendorganisation (Disz) richtet sich ausschliesslich nach der marxistisch-bolschewistischen Doktrin, dass Religion, in welcher Art immer, Opium für das Volk sei. Die Kommunisten hoffen offensichtlich, dass mit dem Absterben dieser Generation die Gotteshäuser leer sein werden und die Kirchen zu völliger Bedeutungslosigkeit herabsinken. Ob dies gelingt, kann nur die Zukunft erweisen. Tatsache ist, dass die jetzigen schweren Verfolgungen und Drangsale den Kampfesmut und Widerstandswillen der Gläubigen nur stärkten. Die Gotteshäuser sind überfüllt, und alle Versuche zur Errichtung einer sogenannten Nationalkirche, die als Schrittmacherin des Kommunismus spaltend wirken soll, waren zum Scheitern verurteilt. Die wenigen Abtrünnigen oder Überläufer, wie etwa der von seinem Bischof exkommunizierte Pater Istvan Balogh, die sich stolz als sogenannte patriotische Priester bezeichnen, konnten keinen Anhang gewinnen. Die Bevölkerung setzt nach wie vor der Verfolgung glaubenstreuer Geistlicher und der Zerstörung religiöser Einrichtungen den stärksten Widerstand entgegen, der allerdings zu einer weiteren Intensivierung des Terrors führt.

So erweisen sich auch hier bei diesem den Polen wesensverwandten aristokratischen und ein wenig individualistischen Volk die Kirche und das Bauerntum als die stärksten Bollwerke einer wahren Demokratie und als die besten Waffen gegen die

Nivellierung und Zerstörung eines eigenständigen volklichen und politischen Lebens.

Auch das ungarische Problem ist daher für die Moskauer Gewaltigen im Kreml noch lange nicht gelöst, und die Widerstandskraft des magyarischen Volkes vermochte bis heute nicht gebrochen zu werden. In ihrer Unsicherheit und Angst sehen die Herrschenden und ihre Diener überall die Gespenster eines schemenhaften Nationalismus und Titoismus, die zumeist nur der Ausdruck ihres schlechten Gewissens sind, aber eben durch diese Angst zu ernstesten Realitäten und einer allumfassenden Gefahr für das Regime und seine Träger selbst werden, die sich gegenseitig oft bis zur Selbstvernichtung bekämpfen.]

Anmerkungen zu Kapitel 21

1) Eine deutsche Übersetzung der Anklage gegen Rajk und seine Mitschuldigen erschien in der «Neuen Zeit», Moskau, 14. September 1949.

2) Siehe Kap. 3, Pijades Beschreibung von Titos nutzlosen Hilferufen an «Grossvater».

3) 22., 26., 29. September und 5. und 6. Oktober 1949.

22

«LASST DIE SPATZEN NUR ZWITSCHERN!»

*Regierungen sind Erscheinungen der Städte.
Ignazio Silone: «Fontamara».*

Man pflegt jene Völker glücklich zu preisen, die keine Geschichte haben. Die Geschichte Rumäniens als unabhängiger Staat ist zu Ende, aber es wäre reiner Hohn, die Rumänen jetzt glücklich zu preisen. Sie sind nur still, wie Tote.

Man kann das Datum des Endes der rumänischen Unabhängigkeit verschieden ansetzen. Während des Krieges gehörte das Land der Achse an. Man nannte es Befreiung, als Marschall Tolbuchins Truppen die Deutschen vertrieben und eine Marionettenregierung einsetzen. Ob Rumänien dann seine Unabhängigkeit wiedergewann, und wenn ja, zu welchem Zeitpunkt es sie wieder einbüsste, ist eine Frage ohne Antwort, aber es gibt kaum Zweifel, dass es heute mehr als irgendein anderer Satellitenstaat, nur ein konstituierendes Mitglied der UdSSR ist. Die Ausbuchtung «Rumänien» in der Silhouette der russischen Boa constrictor wird von Tag zu Tag kleiner, da die kommunistischen Verdauungssäfte ihr Werk tun, und heute schon entspricht sie ungefähr der Grösse, sagen wir, der ukrainischen Ausbuchtung. Moskau erlaubt Rumänien immer noch, amerikanische, englische, französische und andere Diplomaten in Bukarest zu empfangen. Aber ihre Anzahl ist genau begrenzt, und das Betreten von ungefähr zwei Drittel des Staatsgebietes, darunter des Banats, der Bukowina, der Moldau und der Dobrudscha, ist ihnen verboten. Rumänien darf diplomatische Vertretungen in ungefähr gleicher Stärke in den entsprechenden westlichen Hauptstädten unterhalten. Andererseits hat die

Ukraine, die in Kiew zwar nicht einmal so viele Gesandtschaften haben darf, wie Rumänien soviel Unabhängigkeit (wie Stalin in Jalta mit grosser Überredungskunst darlegte), dass sie einen eigenen Sitz in den Vereinten Nationen verdient. Sie lässt ihre Stimme in Flushing Meadows ertönen, und man darf sie dort nicht überhören, obwohl es eher die Stimme Jakobs als die Esaus ist, denn gewöhnlich stammt sie von Herrn Manuilski, einem der gewiegtesten kommunistischen Debattenredner. Die Stimme der rumänischen Volksdemokratie aber erklingt dort nicht, und auch sonst hat sie nicht viel zu sagen.

Man fragt sich bereits jetzt, ob Rumänien überhaupt noch den Titel eines Satelliten verdient. Das kann entschieden werden, wenn Moskau beschliesst, es als konstituierende Republik in die Sowjetunion aufzunehmen. Das ist bis jetzt wahrscheinlich deshalb vermieden worden, weil man hoffte, Rumänien könne eines Tages in die UN gewählt werden, als Gegenleistung für Moskaus Zustimmung zur Aufnahme eines vom Westen propagierten Staates wie Irland oder Portugal. Aber inzwischen ist der Abstand dieses Satelliten von seiner Sonne so gering geworden, dass er nicht einmal mehr ihr Licht widerspiegeln kann, und die Möglichkeit, dass ihm als freier Staat die Mitgliedschaft einer Weltvereinigung zuerkannt wird, ist fast ganz geschwunden. Ausländische Journalisten dürfen nicht mehr direkt berichten, was im Lande vorgeht. [Der nationale Widerstand vermag sich trotz einer zeitweise intensiven Partisanentätigkeit in den Karpaten, an der Ostgrenze und im Donaudelta nicht entscheidend durchzusetzen. Immerhin erreicht auch hier der Widerstand der breiten Massen der Bevölkerung ungeahnte Ausmasse. Aber die Opposition dringt auch in die höchsten Kreise.

Im August 1951 waren der frühere Generalmajor der rumänischen Luftstreitkräfte Mihail Romanescu, der Oberst der Armee Mihail Bosoanca, Oberstleutnant der Reserve Anton Dumitrescu, der frühere Präsident des Bukarester Appellationsgerichtes Alexander Miciu, die Rechtsanwälte Polizu-Micsunesti, Jon Vasilescu-Valjean und Titus Onisor sowie der Ingenieur der

rumänischen Staatsbahnen Radu Matic angeklagt, den Angehörigen der britischen Gesandtschaft Charles Robison, Roger King und einem Mann namens Gibson wichtige Informationen weitergeleitet zu haben. Der Anklageschrift zufolge hatte Romanescu zugegeben, dass er zurzeit, als er Oberbefehlshaber der rumänischen Luftstreitkräfte war, einem Direktor der Unirea Erdölgesellschaft namens Bowdon Einzelheiten über die Munitionslager, Fliegerartillerie und Flugabwehrplätze Rumäniens mitgeteilt habe.

Vier der Beschuldigten, eben General Romanescu, Präsident Miciu, Oberst Bosoanca und Rechtsanwalt Polizu-Micsunesti wurden zum Tode verurteilt. Die übrigen erhielten Kerkerstrafen von 12 bis 25 Jahren.]

Bukarest hat vielleicht gehofft, als Hauptstadt der Kominform Ruhm zu erwerben, als der Sitz dieser Organisation von Belgrad wegverlegt wurde. Aber nicht einmal diese Gunst gewährte man ihm, denn die Kominform tritt nicht mehr regelmässig zusammen, weder in Bukarest noch sonstwo. Vielleicht messen die sowjetischen Führer ihr keine weitere Bedeutung zu. Vielleicht hatte Stalin beschlossen, neben dem Kreml kein anderes Machtzentrum, sei es noch so klein, zu dulden. Manche Beobachter sind der Ansicht, die Kominform sei ursprünglich nur geschaffen worden, um die jugoslawische Angelegenheit ins Reine zu bringen, und man lasse sie nach, wenn auch erfolgloser, Beendigung dieser Aufgabe, einfach auf dem Papier weiterbestehen, weil man sie vielleicht noch einmal brauchen kann. Heute ist ihre Haupttätigkeit die Herausgabe einer Zeitung. Was dabei an Ruhm zu erringen ist, kann Rumänien für sich buchen, denn das Kominformjournal «Für einen immerwährenden Frieden, für eine Volksdemokratie!» wird in ungefähr 15 Sprachen in Bukarest gedruckt.

Vielleicht wird es sogar zum grössten Teil dort auch verfasst. Die typischen Artikel von Kommunistenführern bringen hauptsächlich zu den jeweiligen Gegebenheiten statistisches Material, aber ob sie mit Signor Togliatti, M. Duclos, Präsident Bierut oder Ulbricht unterzeichnet sind, immer verwenden sie

die übliche Phraseologie und sind nach Schema F zugeschnitten.

Während ich verschiedene Nummern von «Für einen immerwährenden Frieden, für eine Volksdemokratie!» nach interessanten Einzelheiten und Andeutungen von Änderungen in der Parteilinie durchgehe, frage ich mich verwundert, was die Meisterpolemiker der alten Schule, wie Bucharin, Radek und andere, mit ihrem scharfen Verstand, gründlichem Geschichtswissen und guter Menschenkenntnis dazu sagen würden. Sicher ist es für uns, die gegen die Ausbreitung der kommunistischen Weltrevolution kämpfen, sehr angenehm, dass alle grossen Schriftsteller der russischen Revolution durch Stalins Henkersknechte zum Schweigen gebracht wurden.

[Tatsache ist es auch, dass von den achtzehn Gründungsmitgliedern der Kominform nicht weniger als sechs, also ein Drittel, und zwar Kostoff (Bulgarien), Eduard Kardelj und Milovan Djilas (Jugoslawien), Anna Pauker (Rumänien) sowie Rudolf Slansky und sein slowakischer Gefolgsmann Stefan Bastovansky (Tschechoslowakei) als «Verbrecher, Mörder und Spione» entlarvt worden sind. Eine Reihe weiterer haben stark an Prestige eingebüsst und sind mehr oder weniger verdächtig geworden. Zwei, der einstmals allgewaltige Russe Andrej Zdanow und der 62jährige bulgarische Kommunist V. Poptomoff, sind gestorben und können daher nicht mehr als «Gegenrevolutionäre, Nationalisten oder Titoisten» entlarvt werden.

Von den 21 Kommunisten, die im Juni 1948 Tito, Kardelji, Rankovic und Djilas bei der Kominformtagung in Bukarest als Mitglieder einer «faschistischen Verbrecherbande» aus ihrer ehrenwerten und stalintreuen Gesellschaft verbannten, hat man über acht und zwar Wladislaw Gomulka (Polen), Anna Pauker und Vasil Luca (Rumänien), Kostoff (Bulgarien) und Slansky, Bastovansky, Kopriva und Geminder (Tschechoslowakei) den Stab gebrochen und sie mit Ausstossung aus der Partei, ja sogar zum Teil mit dem Verlust des Lebens bestraft.

Von jener alten Garde, die 1947 das Kominformbüro bildete, befinden sich nur mehr Rakosi, Tschewenkoff und Georghiu Dej als Ministerpräsidenten von Ungarn, Bulgarien

und Rumänien, sowie Generalsekretäre der dortigen Parteien im Amt.

Die Technik und der Vorgang der Parteireinigung sind – soweit es sich um höhere Genossen handelt – von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer genau die gleichen. Ein Sprecher der Partei erhebt gegen den zu Säubernden mündlich oder schriftlich Anklage, z.B. wegen staatsfeindlicher Tätigkeit, Spionage, ideologischer und politischer Unklarheiten, Nachlässigkeit oder Verrat an den Grundsätzen der sozialistischen Oktoberrevolution. Hierauf versucht sich der angegriffene Genosse mit einer programmatischen Selbstkritik reinzuwaschen und verspricht gehorsame Rückkehr zur Generallinie und den Grundsätzen der Partei, der er und das Volk «alles verdanken». Trotzdem erfolgt sodann programmgemäss mehr oder weniger rasch die Ausstossung aus Amt und Würden, der Parteiausschluss und die Verhaftung des Sünders. Manchmal, wie in den Fällen Kostoff und Slansky, erhält sogar der Henker Arbeit.]

Die Unabhängigkeit, die Rumänien beim Einmarsch der Roten Armee im August 1944 erlangt haben soll, wurde in Jalta durch Roosevelt, Stalin und Churchill in der Deklaration «Für ein befreites Europa» formell garantiert. Dasselbe Dokument garantierte dem rumänischen Volk seine inneren Freiheiten, darunter das Recht, seine Regierung zu wählen. Aber kaum waren die Grossen Drei aus der Krim wieder in ihre Hauptstädte zurückgekehrt, als durch die Ausrufung einer kommunistischen Minderheitsregierung in Bukarest die Unabhängigkeit und die Freiheit eindeutig verletzt wurden. Die Art der Durchführung war ebenso vielsagend wie das Resultat. Der sowjetische Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten, Andrei Wyschinski, flog ganz einfach am 27. Februar 1945 von Moskau nach Bukarest, schlug im Königsschloss auf den Tisch und gab König Michael die notwendigen Befehle. Auf Wyschinskis Anordnung übergab der König die Vertreter der beiden grössten politischen Organisationen im Land, der Nationalen Bauernpartei, geführt von Juliu Maniu, und der Nationalen Arbeiterpartei unter Führung Dinu Bratianus, und legte die

Macht in die Hände des Auserwählten Wyschinskis, Dr. Petru. Groza. Die Vereinigten Staaten und England protestierten. Als man Wyschinski mitteilte, welchen peinlichen Eindruck sein Eingriff in die rumänische Innenpolitik in den westlichen Hauptstädten hervorgerufen habe, sagte er bloss: «Lasst die Spatzen nur zwitschern!»

[Ein Augenzeugenbericht über die Rolle des Sowjetministers Wyschinski bei der kommunistischen Machtergreifung in Rumänien im Jahre 1945 wurde von der amerikanischen Delegation bei den Vereinten Nationen veröffentlicht. Der Bericht ist in einem Schreiben des früheren rumänischen Aussenministers Konstantin Visoianu an Warren Austin, den Hauptdelegierten der USA bei den Vereinten Nationen, enthalten.

«Ich bin der Zeuge, nach dem Wyschinski verlangte», mit diesen Worten beginnt der Bericht Visoianus. «Ich war zugegen, als Wyschinski sein Ultimatum überreichte und die Forderungen der Sowjetregierung formulierte.»

Der frühere rumänische Aussenminister berichtet: Zurzeit der Intervention Wyschinskis setzte sich die rumänische Regierung unter General Radescu aus Vertretern von vier Parteien zusammen: der nationalen Bauernpartei, der Liberalen, der Sozialistischen und der Kommunistischen Partei. Die letztgenannte war, obgleich sie eine unbedeutende Minderheit darstellte, aus Entgegenkommen gegenüber der Sowjetunion in die Regierung aufgenommen worden. Das Land war von Sowjettruppen besetzt und die rumänischen Sicherheitskräfte waren entwaffnet.

Anfang Februar 1945 wurden zwei führende Kommunisten, Anna Pauker und Gheorghiu-Dej, nach Moskau berufen. Anschliessend begann eine heftige kommunistische Pressekampagne gegen die rumänische Regierung, und die bekannten kommunistischen «Fronten» schossen wie Pilze aus dem Boden. In dieser Atmosphäre traf Wyschinski am 26. Februar in Bukarest ein und ersuchte um eine sofortige Aussprache mit König Michael, in deren Verlauf er die Bildung einer «demokratischen» Regierung vorschlug.

An den folgenden Tagen erneuerte Wyschinski seine Vorschläge vor dem König, und seine Vorstellungen wurden immer energischer. Visoianu war bei allen Unterredungen anwesend und veranlasste die Niederschrift stenographischer Notizen.

Am 27. Februar 1945 habe Wyschinski König Michael erklärt: «Diese Lage kann nicht fortdauern. Ihre Majestät müssen den sofortigen Rücktritt der Regierung Radescu anordnen und eine andere Regierung bilden, die aus Vertretern der wirklich demokratischen Parteien und Parteiloser besteht.»

Der König soll darauf geantwortet haben, dass die rumänische Regierung sich aus allen demokratischen Parteien zusammensetze und dass sie weiter gänzlich den Beschlüssen von Jalta entspreche.

Am darauffolgenden Tage habe Wyschinski das Ultimatum gestellt, indem er dem König sagte: «Wir halten es für notwendig, dass die Regierung sofort geändert wird. Noch bis heute 6 Uhr muss der Rücktritt der Regierung bekanntgegeben werden und unmittelbar darauf der Name jener Person, die mit der Bildung der neuen Regierung beauftragt ist. Wenn die Regierung nicht sofort geändert wird, können wir nicht länger die Verantwortung für die freie Existenz des rumänischen Volkes übernehmen.»

Der König habe eingewendet, dass er die Führer der politischen Parteien konsultieren müsse, worauf Wyschinski mit der Faust auf den Tisch geschlagen und gesagt haben soll: «Ich will die Antwort Eurer Majestät sofort!»

Nach einigen weiteren herrischen Bemerkungen soll Wyschinski erklärt haben: «Das ist alles. Ich werde die Nachricht des Rücktritts General Radescus abwarten.»

Daraufhin, so berichtet Visoianu in seinem Memorandum, habe Wyschinski das Zimmer verlassen und die Tür so fest zugeschlagen, dass der Mörtel ringsum Sprünge aufwies.

Nun marschierten sowjetische Truppen und Tanks in den Strassen Bukarests auf, die sowjetischen Verwaltungskontrollen wurden verschärft, die sowjetische Zensur der Presse und des Rundfunks wurde noch strenger. Der König war gezwungen,

nachzugeben, und gab bekannt, dass die unter Leitung von General Radescu stehende Regierung zum Rücktritt aufgefordert worden sei.

Am 1. März erschien Wyschinski wieder im Königspalast und erklärte: «Ich muss Eurer Majestät mitteilen, dass ich von meiner Regierung den Auftrag habe, zu erklären, dass Peter Groza der Mann ist, der unser Vertrauen genießt, und dass wir ihn als Ministerpräsidenten wünschen.»

Nach diesem Schritt, so schliesst der Bericht Visoianus, wurde die Regierung hinter den verschlossenen Türen der Sowjetbotschaft gebildet. In dem Schreiben wird festgestellt, dass Wyschinskis Handlungsweise eine klare Verletzung des Jalta-Abkommens und der verfassungsmässigen Bestimmungen über die Regierungsbildung in Rumänien darstellte, da der König nicht das Recht zur Ernennung von Ministern hatte.]

Die westliche Öffentlichkeit erfuhr nur wenig von diesen Vorgängen, wie überhaupt von allem, was sich im Bereich der Besetzung der Roten Armee ereignete. In Rumänien und Bulgarien gab es nur wenig Journalisten aus dem Westen, und auch die waren in der Bewegungsfreiheit behindert. In Amerika hielt das Aussenministerium es im Hinblick auf die öffentliche Meinung am Vorabend der Konferenz von San Franzisko nicht für klug, alles, was es an Berichten über die Übergriffe der Sowjets erhielt, an die Presse weiterzugeben. Man hoffte, dass sich die Sowjetunion, sobald sie ihren offiziellen Platz im Weltsicherheitsrat eingenommen hatte, der Weltmeinung verantwortlich fühlen und als pflichtbewusstes Mitglied der internationalen Gesellschaft handelt würde. Auch hielt man es nicht für angebracht, Stalins Gefühle zu verletzen, indem man sich zu heftig über den Bruch seiner Versprechungen in Jalta beschwerte, während er gleichzeitig Molotow, Gromyko und Sobolew zu einer grossen internationalen Konferenz schickte, um die weltweite Verantwortung in einer Organisation auf sich zu nehmen, die sich auf Ideale der Atlantik-Charta und der Moskauer Deklaration von 1943 gründete. Das Aussenministerium beklagte sich in seinen Noten an die Sowjetunion über die Verletzungen des

Jalta-Abkommens. Aber seine Beamten scheuten davor zurück, ihren Befürchtungen und ihrem Zorn durch Kommentare in der Presse Ausdruck zu verleihen.

Die Proteste des Westens wurden schärfer, als sich der sowjetische Ring im Lauf der Zeit, statt sich zu lockern, nur noch fester um den Hals der russisch besetzten Staaten legte. In Rumänien weigerten sich Maniu und Bratianu, sich der Kontrolle der kommunistischen Minderheit und ihrer Lockvögel zu unterwerfen. Damals wurde besonders Maniu in liberalen Kreisen des Auslandes wegen seines Mangels an «Realismus»¹ heftig kritisiert und ihm vorgeworfen, er wolle nicht anerkennen, dass neue «fortschrittliche» Kräfte am Werk seien, und verweigere die Zusammenarbeit mit ihnen. In Ungarn ging die Partei der Kleinen Landwirte von Ferenc Nagy eine Koalition mit der kommunistischen Regierung ein, und in Bulgarien arbeitete Petkoff mit der Vaterländischen Front zusammen. Das wurde als Zeichen eines überlegenen Liberalismus mit Beifall begrüsst.

Wir haben gesehen, dass es in keinem Fall gut ausging. In Rumänien war es nicht anders. Die Vereinigten Staaten und Grossbritannien versuchten, die betreffenden Regierungen und ihre russischen Schutzpatrone zur Einhaltung der Beschlüsse von Jalta anzuhalten. Alles, was dabei herauskam, war die Enthüllung eines beschämenden Mangels an Macht hinter den schriftlichen und mündlichen Botschaften, die ihre Diplomaten bei den betreffenden Aussenämtern abgaben. Ja, man kann sogar sagen, dass sie den heimischen nationalen Kräften, denen sie helfen wollten, eher schaden.

Wie erwähnt, protestierten die Westmächte gegen Wjuschinskis Eingriff in rumänische Angelegenheiten und weigerten sich mit Recht, die Regierung Groza anzuerkennen. Das ermutigte König Michael im August 1945 zu einem Appell an die drei Signatarmächte des Jalta-Abkommens, ihm bei der Bildung einer «anerkannten demokratischen Regierung» zu helfen. Im Abkommen war es vorgesehen, dass bei Meinungsverschiedenheiten über die Bildung von demokratischen und anerkannten Regie-

rungen die drei Signatarmächte zu Rate gezogen werden sollten. Daher verlangten England und Amerika jetzt eine Beratung wegen Rumänien. Moskau erwiderte, dass die Meinungsverschiedenheiten sich nur auf innere Angelegenheiten Rumäniens bezögen, eine Beratung also nicht nur überflüssig, sondern direkt unanständig sei. Schluss, Punkt, aus. Rumänien war voll von russischen Besatzungstruppen, und die Westmächte hatten keine Lust, für die Auswechslung des Herrn Groza gegen den Herrn Maniu in den Krieg zu ziehen. Andere Proteste wegen anderer Verletzungen des Jalta-Abkommens wurden ähnlich zurückgewiesen. Sicher tat man recht daran, die Dinge zur Sprache und in Erinnerung zu bringen. Aber das unmittelbare Resultat war ein Verlust an Gewicht für die westlichen Demokratien und eine Schwächung der nichtkommunistischen Elemente im Ostblock.

Gleichzeitig begannen die Verhandlungen für die Friedensverträge mit Italien und den anderen früheren Mitgliedsstaaten der Achse. Die Friedenskonferenz wurde am 29. Juli 1946 in Paris eröffnet. Ein Angehöriger der amerikanischen Delegation hat gesagt, dass die Vertragsentwürfe, die dort vorgelegt wurden, die übelberüchtigten Verträge von 1919 und 1920 noch übertrafen¹). Die Verträge selbst, wie sie am 10. Februar 1947 tatsächlich unterzeichnet wurden, waren um nichts besser. Die Westmächte versuchten, wenigstens in gewisser Beziehung, das 'Recht der Selbstbestimmung aufrechtzuerhalten, sei es durch «Plebiszit oder ähnliche Massnahmen bei territorialen Meinungsverschiedenheiten zwischen früheren Achsen- und Siegerstaaten. Diese Versuche aber blieben so gut wie erfolglos.

Im Falle Rumänien standen verschiedene Gebiete zur Debatte, darunter Bessarabien, ein Teil der Bukowina, Nordtranssylvanien und die südliche Dobrudscha.

Bessarabien war seit 1812 in russischem Besitz. Es war (hauptsächlich aus ethnographischen Gründen) 1918 an Rumänien gekommen, 1940, entsprechend einem im Jahr vorher zwischen Molotow und Ribbentrop geschlossenen Abkommen, aber an Russland zurückgegeben worden. Von rumänischer Seite

wird seitdem behauptet, dass die rumänische Regierung der russischen Annexion nie formell zugestimmt habe, sondern das Gebiet nur wegen der Androhung von Gewalt freigab. In Paris nannten die russischen Delegierten die Überstellung von 1940 ein «Abkommen», sagten, es sei durch den Waffenstillstand bestätigt worden, und liessen deutlich durchblicken, dass «besitzen» gleichbedeutend mit «recht haben» sei. Der Friedensvertrag sanktionierte diese Beweisführung. Der Fall der Nordbukowina lag etwas anders, obwohl der Beschluss der Friedenskonferenz der gleiche war. Die Nordbukowina ist in geschichtlicher Zeit niemals russisch gewesen. Die Provinz wurde im Ribbentrop-Molotow-Abkommen von 1939 nicht eigens erwähnt. Aber Deutschland protestierte nicht dagegen, als die Sowjetunion sie 1940 in Besitz nahm. Die Russen führten für sich an, dass sie dieses Gebiet ebenso wie das von der Tschechoslowakei und Finnland geforderte Territorium zu strategischen Verteidigungszwecken brauchen. Der Bär muss sich schliesslich gegen das mordgierige Lamm schützen²).

Ein Punkt wurde zum Vorteil Rumäniens erledigt. Im Jahr 1940 hatten Ciano und Ribbentrop den nördlichen Teil der rumänischen Provinz Transsylvanien ihrem Schützling Ungarn übergeben. Als Wyschinski am 6. März 1945 Groza zur Macht brachte, glaubte er wohl, er müsse dem neuen Ministerpräsidenten etwas mitgeben, um ihm die Sympathie der Massen zu erwerben, die seinen Namen kaum je gehört hatten. Deshalb sagte man Groza am 8. März, er solle Stalin um Nordtranssylvanien bitten. Im Antworttelegramm erhielt er es als «Geschenk». Die Deutschen waren bereits aus Budapest vertrieben, es gab also niemanden, der Moskau zur Rechenschaft gezogen hätte. Die westlichen Alliierten fragte man nicht. Im Grunde hatten sie nichts gegen die Rückstellung wenigstens eines Teiles von Transsylvanien an Rumänien, aber es wäre ihnen lieber gewesen, man hätte erst eingehend untersucht, ob sich nicht zugunsten der ungarischen Minderheiten Grenzberichtigungen vornehmen liessen. Und sicherlich schien es ihnen richtiger, es wäre durch Beschlussfassung aller Alliierten geschehen.

Die einzelnen Phasen der Wandlung von der kommunistisch kontrollierten Regierung Rumäniens zur absoluten kommunistischen Diktatur, brauchen hier nicht nachgezeichnet zu werden³). Sicherlich gab es anfangs einige nichtkommunistische Elemente, die für eine radikale Bereinigung der alten Ordnung eintraten, obwohl die Repräsentanten der neuen Ordnung Kommunisten und Protégés des verhassten Russland waren. Die Beschlagnahme der Grossgüter, die trotz der dem ersten Weltkrieg folgenden Agrarreform noch verblieben waren, konnte im Prinzip als populär gelten. Die rumänischen Regierungen der Zwischenkriegszeit waren weder ihrer Tüchtigkeit noch ihrer Redlichkeit wegen berühmt gewesen, und die Kommunisten beeilten sich alle jene Politiker, die westlich orientiert waren und demokratischen Staaten anhängen, auf dieselbe Stufe wie jene «alte Bande» von «Profitiers» und alles was in den liederlichen Tagen des Königs Carol die Verfassung in den Staub getreten hatte, zu stellen. Dass Maniu, der führende Politiker des Landes, wegen seiner Unbestechlichkeit und Verfassungstreue berühmt war, hinderte die kommunistische Propaganda nicht, ihn als korruptes Überbleibsel der alten tyrannischen Ordnung hinzustellen. Den Sozialisten nahm man mit der Versprechung auf Schlösser im Mond natürlich ganz den Wind aus den Segeln. [Ihr Führer Petrescu wurde durch Terror und Fälschungen übelster Art ausgeschaltet.]

Aber trotz des Anfangserfolges dieser Taktiken erwies sich als einzige, die nicht nur Schaumschlägerei war, die Aufteilung des Landes an die Bauern, als Bumerang. Die Agrarreform von 1919 bis 1920 hatte ungefähr 14 Millionen Morgen an ungefähr 1,400.000 Bauern verteilt. Die neuen kommunistischen Enteignungen gaben zusätzlich 2,750.000 Morgen an ungefähr 1,100.000 Bauern aus. Man hatte berechnet, dass dadurch mehr als die Hälfte des rumänischen Grundbesitzes zu weniger als sieben-einhalb Morgen je einer Familie gehörte. Die meisten Höfe dieser Art konnten keinen unabhängigen Bauern ernähren. Das mag den Plänen der Kommunisten entsprochen haben, denn nun konnten sie den Bauern, die nicht einmal das Minimum an

Werkzeugen und Zugtieren besaßen, den Vorteil der Kollektive vor Augen führen. Aber gleichzeitig verlor das Regime dadurch sowohl bei den Bauern auf ererbten Höfen als auch bei den Neusiedlern die eben erworbene Popularität.

Die Kommunisten empfanden also die Notwendigkeit, ihre politische Position zu festigen und besonders ihrem natürlichen Rivalen auf dem flachen Lande, Manius verhasster Nationaler Bauernpartei, den Hals zu brechen. Im Dezember 1945 schrieb ein Korrespondent der «Times» abfällig über Manius «Starrheit» und sein Abseitsstehen von einer modernen «radikalen Politik» und legte die «unvermeidliche» politische Krise seiner «unbeugbaren Haltung» zur Last. Weniger als ein Jahr später, am 18. Oktober 1946, berichtete dieselbe «Times» aus Bukarest, Maniu sei «populärer als zu jedem anderen Zeitpunkt in seiner langen Karriere». Der Artikel fährt fort: «Seine vergangenen Irrtümer und Schwächen sind vergessen. Er repräsentiert jetzt nicht irgendein Programm oder eine Ideologie, sondern die Idee der nationalen Unabhängigkeit schlechthin. Er ist das Symbol der rumänischen Nation.»

Die rumänische Nation sollte vernichtet werden, also musste Maniu fallen.

Für alle Satelliten mit Agrarcharakter kam jetzt der Zeitpunkt der Erledigung der bäuerlichen Rivalen der Kommunisten. In Bulgarien verhaftete man im Juni 1947 den Führer der Bauernpartei, Petkoff, und hängte ihn im September. In Polen wurde der Führer der Bauernpartei, Mikolajczyk, von der politischen Bühne gejagt und konnte nach England entkommen. In Ungarn machten die Russen den Fehler, freie Wahlen zuzulassen und verloren dabei gegen Nagys Kleine-Landwirte-Partei. Aber sie bedungen sich aus, dass unabhängig aller Wahlergebnisse eine Koalitionsregierung errichtet werden sollte, und sicherten sich darin das Innenministerium. Dadurch konnten sie zu jedem beliebigen Augenblick einen Staatsstreich inszenieren. Dieser Augenblick kam im Mai 1947. Im Juli 1947 war die Reihe an Maniu. Er wurde verhaftet, die Nationale Bauernpartei aufgelöst, und drei Monate später stellte man ihn vor ein Kriegsgericht

unter Vorsitz von Oberst Alexander Petrescu. Dieser Offizier hatte schon viele Uniformen getragen und (woran W. H. Lawrence in seinem Prozessbericht für die «New York Times» erinnert) unter der prodeutschen Antonescu-Diktatur dieselbe richterliche Funktion ausgeübt, als die Angeklagten in der Box meist Juden oder Personen waren, die man des Kommunismus oder Antifaschismus anklagte, was damals gleich verdammenswert war. Nach einem Prozess von zweiwöchiger Dauer wurde Maniu schuldig gesprochen und zu lebenslänglicher Einzelhaft verurteilt. Mit ihm zusammen wurden Jon Mihalache, der Vizepräsident der Nationalen Bauernpartei, und andere Gleichgesinnte vom Schuldspruch ereilt.

Bis zum Ende des Jahres 1947 hatten die Kommunisten alle politischen Rivalen in Osteuropa erledigt, die besonderen Einfluss auf die Bauern besaßen. Ob diese Bauernführer eine inhaltende oder eine starre Politik einschlugen, ob sie mit dem Kommunismus zusammenarbeiteten oder ihn bekämpften, konnte ihr Schicksal höchstens nach Graden verschieden gestalten: Einige ereilte der Tod, andere wurden eingekerkert, und hier und da gelang es einem, sich ins Exil zu retten.

Sechs Wochen nach der Verurteilung Manius zwang man König Michael, der sein möglichstes getan hatte, die königlichen Privilegien so weit einzuschränken, dass sie mit einer kommunistischen Diktatur vereinbar wurden – was ihm dann und wann sogar zu gelingen schien –, abzudanken und das Land zu verlassen. Am 30. Dezember 1947 wurde die rumänische Volksrepublik ausgerufen. Es gab keine Zelle des politischen Widerstandes mehr, weder von reaktionärer oder bourgeoiser noch von bäuerlicher, demokratischer oder sozialistischer Seite.

Aber auch jetzt waren die Russen noch nicht zufrieden. In den Reihen der Kommunisten selbst schien noch ein Gran Nationalgefühl übriggeblieben zu sein, und man gab Befehl, es auszumerzen. Der Mann, an dem zuerst das Exempel statuiert werden sollte, war Lukretiu Patrascanu, ein altes Paradeross der Partei und Regierungsmitglied. In den zwanziger Jahren war er kommunistischer Parlamentsabgeordneter gewesen, wäh-

rend des Krieges Führer der kommunistischen Untergrundbewegung und Leiter der Kommission, die man zur Führung der rumänischen Waffenstillstandsverhandlungen nach Moskau sandte. Im Kabinett vor Groza war er Justizminister, und Wyschinski vertraute ihm genug, um ihn in der neuen Regierung mit demselben Posten zu bekleiden («The Daily Worker») pries ihn damals «für seine unerschütterliche Verteidigung der führenden Antifaschisten, wie Professor Constantinescu, Jasi, Anna Pauker und der Führer der Eisenbahnerstreiks, gegen die rumänischen Militär- und Zivilgerichte». Die Zeitung schrieb ferner, dass er der Kommunistischen Partei seit ihrer Gründung im Jahre 1920 angehörte und von 1921 bis 1924 Herausgeber des offiziellen Parteiorgans «Scănteia» war. Patrascanus Verwaltung des rumänischen Justizwesens schien wenigstens bis Ende 1947 zufriedenstellend gewesen zu sein, denn er wurde nach der Abdankung König Michaels in das neue republikanische Kabinett übernommen.

Kaum zwei Monate später, bei einem Kongress zur Vereinigung der Rumpffgruppen, die sich immer noch «Sozialdemokraten» nannten, mit der (kommunistischen) Rumänischen Arbeiterpartei erhob sich plötzlich der später ebenfalls zusammen mit Anna Pauker geüberte Innenminister Teohari Georgescu und griff Patrascanu wegen Ketzerei an. Angeklagter und Kläger waren Mitglieder des Zentralkomitees der Partei. Georgescus Vorwürfe gingen dahin, dass Patrascanu «dem Einfluss der Bourgeoisie» verfallen und «zum Exponenten der bürgerlichen Ideologie» geworden sei. Da dies Ende Februar 1948 geschah, als erst der innerste Ring der Kominformautoritäten Moskaus Absicht, Tito als bourgeoisen Ketzler zu brandmarken, wusste, lässt sich nicht sagen, ob zwischen beiden Entwicklungen ein Zusammenhang bestand oder Patrascanu nur zu einem ungünstigen Zeitpunkt Unabhängigkeitstendenzen zeigte.

Ende 1947 war Tito in Bukarest gewesen, um den jugoslawisch-rumänischen Freundschafts- und wechselseitigen Beistandspakt zu unterzeichnen, und eine halbe Million Menschen hatte sich zu einem Freilufttreffen versammelt, um ihn sprechen

zu hören. «Es war ein grosser Triumph», schrieb Moscha Pijade –eigentlich, wie er zugibt, ein zu grosser–, «denn er weckte dort, wo niemand von uns sie vermutete, persönliche Eifersucht». Er fügt hinzu: «Dass Genosse Tito bei seinen Besuchen in Warschau, Prag, Sofia, Bukarest und Budapest einen Triumph nach dem anderen feierte, war entschieden zu viel für sie. Die gekränkte Eitelkeit trat die Interessen des Weltsozialismus in den Schmutz⁵⁾». Falls Patrascanu noch nicht gehört hatte, dass Tito in Gefahr war, hatte er sich vielleicht ihm gegenüber zu offen ausgesprochen. Oder er befand sich unter jenen, zu denen Tito von seinen Schwierigkeiten mit den Russen sprach, und irgendein Spitzel berichtete eine sympathisierende Äusserung aus seinem Mund nach Moskau. Ein paar Tage nach der Abreise Titos kam Dimitroff nach Bukarest, um für Bulgarien einen ähnlichen Beistandspakt zu unterzeichnen. Bei dieser Gelegenheit soll ihm der überströmend herzliche Empfang in den Kopf gestiegen sein, so dass er unbedachte Äusserungen über die Bildung einer grossen osteuropäischen Staatenkonföderation als Gegenpol zur russischen Hegemonie tat. Stand Patrascanu in Verbindung mit diesen Gedanken, für die Dimitroff nach seiner Rückkehr nach Sofia so heftig Abbitte leistete? Vielleicht lief die allgemeine Entwicklung mit Patrascanus Fall nur parallel. Vielleicht fiel er der Säuberung nur zum Opfer, weil seine Vergangenheit mehr rumänisch als moskowitzisch war (anscheinend ist er vor 1944 niemals in Moskau gewesen), und man entledigte sich als Vorbereitung für die grosse Auseinandersetzung mit Tito überall der verdächtigen Elemente. Im Krieg hatte er in der rumänischen Untergrundbewegung gearbeitet, und er kannte das Land besser als Anna Pauker, Vasile Luca und andere in Moskau ausgebildete Kommunisten. Es ist leicht möglich, dass er dem rumänischen Nationalgefühl Beachtung schenkte und dadurch den Leuten in Moskau als Feind erschien. Ob es dies allein war oder ob es konkrete Gründe für seinen Sturz gab, bleibt müssige Überlegung. Man weiss nur, dass er als Bourgeois und Nationalist angeprangert und aus der Partei ausgestossen wurde, der er 28 Jahre lang angehört hatte.

Die Säuberung, die mit Patrascanu ihren Anfang nahm, zog immer weitere Kreise. Im Kominformjournal vom 10. Februar 1950 berichtet der Generalsekretär des Zentralkomitees, Alexandru Moghiorosh, dass «der sich verschärfende Klassenkampf» eine gründliche Säuberung von bestialischen, feindseligen und opportunistischen Elementen» erfordere. Alles in allem seien ihr 18% der Parteimitglieder zum Opfer gefallen. Am Tage der Vereinigung der Überreste der sogenannten Sozialdemokratischen Partei mit den Kommunisten soll die Stärke der neuen rumänischen Arbeiterpartei ungefähr eine Million Mitglieder betragen haben. Das lässt darauf schliessen, dass ungefähr 180.000 Personen wegen Mangels an kommunistischem Eifer oder fehlender Vertrauenswürdigkeit «weggesäubert» wurden. Moghiorosh warnte, dass «die anglo-amerikanischen Imperialisten und ihre titoistischen Agenten» auch in Zukunft wie in der Vergangenheit versuchen würden, die Partei zu unterminieren, und forderte doppelte revolutionäre Wachsamkeit gegen «alle Abweichungen von der Parteilinie».

Wer nicht der Säuberung zum Opfer fiel, wurde energisch in der gleichen Art umerzogen, wie Dimitroff, Bierut und Revai es ihren Gefolgsleuten gegenüber getan hatten. Man teilte den Betreffenden mit, dass die Haltung in der Bauempolitik für Rumänien ebenso wie in den anderen Ländern der Prüfstein der Treue zur neuen Moskauer Linie sei. In den Anfangstagen ihrer Macht hatten die Kommunisten versucht, den privaten Landbesitz dadurch unbeliebt zu machen, dass sie seine Unrentabilität aufzeigten. Wie in den anderen Satellitenstaaten wurden auch hier Grund und Boden sehr hoch besteuert, hohe indirekte Steuern auf Salz, Zünder und andere für den Bauern unerlässliche Gebrauchsartikel gesetzt und die Preise der Industrieprodukte im Verhältnis zu den bäuerlichen Produkten sehr hoch bemessen. Jenen Bauern, die sich den Kollektiven anschlossen, bot man besondere Vergünstigungen und demonstrierte auf alle Arten die Risiken und hohen Kosten der unabhängigen Bodenbewirtschaftung, um die Bauern «freiwillig» zum Beitritt zur Kollektive zu bringen. Im Frühjahr 1949 gab Innenminister

Georgescu das Zeichen zur Beendigung dieser Epoche der, wenn man es so nennen kann, gütlichen Überredung.

Am 1. Juni 1949 stellte der später selbst als «Titoist» entlarvte Georgescu sich in einem Aufsatz im Kominformjournal in eine Reihe mit Dimitroff, Bierut und Revai. Da Artikel dieser Zeitung auch im Ausland gelesen werden, benutzte er eine etwas gemässigtere Sprache, als sie etwa Revai bei der Rede vor den Budapester Genossen für angebracht hielt. Im Grossen und Ganzen aber folgten seine Ausführungen demselben Schema. Er verlangte «Verschärfung des Klassenkampfes in Stadt und Land» und sprach dann ebenso deutlich wie Revai aus, dass «die arbeitende Landbevölkerung zwar der Hauptverbündete der Arbeiterklasse sei», die «führende Rolle» aber unbedingt der Arbeiterschaft zukommt. Er gab auch zu, dass Bürgerkrieg nicht unbedingt die Vorbedingung zur Errichtung der uneingeschränkten Diktatur des Proletariats sei. In Rumänien wie in Ungarn sei die Rote Armee immer da, «um uns zu unterstützen». Bald nachher schloss sich Vasile Luca, Sekretär des Zentralkomitees der rumänischen (kommunistischen) Arbeiterpartei, mit einem Artikel an, der vom «sich ständig verschärfenden Klassenkampf» sprach, besonders vom «mit äusserster Schärfe geführten Klassenkampf auf dem Lande», und ebenfalls die Arbeiterschaft «die einzig führende Macht im Staat» nannte⁶⁾. Immerhin scheint er sich einigermaßen in Defensivstellung darin zu befinden, dass die rumänischen Kommunisten, obwohl sie länger als irgendeine andere osteuropäische Partei freie Hand gehabt haben, bis zum erwähnten Zeitpunkt nur 6732 Kollektiven aller Typen (für Verbraucher und Produzenten) schaffen konnten. Er betonte, dass «die Massenkollektivisierung» bis zu einer gesteigerten industriellen Produktivität aufgeschoben werden müsse, wodurch erst die nötigen landwirtschaftlichen Maschinen beigelegt werden könnten. Und wie um den Angriffen aus Jugoslawien zuvorzukommen, tadelte er die dortigen Erfolge bei der Kollektivisierung, sie seien nicht nur in sich falsch, sondern auch im falschen Tempo durchgeführt.

Die Hoffnung, die kommunistische Herrschaft auf der Vormacht des Industrieproletariats über die Bauernschaft zu gründen, scheint für Rumänien besonders hochgespannt, denn dort sind nur ungefähr 5% der Bevölkerung Industriearbeiter, aber 80% Bauern. Wohl ist es wahr, dass die Landbevölkerung zu zahlreich und deshalb ein gewisses Gefälle der ländlichen Elemente zur Stadt hin zu erwarten ist. Wie die Kommunisten voraussahen, konnte ihr Enteignungsprogramm das Agrarproblem nicht lösen, weil die noch ungeteilt verbliebenen Latifundien nicht ausreichten, um alle landlosen Bauern zu beteiligen, und man den Angesiedelten nicht so viel Boden geben konnte, dass sie wirklich selbständig waren. Die Mechanisierung der Landwirtschaft, auf die man in den Satellitenstaaten so grossen Wert legt, löst das Problem nicht, sondern verschärft es im Gegenteil nur, weil dadurch die Abhängigkeit der Bauern von einer einzigen Emtefrucht, die dazu unter strikter staatlicher Kontrolle zu Markt gebracht, noch grösser wird. Eine Lösung des Problems läge nur in der Hebung des bäuerlichen Lebensstandards. Sie könnte durch Verbesserung von Saatgut und Viehbestand ebenso erreicht werden wie durch Abwechslung der Ernten, Hebung der Hausindustrie, Verbesserung der Marktmethode, Verbesserung der bäuerlichen Vorratswirtschaft zur Vermeidung der Verderbnis von Lebensmitteln, Strassenbau und Schaffung genügend grosser Höfe durch Zusammenlegung getrennten Familienbesitzes. Mit der Erhöhung des bäuerlichen Lebensstandards würde auch die Produktivität steigen und damit wieder die Steigerung des Standards der Industriearbeiter. Jede rumänische Politik, die nicht direkt auf Unrecht ausgerichtet und gleichgültig gegen Massenelend ist, müsste von diesen sachlichen Voraussetzungen der rumänischen Wirtschaft ausgehen.

Die Kommunisten jedoch können sich solchen Überlegungen nicht anschliessen, schon weil die Durchführung ihnen zu langsam und teuer wäre. Dann aber bedürfte sie grösseren Könnens, als kommunistische Regierungen es normalerweise haben, und man wäre somit auf wissenschaftliche Unterstützung aus dem Ausland angewiesen, was man immer in prahlerischer Verach-

tung ablehnt und drittens sind sie aus Prinzip gegen alles, was den Kleinbauern zugute kommt, weil sie fürchten, diese würden dann noch widerspenstiger und unabhängiger. Deshalb schmeicheln sie lieber der Industriebevölkerung und vernachlässigen die Bauern⁷). Ihre Berechnung geht dahin, die Landleute durch Verelendung den Kollektiven geneigter zu machen oder den grossen Projekten zur Sklavenarbeit, wie dem Donau-Schwarzen- Meer-Kanal, zuzuführen. Jedenfalls ist Rumänien nicht zur Erfüllung von landwirtschaftlichen Aufgaben in der grossen Sowjetfamilie ausersehen. Die Natur hat es zwar dafür geschaffen, aber die Natur wird man schon zur Vernunft bringen.

Wahrscheinlich lag es in Stalins Absichten, dass Jugoslawien und ursprünglich auch Bulgarien Bauernland bleiben und die anderen Familienmitglieder mit den Naturprodukten versehen sollten. Rumänien, das reine Bauernland, sollte in grösserem Ausmass industrialisiert werden. Der Grund für diese apodiktische Rollenverteilung ist nicht klar. Rumänien hat Öl und Holz, grosse Lager an Braunkohle und Erdgas in Transsylvanien, was alles ausgebeutet werden könnte, ohne seiner naturgegebenen wirtschaftlichen Bestimmung zu schaden. Es hat auch ein grosses Reservoir ungelernter Arbeitskräfte. Aber andererseits ist es durch das Fehlen anderer natürlicher Hilfsquellen und die Veranlagung seiner Bewohner nicht zur raschen Durchführung eines grosszügigen Industrialisierungsprogrammes geeignet und erscheint wegen der Seltenheit an Metallvorkommen besonders ungünstig für den Ausbau eines schwerindustriellen Zentrums. Auf jeden Fall wäre Verbesserung und Ausbau der Landwirtschaft die echte Vorbedingung für eine wesentliche Vergrösserung der Industrieanlagen, wie sie im neuen Fünfjahresplan, der am 31. Dezember 1955 erfüllt sein soll, vorgesehen ist.

Anna Pauker hat den Plan «majestätisch» genannt. Sie schrieb⁸), sein Hauptziel sei «die Industrialisierung des Landes auf neuer, hochentwickelter Basis, wodurch der Erfolg der sozialistischen Offensive gegen die kapitalistischen Elemente gewährleistet» sei. Die Fertigprodukte der Industrie sollen auf

das Doppelte erhöht werden, mit besonderer Berücksichtigung dessen, was sie «die stalinistische Methode» der Bevorzugung der Schwerindustrie nennen. Die Ölproduktion soll verdoppelt werden, ebenso die Eisen- und Stahlproduktion. Obwohl die Sozialisierung der Landwirtschaft natürlich vorangetrieben werden muss, sagte Frau Pauker nichts über den Klassenkampf auf den Dörfern und betonte auch nicht die führende Rolle des Industrieproletariats, wie es die anderen Satellitenführer getan haben. Dies allein machte sie schon verdächtig und bereitete ihren späteren Sturz vor.

Vielleicht hat die Rollenverteilung durch Moskau geographische Gründe. Jugoslawien und Bulgarien liegen weiter ab von der Sowjetunion und wären im Kriegsfall einem feindlichen Angriff leichter ausgesetzt. Rumänien grenzt an Russland. Obwohl seine Ölfelder im letzten Krieg von Italien und Nordafrika aus bombardiert wurden, könnte man ihnen leichter eine wirkungsvolle Luftabwehr begeben als Industrieanlagen in den anderen beiden Ländern. Fast die gleichen Überlegungen lassen sich im Falle Ungarns anstellen. Aber dort ist die Industrie ohnehin schon ziemlich hoch entwickelt. Ausserdem sind Rumänien und Ungarn dafür ausersehen, unbegrenzt unter russischer Besetzung zu bleiben.

Die Neigung der Sowjetplaner, eine Schwerindustrie selbst dort zu entwickeln, wo die natürlichen Bedingungen dazu fehlen, kommt wohl auch zum Teil aus der Absicht, die Bevölkerung so rasch wie möglich zu proletarisieren. Aber noch wichtiger dürfte sein, dass man damit die Abhängigkeit von der UdSSR erhöhen kann. Denn wo anders als in Russland kann ein Satellit hoffen, seine Produkte abzusetzen?

Trotz aller Widerwärtigkeiten, der man sie jetzt und in Zukunft aussetzt, bleibt die Bauernschaft doch das grosse – und vermutlich einzige – Hindernis für eine vollständige Sowjetisierung Rumäniens. Es gilt für ganz Osteuropa, dass der Ackerbau mehr als nur eine Beschäftigung, dass er ein Lebensstil ist, nirgends aber so sehr als für Rumänien. Zwang wird den rumänischen Bauern mit der Zeit von seiner Lebensform ab-

drängen. Doch kann das Regime bis jetzt, wie wir gesehen haben, keine sonderlichen Erfolge aufweisen. Beweise für die Schwierigkeiten, denen man sich gegenüber sieht, sind die Erklärungen, dass die komplette Proletarisierung das letzte Ziel sei, für das Gewaltmassnahmen angewendet werden müssten, während sie sich gleichzeitig entschuldigen, dass dies so langsam geht. Dabei hört man immer wieder schön klingende Worte von «der freiwillig erlangten Zustimmung der Bauern». Anscheinend ist das nur eine jener Redensarten, die Revai für erlaubt hält, wenn es ungünstig ist, die Dinge beim richtigen Namen zu nennen. Eines Tages wird die nackte Gewalt günstig erscheinen, und dann heisst es für die Bauern «Friss Vogel oder stirb».

Das sie überhaupt so lange aushalten konnten, spricht für ihre bemerkenswerte Zähigkeit. Wenn ein Bauer für ein Paar Schuhe 2400 Lei zahlen muss, aber für ein Ei nur 2 Lei bekommt, muss er einhundert Dutzend Eier verkaufen, um sich die Schuhe leisten zu können. Und es braucht die Weizen-ernte eines guten Jahres, dass sich ein mittlerer Bauer einen neuen Konfektionsanzug kaufen kann. Trotz aller Zähigkeit wird die immer noch abseits stehende Mehrheit eines Tages klein begeben und ihr Land verlassen müssen. Andere werden weggeschafft werden, um an den staatlichen Bauvorhaben zu fronen, und andere wieder wird die Fabrik aufsaugen. Zweifellos werden einige bis zum Schluss aushalten. Verbittert und verwirrt, sprach- und hilflos werden sie nur sterben können. Millionen sind in Russland gestorben. Auch das Nationalgefühl wird immer noch ein Faktor bleiben, aber in Rumänien dürfte es dem Kommunismus verhältnismässig wenig Scherereien bereiten. Die Rumänen haben Russland immer als den Feind ihres Volkes betrachtet. Aber wenn das Nationalgefühl in Ländern mit viel grösserem völkischen Widerstandswillen, etwa in Polen niedergehalten werden kann, wie viel weniger richtet es dann in Rumänien aus, dem ersten Satelliten, der unter russische Besetzung geriet, dem ersten, der eine von Russland kontrollierte Regierung erhielt, dem Staat, der heute am ehesten dem politi-

schen Rang nach etwa der Ukraine oder der usbekischen sozialistischen Sowjetrepublik gleicht.

Im März 1950 zeigten die «Borba» und andere Belgrader Zeitungen an, dass man Patrascanu zum Mittelpunkt eines Schauprozesses à la Rajk und Kostoff machen wollte. Dass das doch nicht geschehen war, zeigt, dass Moskau im Augenblick eine solche Regie grossen Stils für Rumänien nicht notwendig hielt. [Seine Liquidation erfolgte auf unauffälligere Weise im Gefängnis von Vakaresti, in dem er einst Anna Pauker als ihr Anwalt und Liebhaber während einer fünfjährigen Haft umsorgt hatte. Er wurde eines Tages aus seiner Zelle geholt und erschossen.]

[Arbeit für Russland oder Tod sind es, was die Sowjets von dem total gleichgeschalteten Rumänien fordern. Die Russifizierung schreitet auf allen Gebieten intensiv fort, und es wird alles getan, um das Land dem Westen zu entfremden. So wird der Unterricht an den Schulen mit einer Lobpreisung des «allmächtigen Stalin» eröffnet, die stark einem Gebet ähnelt. Auch hier befinden sich, wie in den anderen Volksdemokratien, die wichtigen Schlüsselstellungen in den Händen von Russen oder zumindest Personen mit russischer Staatsbürgerschaft.]

Etwa 25.000 russische Familien wurden an der Küste von dem strategisch wichtigen Schwarzen-Meer-Hafen Konstanza angesiedelt. Die Russen kontrollieren und beherrschen durch gemischte sowjetisch-rumänische Gesellschaften das gesamte Geschäfts- und Bankwesen. Eine dieser Sowrom-Handelsgesellschaften hat sich den Löwenanteil der rumänischen Produktion, besonders an Öl, Holz und Getreide, gesichert. Der breiten Masse des Volkes mangelt es an allem. Die Kornkammer Rumänien hat kein Brot für ihre Landeskinder. Zurzeit der grossen bessarabischen Hungersnot, die sich für das ganze Land verheerend auswirkte, nährten sich die Bewohner der Elendsviertel Bukarests monatelang hauptsächlich von Eicheln und Kürbiskernen. Seife, Briefpapier, Tinte, Nähnadeln, Schuhe, Kleider und Wäsche erhält man vorwiegend nur im Schleichhandel oder Tauschverkehr.

Die Rumänen bezeichneten sich einst als Dakoromanen und

leiteten ihren Ursprung von den nach der Walachei vorge-
stossenen Legionären des antiken Rom her. Diese Theorie ist
seit der kommunistischen Machtergreifung verpönt, und die
amtliche Lesart hält nach slawischen Zügen in der Volks-
psyche Ausschau. Man ist sichtlich bestrebt, durch Über-
treibung des nur geringfügigen russischen Einschlages, eine in
Wirklichkeit nie vorhanden gewesene historische Anlehnung
des Landes an das aufgezwungene Vorbild vorzutäuschen.
Bukarest, das einst glänzende «Paris des Balkans», soll in ein
«Klein-Moskau» verwandelt werden. Unter der Herrschaft von
Anna Pauker und Genossen schwand denn auch der Pariser
Glanz dieser Metropole dahin und wich einem uns fremden
Moskauer Einheitsgrau. Die Prunkbauten und weltberühmten
Strassen erscheinen mit einem ihren Schöpfern fremden Geist
erfüllt. Die Sinnbilder der vergangenen, besseren Zeit, die
Hohenzollernlöwen vor dem Königsschloss, sind entfernt worden,
und die Trikolore trägt den Hammer und die Sichel. Seit Jahren
wird dem Volk eingetrichtert, dass alle grossen Erfinder, Ent-
decker, Wissenschaftler und Künstler des Erdkreises nur im
heutigen Bereich der sowjetischen Herrschaft, vor allem natür-
lich in Russland, geboren worden sind und nur dort der Mensch-
heit die Wege zu Fortschritt, Glück und Freude hätten weisen
können. Wer das nicht verstehen wolle, Bürgertum, Intellek-
tuelle, Kulaken, Kosmopoliten, Titoisten und objektive Wissen-
schaftler wurden deportiert oder gar liquidiert.

Die Überfremdung der rumänischen Verwaltung und Wirt-
schaft mit russischen «Beratern» vervollkommnete auch schnell
die in der UdSSR üblichen Methoden der Absperrung vom
Ausland. Die rumänische Regierung hat bereits 1949 ein Gesetz
veröffentlicht, wonach kein Bürger seinen Aufenthaltsort ver-
lassen darf, ohne hiefür einen eigenen Berechtigungsschein zu
besitzen. Sie hat somit auch ausserhalb ihrer zahlreichen Zwangs-
arbeitslager und Verbannungsstätten das Land in ein einziges
Anhaltelager gewandelt.

Rumänien hat als erster sowjetischer Satellitenstaat die
Zwangsarbeit offen in sein Strafrecht aufgenommen, wie Ar-

tikel 48 des offiziellen Bulletins vom 27. Februar 1948 besagt. In zwei Verfügungen vom 20. Mai 1951 wurde die Einführung der Zwangsarbeitslager nach sowjetischem Muster offiziell bekanntgegeben. Ihr Hauptzweck besteht nicht mehr darin, unverlässliche oder feindliche Elemente unschädlich zu machen oder zu vernichten, sondern vorwiegend darin, grössere Arbeiterreserven zur Durchführung bzw. Erfüllung der sowjetischen Wirtschaftspläne zu mobilisieren. Hiezu gehört der Bau des Donau-Schwarzmeer-Kanals. Vom März 1949 – der Zeit seines Beginns im grossen Stil – bis Ende 1950 wurden fast ausschliesslich Zwangsarbeiter eingesetzt. Freie Techniker und Facharbeiter kamen erst 1951 hiezu. Ausser diesen und eben den Gefangenen und Deportierten sind noch Heeresangehörige beschäftigt, die getrennt in eigenen Lagern leben.

Die politischen Gefangenen setzen sich aus Mitgliedern und Mitarbeitern der Militärregierung des Marschalls Antonescu, Angehörigen der beseitigten Opposition, früheren Kriegsgefangenen, Kommunisten, die von der Parteilinie abgewichen oder sonst aus irgendwelchen Gründen in Ungnade gefallen sind, und ehemaligen Mitgliedern der faschistischen Eisernen Garde zusammen. Letztere werden am besten behandelt. Viele von ihnen wurden bereits freigelassen und arbeiten fast durchwegs in kommunistischen Organisationen. Zahlreiche Angehörige des Mittelstandes wurden auf Grund einer einfachen Verordnung interniert, ohne dass auch nur ein Scheinprozess stattgefunden hätte. Alle diese Arbeitssklaven sind vorwiegend bei Erdarbeiten und im Steinbruch eingesetzt. Die an sich schon abgehärmten und unterernährten Menschen müssen täglich pro Mann etwa 4 Kubikmeter Erde ausheben oder 1 Kubikmeter Steine zerklopfen. Sie erhalten hiefür 500 Gramm Brot und 2 Teller dünner Suppe. Die Norm muss erfüllt werden, da sonst dem Zwangsarbeiter die Rationen gekürzt werden bzw. jede Nahrung entzogen wird. Neben dem Mangel an Nahrung ist es auch der Mangel an ärztlicher Pflege und Medikamenten, der dem Tod reiche Ernte beschert.

Nördlich der Bahnstrecke Bukarest–Konstanza erstreckt

sich ein Netz von Zwangsarbeitslagern, das etwa zwanzig Einzellager einschliesst. Nach dem Plan der Machthaber sollen in der Baragansteppe etwa hundert Siedlungen entstehen. Das Gelände ist bereits planmässig ausgemessen und parzelliert. Die Deportierten – zum Teil Banater Schwaben – wurden auf dem freien Gelände ausgesetzt und sich selbst überlassen. Sie waren gezwungen, sich notdürftige Unterstände zu bauen oder gruben sich in der Erde ein. Die festen Barackenlager sind dort den Strafgefangenen oder politischen Häftlingen vorbehalten.

Berüchtigt ist das Lager Porta Alba, das etwa zwei Kilometer von dem gleichnamigen Ort entfernt liegt. Im August 1951 befanden sich hier etwa 8.000 Häftlinge in 40 Baracken mit einer Bodenfläche von je 20X4 Meter. Das Lager ist mit einem Stacheldrahtverhau umgeben und steht unter der Bewachung der Sicherheitspolizei. Andere Lager dieser Art befinden sich noch in Mamaja, Cerna Voda, Kapa Midi ja und Zortscha. In dem Dorf Roschec bei Kalarasch im Bezirk Jalomita wurde im letzten Jahr ein neues Lager für 2.000 Zwangsarbeiter eingerichtet, die aus dem Gefängnis Vacaresti zum Kanalbau herangebracht wurden. Das Zentralgefängnis Vacaresti ist eine der grössten Nachschubstationen für die Baragansteppe, und allen, die einmal mit ihm Bekanntschaft gemacht haben, in schlimmster Erinnerung. Man nennt es auch die «rumänische Ljubljanka». Es liegt an der Peripherie der Hauptstadt an der Strassenbahnlinie 19 und beherbergt ständig zwischen 3.000 und 4.000 Gefangene. In Vacaresti werden die in den Volksdemokratien üblichen Vernehmungsmethoden und Verschärfung des Strafvollzuges bei den «Politischen» angewendet: unterirdische Folterkammern, Wasserzellen mit allen Arten von Wasserkuren, Verhöre mit ständiger Scheinwerferbeleuchtung usw. Alles in allem schmachten Hunderttausende in rumänischen Arbeits-, Straf- und Konzentrationslagern. Wie in allen anderen Volksdemokratien, leben auch die rumänischen Staatsbürger, besonders die Bewohner Bukarests, in ständiger Angst vor Deportation. Zehntausende sind bereits, besonders aus den jugoslawischen Grenzgebieten, verschickt worden, Zehntausende

werden noch folgen. Der auf diese hier alltägliche Weise freigewordene Wohnraum kann sodann «produktiven» Menschen zur Verfügung gestellt werden, worunter vor allem Sowjetsoldaten und russische Zivilbeamte, bewährte KP-Mitglieder, Geheimpolizisten u.a. zu verstehen sind.

Die Bevormundung Rumäniens durch Moskau tritt auch ganz besonders auf militärischem Gebiet zutage. Rumäniens Kriegsminister, General Bodnaras, selbst, ist kein eigentlicher Nationalrumäne, sondern ein bessarabischer Ukrainer, der früher Bodnarenko hiess. Der gelernte Schlosser, der 1932, obwohl Artillerieoberleutnant der königlich rumänischen Armee, als illegaler Kommunist und Sowjetspion nach Russland desertierte, war es auch, der Ende 1947 den endgültigen Sturz König Michaels herbeiführte, da es für diesen natürlich unmöglich war, der vom Kreml geforderten Betrauung Bodnaras mit wichtigen Regierungsposten zuzustimmen. Rumänien wird also wie Polen eigentlich von einem Sowjetmarschall geführt. Jeder Einheit der rumänischen Armee ist ein sowjetischer Offizier zugeeignet, der angeblich die Funktion eines Ausbildungsoffiziers ausübt. Die Verbindung zur russischen Armee erfolgt über die Sowjetbotschaft in Bukarest, deren Militärabteilung einem Generaloberst untersteht. Die rumänischen Soldaten tragen heute die sowjetischen Uniformen mit einer kleinen rumänischen Kokarde auf dem linken Arm, und auch die Rangzeichen sind die gleichen wie in der Sowjetarmee. Alle Offiziere und Mannschaften müssen die russische Sprache erlernen und sich ihrer im Dienst bedienen. Die rumänische Wehrmacht besitzt T-34-Panzer in Kronstadt (Stalinstadt), moderne Riesengeschütze, montierte Düsenjäger und Radargeräte. V-2-Basen erwarten in den Banater Bergen ihre Verwendung, während besonders in der Oltenia (Südwestrumänien) riesige Flugplätze vor der Vollendung stehen oder bereits benützt werden sollen. Allein dem zivilen Luftschutz stehen 22 Regimenter zur Verfügung. Rumänische Divisionen werden zeitweise zu Manöverzwecken z.B. nach Vidin in Bulgarien oder Köszeg-Szombathely und Nagykiszta in Ungarn verlegt. Trotz gelegentlicher aufmunternder

Worte Marschall Woroschilows aber wird der Kampf wert der rumänischen Einheiten nicht allzu hoch eingeschätzt, wie aus der Tatsache hervorgeht, dass man sie im Ernstfall nur zum Polizeidienst im rückwärtigen Gebiet, zur Sicherung der Nachschublinien und als Besatzungstruppen einsetzen will.

Die Annahme, dass die Sowjets starke Truppenkontingente in Rumänien unterhalten, hat sich bewahrheitet. Dies trifft besonders auf das rumänisch-jugoslawische Grenzgebiet zu, wo nach vorsichtiger Schätzung an der etwa 400 Kilometer langen rumänisch-jugoslawischen Grenze etwa 80.000 Sowjetarmisten stehen sollen. (Die Sowjetunion hat bekanntlich das Recht, Truppen in Rumänien zu halten, solange mit Österreich noch kein Staatsvertrag abgeschlossen ist, jedoch nur in einem Ausmass, das zur Sicherung des Nachschubes unbedingt erforderlich ist.)

Die Krise der Kommunistischen Partei Rumäniens, die ein halbes Jahr nach der schweren Slansky-Krise in der Tschechoslowakei ausbrach, ist eine der dramatischsten in der grossen Säuberung, die sich in allen Kominformstaaten periodisch abspielt und der in Rumänien diesmal der allmächtige Aussenminister Frau Anna Pauker, genannt die rote Zarin, Innenminister Teohari Georgescu und der begabte Finanzminister Vasile Luca (einst Nuchem Salomon Paschievici) zum Opfer fielen.

Wie in Prag sind es auch hier nicht nur einzelne führende Grössen, die abtreten müssen, sondern eine ganze mächtige Führergeneration wurde in den Sturz verwickelt. Es unterliegt keinem Zweifel, dass die stählerne Walze einer radikalen Säuberung nicht nur die nicht genehmen Führer der Spitzengruppe zermalmen, sondern ein eiserner Rechen auch in die verstecktesten Winkel des weitmaschigen Staats-, Partei- und Gewerkschaftsapparates hineingreifen und Tausende von Funktionären und unverlässlichen Mitgliedern erfassen wird. Wie immer und überall frisst auch hier eine permanente Revolution ihre eigenen Kinder und alle die, die sich am sichersten wähnen.

Am 27. Mai 1952 wurden der Finanzminister Vasile Luca und der Innenminister Teohari Georgescu aller ihrer Regierungsfunktionen enthoben und auch aus dem Politbüro der Partei ausgestossen. Zusammen mit Aussenminister Anna Pauker wurden ihnen Abweichungen von der Parteilinie nach links und besonders rechts vorgeworfen. Anna Pauker, die sofort aus dem Politbüro und dem Parteisekretariat ausscheiden musste, aber ihren Sitz im Organisationsbüro und ihre Funktion als Aussenminister und stellvertretender Ministerpräsident einstweilen noch behalten durfte, legte sofort ein reumütiges Geständnis ab und gelobte, wie es der kommunistische Parteistil vorschreibt, Besserung. Es wurde sodann auch erklärt, dass ihr grossmütig Gelegenheit gegeben werden solle, den Ursprung ihrer Irrtümer zu erkennen und durch richtige Arbeit wieder gutzumachen. Am 4. Juli 1952 wurde sie aber dann doch aller ihrer Regierungs- und Parteifunktionen enthoben. Die glänzende Karriere einer der bedeutendsten und der vielleicht mächtigsten Frau des Weltkommunismus seit seinem Herrschaftsantritt dürfte hiemit ein vorzeitiges, nur von wenigen Eingeweihten erwartetes Ende erfahren haben. Ein neuer, menschenmordender Schauprozess wirft seine Schatten voraus.

Der Kritik an Anna Pauker und Genossen folgte auf dem Fuss die einstimmige Wahl eines neuen Ministerpräsidenten durch die grosse Nationalversammlung. Am 2. Juni 1952 wurde Georg Gheorghiu-Dej das, was er faktisch seit mehreren Jahren gewesen war, nämlich der Regierungschef Rumäniens; sein Vorgänger Dr. Petru Groza aber hörte auch nach aussen hin auf, das zu sein, was er praktisch seit Jahren nicht mehr gewesen war, nämlich ebenfalls rumänischer Ministerpräsident. Er wurde zum Lohn für seine bewährten Schrittmacherdienste zum Nachfolger des Präsidenten der rumänischen Volksrepublik und der Nationalversammlung, des achtzigjährigen Universitätsprofessors Dr. Constantin J. Parhon, eines international anerkannten Nervenarztes, ernannt, der um Entlassung aus seinem Amte ersucht hatte, «um sich ganz seinen wissenschaftlichen Arbeiten widmen zu können». Er war als Linksozialist

einer der Vorkämpfer eines sowjetrussisch-rumänischen Zusammenschlusses gewesen. Der Bukarester Sender und die amtlichen «Nachrichten aus der rumänischen Volksrepublik» erwähnten noch ausdrücklich, dass in der Regierungsloge Anna Pauker sass, und wollten damit noch sagen, dass alles in bester Ordnung sei.

Mit Petru Groza war der letzte Nichtkommunist aus der rumänischen Regierung geschieden. Der routinierte Bauernadvokat und Geschäftspolitiker, der früher einmal ein international bekannter Tennischampion war, hatte unter Carol II. zwei Regierungen unter dem königlichen Marschall Averescu angehört und sich zeitweise sogar der rechtsstehenden Nationalen Bewegung des Dichters und Ministerpräsidenten Octavian Goga angeschlossen. Der später in ein agrarkommunistisches Fahrwasser Geratene, erwies sich als vorzüglicher Steigbügelhalter der Kommunisten und zählte zu jenen Paradeponies, die anfangs das kommunistische Regime auch für die nichtkommunistische Welt tragbar machen sollten. Nunmehr war das Drama zu Ende gespielt und es bedurfte, wie in Ungarn, keiner bürgerlichen Tarnungen und Masken mehr. Auch hier sind ja Dinnijes und Dobj zugunsten Rakosis gewichen, als eine weitere Maskerade überflüssig, ja schädlich erschien.

Die letzten Säuberungen in der Tschechoslowakei und in Rumänien sind insofern interessant, als sie einen anderen Ursprung haben könnten als die in Ungarn, Bulgarien, Albanien und Polen. Das Merkwürdige ist, dass in beiden Ländern gerade jene Personen gefallen sind, die man als reine Moskowiter bezeichnete, die eigentlichen Vertrauensleute der Sowjets, die lange Jahre in Russland gelebt hatten, die russische Staatsbürgerschaft mitbesaßen und auf die man stets zurückgriff, wenn es galt, die «nationalistischen» Elemente auszubooten. Slansky und besonders Geminder galten ebenso als Günstlinge der Kominform wie Pauker, Luca und Georgescu, während Gottwald und Zapotocky sowie in geringerer Masse bei den Rumänen vor allem der neue Regierungschef Gheorghiu-Dej gelegentlich im Verdacht standen, eigene Wege zu gehen oder

wenigstens doch nicht im selben Masse das Vertrauen des Kremls zu besitzen.

Während Frau Pauker sowie Vasile Luca und ihre nächsten Mitarbeiter viele Jahre in der Umgebung der höchsten sowjetischen Würdenträger verbracht haben, sind Gheorghiu-Dej und die meisten derzeitigen Mitglieder des rumänischen Politbüros während des zweiten Weltkrieges im rumänischen Untergrund tätig gewesen. Hier scheint sich, wie eine süddeutsche Zeitung richtig schreibt, eine neue Tendenz in der Personalpolitik des Bolschewismus abzuzeichnen, die der bisherigen strikte zuwiderläuft. Es werden nicht mehr Einheimische durch «die da drüben», sondern Moskauer durch Einheimische ersetzt. Im Bereiche der Möglichkeit liegt, dass die «Reinigungen» innerhalb der Tschechoslowakei und Rumäniens die ersten sichtbaren Auswirkungen eines Machtkampfes sind, der sich im russischen Politbüro selbst abspielt, und bei dem die Slansky- und die Pauker-Clique auf die falsche Karte gesetzt haben, worauf deren innerpolitische Gegner die Gelegenheit benützten, sich ihrer zu entledigen. Aus der Verbindung Slanskys und Georgescus mit der russischen Staatspolizei (MVD) lässt sich vielleicht die Annahme herleiten, dass die Stellung Berijas, des Chefs des russischen Geheimdienstes, im Moskauer Politbüro erschüttert ist. Auch darf nicht übersehen werden, dass sowohl Slansky als auch Anna Pauker einst dem allgewaltigen Zdanow sehr nahe gestanden sind.

Noch anlässlich des 7. Jahrestages der Befreiung Rumäniens durch die Rote Armee hielt Finanzminister Luca eine gross-angelegte Rede, in der er Moskaus Vorherrschaft anerkannte und hasserfüllt Tito und die Seinen verdammt. Nun erfuhren die rumänischen Parteimitglieder, dass Vasile Luca bereits seit langem das «Klassenbewusstsein verloren, sich von der Arbeiterklasse entfernt und mit feindlichen Elementen verbunden hat, gegen die Generallinie der Partei auftrat, die rechte opportunistische Linie der Stärkung der kapitalistischen Elemente in Stadt und Land einschlug, dem Staat grosse Verluste beibrachte und die Versorgung der Schaffenden behin-

derte». Er soll einer der Hauptschuldigen aller Schwierigkeiten des Landes auf dem Ernährungs- und Finanzsektor sein.

Zusammen mit Luca muss auch der frühere Innenminister Georgescu die Beschuldigung der rechten Abweichung, des Mangels an Aktivität gegen den Klassenfeind und des Verlustes der revolutionären Wachsamkeit über sich ergehen lassen.

Jeder, der einigermaßen mit den rumänischen Zuständen vertraut ist, erkennt die Beschuldigungen des Zentralorgans der Kommunistischen Partei als den Ausfluss einer Zweckpolitik, die die chaotischen Zustände innerhalb des rumänischen Terrorregimes verschleiern will.

Seit Jahren wurde die rumänische Nationalwirtschaft infolge der sowjetischen Ausbeutungspolitik und überstürzter kommunistischer Experimente ruiniert. Weder die harten Massnahmen der Polizeiorgane unter Innenminister Georgescu noch das «Gesetz über die Arbeitsdisziplin» des Leiters der Staatsgewerkschaften, Apostol, noch die finanzpolitischen Massnahmen von Luca während der Währungsreform, der sich von Ende Jänner 1952 um Millionen selbst bereichert haben soll, konnten dieser verhängnisvollen Entwicklung Einhalt gebieten. Der in die Kolchosenwirtschaft eingespannte Bauer konnte die vom Staat geforderten Abgaben einer landwirtschaftlichen Erzeugung nicht mehr einhalten. Und da Innenminister Georgescu immer mehr widerspenstige Bauern in die Zwangsarbeitslager schickte, wuchsen auch immer weniger Getreidefrüchte. Die Lebensmittelpreise stiegen von Tag zu Tag, und die städtische Bevölkerung erhielt nicht einmal die notwendigste Nahrung. Die Folge waren Arbeiterunruhen und Streiks in einigen Grossbetrieben der Hauptstadt. So ereignete sich jener berühmte Streik der 9.000 Arbeiter in Cotroceni bei Malaxa, der den Sturz des Triumvirats mit verursachte. Die Werktätigen kritisierten die Lohnauszahlung von nur 60 Prozent und die erhöhten Leistungsindexe. Der Metallmangel der Schlüsselindustrien, das Absinken der Produktionskurve und die als ungenügend bemängelten Lieferungen nach Russland schrien direkt nach «Schuldigen», die eine skrupellose

Propaganda in den dreien fand. Anna Pauker & Co. sollten als Gegenrevolutionäre und Opportunisten entlarvt werden, und die Aufmerksamkeit der breiten Massen der arbeitenden Bevölkerung nach erprobtem Muster von den wirtschaftlichen Schwierigkeiten des gesamten Regimes ablenken. Ein weiterer Grund ihres Sturzes war der in Russland und den Volksdemokratien immer stärker um sich greifende Antisemitismus, der heute in seinen verschiedenen Spielarten kaum mehr verborgen werden kann. Der Kampf richtet sich nicht mehr allein gegen den als nationalistisch und rückschrittlich abgelehnten Zionismus und das orthodoxe Judentum als die Verkünder des idealistisch-religiösen Gedankens – die Juden als solche werden bereits als Ausdruck der Dekadenz und des Kosmopolitismus sowie Repräsentanten des Kapitalismus und einer individualistischen Geisteshaltung abgelehnt. Vielfach tauchen in den Volksdemokratien, besonders in Prag, wo sich der Ministerpräsident Zapotocky offen als Judenfeind erklärt, ähnliche Argumente auf, wie sie schon Hitler, Goebbels und Streicher gebraucht haben. Es ist bezeichnend für die Kraft dieses vor dem Krieg noch schwer bestraften Antisemitismus, dass selbst der Antizionismus, ja Antisemitismus der jüdischen Funktionäre des Kommunismus sie auf die Dauer nicht davor schützen kann, diesem Ressentiment geopfert und den «antisemitischen Instinkten» breiter Volksmassen zum Frass vorgeworfen zu werden. Vielleicht mag der Kreml bei dieser neuen Entwicklung auch auf den Beifall der arabisch-mohammedanischen Welt hoffen, um die Moskau schon seit Jahren mit nicht zu bestreitender Geschicklichkeit intensiv wirbt.

Frau Anna Pauker hat es, obwohl sie der streng orthodoxen Rabbiner- und Schächterfamilie der Rabinovici (Rabinsohn) aus Herta entstammte, auch nicht unterlassen, wann immer es ihrer Laufbahn zweckdienlich und dem Bolschewismus förderlich erschien, einen Trennungsstrich zwischen sich und dem Judentum zu ziehen. Sie hat das zionistische Büro in Bukarest schliessen lassen, die jüdische Auswanderung unterbunden und den israelischen Gesandten brüskiert. Der Fluch des eigenen

Vaters, der ihr freilich später verziehen haben soll, und der grosse Synagogenbann trafen sie nicht unverdient. Bezeichnend ist folgende Episode: Ein zionistischer Jude, der sich die Erlaubnis erkaufte, von Rumänien nach Israel zu emigrieren, wurde bei der Ausreise, wie alle seine Kollegen, einer peinlich strengen Kontrolle unterworfen. Polizei und Zollwache untersuchten unter anderem auch den Inhalt seiner Medikamententasche. Bei jedem Medikament musste er genau angeben, wofür es bestimmt war. Zuletzt fanden die untersuchenden Organe noch ein Bild der Aussenministerin Anna Pauker im Medikamententäschchen. «Und gegen was soll denn das dienen?» fragten die Beamten. «Gegen das Heimweh!» war die verblüffende Antwort. Es entbehrt daher in einer grausamen Geschichte nicht der Ironie, dass die Frau, die der Aussenminister Israels, Ben Gurion, bezichtigte, das rumänische Judentum verhungern zu lassen, selbst wegen Zionismus verklagt wird. Dergleichen wird ihr Cliquenbildung durch Herstellung grundsatzloser Beziehungen bzw. Förderung speziell jüdischer Interessen innerhalb der Parteileitung vorgeworfen. Sie habe sich mit Verrätern wie Vasile Luca an einen Tisch gesetzt und feindliche oder doch zumindest schädliche Beschlüsse ohne Wissen des Zentralkomitees gefasst. In den leitenden politischen Kreisen des Balkans kolportiert man auch Beschuldigungen, wonach sie durch ihre nach Israel ausgewanderte Familie «Beziehungen zum Westen aufrechterhalten» und durch Gewährung von Pässen und Ausreiseerlaubnissen an jüdische Auswanderer gewaltige Summen in englischen und Schweizer Banken angelegt hätte. Den Anstoss zu diesen teilweise sogar richtigen Beschuldigungen gab der vor dem Schweizer Bundesgerichtshof in Winterthur stattgefundene Prozess gegen den jüdischen rumänischen Industriellen Vitianu (früher Salomon Witzmann) und seine Frau, der eine Fülle von Material über eigenmächtige finanzielle Transaktionen des weiblichen rumänischen Aussenministers und ihres Freundeskreises ans Licht brachte.

Solván Vitianu war 1947 offiziell als Vertreter der staatlichen rumänischen Aus- und Einfuhrgesellschaft «Simcormin»,

die eine Monopolstellung innehatte, in die Schweiz gekommen. Seine Aufgabe war, der rumänischen Volksdemokratie und vor allem dem Kreis um Anna Pauker Devisen zu beschaffen. Über die Methoden, mit denen dieses Ziel erreicht werden sollte, bestand kein Zweifel: List, Gewalt, Drohung und Erpressung standen bei seinen Aktionen Pate. Vor allem sollten auch in der Schweiz lebende rumänische Emigranten sowie Politiker der alten Zeit zugunsten der rumänischen Kommunistischen Partei beraubt werden. Einem, dem Industriellen Ramniceanu, wollte er 300.000 Franken ablisten. Als sich der Mann zur Wehr setzte, wurde er, der sich später unbegreiflicherweise nach Rumänien zurückbegeben hatte, dort von der Geheimpolizei unter Druck gesetzt, bis er der Schweizer Bank den Auftrag zur Auszahlung erteilte. Aber der Schlaue, der selbst die Russen bei Kompensationsgeschäften einigemal hineingelegt hatte, hatte seinem Auftrag ein nur der Schweizer Bank bekanntes Zeichen beigefügt, das soviel wie «Nicht auszahlen!» hiess. Wieder nach der Schweiz entlassen, beschloss er natürlich erst recht, keinen Rappen mehr zu bezahlen. Nunmehr wurde aber nach dem Prinzip der bolschewistischen Sippenhaftung sein noch in Bukarest lebender alter Vater festgenommen, für dessen Freilassung er sodann tatsächlich grosse Beträge opfern musste. Anderen Flüchtlingen aus dem volksdemokratischen Paradies, denen die rumänische Regierung in der Art der deutschen Gestapo für Überlassung ihres heimatlichen Besitzes Devisenbeträge zugesagt hatte, hat Vitianu diese nicht oder nur zum Teil übergeben. So wurde der Familie Karres für eine Lederfabrik im Werte von 500.000 \$ nur eine Abfindungssumme von 45.000 \$ geboten, von denen noch 9.000 \$ zugunsten der rumänischen Kommunistischen Partei abgezweigt wurden. Die Familie Karres wurde durch Drohungen Vitianus und den Hinweis darauf, dass er überhaupt jede Auszahlung unterbinden könne, derart eingeschüchtert, dass sie in den sittenwidrigen Vergleich einwilligte. Nebstbei machte Vitianu in der Schweiz noch dunkle Handelsgeschäfte, bei denen der Bakschisch eine wesentliche Rolle spielte. Eine durch den Prozess aufgeworfene Frage war,

für wen eigentlich die von Vitianu zustande gebrachten Gelder bestimmt waren. In einem unter Vitianus Papieren nach seiner Verhaftung in der Schweiz aufgefundenen Dokument mit dem rumänischen Namen «Anutza» (Ännchen) heisst es unter anderem: «Die Hauptaufgabe des Handels ist die Beschaffung finanzieller Mittel für die Partei.» Dies erreichte Vitianu auf die Art, dass er bei Warenkäufen Rechnungen auf weit höhere Beträge, als der Einkaufspreis ausmachte, für Bukarest ausstellen und sich den Preisaufschlag sodann in der Schweiz rückvergüten liess.

Anutza aber hiess mit vollem Namen Anna Thoma, und die Trägerin dieses Namens war Kabinettschef und persönliche Vertraute des weiblichen Aussenministers Rumäniens, Anna Pauker, die dadurch selbst auf das gefährlichste und schwerste kompromittiert wurde.

Der Fall Vitianu war, wie die hier glänzend informierte Schweizer «Weltwoche» schreibt, der Stein des Anstosses, der den gesamten Fall Pauker ins Rollen brachte, ein Schneeball war hier zur Lawine geworden. Denn was die Russen jahrelang nur befürchtet hatten, ohne dass es ihnen trotz ihres gigantischen Spionageapparates gelungen wäre, hiefür formelle Beweise zu erlangen, war durch diese peinliche Angelegenheit aller Welt sichtbar geworden. Das Verfahren in der Schweiz hatte eindeutig geoffenbart, dass die kommunistischen Parteien in den Satellitenstaaten, in diesem wenig appetitlichen Fall die Kommunistische Partei Rumäniens, sich eigene Spezialfonds im Ausland anlegten. Die Russen aber hatten von jeher den Standpunkt vertreten und zum Dogma erhoben, dass die einzelnen kommunistischen Landesparteien nicht über geheime, der Zentralorganisation unbekanntes Geldquellen und Reservefonds verfügen dürfen. Sie hatten vielmehr befohlen, dass der gesamte Besitz aller kommunistischen Parteien im Ausland dem Moskauer Finanzzentrum der Kominform angemeldet werden muss. (Dieses Finanzzentrum befand sich ständig in Moskau und hatte die sowjetische Metropole auch während des Belgrader Aufenthaltes der Kominform nicht verlassen.) Hierin liegt der Grund,

dass die rumänische Regierung, vor allem das Aussenministerium, kein Mittel und keine Anstrengung unversucht liess, um die Durchführung des Prozesses zu verhindern. Als Vitianu in Haft genommen worden war, traf fünf Tage später seine Ernennung zum Wirtschaftsrat ein, die ihm die diplomatische Immunität beschaffen sollte, aber als zu spät erfolgt, von der Schweiz nicht mehr anerkannt wurde. Dann spielte man auch mit dem Gedanken, Vitianu in der Art der «Befreiung» Mussolinis durch Otto Skorzeny zu entfernen. Endlich liess die rumänische Regierung als Repressalie Schweizer Bürger verhaften, die sodann zum Austausch gegen Vitianu vorgeschlagen werden sollten. Das Schweizer Bundesgericht liess sich aber, als das hohe Gericht innerhalb eines europäischen Rechtsstaates, nicht vom Gesetz abbringen, und Vitianu und mit ihm der rumänische kommunistische Staat wurden wegen erwiesener verbotener Handlungen zugunsten einer fremden Macht, wie Spitzeltätigkeit, Bestechung und Wucher, zu achtzehn Monaten Kerker verurteilt.

Russland aber hatte durch die Vorgänge im Schweizer Gerichtssaal und die sofort nach Moskau zur Berichterstattung beorderten kommunistischen Führer reinen Wein eingeschenkt erhalten. Anna Pauker erlitt die schwerste Niederlage ihres so dramatischen Lebens. Der rumänische Aussenminister, den man bereits früher verdächtigte, an den Plänen einer Balkanunion zusammen mit Tito und Dimitroff beteiligt gewesen zu sein obwohl sie später, durch einen dieses Konzept scharf angreifenden Artikel der Moskauer «Prawda» gewarnt, einseitig die Partei des Kremls ergriffen und ihre Kollegen verraten haben soll, hatte gegenüber Stalin endgültig das Gesicht als linientreue Kommunistin verloren. Sie erscheint nunmehr des Titoismus verdächtig, den Moskauer Herrschaften als Opfer nützlicher denn als Akteur innerhalb des kommunistischen Welttheaters. Nun ist auch sie in jenes grauenhafte Stadium getreten, das sie so gut kennt und das sie für andere, darunter bewährte Freunde, wie den Bauemführer Maniu und Patrascanu, mitgeholfen hat zu schaffen. Besser als alle anderen kann auch die einzige Frau, der man nachsagt, dass sie jederzeit eine direkte

telefonische Verbindung zu Stalin besessen habe, sich ihr schreckliches Ende errechnen. Dass dieses nicht ausbleibt, dafür werden auch ihre zahlreichen innerpolitischen Gegner, besonders der neue Diktator Gheorghiu Dej und ihre alte Erzfeindin und Rivalin Ljuba Chisinevski (von ihr die «Jungfer» genannt), eine Kämpferin der alten Garde und innige Vertraute Moskaus, sorgen, die immer wieder ihre Ausrottung fordern.

Der Kampf der Diadochen in Rumänien hat Georg Gheorghiu Dej als überlegenen und «unumschränkten» Sieger gesehen. Der 1901 in dem Karpatendorf Balara geborene Nationalrumäne ist heute der grosse Führer überhaupt, der, wie Rakoszi und Tschewenkoff in ihren Ländern, in Rumänien, freilich innerhalb der Richtlinien des Kremls, schalten und walten kann, wie er will. Tatsächlich – im Unterschied zu beispielsweise Anna Pauker und ihrem Kreis – aus dem Proletariat hervorgegangen, spricht er, ein guter Redner, die Sprache, die das Volk versteht, und ist so, wenn irgendeiner aus der kommunistischen Führerclique des Balkans, populär. Hiezu trug auch eine Kerkerhaft bei, die er als Führer des grossen Eisenbahnerstreiks von 1933 bis 1944 in Rumänien verbüsst, aus der er erst durch den Umbruch im Sommer 1944 befreit worden war. Wie lange die unumschränkte Herrschaft des schönen Mannes mit den grausamen Gesichtszügen und den lebhaften Gesten allerdings andauern wird, kann niemand noch voraussagen. Stehen ihm ja auch in Kriegsminister General Bodnaras und dem stellvertretenden Ministerpräsidenten und Parteisekretär des Zentralkomitees, Josef Chisinevski, zwei eifersüchtige Wächter zur Seite. Immerhin kann gesagt werden, dass der Kreml seit dem Fall Tito, wie das Beispiel der Gottwald und Rakoszi beweist, die auch bereits oft des Titoismus, ja sogar Trotzismus bezichtigt worden sind, mit den offiziellen Staatsführern wohl um der Volksmeinung und des internationalen Prestiges willen, vorsichtig umzugehen pflegt. (Es sei daran erinnert, dass auch Gheorghiu Dej bereits einmal verdächtig war und angeblich zufolge einer Intrigue Anna Paukers unter Hausarrest gestellt worden war.) Die im Juli 1952 erfolgte Ernennung eines Vaters

der Prager Säuberungen, A. J. Lawrentiew, eines ebenso fähigen wie skrupellosen Mannes, zum ausserordentlichen und bevollmächtigten Botschafter der UdSSR für Rumänien beweist auf jeden Fall, dass Moskau auf der Hut ist, die rumänische Position für wichtig hält und seinen Einfluss auf alle Fälle gewahrt wissen will. (Er ist dem Georgier Kaftaridse gefolgt, einem ungewöhnlich schönen Mann, der wohl vom Standpunkt des Politbüros auf grosse Erfolge hinweisen kann, wie auf die Absetzung des Ministerpräsidenten General Radescu, den Prozess gegen Maniu und schliesslich den Sturz der Monarchie, aber, persönlich umgänglich, nicht jene Härte besitzen soll, die Lawrentiew auszeichnet. Auch war er durch grosse Freundschaft mit Anna Pauker kompromittiert worden.)

Der neue rumänische Verfassungsentwurf, der im Juli 1952 vorgelegt wurde, gibt ein «imponierendes» Beispiel der totalen Selbstvernichtung eines Staatswesens im Dienste einer fremden Macht und des Weltkommunismus. Obwohl die frühere rumänische Verfassung 1948, also bereits unter dem kommunistischen Regime in Kraft gesetzt wurde, war darin nicht ausdrücklich von der Volksdemokratie die Rede. Dieses «Versäumnis» wurde jetzt pflichtschuldigst nachgeholt. Andererseits wurde die alte, eigentlich in jeder Verfassung in verschiedenen Varianten auf scheinende Formulierung von einem «einheitlichen, unabhängigen und souveränen» Staat «souverän» weggelassen, was wohl geschehen sein mag, um nicht den Hohn und Spott der eigenen Bürger und einer der Freiheit noch nicht ganz entwöhnten Mitwelt zu provozieren. Hingegen zeigen die in die Präambel aufgenommenen Lobpreisungen der Sowjetunion und ihrer «selbstlosen, brüderlichen Unterstützung» die völlige Abhängigkeit dieses nur mehr scheinbar existenten Staates. Wer die alte Feindschaft zwischen Ungarn und Rumänien kennt, die schon die Aussenpolitik des Dritten Reiches nicht zu mildern, geschweige denn zu beseitigen vermochte, kann auch die verfassungsmässige Garantie einer autonomen ungarischen Region im Karpatenbogen nur auf einen direkten Befehl Moskaus zurückführen. Die Errichtung dieses autonomen Ge-

bietet für die ungarischen Szekler löst allerdings das Problem der ungarischen Minderheit noch keineswegs, denn rund eine der zwei Millionen in Rumänien lebenden Ungarn verbleiben ausserhalb der Region und mit ihnen das alte ungarische Kulturzentrum Klausenburg.

Interessant ist die Auslegung der sozialen Ordnung in dem neuen Verfassungsentwurf. Das persönliche Eigentumsrecht wird den Bürgern nur an ihren «selbst erarbeiteten Einkünften und Ersparnissen» sowie am Wohnhaus garantiert. Das Erbrecht ist nur dem Namen nach geschützt. Der in der alten Verfassung enthaltene Artikel 13, der die Privatinitiative noch des staatlichen Schutzes versicherte, sofern sie dem allgemeinen Interesse dient, ist weggeblieben. Statt seiner tritt das in allen Volkdemokratien übliche Motto: «Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen!» Der bisher auf dem Papier stehende Schutz von Müttern und Kindern bis 18 Jahre, wurde ebenfalls gestrichen. Auch für sie gibt es nur mehr Arbeit in Fabriken und Kolchosen, und der volksdemokratische Staat unterstützt ganz im Sinne Hitlers nur mehr Kinderreiche und alleinstehende Mütter. Die bereits von der Geheimen Staatspolizei durchgeführten Anhaltungen und Verhaftungen, die ein selbst bei Diktaturen ungewohntes Ausmass angenommen haben, haben logischerweise auch zur Streichung der Bestimmung geführt, dass «niemand anders als auf Grund eines gefällten Gerichtsentscheides verurteilt und zur Verbüssung einer Strafe verhalten werden kann». Wie gewohnt, gibt es in der neuen Verfassung viele heuchlerische Worte über die «Rechte der Bürger, Rede-, Presse- und Versammlungsfreiheit». Wie es hiemit in Wirklichkeit bestellt ist, zeigt Artikel 86, in dem es heisst: «Die rumänische Arbeiterpartei (Kommunistische Partei) ist die führende Macht sowohl der Organisation der Werktätigen als auch der staatlichen Organisationen und Einrichtungen. Das Recht, Kandidaten aufzustellen, ist den Organisationen der Werktätigen der rumänischen Arbeiterpartei, den Genossenschaften, Gewerkschaften, Jugendorganisationen sowie anderen Massenorganisationen und Kulturverbänden gesichert.» Dass diese Organisationen heute längst nur mehr unter kom-

munistischer Führung stehen, versteht sich von selbst. Die Volksdemokratie strebt ja, wie es ebenfalls heisst, «die Begrenzung und Beseitigung der kapitalistischen Elemente konsequent an». Man betrachtet es in Rumänien als notwendig, vorsichtiger und «sowjetischer» zu sein als sogar die Sowjetunion selbst. Das aktive Wahlrecht wird nämlich nach Artikel 94 dieses seltsamen Elaborats auf «werktätige Bürger in Stadt und Land» beschränkt, während in der UdSSR eine solche Beschränkung schon seit 1936 nicht mehr existiert und auf gelassen ist.]

Pijade sagt, einer der Budapester Politiker, die Belgrad zur Zeit der Freundschaft zwischen beiden Staaten besuchten, hätte ihm erzählt, die Rumänen beklagen sich, «Russland hat uns viermal die Haut abgezogen». Wenn jemand so gründlich geschunden worden ist, bleibt nicht viel widerstandsfähiges Fleisch übrig.

Anmerkungen zu Kapitel 22

1) John C. Campell, «The United States in World Affairs, 1945–1947», New York: Harper's, für: Council on Foreign Relations; 1947, Seite 134.

2) Rumänien trat Süd-Dobrudscha mit 7. September 1940 an Bulgarien ab. Die Friedenskonferenz bestätigte dies auch. Die Vereinigten Staaten haben diese Regelung 1919 begünstigt und 1940 gebilligt.

3) Eine vollständigere Darstellung der Nachkriegsentwicklung in Rumänien und den anderen Teilen Osteuropas sowie der dazugehörigen Verhandlungen (wenn diese so genannt werden können) zwischen den Sowjets und den Westmächten findet sich in Campbell, op. cit., wie auch in den Bänden für 1947–1948 und 1948–1949 des gleichen Verfassers und der gleichen Reihe und in dem Band für 1949 von Richard P. Stebbins.

4) New York, 11. November 1944.

5) «Borba», Belgrad, 26. und 29. September 1949.

6) «Für dauerhaften Frieden, für eine Volksdemokratie!» Bukarest, 1. August 1949.

7) Das rumänische Investitionsprogramm für 1950 sah 47% für die Industrie, 20% für den Transport und 9% für die Landwirtschaft vor.

8) «Für dauerhaften Frieden, für eine Volksdemokratie!» Bukarest, 18. August 1950.

23

RUSSLAND IN DER DEFENSIVE

*Die Macht der Gewohnheit von Millionen und Millionen
ist eine fürchterliche Kraft.*

*Lenin «Der linke Flügel des Kommunismus»,
zitiert aus Stalin «Probleme des Leninismus».*

Wir haben dargestellt, wie aus dem Kominform-Schisma von 1948 gerade das entstand und sich ausbreitete, was Stalin am meisten fürchtete und zu vermeiden wünschte, nämlich eine Ketzerei, die eine ständige allgemeine Versuchung darstellt.

Da Stalin nun einmal entschlossen war, Tito auszuschalten, und Tito seine Entschlossenheit kundgetan hatte, nicht still abzutreten, blieben zwei Wege, ihn zu beseitigen – der Meuchelmord oder der «legale» Weg, ihn durch seine moskauhörigen Genossen in der Kominform aburteilen zu lassen. Die erste Methode würde zum endgültigen Erfolg führen, aber die Gefahr heraufbeschwören, Tito zum nationalen Märtyrer werden zu lassen. Stalin dürfte nicht angenommen haben, dass Tito sich gegen den geballten Druck der von Moskau aus dirigierten Kominformpartner würde halten können. Tito aber wollte und konnte es. Statt abzutreten und seine persönlichen Anhänger mit sich ins Gefängnis oder Grab zu ziehen, sperrte er zwei seiner Minister ein, die sich Russland besonders willfährig zeigten, und stellte den einflussreichsten Partisanenführer kalt, den Moskau gerade sorgfältig mit doktrinären Injektionen versehen hatte. Mit der Rückendeckung von Partei und Wehrmacht forderte er den Kreml kühn heraus. In dieser Situation genügte es Stalin nicht mehr, Tito des Undanks und mangelnder Disziplin anzuklagen. Dadurch wäre das Eingeständnis erfolgt – und

das lag unter Stalins Würde ^w, dass der Kern des Konflikts in persönlichen Machtgelüsten lag. Deshalb startete er den Angriff mit ideologischen Begründungen, indem er sich als den einzig berechtigten Interpreten der marxistischen Lehre mit dem Anspruch auf Unfehlbarkeit ausgab. Damit steigerte er aber automatisch auch Titos Bedeutung. Jetzt bedeutete Titoismus nicht mehr nur die Forderung nach Gleichberechtigung aller kommunistischen Parteien, Unabhängigkeit der kommunistischen Staaten und individueller Autorität aller Kommunistenführer. Jetzt stand Tito der Weg offen, in einer gespaltenen kommunistischen Kirche der Gegenpapst zu sein.

Wir haben gesehen, welch tiefen Eindruck Titos Häresie auf die kommunistische Führerschaft Osteuropas machte. Um dem ein Ende zu bereiten, nahm Stalin 1949 zur unwahrscheinlichen Anklage Zuflucht, dass Tito bereits in der Zeit, als er ganz allein in den Bergen gegen die Deutschen kämpfte, ja sogar schon früher, als er noch ein vertrauenswürdiger Agent Moskaus war, ein falscher Kommunist gewesen sei, der in Wirklichkeit im Dienst der reaktionären Westmächte stand. Um die Anklage hieb- und stichfest zu machen, ordnete Stalin an, dass bestimmte Kommunistenführer, die Titos Meinungen teilten oder auch nicht, als «Mitverschworene» anzuklagen seien. Kostoff, Rajk und andere mussten vor Gericht erscheinen und wurden aufgeknüpft. Diese Prozesse waren vermutlich als Mittel zur Einschüchterung osteuropäischer Kommunisten und zur rascheren Kommunisierung und Sowjetisierung der prozessführenden Staaten ganz wirksam. Wo sich die Wirkung nicht als stark genug erwies, konnte mit weiteren Prozessen mühelos nachgeholfen werden.

Es liess sich nicht vermeiden, dass unter den örtlichen Kommunistenführern wegen der geringen Reichweite ihrer Autorität und aus Neid auf Tito oft Missvergnügen herrschte. Solange aber die Rote Armee in der Nähe ist, kann es nur zu heimlicher Auflehnung kommen. Die Situation ist in jenen Ländern anders, in denen die Kommunisten nicht an der Macht sind, oder in Ländern wie China, wo sie ihr Ziel erreichten, ohne

direkt die physischen Gefangenen der Sowjetarmee zu werden. In beiden Fällen haben die Jugoslawen nach möglichen Bundesgenossen Umschau gehalten. Sie haben geistige Unterstützung von nationalen Dissidenten vieler anderer Parteien bekommen. Und sie erhoffen sich mehr als dies von Mao Tse-Tung, vielleicht nicht in unmittelbarer Zukunft, aber doch später einmal unter dem Einfluss der gleichen Erfahrungen für China, wie Tito sie mit Moskau gemacht hat. Inzwischen beobachten sie die Ereignisse im Fernen Osten mit ungeteilter Aufmerksamkeit.

HO CHI MINH UND NOSAKA

Die Verbindungen zu Ho Chi Minh¹⁾, dem kommunistischen Führer der Vietnam-Rebellen in Indochina, begannen vielversprechend, als dieser die Initiative ergriff und im Februar 1950 die Jugoslawen aufforderte, sein Regime anzuerkennen. Die USA riet ihm ab, es zu tun, aber Tito erkannte, dass er damit Moskau in Verlegenheit bringen konnte, und beeilte sich, es doch zu tun, wobei er betonte, dass er im Sinn der Prinzipien «der Achtung des Rechtes eines jeden Volkes auf Unabhängigkeit und Souveränität» handle. Vielleicht war die amerikanische Einmischung unklug, nicht nur, weil sie sich keinen Erfolg versprechen durfte, sondern auch, weil sie eine Abweichung von der feststehenden Haltung bedeutete, auf die jugoslawische Innen- und Aussenpolitik keinen Einfluss zu nehmen. Tito ist hierin nach seinen Erfahrungen mit Stalin von begreiflicher Empfindlichkeit. Die Absicht Belgrads war, Ho Chi Minh zu einer Art mittleren Position zwischen Unabhängigkeit und Unterstellung von Moskau zu bringen. Ob dieses Ziel zu erreichen ist oder nicht – mit amerikanischen Interessen scheint es nicht unvereinbar zu sein. Obgleich die Verbindungen offiziell aufgenommen wurden, sind bis heute noch keine diplomatischen Vertreter ausgetauscht worden.

Die jugoslawischen Kommunisten haben keine Möglichkeit zu einer Verbindung mit ihren Genossen in Japan, verfolgen aber die Vorgänge in der dortigen Kommunistischen Partei sehr genau. Man nimmt an, dass die tatsächliche Macht bei Sanzo Nosaka liegt, der von der Mitte der dreissiger Jahre bis Kriegsende die meiste Zeit bei den chinesischen Kommunisten verbrachte und ein enger Vertrauter von Mao Tse-Tung wurde. Das Kominformjournal «Für einen immerwährenden Frieden, für eine Volksdemokratie!» vom 6. Jänner 1950 klagte Nosaka der antidemokratischen und antisozialen Gesinnung an und warf ihm besonders vor, dass er «dem Marxismus-Leninismus einen japanischen Anstrich» gegeben hätte, der nach Titoismus roch und der sowjetischen Behauptung zuwiderrief, der zufolge der Kommunismus nur dort zur Macht kommen kann, wo ihm sowjetische Truppen den Boden gewonnen haben. Die Jugoslawen stellten fest, dass Nosaka, dem auch «laue Haltung» vorgeworfen wurde, nicht aus der Kommunistischen Partei Japans ausgeschlossen wurde, im Gegenteil, dieses Schicksal mehreren seiner Widersacher zuteil wurde. Moskau zögerte offenbar, ihn aus dem Weg zu räumen, in der Befürchtung, dadurch die Partei zu zerstören, ja es wagte nicht einmal, ihn hart anzufassen, damit er nicht offen in Titos Lager übergang. [Zwei Dinge sind es vor allem, die Moskau in Japan schwer schaden: 1. Die noch immer nicht erfolgte Zurücksendung japanischer Kriegsgefangener aus der Sowjetunion und 2. die allen Kennern des Landes unverständliche Forderung des Kremls, den wieder angebeteten Tenno Hirohito als Kriegsverbrecher anzuklagen.]

MAO TSE-TUNG

Für die jugoslawischen Kommunisten bedeutete es hohe Genugtuung, einen von Mao Tse-Tungs Getreuen in der Kominformpresse angeprangert zu sehen, denn sie nahmen es als Zeichen dafür, dass der chinesische Kommunismus sich von der Oberhoheit des Kremls lösen könnte. Fast jedes Gespräch, das

ich in Belgrad oder im Ausland mit Belgrader Beamten geführt habe, ist früher oder später auf den Kommunismus in China gekommen. Immer drückte man dabei die Hoffnung aus, dass Stalin die nationalen Interessen Chinas so stark knebeln würde, dass es den chinesischen Kommunisten unerträglich wäre, und sie sich endlich des Vorteils bedienten, ausserhalb seiner Macht zu stehen, und schliesslich geheim oder offen mit der Kommunistischen Partei Jugoslawiens zusammenzuarbeiten. Die Argumente, mit denen sie ihre Ansichten stützen, sind nicht einmal weit hergeholt. Wenn sie dabei das Bild einer Antikominformachse entwerfen, deren eines Ende in Belgrad und das andere in Peking ist, fällt mir immer die Geschichte ein, die man sich im Balkankrieg von einem grosssprecherischen Montenegriner erzählte. Man hielt ihm vor Augen, dass Montenegro letzten Endes doch nur ein kleines Land sei. Er aber gab zur Antwort: «Ja, aber wir und die Russen, wir sind 180 Millionen!» Manchmal scheint es den Jugoslawen angenehm zu sein, den Blick nach Asien zu lenken und zu denken: «Ja, aber wir und die Chinesen, wir sind 450 Millionen.» Natürlich kann niemand behaupten, dass der chinesische Kommunismus seine momentan stark nationale Haltung nicht beibehält. Vielleicht wird er sich mit der Zeit zu Moskaus Nachteil zu anderen Nationalkommunisten hingezogen fühlen. Auch eine noch so schwache Hoffnung, die sowjetische Macht in China oder in einem anderen Land einzudämmen, darf nicht ausser Acht bleiben. Aber man darf auch nicht zukünftige Möglichkeiten mit augenblicklichen Gegebenheiten verwechseln.

Viele Kenner des Fernostens leugnen, dass es zwischen dem russischen und dem chinesischen Kommunismus ideologische oder gegenständliche Differenzen gibt. Hiebei aber wird, nach Titos Ansicht, die Tatsache übersehen, dass Stalinismus sich von Titos Auffassung über Kommunismus unterscheidet, und viele kommunistische Chinesen könnten im gegebenen Augenblick seine, Titos, Ansicht teilen. Er verharret fest dabei, dass die chinesischen Kommunisten ihre Abweichung vom stalinistischen Kommunismus zu erkennen geben werden, einfach aus dem

Grund, weil sie praktisch die Möglichkeit dazu haben. Sein eigener Fall beweise, dass es innerhalb des Kommunismus starke Unterschiede in der Ideologie und Praxis gäbe, und dass Stalins Weigerung, die Selbständigkeit der kommunistischen Parteien und Staaten anzuerkennen, die Divergenzen an die Oberfläche treibe. Da die geographische Lage Chinas seinen kommunistischen Führern erlaube, bei Eintreten günstigerer wirtschaftlicher und politischer Bedingungen sich von Moskau zu lösen, vertritt er die Meinung, die amerikanische und die anderen antistalinistischen Regierungen sollten die Differenzen zwischen Stalin und Mao Tse-Tung betonen und die beiden nicht zusammenführen, besonders Mao nicht zwingen, sich wegen der Mittel zum Wiederaufbau Chinas an Stalin zu wenden. Einige jugoslawische Beamte gehen so weit, zu behaupten, Moskau habe den Krieg in Korea entfacht, um Zwietracht zwischen Washington und Peking zu säen und der chinesischen Volksrepublik den Zutritt zur UN zu versperren, der ihr die Möglichkeit gäbe, selbst ihre nationalen Belange zu sichern.

Allgemein nimmt man an, dass Mao Tse-Tung zu Beginn der dreissiger Jahre mit der Sowjetunion auf keinem guten Fuss stand. Er widersetzte sich mannhaft den sowjetischen Versuchen, ihn abzusetzen, und stellte seine kommunistischen Streitkräfte ohne Stalins Hilfe auf. Eine Zeit lang hat es zwei chinesisch-kommunistische Zentralkomitees gegeben, die sich gegenseitig befehdeten, eines in Moskau, eines in China unter Maos Führung.

Die Jugoslawen weisen gern darauf hin, dass China effektiv eine grössere Bevölkerung hat als Russland. Wenigstens der Kopffzahl nach ist es eine Weltmacht. Die gegenwärtigen kommunistischen Führer sind vorwiegend in China erzogen und ausgebildet worden. Sie haben mehrere Millionen Soldaten unter Waffen. Darüber hinaus war der Nationalismus ein Grundfaktor der chinesischen Revolution, seit Sunjatsen die Kommunisten in den Dienst der nationalen Sache einzuspannen wusste. Der nationale Gedanke war in den dreissiger Jahren auch ein Hauptschlagwort der Kommunisten, um den Widerstand

gegen Japan aufzuputzen, als sogar Tschangkaischek eine Beruhigung anstrebte. Tatsache freilich ist andererseits, dass in letzter Zeit der erste Theoretiker der chinesischen Kommunistischen Partei, der Sekretär des Zentralkomitees, Liu Schao-Chi, lehrt: «Nationalismus bedeutet bourgeoise Reaktion.» Man dürfe ihn nur in den Kolonien fördern, wo er dazu dienen könnte, den Imperialismus zu stürzen. Da aber das moderne China gegen den Imperialismus sei, sagt er weiter, braucht es den Nationalismus nicht und kann sich mit allen Kräften dem Internationalismus zuwenden²).

Darauf kann geantwortet werden, dass Stalin den Internationalismus nur dort anerkannte, wo er russische Interessen nicht störte. Das Verhältnis eines kommunistischen Staates zu Moskau ist das Lakmuspapier zur Feststellung seiner Überzeugungstreue und der Orthodoxie seiner Führer. Die jugoslawischen Kommunisten fragen sich, wie lange Mao Tse-Tung diesem Test eines überzeugten und idealistischen Kommunisten (der zu sein er behauptet) standhalten wird. Die Lage in China beginnt jenen Charakter anzunehmen, der die Jugoslawen zuerst zu Beschwerden und dann zum Widerstand führte.

Hunderte von sowjetischen Technikern sind im Land. Sowjetoffiziere beraten bei der Organisation der chinesischen Armee, schreiben die Taktik vor und bieten russische Unterstützung in dem Grad, in dem ihrem Rat gefolgt wird. Sowjetische Wirtschaftsfachleute beherrschen die chinesische Wirtschaft. Es kann angenommen werden, dass sie hier so vorgehen wie in anderen Ländern, dass sie nämlich zuerst die russischen Bedürfnisse befriedigen und dann erst die chinesischen. Einige Beobachter meinen, dass Russland die chinesische Industrie nur in der Mandschurei und den Grenzgebieten, die der Kontrolle durch russische Streitkräfte mühelos unterstellt werden können, aufbauen, sonst aber dem Land den landwirtschaftlichen Charakter belassen werde.

Einige jugoslawische Beamte sagen, dass Mao Tse-Tung noch die grössten Schwierigkeiten bekommen werde, wenn er Mos-

kaus Forderung nach einer Agrarreform in Angriff nimmt. Von Bucharin bis Tito hat Stalin dieses Thema dazu ausersehen, um ideologische Grundansichten zu bekämpfen. Mao hat in seinem Blatt «Neue Demokratie» geschrieben, sein Ziel sei «nicht eine neue soziale landwirtschaftliche Ordnung einzuführen, sondern, es den Bauern zu ermöglichen, ihren Grund und Boden auch wirklich zu besitzen». Ein Jahr später führte er in einer Rede in Jenan aus, dass die Prinzipien des marxistischen Leninismus nur dann Erfolg bringen könnten, wenn sie sich mit dem Studium der «objektiven Faktoren» jedes einzelnen Landes verbinden, und dass diese sogar innerhalb eines Landes starke Abweichungen zeigen. Man könne sie also nicht a priori anwenden. Die Übereinstimmung dieser Ansichten mit jenen, die man später Tito so übel ankreidete, ist so auffällig, dass ein jugoslawisches Magazin, «Dreissig Tage», das die Rede im Juli 1949 abdruckte, nicht einmal einen Kommentar dazu gab. Noch im Dezember 1947 forderte Mao in einem Bericht an sein Zentralkomitee, es dürfe «keine Wiederholung des Fehlers, eine ultra links gerichtete Politik zu verfolgen, geben, der (1931/34) bei der Behandlung des wirtschaftlichen Elements, das die Klasse der kleinen und mittleren Besitzer darstellte, gemacht wurde».

Werden Moskaus Prinzipien und sein Interesse an der Bodenreform es den chinesischen Kommunisten erlauben, sie bis in die Unendlichkeit hinauszuschieben und – wenn es möglich sein sollte – werden daraus wieder Gründe zu einer schweren Auseinandersetzung entstehen? Wenn Russland sich veranlasst sieht, Maos nationale Tendenzen zu beschneiden, wird es sicherlich vorsichtiger gegen ihn vorgehen als in der Affäre mit Tito. Vielleicht sind die Gerüchte, dass Mao zum Aushängeschild erhoben werden soll, bereits ein Anzeichen dafür, dass Russland am Werk ist? Aber selbst wenn es innerhalb des chinesischen Politbüros zu Auseinandersetzungen kommen sollte, ändert das nichts an der Tatsache, dass die kommunistischen Chinesen im Koreakrieg ein ausländisches Experiment der Sowjetunion unterstützen, sogar auf das Risiko hin, in einen neuen Krieg

verwickelt zu werden, da das Land kaum anfängt, sich vom letzten zu erholen. Mao Tse-Tung wird vielleicht Widerstand dagegen leisten, auf die Dauer die chinesischen Interessen einer weiteren Ausdehnung der russischen Aggressionen unterzuordnen. Dann dürfte der Augenblick kommen, in dem er zum Opfer einer Säuberung wird oder rebelliert. Bis jetzt aber hat Russland in China seinen Willen energisch genug durchgesetzt, um einige seiner Feinde, darunter Jugoslawien, zu enttäuschen. Dies konnte man wohl daran erkennen, dass Tito nach dem Eintreffen chinesischer Truppen in Nordkorea die Ansicht äusserte, er werde alle Aktionen der UN zur Beendigung des Koreakrieges unterstützen.

[Gewiss lässt sich eine Fülle von Aussprüchen und Argumenten Mao Tse-Tungs aus der Vergangenheit und Gegenwart anführen, aus denen man schliessen kann, dass er kein willenloser Sklave Russlands ist und eigene Wege zu gehen wünscht. Manchmal glaubt man wirklich, einen Tito oder «Über-Tito» Asiens sprechen zu hören. So erklärte er einmal: «Wenn wir auch Kommunisten sind, so sind wir doch und in erster Linie und vor allem Chinesen, und wenn auch geistige Bande uns mit Moskau verbinden, bleiben wir doch unserem Vaterland, unserer Heimat treu... Ich will der Moskauhörigkeit ein Ende bereiten.» «Was mein Verhältnis zur Sowjetunion angeht, so ist es wichtig, dass ihr meine Sympathien gehören. Das besagt aber nicht, dass wir Figuren auf dem Moskauer Schachbrett sind. Ich habe nicht notwendig, zu betonen, dass ich in niemandes Dienst stehe.»

In seinem Werk «Über die Diktatur der Volksdemokratie» schreibt er: «Aus den Erfahrungen der achtundzwanzig Jahre unseres Kampfes und den vierzigjährigen Erfahrungen Sun Yat-sens kann allgemein gefolgert werden, dass zu einem endgültigen Sieg unsere Volksmassen geweckt und sich im gemeinsamen Kampf mit allen Nationen der Welt verbünden müssen, die uns als gleichberechtigt ansehen. Sun Yat-sen hatte eine grosse Erfahrung, wurde aber getäuscht. Wir müssen an seine Worte denken und dürfen uns nicht täuschen lassen.»

Formell sind diese Worte ausschliesslich gegen die Westmächte gerichtet, sie enthalten jedoch eindeutig eine Anspielung auch auf die Sowjetunion: Wir gehen mit euch, doch nur unter der Bedingung, dass ihr uns als gleichberechtigte Partner anseht. Das ist aber die genaue Wiederholung der folgenschweren Grundforderungen des Titoismus: Bündnis mit der Sowjetunion im gemeinsamen Kampf, jedoch keine Unterstellung der eigenen Interessen unter die Interessen der Sowjetunion. Es steht ausser Zweifel, dass die chinesischen Kommunisten allen Anlass zu dieser Einschränkung haben, nicht weniger und nicht unbegründeter als Tito. Der gleiche Aufsatz enthält zwar auch eine Verurteilung des «Renegaten Tito», die hochexplosive Forderung der «Gleichberechtigung» bleibt aber der tragende Tenor.

Die zweite Frage, die sich zu einem politischen Fallstrick entwickeln kann, ist das Problem der Anwendung sowjetischer Erfahrungen auf den staatlichen, sozialen und wirtschaftlichen Umbau Chinas. Hier erklärt Mao Tse-Tung ganz unverblümt, dass er sich zwar die sowjetischen Erfahrungen zunutze machen, die einzelnen Massnahmen jedoch nicht unbedingt in der gleichen Folge und mit den gleichen Mitteln durchführen will. «Auf dem Gebiete der Wirtschaft müssen wir von jedem, wer es auch sein mag, lernen.» Zwar setzt er gleich hinzu, dass die Sowjetunion hierfür der beste Lehrer ist, sagt aber nicht, dass man ausschliesslich bei dieser und der Kommunistischen Partei der Sowjetunion lernen kann und soll. Noch weiter geht Sehen Bi-schi, ein Mitglied des Zentralkomitees der chinesischen Kommunistischen Partei, in seinem Vortrag vor dem chinesischen «Demokratischen Jugendverband»: «Obgleich die alte Gesellschaftsform uns als Erbschaft die Armut hinterlassen hat, so besteht doch Grund für die Annahme, dass der Aufbau der chinesischen Wirtschaft schneller durchgeführt werden kann, als das in der Sowjetunion der Fall war.» Bezeichnend ist dabei auch, dass weder Mao Tse-Tung noch Sehen Bi-schi jemals die «glänzenden wirtschaftlichen Erfolge» der Sowjetunion nennt oder erwähnt, wie es die ungeschriebene Etikette von allen aufrechten «Volksdemokraten» fordert.

Zusammenschluss der Arbeiter, Bauern, der kleinen und der nationalen Bourgeoisie heisst das Programm Mao Tse-Tungs finden Umbau der chinesischen Wirtschaftsstruktur. «Um dem Druck der Imperialisten widerstehen zu können und die Wirtschaft Chinas vorwärtszubringen», schreibt er in einem seiner Artikel, «müssen ausnahmslos alle städtischen und ländlichen kapitalistischen Unternehmen in den Prozess eingeschaltet werden, die der nationalen Wirtschaft Nutzen bringen können und sich nicht schädlich auf den Lebensstandard des Volkes auswirken. Unsere derzeitige Politik hat eine Begrenzung des Kapitalismus zum Ziel und nicht seine Vernichtung. Die nationale Bourgeoisie hat im derzeitigen Zeitabschnitt eine überaus grosse Bedeutung: Neben uns steht immer noch der Imperialismus, und er ist ein höchst zäher Gegner. Erst wenn sich die chinesische Industrie voll entwickelt haben wird und nicht mehr von ausländischen Mächten beherrscht ist, kann von einer wirklichen Unabhängigkeit die Rede sein.»

Es ist klar, dass diese Ausführungen als Ausfluss einer auf chinesischen Boden verpflanzten Leninschen NEP-Politik der zwanziger Jahre gedeutet werden können. In beiden Fällen gleichen die sachlichen Voraussetzungen einander: Wirtschaftliches Chaos in einem durch langjährigen Bürgerkrieg zerstörten und geschwächten Lande und völlige Unmöglichkeit einer Abhilfe oder auch nur Linderung mit Brachialgewalt. Der Unterschied liegt lediglich darin, dass Mao Tse-Tung vielleicht die chinesische NEP nicht als kurzfristige Massnahme, sondern einen sich über lange Jahre hinausziehenden Abschnitt betrachten könnte.

Ein anderer führender Kommunist, Mitglied des chinesischen Politbüros, schreibt in einem ausführlichen Artikel «Über den Internationalismus und Nationalismus»: «Die Völker verschiedener Länder werden den Kommunismus auf ihren eigenen konkreten Wegen erreichen.»

Dies gleicht der These, die Tito in seinem Streit mit der Kominform gebrauchte. Der Oberkommandierende der chinesischen kommunistischen Armee, Chu Teh, erklärte, China hätte

«durch eigene Kraft und Unabhängigkeit» gewonnen. Auffallenderweise unterliess er hiebei das vorgeschriebene Lob für Stalin.

Die «Cahiers du Monde Nouveau» zitieren folgende Stellen aus Reden Mao Tse-Tungs, die sich mit der von ihm geschaffenen «Einheitsfront» und der «Generallinie der Partei» auseinandersetzen:

«Es ist klar, dass die Einheitsfront, die das Volk im Lauf dieses Kampfes gebildet hat, sehr weit ist. Sie umfasst die Arbeiter, die Bauern, die Mitglieder der freien Berufe, die Intellektuellen, die liberale Bourgeoisie und einen Teil des Adels, der mit den Ausbeutern gebrochen hat. Eben das nennen wir die breiten Volksmassen ... Einige fragen sich, ob die Kommunisten, wenn sie einmal an die Macht gelangt sind, die Diktatur des Proletariats und die Herrschaft einer einzigen Partei einführen werden wie in den UdSSR. Wir antworten ihnen, dass ein neudemokratischer Staat, der aus der Einheit aller demokratischen Klassen hervorgegangen ist, sich grundlegend von einem sozialistischen Staat mit Diktatur des Proletariats unterscheidet. Während der Periode ihres neudemokratischen Systems kann und darf China kein von einer Partei monopolisiertes Regime haben. Es gibt keinen gültigen Grund, um die Mitarbeit der nichtkommunistischen Parteien abzulehnen, die bereit sind, mit uns ohne Feindschaft zusammenzuarbeiten.»

Diese Sätze beweisen, dass die Regierung Maos zum mindesten für den Augenblick keine rein proletarische ist, sondern mit anderen Organisationen Zusammenarbeiten will.

Ebenso klar ist die offizielle Position in der anderen Frage, der der Agrarreform. In einer anderen Rede Maos heisst es:

«In China ist der Feudalismus der Verbündete des Imperialismus und bildete die Grundlage von dessen Regime. Daher stellt die Agrarreform ein fundamentales Element der neuen demokratischen Revolution Chinas dar. Die Agrarreform besteht in Folgendem: sie wird sich auf die armen Bauern stützen und eine enge Verbindung mit den mittleren Bauern

herstellen und damit versuchen, das System der feudalen und halbfeudalen Ausbeutung vollkommen zu liquidieren und die Landwirtschaft zu entwickeln. Einzig die arme Bauernschaft kann und muss unsere Stütze bei der Verwirklichung der Agrarreform sein. Das Hauptziel dieser Reform besteht darin, die Ansprüche der armen Bauern und Tagelöhner zu befriedigen, die den Boden reklamieren.

Andererseits besteht eine der Aufgaben dieser Reform darin, die Ansprüche einer gewissen Kategorie von mittleren Bauern zu befriedigen, die autorisiert werden müssen, Landteile zu behalten, die etwas grösser sind als die mittleren Landanteile der armen Bauern. Es muss darüber gewacht werden, dass kein Anschlag auf die mittleren Bauern, die Handwerker und die Angehörigen der freien Berufe gemacht wird.

Endlich darf man zur Neuverteilung der Immobilien und Ländereien nicht schreiten, bevor eine gewisse Stabilisierung der Situation eingetreten ist und ehe die grosse Mehrheit des Volkes in den Kampf mithineingezogen ist.»

Auch diese Position stimmt nicht mit der der UdSSR überein, zum mindesten, was die gegenwärtige Etappe betrifft. Es gibt keine Kolchosen, sondern nur einfache Kooperativen nach den Prinzipien, die schon Sun Yatsen ausgesprochen hatte. Diese Reform genügt allerdings nicht, um China lebensfähig zu machen. Dazu muss es industrialisiert werden; aber das ist erst dann möglich, wenn die landwirtschaftliche Produktion erheblich gesteigert ist. Darum rät Mao dem Volk:

«Um die landwirtschaftliche Produktion zu entwickeln, raten wir den Bauern, stufenweise und auf der Grundlage freier Zustimmung verschiedene Arten von Produktionskooperativen und Konsumgenossenschaften auf Grund des Systems des Privateigentums zu organisieren. Die Liquidation des Feudalsystems und die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion legen die Grundlagen für die Entwicklung der Industrie und für die Umwandlung unseres Landes in ein Industrieland: und das ist das Endziel der neuen demokratischen Revolution.»

In einer Abhandlung des Mitgliedes des Zentralkomitees

der chinesischen Kommunistischen Partei, Tschen Jun («Die Partei im Kampf für den Aufbau eines neuen China»), weist dieser Theoretiker auch eingehend auf die Bedeutung des privatwirtschaftlichen Sektors für die Volkswirtschaft hin. Er versucht sogar nachzuweisen, dass unter der «neuen demokratischen Staatsmacht die Möglichkeiten seiner Entwicklung nicht geringer werden, sondern im Gegenteil um vieles wachsen», im Vergleich zu den Möglichkeiten, die sich unter der Herrschaft der Imperialisten und dem reaktionären Kuomintangregime boten. Er ist jetzt gegen die wirtschaftliche Aggression der Imperialisten geschützt und verfügt über einen viel grösseren Innenmarkt denn je. Deshalb unterstützt auch der privatkapitalistische Sektor die jetzige Staatsmacht und wird unter den jetzigen Bedingungen im Einklang mit dem nationalen Volkswirtschaftsplan arbeiten. Die neue demokratische (nicht proletarische!) Revolution will nur die Feudalherrschaft und den Monopolkapitalismus beseitigen, aber keineswegs den Kapitalismus im Allgemeinen und keineswegs das kleine und mittlere Bürgertum.

Mao sagt: «China ist noch in weitem Umfang ein Feudaland. Ehe es eine kommunistische Revolution gegen die Bourgeoisie erleben kann, muss die Bourgeoisie erst ihre Revolution gegen den Feudalismus erleben. Die demokratische Republik soll nichts anderes sein als eine Diktatur aller antiimperialistischen und antifeudalistischen Kräfte.»

Dass Mao auf die Bedeutung der Arbeiterschaft innerhalb der chinesischen und internationalen Revolution hinweist, ist klar. Aber ebenso wie bei Tito wird die Rolle der Bauernschaft als politisch bestimmender Faktor weit stärker hervorgehoben, als dies sonst bei kommunistischen Staaten der Fall ist und es die Stalinistische Linie zulässt. Man hat im Gegensatz zur herkömmlichen bolschewistischen Tradition und Taktik einsehen müssen, dass in einem Land von etwa 450 Millionen Einwohnern mit überragender bäuerlicher Mehrheit – es gibt nur etwa 7 bis 8 Millionen Industriearbeiter – der Gedanke einer rein proletarischen Revolution im Moskauer Sinn keine Aussicht auf

dauernden Erfolg hat. Hier kann es auch nicht von heute auf morgen eine totale Herrschaft der Stadt über das Land geben. In der Verfassung heisst es daher eindeutig, dass die chinesische Volksrepublik auf dem «Bündnis der vier Klassen, der Bauern, Arbeiter, Kleinbürger und fortschrittlichen Kapitalisten gegründet ist».

Molotow, ein typischer Vertreter der orthodoxen bolschewistischen Linie soll daher, als man ihn in Jalta nach den chinesischen Kommunisten fragte, erklärt haben: «Chinesische Kommunisten? Die gibt es nicht. Es gibt nur chinesische Agrarreformer, die sich Kommunisten nennen.»

Ein anderes Mal soll er in Washington einem Amerikaner gegenüber die chinesischen Kommunisten als «Oleomargarine, nachgemachte Kommunisten» bezeichnet haben. Es mangelt auch sonst nicht an Berichten prominenter Russen, wie Angehörigen des russischen Geheimdienstes, die sich gegenüber dem chinesischen Phänomen skeptisch, noch abwartend, wenn nicht sogar ablehnend verhalten. Dennoch dürfen solche Äusserungen, die oft nur speziellen Umständen ihr Entstehen verdanken und aus den taktischen Erwägungen eines bestimmten Zeitabschnittes geboren worden sind, nicht überschätzt werden. Es ist zeitweise auch durchaus möglich, dass man gegensätzliche Erklärungen mit einer uns rätselhaften Schlaueit abgibt, um den Westen zu täuschen und somit zu einer falschen Reaktion zu verleiten.

General Douglas Mac Arthur, der genaue Kenner Asiens und seiner Machtverhältnisse, hat auch darauf hingewiesen, dass es irrig wäre, China als «normalen Satrapen Stalins und der UdSSR» etwa im Sinne Rumäniens oder Ungarns zu betrachten. Es muss hier selbstverständlich von dem Vorhandensein zweier vollwertiger, wenn auch noch nicht machtmässig gleichrangiger Partner als reale Voraussetzung aller politischen und diplomatischen Kombinationen ausgegangen werden. Es gelten die allbekannten Regeln der Bündnispolitik. «Diese neue dominierende Macht (China) ist ihren eigenen Zwecken zuliebe mit Russland verbündet. Sie ist auf Grund ihrer eigenen Ziele imperialistisch und expansionslustig. Besitzt China derzeit auch noch nicht die

militärische Macht der Sowjetunion (vor allem auch keine so grosse Anzahl hochwertiger Flugzeuge, Tanks usw.) und deren industrielle und organisatorische Kraft, so ist das «Reich der Mitte» doch schon zufolge der Riesenzahl seiner Einwohner und dem Umfang seines Territoriums nach der grösste Staat der Welt.

Auch der Reichtum und die Vielfalt seiner Bodenschätze dürfen nicht übersehen werden und bedürfen nur einer richtigen methodischen Erschliessung. Seine Bedeutung ist trotz aller Schädigungen durch Kriege, Bürgerkriege und eine zersetzende, jahrhundertealte Korruption eine ganz andere als die Jugoslawiens.

Ein Abfall Chinas würde eine ungleich stärkere Gefahr für Stalin und den Moskauer Bolschewismus bedeuten, als der Titos oder die eigenen Wege Trotzki's. Dies trifft sowohl machtpolitisch als auch weltanschaulich-ideologisch zu. Das Entstehen eines zweiten Mekka des Bolschewismus ausserhalb der Mauern des Kremls Russlands, das seine Irrlehren «in aggressiver Art» innerhalb Asiens verbreiten könnte – wie Tito friedlich in Europa –, würde eine beständige Bedrohung der Vorherrschaft Russlands innerhalb des weltbolschewistischen Ränke-spiels bedeuten und auch dessen machtpolitische Stellung erschüttern und schwächen.

Auf der östlichen Hälfte Asiens sind Moskau und Peking seit Jahrhunderten Rivalen. Beide Kaiserreiche, China und Russland, beerbten das verfallene mongolische Grossreich, das sich über beide Reiche bis nach Europa erstreckt hatte. Von dem Augenblick an, wo russische Expeditionen durch Sibirien in den Amurfluss vordrangen, hat Russland nichts unversucht gelassen, um sich in der Mandschurei, der Mongolei und Sinkiang festzusetzen.

Einzig allein der meteorgleiche Aufstieg Japans im 20. Jahrhundert zur führenden Grossmacht des Fernen Ostens hat diesen russischen Vormarsch aufhalten können. Der Kampf um die chinesischen Ausländer verwandelte sich zeitweise von einem chinesisch-russischen Ringen zu einer Auseinandersetzung

zwischen Russland und den grossen Seemächten, die jede in bestimmten Gebieten Chinas beherrschenden Einfluss erstrebten. Heute sind die fremden überseeischen Mächte und Japan aus China verdrängt, und es stehen sich wieder Russen und Chinesen, allerdings als «kommunistische Brüder und Freunde» gegenüber.

Als die russisch-chinesische Ehe am 14. Februar 1950 nach neunwöchigen Verhandlungen zwischen Stalin und Mao Tse-Tung und ihren beiderseitigen Mitarbeitern geschlossen wurde, dürfte ein neues Kapitel der Weltgeschichte begonnen haben.

Chinas Einstellung zum Bolschewismus wird letztlich auch von der Einstellung Russlands und seiner Haltung als Verbündeter abhängen. Ein Bündnis wird ja am meisten gefestigt, wenn sich die Hoffnungen erfüllen, die daran geknüpft werden. Als der chinesisch-russische Freundschafts- und Beistandspakt abgeschlossen war, waren 450 Millionen Chinesen in freudiger Erwartung. Man glaubte, Peking habe einen Hilfspakt abgeschlossen, der grosszügige Lieferungen an Getreide und Waffen sichere. Die Sowjetunion übernahm die Verpflichtung, Ende 1952 China den berühmten Kriegshafen Port Arthur und die ostchinesische Eisenbahn zurückzugeben. Ebenso sollte der Port Arthur benachbarte wichtige Handelshafen Dairen wieder an die Chinesen zurückgelangen. Daraus ist nichts geworden.

Die chinesische Regierungsdelegation, die unter der Führung des zweiten Mannes Chinas, des Ministerpräsidenten und Aussenministers Tschu En Lai – dieser entstammt einer alten aristokratischen Familie –, am 17. August 1952 wieder zu Verhandlungen nach Moskau kam, hatte keinen Grund zu jubeln. Es wurde vereinbart, dass Russland China die militärisch wichtige chinesische Bahn entschädigungsfrei zurückgibt, sie aber unter gemeinsamer Verwaltung bleibt. Das Prinzip der national gemischten Gesellschaften, wie sie die Russen bekanntlich in Polen, Rumänien, in der Tschechoslowakei usw. schufen, wird also auch hier angewendet. Formell haben die Chinesen das Eigentumsrecht, aber praktisch haben die Russen die Herrschaft über die Bahn.

Entgegen den vor zwei Jahren getroffenen Abmachungen bleibt die Mandschurei und der wichtige Hafen Port Arthur unter russischer Kontrolle. Von nun an soll er allerdings ein russisch-chinesischer Kriegshafen sein. Er ermöglicht dem Kreml nicht nur die Kontrolle der Mandschurei, sondern darüber hinaus der nordchinesischen Gewässer. In dem Kommuniqué heisst es, die chinesische Regierung selbst habe die Sowjetunion ersucht, die Gültigkeitsdauer des Artikels 2 des Vertrages von 1950 über Port Arthur bezüglich des Abzugs der Sowjetbesatzung zu verlängern. Es sei dies, um eine eventuelle japanische Aggression zu verhindern bzw. abwehren zu können. Die Sowjetunion müsse solange bleiben, bis der Friedensvertrag Japans mit ihr und China abgeschlossen sei. Es ist das wohlbekannte Spiel der russischen Diplomatie, das man auch in Europa zur Genüge kennt: Keine Räumung, solange nicht ein Vertrag geschlossen ist, aber keine Verträge, solange sie die UdSSR nicht will. Der Vorwand heisst dann mangelnde Demokratisierung oder Aggressionsgefahr. Von Dairen, dem wichtigen Handelshafen, der in den dreissiger Jahren schon Schanghai als Umschlagplatz weit übertraf, wurde überhaupt nicht gesprochen, und er bleibt wohl weiter zur Gänze russisch. Auch über Wirtschaftsfragen, insbesondere die vielgerühmten russischen Hilfeleistungen und neue Kredite, war es merkwürdig still, was aber nicht heissen soll, dass nicht gerade hier manche wichtige, ja entscheidende Transaktionen abgesprochen worden sein dürften. Die Anwesenheit eines grossen Stabes von Wirtschafts- und Finanzexperten, aber bezeichnenderweise auch von Generälen und Admirälen zeigt an, dass manches ausgekocht worden sein dürfte. Die Zuziehung von Vertretern der äusseren Mongolei, die freilich im Kommuniqué nicht erwähnt wird, lässt darauf schliessen, dass auch hier wichtige Beschlüsse gefasst worden sein dürften. Sollte Tschu En Lai das schon seit Jahren verfolgte Ziel, nämlich die Eingliederung aller mongolischen Provinzen, von denen drei, die «innere Mongolei», in China liegen, die übrigen aber ein gutes Drittel der Mandschurei umfassen, erreichen, so würde dies allerdings einen in seinen Auswirkungen bedeutsamen

Erfolg darstellen, nämlich die Errichtung einer grossmongolischen Republik unter chinesischer Oberherrschaft. Wie man sieht, lässt sich also keineswegs auf Grund der vorhandenen aussenpolitischen Perspektiven die genaue Stärke bzw. Festigkeit des chinesisch-russischen Bündnisses abschätzen, und wir können noch nicht ermessen, inwieweit Russland bereit ist, China bei der Erreichung seiner nationalen Interessen bzw. der Erlangung der von ihm erstrebten Grossmachtstellung und gestaltenden Macht Asiens behilflich zu sein. Augenblicklich sind selbstverständlich beide Partner im eigenen Interesse bestrebt, das Gesicht zu wahren und ihre zusammengeballte Kraft aller Welt eindrucksvoll zur Schau zu stellen. Tatsache ist auch, dass sich die chinesische Innenpolitik im Jahre 1952 stark radikalisiert hat. Alle Nachrichten, die in der letzten Zeit aus China gekommen sind, stimmen darin überein, dass der gewaltsame Terror und Fremdenhass, von dem allerdings die Russen nicht ausgenommen sind, rasend zunehmen. Allenthalben wurde von Unterdrückung, von Partisanenaufständen, Gerichtsverfahren gegen «Kapitalisten und Kulaken» und zahllosen Enteignungen von Industrie, Gewerbe und Handelsunternehmungen in der Art der europäischen Volksdemokratien berichtet. In die gleiche Richtung weisen auch Meldungen, dass die Bauernschaften überstürzt kollektiviert werden sollen. Wie man sieht, scheint also die Moskauer Richtung augenblicklich forciert zu werden, was vielfach auf die Tätigkeit des Führers des stalinistischen Flügels, Li Li San aus Mukden, zurückgeführt werden muss³). Er lauert im Hintergrund und hat erklärt, dass ein asiatischer Tito nie geduldet werden würde. («Einige unserer Genossen in Asien haben Irrtümer begangen ... Wir müssen auf jeden Fall vermeiden, dass sich der nationale Kommunismus in China ausbreite. Wir können keinen Tito in Asien dulden.») Etwa eine Anspielung auf seinen Chef Mao Tse-Tung?

Um mit den Worten eines chinesischen Wissenschaftlers zu sprechen, «ist die Zukunft Chinas heute so wenig vorherzusagen, wie die Sandstürme der Wüste Gobi oder die Taifune über dem Gelben Meer».]

TITOISMUS UND KOMINFORM IN FRANKREICH UND ITALIEN

In Ländern, in denen der Kommunismus nicht am Ruder ist, war es für die kommunistische Propaganda immer schwer, die Tatsache zu leugnen, dass Stalin die Belange des internationalen Kommunismus mit denen Russlands gleichsetzt. Die klare Feststellung, dass die Haltung eines Parteigenossen Russland gegenüber der Prüfstein seines kommunistischen Glaubens ist, lehrt, dass er im Fall eines Streites seiner Heimat mit Russland jene an zweite Stelle rücken muss. Manchmal verlangt man von den Parteigenossen sogar eine hochverräterische Gesinnung, wenn man fordert, dass er in keinem Fall in den Reihen seiner Landsleute gegen Russland kämpfen darf.

Tito hat nicht nur bewiesen, dass die sowjetischen Interessen mit denen anderer kommunistischer Länder nicht immer übereinstimmen müssen, er hat auch eine Klärung darin herbeigeführt, dass sie wirtschaftlich, politisch und strategisch direkt gegeneinander ausgerichtet sein können und in einem solchen Fall erwartet wird, einzig Russlands Belange anzuerkennen. Als Tito gegen die russischen Totalitätsansprüche und die Ausbeutung rebellierte, hat er der sowjetischen Propaganda viel Abbruch getan, die sich gegen «westlichen Imperialismus und westliche Ausbeuterei» wendet. Die Blockade durch die Kominform und die Drohung kommender militärischer Massnahmen hat die Behauptung entkräftet, dass die Weststaaten den Frieden gefährden. Die weisse Taube, sei sie das Werk Picassos oder eines anderen, wirkt dort, wo man die Einzelheiten des Kampfes Stalin-Tito kennt, verlogen. Ich glaube nicht, dass es Zufall ist, dass die Stärke der kommunistischen Parteien in ganz Westeuropa seit der Affäre Tito zurückgegangen ist, und die kommunistische Propaganda sich vor besondere Schwierigkeiten gestellt sieht. In der gleichen Zeit fing der Marshall-Plan an, Erfolge zu zeigen. Tito hat, als er die kommunistischen Parteien in eine politische Defensive drängte, meiner Ansicht nach dem Marshall-Plan dadurch einen Dienst erwiesen, dass er sie auch wirtschaftlich und sozial in eine Verteidigungsstellung zwang.

Im Westen hat der Titoismus nicht so sehr die kommunistischen Führer, als vielmehr die breite Masse der Parteiführer angesteckt. Immerhin hat er Thorez, Duclos und die anderen reichlich zahmen Häuptlinge des französischen Kommunismus in eine schiefe Lage gebracht. Als sie unter de Gaulle im Jahre 1945 und auch später Ministerien übernahmen, mussten sie den Anschein erwecken, die Regierung anzuerkennen. [Sie trieben die französischen Arbeiter zu äussersten Leistungen und ihre Parolen waren: «Ärmel hochkrepeln!» und «Der Streik ist die Waffe der Trusts». In den Mai-Aufzügen der Kommunistischen Partei Frankreichs – sie nannte sich auch Partei der nationalen Wiedergeburt – sah man vor allem mit Blumen geschmückte Wagen, auf denen die Produktionszahlen der Betriebe im Stachanow-Stil wetteiferten.]

Die Streiks von 1947, die Moskau zur Sabotage des Marshall-Planes angeordnet hatte – sie schlugen sämtliche jämmerlich fehl –, standen im scharfen Gegensatz zu der früheren Haltung der Partei und schadeneten ihrer Popularität.

Als der «Fall Tito» Moskau zur Erkenntnis gebracht hatte, dass man in den kommunistischen Parteien aller Welt die nationalen Gefühle nicht mehr dulden dürfe, sahen sich die Führer des französischen Kommunismus zur eindeutigen Stellungnahme gezwungen. Im Dezember 1949 veröffentlichte das Zentralkomitee eine Resolution, die die Titoisten und Trotzkiisten verdammt und gegen sie besonders in den Hochburgen der französischen Kommunisten, in Lyon und Bordeaux, zum Kampf aufrief. Im Frühjahr des darauf folgenden Jahres deutete das massgebende Organ der französischen Kommunistischen Partei «Les Cahiers du Communisme» an, dass der Feldzug nicht sonderlich erfolgreich gewesen sei, weil man die Gefahr unterschätze. Titoismus sei nicht eine Abweichung von der Parteilinie, sondern der «äusserste Schritt des Trotzkiismus», und stehe im Dienst der «unter Befehl der imperialistischen Kriegstreiber stehenden Spione und Meuchelmörder». Es gelte, dieses «Otterngezücht» auszurotten. Die französischen Kommunisten konnten ihre Position wohl retten, indem sie Moskau gegenüber klein

beigaben. Sie bürsteten jedoch weiter an Anhängern ein, und das Parteiorgan «L'Humanité» ging in der Auflageziffer zurück. Die bemerkenswerteste Persönlichkeit unter den individualistischen Rebellen ist vielleicht Jean Cassou, ein Intellektueller, der sich scharf für den Kommunismus eingesetzt hatte. Jetzt greift er die Kominform in der linksstehenden Monatsschrift «Esprit» an.

[Im Jänner 1951 inszenierte die Kommunistische Partei Frankreichs eine «Massenaktion» gegen den Oberbefehlshaber der Atlantikstreitkräfte, den heutigen USA-Präsidenten Eisenhower, den das Kommunistenblatt «L'Humanité» 1945 als den «würdigsten Vertreter des grossen Volkes Washingtons, Jeffersons, Lincolns und Roosevelts» bezeichnet hatte. Jetzt war der ruhmreiche Chef der Ivasionsarmeen, die Frankreich von den Nazis befreit hatten, selbst nur mehr ein «deutscher Naziagent». Eisenhowers Ernennung zum Oberbefehlshaber der UN-Streitkräfte wurde demagogisch als Anfang einer deutschen Besetzung Frankreichs hingestellt, die Kriegsgefahr als germanisches Ungeheuer mit preussischen Kommissstiefeln karikiert. Die Kommunistische Partei Frankreichs rief zuerst zu «Vaterländischen Streiks» und dann zu einer «Vaterländischen Massendemonstration» auf den Champs-Élysées, die beide kläglich scheiterten. Ein ebensolches Fiasko waren der «Generalstreik» und die «Massendemonstrationen» vom 12. Februar 1952 zum Gedenken an die Ereignisse des 12. Februar 1934, an dem die französischen Kommunisten zusammen mit den Pfeilkreuzlern de la Rocques die demokratische Regierung stürzen und das Parlament stürmen wollten. Die Demonstrationen konnten wegen Mangels an Teilnehmern überhaupt nicht stattfinden. Der Streik umfasste in Paris nur 8% der U-Bahn-Angestellten, 6% der Autobusschaffner, 20% bei den Renault-Werken und 5% bei Citroën. Die Kohlengruben des Nordens haben zu 89% gearbeitet, Eisenbahn und Post sogar 100%ig. Der Gewerkschaftsführer Fajon musste die Niederlage offen zugeben. Duclos aber sagte: «Es ist nicht ausgeschlossen, dass gute Parteigenossen mehr oder minder verlegen waren, als sie den politischen Charakter dieses Streiks erklären mussten. Man möge die Arbeitermassen, die der Bewe-

gung fengeblieben sind, nicht als Streikbrecher verurteilen, denn dann müsste man ja schliesslich die ganze französische Arbeiterklasse verurteilen.» (!!!)

In der Mai-Nummer der «Cahiers de Communisme» verlangte François Billoux unter dem Titel «Die Aufgaben der Partei zwei Jahre nach dem 12. Parteitag» den Bruch mit der Taktik der «Einheitsfront mit jedermann». Von der blossen Propaganda soll zur direkten Aktion übergegangen werden, wobei man sich «auf die Spontaneität der Massen» nicht verlassen dürfe. «Unsere ganze politische Aktivität muss nun auf ein Ziel hingeeordnet werden: Totale Neuordnung der bestehenden Gesellschaftsordnung.»

Jeannette Vermeersch, die Gattin Thorez, ebenfalls Politbüromitglied und mit Billoux aus der Sowjetunion zurückgekehrt, ergänzte im zentralen Wochenorgan «France Nouvelle» am 31. Mai 1952 die «Richtlinien für den Kampf um eine Friedensregierung». Man könne jetzt vom Parlament keine entscheidende Änderung mehr erwarten und müsse sich daher auf ausserparlamentarische Aktionen verlegen. Frau Thorez wendet sich gegen die «ökonomistischen Tendenzen in der Partei», nämlich gegen die kommunistischen Gewerkschafter, die so naiv sind, nur für die nackten Lebensinteressen der Arbeiterschaft einzutreten und dabei das Prinzip des weltanschaulich-politischen Kampfes ausser Acht zu lassen.

Im Sinne dieser Taktik wurde auch anlässlich des Eintreffens von General Matthew B. Ridgway in Paris verfahren. Die beiden uralten Kämpfer der Kommunistischen Partei Frankreichs, André Marty und Charles Tillon, prominenteste Spanienkämpfer und Putschspezialisten, unternahmen es unter anderem, diese «direkte Aktion» zu starten. Das Zentralkomitee stimmte zögernd gegen Duclos und Frau Vermeerschs Stimmen zu. Man entschloss sich zur umgekehrten Reihenfolge: Zuerst die Demonstration, und dann der Generalstreik. Das Ergebnis war auch diesmal vernichtend. Es war die schwerste Niederlage, die die Partei überhaupt seit Bestehen erlitten hatte. Das Volk ging ruhig seiner Arbeit nach. Der Streik brach zusammen. Die

wenigen «Blitzdemonstranten» endeten auf den Polizeikommissariaten. Jacques Duclos, der Vertreter des in Moskau befindlichen Generalsekretärs und Führers der Partei, Maurice Thorez, wurde verhaftet. Die zur Freilassung dieses «Helden der Revolution» inszenierten neuen Streiks, brachten eine Beteiligung von kaum 2% der Arbeiterschaft. Von 240.000 Postlern konnten nur zwei für den Streik gewonnen werden. Nur bei den Renault-Werken konnten die Kommunisten vorübergehend die Arbeit stören, wurden aber dann von den Arbeitern selbst hinausgeworfen.

Der totale Fehlschlag zwang zu einer neuen Richtungsänderung, d.h. zur Rückkehr von der besonders von Marty propagierten Politik der «geballten Faust» zu jener der «ausgestreckten Hand». Man hatte eingesehen, dass die Anfang 1952 beschlossene Fernhaltung von allen anderen französischen Parteien ein kompletter Fehlschlag war. Die Schaffung einer neuen Volksfront mit Einschluss auch nichtkommunistischer Gruppen wurde angeordnet, um die Aktionsbasis der arg geschwächten «kommunistischen Bewegung» wieder zu erweitern. Die neue Politik der Nationalen Front hat nach Jacques Duclos folgende Ziele: «Die Wiederherstellung der Unabhängigkeit Frankreichs, die Verhinderung der Durchführung des Schuman-Planes, entschlossene Opposition gegen die westdeutsche Remilitarisierung, Kampf für eine friedliche Lösung des deutschen Problems und Beendigung des Krieges in Indochina.» Besonderen Wert legt Duclos in seinen Ausführungen auf «den Kampf für den Frieden», bei dem er sich, getreu der kommunistischen Parteilinie, «nationaler und internationaler Friedensbewegungen» als brauchbarer Waffen im «ideologischen Kampf» bedienen will.

Die Initiatoren des Ridgway-Abenteuers wurden verfehmt. Marty und Tillon wurden mit Schimpf und Schande als «Diversanten» aus der Parteileitung gestossen. Der Zentralausschuss der Partei hat beide des Versuchs der «geheimen Kaderbildung gegen die Parteileitung», der Marty selbst als Sekretär angehörte, angeklagt. Vergeblich wartete das Zentralkomitee bis

zur letzten Stunde, dass die beiden ihre Schuld reuig bekunden würden, da ihre bisherigen Schuldbekennnisse als ungenügend empfunden worden waren. So musste der Hauptankläger des Komitees seine Anklagerede in Abwesenheit der beiden «Herätiker» halten. Sattsam bekannte Worte wurden gesprochen, wie «ideologische Zersetzung, Verbindung mit den Feinden der Arbeiterklasse, Abweichung von der Generallinie der Partei, Opposition gegen die Massenpolitik der Partei, die allein zum Ziele führen und den Sieg des Proletariats erzwingen» könne.

Der Funktionär der Kommunistischen Partei Frankreichs Leon Mauvais gab weiters in der «France Nouvelle» Folgende Gründe des Ausschlusses von Marty an: Seine Haltung gegenüber der Sowjetunion zu Beginn des Jahres 1949, ohne nähere Einzelheiten hierüber als Begründung mitzuteilen, die Behandlung der Herrschaft des «amerikanischen Imperialismus über Frankreich» als nur zweitrangige Frage, wobei Marty betont hätte, dass das Wichtigste der Kampf gegen die Gaullisten sei, sowie die Weigerung Martys, geheime Zusammenkünfte mit Charles Tillon und anderen zuzugeben. Mauvais warf Marty ferner vor, abfällige Bemerkungen über seine Genossen gemacht zu haben und überall «Saboteure und Polizisten» zu erblicken.

Marty soll vor seinem Ausschluss die Parteiführer Thorez und Duclos «wegen unzureichender Führung» scharf angegriffen haben. Man erinnerte sich in diesem Zusammenhang, dass Marty in einer Rede anlässlich des dreissigjährigen Bestandes der französischen Kommunistischen Partei Thorez nicht genannt hat, während Tillon sich gegen die führende Rolle von Jeanette Vermeersch wendete, die diese während der Abwesenheit ihres Gatten spielte. Marty und Tillon hätten sogar selbst versucht, die Parteileitung in die Hand zu nehmen, und Thorez als den von Moskau und seinen Genossen anerkannten Führer zu stürzen. Sie betrachteten die Aktionen der sogenannten Friedensfreunde als Parteiaktionen und wollten sie auch als solche führen. Der offizielle Standpunkt ist aber,

dass die «Friedensfreunde» gar nicht alle Kommunisten zu sein haben, bzw. dass man mit der Friedensparole auch Nichtkommunisten einfangen muss. Desgleichen wurde ihnen vorgeworfen, dass sie eine Unterscheidung zwischen den Parteikämpfern machen wollten, nach den Posten, die ihnen während der deutschen Besatzung anvertraut waren.

Die Vorwürfe sind also sehr massiver Natur und klingen um so schriller und wirken um so sensationeller, wenn man weiss, dass es sich besonders bei André Marty um ein gefeiertes Paraded Pferd der französischen Genossen, den «Helden von Odessa» und «Bluthund von Albacete», handelt. Sohn eines Handwerkers, war Marty erst Mechaniker und Feuerwerker und später Schiffsingenieur. Als Marineingenieur-Leutnant der französischen Marine inszenierte er 1919 die Meuterei innerhalb der französischen Schwarzen-Meer-Flotte, die zur Niederwerfung der bolschewistischen Revolution in dieses Gebiet entsendet worden war. Die Hauptstrasse von Odessa, ein Kreuzer, zahlreiche Fabriken und andere Betriebe, Kolchosen, Maschinenstationen usw. in der UdSSR tragen, wie er stolz hervorhebt, zur Erinnerung an die Rettungstat seinen Namen. Den 20 Jahren Zwangsarbeit, die ihm dies in Frankreich eintrug, entging er durch eine Amnestie Präsident Millerands im Jahre 1923.

Im nächsten Jahr bereits wird er auf der kommunistischen Liste in die Nationalversammlung gewählt. Wegen Zersetzung der französischen Armee, wegen eines Versuches, die Marine in Toulon zur Meuterei aufzustacheln, wegen Beleidigung des Marschalls Foch steigt die Zeit, die er in Zuchthäusern und Gefängnissen hätte verbringen sollen, auf weit über dreissig Jahre, die er jedoch dank seiner Abgeordnetenimmunität nicht abzusitzen braucht. Einer der Mitbegründer der Dritten Internationale, wird er 1925 Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei und 1929 Chefredakteur der kommunistischen «Humanité». 1935 bereits, als die «Säuberungswelle» gegen die alte Garde der Dritten Internationale noch in ihren Anfängen stand, leistete er auf dem siebenten Kongress der Komintern den Schwur, «ohne Opfer zu sparen, für die Ver-

teidigung und den Sieg der Sowjetunion zu arbeiten». Wie er sich diese Arbeit etwa dachte, offenbarte sich dann in seiner Tätigkeit im spanischen Bürgerkrieg, den er als Kommissar der Internationalen Brigaden mitmachte. Er hat von seinem Hauptquartier in Albacete aus mehr als 3.000 Menschen umbringen lassen; nicht etwa von der gegnerischen Seite, sondern seine eigenen Leute liess er wegen «Disziplinlosigkeit» erschliessen. Dies trug ihm den Beinamen «Bluthund von Albacete» ein.

Auch Tillon war Arbeitersohn, wurde selbst Metallarbeiter und stiess schon früh zur Kommunistischen Partei. Auch er nahm an der Revolte der französischen Schwarzen-Meer-Flotte teil und gehörte mit Marty zu den entschlossensten Gegnern einer Intervention gegen die kommunistische Revolution in den Jahren 1918 und 1919. Er wurde im Jahre 1935 als kommunistischer Abgeordneter in die Kammer gewählt – sein Gegenkandidat im Wahlbezirk Aubervilliers war Pierre Laval –, auch Tillon kämpfte seit Ausbruch des spanischen Bürgerkrieges in den Reihen der Republikaner. Während des zweiten Weltkrieges leitete er in Frankreich die kommunistischen Widerstandsgruppen «Franc-Tireurs» und «Partisan Français». Nach der Befreiung Frankreichs erhielt er als Repräsentant des Widerstandes in der provisorischen Regierung das Amt eines Luftfahrtministers, das er auch unter General Charles de Gaulle behielt. In den Kabinetten Gouin, Bidault und Ramadier war er Kriegsminister, bis er im Mai 1947 mit den übrigen kommunistischen Regierungsmitgliedern aus dem Kabinett ausschied. Tillon hat sich nie der gleichen notorischen Berühmtheit in der Partei erfreut wie Marty. Aber er hat, scheint es, noch immer einen grossen Anhang unter den ehemaligen kommunistischen Widerstandskämpfern in Frankreich, so dass man sich gezwungen sieht, ihn vorsichtiger zu behandeln als den «Bluthund» Marty.

Hemingway lässt seinen Roman-Marty inmitten seiner spanischen Aktivität Folgendes denken: «Nur wenn man die morschen Äste beseitigt, kann der Baum gesund bleiben und

weiterwachsen. Das Morsche muss man blosslegen, denn es gehört ausgerottet... Ich weiss ja, dass man niemandem trauen darf. Niemandem. Nie. Nicht einmal der eigenen Frau. Nicht einmal dem eigenen Bruder. Nicht einmal dem ältesten Freimd. Niemandem. Nie.»

Ob man Marty und Charles Tillon noch eines französischen Titoismus beschuldigen wird? Vielleicht – sogar wahrscheinlich. Besteht doch die Möglichkeit, dass gerade sie, die Harten und Unnachgiebigen, eben in ihrer Prinzipienfestigkeit künftige Konzepte des Kremls stören könnten. Tatsache ist, dass den «weichen» Männern der Vorzug gegeben wurde. Vielleicht handelt es sich um die Durchführung eines neuen grossen Schachzuges des Kremls bezüglich Deutschlands, bei dem die beiden Figuren Marty und Tillon, «erprobte» Deutschenhasser, im Wege stehen.]

In Italien, Jugoslawiens nächstem Nachbarn, war Titos Propaganda gegen die Kominform sehr lebhaft, wenn auch nicht sonderlich erfolgreich. Der Kommunismus ist dort weitgehend eine Arbeiterbewegung und hat in seinen Reihen nicht viele Intellektuelle, die Vorgänge in der Kominform verstehen und sich durch sie beunruhigen lassen könnten.

Auch in der Triester Frage nimmt der italienische Kommunismus verständlicherweise einen anderen Standpunkt ein als Tito. Triest bedeutet den Italienern so sehr Herzenssache, dass sie sich hüten, sich mit Tito oder Jugoslawien zu identifizieren.

Trotzdem scheint Titos Kampf um Unabhängigkeit einen gewissen Einfluss auf Palmiro Togliattis Kommunistische Partei und auch auf die kommunistenfreundlichen Nenni-Sozialisten gehabt zu haben. In einer grossen Versammlung in Rom, im Oktober 1949, musste Alexander Fadejew, der Präsident der Union sowjetischer Schriftsteller, sich alle Mühe geben, um zu beweisen, dass Lenin und Stalin die Anerkennung der Unabhängigkeit aller Völker vertreten, und eine Freundschaft mit der Sowjetunion der sicherste Garant für die Freiheit Italiens sei. Als Gegenmassnahme richtete Moscha Pijade einen Appell an die Italiener, sich gegen die sowjetischen Versuche, Italien

zu unterwerfen und in ganz Europa eine russische Hegemonie zum Zweck der Unterdrückung zu errichten, zu wehren. Er führte aus, dass die französischen und italienischen Kommunisten zur blossen «fünften Kolonne» herabgewürdigt seien, um den Einmarsch russischer Truppen vorzubereiten. Am 14. Dezember gab Togliatti zu, dass es in der Partei beträchtliche «Verirrungen» und «ideologische Irrtümer» gäbe. Wenige Tage später wurde das erste Mitglied unter der Anklage der Verbreitung titoistischer Ideen offiziell ausgeschlossen. Im Sommer 1949 besuchte eine Gruppe von Nenni-Sozialisten Jugoslawien und kam mit günstigen Eindrücken zurück. Zehn von ihnen fielen der Säuberung zum Opfer oder wurden scharf ermahnt. Titoistisch gesinnte Kommunisten und kommunistenfreundliche Sozialisten waren in Südtalien besonders aktiv. Dort ist Triest keine so brennende Frage, und einige jugoslawische Partisanen, die aus der Zeit, da sich ihr Hauptquartier in Bari und in Palermo befand, zurückgeblieben sind, führen eine starke Propaganda gegen die Kominform.

[Die Kommunistische Partei Italiens gilt als die zahlenmässig stärkste kommunistische Organisation Westeuropas. Ihr Stimmenanteil schwankt seit 1945 etwa zwischen 20 und 30%. Dies ist nach Lenin sehr viel, denn der grosse Revolutionspraktiker erklärte in einer seiner Schriften, dass eine wirklich revolutionäre und straff organisierte Bewegung nicht mehr als an die 20% der Wähler brauche, um jeden Staatsstreich oder Putsch siegreich gestalten zu können. Allerdings hatte Lenin zu sehr die russischen Verhältnisse im Auge und urteilte zu einer Zeit, da Technik und Staatsapparat noch zu unvollkommen waren, um Massenanstürmen Herr zu werden.

Der äussere Eindruck der Kommunistischen Partei Italiens ähnelt dem der anderen kommunistischen Organisationen. Auch hier gibt es eine mit den vielfältigen Formen der Anarchie kokettierende Intelligenz und die bis zur Selbstaufgabe abgeleiteten Kominformparolen. In Italien bildeten auch die Titoisten unter Führung des ehemaligen Brigadeführers der Partisanen, Germinale Concordia, eine eigene Partei, die italienische «Natio-

nal-Kommunistische Partei», in der alle Elemente gesammelt werden sollten, die sich von der Katastrophenpolitik abgewendet haben. Nach anfänglichen Erfolgen vermochte sich aber die Bewegung nicht sonderlich durchzusetzen.]

Auch andere kommunistische Parteien sind von Titos Ketzerei angesteckt worden. Im Dezember 1949 kam es in der norwegischen Kommunistischen Partei zu einer Spaltung, nicht viel später wurde der ehemalige Generalsekretär Peder Furu-
botn mit 21 seiner Anhänger wegen «titoistischer Abweichungen» ausgestossen. Ähnliches spielte sich in den kommunistischen Parteien Schwedens und anderer Länder ab. Edgar Lalmand, Generalsekretär der belgischen Kommunistischen Partei, beklagte sich ziemlich hilflos über ein «Übermass» des Titoismus unter seinen Mitgliedern. In vorangegangenen Kapiteln haben wir von den Schwierigkeiten der deutschen Kommunisten gehört, ihre deutschen Belange zu verfolgen und trotzdem bei der Moskauer Linie zu bleiben. Die Stärkung der europäischen Wirtschaft durch den Marshall-Plan und die Verteidigungsbereitschaft Europas im Atlantikpakt haben durch die Verwirrung, die Tito in das Zentrum des Widerstandes gegen jene beiden Ziele Amerikas gebracht hat, überall bessere Voraussetzungen gefunden.

Auch die Auswirkungen auf kommunistische Mitläufer und solche Sozialdemokraten, die zum Kommunismus neigen, sind bemerkenswert. Viele der ruhelosen Gestalten, die unschlüssig in den halbdunklen Kulissen der kommunistischen Bühne herumstreifen, seien es nun verträumte «Fortschrittler», wie Rogge und Zilliacus, oder bewusstere «Freunde der Kommunistischen Partei», waren entsetzt gewesen, als sie bemerken mussten, dass ihre Neigung zum Kommunismus sie in eine politische Quarantäne gebracht hatte. Jetzt zeigte sich plötzlich die Möglichkeit, ihr Ansehen teilweise wiederzugewinnen, wenigstens so weit, dass sich beweisen liess, ihre sympathisierenden Gedanken mit dem «fortschrittlichen» Kommunismus seien unter gewissen Bedingungen mit ihrer Vaterlandsliebe vereinbar. Indem sie sich um das Banner Belgrads scharten,

um kundzutun, wie brauchbar ein Kommunismus auf nationaler Basis sein könne, vermochten sie ihren patriotischen Ruf wiederzugewinnen und trotzdem einen Platz in der Avantgarde zu behalten. Tito hat ihre politische Wiedergeburt freundlich zur Kenntnis genommen. Wahrscheinlich übertreibt er in Jugoslawien ihre geistige und politische Bedeutung in dem gehobenen Gefühl, von anständigen Ausländern unterstützt zu werden. Gleichzeitig sind sie zur Widerlegung der Kominformbehauptung wichtig, dass er sich nur halten kann, weil er sich dem westlichen Kapitalismus verkauft hat.

Dies deutet natürlich nicht auf eine neue, antistalinistische Internationale hin. Ein autorisierter Sprecher Titos, Milovan Djilas, Mitglied des jugoslawischen Politbüros, hat solche Pläne in einem Interview ausdrücklich abgelehnt (in «The New York Times» vom 4. November 1949). Als Grund dafür gab er an, dass «Arbeiterbewegung und Demokratisierung sich auf der Basis der besonderen Bedingungen in den betreffenden Ländern unabhängig entwickeln sollen». Er führte weiter aus, dass «die Bildung einer zentralen Führung, in der einem Land oder einer Bewegung zu einem bestimmten Zeitpunkt eine bestimmende Rolle zufiele, die aufrichtige Zusammenarbeit erschweren müsste». Er forderte: «Jedes Land muss durch eigene Kraft, ohne fremde Intervention, die Sozialisierung erreichen». Dies bedeutet das genaue Gegenteil des Standpunktes, den die Sowjetunion in ihrer Note an Tito im Jahre 1948 vertrat. Er geht sogar weiter als Moscha Pijade bei der Zurückweisung der sowjetischen Ansicht, dass der Kommunismus nur in einem Land siegen könne, in dem durch die Truppen der Roten Armee die Voraussetzungen geschaffen wurden, und er sich nur unter der ständigen Hilfe der Sowjetunion halten könne, zum Ausdruck brachte.

In Belgrad wurde mir versichert, dass Djilas autorisiert gewesen sei, jene Gedanken auszusprechen, und Tito keine Absicht habe, dissidente Kommunisten in einer neuen internationalen Organisation zu vereinen. Wahrscheinlich liest Tito nicht die Werke von Anatol France. Täte er es, dann wäre

seine Haltung aus einer Warnung zu verstehen, die sich in dem «Aufruhr der Engel» findet, wo es heisst, dass «der siegreiche Satan zu Gott wird und einer neuen Revolte der Erzengel zum Opfer fällt.

Anmerkungen zu Kapitel 23

1) Ho Chi Minhs «Freiheitsbewegung» war in ähnlicher Weise wie die Anhängerschaft Titos zusammengesetzt. Sie bestand ursprünglich wie die Gefolgschaft Titos im zweiten Weltkrieg nur zum geringsten Teil aus hundertprozentigen Kommunisten der Moskauer Richtung.]

2) Siehe «Communism and Nationalism in China» von C. M. Chang, «Foreign Affairs», Juli 1950.

3) Durch die Indiskretion führender politischer Parteikreise Chinas wurde folgender Aktionsplan der Kommunistischen Partei Chinas bekannt. Er soll mit aller Konsequenz durchgeführt werden:

1. In den eben erst gewonnenen Gebieten ist mit Klugheit und Mässigkeit zu verfahren. Alle Ausschreitungen sind strenge zu unterdrücken und jede Härte gegen die Bevölkerung zu vermeiden.

2. In den schon einige Zeit besetzten Gebieten ist auch noch einige Zurückhaltung geboten, weil das Terrain für die kommunistische Durchdringung noch vorbereitet werden muss. doch sollen die Zügel hier schon kürzer gehalten und es soll darnach getrachtet werden, den Kommunismus in Bälde zu verwirklichen.

3. In den schon längere Zeit unter kommunistischer Kontrolle stehenden Gebieten ist der Kommunismus uneingeschränkt anzuwenden.

Noch im Juni 1950 hatte Mao Tse-Tung auf der Tagung der politischen Konsultativversammlung in Peking sich aus taktischen Gründen an das Stadium Nr. 1 gehalten und den nichtkommunistischen Chinesen, sie zur Mitarbeit aufrufend, versichert, sie würden keineswegs unterdrückt werden, wenn einmal «in ferner Zukunft» der Sozialismus verwirklicht werden sollte. Auf dieser Tagung beschloss die Konsultativversammlung u.a. die Herabsetzung der Steuern, die Ermutigung des privaten Unternehmertums und die vorläufige Einstellung der Enteignung des Bodens «reicher» Bauern. Heute aber wird in China in ganz gegen-

teiliger Weise verfahren und das Stadium Nr. 3 mit aller Schrankenlosigkeit angewandt.

Die Parallele zur bolschewistischen Revolution in Russland, die sich die erbarmungslose Ausrottung der früher herrschenden Klassen, aller Besitzenden und der «Bourgeois» zum Ziel gesetzt hatte – genau wie einige Jahrzehnte später der kommunistische Umsturz in den europäischen «Volksdemokratien» –, liegt auf der Hand.

Nur die unerschütterlich Naiven können sich, nach Robert Doyle in Reader's Digest, durch die «Mässigung» in Maos vorsichtig abgestuftem Programm täuschen lassen. Bei den nichtkommunistischen Chinesen werden die Stadien in Maos Revolution kurz und bündig auf folgende Formel gebracht: (1) «mit dem Kopfe nicken» – die Zeit offizieller Höflichkeit; (2) «den Kopf schütteln» – die Zeit offizieller Unnachgiebigkeit; (3) «den Kopf abhacken» – die Zeit gefestigter kommunistischer Herrschaft. Mao selbst hat den Gedanken trocken so formuliert: «Eine Revolution ist keine Einladung zu einem Festschmaus.»]

24

FALLS RUSSLAND ANGREIFT

*Das Geheimnis der Freiheit ist Mut.
Perikles.*

Der Bruch zwischen Stalin und Tito veränderte die militärische Lage Europas und zwang alle Mächte, die möglicherweise in die Feindseligkeiten verwickelt werden konnten, ihre strategischen Pläne zu ändern.

Die Gebiete, über die sich der jugoslawische Staat erstreckt, waren seit jeher wichtig. In grossem ost-westlichem Bogen nördlich der bosnischen und serbischen Gebirge liegen die Ebenen der Donau und Save. Südwärts führt das Tal der Morava und des Vardar zum Ägäischen Meer. Im Westen liegt das fast unwegsame Küstenland des Karsts und der Dinarischen Alpen, an ihrem nördlichen Ende die sogenannte Laibacher Pforte, Durchlass der historischen Völkereinfälle nach Norditalien. Jede Veränderung im Gefüge dieser Gebiete und in der Stellungnahme ihrer kriegerischen Bewohner ändert das militärische Bild von ganz Europa.

Titos Erklärung seiner Unabhängigkeit und Stalins Entgegnung, dass Jugoslawien dadurch zum Feind Moskaus werde, löste es aus der sowjetischen Front und minderte im Umfang der jugoslawischen Kontingente die russische Schlagkraft für den Fall eines Vordringens in Westeuropa. Dadurch wurde Tito noch nicht gezwungen, ins Lager der Westmächte abzuschwenken. Er wählte im Frühjahr 1950 seine Worte sehr genau, als er mit mir sprach. Er sagte, er stünde nicht auf unserer Seite, wir befänden uns mit ihm nur aus gewissen, sehr tatsächlichen Gründen in einer Front. Da diese Gründe für Titos Widerstand oder, im Fall eines russischen Angriffs, für

seine Verteidigung von höchster Bedeutung sind, genügte uns die Haltung, die er in jener Bemerkung durchblicken liess. Sie war von grösster Wichtigkeit für die Weltstrategie und bezüglich der effektiven Verteidigungskräfte. Abgesehen von der Roten Armee ist die jugoslawische Wehrmacht die stärkste von allen europäischen Staaten.

In der Politik gibt es keine Sicherheit, man durfte also nicht unbedingt darauf bauen, dass bei Ausbruch von Feindseligkeiten zwischen den Westmächten und der Sowjetunion die jugoslawische Armee sofort auf unserer Seite kämpfen würde, ausgenommen im Fall eines unmittelbaren Angriffs auf Jugoslawien. Seit Juni 1948 gewann dies aber immer mehr an Wahrscheinlichkeit; seit dem Koreakrieg, den sich mehrenden Konfliktstoffen zwischen Jugoslawien und dem Ostblock (Grenzzwischenfälle, diplomatische Zwischenspiele), zahlreichen heftigen Reden Titos und anderer jugoslawischer Staatsmänner, dem Besuch westlicher Staatsmänner in Belgrad, den Krediten und Waffenlieferungen des Westens aber scheint dies so gut wie sicher. [Auch erklärte der Marschall, dass eine Zusammenarbeit zwischen Ländern mit verschiedenen politischen Systemen deshalb möglich sei, weil Jugoslawien weder die Absicht habe, sich in die inneren Angelegenheiten von Ländern, mit denen es zusammenarbeite, einzumischen, noch diese Länder die Absicht haben, sich in die inneren Angelegenheiten Jugoslawiens einzumengen.

Wie der jugoslawische Botschafter in Washington, Wladimir Popovic, der Presse am 9. Jänner 1953 erklärte, hat Jugoslawien die USA um grösseren militärischen Beistand gebeten, da die Streitkräfte des Ostblocks an den Grenzen Jugoslawiens ständig verstärkt werden. Auch sind Verhandlungen mit der amerikanischen Regierung über ein Beistandsprogramm im Gange, das bereits am 1. Juli beginnen soll.

Zurzeit stehen 61 Satellitendivisionen in Ungarn, Rumänien und Bulgarien, erklärte Popovic. «Dazu kommen noch die zehn sowjetischen Divisionen in diesen Ländern und in Österreich. Bei einer Vollmobilisierung des Ostblocks können diese

Divisionen der Satellitenstaaten innerhalb von zehn bis dreissig Tagen um das Zwei- bis Dreifache erhöht werden.

Jugoslawien dagegen verfügt zu seinem Schutz über keine Düsenflugzeuge. Die bisher an Jugoslawien gelieferten amerikanischen Waffen stammen aus Beständen des letzten Weltkrieges.»

Die Gefahr von sowjetischer Seite mag vielleicht heute nicht grösser sein als im vergangenen Jahr, erklärte Popovic, doch sei ständige Wachsamkeit geboten.]

Der jugoslawische Vertreter im Sicherheitsrat, Dr. Bebler, stimmte am 27. Februar 1950, vielleicht ohne Rücksprache mit Belgrad, gegen die Resolution, die Nordkoreaner mit Waffengewalt zurückzuschlagen. Diese anfängliche Zurückhaltung wurde nicht beibehalten. Bei weiteren Abstimmungen enthielt sich Dr. Bebler der Stimme, nur dem indischen Vermittlungsvorschlag stimmte er zu. Dann, am 5. September, gab Kardelj, der Vorgesetzte Dr. Beblers, kurz bevor er New York verliess, um der Generalversammlung beizuwohnen, einen sorgfältig durchdachten Bericht heraus, in dem die nordkoreanische Aggression als Gefährdung des Weltfriedens und als nicht zu «einer tatsächlichen Befreiung des koreanischen Volkes unternommen» verurteilt wurde. Es hiess darin, dass die Behauptung Sowjetrusslands und seiner Satelliten, den Frieden zu wahren, «nicht ihre Verantwortlichkeit für Korea und die dadurch erfolgte Bedrohung des Weltfriedens verbergen können». Die Richtungsänderung im jugoslawischen Denken ist offensichtlich. Zunächst hielten sie sich als Kommunisten instinktiv davor zurück, in den Kampf gegen ein anderes kommunistisches Regime verwickelt zu werden, wenn sie nicht selbst unmittelbar angegriffen würden. Dann kamen ihnen Zweifel, ob die Nordkoreaner wirklich einen «revolutionären» Krieg führten. Schliesslich dämmerte es ihnen, dass mehr als ideologische Auseinandersetzungen auf dem Spiel standen. Sie erkannten, dass es um das System der kollektiven Sicherheit ging, auf das sich auch Jugoslawien im Fall eines Angriffs von Russland oder dem eines Satelliten verlassen können musste. Wenn die jugo-

slawische Regierung jetzt derartige Aggressionen im Fall eines Landes ungestraft und ungehindert durchgehen liess, nur weil der Schuldige ein kommunistischer Staat war, konnte man dann nicht von nichtkommunistischen Mitgliedern der UN annehmen, dass sie das Opfer eines anderswo stattfindenden Angriffs ruhig überrennen liessen, einfach weil es ebenfalls ein kommunistischer Staat war?

Es ist sehr leicht, zu diesem äusserst realistischen Erfassen der Situation und der kaltblütigen Formulierung in dem Bericht des Aussenministers Kardelj eine zynische Haltung einzunehmen. Aber die Folgen daraus kann man nicht hoch genug einschätzen. Die Feindschaft der Sowjetunion gegen Jugoslawien war, wenn möglich, noch grösser geworden, und damit hatte die Wahrscheinlichkeit zugenommen, dass in einem allgemeinen europäischen Krieg, gleichgültig wo und warum, die Sowjetunion Jugoslawien spontan angreifen würde. Man bekam den Eindruck, dass Tito und sein Aussenminister die Möglichkeit eines Angriffs für so stark hielten, dass sie vermeiden wollten, Jugoslawien allein stehen zu sehen. Dann erfolgte im November 1950 Kardeljs Resolution in der Generalversammlung, die darauf ausging, die Verantwortung sofort und eindeutig auf den Angreifer zu schieben.

Ein lebenswichtiger Faktor, den wir nicht übergehen dürfen (mehrere militärische Sachverständige, darunter Skandinavier, haben mich darauf aufmerksam gemacht), ist, dass Russland im Fall eines Angriffs auf Europa ebenso blitzartig eingreifen wird, wie seine Marionettentruppen in Korea. Es wird sogar vorbereitende Massnahmen, also Truppenansammlungen an strategisch wichtigen Punkten oder den Bau strategisch wichtiger Eisenbahnen, vermeiden. Die UdSSR weiss genau, dass derlei Massnahmen bald in den Nachrichten von Spionageorganisationen aufscheinen und ihre Absichten verraten würden. Das russische Oberkommando wird das Überraschungsmoment immer höher einschätzen als die taktischen Vorteile eines genau aufgestellten Aufmarschplanes. Der sowjetische Angriff wird massiert erfolgen. Den russischen Kommandierenden stehen so

grosse Truppenkontingente zur Verfügung, dass sie ein paar hunderttausend Mann opfern können, wenn es notwendig ist, um den Feind zu überraschen oder die Vorteile eines genau berechneten taktischen Aufmarschplanes auszugleichen. Der Vorteil des Überraschungskrieges steigt natürlich mit der Entwicklung des Atomkrieges. Wir dürfen nicht vergessen, dass ein einziger Mann genügt, um einen Krieg auszulösen, und dieser nicht verraten wird, wann und wo er seinen Angriff beginnen will.

Wenn Russland die Westmächte unmittelbar angreift, sei es auf deutschem Territorium oder mit Hilfe einer Atombombe, dann wird es vielleicht vermeiden, Jugoslawien zu reizen. Aber es muss nicht unter allen Umständen so sein, denn ein sich neutral verhaltender Tito kann ihm ebenso unangenehm werden, wie einer, der auf unserer Seite steht. Moskau muss in Betracht ziehen, dass Tito sich aus eigenem Antrieb auf die Seite der Westmächte stellen wird, da er genau weiss, dass Russland sich ihn nur als zweiten Bissen aufhebt. Aber auch wenn Jugoslawien an der ersten Phase des Krieges nicht beteiligt sein sollte –, was schon sehr unwahrscheinlich erscheint –, stehen doch die jugoslawischen Truppenkontingente nicht mehr Russland zur Verfügung, wie es vor 1948 der Fall gewesen wäre. Das jugoslawische Territorium fällt zunächst aus und wäre eine Barriere gegen russische Operationen in Südosteuropa. Die Alliierten stünden immer noch dem Massenangriff durch Westdeutschland, mit Stossrichtung auf die Niederlande, Frankreich und den Kanal, gegenüber. Aber die Front wäre enger und ihr rechter Flügel gesichert. Der zweite Stoss Russlands durch die Laibacher Pforte und von dort durch den Durchgang zwischen Venedig und den Alpen in die Lombardische Ebene und dann weiter nach Südfrankreich, wäre zunächst verhindert.

Die Folgen einer Neutralität Jugoslawiens können nur vermutet werden. Triest war in der Zeit der jugoslawisch-russischen Freundschaft ein Messer an der Kehle Italiens, jetzt wäre es im Gegenteil ein Bollwerk. Die dort stationierten englischen und amerikanischen Truppen wären nicht zu Rückzugs-

gefechten verdammt, sondern könnten verstärkt werden. Die kommunistische fünfte Kolonne in Italien würde aus Jugoslawien keinen Nachschub bekommen und könnte unschädlich gemacht werden. Die Adria wäre der alliierten Flotte und ihren Seeoperationen nicht verschlossen, Griechenland vor einem direkten Angriff sicher. Albanien könnte nicht als russischer Bomber- oder Flottenstützpunkt gehalten werden. Die Alliierten könnten jedoch Italien weiterhin als Luftstützpunkt benutzen, statt ihre Bomber auf nordafrikanische Flugplätze zurückziehen zu müssen.

Alle diese Vorteile verblieben uns wenigstens für eine gewisse Zeitspanne, auch wenn Jugoslawien mit uns gleichzeitig angegriffen würde. Wir hätten überdies noch die Unterstützung der zweitgrössten europäischen Armee. Die Feststellung von dieser eigenartigen Position der jugoslawischen Armee mag allen jenen unglaublich erscheinen, die noch immer in den Gedankengängen des letzten Krieges, oder einer seinerzeitigen Situation auf dem Kontinent befangen sind. Wenn der Leser jedoch in seiner Vorstellung die Armeen der traditionellen Grossmächte – Frankreich, England, Deutschland und Italien – Revue passieren lässt, dann wird er feststellen, dass die jugoslawischen Streitkräfte, abgesehen vielleicht von denen des sowjetischen Blocks, die einzig wirksamen in Europa sind. Tito hält gegenwärtig 30 bis 35 bestens ausgebildete Divisionen von etwa je 10.000 Mann unter Waffen. Nimmt man noch die Miliz und einige militante Formationen hinzu, dann kommt man zu der Gesamtstärke von etwa einer halben Million für einen Krieg einsatzbereiter Soldaten. Die militärisch ausgebildete Reserve beläuft sich etwa auf eine dreiviertel Million, die meisten davon haben Kriegserfahrung. Im Ernstfall, zumal wenn Zeit zur vollen Mobilisierung bleibt, erreicht Titos Wehrkraft die Stärke von einer und einer viertel Million Mann.

Im Sinn einer herkömmlichen Kriegführung ist die jugoslawische Armee nicht wohlabgestimmt zu nennen. In der Luft ist sie nicht stark, verfügt über wenig Panzer und wenig grosskalibrige Geschütze. Ihre Ausrüstung ist nicht mehr erstklassig,

Ersatzteile fehlen. Die Ausrüstung russischer Herkunft kann nicht ergänzt werden. Der jugoslawischen Streitmacht steht keine leistungsfähige Schwerindustrie zur Verfügung, insbesondere fehlen leistungsfähige Waffenfabriken. Aber Tito will seine Truppen gar nicht im konventionellen Sinn einsetzen. Sie sind Guerillas par excellence, und es liegt nicht in Titos Plan, sie gegen eine Invasion Russlands oder eines Satelliten einzusetzen, wie es 1941 mit der jugoslawischen Armee gegen die Deutschen geschah. Er würde nicht versuchen, die Grenzen Jugoslawiens zu verteidigen, oder sich in den Ebenen Kroatiens oder der Wojwodina zur Schlacht stellen. Seine Operationen gingen dahin, die Truppen des Feindes zur Entwicklung zu zwingen, sie dann aufzuhalten, bis die Vollmobilisierung beendet wäre. Dann würde er den Krieg hauptsächlich in den bosnischen und serbischen Bergen führen, wo er und seine Soldaten sich zu Hause fühlen.

Bereits heute befinden sich die Hauptteile seiner Streitkräfte und ihre Depots in jenen Landesteilen, die sich 1941/1945 am geeignetsten für Verteidigungszwecke erwiesen haben. Seine Truppen sind für die erste Phase des Krieges im Gebirge ausgerüstet und bewaffnet. Bei der Bekämpfung einer sowjetischen Invasion würde er auf die Hilfe anderer Mitgliedsstaaten der UN zählen. Man hat mir gesagt, dass er, bei ununterbrochenem Waffennachschub vom Westen her, damit rechnet, sich auf unbegrenzte Zeit verteidigen zu können. Während des letzten Krieges kämpften in Jugoslawien sogar 20 deutsche Divisionen. Die Partisanen, die sie voll zu beschäftigen' wussten, waren der heutigen Armee in Zahl, Ausbildung, Bewaffnung und Organisation weit unterlegen. Tito scheint der Ansicht zu sein, dass seine Truppen im Guerillakrieg gegen Russland ebenso abschneiden würden wie die Partisanen gegen die Deutschen. Er äusserte mir gegenüber, dass Waffen zwar viel, aber nicht alles bedeuten. Die jugoslawische Armee, die den Deutschen im April 1941 gegenüberzutreten musste, war gut bewaffnet, konnte das Feld aber nur zehn Tage behaupten. Die Partisanen, die den Deutschen und Italienern den Besitz ausgedehnter Gebiete

streitig machten, waren nie gut bewaffnet, aber sie hielten drei Jahre lang einigermassen stand.

Es kann, wie schon angedeutet, sein, dass Russland Jugoslawien nicht selbst angreifen, sondern einen seiner Satelliten vorschicken wird, weil es vielleicht annimmt, dass die Westmächte im Fall eines lokalisierten Krieges neutral blieben. Tito hofft, dass er sich allein gegen die Satelliten viel besser behaupten könnte und die UN in jedem Fall ihren Prinzipien treu bleiben und ihm zu Hilfe kommen würde. Die Streitkräfte der vier benachbarten Satelliten: Bulgarien, Rumänien, Ungarn und Albanien sind der jugoslawischen Armee einzeln und vermutlich auch vereint unterlegen. Vor dem Koreakrieg würde man nicht «vermutlich» gesagt haben. Wir wissen nicht, in welchem Umfang ihnen die Russen – wie sie dies den nordkoreanischen Truppen taten – mit Panzerlieferungen und anderer Ausrüstung Hilfe angedeihen lassen würden. Wir können sicher sein, dass Moskau aus den Erfahrungen in Korea seine Lehren gezogen hat und ein ähnliches Abenteuer besser vorbereiten würde. Man darf annehmen, dass es besonders die Luftwaffe nicht ausserhalb der Berechnungen liesse, wenn auch die amerikanische Luftheerrschaft in Korea sich nicht als so wichtig erwies, wie amerikanische Sachverständige es angenommen hatten. Wir sind unterrichtet, dass besonders in Ungarn die Luftwaffe verstärkt wurde.

Von den Armeen ihrer Nachbarn beobachten die Jugoslawen besonders die bulgarische, die mit russischem Material, vor allem Panzern, grosszügig ausgerüstet sein soll. Das wäre verständlich, denn unter den Satelliten vertraut Russland am stärksten Bulgarien, das infolge seiner Lage ein wertvoller Drehtisch für eventuelle Operationen gegen Jugoslawien, die Türkei und Griechenland ist. Wenn die Feindseligkeiten der Satelliten gegen Jugoslawien sich zu Guerillakämpfen und Infiltration ausweiteten, böte Mazedonien die geeignete Ausgangsstellung. Dort könnten Rebellenbanden von Bulgarien aus aufgestellt und versorgt werden, wie es im griechischen Bürgerkrieg der Fall war. Wenn man das Vorgehen als eine Erhebung

«Freies Mazedonien» tarnen könnte, hätte die Sowjetunion die Möglichkeit, es, in Übereinstimmung mit Artikel X der jugoslawischen Verfassung, der das Recht der Loslösung vorsieht, einen Bürgerkrieg zu nennen, und sie könnte hoffen, dass die UN nicht eingreift. Allerdings hiesse dies wohl die Rechnung ohne Tito machen. Er würde ohne Zweifel so viele Truppen einsetzen, dass er jede Rebellion in Mazedonien niederschlagen könnte und die Operationen bald den Charakter eines internationalen Krieges annähmen.

Da die Stärke der Streitkräfte in den Satellitenstaaten ständig im Zunehmen ist, ist jede Schätzung bald überholt. Ihre gesamte Stärke (einschliesslich der polnischen, tschechischen und ostdeutschen Truppen, die bei Feindseligkeiten gegen Jugoslawien nicht unmittelbar eingesetzt werden könnten) wurde im Spätherbst 1950 auf über dreiviertel Millionen bis über eine Million Soldaten geschätzt: Bulgarien 125.000–150.000 (Tito selbst schätzte sie zu dieser Zeit auf 165.000), Rumänien 210.000 bis 230.000, Ungarn 45.000–100.000, Albanien 50.000–55.000, Tschechoslowakei 130.000–160.000, Polen 300.000–350.000, Ostdeutschland 80.000–100.000. Diese Zahlen umfassen stehende Truppen, militante Formationen, Polizeikräfte und Grenzschutz. Die niedrigeren Schätzzahlen sind unveränderlich. Man nimmt an, dass zu den genannten Zahlen noch 30.000–35.000 Soldaten in den Luftwaffen der Satellitenstaaten dienen, denen 700 bis 800 Flugzeuge, hauptsächlich Typ «Stormovik» zur Verfügung stehen. Auch noch kleinere Marinekontingente kämen hinzu. Die Luftwaffe soll ständig anwachsen. Ungefähr 10 sowjetische Divisionen mit zusammen 100.000 Mann waren damals in Österreich, Ungarn und Rumänien stationiert. Die russischen Divisionen in Ungarn, wenigstens eine motorisierte und eine Luftlandedivision, standen dicht an der Grenze Jugoslawiens. Alle Satellitenstreitkräfte stehen unter Kommando oder Kontrolle ehemaliger sowjetischer Offiziere und würden im Kriegsfall natürlich auf Grund eines gemeinsamen Operationsplanes eingesetzt¹).

Wenn man Zahl, Moral, Ausrüstung und Terrain in Rechnung setzt, ist Titos Überzeugung, dass die jugoslawische Armee,

trotz noch zahlreicher Mängel, einer alleinigen Invasion der Satelliten erfolgreich standhalten könnte, nicht von der Hand zu weisen. Wir folgern daraus, dass Moskau bei dem Versuch, Tito gewaltsam zu stürzen, früher oder später russische Truppen einsetzen müsste. Mit anderen Worten: es hätte das sehr hohe Risiko eines neuen Weltkrieges auf sich zu nehmen. Wenn die Sowjetunion sich in einen allgemeinen Krieg von unbestimmbarer Ausdehnung und Dauer einliesse, müsste sie in einer Zeit, da die ganze Stärke zur Niederringung von Frankreich und England notwendig und ehe noch Amerikas Macht voll wirksam wäre, einen Teil ihrer Truppen abziehen und auf den Balkan werfen. Nach einem Analogieschluss aus den Erfahrungen der Deutschen im letzten Krieg benötigte sie mindestens 20 Divisionen für Jugoslawien, die für unbestimmbare Zeit schlagkräftig zu sein hätten. Vielleicht erscheint den russischen Generalstäblern diese Zersplitterung nicht so bedeutsam. Aber selbst wenn 20 Divisionen im Verein mit den Streitkräften der Satelliten ausreichten, um weite Gebiete Jugoslawiens zu erobern und besetzt zu halten, so wären die Invasoren nie vor Guerillaangriffen sicher und die nach Westen gerichteten Operationsmassnahmen quer durch jugoslawisches Gebiet nie sicher vor Sabotage. Die sowjetischen Verbindungen nach Italien und weiter wären stets gefährdet. Unsere Vorteile, aber um ein Vielfaches verstärkt, wären die gleichen, wie jene, die wir aus dem Widerstand der Partisanen gegen die Nazis im letzten Krieg besaßen.

Wenn es so weit käme, dass die Sowjetunion Titos Soldaten in die Berge treiben, aber ebensowenig wie die Deutschen das Land gänzlich unterwerfen könnte, bestünde dann nicht die Gefahr, dass Titos Widerstandsbewegung von ihm feindlich gesinnten jugoslawischen Elementen unterminiert und erschüttert werden könnte? Nach offizieller jugoslawischer Ansicht sind kominformfreundliche oder «reaktionäre» Elemente kaum vorhanden und wären nicht einmal im Krieg imstande, Schwierigkeiten zu machen. Gerade im Ernstfall vereinten sich alle Jugoslawen, ohne Rücksicht auf Klasse oder frühere Einstellung, um

den Angreifer zu bekämpfen. Wahrscheinlich täten das sogar Seidenschaftliche Antikommunisten, und zwar aus zwei Gründen. Erstens wären zumindest zwei der Angreifer, Ungarn und Bulgarien, alte Feinde, die im letzten Krieg jugoslawisches Gebiet annektierten, und damit dem ganzen jugoslawischen Volk, nicht nur der kommunistischen Regierung, Anlass zu Hass und Furcht gaben. Zweitens verabscheuen die bourgeoisen «Reaktionäre» Stalin mehr als Tito. Sie fürchten die sowjetische Armee und die rücksichtslose Herrschaft sowjetischer Kommissare mehr als das gegenwärtige kommunistische System. Belgrader Beamte leugnen natürlich, dass in der jugoslawischen Kommunistischen Partei noch immer Sympathien für Stalin, ja für Russland selbst vorhanden seien. Die Härte, mit der man gegen alle vorging, die der Untreue gegen Tito bezichtigt wurden, widerlegt zwar eine solche Behauptung. Andererseits dürfte das strenge Vorgehen bewirkt haben, dass nach der Verhaftung von Hebrang und Zhujovic im Jahr 1948 und der Säuberung der kroatischen Regierung im Jahr 1950 alle noch vorhandenen kominformfreundlichen Elemente zu schwach wären, um auch nur eine Schattenorganisation aufzuziehen. Den bürgerlichen Gegnern Titos hat man in letzter Zeit weniger Aufmerksamkeit zugewendet, das bedeutet aber nicht, dass sie an Einfluss gewonnen haben. Sie wurden vor 1948 reichlich dezimiert und eingeschüchtert. Deshalb treten sie heute weniger in Erscheinung, zudem ist die Polizei nicht zahlreich und sind die Gefängnisse nicht gross genug, um sowohl sie als auch die Kominformfreunde, die für gefährlicher gehalten werden, gleichzeitig einzusperren. Viele Vertreter der alten Ordnung sind tot oder gingen in die Emigration. Einigen, die sich beeinflussen liessen, hat man untergeordnete Posten oder kleine Pensionen gegeben. Was an unbeugsamen Vertretern der Demokratie noch verbleibt und heute noch als bedeutend angesprochen wird, steht unter Aufsicht oder wanderte in ein Gefängnis.

Was dürfte sich aber hinter der russischen Front abspielen, wenn sowjetische Armeen tatsächlich in Westeuropa einmarschieren sollten? Wir haben in mehreren Ländern das Bei-

spiel, dass die sowjetische Herrschaft dort wohl überlegen, aber nicht gefestigt ist, und ihre Gegner, wenn sie unter den bestehenden Verhältnissen auch nicht viel unternehmen können, sich doch nicht unterworfen haben. Wird die Opposition im Kriegsfall fähig sein, sich zu organisieren, um örtlichen Verwaltungen Schwierigkeiten zu bereiten, oder militärische Operationen der Sowjetunion zu sabotieren? Die Antwort lautet: Ja! Wenn auch mit Einschränkung. Die Umwälzung und die Möglichkeiten einer grossen Sintflut würden allen Hass gegen die russische Diktatur entfachen.

Es heisst, dass «jedes Volk die Regierung hat, die es verdient». Dieser Satz wird gewöhnlich auf Völker angewendet, die eine gute Regierung haben oder doch eine, mit der man sich abfinden kann. Wir, die wir frei reden, wählen und Recht sprechen können, dürfen nicht jene Menschen einer Kritik unterziehen, die durch die Gegebenheiten einer geschichtlichen oder geographischen Entwicklung oder durch Missgeschick im Krieg dieser Vorteile nicht mehr teilhaftig sind und auch keine Möglichkeit haben, derzeit durch mutige und opferbereite Taten die Freiheit zu erlangen. In Sowjet-Europa arbeiten die Massen schwer daran, die materiellen Grundlagen eines erträglichen Lebens auf den Ruinen des Krieges wieder zu gewinnen oder neu aufzubauen. Aber Moskaus Planung kümmert sich weder um das Leben des Individuums noch um das ganzer Völker. Alles wird zu einer formlosen, grauen Masse, ohne Charakter, Persönlichkeit, ohne Recht und fast ohne Hoffnung erniedrigt. Kann da der tapferste und widerstandsfähigste Rest von Individualisten und Patrioten noch etwas darstellen und erreichen?

Stalin empfand während seiner Schulzeit in Gori eine schmerzliche Sehnsucht nach der Vergangenheit Georgiens. Aber diese Sehnsucht erlosch, und wir können im Zweifel sein, ob sie mehr als verwandt war mit dem nationalen Gefühl, das sich in osteuropäischen Ländern gegen ihn wendete, als er sich anschickte, sie zu sowjetisieren und zu kommunistieren. Er hatte erlebt, dass das ukrainische Nationalbewusstsein zu dem Gefühl

kultureller Zusammengehörigkeit einschrumpfte. Nationale Schlagworte erwiesen sich im Grossen Vaterländischen Krieg als brauchbares Mittel, um die Kampfmoral des russischen Volkes zu heben. Man behielt sie bei, indem man beharrlich den russischen Primat auf allen Gebieten der Kultur und Wissenschaft behauptete. Aber in Polen, Ungarn oder Jugoslawien ist das Nationalbewusstsein nicht nur schmerzliche Sehnsucht, nicht nur ein Gefühl kultureller Zusammengehörigkeit und auch kein blosses chauvinistisches Schlagwort, Nationalbewusstsein bedeutet hier Freiheit, ist ein Ziel, um das man gekämpft hat und das man erst vor kurzer Zeit erreichte. Freiheit ist noch immer ein Begriff des alles überragenden und lebendigen Stolzes jedes Einzelnen, Inhalt von Wiegenliedern und der erinnernden Erzählungen der Greise. Jetzt leben neue Zaren, neue Führer und Duces in den Palästen der ehemaligen «Blutsauger des Volkes». Sie fahren in Luxuslimousinen mit herabgelassenen Vorhängen hinter kugelsicheren Glasfenstern. Statistische Aufstellungen über alle erdenklichen Arten von Fortschritt werden jedem Besucher überreicht oder in der Kominformpresse veröffentlicht. Jeder, der diese Länder in früherer Zeit kennenlernte, hatte gegen ihre Regierungen einiges einzuwenden. Aber wer sich die Mühe macht, Vergleiche anzustellen, der kommt zu der Ansicht, dass die Herrschaft Moskaus nicht eine Hebung, sondern ein Absinken des Lebensstandards mit sich gebracht hat. Für die umworbenen Industriearbeiter gibt es Prämien. Trotzdem ist die Produktion den Regierenden niemals hoch genug. Es gibt Strafandrohungen neben bevorzugten Rationskarten und bezahltem Urlaub. Eine Atmosphäre bedrückender Spannung liegt über Fabriken und Bergwerken, Kirchen und Bauernhöfen, Schulen und Universitäten, Gewerkschaften und Presse, ja, jeder Beruf, jede Stätte und Stütze der gewohnten und der nationalen Art zu leben, jede Art, zu geben und zu nehmen, wie sie Völkern mit wachen Gewissen, Interessen und Ideen zu eigen ist, kurz, die nichtkommunistische Art, sie wurde verändert, zerstört und wird ständig bekämpft. Wie kann man sich wehren? Gibt es überhaupt eine Möglichkeit des Widerstandes?

Die breiten Massen tun es in der einzig möglichen Art, nämlich der Passivität. Sie gehen in die Kirche, klammern sich an ihre Höfe, halten an den kleinen Ladengeschäften fest, sie arbeiten, mühen sich ab und sparen. Ihre Priester werden im Messgewand, vor dem Altar oder im Beichtstuhl verhaftet. Ihre Produkte werden beschlagnahmt. Wenn sie kein Saatgut kaufen, oder wenn sie keinen Kredit zum Einkauf dafür, oder für die Benutzung landwirtschaftlicher Maschinen nachweisen können, fordert man sie auf, dem Kollektiv beizutreten. Ihre Geschäfte werden verstaatlicht, ihre Vorratslager gegen geringe Entschädigung enteignet. Können sie körperlich arbeiten, dann ist es gut, wenn nicht, sind sie zum Verhungern verdammt. Man treibt mit ihren Kräften Raubbau, indem man sie während der Arbeit zu Stachanowleistungen und in der Freizeit zu Aufmärschen oder Parteischulungen zwingt. Ihre Ersparnisse werden entwertet, oder man ersinnt einen Vorwand, sie zu beschlagnahmen. Sie haben keine Möglichkeit, miteinander in Verbindung zu treten, und selbst, wenn sie es könnten, wüssten sie nicht, was sie unternehmen sollten. Es fehlen die Waffen, die Führung, die Zielsetzung. Von seltenen Ausnahmefällen abgesehen, beschränkt sich ihr ganzes Trachten darauf, einfach am Leben zu bleiben. Wenn man sie zu einer Volksabstimmung auf ruft, werden sie vielleicht leere Zettel abgeben, wenn sie sicher sind, nicht beobachtet zu werden. Das ist aber selten, und so tragen sie zu dem 99-%-Ergebnis bei, das die Kommunisten in jedem Fall veröffentlichen wollen. Sie hassen die Fremden, deren Namen auf dem Stimmzettel stehen, sie hassen die fern und nahen Gewalten, die sie zwingen, für diese Fremden ihre Stimme zu geben. Sie wissen, dass sie keine politische Möglichkeit und keine Kraft zur Gewalt haben, um ihre Lage zu ändern. Sie trauen nicht den Worten der Regierenden und glauben nicht ihren Versprechungen. Sie haben zu viele Verfolgungen, Gefahren und Ungerechtigkeiten erlebt, um von Worten, Versprechungen und Drohungen überhaupt noch Notiz zu nehmen.

Dies alles gilt für die Masse der Bevölkerung mittleren

und höheren Alters. Ihre kommunistischen Beherrscher quälen und strafen, nutzen sie aus und tadeln sie, aber sie versuchen nur selten, sie umzuschulen. Alle Mühen dieser Art werden für die nächste Generation aufgewendet. Man bildet kommunistische Jugendklubs und Jugendbrigaden. Man belohnt die Begeisterten und steckt jene, die zu klug sind, um sich begeistern zu lassen, mit jenen, die stumpf und ohne Anteilnahme sind, in eine Gruppe. Und alle bestimmt man zu einem Leben voll Arbeit in Bergwerken, Fabriken oder auf dem Acker. Die Vergeudung von Können und Begabung ist ungeheuer, aber das Ziel sind Gleichheit und Gehorsam, nicht Persönlichkeit und hervorragende Leistung. In einem kommunistischen Land wurde die Kusine eines meiner Bekannten im letzten Semester des Medizinstudiums, drei Monate vor der Abschlussprüfung, von der Universität gewiesen. Sie war eine der Besten ihres Jahrganges, aber die politische Überprüfung liess sie für einengehobenen Beruf als ungeeignet erscheinen. Ihre ganze Schuld bestand darin, sich nie politisch betätigt zu haben. Sie durfte ihrer Berufung nicht folgen, weil sie die Abende in Laboratorien oder in Krankenhäusern und nicht in politischen Versammlungen zugebracht hatte. Solche Beispiele genügen, um alle, bis auf die hartnäckigsten Individualisten, zur uniformen Parteilinie zu bekehren.

Ausser Strafen und Belohnungen ist die Unwissenheit das Hauptmittel der Kommunisten zur Gleichschaltung der kommenden Generation. Junge Idealisten, wie jene Prager Studenten, die zum Hradschin marschierten, um gegen die Auflösung der Republik Masaryks zu protestieren, werden nie aussterben. Wenn sich solche Idealisten öffentlich zu erkennen geben, dann kann man sie bekämpfen oder in einer der nächsten Nächte verhaften und in ein Zwangsarbeitslager bringen. Schwieriger ist es, mit jenen fertig zu werden, in denen heimlich der Sinn für nationale Geschichte und persönliche Freiheit geweckt wurde, und die man rechtzeitig aufklärte, dass Ehrlichkeit und Vemunftgründe untaugliche Waffen gegen die Geheimpolizei sind. Doch die Männer, die der Jugend geschicht-

liche und religiöse Werte übermitteln können, werden immer seltener: Professoren, die die Geschichte kennen, Priester, die nicht nur geistlichen, sondern auch lebensklugen Rat geben, Schriftsteller, Journalisten und Künstler, die Reisen gemacht haben. Alle, die der Jugend etwas zu sagen hätten, wurden schon lange aus dem öffentlichen Leben ausgeschaltet. Jetzt führt man von Zeit zu Zeit Schläge gegen Vertreter des Rechts zum Individualismus. Man verhaftet sie, sperrt sie ein, macht ihnen unter Ausschluss der Öffentlichkeit den Prozess, und niemand hört mehr etwas von ihnen. Aber die Geschichte lehrt, dass die gefährlichsten Gedanken der Menschen jene sind, die im verborgenen gedacht werden. In den letzten eineinhalb Jahrhunderten standen weite Teile Osteuropas unter Zwangsherrschaft. Aber immer lebte ein Karagjorgj, ein Kossuth oder ein Maurokordato. Wenn sie starben oder in die Verbannung gehen mussten, traten andere an ihre Stelle. Ihre Nachfolger in der heutigen Untergrundbewegung müssen äusserst vorsichtig, geduldig und wendig sein, denn ihre Herrscher sind hinter der Maske sozialer, grosszügiger Reformers in ihrer Art rücksichtsloser gegen jeden, der ihnen gegenüberzutreten wagt, als Dschingis Khan, der die asiatischen Horden über den Dnjepr führte.

Wir dürfen die Möglichkeiten der russischen Befehlshaber, im Kriegsfall die Armeen der Satelliten sowjetischen Wünschen entsprechend einzusetzen, nicht zu gering anschlagen. Aber die Bewohner der besetzten Länder werden lässig in der Arbeit sein und sich für die Feinde ihres Vaterlandes nicht anstrengen. Kein Henker und kein Erschiessungspeloton wird verhindern können, dass sich Widerstandsgruppen bilden und einzelne Personen waghalsige Taten vollbringen. Es dürfte zu Sabotageakten in Polen und in der Tschechoslowakei, in Ungarn, Bulgarien und Rumänien kommen, in Bergwerken und Fabriken. Unter zehn Männern und Frauen wird einer einen Spion abgeben. Eisenbahnen werden in die Luft fliegen, Brücken gesprengt werden. Hohe Offiziere und Verwaltungsbeamte werden Attentaten ausgesetzt sein, und die Parole wird lauten: «Noch

ein Heydrich!» Mit jedem Tagesmarsch westwärts wird der Gürtel voll feindseliger Menschen breiter, der die sowjetischen Truppen von der heimatlichen Nachschubbasis trennt. Diese Aussicht mag in den Berechnungen der russischen Führer beim Abwägen von Vor- und Nachteilen im Fall eines Krieges mit den Westmächten nicht sehr hoch angesetzt werden. Aber jeder Nachteil für sie, ist ein Vorteil für ihre Gegner.

Was Tito dabei tun kann, ist nicht wenig. Sein Bruch mit Sowjetrußland hat ausser den strategischen auch psychologische Folgen. Auf lange Sicht hin sind sie genau so wichtig. Durch jedes kommunistisch beherrschte Land geht ein Raunen, leise Stimmen des Zweifels sind sogar in den führenden Schichten zu hören. Tito kann dafür vielleicht nicht verantwortlich gemacht werden. Vielleicht ist es nur das Echo eines allgemeinen Stimmungsumschwungs, dem er nachzugeben wagte. Sicherlich aber wird die Unzufriedenheit, die in der ganzen Welt in jeder kommunistischen Partei oder Zelle zu finden ist, durch Titos Propaganda genährt und vor allem durch die einfache Tatsache gestärkt, dass er am Leben und an der Macht blieb, obwohl Stalin ihn vernichten wollte. Auch ohne Terrorprozesse, die ein beredtes Zeugnis ablegen, hätten die Völker dieses neue Moment bemerkt. Für den Mann, der in der Kominformpresse als Verräter angeprangert und für die zunehmenden Schwierigkeiten verantwortlich gemacht wird, empfindet die breite Masse Dankbarkeit. Man freut sich, dass Stalins Unfehlbarkeit und Allmacht in Zweifel gezogen wurde, dass die kommunistischen Führer gegen den «Verräter» wettern, und darüber kommt sogar in Vergessenheit, dass auch er ein Kommunist ist. Man sieht in ihm nur mehr den Freund des Vaterlandes und den Feind des Erzfeindes. Man hofft, dass sein Beispiel des Widerstandes gegen die Sowjetunion Schule machen wird. Vielleicht idealisiert man ihn, wenn man ihn in nationaler Tracht sieht. Aber solche Abbilder und Schlagworte sind notwendig, um eine Volksbewegung zu schüren. Tito hat dazu beigetragen, den nationalen Widerstand gegen den russischen Imperialismus und seine Ausbeutung überall zu stärken. Die Bewohner der

besetzten Länder können von aussen her keine geistige Unterstützung bekommen, und die Quellen der eigenen Kultur und Geschichte sind oft verschüttet. Langsam wird sie jedoch die in der Geschichte der Völker nie ganz versiegende Welle wieder erreichen, die sie zur Freiheit trägt. Nicht zu einer Freiheit wie in alten Tagen, aber zu einer Freiheit, die keine lange Tradition braucht, die in jedem menschlichen Herzen wohnt und immer wieder neu entdeckt und gewonnen wird. Wenn die Sowjetunion und ihre Statthalter in Osteuropa jemals einen Krieg beginnen, werden sie feststellen müssen, dass der Wille zur Freiheit wohl unterdrückt wurde, aber trotzdem weiterlebt, die Partisanen in Wälder und Sümpfe treibt, und die Widerstandskämpfer zu Verschwörungen in Hinterstuben und auf einsamen Bauerngehöften zusammenkommen lässt.

Wir haben also viele Gründe für unser Interesse am Weiterbestehen Jugoslawiens als unabhängiges Land. Das kann gegenwärtig nur unter Tito der Fall sein. Wenn er stürzt, tritt voraussichtlich Russland an seine Stelle. Das wäre für das jugoslawische Volk noch ärger. Wir können daher als Vertreter des Rechts aller Nationen auf Gleichheit und Freiheit ihm helfen, das jugoslawische Volk am Leben zu halten und seine Armee gegen einen vielleicht kommenden Angreifer, der auch unseren Frieden und Sicherheit bedroht, in Bereitschaft zu setzen. Wir sind nicht in der Lage, das Wesen seines Regimes zu ändern. Wir sollten auch nicht versuchen, ausser guten Beispielen, die wir geben, ihn zu einer Abänderung zu überreden. Zwang wird bei einem Mann keinen Erfolg haben, der sein Leben aufs Spiel setzte, um dem Zwang zu entgehen. Wir haben es aber auch nicht notwendig, ihn zu bitten, sich dem Westen anzuschliessen. Es ist schon viel, dass es zwischen Jugoslawien und anderen Nationen einen freien Meinungs austausch gibt. Hier ist ein kommunistisches Land, das seine Tore den Besuchern öffnet. Das ist bedeutungsvoll wegen der Hartnäckigkeit, mit der die kommunistischen Diktatoren in Russland ihr Reich abschliessen.

In Titos eigener Angelegenheit können wir nur hoffen, dass der unmittelbare Kontakt mit dem Westen sich bei ihm ebenso

vorteilhaft für seine Haltung erweisen wird, wie es bei anderen der Fall war, die in totalitären Doktrinen erzogen worden sind. Wir können Tito darauf aufmerksam machen, dass wir seit Wilsons Proklamation der «Neuen Freiheit» selbst eine soziale Revolution durchgemacht haben und sie nicht weniger ehrlich und nicht wirkungsloser ist, weil sie ohne Blutvergiessen durchgeführt wurde. Ein jugoslawischer Delegierter bei den Vereinten Nationen, der zum ersten Male in den USA weilte, gab mir gegenüber seinem Erstaunen Ausdruck, wie fest und tief bei uns die Wurzeln von persönlichem Eigentum und allgemeinem Besitz verankert sind. «Das ist ja gar nicht das Land, von dem ich in Büchern gelesen habe», sagte er. Berichte von Persönlichkeiten, die das amerikanische Leben nicht nur vom Hörensagen kennen, mögen die Gesinnungsänderung Titos weiterführen, die von Stalin ausgelöst wurde. Dieser Gedanke lässt die oft angegriffene Bestimmung des inneren Sicherheitsaktes vom Jahr 1950, der allen Angehörigen totalitärer Nationen den Besuch der USA verbietet, nicht nur sinnlos, sondern direkt verderblich erscheinen. Durch derart primitive Vorkehrungen wird es uns nicht gelingen, gewerbsmäßige Spione und Agenten fremder Länder von uns fernzuhalten. Wir verlieren aber dadurch eine schöne Möglichkeit, jenen Ausländern, die nie einen freien Wettbewerb und eine ungeknebelte Presse kennengelernt haben, zu zeigen, was echte Freiheit ist.

Die Amerikaner erheben keinen Anspruch darauf, ihre Regierungsmethoden als fehlerlos anerkannt zu sehen. Wir kennen unsere Fehler und geben sie zu. Wenn gewisse kommunistische Führer und Gruppen das auch in der kommunistischen Theorie und Praxis täten, wenn sie versuchen wollten, wie wir, sie zu beheben, und es aufgeben würden, alle Völker der Erde ohne Rücksicht auf ihre politische und wirtschaftliche Eigenart jenen Doktrinen zu unterwerfen, die ein einziger Mann geschrieben hat und viele Männer ausgelegt haben, dann wären wir ein gutes Stück jenem Tag nähergekommen, an dem die verschiedenen sozialen Systeme in wechselseitiger Anpassung und in Frieden nebeneinander leben könnten. Die Amerikaner

haben ihre Gesellschaftsordnung auf der Voraussetzung aufgebaut, dass es im Leben der Völker keine absolute Wahrheit gibt und es einen Weg zum Fortschritt bedeutet, wenn wir über Probleme debattieren. [Ist ja nach Thomas Masaryk Diskussion das Wesen echter Demokratie.] Wir können die Vertreter verschiedener sozialer Systeme auf der Ebene völliger Gleichheit, ja sogar des gegenseitigen Verständnisses sehen, wenn sie den Satz anerkennen: Leben und leben lassen! Auch Tito hat gesagt, dass dies sein Wunsch und Wille ist. Da ihn diese Ansicht zu seinem Kampf gegen Stalin getrieben hat, dürfte er es ehrlich meinen. Im Bereich seiner Macht hat er zu erkennen gegeben, dass er seine Stellung im Volk durch Verbesserung der bürokratischen und zentralisierten Verwaltungsmethoden stärken will. Man darf allerdings nicht vergessen, dass er jede Milderung seiner Methoden als Rückkehr zum reinen Marxismus hinstellt, der durch Stalin verfälscht wurde. Als er die Vorrechte der Partei und Staatshierarchie aufhob, nannte er sie aus Russland eingedrungene Auswüchse eines falschen Marxismus. Im Zusammenhang mit jeder Reform im Innern Jugoslawiens erhebt sich die paradoxe Frage, ob Tito an Popularität gewinnen kann, ohne zugleich an politischer Kontrolle zu verlieren. Solange er zwischen beiden Faktoren wählen muss, wird er den der Kontrolle vorziehen, aber vielleicht ändern sich weiter die Bedingungen, die ein Wählen notwendig machen. In einer längeren Krisenzeit, die zum Krieg führen kann, wird er vielleicht finden, dass eine Schwenkung wünschenswert und möglich ist.

Inzwischen haben wir nur Vorteile von dem Zwiespalt, den Titos Ketzerei in der kommunistischen Welt ausgelöst hat. Seit Mitte November 1949 läuft die Moskauer Propagandamaschine auf vollen Touren, um Tito als rein jugoslawische und keineswegs allgemein kommunistische Erscheinung hinzustellen. Die dabei aufgewendete Mühe gilt als Beweis für uns, wie wertvoll für den Westen Titos Handlungsweise ist. Die USA geht nicht darauf aus, kommunistische Staaten zu Bundesgenossen zu gewinnen. Aber solange solche noch bestehen, sind wir zu-

frieden, dass es unter ihnen Zwistigkeiten gibt. Wir freuen uns, feststellen zu können, dass es unter Umständen möglich ist, mit gewissen kommunistischen Staaten nebeneinander zu leben. Ob die Voraussetzungen dazu wegen heftiger Auseinandersetzungen über die Reinheit der marxistischen Lehre oder wegen abweichender nationaler Interessen innerhalb des Kommunismus angebahnt wurden, ist gleichgültig. Es ist leichter, mit einem kommunistischen Land zu leben, wenn sich in ihm die eben genannten Vorgänge abgespielt haben, als wenn dort die absolutistische, monolithische, imperialistische und reaktionäre Diktatur der Sowjetunion herrscht. Wir werden sicherlich nicht zum Richter im Streit ihrer Doktrinen aufgerufen werden. Uns genügt es, wenn wir dabei den Beweis für unsere unabänderliche Meinung erhalten, dass es grosse Unterschiede in den Wünschen und Fähigkeiten der Völker gibt. Ihre Geschichte und Wirtschaftsentwicklung gingen verschiedene Wege, sie haben dem Fortschritt der Menschen auf verschiedene Weise gedient, sie haben ihr eigenes Glück auf verschiedene Weise zu finden gesucht. Selbst wenn es einen unfehlbaren Menschen gäbe, der den unfehlbaren Plan besässe, alle Menschen gleichzustellen, er änderte doch nichts daran, dass unter der Verschiedenheit Kultur und Zivilisation reicher zur Entfaltung kämen, als wenn man uniformieren wollte.

Als ich Tito fragte, ob er nach den bisher gemachten Erfahrungen anders handelte, wenn man ihn wieder vor die Wahl stellte, hielt er einen Augenblick inne. Es schien, als wollte er noch einmal die Etappen durchgehen, auf denen er zur unauslöschlichen Feindschaft mit Stalin und dadurch schliesslich zur Spaltung der Kominform gezwungen worden war. «Nein», sagte er dann entschlossen, «es war Schicksal. Es hätte gar nicht anders sein können. Dort stand die eine Auffassung, hier die andere. Ein Vergleich war nicht möglich und wird nie möglich werden.»

[Dem Publizisten der «Neuen Zeitung» in München, Alfred Joachim Fischer, äusserte er sogar im Gegensatz zu vielen seiner Parteifreunde, die auch die vorangegangenen Phasen

bejahten: «Wenn wir heute wieder anfangen könnten, so würden wir viel vorsichtiger sein als damals. Unsere Politik der zu engen Anlehnung an Russland war zweifellos ein Fehler. Schon von 1945 an hätte Jugoslawien eine selbständige Politik führen und nicht ein paar Jahre rückhaltloses Vertrauen in die Russen setzen sollen. Dabei hätten wir schon im Kriege erkennen müssen, dass nicht alles mit rechten Dingen zugeht. Ich erinnere nur an Stalins Einverständnis, Jugoslawien in zwei Einflusssphären zu teilen. Ja, es hat uns sehr geschadet, dass wir nicht kritisch genug auf die russische Politik blickten, und es war ein ebenso grosser Fehler, auch im Innern die sowjetischen Methoden zu kopieren. Diese Feststellung gilt für unsere gesamte ökonomische Entwicklung. Um es nochmals zu sagen: es wurden grosse Fehler gemacht.»]

Vielleicht war der Bruch nicht so unvermeidlich, wie Tito es heute gern sehen will. Die Gründe dazu mögen weniger in prinzipiellen als in persönlichen Fragen gelegen sein. Die Tatsache bleibt bestehen, dass der Mächtebund, der sich eine Weltrevolution zum Ziel gesetzt hatte, eine Spaltung erfuhr, und dass der eine Teil dies Ziel nicht mehr erstrebt. Pijade sagt, dass die Verfasser des Anathemas der Kominform gegen Tito keine Ahnung hatten, welchen Sturm sie heraufbeschworen, als sie sich unfähig erwiesen, das Feuer der eigenen Meinung weiter zu unterdrücken. Er zitiert die warnenden Worte von Engels an Kautsky in einem Brief von 1882: «Es ist unmöglich, dass das Proletariat mit seinem Sieg das Volk glücklich macht, ohne gleichzeitig seinen Sieg zu untergraben.» Wir fügen hinzu: Um so mehr, wenn nicht Glück, sondern Unglück gebracht wird.

[Der am 5. März 1953, 19.50 Uhr mitteleuropäischer Zeit, erfolgte Tod Josef Stalins nach einer Anzahl schwerer Schlaganfälle hat für Jugoslawien und Tito einstweilen keine mittelbaren Auswirkungen.]

Es ist allerdings möglich, dass das Ausscheiden seiner gewaltigen Autorität aus der Politik Russlands und des Weltkommunismus neue Machtkämpfe innerhalb der kommunistischen Hierarchie hervorruft. Da der «unfehlbare und unantastbare» Kührer

des marxistisch-leninistischen Dogmas tot ist, besteht auch eine weit stärkere Wahrscheinlichkeit für das Auftreten neuer Häretiker innerhalb der kommunistischen Weltfront. Tatsache ist auf jeden Fall, dass Tito der einzige kommunistische Partei- und Staatsführer ist, der dem Allgewaltigen im Kreml zurzeit seines Lebens erfolgreich zu trotzen vermochte. Er hat nicht wie alle anderen «treulosen Verräter» reumütig gestehen und den Weg zur Hinrichtungsstätte beschreiten müssen. Ihm ist gelungen, woran ein Trotzki und Bucharin scheiterten.

Das grosse russische Volk aber möge, wie Präsident Eisenhower anlässlich der Nachricht von der schweren Erkrankung Stalins ausführte, einen Weg finden, der es zu einer «freundlichen und friedlichen» Welt führt.]

Anmerkung zu Kapitel 24

1) Die sowjetrussische Armee wurde Ende 1950 auf 2,500.000 Mann in 175 Divisionen geschätzt, plus 20 Artilleriedivisionen und 20 Flakdivisionen.

Dazu kämen Grenz-, Etappen- und Nachrichtentruppen und die Einheiten des MVD. 30 Tage nach Anordnung der Mobilisierung könnte Russland 8,000.000 Mann unter Waffen haben. Zum gleichen Zeitpunkt wurde die Luftwaffe auf 600.000 Mann mit ungefähr 17.000 Maschinen und die Marine auf 600.000 Mann mit ungefähr 300 U-Booten und einigen kleineren Oberwassereinheiten veranschlagt.

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Vorwort: Stimme aus dem Hades	5
1. Die unmögliche Spaltung.....	9
2. Jugoslawien wählt die Freiheit	14
3. Tito in voller Fahrt	30
4. Wer – Wen	51
5. Stalin und Tito	66
6. Tito und Stalin	84
7. Ketzerei	98
8. Nachklang früherer Kriege	111
9. Die Isolierung	119
10. In der Sackgasse	135
11. Tito zwischen den Fronten	149
12. Bollwerk der polnischen Unabhängigkeit.....	190
13. Der Tito Polens.....	214
14. Polen, Russen und Deutsche	233
14 a. Ostdeutschland wird Kominformstaat.....	251
15. Reste von Nationalismus in Massaryks Land	259
16. Mazedonien: Alte Kämpfe unter neuen Fahnen	284
17. Der Bazillus breitet sich in Bulgarien aus	301
18. Das Rezept: Gewalt.....	316
19. Vom Nebensatelliten zum Satelliten	333
20. Alarmzeichen in Budapest	351
21. Sein eigener Mephisto	361
22. Lasst die Spatzen nur zwitschern	383
23. Russland in der Defensive.....	424
24. Falls Russland angreift	457